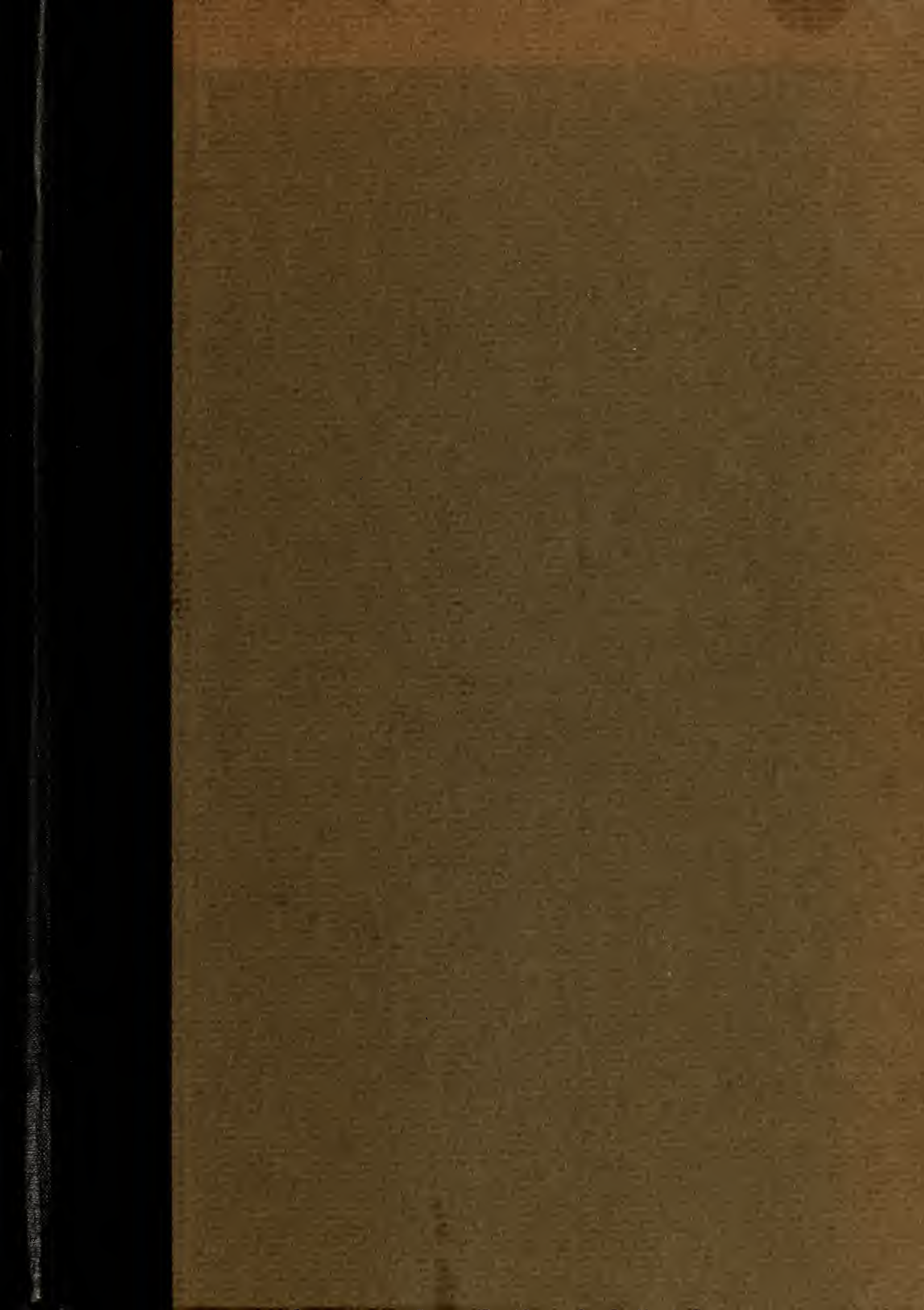


Frankfurter Historische Forschungen

Mit Unterstützung
der Akademie und der Historischen Kommission
der Stadt Frankfurt a. M.

Herausgegeben

von

Dr. Georg Küntzel
Professor der Geschichte an der Akademie

Heft 5:

Paul Heidrich: Karl V. und die deutschen Protestanten am Vorabend des Schmalkaldischen Krieges

1. Teil: Die Reichstage der Jahre 1541—1543

Frankfurt a. M.
Joseph Baer & Co
1911

Karl V. und die deutschen Protestanten am Vorabend des Schmalkaldischen Krieges

1. Teil: Die Reichstage der Jahre 1541—1543

Auf Grund vornehmlich der Reichstagsakten dargestellt

von

Dr. phil. Paul Heidrich

Frankfurt a. M.
Joseph Baer & Co
1911

Druck von Gebrüder Knauer in Frankfurt a. M.

Vorwort.

Im Mittelpunkt der folgenden Arbeit steht das Verhältnis der Politik Karls V. zu den deutschen Protestanten, wie es sich auf den sieben letzten Reichstagen vor Ausbruch des Schmalkaldischen Krieges gestaltete. Es war nicht meine Absicht, eine erschöpfende Reichstagsgeschichte dieser Jahre zu geben, was nicht ohne weitergehende ausländische Archivstudien möglich wäre, noch auch mir nötig schien, da die Reichstage von 1541, 1544 und 1545 bereits eine monographische Behandlung erfahren haben,[1]) die hier allerdings nicht unwesentlich ergänzt und erweitert werden konnte. Vielmehr sollten die Grundlinien der kaiserlichen und protestantischen Politik mit Ausschaltung aller nebensächlichen oder bereits genügend erörterten Fragen herausgearbeitet und nur für die noch nicht im speziellen erforschten Reichstage von 1542, 1543 und 1546 auch die Einzelheiten ausführlicher dargelegt werden.

Die Grundlage meiner Arbeit bildet der reiche Aktenbestand des Brüsseler Archives, den ich dank dem freundlichen Entgegenkommen des hiesigen Kuratoriums der höheren Schulen und der hiesigen städtischen historischen Kommission an Ort und Stelle durchforschen konnte. Wertvolles Material boten ferner folgende Archive, und zwar die Staatsarchive von Amberg, Bamberg, Berlin, Hamburg, Hannover, Lübeck, Marburg, München (Geheimes Staatsarchiv und Allgemeines Reichsarchiv), Neuburg,

---

[1]) Vgl. Vetter, Die Religionsverhandlungen auf dem Reichstage zu Regensburg 1541; de Boor, Beiträge zur Geschichte des Speirer Reichstages vom Jahre 1544, und Kannengießer, Der Reichstag zu Worms vom Jahre 1545. Von den Reichstagen des Jahres 1542 hat Traut, dem Ziele seiner Arbeit entsprechend: Kurfürst Joachim II. von Brandenburg und der Türkenfeldzug vom Jahre 1542, nur die Grundlinien gegeben.

Nürnberg, Schwerin, Stuttgart und Würzburg, und die Stadtarchive von Augsburg, Cöln, Frankfurt, Heilbronn, Memmingen und Speier. Ihren Vorständen und Beamten, die mich stets in der liebenswürdigsten Weise bei meinen Studien unterstützt haben, spreche ich meinen ergebensten Dank aus; besonders möchte ich dies aber auch an dieser Stelle noch einmal dem Direktor des hiesigen Stadtarchivs Herrn Prof. Dr. Jung gegenüber tun, der mir nicht nur bei der Durchsicht des hiesigen umfangreichen Materials stets helfend und fördernd zur Seite gestanden, sondern es mir auch in stets sich gleichbleibendem liebenswürdigen Entgegenkommen ermöglicht hat, eine Menge auswärtiger Akten hier durcharbeiten zu können.

Von der ganzen Arbeit erscheint hier zunächst der erste Teil, der die Reichstage von 1541—1543 behandelt. Der Schlußteil, der den Reichstagen von 1544—1546 gewidmet sein wird, ist im Manuskript bereits fertig und wird in diesen Forschungen binnen kurzer Frist folgen. Über die in beiden Bänden behandelten Fragen habe ich zweimal in der historischen Gesellschaft an der Frankfurter Akademie Bericht erstattet.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Vorwort V

Verzeichnis der Abkürzungen VIII

Einleitung 1

Die Reichstage von 1541—1543 7

1. Der Reichstag zu Regensburg 1541 7

2. Der Reichstag zu Speier 1542 54

3. Der Reichstag zu Nürnberg 1542 88

4. Der Reichstag zu Nürnberg 1542—43 108

Verzeichnis der Abkürzungen.

Amberger Archiv	=	Am. A.
Augsburger „	=	Au. A.
Bamberger „	=	Ba. A.
Berliner „	=	Be. A.
Brüsseler „	=	Br. A.
Cölner „	=	C. A.
Frankfurter „	=	Fr. A.
Hamburger „	=	H. A.
Hannover „	=	Ha. A.
Heilbronner „	=	Hei. A.
Lübecker „	=	L. A.
Marburger „	=	Ma. A.
Memminger „	=	Me. A.
Münchener Geh. Staatsarchiv	=	M. St. A.
Münchener Reichsarchiv . .	=	M. R. A.
Neuburger Archiv . . .	=	Neu. A.
Nürnberger „ . . .	=	Nü. A.
Schweriner „ . . .	=	Schw. A.
Speirer „ . . .	=	Sp. A.
Stuttgarter „ . . .	=	St. A.
Würzburger „ . . .	=	W. A.



Einleitung.

„Von Regensburg bis Regensburg“ könnte man die Zeit von 1541—46 überschreiben; denn ein eigenartiges Geschick hat es gefügt, daß in demselben Regensburg, wo Karl V. eine friedliche Verständigung mit den Protestanten herbeizuführen sich bemühte, derselbe Kaiser fünf Jahre später in rascher Wandlung den Protestanten den Krieg erklärte.

Nichts ist an Karl bewunderungswürdiger als die Zähigkeit, mit der er an dem, was sich ihm als richtig und notwendig erwiesen hatte, Zeit seines Lebens festhielt; ein eigentlich genialer Herrscher, der seiner Zeit neue Wege gewiesen hätte, war er keineswegs,[1]) aber grade dies zähe Festhalten an seinen Zielen machte ihn, zumal seine protestantischen Gegner an diplomatischer Kunst ihm mit alleiniger Ausnahme des Herzogs Moritz von Sachsen weit nachstanden, zum damaligen größten Staatsmann. Er nahm von Anfang an der neuen religiösen Lehre gegenüber einen fest entschiedenen Standpunkt ein; schon von seiner spanischen Stellung aus stand ihm als Ziel sofort die „Zurückführung der Ketzer in den Schoß der alleinseligmachenden Kirche“[2]) fest. Die Frage war nur, auf welche Weise er dies Ziel erreichen sollte.[3]) Im allgemeinen sind in Karls Behandlung dieser Angelegenheit bis zum Jahre 1541 zwei Perioden zu unterscheiden, deren Einschnitt etwa das Jahr 1531 bezeichnet, ohne daß jedoch beide hierdurch scharf voneinander getrennt sind; im Gegenteil, beide greifen stellenweise ineinander über, und namentlich gilt dies für den ersten Zeitabschnitt.

[1]) Baumgarten, Karl V. und die deutsche Reformation S. 56 in den Schriften des Vereins für Reformationsgeschichte No. 27.

[2]) Maurenbrecher, Karl V. und die deutschen Protestanten 1545—1555 S. 22 und 58.

[3]) Vgl. hierfür die allgemeinen Ausführungen bei Maurenbrecher S. 58 ff.

In diesem ersten Jahrzehnt von dem Wormser Reichstag an überwog in Karl der Gedanke, die Protestanten mit Waffengewalt niederzuwerfen, wie er denn zweimal, in den Jahren 1526 und 1530, dieser Idee näher trat,[1]) aber beide Male erwies sich die Ausführung dieses Planes als unmöglich, nicht nur deshalb, weil die allgemeine europäische Lage infolge seiner Bedrohung durch die Franzosen und Türken ihn daran hinderte, sondern vor allem auch, weil seine natürlichen Verbündeten, der Papst und die katholischen deutschen Fürsten, ihn im Stiche ließen, ja sogar wie der Papst sich offen auf die Seite seiner auswärtigen Gegner stellten.

Zudem brachte das folgende Jahrzehnt eine weitere Verstärkung der protestantischen Machtstellung auf militärisch-politischem Gebiete durch Zusammenfassung ihrer Kräfte im Schmalkaldischen Bunde und durch die weitere Ausbreitung der Reformation. Dazu kamen neue Bedrängnisse durch die alten Feinde, die Franzosen und Türken, so daß Karl in diesen zweiten zehn Jahren von 1531—41 die Lösung der religiösen Frage auf friedliche Weise versuchte.[2]) Nicht als ob er damit ein für allemal und endgültig auf den Gedanken der kriegerischen Niederwerfung der Protestanten verzichtet hätte; es war vielmehr nur ein neuer Versuch, zu dem ihn die Verhältnisse zwangen und der auch an und für sich seiner Natur mehr entsprach, „der die Anwendung von Gewaltmitteln im innersten Grunde der Seele widerstrebte, die nicht durch rücksichtsloses Zugreifen, sondern durch berechnende Diplomatie die Welt beherrschen zu können hoffte".[3]) Erwies sich wirklich dies Mittel als unbrauchbar, dann blieb ihm nichts anderes übrig, als auf seinen ersten Plan kriegerischer Abrechnung zurückzugreifen,[4]) die er niemals ganz

[1]) Ranke, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation, 4. Aufl. Bd. I, 245 und III, 163 f., 194 und 203 f.; Maurenbrecher S. 60 und Kannengießer S. 1 f., wo auch die übrige Literatur angegeben ist.

[2]) Cardauns, Nuntiaturberichte aus Deutschland, 1. Abt. 5. und 6. Bd. S. LIII und LV, und Zur Geschichte der kirchlichen Unions- und Reformbestrebungen von 1538—1542 in der Bibliothek des Kgl. Preuß. Hist. Instituts in Rom Bd. V, 67.

[3]) Cardauns, Zur Geschichte Karls V. in den Jahren 1536—1538 in den Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven u. Bibliotheken, Bd. XII, 197.

[4]) Maurenbrecher S. 60.

aus den Augen ließ.[1]) Ebensowenig bedeutet dieser Versuch einer friedlichen Ausgleichung der religiösen Gegensätze für Karl einen völligen Bruch mit seiner im ganzen mehr kriegerischen Politik in den Jahren von 1521—31, namentlich wenn wir die letzten Jahre dieses Zeitabschnittes in Betracht ziehen. Bereits Ende der zwanziger Jahre läßt sich bei dem Kaiser vor allem wegen der Parteinahme des Papstes für Frankreich ein gewisses Nachlassen in seinem kriegerischen Eifer feststellen,[2]) und wenn er dann auch im Jahr 1530 infolge der Hartnäckigkeit der Protestanten abermals Miene machte, zum Schwert zu greifen, so war er doch ursprünglich in friedlicher Absicht nach Augsburg gekommen.[3]) Schließlich bedeutet dies friedliche Einlenken des Kaisers auch keineswegs eine Änderung seines ursprünglichen Standpunktes dem Protestantismus gegenüber. Nicht etwa durch Zugeständnisse in den Grundfragen des Glaubens wollte er die Gegner gewinnen, ihm „war und blieb das Dogma und die Satzung der mittelalterlichen Kirche ein unerschütterlich fester Grund seines Glaubens";[4]) nur durch Entgegenkommen in einigen nebensächlichen Punkten gedachte er die Protestanten zur alten Lehre zurückzuführen und durch einen äußerlichen religiösen Ausgleich die Einheit des Glaubens in Deutschland wieder herzustellen.[5]) Trotz des Scheiterns dieses ersten Versuches in Augsburg im Jahre 1530 blieb dieser Gedanke das Leitmotiv für den Kaiser in dem ganzen Jahrzehnt, wenn er es auch infolge der politischen Verhältnisse erst an dessen Ausgang wieder aufnehmen konnte. In dem Frankfurter Anstande vom Jahre 1539 kam sein Bevollmächtigter, der Erzbischof von Lund, den Protestanten in diesem Sinne weit entgegen, und wenn Karl auch diesen Vertrag selbst nicht bestätigte, so hielt er doch an einer seiner Hauptbestimmungen, der Erörterung der religiösen Frage durch ein Religionsgespräch, fest.[6])

[1]) Maurenbrecher S. 40 f.

[2]) Baumgarten a. a. O. S. 56 f.

[3]) Ranke III, 164 und Kannengießer S. 1 f.

[4]) Maurenbrecher S. 48 und 59 f.; vgl. auch Kannengießer S. 2 und Druffel, Kaiser Karl V. und die römische Kurie 1544—46 in den Abhandlungen der Kgl. Bayer. Akademie Bd. XIII, 2, S. 163.

[5]) Vgl. auch Cardauns, Nuntiaturberichte 5. und 6. Bd. S. LXVI f.

[6]) Für das Genauere vgl. die Übersicht bei Kannengießer S. 3 ff.

Nach dem kurzen Vorspiel in Worms sollte dann das in Augsburg begonnene Werk in Regensburg wirklich zur Ausführung gelangen.

Da war es das Entscheidende, daß jener Versuch kläglich scheiterte und die Gegensätze sich grade hier in ihrer vollen Unversöhnbarkeit so deutlich wie nur möglich offenbarten. Was blieb dem Kaiser unter diesen Umständen anderes übrig, als jetzt, wo sich die Notwendigkeit irgendeiner Abrechnung mit dem Protestantismus infolge seiner bereits erfolgten wie auch noch drohenden weiteren Ausbreitung als ein dringendes Gebot der Staatsnotwendigkeit zu erweisen schien, wieder zu dem ersten Mittel, der gewaltsamen Bekämpfung der Gegner, zurückzugreifen, wenn Karl nicht auf seine Herrscherstellung verzichten wollte? So besitzt der Regensburger Reichstag ein Doppelgesicht; das eine blickt in die Vergangenheit, das andere ist in die Zukunft gerichtet, oder deutlicher, dieser Reichstag beschließt endgültig die friedfertige Politik Karls den Protestanten gegenüber und eröffnet die letzte Periode seiner kriegerischen.

Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet hängen die Reichstage von 1541—46 aufs engste zusammen; sie liefern uns wichtige Beiträge zur Vorgeschichte des Schmalkaldischen Krieges. Wenn der Regensburger Reichstag den Kaiser auch von der unbedingten Notwendigkeit des Krieges gegen die Protestanten überzeugt hatte, so bedeutete dies noch keineswegs die sofortige Ausführbarkeit; hatte doch Karl selbst ihnen in Regensburg infolge der für ihn ungünstigen europäischen Lage noch erhebliche Zugeständnisse machen müssen. Und in der Folgezeit wurde der politische Horizont für ihn noch dunkler, so daß er mehr als je auf die Unterstützung und also auch Gewinnung der Protestanten angewiesen war. So brachte der Speirer Reichstag von 1542 diesen wohl einen weiteren Erfolg, bedeutete aber doch insofern eine unmittelbare Fortsetzung und Verstärkung des Gesamtergebnisses von Regensburg, als wie dort vor allem Karl, so hier auch sein Stellvertreter Ferdinand zur Überzeugung gelangte, daß nur eine kriegerische Abrechnung noch möglich sei. In dem gleichen Sinne wirkte der nächste Reichstag vom Jahre 1542 in Nürnberg, auf dem, wenn auch nicht alle, so doch ein großer Teil der Protestanten die Türkenhilfe versagte und gegen den Reichsabschied protestierte. Dieser

Reichstag war aber nur das Vorspiel für den kommenden, der 1543 ebenfalls in Nürnberg tagte. Hier verwarfen einmütig die gesamten Protestanten den Reichsabschied und schienen hierdurch die ganze kaiserliche Politik lahmlegen zu wollen. Bezeichnet demnach dieser Reichstag äußerlich einen Höhepunkt der protestantischen Politik, so wurde andrerseits der Kaiser durch ihr schroffes Versteifen auf ihren Forderungen in seiner Erkenntnis möglichst baldiger kriegerischer Abrechnung nur noch bestärkt. Da der clevische Sieg ihm endlich die Hände frei machte, sehen wir ihn auf den folgenden Reichstagen energisch diesem Ziele zusteuern.

Es galt, einmal seine Gegner durch scheinbare Zugeständnisse in Sicherheit zu wiegen und gleichzeitig durch Friedensverträge mit seinem bisherigen Feinde und durch Gewinnung neuer Verbündeter das Netz immer fester über den Häuptern der Protestanten zusammenzuziehen. Eine teilweise Ausführung dieser Pläne brachte bereits der Speirer Reichstag vom Jahre 1544, und der neue Reichstag zu Worms führte beinahe schon zur Kriegserklärung, die der Kaiser aus militärischen und politischen Gründen dann freilich erst auf dem Regensburger Reichstage vom nächsten Jahre, 1546, erließ.

Demnach zerfallen diese sieben Reichstage, unter dem Gesichtspunkte der Vorbereitung für den Schmalkaldischen Krieg betrachtet, in zwei Gruppen; die erste bilden die vier Reichstage von 1541—43, in deren Verlauf der Kaiser von neuem zu dem festen Entschluß gekommen ist, die Protestanten mit Waffengewalt zu unterwerfen, die zweite Gruppe, die aus den drei Reichstagen von 1544—46 besteht, bringt nach den nötigen Vorbereitungen seine Ausführung.

Aus der Fülle der nebensächlichen Angelegenheiten, die oft die Hauptverhandlungen dieser Reichstage förmlich überwuchern, soll hier nur die eine näher ausgeführt werden, die bisher von der Forschung etwas stiefmütterlich behandelt worden ist, aber doch mit der Hauptfrage in einem gewissen Zusammenhang steht: der alte Streit zwischen den Fürsten und den Städten um die Stimmberechtigung auf den Reichstagen.[1]) In Regens-

[1]) Für das Nähere vgl. Hasenclever, Johann von Naves in den Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung Bd. 26 S. 311 f.

burg 1541 brach zunächst der Zwist zwischen den katholischen Fürsten und Städten aus; aber bereits in Speier 1542 schlossen sich den letzteren auch die protestantischen Städte an, und in Nürnberg 1542 kam es sogar soweit, daß die gesamten Städte gegen den Reichsabschied mit aus diesem Grunde protestierten, was sie 1543 in Nürnberg wiederholten. Hiermit hatte der Streit aber seinen Höhepunkt erreicht. Er flackerte wohl in Speier 1544 und in Worms 1545 noch ein wenig empor, aber auf dem letzten Reichstage zu Regensburg 1546 verhielten sich die alten Gegner völlig ruhig, da die große Frage nach Frieden oder Krieg alle kleineren Streitigkeiten zurückdrängte. Für den Kaiser wie für die Protestanten war dieser Zwist von nicht unerheblicher Wichtigkeit. Ganz abgesehen davon, daß der abermalige Ausbruch dieses Streites für Karl eine Erschwerung und Verlangsamung der Reichstagsverhandlungen bedeutete, schien sich ihm die Möglichkeit zu bieten, durch geschickte Ausnutzung der Mißstimmung, die sich infolge dieses Streites auch unter den protestantischen Städten gegen die Fürsten gebildet hatte, vielleicht einen Keil in die bis dahin wenigstens äußerliche Einheit des Schmalkaldischen Bundes zu treiben. Im Gegensatz hierzu mußten die protestantischen Fürsten versuchen, den Streit, wenn auch nicht ganz beizulegen, so ihm doch seine Schärfe zu nehmen und vor allem durch möglichstes Entgegenkommen und durch Beschwichtigungsversuche ihre Städte beim Bunde festzuhalten, wie es ihnen ja auch gelungen ist. So mündet schließlich auch diese scheinbar geringfügige Streitigkeit in die Kernfrage dieser ganzen Reichstagsverhandlungen nach dem ferneren Verhältnis zwischen dem Kaiser und den Protestanten ein.

Über die Auffassung des venetianischen Botschafters Mocenigo von diesem Streit vgl. Fiedler, Relationen venetianischer Botschafter in den Fontes rerum Austriacarum II, 30, 78.

Die Reichstage von 1541—1543.

1. Der Reichstag zu Regensburg 1541.

Als Karl am 14. September 1540 von Brüssel aus das Ausschreiben zu einem Reichstage erließ, der am 6. Januar 1541 in Regensburg zusammentreten sollte, um in erster Linie eine endgültige Vergleichung in der Religionsfrage herbeizuführen,[1]) war es ihm schon der allgemeinen Lage nach mit der Ausführung dieses Planes voller Ernst.

Ein gewaltiger Bund schien gegen ihn im Winter 1539/40 im Werke zu sein, dessen Mittelpunkt der Herzog von Cleve war und der nicht nur den Schmalkaldischen Bund und den König von England, sondern auch die deutschen katholischen Fürsten umfassen sollte.[2]) Dazu drohte ein neuer Angriff der Türken, so daß Karl, wollte er seine Krone nicht in Gefahr setzen,[3]) den Protestanten entgegenkommen mußte. Wenn auch freilich infolge der zu großen Verschiedenheit der Interessen aus diesem Bunde nichts wurde,[4]) so blieb auch gegen Ende des Jahres 1540 Karls Lage immer noch bedenklich genug; denn das Verhältnis zu Frankreich verschlechterte sich zusehends, wie es am besten die Vermählung der Nichte des französischen Königs, Johanna von Navarra, mit dem Herzog von Cleve zeigte,[5]) und vor allem lauteten die Nachrichten über die Türken immer bedrohlicher,[6]) so daß bei dem Kaiser aller Wahrscheinlichkeit nach

[1]) Vetter a. a. O. S. 3. Abgeschickt ist es erst später worden, vgl. Winckelmann, Politische Korrespondenz der Stadt Straßburg im Zeitalter der Reformation III, 96 und 108.

[2]) Vgl. vor allem Lenz, Briefwechsel Landgraf Philipps des Großmütigen von Hessen mit Bucer I, 392 ff.; v. Bezold, Geschichte der deutschen Reformation S. 688 ff.; Egelhaaf, Deutsche Geschichte im sechzehnten Jahrhundert bis zum Augsburger Religionsfrieden II, 361 ff.

[3]) Ranke IV, 135.

[4]) Lenz I, 403; Egelhaaf II, 385.

[5]) v. Bezold S. 730.

[6]) Gévay, Urkunden und Akten zur Geschichte des Verhältnisses zwischen Österreich, Ungarn und der Pforte im 16. und 17. Jahrhundert III, 96;

schon zu Beginn des Jahres 1541 der Plan feststand, noch in diesem Jahre den Zug nach Algier zu unternehmen.[1]) Bemühte er sich auch, diese Absicht zunächst noch in tiefes Dunkel zu hüllen, so tauchten doch bald Vermutungen auf, daß Karl sich in Regensburg nicht lange aufhalten und bald Deutschland verlassen würde.[2]) So durfte er sich grade jetzt die Gunst der Protestanten nicht verscherzen; vielmehr tat er alles, um ihnen klar zu zeigen, daß an seinem guten Willen, die religiöse Verständigung herbeizuführen, nicht zu zweifeln sei.

Zwar zu dem ursprünglich angesetzten Termin, dem 6. Januar, konnte er selbst in Regensburg nicht erscheinen;[3]) als er aber am 18. Januar in Speier ankam,[4]) war es ursprünglich seine Absicht, bereits am 24. Januar aufzubrechen,[5]) um Ende desselben Monats noch in Regensburg zu sein[6]) und den Reichstag mit Rücksicht auf die geplante Expedition nach Algier so schnell wie möglich zu beenden. Hieran wurde er jedoch durch einen heftigen Gichtanfall gehindert,[7]) der ihm insofern wenigstens gelegen kam, als er es ihm ermöglichte, den Protestanten noch von hier aus nicht nur die gewünschten Geleitsbriefe zu geben, sondern auch ein Mandat zu erlassen, durch das er die Suspension der Acht gegen Goslar und Minden wie den Stillstand aller Prozesse, die gegen die Protestanten am Kammergericht schwebten, anordnete.[8]) Trotzdem er sich immer noch sehr angegriffen fühlte,[9]) brach er doch

---

Bezzenberger, Die Berichte und Briefe des Rats und Gesandten Herzogs Albrecht von Preußen Asverus v. Brandt I, 19.

[1]) Turba, Über den Zug Karls V. gegen Algier im Archiv für österreichische Geschichte 76, 30.

[2]) Kawerau, Der Briefwechsel des Justus Jonas in den Geschichtsquellen der Provinz Sachsen XVII, 1, 422; A. f. österr. Gesch. 76, 32; Roth. Zur Geschichte des Reichstages zu Regensburg 1541 im Archiv für Reformationsgeschichte II, 295; Me. A. Zwicker an den Rat 28. März.

[3]) Vetter S. 4 und Müller, Zur Geschichte des Reichstags von Regensburg 1541 im Jahrbuch für brandenburgische Kirchengeschichte IV, 180.

[4]) Vetter S. 23.

[5]) W. A. Protokoll vom 24. Januar.

[6]) J. f. brand. K. G. IV, 180.

[7]) Vgl. außer der kurzen Erwähnung bei Vetter S. 32 noch Br. A. Karl an Maria 31. Januar.

[8]) Mentz, Johann Friedrich der Großmütige II, 284 f.

[9]) Br. A. Karl an Maria 5. Februar.

am 5. Februar auf, um seiner Zusage gemäß um den 20. dieses Monats in Regensburg einzutreffen[1]) und durch seine Ankunft die säumigen deutschen Stände zu desto schnellerem Erscheinen zu bewegen. Auch auf dem Wege nach Regensburg bemühte sich Karl, den Protestanten zu zeigen, daß er durchaus von friedlichen Gesinnungen gegen sie erfüllt sei. Von Heidelberg, wo er den Kurfürsten zu persönlichem Erscheinen veranlaßte,[2]) ritt er am 11. Februar in der protestantischen Reichsstadt Schwäbisch-Hall ein, wo man seiner Ankunft nicht ohne gewisse Furcht entgegensah in Hinblick auf die strengen Edikte und Hinrichtungen, die Karl eben erst in den Niederlanden verfügt hatte. Karl jedoch zeigte sich gnädig und leutselig, ohne der Religion mit einem Worte zu gedenken.[3]) Auch in Nürnberg, wo er am 16. Februar eintraf und wo er mit großer Feierlichkeit empfangen wurde, gegen die seine einfache schwarze Kleidung nur um so mehr abstach, vermied er es sorgfältig, die religiösen Gefühle der Protestanten zu verletzen.[4]) Sehr befriedigt von der glänzenden Aufnahme, die er hier gefunden hatte,[5]) und voller Hoffnung, etwas Ersprießliches auf dem Reichstage erreichen zu können,[6]) langte er, dem man die überstandene Krankheit noch ansah,[7]) am 23. Februar in Regensburg an.[8])

---

[1]) J. f. br. K. G. IV, 180.

[2]) Vetter S. 32 f.

[3]) Würtembergische Geschichtsquellen I, 262 f und VI, 266; Stälin, Wirtembergische Geschichte IV, 417; Egelhaaf II, 388 f.

[4]) Reicke, Geschichte der Reichsstadt Nürnberg S. 872 f; Vetter S. 33; Lenz II, 13; Dittrich, Die Nuntiaturberichte Giovanni Morones vom Reichstage zu Regensburg 1541 im Historischen Jahrbuch der Görres-Gesellschaft IV, 660; Solmi, Gasparo Contarini alla dieta di Ratisbona im Nuovo Archivio Veneto XIII, 2, 68; Schieß, Briefwechsel der Brüder Ambrosius und Thomas Blaurer 1509—1548, Bd. II, 66 f.

[5]) Br. A. Karl an Maria 19. Februar.

[6]) Vetter S. 33; H. J. IV, 426 u. 660; N. A. Ven. XIII 1, 26; Br. A. Praet an Maria 18. Februar.

[7]) Bruns, Die Vertreibung Herzog Heinrichs v. Braunschweig durch den Schmalkaldischen Bund, Dissertation Marburg 1889, S. 62. Noch am 23. März berichteten die Augsburger Gesandten, daß Karl noch schlecht aussehe, A. f. R. G. II, 297.

[8]) Ranke IV, 148; Lenz III, 13; Hegel, Die Chroniken der deutschen Städte XV, 165.

Hier traf er aber trotz seines ermahnenden Schreibens von Speier aus, in dem er die Fürsten dringend zum persönlichen Kommen aufgefordert hatte,[1]) von diesen, von dem Bischof von Regensburg abgesehen, nur die Herzöge Ludwig von Baiern und Heinrich von Braunschweig an.[2])

Da die Stände in den folgenden Tagen nur sehr langsam und spärlich eintrafen, sah Karl sich genötigt, am 1. März ein weiteres Schreiben ausgehen zu lassen, in dem er entsprechend seiner mündlichen Äußerung den Mainzischen Räten gegenüber[3]) darauf hinwies, daß er trotz seiner Krankheit rechtzeitig hier eingetroffen sei, und in dem er sofortiges Erscheinen verlangte.[4]) Obwohl im Laufe der ersten Tage des März die Stände zahlreicher erschienen und bezeichnenderweise gerade viele geistliche Fürsten,[5]) so reichte ihre Zahl immer noch nicht aus, um den Reichstag eröffnen zu können. Karl zog es daher vor, für einige Tage nach Straubing zur Jagd zu reiten, um sich dort von der kaum überstandenen Krankheit zu erholen.[6]) Endlich, in der zweiten Hälfte des März trafen mehr Reichsstände ein, aber immer noch zu Karls großem Verdruß langsam genug, der den Reichstag gern so schnell wie möglich eröffnet und ihn ebenso schnell wieder geschlossen hätte, um nach Algier zu eilen.[7]) Aber er hatte eben nicht mit der Langsamkeit der deutschen Stände gerechnet.[8]) Nichts ist dafür bezeichnender als die Bemerkung der Cölner Gesandten, die, als sie endlich am 3. April, also über einen Monat zu spät, anlangten, wohlgemut ihren Herren berichteten, sie seien grade zur rechten Zeit, nicht zu spät und nicht zu früh, eingetroffen.[9])

---

[1]) J. f. br. K. G. IV, 180; v. Below, Landtagsakten von Jülich-Berg I, 343 A. 1.

[2]) Wilhelm v. Baiern traf erst am 26. Februar ein, vgl. Lämmer, Monumenta Vaticana S. 363 und A. f. R. G. II, 283; Vetter S. 35 ist hiernach zu berichtigen.

[3]) Vetter S. 53; Me. A. Zwicker an den Rat 13. März.

[4]) J. f. br. K. G. IV, 183; M. R. A. Karl an den Bischof von Augsburg 1. März.

[5]) A. f. R. G. II, 259 und 287 f.

[6]) A. f. R. G. II, 259, 293 und 297; Winckelmann III, 171; W. A. Prot. vom 14. März.

[7]) A. f. R. G. II, 295; Janssen III, 498; W. A. Prot. vom 19.—28. März; Me. A. Zwicker an den Rat 22. März; Be. A. Schilling an Joachim 13. März.

[8]) Vgl. hierfür auch A. f. R. G. II, 258 f.

[9]) C. A. Ges. an den Rat 9. April.

Zwei Tage darauf eröffnete der Kaiser den Reichstag durch eine Proposition, in der er als Hauptaufgabe die religiöse Einigung hinstellte, während er die notwendige Bekämpfung der Türken und die deshalb zu leistende Reichshilfe erst in zweiter Linie erwähnte; um das erste Ziel zu erreichen, schlug er den Ständen gleichzeitig vor, ihm die Ernennung von geeigneten Collocutoren zu überlassen.[1]) Zwar war seine Hoffnungsfreudigkeit, die religiöse Vergleichung auch wirklich herbeizuführen, nicht mehr dieselbe wie bei seiner Ankunft, wozu das langsame Erscheinen der Stände nicht wenig beigetragen hatte,[2]) sein Ziel war aber unverrückbar dasselbe geblieben, seinerseits durch möglichstes Entgegenkommen den Reichstag wieder schnell schließen und von da über Italien nach Algier ziehen zu können.[3]) Auf protestantischer Seite erkannte man auch Karls guten Willen durchaus an. Auch Luther gestand zu, daß der Kaiser den Protestanten sehr gnädig entgegenkomme;[4]) ja, es tauchte sogar die Ansicht auf, daß Karl, wenn er nur selbst, ohne jede fremde Beeinflussung, viel vom rechten Glauben gehört und gelesen hätte, er in der Sache des Evangeliums anders handeln würde; noch weiter ging Christoph von Würtemberg in seinem Optimismus, der bereits ganz Deutschland der neuen Lehre gewonnen sah.[5]) Diese überschwänglichen

---

[1]) Vetter S. 62 f. Für die Eröffnungsfeierlichkeiten vgl. noch außerdem Brown, Calendar of State Papers and Manuscripts relating to English affairs existing in the archives and collections of Venice V, 97 ff; W. A. Prot. vom 5. April; Fr. A. Ges. an den Rat 14. April.

[2]) Br. A. Karl an Maria 27. März.

[3]) Me. A. Zwicker an den Rat 28. März.

[4]) Janssen II, 499; Baum, Cunitz, Reuß, Calvini Opera XI, 178 und 196; Winkelmann III, 171; Voigt, Briefwechsel der berühmtesten Gelehrten des Zeitalters der Reformation mit Herzog Albrecht von Preußen S. 299 f; de Wette, Luthers Briefe V, 345. Aufmerksam verfolgte man besonders auf französischer Seite Karls Bemühungen. Pellicier berichtete im März aus Venedig, daß Karl nach dort eingetroffenen Nachrichten „die Flügel sehr hängen lasse“ und alles tue, um nur den Reichstag zustande zu bringen. Von seinem Ergebnis versprach man sich in Frankreich von Anfang an kaum etwas, vgl. Charrière, Négociations de la France dans le levant I, 469 f; Tausserat-Radel, Correspondance politique de Guillaume Pellicier I, 251; Kaulek, Correspondance politique de MM. de Castillon et de Marillac S. 249, 264 und 285.

[5]) Voigt, Über Pasquille, Spottlieder und Schmähschriften aus der ersten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts im Historischen Taschenbuch IX,

Hoffnungen waren aber nur vereinzelt; um sie herabzustimmen, trug zunächst Karl selbst bei, der, je gnädiger er sich den Protestanten erwies, um so eifriger sich nach außen hin als treuer Sohn der Kirche zeigte, der alle ihre Gebote gewissenhaft erfüllte.[1]) Ferner mußte auch die reiche Schar von Bischöfen, die Karl bei der Eröffnung des Reichstages umgab, auch diejenigen, die mit großen Hoffnungen hergekommen waren, stutzig machen,[2]) und im allgemeinen kann man sagen, daß man sich auf protestantischer Seite schon vor und zu Beginn der Verhandlungen nur wenig von ihnen versprach.[3]) Trotzdem waren die Protestanten mit ihrer Antwort auf Karls Proposition, die am 6. April von 50 Schreibern abgeschrieben wurde,[4]) schneller bei der Hand als die Katholiken. Hatte es schon nicht leicht gehalten, die ersteren zu einer einmütigen Antwort zu bewegen,[5]) so kam bei den letzteren noch erschwerend für eine einhellige Erwiderung der Umstand hinzu, daß der alte Sessionsstreit zwischen Fürsten und Städten von neuem ausbrach. Diesmal aber waren es vorläufig nur die katholischen Fürsten, welche die katholischen Städte von der Beratung ausschließen wollten.[6]) Da diese außerdem im Gegensatz zu den Fürsten, die dem Kaiser das alleinige Ernennungsrecht der Collocutoren bestritten, bereit waren, Karls Wunsche zu willfahren, so kam es schließlich dahin, daß die katholischen Städte sich von den Fürsten trennten und durch den Cölnischen Gesandten Karl eine besondere Antwort gaben, die sich ganz der der Protestanten anschloß und

475; Heyd, Ulrich, Herzog zu Würtemberg III, 235, citiert von Rott, Friedrich II. von der Pfalz und die Reformation S. 5.

[1]) Chron. der deutschen St. XV, 171 und 175.

[2]) Calv. Op. XI, 177 und V, 672; Winckelmann III, 168; Zeitschrift für die historische Theologie 42, 47; Epistolarum miscellanearum ad Fridericum Nauseam libri X, Basel 1550, S. 304; Hist. Taschenbuch IX, 475; Me. A. Verzeichnis der anwesenden Stände als Beilage zum Schreiben Zwickers an den Rat 9. April.

[3]) Roth, Augsburgs Reformationsgeschichte III, 36; A. f. R. G. II, 302 und III, 28; Calv. Op. XI, 163 und 178; Kawerau, Jonas a. a. O. XVII, 2, 1 f.

[4]) W. A. Prot. vom 6. April.

[5]) Vetter S. 64 f.

[6]) Sleidanus, De statu religionis, hggb. von am Ende, Frankfurt 1786, S. 231 f; Hortleder, Handlungen und Ausschreiben, Gotha 1645, Bd. I, 328.

die Ernennung der Collocutoren dem Kaiser überließ.[1]) So war ja der volle Ausbruch des Zwistes zwischen den Fürsten und Städten noch vermieden worden, da die protestantischen Städte sich von ihren Fürsten nicht gesondert hatten, aber daß die Stimmung zwischen beiden Parteien im ganzen schon gereizt war und das Wiederaufleben des Streites in seinem gesamten Umfange nicht mehr in weiter Ferne zu liegen schien, geht aus dem Beschluß einer allgemeinen Städteversammlung vom 8. April hervor. Es wurde zunächst die völlige Einigkeit unter allen Städten, von der Glaubensfrage natürlich abgesehen, festgestellt und dann ein Ausschuß von sechs Städten, nämlich Cöln, Straßburg, Metz, Augsburg, Nürnberg und Konstanz, eingesetzt, der sich mit der alten Streitfrage befassen und über Gegenmaßnahmen beraten sollte.[2]) Für die protestantischen Fürsten kam es infolgedessen darauf an, ihre Städte nicht durch gleiches schroffes Vorgehen zu verletzen, damit durch ihre Absonderung und Vereinigung mit den katholischen Städten der Schmalkaldische Bund nicht geschwächt werde, was ihnen ja auch während der Dauer des Regensburger Reichstages gelungen ist. Für Karl war aber durch diese Trennung eine Erschwerung seiner Aufgabe eingetreten, denn es war doch nicht sicher, ob die katholischen Städte auch in allen späteren Fragen mit den Protestanten Hand in Hand gehen würden; er konnte vielmehr für die Zukunft damit rechnen, daß diese ihren eignen Weg nehmen und so eine neue Partei entstehen würde, mit der er zu unterhandeln habe.

In dieser schwierigen Lage war es ein Glück für ihn, daß er in Naves einen Mann besaß, der, wie sich später zeigen sollte, zur Unterhandlung mit den Städten und zur Vermittlung der Gegensätze vorzüglich geeignet war.[3]) Schon am 11. April, wo der Zwist zwischen den Fürsten und Städten bereits ausgebrochen war, berichten die Würzburger Gesandten, daß Naves von Karl und Granvella viel herangezogen werde und Helds

---

[1]) Der Ausbruch dieses Streites ist kurz erwähnt bei Vetter S. 68. Vgl. außerdem Winckelmann III, 177f; A. f. R. G. III, 26f; C. A. Ges. an den Rat 20. April; Fr. A. Ges. an den Rat 14. April.

[2]) A. f. R. G. III, 22f.

[3]) Über Naves vgl. Hasenclever a. a. O. 26, 280ff.

Geschäfte übernommen habe,[1]) und tatsächlich wurde er im Mai an dessen Stelle kaiserlicher Vicekanzler.[2]) Auch auf fürstlicher Seite war man bereits auf ihn aufmerksam geworden; und man bemühte sich, die Fürsprache des bereits einflußreichen Mannes durch „Verehrungen“ zu gewinnen. In demselben Schreiben vom 11. April fragten die Würzburger Räte bei ihrem Herrn an, ob er Naves eine „Verehrung“ tun lassen wolle. Die Antwort des Bischofs fiel zustimmend aus; aber ausdrücklich verlangte er auch, daß sie Naves die Förderung seiner Angelegenheiten recht warm ans Herz legen sollten.[3]) Tatsächlich überreichten sie ihm dann auch im Namen ihres Herrn 70 Goldgulden, die er mit großem Danke annahm,[4]) wie er übrigens drei Jahre später in Speier, als ihm der Landgraf 1000 Gulden für seine Bemühungen in der Braunschweigischen Angelegenheit zugunsten der Protestanten anbot, trotz anfänglichen Sträubens diese schließlich nicht zurückwies.[5]) Er wich mit diesem Verhalten sehr von Granvella ab, dem von dem Würzburger Bischof ebenfalls in Regensburg eine „Verehrung“ zugedacht war, die in mehreren Fäßchen besten Frankenweins nebst einem vergoldeten Trinkgeschirr im Werte von über 100 Gulden bestand. Den Wein allerdings nahm er an; das Trinkgeschirr wies er energisch zurück,[6]) wie er es später auch in Augsburg mit barem Gelde tat.[7])

Am 27. April begann in Regensburg das Colloquium,[8]) aber nur zu bald sollte sich zeigen, daß die Frankfurter Gesandten mit ihrer Besorgnis, daß nicht viel ausgerichtet werden würde, Recht behalten sollten.[9]) An Karls gutem Willen zweifelten die Protestanten auch jetzt noch nicht;[10]) aber von ihm hing,

---

1) W. A. Räte an den Bischof 11. April.

2) M. J. Ö. G. 26, 299.

3) W. A. Bisch. an die Räte 18. April.

4) W. A. Räte an den Bisch. 1. Mai.

5) Ma. A. Philipp an die Räte 9. Juni 1545.

6) W. A. Bisch. an die Räte 2. und 18. April. Räte an den Bisch. 11. April.

7) Roth a. a. O. III, 93.

8) Vetter S. 85.

9) Fr. A. Ges. an den Rat 21. April.

10) A. f. R. G. Ergänzungsband II, 125; A. f. R. G. I, 84 f. und IV, 68 f. Vogt, Bugenhagens Briefwechsel in den Baltischen Studien 38, 225; Quellen und Darstellungen zur Geschichte Niedersachsens III, 64 f. und IV, 91; Schieß II, 71.

wie es die Frankfurter Gesandten schon vor dem Beginn des Gespräches klar erkannten,[1]) die Entscheidung nicht ab, sondern diese lag in Rom, und sie fiel gegen ihn aus. Kein Wunder, daß jetzt auch auf protestantischer Seite, wo man ja von dem Colloquium nie viel erhofft hatte, die Stimmung vollkommen umschlug; man wäre jetzt am liebsten des ganzen Gespräches überhoben gewesen, ja, es tauchte sogar schon der Verdacht auf, daß es nur ein Scheinhandel sei, mit dem man sie hinziehen wolle.[2]) Schließlich mußte auch Karl bereits Mitte Mai einsehen, daß sein Werk im Grunde genommen jetzt schon gescheitert sei, wenn sich die religiösen Verhandlungen auch noch längere Zeit hinzogen;[3]) vergebens waren alle seine Bemühungen und sein persönliches Eintreten gewesen, und es war keine Übertreibung gewesen, wenn er seiner Schwester schrieb, daß er hier derart mit Geschäften überladen sei, daß er oft nicht aus noch ein wisse.[4])

Schweren Herzens entschloß er sich daher, neben diesem Plan, den er auch jetzt noch nicht ganz beiseite schob, da er in der Folge noch versuchen mußte, aus dem Schiffbruch wenigstens einiges zu retten, fortan die zweite Aufgabe des Reichstags energisch in Angriff zu nehmen: die Reichsunterstützung gegen die Türken. Diese wurde jetzt um so notwendiger, als die Meldungen, die Ferdinand von seinem Unterhändler Laski aus Konstantinopel über die Türkengefahr erhielt, immer gefährlicher lauteten.[5]) Ursprünglich gingen die Nachrichten dahin, daß die Türken seiner Ansicht nach dieses Jahr mehr eine Flottenunternehmung als einen Landangriff gegen Ungarn vorzuhaben schienen; trotzdem hatte Laski aber auch nie verfehlt, Ferdinand zur Gegenwehr zu ermahnen, um für alle Fälle gerüstet zu sein.[6]) Die Ermahnungen waren überflüssig gewesen, denn der König hatte schon vorher sich selbst bemüht, mit Unterstützung seiner Länder möglichst zahlreiche Truppen aufzubringen, da er selbst die Offensive ergriffen hatte, um vor allem Ofen den

[1]) Vgl. ihren obigen Brief vom 21. April.

[2]) A. f. R. G. IV, 73 und 75; vgl. auch Mitteilungen des Vereins für die Geschichte der Stadt Nürnberg X, 244 und Vogt a. a. O. S. 225.

[3]) Vetter S. 121.

[4]) Br. A. Karl an Maria 23. Mai.

[5]) M. J. Ö. G. 76, 66.

[6]) Gévay III, 136 und 139.

Türken wieder zu entreißen;[1]) ebenso hatten Vertreter seiner Landschaften und dann er selbst Contarini noch vor Beginn des Reichstages gebeten, sich bei dem Papst um Hilfe für ihn zu verwenden.[2]) In Regensburg war darauf der päpstliche Legat von dem Bischof von Agram im Namen der ungarischen Stände sogar angegangen worden, Karl dahin zu bewegen, die Religionsangelegenheiten einstweilen beiseite zu stellen und seine ganze Aufmerksamkeit der türkischen Angelegenheit zuzuwenden,[3]) ein Ansuchen, das Contarini mit um so größerer Berechtigung ablehnen konnte, als die Nachrichten aus Ungarn für Ferdinand günstig lauteten und die geplante Eroberung Ofens in den Bereich der nahen Möglichkeit gerückt zu sein schien.[4]) Da berichtete Laski in denselben Tagen, in denen Karl die Aussichtslosigkeit seiner religiösen Einigungsverhandlungen einsehen mußte, als feststehende Tatsache, daß der Sultan persönlich mit einem gewaltigen Heere im Juni nach Ungarn aufbrechen werde.[5]) Für Ferdinand mußte diese Meldung ein Antrieb mehr sein, Ofen, dessen Belagerung er am 3. Mai ernstlich begonnen hatte,[6]) vor der Ankunft dieses Entsatzheeres zu nehmen; bereits Ende Mai hoffte man in Regensburg ebenso wie auch Ferdinand auf die baldige Kunde von der Eroberung Ofens.[7]) Jedoch bitter sollte man sich getäuscht haben; der Sturm am 2. Juni war vergeblich, die Angreifer büßten ihn mit einem nicht unerheblichen Verluste an Toten und Verwundeten.[8]) Dazu kamen immer neue Nachrichten von Laski, daß ein starkes türkisches Heer Ende Juni zum Entsatze Ofens heranrücken werde.[9])

Unter diesen Umständen blieb Karl nichts anderes übrig, als mit allem Ernst sich der türkischen Angelegenheit zuzuwenden.

---

[1]) Huber, Geschichte Österreichs IV, 70 f. und 76. Hist. Jhb. IV, 443 f.

[2]) Dittrich, Regesten und Briefe des Kardinals Gasparo Contarini S. 151 u. 163.

[3]) Dittrich, Regesten Contarinis S. 321 f.

[4]) Dittrich a. a. O. S. 321; Zeitschrift für Kirchengeschichte III, 640.

[5]) M. J. O. G. 76, 66; Gévay III, 141.

[6]) Huber IV, 76.

[7]) Hist. Jhb. IV, 465; Bucholtz, Geschichte der Regierung Ferdinands I. V, 154; State Papers VIII, 569.

[8]) Huber IV, 77; Bucholtz V, 154 f; State Papers VIII, 576.

[9]) Gévay III, 142.

Freilich, er selbst konnte Ferdinand nicht helfen; waren doch bereits seine Vorbereitungen und Rüstungen für die algierische Expedition so weit vorgeschritten, daß, selbst wenn er es gewollt hätte, er sie nicht mehr rückgängig machen konnte.[1]) Da Ferdinand hierdurch auf sich allein angewiesen blieb, mußte Karls Hauptaugenmerk darauf gerichtet sein, die deutschen Stände zu energischer Unterstützung seines Bruders zu veranlassen. Und da war die wichtigste Frage, wie die Protestanten sich zu dieser Hilfeleistung stellen würden, die man nicht entbehren konnte und doch auch nicht zu teuer bezahlen wollte. So galt es für Karl einen neuen diplomatischen Waffengang mit den Protestanten; es mußte sich zeigen, ob er, nachdem er eben im Kampfe mit den Protestanten und Katholiken zusammen unterlegen war, hier wenigstens, wo er es nur mit ihnen allein zu tun hatte, ihrer Meister wurde.

Bezüglich der Türkengefahr hatte bereits der schmalkaldische Bundestag zu Naumburg beschlossen, Hilfe nur gegen Zusicherung eines beständigen Friedens und gleichmäßigen Rechtes durch Neubesetzung des Reichskammergerichtes zu leisten, die den eben wiederaufgenommenen einseitigen prozessualen Religionsverfolgungen ein Ende machte.[2]) Dementsprechend hatten die Schmalkaldener auch sofort in ihrer Antwort vom 9. April auf Karls Proposition ihre Zustimmung zu einer Hilfe von der Erfüllung dieser beiden Wünsche abhängig gemacht.[3]) In Fluß kam diese Angelegenheit aber erst Anfang Juni, als die Aussichten Karls auf die religiöse Vergleichung gescheitert, durch den mißlungenen Sturm vom 2. Juni Ferdinands Hoffnung auf die Eroberung Ofens wenn auch nicht ganz geschwunden, so doch stark herabgemindert und an dem bevorstehenden Anmarsch der Türken nicht mehr zu zweifeln war.[4])

---

[1]) Lettenhove, Commentaires de Charles-Quint S. 59. Schilling berichtet bereits am 13. März aus Regensburg von Rüstungen Karls, deren Ziel er allerdings nicht kennt. Be. A. Schilling an Joachim 13. März. Vgl. auch Egelhaaf II, 403.

[2]) Winckelmann III, 157 A. 1; Brandenburg, Herzog Heinrich der Fromme von Sachsen und die Religionsparteien im Reiche im Neuen Archiv für sächsische Geschichte 17, 285; Mentz II, 275 f.

[3]) Mentz II, 292 A. 1.

[4]) Bucholtz V, 154 f; Lämmer, Mon. Vat. S. 376; Pressel, Anecdota Brentiana S. 219.

Die Ereignisse überstürzten sich jetzt förmlich in den folgenden Tagen. Noch bevor Karl von dem Mißgeschick seines Bruders etwas wußte, knüpfte er, als er am 8. Juni den Ständen das Regensburger Buch übergab, zum Schluß die Bitte daran, jetzt auch die weiteren Artikel der Proposition zu beraten und zwar vor allem die Türkenhilfe und Friede und Recht. Den folgenden Tag erschien vor den Reichsständen eine ungarische Gesandtschaft, deren Sprecher, Frangipani, die Not Ungarns mit derart lebhaften Farben schilderte, daß er einen Teil der Fürsten bis zu Tränen rührte. Der Eindruck seiner Rede wurde noch gesteigert, als Karl die neuen Nachrichten über den mißlungenen Sturm auf Ofen verlesen ließ. Dem Bittgesuch der Ungarn schloß sich am selben Tag noch ein Vortrag einer österreichischen Gesandtschaft an, die ebenfalls flehentlich um Hilfe bat.[1] Beide Parteien mußten jetzt Stellung zu dieser Hauptfrage nehmen. Betreffs der Katholiken durfte Karl hoffen, daß sie sich mit Rücksicht auf die Notlage nicht ablehnend verhalten würden, und mit einiger Übertreibung wußte Morone bereits wenige Tage nach dem Ersuchen Karls zu berichten, daß sie zur Unterstützung sehr bereitwillig seien.[2] Viel wichtiger aber war für den Kaiser die Stellungnahme der Protestanten. Gemäß den Naumburger Beschlüssen einigten sich die Schmalkaldener am 13. Juni dahin, ohne die Gewährung von beständigem Frieden und gleichmäßigem Recht keine Hilfe zu leisten und in dieser Angelegenheit für einen Mann zu stehen.[3] Einen Tag darauf, am 14. Juni, ließ Karl, der am 9. Juni erst im allgemeinen um Beratung auch dieser Angelegenheit ersucht hatte, durch den Pfalzgrafen Friedrich, der sich nicht nur bei Karl, sondern auch bei den Ständen eines großen Ansehens erfreute,[4] einen ausführlichen Vortrag den Ständen über diese Angelegenheit halten, und zwar den Protestanten und Katholiken gesondert, um auf diese Weise den Sessionstreitigkeiten zwischen den

[1]) Vgl. außer den kurzen Notizen bei Vetter S. 178 und Bruns S. 77 noch Bucholtz V, 150; Brown V, 105; Dittrich S. 196; Winckelmann III, 190; A. f. R. G. IV, 222 f.; Fr. A. Ges. an den Rat 9. Juni.

[2]) Lämmer S. 376.

[3]) A. f. R. G. IV, 228.

[4]) Hist. Jhb. I, 371.

einzelnen Fürsten, die auch hier schon die Verhandlungen unliebsam gestört hatten, vorzubeugen. Karl ließ jetzt in erster Linie um eine eilende Hilfe bitten, an die sich dann eine beharrliche anschließen sollte; gleichzeitig hiermit ließ Ferdinand, dessen Ankunft sich infolge der ungarischen Ereignisse noch verzögert hatte, eine Schrift durch seine Räte überreichen, in der er die gleiche Bitte aussprach. Die Antwort der Protestanten erging bereits den nächsten Tag und fiel wie zu erwarten aus; sie erklärten sich im allgemeinen zur Unterstützung bereit, machten aber ihre Leistung von der Erfüllung ihrer beiden Forderungen abhängig.[1])

Im Gegensatz zu dieser schnellen protestantischen Antwort verzögerte sich die der Katholiken, und zwar grade wegen des Ausbruches von Sessionsstreitigkeiten, allerdings nicht unter den Fürsten, wie Karl gefürchtet hatte, sondern wieder zwischen den Fürsten und den Städten in Sachen der Stimmberechtigung. Da auch die katholischen Kurfürsten sich mit den Fürsten über eine gemeinsame Antwort nicht verständigen konnten, so kam es zu drei besonderen Bedenken der Katholiken, die am 17. Juni im Rate verlesen und dann Karl zugestellt wurden, so daß das Reich jetzt, wie es die Würzburger Räte nicht genug beklagen konnten, in vier Teile gespalten war. Trotzdem waren diese vier Schriftstücke, so verschieden sie auch in den Einzelheiten waren, doch in der Hauptsache einig, denn aus allem ergab sich im Hinblick auf die drohende Gefahr die Geneigtheit, die eilende Hilfe zu leisten, ebenso knüpften alle diese Hilfe an die Erfüllung gewisser Bedingungen.[2]) Da die katholischen Kurfürsten und noch schärfer die Fürsten verlangten, daß, bevor die eilende Hilfe geleistet werden könne, im Reiche erst Friede und Recht erhalten und gehandhabt werde, so schienen sie sich mit dieser Forderung den protestantischen Standpunkt zu eigen gemacht zu haben. Jedoch lief die katholische Forderung im

[1]) Außer der kurzen Erwähnung bei Vetter S. 178 vgl. noch Bruns S. 77 f.; Lenz III, 106; Winckelmann III, 180; A. f. R. G. IV, 229 f.; Fr. A. Ges. an den Rat 15. Juni; W. A. Räte an den Bisch. 15. Juni.

[2]) W. A. Prot. vom 17. Juni; Hortleder I, 367; A. f. R. G. IV, 229 f. und 233 f.; Lenz III, 108 f.; Winckelmann III, 190; Fr. A. Ges. an den Rat 17. Juni. Die Antwort der kath. Kurf. und Fürsten im W. Archiv.

Grunde nur auf eine Erneuerung des Landfriedens und eine weitere Unterhaltung des Kammergerichtes in der alten Besetzung hinaus, während das protestantische Ansinnen nichts geringeres als „eine dauernde Sicherstellung vor tätlicher und rechtlicher Vergewaltigung“ bedeutete.[1]) Am meisten näherten sich noch dem protestantischen Standpunkte die katholischen Städte, begreiflich genug, da die Städte ja überhaupt unter der Unsicherheit der ganzen Verhältnisse am meisten zu leiden hatten. Außerdem tauchte für den Kaiser noch eine neue Schwierigkeit dadurch auf, daß alle Städte, katholische wie protestantische, schon jetzt zu dem Beschluß kamen, die beharrliche Hilfe nur dann noch zu bewilligen, wenn die Lasten gleichmäßiger verteilt würden und deshalb an Stelle der alten Anschläge eine neue bessere Erhebungsart trete.[2]) Für Karl kam es zunächst aber darauf an, die Zersplitterung, die die Verhandlungen sehr erschwerte, zu beseitigen und die Stände trotz aller Bedenken wegen des Ausbruches von Sessionsstreitigkeiten zwischen den protestantischen und katholischen Fürsten wieder zu gemeinsamer Beratung zu veranlassen; jedenfalls hatte sich gezeigt, daß es ohne Zwistigkeiten einmal nicht abging; und da mußte ihm eine Verhandlung mit zwei, höchstens drei Parteien immer noch leichter und zweckdienlicher erscheinen als eine solche mit vieren. Mit diesem Wunsche nach gemeinsamer Beratung kam er nur einem solchen der katholischen Fürsten entgegen, die bereits aus sich heraus den Beschluß gefaßt hatten, deshalb den Bischof von Brixen zu ihm zu schicken.[3]) Nachdem dann Karl am 19. Juni die Stände durch Naves um Beschleunigung ihrer Beratungen ersucht hatte, wobei die Reichsstädte nicht verfehlten, dem Vicekanzler ihre Beschwerden über die Fürsten vorzubringen, erschien am folgenden Tage in kaiserlichem Auftrage wieder Pfalzgraf Friedrich vor allen Ständen, wie auch noch besonders vor den Protestanten, und verlangte eine gemeinsame Antwort. Die Protestanten waren schließlich bereit, aber nur zu unverbindlichen Verhandlungen, so daß, wenn

[1]) Bruns S. 77.

[2]) Vgl. A. f. R. G. IV, 233 f. und das oben erwähnte Schreiben der Fr. Ges. vom 17. Juni.

[3]) W. A. Prot. vom 18. Juni.

ihre Forderungen nicht ihrem Verlangen entsprechend erledigt würden, sie zu nichts verpflichtet seien. Ebenso erklärten sie ausdrücklich, einen etwaigen Mehrheitsbeschluß nicht anerkennen zu wollen.[1]) War daher ihre Zustimmung zur weiteren Beratung auch nur eine bedingte, ein Fortschritt war es für Karl immerhin; und er konnte für die Zukunft noch mehr erwarten, da an demselben Tage, wo er diese Antwort erhielt, Ferdinand in Regensburg eintraf, der als der am meisten Interessierte auch am meisten Karl unterstützen mußte.[2])

Ursprünglich hatte man seine Ankunft schon viel eher erwartet, aber einmal hatte er in seinen Ländern noch genügend zu tun gehabt, um von ihnen eine Unterstützung zu erlangen, und dann hatte Karl ihn selbst noch ermahnt, erst den Erfolg der Belagerung Ofens abzuwarten, da sein Erscheinen in Regensburg gegen das Ende des Reichstages vollkommen genüge.[3]) Der mißglückte Sturm machte jedoch sein persönliches Eintreten für die so schnell wie möglich aufzubringende Unterstützung dringend notwendig, zumal ein Versuch, Mitte Juni Ofen durch Verrat zu nehmen, ebenfalls gescheitert war.[4]) Bereits einen Tag nach seiner Ankunft fand eine Versammlung aller Reichsstände statt, bei der sich Katholiken und Protestanten gemeinsam in ihren Räten eingefunden hatten. In Hinblick auf diese Notlage ließ der Kaiser um die sofortige Beratung der eilenden Hilfe bitten; gleichzeitig ersuchte er, um auch sein Entgegenkommen zu beweisen, die Stände um Vorschläge über die Herstellung von Frieden und Recht. Im Fürstenrat brach aber der Sessionsstreit derartig heftig zwischen den Protestanten und Katholiken aus, daß eine Beratung nicht zustande kam. Man kann den Frankfurter Gesandten die Erbitterung nachfühlen, mit der sie dem Rate dies unliebsame Ereignis mitteilten, das sie als eine Plage Gottes ansahen, da der Türke jetzt mit einem

[1]) Lenz III, 109; A. f. R. G. IV, 234 f. und 243 f.; Bruns S. 77; W. A. Protok. vom 19. und 20. Juni und Räte an den Bisch. 22. Juni; Fr. A. Ges. an den Rat 22. Juni.

[2]) Brown V, 105; A. f. R. G. IV, 243.

[3]) Bucholtz V, 151 ff; A. f. R. G. II, 294; Z. f. K. G. III, 618; Dittrich S. 176; Tausserat-Radel, Pellicier I, 295; Fr. A. Ges. a. d. Rat 30. März.

[4]) Huber IV, 77.

so gewaltigen Heere heranrücke. Resignierter faßte der Rat der Stadt Augsburg den Streit auf; ihm war es ein alter Mangel, der der deutschen Nation schon oft genug geschadet habe.[1]) Um so eifriger bemühte sich jetzt Ferdinand, der von nun an durchaus als die treibende Kraft bei den folgenden Verhandlungen erscheint,[2]) die Reichshilfe zu erlangen. An demselben Tage hatte er noch eine mehrstündige Unterredung mit seinem Bruder; aber die Annahme der augsburgischen Gesandten, daß die Beratungen den folgenden Tag wieder aufgenommen werden würden, bestätigte sich nicht.[3]) Zwei Tage stockten sie vielmehr vollkommen, während dessen Karl und Ferdinand mit ihren Räten die Angelegenheit eifrig erörterten.[4]) Das Ergebnis ihrer Beratungen war, daß am 25. Juni Ferdinand einen Versuch machte, ob er persönlich mehr erreichen würde. In beweglichen Worten ließ er den Reichsständen durch seinen Vicekanzler Gienger die Not Ungarns schildern und an erster Stelle um die sofortige Bereitstellung wenigstens der eilenden Hilfe ersuchen, damit hierdurch die drohende Entsetzung Ofens noch verhindert werden könne; an zweiter ließ er dann um die beharrliche Hilfe ersuchen.[5]) Eine gemeinsame Beratung und Beantwortung herbeizuführen, gelang ihm allerdings nicht; er setzte es aber trotz des Widerspruches der Katholiken durch, daß man der Erörterung der eilenden Hilfe, wenn auch nur unverbindlich, näher trat. Eile tat not, denn immer bedrohlicher lauteten die Nachrichten aus Ungarn, die Ferdinand unverzüglich den Ständen mitteilen ließ. Nach zweitägiger Beratung trafen die Antworten der Protestanten, die der katholischen Kurfürsten und Fürsten, endlich gesondert auch die der katholischen Städte ein, die sich wieder zurückgesetzt gefühlt hatten.[6]) Die

---

[1]) A. f. R. G. IV, 246 f. und 249 f.; Lenz III, 110; Fr. A. Ges. an den Rat 22. Juni; W. A. Prot. vom 22. Juni.

[2]) Vgl. Pastor, Päpste V, 326.

[3]) A. f. R. G. IV, 248.

[4]) W. A. Prot. vom 23. und 24. Juni.

[5]) Außer der kurzen Notiz bei Bruns S. 78 vgl. A. f. R. G. IV, 250 f; Lenz III, 114; Fr. A. Ges. an den Rat 26. Juni; W. A. Prot. vom 25. Juni.

[6]) Die Antworten ganz kurz erwähnt bei Bruns S. 78 A. 1. Das Genauere vgl. im A. f. R. G. IV, 255 ff.; Fr. A. Ges. an den Rat 28. Juni und 5. Juli; W. A. Räte an den Bisch. 28. Juni und Prot. vom 27. und 29. Juni.

katholischen Kurfürsten und Fürsten erklärten unter der Voraussetzung, daß inzwischen im Reiche Friede erhalten und gehandhabt werde, ihre Bereitwilligkeit, dem König drei, im Notfall auch vier Monate einen halben Romzug, d. h. 10 000 Mann zu Fuß und 2000 Reiter, für die eilende Hilfe zu bewilligen; auch die Beratung der beharrlichen Hilfe wiesen sie nicht zurück. Im Gegensatz hierzu war die protestantische Bewilligung der eilenden Hilfe in der Stärke eines halben Romzuges für vier Monate an die Erfüllung der alten Wünsche gebunden; für die Leistung weiterer Unterstützung hatte man sich die Forderung der Städte nach einer neuen gleichmäßigen Anlage, wie sie jetzt die katholischen Städte in ihrer besonderen Erwiderung schon für die eilende Hilfe verlangten, ganz zu eigen gemacht, der beste Beweis, wie sehr man auf protestantischer Seite sich bemühte, eine Absplitterung der Städte, wie sie bei den Katholiken eingetreten war, zu vermeiden und als geschlossene einheitliche Masse seine Forderungen zu vertreten.[1])

Karl und Ferdinand konnten mit diesen Antworten ganz zufrieden sein, von allen Seiten war ihnen eine feste Zusage gemacht worden; es galt jetzt nur noch, die Protestanten zu gewinnen, was nicht so schwierig erschien. Hoffte man doch schon auf

---

Nach Bruns S. 78, A. 1 und der datierten Beilage zum Schreiben der Frankfurter Gesandten wurde die katholische Antwort bereits am 27. Juni überreicht, nach dem Würzburger Protokoll wurde aber dort nur über sie Beschluß gefaßt, und erst am 28. die Schrift selbst übergeben, wie es auch der Brief der Würzburger Räte berichtet, ebenso Winckelmann III, 192. Auf protestantischer Seite war man sogar zuerst bereit gewesen, Ferdinand den ganzen Romzug in der Stärke von 24 000 Mann gegen die Gewährung von beständigem Frieden und gleichmäßigem Recht zu bewilligen, vgl. A. f. R. G. IV, 261 f. und Cyprian, Spalatini Annales reformationis S. 613 f. Das dortige Datum vom 28. Juni ist in den 26. Juni umzuwandeln, vgl. Fr. A. Ges. an den Rat, 26. Juni. Am folgenden Tage erfuhr man dann die Ansicht der Katholiken, wie wohl auch Karls Wunsch der bedingungslosen Bewilligung des halben Romzuges. Da man dazu aber nicht geneigt war, schloß man sich dem katholischen Gutachten an, ohne jedoch die alten Forderungen fallen zu lassen. Jedenfalls spricht die Antwort der Protestanten vom 28. Juni nur vom halben Romzug, wie auch Karls Antwort vom 30. Juni erwähnt, daß die Bewilligung beider Teile fast gleichmäßig sei.

[1]) A. f. R. G. IV, 259 f.; Fr. A. Ges. an den Rat 5. Juli; nebst der Antwort der kath. Städte vom 29. Juni.

protestantischer Seite, daß der Reichstag nicht mehr zu lange dauern werde, ebenso tauchte auf beiden Seiten das Gerücht auf, daß Ferdinand in wenigen Tagen nach Erlangung der Hilfe abreisen werde.[1]) Wenn dies Gerücht auch sicher übertrieben war, als ganz unbegründet konnte es nicht erscheinen. Denn unter den Schmalkaldenern war trotz des Naumburger Beschlusses und seiner Erneuerung in Regensburg, alle für einen Mann zu stehen und sich in dieser Angelegenheit nicht zu trennen, die Einigkeit nicht mehr so groß. Ganz abgesehen davon, daß man doch auch hier Ferdinands Notlage sich nicht verschließen konnte, so herrschte vor allem unter den Häuptern des Bundes in dieser wichtigen Frage keine Einigkeit. Philipp von Hessen, den Karl ja hier durch eine meisterhafte Politik an sich zu fesseln gewußt hatte, war der Leistung der eilenden Hilfe nicht abgeneigt, und dementsprechend hatten seine Gesandten sie auch bei den Bundesmitgliedern, allerdings vergeblich, durchzusetzen versucht.[2]) Im Gegensatz zu solchen Anschauungen war der Kurfürst von Sachsen entschlossen, grade die Not Ferdinands ordentlich auszunutzen, um für die Protestanten möglichst günstige Bedingungen durchzusetzen.[3]) Ebenso waren die Frankfurter Gesandten nicht gewillt, ohne die Gewährung der protestantischen Forderungen die Hilfe zu leisten; es wäre beschwerlich, so schreiben sie am 5. Juli, die Reichsgrenzen vor Gewalt beschirmen zu helfen und inzwischen mitten im Reich vor Gewalt nicht sicher zu sein und also das Wasser aus den eigenen Häusern zum Löschen an anderen Orten zu gebrauchen, während man ein großes Feuer im eignen Hause zu befürchten habe.[4]) Für Karl kam es daher darauf an, diese zwiespältige Stimmung geschickt zu benutzen und zu versuchen, durch ein Entgegenkommen seinerseits auch die noch Widerspenstigen unter den Gegnern zu gewinnen. Zunächst allerdings in seiner Antwort vom 30. Juni,

[1]) Fr. A. Ges. an den Rat 28. Juni; A. f. R. G. IV, 255; W. A. Räte an den Bisch. 1. Juli.

[2]) Küch, Politisches Archiv des Landgrafen Philipp des Großmütigen von Hessen I, 356 f. und 359 f. Es genügt hier, nur eben an die verhängnisvolle Doppelehe-Angelegenheit zu erinnern, da sie in der Forschung bereits erschöpfend behandelt worden ist.

[3]) Mentz II, 292.

[4]) Fr. A. Ges. an den Rat 5. Juli.

der sich auch Ferdinand anschloß, bemühte er sich noch, die Schmalkaldener durch den Hinweis auf die dringende Not, die keine Verzögerung mehr dulde, zum Fallenlassen ihrer Bedingungen zu bewegen; mundgerechter suchte er ihnen dies Verlangen dadurch zu machen, daß er sie daran erinnerte, wie er ja den Reichstag auch wegen der Erledigung von Frieden und Recht ausgeschrieben habe, und wie er deshalb sofort nach Erledigung der eilenden Hilfe diese Angelegenheit zur Beratung stellen wolle. Mit dieser Zusicherung erklärten sich die Katholiken einverstanden; nachdem sie ihre Geneigtheit zur Hilfeleistung ausgesprochen hatten, baten sie den Kaiser nur noch, vor Schluß des Reichstages diese beiden Punkte zu erledigen, und unterließen es nicht, noch besonders hervorzuheben, daß es gar nicht ihre Absicht gewesen sei, ihm ohne Friede und Recht die Hilfe zu versagen; durch die Aufstellung ihrer Forderung hätten sie ihn vielmehr nur an seine Zusage erinnern wollen.[1]) Dagegen beharrten die Protestanten der Hauptsache nach auf ihrer Forderung; indem sie sich auf ihre dahin lautenden Instruktionen beriefen; um aber auch ihrerseits etwas Entgegenkommen zu beweisen, machten die Gesandten, in der Hoffnung auf spätere Zustimmung ihrer Herren, den Vorschlag, der Kaiser solle bei den Katholiken einen friedlichen Anstand von 6—8 Jahren zu erhalten suchen, während dessen Dauer das Wormser Edikt nebst dem Augsburger Reichsabschied aufgehoben, die gegen sie anhängigen Kammergerichtsprozesse wie die bereits ausgesprochenen Achtserklärungen suspendiert sein und das Gericht selbst reformiert werden sollte; innerhalb dieses Anstandes solle dann von der Religionsvergleichung, dem beständigen Frieden und der beharrlichen Hilfe gehandelt werden.[2])

Wenn Karl auch keineswegs gewillt war, diesen Vorschlag anzunehmen, so durfte er doch keineswegs die Protestanten durch schroffe Zurückweisung ihrer Wünsche vor den Kopf stoßen, schon nicht um seines Bruders willen, der dringender denn je der Hilfe bedurfte, vor allem aber auch, weil sich im allgemeinen

---

[1]) Fr. A. Karls Antwort vom 30. Juni, Beil. zum Schreiben der Ges. vom 5. Juli; ebenda die Antwort der Kath. und Prot. vom 3. Juli.

[2]) Vgl. hierzu auch noch die kurze Inhaltsangabe der protestantischen Antwort bei Bruns S. 78.

die gesamte Lage zu seinen Ungunsten verschlechtert hatte. Die Gründe hierfür waren zweifacher Art. Einmal hatte der Streit zwischen den katholischen Fürsten und Städten an Schärfe zugenommen. Die letzteren, empört über die abermalige Zurücksetzung, hatten sich öffentlich über die Fürsten beschwert und energisch Berücksichtigung ihrer Wünsche bei den Beratungen verlangt. Welche Erbitterung bereits auf beiden Seiten herrschte, zeigt deutlich die Äußerung der Frankfurter Gesandten, daß die Fürsten trotz der drohenden Türkengefahr ihren Stolz nicht lassen, sondern gern aus den freien Reichsstädten Sklaven und Eigenleute machen wollten.[1]) Für den Kaiser hatte dieser Streit insofern seine bedenklichen Seiten, als, von der zu befürchtenden Verlängerung der Verhandlungen ganz abgesehen, die katholischen Städte in dieser ganzen Angelegenheit stets den Rat der protestantischen Städte eingeholt hatten, wie sie sich auch deren Forderungen nach Friede und Recht angeschlossen hatten; jedenfalls schien die Gefahr nicht von der Hand zu weisen zu sein, daß die katholischen Städte infolge der rücksichtslosen Behandlung durch die Fürsten immer mehr und mehr in das protestantische Lager getrieben und hierdurch die katholische Partei eine nicht unerhebliche Schwächung erfahren würde. Um für Karl die Schwierigkeiten der Lage noch weiter zu erhöhen, hatten sich die Gegensätze unter den katholischen Fürsten selbst wie in ihrem Verhältnis zu den Protestanten, soweit wenigstens die Wortführer der katholischen Partei in Betracht kamen, ganz bedeutend verschärft.

Die Veranlassung hierzu gab die religiöse Frage; diese war jetzt wieder mehr in den Vordergrund getreten, da die Antwort, die von beiden Parteien dem Kaiser auf das Regensburger Buch gegeben werden sollte, zur Entscheidung stand, ganz im Gegensatz zu Ferdinands Wunsch, der hierdurch nicht mit Unrecht eine Verzögerung der Erledigung der für ihn so dringenden Unterstützung befürchtete; seine Bitte, zunächst die eilende Hilfe zu erledigen, war jedoch von den Kurfürsten und Fürsten abgelehnt und vorher schon beschlossen worden, beide

---

[1]) Fr. A. Ges. an den Rat 5. Juli, als Beilage die Beschwerde der Städte vom 30. Juni.

Angelegenheiten nebeneinander zu beraten.[1]) Am 30. Juni begannen auf katholischer Seite im Kurfürsten- und Fürstenkolleg die Beratungen. Während man im ersteren an diesem Tage über die einleitenden Vorverhandlungen nicht hinauskam,[2]) entbrannte im letzteren bereits ein heftiger Streit. Es waren die bayrischen Herzöge, die hier, doch wohl schon am 30. Juni, eine wesentlich von Weißenfelder und Leonhard v. Eck verfaßte Schrift verlesen ließen, die in der schärfsten Weise sich gegen das Regensburger Buch wandte, dessen Artikel teils irrig und verwerflich, teils sogar ketzerisch seien; ebenso verlangte sie das starre Festhalten am Augsburger Reichsabschied von 1530, den durchzuführen der Kaiser mit Ernst ermahnt werden sollte. Herzog Wilhelm unterließ es nicht, selbst für ihre Annahme einzutreten; persönlich ermahnte er vor allem die geistlichen Fürsten zur Standhaftigkeit und versprach, selbst „Haut und Haar" daran zu setzen. Trotzdem war der Erfolg nicht der gewünschte. Zwar traten Herzog Heinrich von Braunschweig, der Bischof von Salzburg und der Abt von Weingarten ebenfalls persönlich für die Annahme der Schrift ein, aber nicht einmal alle Geistlichen schlossen sich ihrer Meinung an. Die Bischöfe von Konstanz, Augsburg und Münster und der Abt von Kempten wiesen zusammen mit dem Pfalzgrafen Ottheinrich und den jülischen Gesandten darauf hin, daß dies Gutachten nur zur Vermehrung der Uneinigkeit unter den Ständen beitragen würde. Unter diesen Umständen kam es an diesem Tage zu keiner Einigung im Fürstenrat, ohne Beschluß schied man von einander. Herzog Wilhelm ließ sich aber durch diesen Mißerfolg von einem zweiten Versuch nicht abschrecken. Am folgenden Tage, dem 1. Juli, erschien er mit einem neuen Schriftstück im Fürstenrat, das zwar kürzer, dafür aber noch schärfer und erbitterter war. Ganz offen wurde hier nicht nur das Regensburger Buch verworfen, dessen Hauptzweck es nur sei, den Kaiser vom Augsburger Abschied abzuwenden, es wurde überhaupt alle Schuld an der Zerrissenheit und Unsicherheit in

[1]) Be. A. Prot. vom 30. Juni. W. A. Prot. vom 28. Juni. Die katholischen Fürsten hatten diesen Beschluß schon am 28. Juni gefaßt. Die Kurfürsten folgten ihnen dann am 30. Juni.

[2]) Be. A. Prot. vom 30. Juni.

Deutschland den Protestanten aufgebürdet, die zwar immer nach Friede und Recht schrieen, beides jedoch selbst nicht hielten und beachteten. Auch diesmal trat Herzog Wilhelm in einer heftigen Rede, die sich hauptsächlich wieder an die Geistlichkeit wandte, da ihr Besitz ja am meisten bedroht sei, dafür ein, diese Schrift zu bewilligen. Noch schärfer äußerte sich Herzog Heinrich von Braunschweig, der die Katholiken offen der Feigheit und Furcht vor den Protestanten beschuldigte, und diesmal erreichte der Bayer, was er gewollt hatte. Zwar ließen es die Gegner, namentlich Ottheinrich und der Konstanzer Bischof, an heftigen Erwiderungen nicht fehlen; aber sie wurden überstimmt, und die Schrift auf die Anregung des Bischofs von Salzburg noch am selben Tage dem Kurfürstenrat übermittelt.[1])

[1]) Für die Darstellung vgl. hierzu vor allem Vetter S. 181 f., Pastor, Reunionsbestrebungen S. 267 f. und Janssen III, 507 f., die aber entweder die Übergabe zweier bayrischer Schriftstücke nicht erwähnen oder keine zutreffende Datierung geben. Dazu vgl. an neuerem gedrucktem Aktenmaterial die bei Pastor S. 490 f. veröffentlichte eine bayrische Schrift, deren Bedeutung aber erst Lenz richtig erkannt hat, Lenz III, 119 ff. und Winckelmann III, 193. Von ungedruckten Akten kommen in Betracht Fr. A. Ges. an den Rat 10. Juli und eine undatierte Aufzeichnung von Lamb, vgl. Janssen III, 508 Anm. 1 und Be. und W. A. Prot. vom 30. Juni und 1. Juli. Aitinger erwähnt ausdrücklich zwei Schriften der Bayern. Die erste, die wahrscheinlich am 30. Juni zur Beratung stand, ist wohl die bei Pastor abgedruckte. Allerdings stimmt ihr Inhalt mit der kurzen Inhaltsangabe Aitingers nur im allgemeinen, nicht in allen Einzelheiten überein; dies ist aber nicht weiter verwunderlich, da Aitingers Bericht auf einen Vertrauten Ottheinrichs zurückgeht, der sich selbst auch wieder nur auf sein Gedächtnis verlassen konnte, da eine Abschrift nicht gegeben wurde. Zwar sagt Aitinger nicht, daß zwischen der ersten und zweiten Schrift ein Tag liegt, aber einmal stimmen hiermit die Nachrichten der Berliner und Würzburger Protokolle überein, die, wenn sie auch nur im allgemeinen von Verhandlungen der Fürsten am 30. Juni über die Religionsvergleichung melden, ohne die Verlesung der bayrischen Schrift besonders zu erwähnen, doch übereinstimmend bezeugen, daß man noch an diesem Tage im Fürstenrat zu keinem Beschluß gekommen sei; ferner meldet doch auch Aitinger, daß Wilhelm, ehe er die zweite Schrift übergab, heftig bei den andern Ständen praktiziert habe, was auch wieder mehr Zeit voraussetzt, als ihm, wenn sich all diese Verhandlungen an einem Tage abgespielt hätten, zur Verfügung gestanden hätte, denn aus dem Berliner Protokoll vom 1. Juli ergibt sich, daß die bayrische Schrift bereits am Vormittag den Kurfürsten übergeben wurde, wenn sie auch erst nachmittags eingehend beraten wurde; folglich müßten sich die ganzen zweimaligen Beratungen im Fürstenrat schon

Auch hier war ein Zwist über das Regensburger Buch ausgebrochen; hauptsächlich gingen die Ansichten darüber auseinander, ob die Entscheidung in der religiösen Frage einem allgemeinen Konzil, wie es in dem von ihm verlesenen Entwurfe vor allem Mainz wünschte, oder einem Nationalkonzil vorbehalten sein sollte. Gelang es schließlich auch hier der Opposition unter der Führung von Mainz und Trier, Karls Vorlage zu Fall zu bringen, so bedeutete das doch noch keineswegs ein Eingehen auf die bayrischen Wünsche. Vielmehr war man entschlossen, die von dort vorgebrachte Schrift mit ihrer verhetzenden Form durchaus abzulehnen. Schon zu Anfang der Verhandlungen zeigte sich dies bei einer rein formellen Frage. Gern hätte Herzog Wilhelm wie bei der ersten Schrift, so auch bei dieser es vermieden gesehen, daß sie abgeschrieben und so allgemein bekannt würde. Jedoch schon hierbei stieß er auf Widerstand bei den Kurfürsten. Vergebens erbot sich sein Gesandter, sie mehrmals im Kurfürstenrat verlesen zu lassen, die Kurfürsten bestanden darauf und setzten es auch durch, daß die Schrift abgeschrieben wurde.[1]) Bei diesen Verhandlungen hielt der Cölner auch noch ganz offen seine Verwunderung über die Neuerung nicht zurück, daß ein Fürst oder Stand eine solche Schrift habe verfassen und im Namen der Fürsten habe übergeben lassen.[2]) An den folgenden Tagen gingen die Verhandlungen zwischen den Kurfürsten und Fürsten noch hin und her. Die Kurfürsten lehnten die bayrische Schrift durchaus ab und beharrten auf ihrem Beschluß, daß ihre Schrift zugleich im Namen der Fürsten dem Kaiser übergeben werde. Schließlich gaben die Fürsten nach; sie erklärten, sich nicht von den Kurfürsten trennen zu wollen, und baten nur noch in zwei Punkten

---

am frühen Vormittag des 1. Juli abgespielt haben, was kaum annehmbar, ja wohl auch nicht möglich ist. Schließlich erforderte doch auch die Abfassung der zweiten Schrift einige Zeit, man müßte denn gerade annehmen, daß Wilhelm für alle Fälle gleichzeitig beide Schriften hätte verfassen lassen. Die zweite Schrift ist die im C. R. IV, 450 ff. abgedruckte. Im Gegensatz zu der ersten, die ich nirgends mehr gefunden habe, — der Grund bei Lenz III, 321 — ist sie außer im Marb. A., vgl. Küch I, 356, A. 1 und Weim. A., vgl. Neudecker Akten I, 267, auch im Fr., W. und M. St. A.

[1]) Vgl. hierzu Lambs Aufzeichnung, citiert von Janssen III, 508.

[2]) Be. A. Prot. vom 1. Juli.

um eine nähere Erklärung.[1]) Am 5. Juli wurde daher Karl nicht die bayrische Schrift übermittelt, sondern es wurde ihm wesentlich im Sinne des Kurfürstenkolleg die Antwort erteilt.[2]) Hatte hiermit auch die gemäßigtere Partei einen Sieg über die extreme davongetragen, so genügte doch auch deren Bescheid, um Karl klar zu zeigen, daß es mit seinem Toleranzprojekt jetzt endgültig vorbei sei,[3]) ein Grund mehr für ihn, sein Hauptaugenmerk jetzt wieder der Türkenfrage und der damit zusammenhängenden Zufriedenstellung der Protestanten zuzuwenden.

Aus den bisherigen Verhandlungen hatte sich für ihn das eine deutlich ergeben, daß bei einer direkten Unterhandlung zwischen ihm und seinen Gegnern die Angelegenheit nicht von der Stelle kam; nicht minder klar ergab sich aber für ihn infolge des Mißgeschickes in der religiösen Frage die bittere Notwendigkeit, in dem jetzigen Zeitpunkte, wo die drohende Türkengefahr die schnellste Erledigung der Hilfe erheischte, wo die katholischen Städte sich möglicherweise den Protestanten anschlossen, wo endlich die Erbitterung unter den gesamten Ständen infolge der letzten religiösen Verhandlungen auf das höchste gestiegen war, seinerseits alles zu tun, um wenigstens irgend einen Erfolg auf diesem Reichstage zu erzielen. So entschloß er sich, den Protestanten einen Schritt entgegenzukommen und sich bei der weiteren Behandlung der Türkenhilfe der Vermittlung des Kurfürsten von Brandenburg zu bedienen, den er in derselben Rolle eben erst bei der religiösen Frage gebraucht hatte. Noch an demselben 5. Juli, an dem er die ablehnende Antwort der Katholiken über das Regensburger Buch erhielt, erschien in seinem Auftrage der Kurfürst bei dem Markgrafen Georg von Brandenburg und teilte diesem im Beisein anderer Protestanten einen neuen Vorschlag Karls mit. Da die Zeit zu kurz sei, um hier die protestantischen Forderungen endgültig erledigen zu

[1]) Leider bringt das Be. Prot. vom 5. Juli über diese Verhandlungen keine nähere Aufklärung.

[2]) Vetter S. 182 f., berichtigt durch Winckelmann III, 192, A. 4 u. 196; A. f. R. G. IV, 271, A. 2; Be. A. Prot. vom 1., 4. u. 5. Juli; Fr. A. das eben erwähnte Schreiben vom 10. Juli.

[3]) Das Nähere siehe bei Vetter S. 184.

können, so erklärte er sich bereit, gegen Leistung der eilenden Hilfe in 6 Monaten für Erledigung ihrer Wünsche Sorge tragen zu wollen; inzwischen solle der bisherige Anstand verlängert werden, und alle Achtserklärungen und Prozesse des Kammergerichtes suspendiert sein. Es war also eine Vertagung der Wünsche der Protestanten; aber auch diese begannen sich jetzt der Einsicht nicht länger zu verschließen, daß die Türkennot eine vorläufige Zurückstellung ihrer Sonderwünsche dringend fordere. Bereits in ihrer Beratung vom 6. Juli war die Mehrheit zur Erfüllung von Karls Vorschlag bereit, und obwohl man schließlich infolge des Widerspruches einiger Stände, unter denen sich auch die Frankfurter Gesandten befanden, Hessens Antrag, schon jetzt die eilende Hilfe zu bewilligen, noch ablehnte, so zeigte doch ihr Beschluß deutlich, wie sehr sich die Lage zu Gunsten Karls geändert hatte; man einigte sich dahin, von Karl nähere Auskunft zu erbitten, wie der Friede beschaffen sein solle und auf welche Weise er für seine Innehaltung sorgen wolle. Als Karl aber am 8. Juli durch den Brandenburger seine Bitte erneuern ließ, kam es am folgenden Tage zu einem Mehrheitsbeschluß der Protestanten, dem Kaiser die eilende Hilfe zu bewilligen, und wenn sie auch in ihrer Antwort an den Kurfürsten vom gleichen Tage betonten, daß sie eine endgültige Entscheidung ohne Zustimmung ihrer Herren nicht zu geben vermöchten, wenn sie ferner von dem Kaiser eine feste Zusage verlangten, daß der Friede auch wirklich gehalten und das Kammergericht auch wirklich mit seinen Prozessen gegen sie stille stehen werde, so erklärten sie doch wieder selbst, daß dies „Hintersichbringen“ die weiteren Verhandlungen nicht aufhalten solle; sie seien vielmehr bereit, mit den anderen Ständen über die eilende Hilfe in nähere Beratungen zu treten.[1]) Für die Schmalkaldener bedeutete diese Antwort ein Zurückweichen von ihren früheren Forderungen und für den Kaiser dementsprechend einen Erfolg. Fragen wir noch, was die Protestanten zu dieser Nachgiebigkeit veranlaßt hat, so war es, wie schon erwähnt, in erster Linie die Notlage des Reiches, der gegenüber auch sie sich nicht versagen zu dürfen glaubten; wußte man doch bereits in Regens-

[1]) Vgl. außer der kurzen Bemerkung bei Bruns S. 78 noch A. f. R. G. IV, 263 f.; Küch I, 357 f.; Fr. A. Ges. an den Rat 10. Juli.

burg, daß der Türke, der am 20. Juni von Konstantinopel mit einem großen Heere aufgebrochen war, im Anmarsch auf Ofen und hierdurch zu befürchten sei, daß Ferdinand die Belagerung aufheben müsse. Dazu kamen die verhältnismäßige Geringfügigkeit der Hilfe, die Karl verlangte, und die Furcht vor Karls Ungnade, um sie zum Aufgeben ihres ursprünglichen Standpunktes zu veranlassen.[1])

Infolge dieser günstigen Veränderung war es für Karl auch nicht mehr so schlimm, wenn die katholischen Fürsten den Städten gegenüber trotz einigen Entgegenkommens an ihrem Standpunkte festhielten und somit dieser mißliche Streit weiterging.[2]) Viel wichtiger war für ihn jetzt die Frage der Regelung von Friede und Recht. Nachdem er schon am 22. Juni die Stände selbst um Vorschläge ersucht hatte, in der Absicht, ihnen die Regelung dieser schwierigen Angelegenheit möglichst zuzuschieben, wiederholte er am 7. Juli in seiner Antwort an die Katholiken diese Bitte, die auch Zustimmung fand, wie denn die Kurfürsten schon vorher dieser Frage nähergetreten waren. Am 8. Juli begannen bereits im Kurfürstenkolleg die Beratungen über diesen Gegenstand.[3]) Zunächst schien man hier wesentlich einer Meinung zu sein; man glaubte, daß durch den Landfrieden und das Kammergericht genügend für Friede und Recht gesorgt sei; zur Abstellung etwaiger Mängel war man aber geneigt. Als man jedoch am folgenden Tage das Ergebnis der bisherigen Beratungen vorlas, entstand ein Zwist. Pfalz und Brandenburg verlangten Änderungen und Milderungen des Konzeptes, da es in einigen Punkten garnicht der gestrigen Beratung entspreche;

---

[1]) A. f. R. G. 263 f. und 273 f.; Küch I, 358; Mentz II, 292, A. 4; Fr. A. Ges. an den Rat 10. Juli.

[2]) Beraten wurde diese strittige Angelegenheit im Kurfürstenrat am 2. Juli. Trier nahm den schroffsten Standpunkt ein. Die Antwort der Fürsten ist im Fr. A. undatiert. Nach einer Notiz im Würzb. A. wurde sie am 6. Juli „verlesen“. Wie ernst man aber auf seiten aller Städte diese ganze Angelegenheit immer noch betrachtete, zeigt die Tatsache, daß man jetzt schon Gegenmaßregeln traf. Augsburg und Nürnberg erhielten den Auftrag, durch ihre Gelehrten über Abstellung der fürstlichen Ansprüche beraten zu lassen. A. f. R. G. IV, 272 f. u. 278; Fr. A. Ges. an den Rat 10. Juli; Be. A. Prot. vom 2. u. 4. Juli.

[3]) Vgl. neben der kurzen Notiz bei Vetter S. 195 noch A. f. R. G. IV, 267.

vor allem forderte Brandenburg, daß der Augsburger Abschied von 1530 nicht erwähnt werde. Mainz und Trier lehnten dies zunächst ab, bis es Cölns vermittelnder Stellung gelang, durch vorläufige Verschiebung der Angelegenheit den Streit beizulegen. Die weiteren Beratungen der Kurfürsten bewiesen aber, daß die Gegensätze doch schärfer waren, als es sich zuerst angelassen hatte. Vor allem drehte sich der Zwist um die Frage, ob der Augsburger Abschied in irgendeiner Form erwähnt werden sollte. Cöln schlug sich jetzt auf die Seite von Pfalz und Brandenburg, die eine Erwähnung dieses Abschiedes in jeder Gestalt ablehnten, und Mainz erklärte schon jetzt, daß es mit Trier gegebenenfalls besonders antworten müsse.[1]) Hiermit schien die Spaltung im Kurfürstenkolleg bereits jetzt unvermeidlich zu sein und kaum darauf zu rechnen, daß die katholischen Stände ihrerseits mit brauchbaren Vorschlägen für Friede und Recht hervortreten würden.

Daher ließ Karl selbst an demselben Tage, dem 12. Juli, an dem er auch von den Protestanten eine doch schließlich ablehnende Antwort bezüglich des Regensburger Buches erhalten hatte,[2]) den Ständen nicht nur einen Vorschlag über Frieden und Recht, sondern überhaupt für den Reichsabschied machen. Denn seine Absicht war, jetzt, nachdem das Religionswerk ge-

---

[1]) Be. A. Prot. vom 8.—12. Juli. Wann die Beratungen über Friede und Recht im Fürstenrat begonnen haben, vermag ich nicht zu sagen. Das W. Prot. meldet nur zum 7. und 8. Juli, daß die Katholiken und Protestanten Rat gehalten und sich verglichen haben, daß die übrigen Artikel, namentlich Friede, Recht, Polizei, Kammergericht und beharrliche Hilfe, durch die Stände im allgemeinen und keinen Ausschuß abgehandelt werden sollten. Mitten in diese Verhandlungen über Frieden und Recht fielen Karls und Ferdinands Antwort vom 10. Juli an die katholischen Stände wegen der eilenden Hilfe. Gemeinsam verlangten beide in Hinblick auf die Not eine schnelle Beratung der Einzelheiten, da man bis jetzt über die allgemeinen Grundlagen nicht hinausgekommen war. Karl seinerseits fügte noch hinzu, daß er einen gemeinen Frieden mit Stillstand der Prozesse und Achtserklärungen bis zum 1. Januar 1542 bewilligen wolle; ebenso versprach er, sich in der Zeit um beständigen Frieden und gleichmäßiges Recht mit den Ständen zusammen bemühen zu wollen, W. A. 10. Juli. Ebenda auch noch eine Antwort der katholischen Stände an Karl und Ferdinand über dieselbe Angelegenheit vom 14. Juli, die nichts wesentlich Neues bringt.

[2]) Vetter S. 187 u. 192 f.

scheitert und kostbare Zeit verloren war, den Reichstag wenigstens mit einem einigermaßen annehmbaren Abschiede möglichst schnell, jedenfalls aber noch im Juli, zu beenden. Nicht nur sein eigenes Interesse erforderte dies, wenn er noch in diesem Jahre den Zug nach Algier unternehmen wollte; ebenso sehr lag ein schneller Schluß des Reichstages in Ferdinands Interesse, der schon ganz resigniert zu Contarini äußerte, daß ihm infolge der mangelnden Unterstützung nichts anderes übrig bleiben werde, als sich nach Preisgabe Ofens nach Östreich zurückzuziehen und sich dort nach Kräften zu verteidigen.[1]) Allerdings mußte es bei der jetzigen Erbitterung unter den Ständen als ein Werk der Unmöglichkeit erscheinen, einen allen genehmen Abschied zustande zu bringen. An gutem Willen und Eifer ließ Karl es auch diesmal nicht fehlen, und wir können ihm nur zustimmen, wenn er in diesen Tagen an seine Schwester schreibt, daß er sein möglichstes getan habe, um unter den Ständen eine Einigung herbeizuführen. Freilich rechnete er selbst bereits noch mit längeren Verhandlungen, da er seine Abreise erst auf den 26. Juli festsetzte.[2]) Die Hauptsache war für ihn jetzt, von den Ständen die endgültige Bewilligung der Türkenhilfe zu erhalten; damit war aber, wie es die vorigen Verhandlungen gezeigt hatten, die Herstellung von Friede und Recht im Reiche aufs engste verknüpft. Daher bewegte sich sein Vorschlag für den Reichsabschied vor allem auch in dieser Richtung. Neben der Annahme der vereinbarten Religionsartikel bis zu dem Konzil oder dem Reichstage, auf dem die endgültige Religionsvergleichung vorgenommen werden sollte, forderte er die endgültige Bewilligung der eilenden Hilfe; dafür sollte der Nürnberger Friede nebst dem Augsburger Abschied in Kraft bleiben und das Kammergericht mit Unterstützung der Stände weiter unterhalten werden; einer Visitation war er nicht abgeneigt, falls die Stände es für gut ansähen.[3]) Unmöglich konnten die Protestanten diese Vorschläge annehmen; von ihrer abweichenden Ansicht in der religiösen Frage ganz abgesehen, verlangten sie vor allem Aufhebung oder Suspension der Wormser und Augsburger Abschiede

[1]) Hist. Jhb. I, 495.
[2]) Br. A. Karl an Maria 16. Juli; Fr. A. Ges. an den Rat 13. Juli.
[3]) Vetter S. 187f.

und Neubesetzung des Kammergerichtes, dessen frühere Prozesse und Achtserklärungen aufgehoben werden sollten. Als Entgelt dafür erboten sie sich, ebenso wie die Katholiken die eilende Hilfe zu leisten; ja sie erklärten sogar ihre Bereitwilligkeit zur Beratung über die beharrliche Hilfe, falls Karl ihnen Frieden und Recht in ihrem Sinn zusichere.[1])

War auch ohne weiteres anzunehmen, daß Karl nicht alle ihre Wünsche erfüllen würde, so waren doch die größten Schwierigkeiten nicht von ihm zu erwarten, da es sein Interesse erforderte, sich mit den Gegnern schließlich trotz alles Widerstrebens über eine gemeinsame Verständigungsbasis zu einigen. Die Hauptfrage war jetzt, ob es dem Kaiser gelingen würde, die Katholiken zu den gewünschten Änderungen zu bewegen. Auf den ersten Augenblick konnte dies nicht schwer erscheinen, da jetzt eine Spaltung nicht nur unter den Kurfürsten, sondern auch unter den Fürsten eingetreten war. Allerdings handelte es sich bei diesem Streit nicht mehr wie früher um den Augsburger Abschied; Brandenburg, Pfalz und Cöln hatten schließlich in diesem Punkte nachgegeben und forderten ebenfalls dessen Aufrechterhaltung, ebenso wie sie das Kammergericht zwar visitieren und reformieren, aber nicht im protestantischen Sinne neu besetzen wollten; vielmehr war jetzt über den Kernpunkt der religiösen Verhandlung, die Annahme oder Ablehnung der verglichenen Artikel Uneinigkeit ausgebrochen. Die Mehrheit der Kurfürsten und ein Teil der Fürsten verlangte dem Wunsche des Kaisers entsprechend ihre Annahme, während Mainz, Trier und die übrigen Fürsten sie ablehnten;[2]) dementsprechend erhielt Karl am 14. Juli die verschiedenen Antworten.[3]) Von seinem Entschluß hing daher alles ab. Für ihn war die Lage sehr mißlich. Wie seine Entscheidung auch fallen mußte, jedenfalls bedeutete sie für ihn immer einen Aufschub, und Eile war

---

[1]) Vetter S. 196.

[2]) Vetter S. 198 ff. und Winckelmann III, 195 f.; Be. A. Prot. vom 8. bis 16. Juli, benutzt von Ranke IV, 156 ff.

[3]) Auch die katholischen Städte antworteten wieder besonders, da sie wieder von den Fürsten nicht um Rat gefragt worden waren; sie schlossen sich wesentlich der Ansicht der Kurfürsten an, vgl. Vetter S. 200, und zur Ergänzung Be. A. Prot. vom 17. Juli.

jetzt, wo die Nachrichten aus Ungarn immer trostloser lauteten, mehr denn je nötig.[1]) Trotzdem blieb ihm kaum eine Wahl übrig; wenn er nicht die meisten katholischen Fürsten und mit ihnen die Kurie, die Ferdinand eben wieder erst in seiner Not hatte um Hilfe anflehen lassen, vollkommen zurückstoßen und auf französische Seite treiben wollte, so mußte er sich ihnen anschließen.[2]) Das bedeutete natürlich für ihn neue Schwierigkeiten mit den Protestanten, Schwierigkeiten, die zunächst selbst für die gewandte kaiserliche Politik fast unüberwindbar erscheinen mußten. Verworrener denn je erschien die ganze Lage.[3]) Fest stand bei dem Kaiser nur das eine, seine Abreise am 26. Juli, selbst wenn auch, wie er erregt zu Morone äußerte, der Abschied bis dahin nicht zustande gekommen sei.[4]) Selbst die Rücksicht auf Ferdinands verzweifelte Lage vermochte ihn in seinem Entschluß nicht wankend zu machen. Auf protestantischer wie katholischer Seite rechnete man auch mit der bevorstehenden Abreise Karls als etwas ganz Sicherem; viel versprach man sich nirgends mehr, und auf protestantischer Seite erwog man sogar schon, ob es nicht vorteilhaft sei, einen Gesandten Karls Hof nachziehen zu lassen, der das, was hier nicht mehr erledigt werden könnte, dort zum Abschluß bringen sollte.[5])

Zunächst allerdings machte Karl noch einen Versuch, die Reichstagsverhandlungen zum Abschluß zu bringen. Deutlich konnten die Protestanten jetzt die zu ihren Ungunsten veränderte Lage merken; es hatte ihnen nichts genützt, daß sie Karl die eilende Hilfe am 16. Juli endgültig bewilligt hatten.[6]) Hatten früher die Katholiken sich nicht genug über Karls Entgegenkommen auf protestantische Wünsche beklagen können, so war jetzt dazu

---

[1]) Hist. Jhb. IV, 637; A. f. R. G. IV, 296.

[2]) Vetter, S. 200; Hist. Jhb. I, 495.

[3]) Küch I, 359.

[4]) Hist. Jhb. IV, 638.

[5]) H. J. IV, 423 und 641; Z. f. K. G. III, 181; Papendrecht, Analecta Belgica II, 286; Friedensburg, Der Briefwechsel Gasp. Contarinis mit Ercole Gonzaga in den Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven II, 216; Nausea S. 320; Dittrich S. 213; Kaulek S. 325; Winckelmann III, 202; Küch I, 358 f.; Fr. A. Ges. an den Rat 13. und 24. Juli; W. A. Räte an den Bisch. 18. und 22. Juli.

[6]) Bruns S. 79; Winckelmann III, 195.

kein Grund mehr vorhanden; er ließ es jetzt sogar den Protestanten gegenüber an Drohungen nicht fehlen, überhaupt nicht mehr mit ihnen unterhandeln zu wollen.[1]) Noch schärfer aber spiegelte sein neuer Vorschlag seine jetzige Stellung den Protestanten gegenüber wieder. War er vorher ihnen wenigstens doch in einigen Punkten noch entgegengekommen, so bedeutete dieses Schriftstück ein entschiedenes Eingehen auf die katholischen Wünsche und eine schroffe Zurückweisung der protestantischen Forderungen. Schroffer denn je betonte er die Aufrechterhaltung des Augsburgischen Abschiedes; auf ihre Wünsche bezüglich der Reformation des Kammergerichtes ging er nicht ein. Trotzdem unterließ er es nicht, auch jetzt noch die Beratung der beharrlichen Hilfe zu verlangen, ein Gesuch, das die österreich-ungarische Gesandtschaft lebhaft unterstützte.[2]) Wie nicht anders zu erwarten war, fiel im Gegensatz zu der Antwort der Katholiken, die wesentlich zustimmend lautete, die protestantische durchaus ablehnend aus.[3]) Es blieb ihm daher, wollte er nicht alles aufs Spiel setzen, nichts anderes übrig, als zunächst seine Abreise noch für kurze Zeit zu verschieben[4]) und in der Zwischenzeit noch mit allen Mitteln zu versuchen, irgend eine Einigung herbeizuführen. Daß natürlich ein derartiger Abschied niemanden völlig zufriedenstellen würde, ergab sich von selbst,[5]) aber die Verhältnisse zwangen Karl, sich dieser undankbaren Aufgabe zu unterziehen. Eins war jetzt ganz klar, ohne Zugeständnisse an die Protestanten ging es nicht ab. Daher waren die Vorschläge, die in Karls Namen der alte Vermittler, der Kurfürst von Brandenburg, den Protestanten am 26. Juli übermittelte, durchaus entgegenkommend gehalten, so daß diese damit einverstanden waren.[6]) Aber der Kaiser hatte den Widerstand der

[1]) Friedensburg, Beiträge zum Briefwechsel der katholischen Gelehrten Deutschlands im Reformationszeitalter in der Z. f. K. G. 23, 451; Küch I, 359.

[2]) Vetter S. 203 f.; A. f. R. G. IV, 298; Fr. A. Ges. an den Rat 24. Juli. Ebendort Werbung der österr.-ungarischen Gesandtschaft vom 23. Juli.

[3]) Vetter S. 204 f.

[4]) Brown S. 107; Dittrich, Contarini S. 219.

[5]) Z. f. K. G. III, 183, citiert bei Pastor, Päpste V, 331.

[6]) Das Nähere bei Vetter S. 206. Über die Gründe, die den Kurfürsten von Brandenburg bewogen, gerade jetzt energisch seine frühere Vermittlerrolle wieder aufzunehmen, vgl. vor allem Ranke IV, 164 und Vetter S. 205 f.

Katholiken zu gering eingeschätzt, wieder waren es vor allem die Fürsten, an deren Einspruch diese ganzen Verhandlungen scheiterten.

Unter diesen Umständen blieb Karl nichts anderes übrig, als das alte Spiel von neuem zu beginnen, und zwar diesmal wieder mit Vorschlägen, die den katholischen Wünschen sich näherten, ein an und für sich für ihn gewiß unerquickliches Schaukelspiel, aber schließlich doch die einzige Möglichkeit, durch immer neue Verhandlungen endlich eine gemeinsame Grundlage herauszufinden, auf der sich ein erträglicher Abschied aufbauen ließ. Dementsprechend bedeutete der neue Vorschlag Karls vom 27. Juli für die Protestanten trotz einigen Entgegenkommens nichts anderes als eine Auffrischung des von ihnen bereits am 23. abgelehnten. Ihre Antwort fiel daher ebenso wie die vorige aus; fast alle Forderungen lehnten sie ab.[1]) Für den Kaiser waren damit wieder zwei kostbare Tage ohne Erfolg verflossen; die beiden Parteien standen sich genau so ablehnend wie vorher gegenüber; eine Einigung herbeizuführen, schien kaum noch möglich.

Gar mancher hätte hier verzweifelt und den Dingen ihren Lauf gelassen; aber gerade jetzt zeigte sich Karls bewunderungswerte Zähigkeit, die in dem, was sie einmal als nötig erkannt hatte, nicht nachließ. Und für ihn forderten die Verhältnisse dringender denn je einen sofortigen und einigermaßen leidlichen Schluß des Reichstages, und zwar zunächst um Ferdinands willen.

Wenn der Kaiser auch jetzt noch nicht wußte, daß es dem türkischen Heere gelungen war, Ofen zu verproviantieren, so war er sich doch über die bevorstehende Gefahr vollkommen klar.[2]) Und in dieser Not sollte er seinem Bruder die so nötige

[1]) Vetter S. 208 f.

[2]) Huber IV, 78; Hist. Jhb. IV, 641. Die Nachricht der erfolgten Verproviantierung hat Karl vermutlich überhaupt nicht mehr in Regensburg erhalten. Darauf bezieht sich wohl auch die Nachricht in den Commentaires S. 59, daß er vor seiner Abreise über die türkische Invasion nicht vollkommen unterrichtet war. Aber das konnte Ferdinand am 29. Juli den Ständen noch mitteilen, daß der Sultan 6000 Reiter nach Ofen geschickt habe, die jetzt dort angekommen sein müßten, und dieser selbst mit 200 000 Mann zum Entsatze Ofens heranrücke, W. A. Prot. vom 29. Juli.

Unterstützung der Protestanten entziehen? Das hieß nicht nur Ungarn den Türken preisgeben, sondern auch Österreich gefährden. Nicht minder war es für ihn selbst förmlich ein Gebot der Selbsterhaltung, diese Verhandlungen, die sich beinahe schon vier Monate hinzogen, nicht ohne ein Ergebnis zu beenden. Das erforderte nicht nur das kaiserliche Ansehen, vor allem, wie konnte er es wagen, Deutschland für längere Zeit zu einem Zeitpunkte zu verlassen, wo infolge der langwierigen, ergebnislosen Verhandlungen die Stimmung auf beiden Seiten bereits kriegerisch erregt war? [1]) Die Verhältnisse mußten irgendwie geregelt werden, und zwar so schnell wie möglich, schließlich auch noch mit Rücksicht auf seine geplante algierische Expedition, deren längeren Aufschub die vorgeschrittene Jahreszeit nicht mehr gestattete. Deshalb kam es am Vormittag des 28. Juli zu neuen Verhandlungen in Karls Herberge unter seiner und Ferdinands Anwesenheit.[2]) Zunächst begannen die Verhandlungen mit den Katholiken, die bald zur endgültigen Festsetzung des Wortlautes des Abschiedes führten. Darauf begab sich der Kaiser mit Ferdinand, dem Pfalzgrafen Friedrich und Naves in die Unterstube zu den Protestanten, denen er durch den Pfalzgrafen das Konzept des Abschiedes, auf das er sich mit den Katholiken geeinigt hatte, vorlesen ließ. Vor allem hatten diese auf ihrer alten Forderung bestanden, die die weitere Ausbreitung des neuen Glaubens möglichst verhindern sollte, daß nämlich die Protestanten katholische Untertanen weder in ihren Schutz nehmen noch sie gegen ihre Herren verteidigen durften. Karls Bitte aber um sofortige Annahme ohne jede weitere Änderung, da er noch am Nachmittag aufbrechen wollte, entsprachen die Protestanten keineswegs; sie baten vielmehr, da ihnen dieser Abschied unannehmbar erschien, um neue Unterhandlungen durch den Pfalzgrafen Friedrich und Naves. Als diese dann Karl die protestantischen Wünsche übermittelt hatten, erschienen sie

---

[1]) Lenz III, 124, A. 1; Winckelmann III, 202.

[2]) Über die Verhandlungen am 28. und 29. Juli vgl. neben Vetter S. 210 f. vor allem Lenz III, 129 ff., daneben Winckelmann III, 203 f; einige ergänzende Nachrichten befinden sich noch unter dem 28. und 29. Juli in einem Stück Protokoll Lambs und in einem Bericht über den Regensburger Reichstag im Fr. A. und in dem Protokoll vom 29. Juli im W. A.

wieder mit Granvella bei ihnen, der alle Künste seiner Beredsamkeit spielen ließ, um sie zur sofortigen unveränderten Annahme des kaiserlichen Vorschlages zu bewegen, umsomehr als er merkte, daß bereits einige unter den Protestanten sich nicht ganz ablehnend verhielten. Trotzdem gelang es ihm nicht, seine Bitte durchzusetzen; die Protestanten erreichten es vielmehr, daß ihnen Bedenkzeit bis nach dem Essen — denn es war inzwischen 2 Uhr geworden — zugestanden wurde. Nicht so ruhig und einmütig, wie man hätte erwarten sollen, verliefen die protestantischen Beratungen. Ein Teil von ihnen, nach der Ansicht des hessischen Rates Feige sogar die Mehrheit, wollte Karls Wunsch entsprechend den Abschied annehmen; schließlich einigte man sich auf Feiges Vorschlag über eine Antwort, die entsprechend der vom vorigen Tage bestimmte Abänderungen verlangte; ohne deren Annahme könnten sie selbst eine Entscheidung hier nicht treffen, sondern müßten diese ihren Herren überlassen. Das hieß also, da Karl auf ihre Wünsche jetzt ebensowenig wie am gestrigen Tage eingehen konnte noch wollte, ein weiteres Hinausschieben der Entscheidung, und grade diese mußte Karl doch so schnell wie möglich haben, wenn er freilich auch eingesehen hatte, daß seine Absicht, noch heute den Abschied zu geben, unausführbar war und er sich hatte entschließen müssen, diesen Tag noch zu bleiben. Daher drängte er um nochmalige schriftliche Aufzeichnung der den Protestanten anstößigen Artikel und Angabe ihrer Änderung. Sofort nahmen Feige und Sturm diese Arbeit in Angriff. Während sie damit noch beschäftigt waren, schickte der Kaiser zu den Protestanten und bat, die Abgeordneten, die ihm eben die protestantische Antwort übermittelt hätten, möchten zu neuen Verhandlungen wieder bei ihm erscheinen. Als sie dort ankamen, trafen sie beim Kaiser den Kurfürsten von Brandenburg, der sich auf Karls Wunsch wieder in den Handel geschlagen hatte. Dessen Rat, Eustachius von Schlieben, las ihnen die Form einer Deklaration vor, die in Karls Rat im Beisein Ferdinands aufgesetzt worden war und die der Kaiser besonders und im geheimen den protestantischen Ständen geben wollte; die genaue Fassung versprach er den Schmalkaldenern noch in der Nacht zuzustellen. Damit griff Karl auf den Weg der Verständigung zurück, den er sich schon

in seinem Vorschlag vom 12. Juli offengehalten hatte.[1]) Während sich dort der Kaiser aber nur eine öffentliche Deklaration einzelner Punkte vorbehielt, sollte sie diesmal die Hauptpunkte des Abschiedes betreffen und vor allem ganz geheim nur einer Partei gegeben werden. Bereitwillig gingen die protestantischen Unterhändler darauf ein und übermittelten diesen Vorschlag ihren Glaubensgenossen. Wenn Sturm und Feige zuerst auch nicht damit einverstanden waren, da sie lieber die Veränderungen statt in einer besonderen, geheimen Deklaration im Abschied selbst gesehen hätten, so konnten sie sich doch auch der Ansicht nicht verschließen, daß dieser Weg, so viele Bedenken er auch habe, doch immer einen Fortschritt für sie bedeute, zumal da Karl auch, wenn sie darauf eingingen, ihren guten Willen sähe. Bis spät in die Nacht zogen sich die Verhandlungen der Schmalkaldener hinein; dann beschloß man, früh morgens um 4 Uhr wieder zusammenzukommen und die Form der Deklaration im einzelnen gemeinsam zu beraten, da der Kaiser bereits für 6 Uhr die allgemeine Versammlung zur Verlesung des Abschiedes angesetzt hatte.

Am folgenden Morgen früh um 5 Uhr brachte der sächsische Kanzler in den protestantischen Rat die kaiserliche Deklaration, die ihm um Mitternacht von dem brandenburgischen Rate zugestellt worden war. Als man sie aber öffentlich verlas, zeigte es sich, daß sie zwar in einigen Punkten ihren Ansprüchen genügte, aber doch im ganzen im Gegensatz zu der gestrigen mündlichen Erklärung soviele Mängel und Lücken aufwies,[2]) daß die Protestanten trotz des Widerspruches vieler Stände sie schließlich doch für unannehmbar erklärten und durch Sturm und Feige eine andere Fassung aufstellen ließen. Unterdessen erschien Schlieben und drängte in Karls Namen um Antwort. Auch jetzt kam es wieder unter den Protestanten zu Meinungsverschiedenheiten. Ein Teil von ihnen war immer noch geneigt, dem Kaiser entgegenzukommen und die von ihm vorgeschlagene Deklaration anzunehmen; man verlange von Karl, so äußerten sie, zu viel und melke Blut heraus.[3]) Den entgegengesetzten

[1]) Vetter S. 188; Bruns S. 84.

[2]) Ihr Inhalt bei Vetter S. 211.

[3]) Vgl. hierzu auch noch Lenz III, 145 und 180 f.

Standpunkt nahmen die Frankfurter Gesandten ein. Sie waren überhaupt gegen jede besondere Deklaration und hielten diesen ganzen Weg nur für eine Falle, durch die man sie zur Annahme des Abschiedes verleiten wollte; sie behaupteten, — und die Zukunft gab ihnen darin vollkommen recht — daß die katholischen Stände diese Deklaration niemals anerkennen und daß daher hierdurch ihren Beschwerden nicht abgeholfen sein würde.[1]) Nur mit Mühe gelang es schließlich, die Einigung in dem von Feige und Sturm gewünschten Sinne einer anderen Fassung der Deklaration herbeizuführen. Umso nötiger war die Einigung, als Karl inzwischen immer von neuem geschickt hatte und schließlich sogar der Kurfürst von Brandenburg persönlich erschienen war, um die Verhandlungen zum Abschluß zu bringen. Diesem selbst übergab man die indessen fertiggestellte Deklaration,[2]) der sie seinerseits durch Schlieben Karl zukommen ließ; mit gewandten Worten stellte der brandenburgische Rat die Schrift dem Kaiser zu, der sie schon sehnsüchtigst erwartet hatte. Und da geschah das Unerwartete. Der sonst so vorsichtige und mißtrauische Kaiser unterzeichnete diese protestantische Fassung der Deklaration, da er annahm, es sei dieselbe, die am Abend vorher der Brandenburger in seinem Namen vorgeschlagen hatte. Begreiflich wird uns dieser übereilte Schritt Karls, wenn wir einmal die Aufregungen und Anstrengungen in Betracht ziehen, die ihm die letzten Tage

[1]) Vgl. hierzu auch noch Janssen III, 510 f. An diesem Standpunkt hielten sie fest und gaben 2 Tage nach Erlaß des Abschiedes, am 31. Juli, die Erklärung ab, daß sie den Abschied aus Mangel an Befehl nicht annehmen, sondern ihn nur „hinter sich bringen“ könnten, ein Standpunkt, den auch die Konstanzer Gesandten einnahmen, mit denen und den sächsischen Gesandten sie überhaupt auch gegen die endgültige Bewilligung der eilenden Hilfe aus Mangel an Befehl Einspruch erhoben hatten, vgl. Winckelmann III, 196. Noch bis in den Dezember hinein erstreckten sich die Verhandlungen Frankfurts mit dem Kurfürsten von Mainz als dem Erzkanzler, bis endlich am 3. Dezember auch Frankfurt sich mit Ausnahme eines Artikels zur Annahme des Regensburger Abschiedes bequemte. Vgl. die Aktenstücke vom 31. Juli und 3. Dezember im Fr. A.

[2]) Diese protestantische Deklaration war „nur eine Erweiterung der ersten, deren Bestimmungen sie sämtlich in sich aufgenommen hatte, aber die Erweiterung betraf sehr wichtige Punkte“, Vetter S. 211. Das Nähere ebenda S. 211 f. Beide Deklarationen, die kaiserliche wie die protestantische, sind im C. R. IV, 622 und 623 f. gedruckt.

mit ihren langwierigen und ermüdenden Verhandlungen gebracht hatten, und wenn wir auch Granvella nicht aufs Wort zu glauben brauchen, daß der Kaiser am 28. Juli bis zum Mittag nicht gegessen habe, so genügte die lange Dauer der Beratungen dieses Tages schon allein, um auch eine kräftigere Konstitution, als sie Karl besaß, einmal zum Versagen zu bringen, zumal da noch nicht zulange ein schwerer Gichtanfall hinter ihm lag. Dazu kam die Eile, mit der er am 29. Juli die ganzen Verhandlungen führen mußte, da er noch am selben Tage Regensburg verlassen wollte. Schließlich mußte er zu seinem Unglück diese folgenschwere Entscheidung noch ohne seinen Hauptratgeber, Granvella, treffen; ebenso fehlte sein Bruder Ferdinand, der sich um 8 Uhr in die Versammlung der Reichsstände begeben hatte, um ihnen die neuesten Kundschaften über die drohende Türkengefahr zu berichten. Umso nötiger wäre die Anwesenheit dieser beiden gewesen, als es dem Kaiser, selbst wenn er auch die Deklaration genau durchgesehen hätte, bei seiner mangelnden Kenntnis der deutschen Sprache unmöglich gewesen wäre, sich allein in diesen gewundenen und absichtlich geschraubten Erklärungen zurechtzufinden; erklärte doch selbst Granvella später, als man ihn auf katholischer Seite fälschlich der Urheberschaft der Deklaration beschuldigte, daß er niemals etwas derartiges verfaßt oder unterschrieben habe, in dem sich zurechtzufinden sogar Leonhard von Eck seine Mühe gehabt hätte.[1])

[1]) Vgl. über dies Zustandekommen der Deklaration ein Schreiben Granvellas an Karl vom 19. Februar 1543 im Br. A.; über Granvellas mündliche Äußerung vgl. auch Lenz III, 385. Hierdurch wird es auch verständlich, wenn Karl noch nicht ein Jahr nach ihrem Erlaß an seinen Bruder schreiben konnte, er erinnere sich ihrer nicht genau, vgl. Druffel, Kaiser Karl V. und die römische Kurie 1544—46 in den Abhandlungen der Kgl. Bayer. Akad. d. Wiss. III. Cl., 13. Bd., 2. Abt., I, 220, A. 2; er hatte sie eben wahrscheinlich gar nicht genau durchgelesen. Ebenso wird es begreiflich, wenn Karl den Katholiken in Speier 1544 erklärte, er sei bei diesem ganzen Handel betrogen worden, vgl. Gachard, Trois années de l'histoire de Charles-Quint in den Bulletins de l'Academie royale de Belgique 2. Sér. Tom. XIX, 285, citiert bei de Boor S. 96. Mehr der Wahrheit näherte sich Granvella, wenn er ebenfalls in Speier 1544 zornig dem Straßburger Gesandten Jakob Sturm erklärte, die Deklaration sei nicht auf rechtmäßige Weise erlangt, daher könne er sie nicht anerkennen, vgl. Roth, Aus dem Briefwechsel Gereon Sailers mit den Augsburger Bürgermeistern Georg Herwart und Limprecht Hoser im A. f.

Nachdem diese Hauptschwierigkeit auf so unerwartet schnelle und für die Protestanten günstige Weise erledigt worden war, konnte Karl endlich zum feierlichen Schluß des Reichstages schreiten. Persönlich erschien er um 10 Uhr mit seinem Bruder, der inzwischen wieder zu Karl zurückgekehrt war, in der Versammlung aller Stände, wo nach einer kurzen einleitenden Rede des Pfalzgrafen Friedrich, in der er im Namen des Kaisers die Stände zum Frieden und Einigkeit ermahnte, der Abschied verlesen wurde. Auch jetzt kam es noch einmal zu einem letzten Aufwallen der Gemüter. Es handelte sich um die Frage der geistlichen Jurisdiktion.[1]) So heftig entbrannte der Streit, daß ein königlicher Rat und der Bürgermeister Rehlinger von Augsburg es vorzogen, sich „nicht finden zu lassen". Trotz aller Bemühungen gelang es aber nicht, eine Einigung herbeizuführen. Karl blieb nichts anderes übrig, als wie vorher den Protestanten, so jetzt den Katholiken im geheimen eine besondere Deklaration zu geben, in der er ihre Wünsche erfüllte.[2]) Zum Schluß brachten die Protestanten noch einige Beschwerden vor, die aber im Vergleich zu den früheren Schwierigkeiten nicht mehr viel besagen wollten.[3]) Es war 2 Uhr geworden, als Karl und Ferdinand die Versammlung verlassen konnten. Zwei Stunden später brach Karl bereits von Regensburg auf, prunklos und in derselben einfachen schwarzen Kleidung, in der er vor bald einem halben Jahre seinen Einzug gehalten hatte.[4]) Ferdinand blieb noch

R. G. I, 110. Wann und wo Karl über seinen Irrtum aufgeklärt wurde, vermag ich nicht genau zu sagen, jedenfalls kaum mehr in Regensburg, vielleicht erst auf dem Zuge nach oder in Italien selbst. Auch Eck muß später über dies Zustandekommen der Deklaration unterrichtet worden sein, denn die hessischen Räte wissen eine Äußerung von ihm auf dem Nürnberger Reichstage 1543 bei einer Sonderberatung der katholischen Fürsten zu berichten, er wolle Brief und Siegel vorlegen, die beweisen sollten, daß Karl von dieser Deklaration kein Wissen trage, Ma. A. Räte an Philipp, Zettel vom 31. März 1543.

[1]) Das Nähere bei Vetter S. 213 f.

[2]) Die bisher dem Inhalt nach unbekannte Deklaration, vgl. auch S. 48, befindet sich im W. A.; sie ist ebenso wie die protestantische vom 29. Juli datiert. Vgl. auch noch das Prot. vom 29. Juli im W. A. Janssens Darstellung III, 511 ist hiernach zu berichtigen. An demselben 29. Juli erneuerte übrigens der Kaiser noch den Nürnberger Bund, vgl. Ranke IV, 162 und Vetter S. 212 f.

[3]) Vetter S. 214.

[4]) Dittrich S. 221 und W. A. Prot. vom 29. Juli.

einen Tag länger, da die Reichsstädte, die schon vorher insgesamt sich bei dem Kaiser über die katholischen Fürsten wegen der Sessionsfrage beschwert hatten,[1]) aus demselben Grunde wegen der Besiegelung des Abschiedes Schwierigkeiten machten; erst seine Zusage, er wolle auf dem nächsten Reichstage sich um Abstellung ihrer Beschwerden bemühen, und gleichzeitig die Erlaubnis, die Siegelung nur unter gleichzeitiger Protestation zu vollziehen, machte die meisten willfährig, nur Metz, Cöln, Worms und Speier, also die Führer der katholischen Reichsstädte, blieben auf ihrer Weigerung bestehen und erklärten sich lediglich bereit, ihren Oberen Bericht zu erstatten.[2]) Am Vormittag des 30. Juli verließ dann auch Ferdinand die Stadt.

Den Beschluß der ganzen Regensburger Verhandlungen machten dann noch zwei Sonderabschiede der Schmalkaldener und der gesamten Protestanten. Während der erstere vor allem die Goslarsche Sache und ihre Stellung zum Kammergericht betraf, beschäftigte sich der andere mit den Regensburger Verhandlungen und insonderheit mit der Deklaration.[3]) Es überwiegt doch in dem ganzen Wortlaut dieses Abschiedes aller Protestanten trotz vieler Bedenken ein gewisses Gefühl der Befriedigung,[4]) zunächst, daß sie in allen religiösen Fragen für einen Mann gestanden haben, und ferner, daß sie allen Schwierigkeiten zum Trotz die Deklaration erlangt haben. Dabei verschließen sie sich keineswegs der Erkenntnis, daß mit diesem Erfolge ihre Wünsche nach einem beständigen „satten“ Frieden keineswegs erfüllt sind. Umso entschiedener machen sie die Gewährung einer beharrlichen Hilfe, die dem kommenden Tage in Speier vorbehalten worden war, schon jetzt ausdrücklich von der Gewährung eines beständigen Friedens und gleichmäßigen

---

[1]) Ihre Beschwerde vorhanden im W. A., „19. Juli abzuschreiben verlesen.“

[2]) Winckelmann III, 205. Im Fr. A. ist die Protestationsschrift der 4 Städte.

[3]) Vetter S. 216; Mentz II, 300; Küch I, 354; beide Abschiede vom 1. August auch im Fr. A.

[4]) Vetter a. a. O. ist gerade entgegengesetzter Ansicht. Ebensowenig vermag ich mich aber Pastors Ansicht, Päpste V, 332 f. anzuschließen, daß die Protestanten auf Grund der Regensburger Verhandlungen der Zukunft „mit frohen Hoffnungen entgegensahen“.

Rechtes abhängig. Ebenso treffen sie noch Vorbereitungen, daß die versprochene Visitation des Kammergerichtes in ihrem Sinne durchgeführt werde.

Betrachten wir zum Schluß das Ergebnis dieser langwierigen Regensburger Verhandlungen im einzelnen, so ergibt sich zunächst für den Kaiser kein erfreuliches Bild. Die Hauptaufgabe, die er dem Reichstage gestellt hatte, eine Einigung in Deutschland herbeizuführen, um dann mit dieser gesamten Macht zum entscheidenden Stoße gegen die Türken auszuholen, war gescheitert. Es war ihm nicht einmal gelungen, die beharrliche Hilfe von den Ständen zu erlangen. Zwar hatten in den letzten Julitagen alle Kurfürsten und Fürsten ihre Bereitwilligkeit erklärt, 20000 Knechte und 4000 Reiter drei Jahre lang zu unterhalten, aber wie schon vorher von den Kurfürsten und Protestanten zusammen, so war auch jetzt von ihnen allen die ausdrückliche Bedingung daran geknüpft worden, daß sie beständigen Friedens und gleichmäßigen Rechtens versichert werden sollten; ebenso verlangten sie, daß Ferdinand mit Polen zusammen 30000 leichte Reiter aufbringen und Karl außer eigener Hilfe zu Lande und zu Wasser die anderen christlichen Mächte zu energischer Unterstützung veranlassen solle; das Genauere wurde dem in Speier am 12. Januar 1542 angesetzten Tage vorbehalten.[1]) Kamen sie dann auch Karls Wunsch noch entgegen und versprachen ihm, auch ohne fremde Unterstützung helfen zu wollen,[2]) so war doch die ganze Angelegenheit vertagt, und da in Speier von den Protestanten kaum geringerer Widerstand zu erwarten war, so bedeutete diese Verschiebung für ihn also eine Wiederholung desselben unerquicklichen Spieles

[1]) Fr. A. Bedenken der Kurfürsten und der Protestanten 24. Juli; Bedenken aller Kurfürsten und Fürsten 27. Juli. Vorhanden ist auch noch ein besonderes Bedenken der Protestanten vom selben Tage, das der Hauptsache nach mit diesem identisch ist und nur in einigen Punkten wie der Ernennung des Oberbefehlshabers abweicht; ebenso ist noch ein Bedenken der katholischen Fürsten vorhanden. Vgl. auch Bruns S. 83 f und A. f. R. G. IV, 302 f.

[2]) W. A. Karls Antwort, wohl vom 28. Juli. Vorhanden auch Ferdinands Antwort vom 28. Juli im Fr. A. Er erklärt, daß er die 30000 Reiter nicht stellen kann, zumal auf Polen nicht zu rechnen sei. Im W. A. letzte Antwort der Stände an Karl und Ferdinand der eilenden und beharrlichen Hilfe, wohl auch noch vom 28. Juli.

mit denselben langwierigen Verhandlungen und demselben ungewissen Erfolge. Auch insofern war der Regensburger Tag für den Kaiser nur der Anfang neuer Schwierigkeiten, als hier wieder der alte Streit zwischen Fürsten und Städten ausgebrochen war. Hatten zuerst auch nur die katholischen Reichsstädte sich abgesondert, so hatten doch am Schlusse des Reichstages alle Städte ihre Beschwerden zu den ihren gemacht, und es kam für Karl darauf an, ohne selbst ausgesprochene Partei zu ergreifen, vor allem die Städte durch ein gewisses Entgegenkommen zu beschwichtigen, um nicht den ärgerlichen und unbequemen Streit noch größer werden zu lassen.[1]) Das einzige positive Ergebnis des Reichstages war demnach für den Kaiser die Bewilligung der eilenden Hilfe,[2]) einer an und für sich nicht unansehnlichen Unterstützung; es war bloß die große Frage, ob sie auch in dem ganzen Umfange und dem schnellen Maße, wie es dringend nötig war, von den Ständen aufgebracht werden würde, und da ließen die früheren Erfahrungen nicht zu viel erhoffen.[3])

Mit welchen Mühen, Anstrengungen und Opfern aber hatte Karl diesen Erfolg erkaufen müssen! Um die Stände zu gewinnen, hatte er sich zu einem Schritt entschließen müssen, der, selbst wenn er vollkommen rechtmäßig war,[4]) jedenfalls

---

[1]) Vielleicht ging auch Karls Absicht damals schon weiter. Naves erwähnt in einem Schreiben im Br. A. an Maria aus Speier vom 16. Februar 1542 in Hinsicht auf die neu wieder ausgebrochenen Streitigkeiten zwischen Städten und Fürsten, daß die Städte den Kaiser als alleinigen Herrn anerkennen und Gut und Blut für ihn hingeben wollten und daß dies sehr gelegen komme, um die Angelegenheit in die Wege zu leiten, von der er mit der Königin in Byntz gesprochen und mit deren Erkundigung ihn Karl beauftragt habe. Diese Unterredung zwischen Naves und Maria fand im Winter 1541 statt, den Auftrag konnte er von Karl nur in Regensburg erhalten haben. Bei Karls Weitblick ist es nicht ausgeschlossen, daß er schon hier den Plan ins Auge faßte, da sich auch die protestantischen Städte den katholischen angeschlossen hatten, mit Ausnutzung dieses Streites durch Gewinnung der protestantischen Städte den Schmalkaldischen Bund zu sprengen, vgl. hierzu M. J. Ö. G. 26, 311 f.

[2]) Korte, Die Konzilspolitik Karls V. in den Jahren 1538—43 in den Schriften des Vereins für Reformationsgeschichte No. 85, S. 45.

[3]) Vgl. hierzu A. f. R. G. IV, 304, A. 1.

[4]) Vgl. hierzu Ranke IV, 161 und Janssen III, 512, A. 2.

schwere Gefahren für die Zukunft und den Keim neuer Verwicklungen in sich barg. Nur durch zwei Sonderdeklarationen, die er beide ganz im geheimen den katholischen wie protestantischen Ständen gegeben hatte, war es ihm gelungen, ihre Zustimmung zu erlangen.[1]) Allerdings war die den Katholiken gegebene Deklaration nicht von zu umfassender Bedeutung. Karl sicherte ihnen im Gegensatz zu den Wünschen der Protestanten und der Fassung des Abschiedes zu, daß die Geistlichen nicht nur ihre Renten, Zinsen und Einkommen, soweit sie noch in ihrem Besitz wären, sondern auch ihre Obrigkeit und Gerechtigkeit behalten sollten. Setzte sich so schon diese Deklaration mit dem Abschied in einem Punkte in direkten Gegensatz, so tat es die protestantische Deklaration in den wichtigsten und bedeutete in letzter Linie nichts anderes als ein völliges Eingehen Karls auf die protestantischen Forderungen.[2]) Unmöglich aber konnte Karl selbst annehmen, daß diese Deklaration, die den Reichsabschied doch völlig zu Ungunsten der Katholiken umzuändern drohte, diesen, wie er gewünscht hatte,[3]) verborgen bleiben konnte. Schon zwei Tage nach ihrem Erlaß berichtete Hoetfilter im Auftrage des Mainzer Erzbischofs über sie im allgemeinen nach Rom, ohne allerdings ihren Inhalt im einzelnen zu kennen.[4]) Je mehr von ihrem Inhalte durchsickerte, desto größer wurde natürlich auf katholischer Seite der Unwille.[5]) Am heftigsten gebärdete sich in der Folge wieder Leonhard von Eck, der überhaupt dem Kaiser das Recht bestritt, eine solche Deklaration ohne der Reichsstände Zutun zu erlassen.[6]) Jedenfalls hatte er aber vollkommen Recht mit seiner Äußerung, daß dieser Weg Karls, beiden Parteien widersprechende Deklarationen zu

---

[1]) Daß Karl zwei Deklarationen gegeben hatte, wurde bald bekannt, vgl. Lenz III, 180 und 205 und Mencken, Scriptores rerum Germanicarum III, 1375.

[2]) Das Nähere siehe bei Ranke IV, 161 f. und bei Vetter S. 211 f.

[3]) Ranke IV, 162, A. 1.

[4]) Raynaldus, Annales ecclesiastici Cöln 1727, Band 21, 163 und Seckendorf, Commentarius historicus et apologeticus de Lutheranismo III, 368.

[5]) Leodius, Annalium de vita et rebus gestis Friderici II. electoris palatini libri XIV, S. 245 f.

[6]) Seckendorf III, 423; Stumpf, Bayerns politische Geschichte I, 2, 233; Bucholtz V, 25; Rommel, Philipp der Großmütige II, 445 und Lenz III, 180 f. und 193.

geben, die Schwierigkeiten nicht löste, sondern ihre Lösung den Ständen selbst zuschob.[1]) Nicht minder scharf äußerte sich der Mainzer Erzbischof, der sich bei Ferdinand darüber beschwerte, daß er als Erzkanzler davon kein Wissen trage.[2]) Ebenso empört war man am päpstlichen Hofe, nicht nur über die Deklaration, sondern auch über den Abschied.[3]) Nicht allein Karl selbst versuchte seine Haltung zu rechtfertigen, er schickte vielmehr Granvella noch nach Rom, um die Deklaration mit der Notlage zu entschuldigen;[4]) sie aber jetzt schon preiszugeben, wie es der päpstliche Nuntius an Ferdinands Hofe verlangte, war unmöglich, wenn er nicht alles wieder gefährden wolle.[5])

Gewiß, die Deklaration war durch sein Versehen eine andere geworden, als er sie selbst hatte geben wollen, aber die Not zwang ihn immer noch, sie vorläufig zu halten. Und das ist das Entscheidende bei der Beurteilung der Deklaration. Unzweifelhaft war sie zunächst ein Erfolg der Protestanten, und so faßte es auch ein großer Teil von ihnen auf.[6]) Aber man konnte sich doch auch wieder der Einsicht nicht verschließen, daß diese Deklaration Karl nur förmlich abgezwungen worden war, daß „alles nur eine Auskunft, für den Augenblick getroffen und nur auf augenblickliche Dauer berechnet war.[7]) Auf ein

[1]) Lenz III, 205.

[2]) M. J. Schmidt, Geschichte der Deutschen, Wien 1787, Bd. VIII, 470; Rommel, Philipp I, 454 f.; May, Der Kurfürst, Kardinal und Erzbischof Albrecht II. von Mainz und Magdeburg II, 371, citiert von Steffen, Zur Politik Albrechts von Mainz in den Jahren 1532—45, Dissertation Greifswald 1897 S. 81. Über weitere Klagen des Mainzer Erzbischofes bei Naves vgl. Steffen S. 82, Lanz, Korrespondenz des Kaisers Karl V. II, 336 f. und M. J. Ö. G. 76, 369 f.

[3]) Über Contarinis Stellung zum Abschied vgl. Pastor, Päpste V, 322. Auch Ferdinand tat deshalb Schritte in Rom, vgl. Pallavicini, Istoria del concilio di Trento, Rom 1664, Bd. I, 464 f und Weiß, Papiers d'état du cardinal de Granvelle II, 528 f. und zur Ergänzung Maurenbrecher S. 52, Anm. 2. Über eine katholische Verteidigung des Regensburger Abschiedes vgl. Z. f. K. G. 23, 145 f.

[4]) Lämmer S. 389; Druffel I, 220.

[5]) Häberlin, Allgemeine Historie, Halle 1773, Bd. 12, 267.

[6]) Lenz III, 129 und 135.

[7]) Maurenbrecher S. 51; vgl. auch Calvins Urteil über die ganzen Verhandlungen in Calv. Op. XI, 262.

Doppeltes kam es für die Folgezeit an, um den Erfolg für die Protestanten zu einem vollständigen und dauernden zu machen. Würde einmal der Kaiser selbst auch in Zukunft die Deklaration ihnen halten,[1]) und dann, würde es ihnen gelingen, auch die Katholiken zu ihrer Anerkennung zu veranlassen? Ob dies geschehen würde, hing von der Weiterentwicklung der politischen Lage überhaupt wie von der ferneren Machtstellung der Protestanten ab, namentlich auch davon, ob diese auch weiter wie bisher nicht nur klug und geschickt die Lage ausnützen, sondern auch ihre Forderungen nach außen hin geschlossen, einmütig und energisch vertreten und gegebenenfalls auch im Vertrauen auf ihre Stärke vor einem Waffengange mit den Gegnern nicht zurückschrecken würden. So war die Deklaration im Grunde mehr ein Wechsel auf die Zukunft; diese mußte über ihren Wert oder Unwert erst entscheiden. –

Wenn demnach der augenblickliche Erfolg der Regensburger Verhandlungen für den Kaiser nur ein geringer war und zunächst mehr auf seiten der Protestanten lag, so bezeichnet doch derselbe Regensburger Tag nach einer anderen Richtung hin einen Erfolg der Politik des Kaisers, der alles wieder zu seinen Gunsten wandelte. Durch Separatverhandlungen war es ihm gelungen, zwei protestantische Fürsten, den Kurfürsten von Brandenburg durch das Interesse der brandenburgischen Kirchenverfassung und den Landgrafen von Hessen im Gefolge der Doppelehe-Frage, durch besondere Verträge in wichtigen Fragen an sich zu fesseln; vor allem war es ein Meisterstreich der kaiserlichen Politik, in Philipp das tatkräftige Haupt des Schmalkaldischen Bundes auf seine Seite zu ziehen und so die Tätigkeit des Bundes in wichtigen Angelegenheiten zum Teil lahmzulegen.[2]).

Ist so der Regensburger Tag schon im einzelnen von großer Wichtigkeit, so wohnt ihm doch noch eine weitere allgemeine Bedeutung bei, die schließlich für das Verhältnis zwischen dem Kaiser und den Protestanten die entscheidende Wendung herbeiführen sollte. Auf katholischer wie protestantischer Seite sprach man von der „Tragödie“ zu Regensburg; für den Protestantis-

---

[1]) Schon am 7. August äußerte Feige Bedenken darüber, vgl. Lenz III, 138.

[2]) v. Bezold S. 743 f.; M. J. Ö. G. 26, 300.

mus trifft diese Bezeichnung durchaus zu, allerdings in einer anderen Bedeutung, als es gemeint war.[1]) Wie oben erwähnt, war es Karls Absicht und Wunsch gewesen, durch möglichstes Entgegenkommen eine religiöse Einigung auf friedlichem Wege herbeizuführen. Gewiß, auch die Katholiken hatten ihm hierbei ebenso wie die Protestanten heftigen Widerstand entgegengesetzt, aber wenn Morone auch berichtet, daß der Kaiser infolge des Scheiterns seines Planes gegen alle sehr erbittert sei,[2]) so mußte doch naturgemäß sein größter Unwille sich gegen die Protestanten richten, zumal diese durch ihre Hartnäckigkeit in der Bewilligung der Türkenhilfe ihn auch noch um diesen letzten Erfolg zu bringen drohten. Daher werden wir seine Äußerungen, die ihm bereits Anfangs Juli entschlüpften, er werde sein Leben daransetzen und nie zugeben, daß diese Sekte noch weitere Verbreitung finde, lieber wolle er sich köpfen und vierteilen lassen, als noch einmal in solchen Irrtum in bezug auf sie zu verfallen,[3]) nicht allein auf Kosten der damaligen Erregung setzen dürfen; sie spiegelten doch wohl seine wahre Stimmung wieder, die, je widerspenstiger sich seine Gegner in den folgenden Wochen noch zeigten, sich desto mehr noch zu ihren Ungunsten verschärfen mußte. Unter diesen Umständen bedurfte es nach dem endgültigen Scheitern der Regensburger Ausgleichsverhandlungen nur noch des Hinweises seines vertrautesten Ratgebers, dessen Rat bei ihm am meisten galt, Granvellas, auf die Notwendigkeit des Protestantenkrieges,[4]) um in Karl die Überzeugung zu befestigen, daß, da hier ebenso wie in Augsburg eine gütliche Einigung sich als unmöglich erwiesen hatte, nichts anderes übrig bleibe, als mit Waffengewalt die Protestanten zu unterwerfen.[5]) So brachte der Regensburger Reichstag in Karl

---

[1]) Nausea S. 330; Calv. Op. XI, 163.

[2]) Hist. Jhb. IV, 640.

[3]) Hist. Jhb. IV, 417 f. und 631.

[4]) Friedensburg, Nuntiaturberichte aus Deutschland nebst ergänzenden Aktenstücken VIII, 29 f. Auch 1543 war Granvella das treibende Element zum Kriege, wie wir unten sehen werden.

[5]) Vetter S. 215 f.; Maurenbrecher S. 50 f.; Kannengießer S. 15. Ein Schreiben Karls, in dem er seine kriegerischen Pläne gegen die Protestanten bereits zu dieser Zeit erwähnt, habe ich nicht gefunden. Dagegen hat Granvella seine Ansicht über die Notwendigkeit des Protestantenkrieges

den Entschluß des Krieges endgültig zur Reife; mit der Friedenspolitik war es fortan für immer vorbei. Der Regensburger Reichstag hatte, wie er es vor dessen Beginn den bairischen Herzögen durch Granvella mitteilen ließ, den letzten friedlichen Einigungsversuch bedeutet; von jetzt an galt infolge dessen Scheiterns aber auch das, was er noch hatte hinzufügen lassen, er wolle nun der Welt durch Taten zeigen, daß er ein echt katholischer Kaiser sei.[1] Freilich, diesen Tatendrang mußte Karl vorläufig noch bezähmen. An eine Ausführung seines Planes war, wie es ihm ebensowenig wie Granvella verborgen sein konnte, sobald noch nicht zu denken. Das verbot nicht nur die gesamte politische Lage, die allem Anschein nach infolge des unmittelbar bevorstehenden türkischen Angriffes und der neuen drohenden französischen Verwicklung für die Protestanten sich noch günstiger zu gestalten schien; das verbot auch die damalige imposante Machtstellung des Protestantismus selbst, die Karl noch zurzeit zu überschätzen geneigt war.[2] Aber Karl war nicht der Mann, einen Entschluß, der sich ihm einmal als notwendig erwiesen hatte, aufzugeben, wenn er ihn auch für längere Zeit zurückstellen mußte.[3] Das beweist nicht nur

bereits damals schriftlich an Maria gelangen lassen, allerdings auch gleich hinzugefügt, daß zurzeit an eine Ausführung dieses Planes nicht zu denken sei. Das Schreiben Granvellas selbst habe ich nicht gefunden, dagegen ist im Br. A. Marias Antwort, in der sie darauf Bezug nimmt, erhalten, Maria an Granvella 29. Dezbr. 1541. Jedenfalls zeigt dieser Brief, daß doch in dieser Zeit am kaiserlichen Hofe die Notwendigkeit der einstigen kriegerischen Abrechnung bereits feststand. Unter diesem Gesichtspunkte würde dann auch Karls wahrscheinlicher Auftrag an Naves in Regensburg, die protestantischen Städte zu sich herüberzuziehen, an Bedeutung gewinnen; vgl. oben S. 47 A. 1. Es wäre der erste Plan eines Versuches, sich den Weg zur Ausführung seines Vorhabens zu ebnen.

[1]) Lämmer S. 367, citiert von Maurenbrecher S. 52 und Vetter S. 215.

[2]) Vgl. Marias eben erwähnten Brief an Granvella. Karl erwähnt auch selbst in seinen Kommentaren, daß er wie viele andere immer die Überzeugung gehabt habe, es wäre unmöglich, eine solche Halsstarrigkeit und eine so große Macht, wie sie die Protestanten besaßen, auf dem Wege der Strenge zu beugen; vgl. Lettenhove, Commentaires S. 100 f., citiert von Varrentrapp, Herman von Wied und sein Reformationsversuch in Köln, S. 217.

[3]) So faßte ihn richtig schon damals die prägnante Charakteristik Bucers aus jener Zeit, der vor allem seine große Hartnäckigkeit in seinen Entschlüssen hervorhebt, vgl. Lenz II, 229.

ein Schreiben Karls selber vom Beginn des Jahres 1542,[1]) in dem er seine Pläne für die folgenden Jahre im voraus entwickelt, in deren Mittelpunkt die für den Frühling des Jahres 1544 in Aussicht genommene Unterwerfung des Herzogs von Cleve steht, das beweist vor allem sein Verhalten in dieser letzten Angelegenheit selbst. Von Anfang an, als diese Streitfrage im Jahre 1538 durch den Tod des letzten Herzogs von Geldern akut geworden war, nahm Karl den Standpunkt ein, daß Geldern auf Grund der Rechtmäßigkeit seiner Ansprüche ihm gebühre und zufallen müsse, aber genau so wie sein Verhältnis zu den Protestanten von der politischen Lage abhängig war, so war es auch in dieser Frage der Fall. Am liebsten hätte Karl auch hier eine friedliche Vergleichung gesehen, und darauf zielten auch seine ersten Bemühungen ab. Als es sich aber in Gent im Jahre 1540 und im folgenden Jahre in Regensburg deutlich zeigte, daß alle Versuche einer friedlichen Beilegung des Streites unnütz seien, da faßte er den Plan, mit Gewalt gegen den Herzog vorzugehen,[2]) und wenn ihn auch die politischen Verhältnisse zwangen, seine Ausführung noch zu verschieben, so hielt er doch in der ganzen folgenden Zeit mit der ihm eigenen Zähigkeit an seinem Entschluß fest, bis er ihn dann, noch eher als er gedacht hatte, im Sommer 1543 zur Ausführung bringen konnte. So dürfen wir auch in der für Karl wichtigsten Frage, der Regelung seines Verhältnisses zu den Protestanten, trotz mangelnder direkter Beweise annehmen, daß er, nachdem er in Regensburg sich endgültig von der Notwendigkeit eines bewaffneten Einschreitens gegen seine Gegner überzeugt hatte, in der Folgezeit an diesem Plan festgehalten hat. Von diesem Gesichtspunkt aus bedeutet daher der Regensburger Tag in letzter Linie für die Protestanten den ersten Akt der Tragödie, deren letzter sich fünf Jahre später in demselben Regensburg abspielen sollte.

---

[1]) Br. A. Karl an Granvella 7. März 1542.

[2]) In seinem Schreiben vom 7. März 1542 sagt Karl ausdrücklich, daß er noch in Regensburg Praet, einem Rate Marias, seine Absicht eröffnet habe, nach Ordnung der spanischen Angelegenheiten nach Deutschland zur Eroberung Gelderns und der Züchtigung des Herzogs von Cleve zurückzukehren.

2. Der Reichstag zu Speier 1542.

Ursprünglich war, wie erwähnt, durch den Regensburger Abschied auf den 14. Januar 1542 nur ein Ständetag in Speier angesetzt worden, auf dem neben der Visitation des Kammergerichtes und der Beratung der in Regensburg nicht erledigten Fragen wie der Münzordnung und der Reform der Reichsanschläge und Monopolien auch über die beharrliche Hilfe im einzelnen gehandelt werden sollte.[1]) Jedoch führte die Türkengefahr eine Änderung dieses Beschlusses herbei. Es war Ferdinand nicht nur nicht gelungen, Ofen vor der Ankunft des türkischen Heeres zu erobern, vielmehr hatte es sich für ihn, wenn er nicht sein ganzes Heer der sicheren Vernichtung hätte preisgeben wollen, als notwendig erwiesen, die Belagerung aufzuheben und den Rückzug nach Pest anzutreten. Der Feind jedoch hatte die günstige Gelegenheit benutzt und Ferdinands Heer einen derartigen Verlust an Mannschaften und Geschütz zugefügt, daß sogar Pest in seine Hände gefallen war. Am 29. August befand sich, da inzwischen Solimann selbst mit dem Heere vor Ofen angelangt war, auch diese Stadt in türkischen Händen: am 2. September hielt Solimann seinen feierlichen Einzug.[2]) In dieser Not fand der König Hilfe bei seinem Bruder, die sich allerdings nur auf gute Ratschläge beschränken konnte, da Karl ja zurzeit seine ganze Macht zur Expedition nach Algier selber brauchte. Schon Anfang September hatte er in Oberitalien die Kunde von der Besetzung Ofens erhalten[3]) und entsprechend seiner Zusage an Maria, sein möglichstes zum Widerstande gegen die Türken in Hinblick auf die große Not zu tun,[4]) am 13. September Naves zu Ferdinand mit dem Vorschlage geschickt, den nach Speier angesetzten Tag in einen Reichstag zu verwandeln und so mit mehr Nachdruck die deutschen Stände zur Bewilligung der Türkenhilfe zu bewegen.[5])

[1]) Lenz II, 33, A. 2.

[2]) Huber IV, 78 f.; Bucholtz V, 158; v. Hammer, Geschichte des Osmanischen Reiches, 2. Aufl. 1834, S. 173. M. St. A. Ferdinand an Wilhelm und Ludwig 26. August.

[3]) A. f. östr. Gesch. 76, 34 f.

[4]) Br. A. Karl an Maria 8. September.

[5]) M. J. Ö. G. 26, 305 f.

Ferdinand hatte unterdessen selbst nicht gefeiert. Schon auf die Kunde von der Niederlage der Seinen vor Pest hatte er sich unter Hinweis auf die drohende Gefahr für Österreich an die Herzöge von Baiern, den Salzburger und noch andere Fürsten mit der Bitte um weitere Unterstützung gewandt, da die in Regensburg bewilligte eilende Hilfe zu gering sei.[1]) Bei den bairischen Herzögen, die ja nächst Ferdinand am meisten bedroht erschienen, fand er bereitwilliges Entgegenkommen, und wenn er auch ihren Vorschlag, den für den Januar angesetzten Tag schon im Oktober abzuhalten, hauptsächlich mit dem Hinweis auf die Kürze der Zeit ablehnte, so bewegten sich seine Gegenvorschläge doch in ähnlicher Richtung. Vor allem kam es für ihn darauf an, das Reich zu energischer Hilfe zu bewegen; die Frage war für ihn nur noch, ob diese neue stärkere Unterstützung, deren er jetzt dringend und schnell bedurfte, auf einem Reichstage zu beraten oder ob die Kurfürsten und Fürsten zu persönlichem Erscheinen auf dem angesetzten Ständetag zu veranlassen seien. Zwar hielt man am bairischen Hofe noch an der alten Ansicht fest, daß der König den Ständetag eher und zwar bereits Mitte Dezember ansetzen solle, denn dadurch, so äußerte sich Herzog Wilhelm, werde ein Monat gewonnen, was zur Förderung der Angelegenheit viele 100 000 Gulden wert wäre.[2]) Aber die Hauptsache war doch für Ferdinand die Geneigtheit auf bairischer Seite zur schnellen und energischen Unterstützung, die gerade jetzt für ihn um so wertvoller war, als die letzten Nachrichten aus Ungarn ernst und bedrohlich genug lauteten. Nach ihnen war Solimann, der Ungarn wieder verlassen hatte, entschlossen, mit einem gewaltigen Heere zurückzukehren, wenn Ferdinand nicht alle seine Forderungen bewillige, und Laski sah durch den Sultan bereits die ganze Christenheit bedroht und die einzige Rettung in der einmütigen Abwehr des gemeinsamen Feindes.[3])

[1]) Vgl. das obige Schreiben Ferdinands vom 26. August.

[2]) M. St. A. Instruktion Ferdinands für Presing 4. Oktober; Wilhelms Antwort 11. Oktober.

[3]) Muffat, Korrespondenzen und Aktenstücke zur Geschichte der politischen Verhältnisse der Herzoge Wilhelm und Ludwig von Baiern zu König Johann von Ungarn in den Quellen und Erläuterungen zur bairischen und deutschen Geschichte IV, 525 f.

Währenddessen traf Naves mit Karls Vorschlag bei dem Könige in Linz ein. Da dieser sich mit Ferdinands Ansicht der Hauptsache nach deckte, so war eine Verständigung leicht. Bereits am 16. Oktober erließ der König das Ausschreiben zu einem Reichstage nach Speier auf den 14. Januar, dem als Hauptaufgabe die Beschlußfassung über die beharrliche Hilfe zugewiesen wurde.[1] Um aber diese Angelegenheit durch die persönliche Anwesenheit von möglichst vielen Fürsten schnell zu erledigen, so suchte Naves deshalb die hervorragendsten süddeutschen Fürsten und Städte auf.[2] Im großen und ganzen konnte er mit seinem Erfolge zufrieden sein; Mainz, Pfalz, Baden und Speier sagten ihr persönliches Kommen zu.[3] Der Kurfürst von Trier, den er auch anging,[4] stellte sein Erscheinen ebenfalls, wenn auch nur bedingungsweise, in Aussicht und wenn es auch Ulrich von Würtemberg mit Rücksicht auf sein gespanntes Verhältnis zu Eßlingen schroff ablehnte, persönlich in Speier zu erscheinen, so hatte Naves doch durchaus den allgemeinen Eindruck, daß die Fürsten und Städte die Notwendigkeit einer neuen größeren Hilfe anerkannten.[5]

Ebensowenig wie die süddeutschen Stände verschlossen sich die norddeutschen Fürsten der drohenden Gefahr; die Lage erschien ihnen vielmehr so bedenklich, wie denn überängstliche Gemüter bereits die türkischen Scharen durch Böhmen die Elbe hinab ins Reich fluten sahen,[6] daß sie schon von sich selbst aus Abwehrmaßregeln ins Auge faßten. Während aber in Süddeutschland in dieser Angelegenheit für Ferdinand am eifrigsten die streng katholischen bairischen Fürsten eintraten, auf deren Unterstützung er sicher rechnen konnte, wie sie ihm ja schon im Oktober ihre Bereitwilligkeit erklärt hatten, sich noch vor Zusammentritt des Ständetages mit ihm über die beharrliche Hilfe zu vergleichen, so lag für den König in Norddeutschland

[1]) Winckelmann III, 215.

[2]) M. J. Ö. G. 76, 308 f.

[3]) Lanz, Correspondenz II, 330.

[4]) Dies ergibt sich aus Aarsberetninger fra det Kongeliche Geheime Archiv in Kopenhagen IV, 205.

[5]) Lanz a. a. O. II, 328 f.

[6]) Meyer, Die Feldhauptmannschaft Kurfürst Joachims von Brandenburg im Türkenkriege von 1542 in den Hohenzollerischen Forschungen VIII, 102 f.

die Sache nicht so günstig. Dort, zu Naumburg, bekundeten die bedeutendsten protestantischen Fürsten, Sachsen, Hessen und Brandenburg, unter dem Drucke der Türkengefahr zwar auch ihre Bereitwilligkeit zur weiteren Unterstützung, machten aber ihre Leistung entsprechend der Abmachung der Schmalkaldener in Regensburg von der tätlichen und rechtlichen Sicherstellung für längere Zeit abhängig und dadurch angesichts der bedrohlichen Lage wieder zweifelhaft.[1]) Immerhin erließen Sachsen und Hessen noch gemeinsam von Naumburg aus ein Ausschreiben an die Einungsverwandten, in dem sie ihnen im Hinblick auf die Türkengefahr den Besuch des Speirer Tages zur Pflicht machten.[2]) Auch Ferdinand hielt es für geraten, seinem ersten allgemeinen Ausschreiben noch ein zweites an die Fürsten folgen zu lassen, in dem er sie abermals mit Rücksicht auf die Türkennot dringend zum persönlichen Besuch des Reichstages aufforderte und zugleich auch sein Erscheinen in Aussicht stellte.[3]) An dieser seiner Absicht hielt er auch fest, als er erfuhr, daß einige Pestfälle in Speier vorgekommen sein sollten, so daß man schon von einer Verlegung des Reichstages sprach.[4]) Jedoch hielten ihn die Verhandlungen mit den böhmischen Ständen so unerwartet lange fest, daß er erst am 18. Januar über Eger nach Speier aufbrach.[5])

Inzwischen hatten nach gewohnter Weise die deutschen Stände sich mit ihrem Erscheinen trotz aller Ermahnungen Ferdinands nicht zu sehr beeilt; wie wenig man überhaupt mit einem pünktlichen Beginn der Reichstagsverhandlungen rechnete, zeigt deutlich die Bemerkung Herzog Wilhelms von Baiern an Ferdinands Gesandten, daß, wenn man den Tag auf den 15. Dezember umsetze, spätestens alle Stände vor dem 1. Januar

[5]) Über den Naumburger Tag vgl. Lenz III, 150ff.; Brandenburg, Moritz von Sachsen I, 168 f. und Mentz II, 301 f.

[1]) Ma. A. Ausschreiben von Sachsen und Hessen 24. Oktober.

[2]) Brandenburg, Politische Korrespondenz des Herzogs und Kurfürsten Moritz von Sachsen, I 246; M. R. A. Ferdinand an den Bischof von Augsburg 7. Dezember; Am. A. Ferdinand an den Pfalzgrafen Friedrich 7. Dezember; W. A. Ferdinand an den Bischof von Würzburg 7. Dezember.

[3]) Br. A. Ferdinand an Maria 28. Dezember; Z. f. K. G. 23, 456; Traut S. 3.

[4]) M. St. A. Ferdinand an Wilhelm und Ludwig von Baiern 5. Januar; Stälin, Aufenthaltsorte König Ferdinands in den Forschungen zur deutschen Geschichte I, 391.

erscheinen würden.[1]) Jedoch im Vergleich zum Regensburger Reichstag war es diesmal mit dem Eintreffen der Stände etwas besser bestellt. Als die Würzburger Gesandten am 20. Januar in Speier eintrafen, fanden sie dort wohl schon eine ganz stattliche Anzahl von Räten und Gesandten, auch Naves und Graf Hugo von Montfort als kaiserliche Kommissare,[2]) aber, worauf Ferdinand am meisten Wert legte, von den deutschen Fürsten selbst noch keinen vor.

Zunächst freilich herrschte Ungewißheit darüber, wann, ja ob Ferdinand auch wirklich erscheinen werde,[3]) und im Reich wußte man zum Teil sogar nicht einmal genau, ob der Reichstag überhaupt und wenn, ob er in Speier abgehalten werden würde, ja die brandenburgischen Gesandten hörten sogar noch unterwegs, er würde nach Nürnberg verlegt werden,[4]) so daß man es dem Kurfürsten Joachim von Brandenburg nicht verargen kann, wenn er mit seinem Unwillen über den „schläfrigen" Beginn des Reichstages nicht zurückhielt.[5]) Endlich, am 2. Februar, langte der König in Speier an. Trotz des Drängens der baierischen Gesandten, sofort den Reichstag der drohenden Türkengefahr wegen zu eröffnen,[6]) beschloß er jedoch, mit der Proposition noch bis zur andern Woche zu warten;[7]) denn, wenn auch inzwischen mehr Stände erschienen waren, so war doch außer dem Bischof von Speier noch immer kein Fürst anwesend, ebenso fehlten auch noch die sächsischen Räte.[8]) Damit aber wenigstens ein Kurfürst persönlich bei der Eröffnung des Reichstages anwesend sei, schickte der König Naves zu dem Pfälzer nach Heidelberg, der jedoch seine Ankunft erst für spätere Zeit in Aussicht stellte. Nun glaubte Ferdinand freilich mit der Proposition nicht mehr länger zögern zu dürfen, zumal ihn jetzt selbst ein Teil der

---

[1]) Vgl. die obige Antwort Wilhelms S. 55, A. 2.

[2]) W. A. Protokoll vom 20. Januar; A. f. östr. Gesch. 76, 63.

[3]) Ma. A. Räte an Philipp 27. Januar; Br. A. Naves an Maria 25. Januar.

[4]) Traut, S. 3 f.; Be. A. Räte an Joachim 5. Februar.

[5]) Be. A. Joachim an Trott 4. Februar.

[6]) M. St. A. Stockhammer an Wilhelm 7. Februar.

[7]) Br. A. Naves an Maria 5. Februar; Naves an Schorre 5. Februar.

[8]) Winckelmann III, 223; Brandenburg, Korrespondenz I, 326; Lämmer Mon. Vat. S. 399 f.; Ma. A. Räte an Philipp 5. Februar; Be. A. Räte an Joachim 5. Februar.

Stände zur Eile drängte mit dem Hinweis auf die Bemühungen der französischen Gesandten, die Hilfe zu verhindern, indem sie den Katholiken wie Protestanten gesondert vorhielten, daß, wenn sie die Unterstützung bewilligten, ihr Gegner die günstige Gelegenheit, wo sie von Geld und Truppen entblößt seien, zum Angriff auf sie benutzen würde.[1])

Um aber den Reichstag möglichst arbeitsfähig zu machen, bemühte er sich noch vor der Eröffnung, den Sessionsstreit der Städte[2]) wenigstens für diesmal auszuschalten, die auf einem Städtetag in Speier im November 1541 beschlossen hatten, die für ihren Anspruch sprechenden Belege aus den städtischen Akten allen Städten in Speier mitteilen zu lassen,[3]) und ferner den Kaiser in einer Supplikationsschrift zu bitten, durch seine Kommissare in Speier für Abhilfe ihrer Beschwerden sorgen zu lassen.[4]) Daher ließ Ferdinand am 8. Februar dem Städterat mitteilen, daß er am folgenden Tage den Reichstag eröffnen wolle; gleichzeitig ersuchte er ihn, etwaige Streitigkeiten möglichst freundschaftlich beizulegen; sonst wolle er ihre Beschwerden Karl übermitteln.[5]) Ebenso ließ er am 9. Februar noch vor der eigentlichen Eröffnung des Reichstages die Stände insgesamt bitten, sich diesmal der Session wegen nicht zu streiten.[6]) In der dann folgenden Proposition forderte er in Rücksicht auf die drohende Gefahr neben der beharrlichen Hilfe eine neue ansehnliche Unterstützung für dies Jahr und drängte die Stände zur sofortigen Beratung, damit bis zu ihrem Beschluß nicht wie schon so oft viel kostbare Zeit verloren gehe; um die Stände seiner Bitte gefügiger zu machen, ließ er ihnen gleichzeitig

[1]) Vgl. die beiden obigen Schreiben von Naves vom 5. Februar und außerdem im Br. A. Scepper an Maria 7. Februar und Naves an Maria 12. Februar.

[2]) Vgl. über diesen Streit in Speier im allgemeinen Ranke IV, 143 und Egelhaaf II, 406 f.

[3]) Dementsprechend findet sich auch im Fr. A. ein derartiges Verzeichnis, das die Gesandten für den Reichstag zur mündlichen Mitteilung mitbekamen.

[4]) Fr. A. Abschied des Städtetages vom 11. November; Sp. A. Der Frei- und Reichsstädte Supplikation 19. November.

[5]) Ma. A. Bericht über die Verhandlung am 8. Februar.

[6]) W. A. Prot. vom 9. Februar, vgl. auch Brandenburg, Moritz I, 188.

noch vorlesen, was ihm seine Stände bereits an Unterstützung zugesagt hatten.[1])

Von der größten Wichtigkeit war natürlich für den König die Stellung der Schmalkaldener. Zunächst versuchte er, durch Sonderverhandlungen mit dem hessischen Gesandten Rudolf Schenk auf sie einzuwirken, aber vergeblich.[2]) Am 12. Februar einigten sich die Protestanten auf ein Bedenken, das jeder bei den Verhandlungen in seinem Rate vorbringen sollte.[3]) Allerdings, die Naumburger Beschlüsse waren es keineswegs mehr; schon jetzt war es klar, daß hier an ihre volle Durchführung nicht zu denken war.[4]) So begnügte man sich wesentlich mit den alten Regensburger Forderungen; in erster Linie verlangte man einen beständigen Frieden; war dieser nicht zu erlangen, so sollte die kaiserliche Deklaration verlängert werden. Hieran schloß man das Verlangen der Neubesetzung des Kammergerichts mit Personen ohne Unterschied des Glaubens. Als letzte neue Forderung wünschte man dann eine gleichmäßige Steuerveranlagung für alle Einwohner,[5]) womit man, wie übrigens schon in Naumburg,[6]) vor allem dem Wunsch der Städte entgegenkam; denn diese fühlten sich am meisten durch den alten Anschlag benachteiligt,[7]) und ausdrücklich war bereits auf dem Städtetag in Speier im November 1541 als gute Lösung eine allgemeine Vermögenssteuer in Betracht gezogen worden.[8])

Wenn man auch auf protestantischer Seite zunächst von der Erfüllung dieser drei Bedingungen die Leistung der Hilfe abhängig machen wollte und dementsprechend forderte, daß diese drei Punkte zuerst vor der endgültigen Beschlußfassung über

---

[1]) Traut S. 10f.

[2]) Das Nähere bei Traut S. 11f.

[3]) Winckelmann III, 224f.; Fr. A. Ges. an den Rat 14. Februar; Ma. A. Räte an Philipp 13. Februar.

[4]) Lenz III, 159.

[5]) Bedenken als Beilage zum Schreiben Lambs vom 14. Februar im Fr. A., vgl. auch Winckelmann, III 224f. und Brandenburg, Korresp. I, 326.

[6]) Lenz III, 153 und 163.

[7]) Vgl. hierzu auch Albéri, Relazioni degli ambasciatori Veneti al senato Serie I, Bd. III, 108.

[8]) Dementsprechend findet sich auch die Forderung eines gleichmäßigen Anschlages in der Frankfurter Instruktion vom 11. Februar.

die Hilfe erledigt werden sollten, so war doch von Anfang an unter den Protestanten eine starke Strömung vorhanden, die daran die Hilfe nicht scheitern lassen wollte; die Not des Reiches schien zu groß, als daß man die Verantwortung dafür hätte übernehmen können. Schon jetzt fand man sich in diesen Kreisen wohl oder übel mit dem Gedanken ab, daß diesmal ihre Sonderinteressen, wenn es eben nicht anders ging, vor den gemeinsamen zurücktreten müßten. Für sie handelte es sich wesentlich nur noch darum, wenn nicht alles zu erreichen sei, wenigstens noch möglichst viel herauszuschlagen.[1]) So fehlte von Anfang an diesmal auf protestantischer Seite der feste, auf ein gemeinsames Ziel gerichtete energische Wille, der allein den vollen Erfolg verbürgt.

Am 13. Februar begannen die Beratungen in den drei Kollegien. Zwar hielten im Kurfürstenkolleg zunächst Brandenburg und Sachsen an dem protestantischen Standpunkt fest, daß zuerst ihre Forderungen erledigt würden, wogegen vor allem Mainz und Trier protestierten; schließlich kam man aber, da bei der weiteren Beratung Mainz mit seinem Wunsche, in erster Linie die Hilfe zu beraten, allein blieb und Trier, Cöln und Pfalz sich dem protestantischen Standpunkt näherten, zu dem Beschluß, daß an erster Stelle die Hilfe und dann daneben die protestantischen Forderungen beraten, keine jedoch ohne die andere beschlossen werden sollte; es war ein Kompromiß, in dem schließlich die Protestanten am meisten nachgegeben hatten.[2]) Schwieriger gestalteten sich die Beratungen im Fürsten-

[1]) Winckelmann III, 225; Roth III, 49f.; Ma. A. Räte an Philipp 13. Februar. Vor allem machten die Führer des Bundes, Sachsen und Hessen, die Leistung der Hilfe von der Erfüllung der protestantischen Forderungen abhängig, vgl. Mentz III, 314f. und Ma. A. Philipp an die Räte 16. Februar. Über die Stellung Ulrichs von Würtemberg vgl. Heyd III, 252 und 260f.

[2]) Gegen den brandenburgischen Bericht, auf den sich Traut S. 12f. allein stützt, sprechen die Berichte der hessischen Räte an Philipp vom 13. Februar im Ma. A., das Schreiben Lambs vom 14. Februar im Fr. A. und die beiden Schreiben Funcks an den Rat vom 20. und 24. Februar im Me. A., der, wenn er auch erst am 16. Februar in Speier ankam, eingehenden Bericht über diese Verhandlungen aus zuverlässiger Quelle, nämlich von dem Vertreter Ulms, Georg Besserer, erhielt. Auch die Straßburger Meldung bei Winckelmann III, 225 widerspricht dem nicht. Ebenso stimmt hiermit die Darstellung bei Mentz III, 315f. über die Stellung Sachsens überein.

rate. Zuerst platzten hier die Meinungen heftig aufeinander. Die katholische Partei unter der Führung der Baiern wollte Ferdinand bedingungslos die Hilfe bewilligen. Die protestantischen Forderungen wiesen sie schroff mit der Behauptung zurück, daß die Protestanten gar keinen Grund zur Klage über mangelnden Frieden oder ungleichmäßiges Recht hätten.[1]) Erst am folgenden Tage einigte man sich auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses dahin, dem Vorschlage des Kurfürstenrates entsprechend zuerst die Hilfe und dann die protestantischen Forderungen zu beraten und beide gemeinsam zu beschließen.[2]) Auch hier also hatten die Protestanten sich gefügt. Der Erfolg schien für Ferdinand um so größer, als auch Philipp, nachdem er eben noch auf der alten Forderung der vorherigen Erledigung von Frieden und Recht beharrt hatte,[3]) im Gegensatz zu Sachsen sich jetzt dem Mehrheitsbeschluß zu fügen erklärte, falls die Schmalkaldener sich zu einer tatkräftigen Unterstützung in der Goslarschen Sache bereit finden ließen.[4]) Ebenso erklärte der Frankfurter Rat, an den sich Lamb um Bescheid gewandt hatte, seine Zustimmung; nur befahl er seinen Gesandten, Vorsorge zu treffen, daß die Artikel Friedens und Rechtens nicht weiter zurückgeschoben, sondern sobald wie möglich erledigt würden.[5]) So wie in den beiden ersten Räten hatten am 13. Februar auch im Städterat die Verhandlungen ihren Anfang genommen. Zuerst hatte man sich ganz auf den protestantischen Standpunkt gestellt; als aber am 14. Februar die Kurfürsten und Fürsten ihnen ihren Beschluß mitteilten, brach der alte Sessionsstreit von neuem aus. Ausdrücklich verlangten die Städte Mitwirkung an der Beratung und weigerten sich, das, worüber die Fürsten sich geeinigt hatten, als für sie bindend anzuerkennen. Dementsprechend übergaben sie ihr besonderes Bedenken, das in der Hauptsache sich den Beschlüssen ihrer Gegner anschloß; sie verlangten

---

[1]) M. St. A. Räte an Wilhelm 17. Februar.

[2]) Vgl. Traut S. 13 f. und das eben erwähnte hessische Schreiben vom 13. Februar.

[3]) Vgl. sein oben erwähntes Schreiben vom 16. Februar.

[4]) Ma. A. Philipp an die Räte 20. Februar. Über die Haltung Sachsens vgl. Mentz II, 315.

[5]) Fr. A. Rat an die Gesandten 22. Februar.

gleichzeitige Beratung der Hilfe und der protestantischen Forderungen.[1])

Hiermit hatte Ferdinand im ganzen doch erreicht, was er gewollt hatte; an erster Stelle stand jetzt die Beratung der für ihn wichtigsten Frage, der Türkenhilfe, bei der die Protestanten ihre Mitwirkung nicht verweigert hatten, und wenn sie auch ihre Forderungen vorläufig nur zurückgestellt hatten, so war für ihn doch Zeit und mit ihr die Möglichkeit gewonnen, inzwischen vor der endgültigen Beschlußfassung über die Hilfe durch einiges Entgegenkommen die Protestanten noch irgendwie zu befriedigen. Außerdem war es für die Protestanten immer sehr mißlich, wenn sie erst längere Zeit mit den andern Ständen sich an der Beratung beteiligt hatten, dann mit einem Male zu einem Zeitpunkte, wo die Not des Reiches offensichtlich schnelle Unterstützung verlangte, wiederum ihre endgültige Zustimmung zu versagen, weil ihre Sonderinteressen nicht ganz befriedigt zu werden schienen. Dazu kam die sehr nahe liegende Gefahr, daß sie bei gemeinsamer Beratung in den einzelnen Räten, vor allem in dem Fürstenrat, von den Katholiken überstimmt würden.[2]) Philipp hatte somit ganz recht, wenn er bald darauf es als ersten verhängnisvollen Schritt bezeichnete, daß die Protestanten sich überhaupt in gemeinsame Beratung eingelassen oder, wie er ein Jahr später in drastischer Weise sich ausdrückt, sich wie Esel benommen hätten.[3])

Gegenüber diesem Erfolge Ferdinands wollte es nicht viel besagen, wenn die Städte, da die Fürsten ihre Ansprüche schroff zurückgewiesen hatten, sich mit einer Beschwerde an ihn wandten; auch von ihnen hatte er ja im Grunde ihre Zustimmung erhalten; so begnügte er sich, ihre Schrift den Fürsten zu übergeben, die sie einfach bei Seite legten.[4]) Viel bedenklicher erschien diese Trennung der gesamten

---

[1]) Traut S. 17 f.; Winckelmann III, 225 f.; Fr. A. Gesandte an den Rat 22. Februar, dabei das Bedenken der Städte vom 15. Februar.

[2]) Aus diesem Grunde hätten der Landgraf und der Kurfürst von Sachsen von Anfang an am liebsten eine nach den Religionsparteien gesonderte Beratung gesehen, vgl. Lenz II, 67 und Mentz II, 315.

[3]) Lenz II, 67; Ma. A. Philipp an die Räte 29. März 1543.

[4]) Traut S. 18 f.

Städte für die Protestanten. Bisher hatte die Stärke des Schmalkaldischen Bundes doch grade auf dem einmütigen Zusammengehen von Fürsten und Städten beruht. Da die letzteren sich jetzt absonderten und zusammen mit den katholischen Städten ihre eignen Wege gehen zu wollen schienen, so mußte dadurch notwendig auch der Zusammenhang im Bunde an Festigkeit verlieren. Ferner schien noch die weitere Gefahr nahe zu liegen, daß man diese Mißstimmung der protestantischen Städte. die Naves bereits auf seiner Reise nach Süddeutschland im Herbst festgestellt zu haben glaubte und die durch die braunschweigische Angelegenheit noch vermehrt wurde,[1]) auf kaiserlicher Seite ausnutzen und vielleicht versuchen würde, einen Keil in die bisher geschlossene Einheit des Bundes zu treiben.[2]) Und tatsächlich hatte Naves, der bei den Städten für einen Städtefreund galt und dessen Bericht an Maria über diese Spaltung auch durchaus seine Sympathie für diese verrät, im Auftrage Karls bereits eingehend sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt und weitgehende Pläne, die in letzter Linie die Sprengung des Schmalkaldischen Bundes bezweckten, ins Auge gefaßt. Vorläufig war jedoch die Zeit für ihre Ausführung noch nicht reif. Man brauchte auf kaiserlicher Seite jetzt noch dringend die tatkräftige Unterstützung der Fürsten, die man daher durch offensichtliche Begünstigung der Städte in dieser Angelegenheit nicht vor den Kopf stoßen durfte; ebenso hatte der Zwist sich noch nicht tief genug eingefressen, als daß man sich von der offenen Enthüllung dieser Absichten schon jetzt vollen Erfolg hätte versprechen können.[3]) Man beschränkte sich demnach auf kaiserlicher Seite jetzt wesentlich noch auf die Rolle eines aufmerksamen Beobachters, ohne es jedoch den Städten gegenüber an guten Worten und Beschwichtigungen fehlen zu lassen, die zu nichts verpflichteten.[4]) Tätiger war man in dieser Sache schon jetzt auf protestanstischer Seite, und vor allem waren es der Landgraf und seine Gesandten, die die drohende Gefahr klar

---

[1]) Lanz, Correspondenz II, 328 f.; M. J. Ö. G. 26, 310.

[2]) Lenz II, 61 f.

[3]) Br. A. Naves an Maria 16. Februar; M. J. Ö. G. 26, 312 f. Vgl. auch oben S. 47, A. 1.

[4]) Winckelmann III, 227, vgl. auch Lanz, Correspondenz II, 340.

erkannten und sie nach Kräften abzuwenden sich bemühten. So wie schon in Naumburg im Herbst 1541 auf Philipps Veranlassung ein Artikel in den Abschied aufgenommen worden war, der die Klagen der Städte über die ungleichmäßige Veranlagung dem König zur Berücksichtigung überwies,[1]) und die gleiche Bestimmung in der hessischen Instruktion zum Speirer Reichstag wiederkehrt, so bemühten sich jetzt seine Gesandten, die Fürsten zum Entgegenkommen gegen die Städte zu bewegen, da sie fürchteten, diese möchten sich sonst mit dem Könige in Unterhandlungen einlassen.[2]) Da man aber auf der Seite der Fürsten den Eindruck hatte, die Städte wollten die Not des Reiches ausnutzen, um die alte Streitfrage zu ihren Gunsten zu erledigen, so war ihr Versuch vergeblich; nur das vermochten sie bei ihren Glaubensgenossen durchzusetzen, daß man, um zu verhindern, daß die Städte, durch Ferdinands gute Worte bewogen, von den gemeinsamen Forderungen abstünden, ihnen mitteilen ließ, alle protestantischen Fürsten würden ohne Erledigung dieser Bedingungen die Hilfe nicht endgültig bewilligen.[3])

Während so Fürsten und Städte sich stritten, war auch im eignen Lager der ersteren eine Zwistigkeit ausgebrochen. Von dem Fürstenkolleg war der Vorschlag gemacht worden, einen gemeinsamen Ausschuß der Kurfürsten und Fürsten zur schnellen Erledigung der Beratung über die Hilfe einzusetzen. Damit waren aber die Kurfürsten durchaus nicht einverstanden.[4]) Sie fürchteten, daß dadurch ihre höhere Stellung, die sie bei gesonderter Beratung einnahmen, beinträchtigt und sie im gemeinsamen Ausschuß überstimmt werden könnten; sie seien, wie sie selbst zu Naves sagten, die ersten, denen die andern folgen müßten.[5]) Auch Ferdinands Bemühungen, der selbst mit Mainz und Pfalz Rücksprache nahm, gelang es nicht, ihren Widerstand zu brechen, was für ihn um so unangenehmer war, als eine

---

[1]) Lenz III, 153 und 163; vgl. auch oben S. 60, A. 6.

[2]) Lenz II, 62, A. 5.

[3]) Winckelmann III, 226.

[4]) Traut S. 16; May, Der Kurfürst, Cardinal und Erzbischof Albrecht von Mainz II, 376; Brandenburg, Korresp. I, 332 f. und 337 f. W. A. Prot. vom 15. und 17. Februar.

[5]) Br. A. Naves an Maria 16. Februar.

getrennte Beratung naturgemäß eine Verlängerung der Verhandlungen bedeutete und er außerdem gehofft hatte, durch einen gemeinsamen Ausschuß, zu dem dann auch die Städte hinzugezogen worden wären, zugleich auch deren Wunsch auf Anteilnahme an den Beratungen erfüllen zu können.[1])

So beriet man denn über die Hilfe in drei Gruppen, und zwar die Fürsten und Städte im Gegensatz zu den Kurfürsten durch je einen Ausschuß.[2]) Zwar tat Ferdinand sein Möglichstes, um ihre Beratungen zu beschleunigen, wie denn am 17. Februar eine österreichische Gesandtschaft den Ständen in beweglichen Tönen die Not des Reiches vorhielt und um sofortige Hilfe bat,[3]) aber die Gegensätze waren zu groß, als daß sie so leicht zu überbrücken waren. Inzwischen waren die Protestanten nicht müßig gewesen. Zwar hatte man entsprechend dem früheren Beschlusse neben dem Hauptberatungsgegenstand der Hilfe im Kurfürstenrat wie im Fürstenausschuß auch über die protestantischen Forderungen beraten und sogar im letzteren im Gegensatz zum ersteren, wo Mainz und Trier sich heftig sträubten und für die Gewährung von Frieden und Recht die Restitution der Kirchengüter forderten, einiges Entgegenkommen gefunden,[4]) aber es zeigte sich jetzt doch schon deutlich, daß in dieser Angelegenheit nur Sonderverhandlungen der Protestanten mit Ferdinand zum Ziele führen konnten.[5]) Da außerdem verlautete, daß der Kurfürstenrat seinerseits in diesem Punkte die Initiative ergreifen und Ferdinand selbst um die Herstellung von Frieden und Recht ersuchen wollte, womit natürlich den Protestanten nicht geholfen war, wählte man auf protestantischer Seite einen Ausschuß, der diese Forderungen im nähern aufstellen und begründen sollte. Seine Aufgabe war nicht schwer; er brauchte nur auf

[1]) Winckelmann III, 227; M. St. A. Räte an Wilhelm 17. Februar; Stockhammer an Wilhelm 24. Februar. Es war deshalb begreiflich, daß man auf Ferdinands Seite seine Hoffnungen jetzt stark herabstimmte, vgl. Br. A. Scepper an Maria 17. Februar.

[2]) Das Nähere bei Traut S. 16 ff.; Winckelmann III, 225.

[3]) Winckelmann III, 226; Brandenburg, Korr. I, 337 f.; Fr. A. Ges. an den Rat 22. Februar.

[4]) Brandenburg, Moritz I, 189 und Korr. I, 337 f.; Winckelmann III, 227 f.; Lämmer S. 415 f.; Me. A. Funk an den Rat 24. Februar.

[5]) Ma. A. Räte an Philipp 2. März.

das Bedenken zurückzugreifen, das bereits vorher aufgesetzt worden war.[1]) Aber bezeichnend genug beschränkte man sich jetzt in der Supplikation an Ferdinand, die ihm am 27. Februar überreicht wurde, nur auf die früheren beiden Hauptforderungen von Frieden und Recht; den Wunsch nach einem gleichmäßigen Anschlage ließ man fallen, weil diesen ja die Städte, deretwegen man ihn doch hauptsächlich aufgenommen hatte, in ihrer Gesamtheit genügend vertraten.[2])

Für den König bedeutete diese protestantische Eingabe die Aufrollung zweier gleich unangenehmer Fragen, der Deklaration und der Visitation des Kammergerichtes. Betreffs der Deklaration ergab ihre Entstehungsgeschichte für Karl wie für Ferdinand ihre Stellungnahme von selbst. Sie war von Anfang an ein Notbehelf gewesen, der, solange dieselben mißlichen Verhältnisse andauerten, auch weiter bestehen mußte.[3]) Von ihrer Erweiterung aber oder gar Aufnahme in den Reichsabschied, wie die Protestanten es wünschten, konnte keine Rede sein, einmal weil die Deklaration ja schon sowieso über das, was Karl ursprünglich hatte bewilligen wollen, infolge seines eignen Verschuldens hinausging und ferner, weil Karl und Ferdinand sich dadurch die katholischen Fürsten, deren Hilfe sie jetzt ebensowenig wie die ihrer Gegner entbehren konnten, vollkommen entfremdet hätten. Da sich für Ferdinand jetzt die Lage im Vergleich zu Regensburg durch die Einnahme Ofens noch verschlechtert hatte, so kam es für ihn darauf an, geschickt zwischen beiden Parteien zu lavieren und sie durch kleinere Zugeständnisse zu befriedigen, ohne eine von ihnen durch offenbare Begünstigung der andern vor den Kopf zu stoßen. Von diesem Gesichtspunkte aus hatte der König gleich zu Beginn des Reichstages, als Morone die Aufhebung der Deklaration verlangt hatte, diese Forderung abgelehnt, ja die Deklaration sogar bald darauf in Hinblick auf die Türkennot gerechtfertigt.[4])

---

[1]) Vgl. oben S. 60.

[2]) Winckelmann III, 229 f.; Fr. A. Ges. an den Rat 28. Februar; Ma. A. Aitinger an Philipp 28. Februar; Me. A. Funk an den Rat 8. März.

[3]) Vgl. hierzu Karls Schreiben an Ferdinand vom 14. März bei Druffel I, 220, A. 2.

[4]) Lämmer S. 406 f. u. 412 f.

Nicht minder unangenehm war für den König die Frage der Visitation des Kammergerichtes. Ausdrücklich war ja ihre Regelung durch den Regensburger Abschied diesem Reichstag zugeschoben worden, aber unmöglich konnte Ferdinand jetzt diese Angelegenheit, in der die beiderseitigen Anschauungen sich einander schroff gegenüberstanden, hier erledigen. Gegen eine bloße Visitation hatten ja die Katholiken nichts einzuwenden, aber die Protestanten verlangten zunächst Absetzung der parteiischen Richter und dann eine Neubesetzung des Kammergerichts auf Grund der Deklaration, und grade deren eingehende Erörterung wollte Ferdinand, wenn möglich, überhaupt vermeiden. War doch die Erbitterung über sie unter den katholischen Ständen so schon groß genug. Am heftigsten gebärdete sich unter ihnen der Erzbischof von Mainz, der sofort bei der ersten Begrüßung mit dem König sich energisch über sie beschwerte, wie überhaupt ein Teil der katholischen Fürsten dem Kaiser das Recht irgend einer Einmischung in die Rechtsprechung des Kammergerichts bestritt. Demgemäß mußte es als das zweckmäßigste erscheinen, diese ganze Visitationsfrage bis zu einem günstigeren Zeitpunkt möglichst zu verschieben.[1])

War hierdurch die Lage für Ferdinand schon verworren genug, so steigerten sich für ihn die Schwierigkeiten in demselben Zeitpunkte, wo sie durch die Beteiligung der Kurfürsten an dem gemeinsamen Ausschusse sich endlich zu vermindern schienen,[2]) durch die Haltung der Städte wieder bedeutend. Bisher hatte sich der Streit zwischen diesen und den Fürsten nur um die Session gedreht, ein Streit, der zwar die Beratungen verlangsamt, aber infolge des guten Willens der Städte, sich an der Hilfe zu beteiligen, diese bisher nicht durchkreuzt hatte. Jetzt aber machten die Städte außerdem noch bei der Annahme des von den Kurfürsten und Fürsten bewilligten Entwurfes für die Unterstützung Schwierigkeiten.[3]) Aber auch für die Protestanten

[1]) Br. A. Naves an Maria 16. Februar; Scepper an Maria 17. Februar und Scepper an Schorre 23. Februar. Scepper meldete jetzt schon, daß weder eine Visitation oder Reformation des Kammergerichtes hier stattfinden werde.

[2]) Traut S. 30; W. A. Prot. vom 8. März.

[3]) Traut S. 31, A. 1; Winckelmann III, 237 f.; Br. A. Scepper an Maria 9. März; Me. A. Funck an den Rat 14. März.

bedeutete dieser neue Streit eine neue Gefahr. Auch unter den protestantischen Fürsten waren mehrere, die mit einigen Reichsstädten in schlechtem Verhältnis standen, wie vor allem Herzog Ulrich von Würtemberg, Markgraf Georg von Brandenburg und mit ihm der Kurfürst Joachim von Brandenburg, die Herzöge von Lüneburg und Moritz von Sachsen.[1]) Schon war im Städteausschuß davon gesprochen worden, sich ganz von den Schmalkaldenern zu trennen und zusammen mit den katholischen Städten ein Sonderabkommen mit Ferdinand zu treffen.[2]) Die sächsischen[3]) und vor allem die hessischen Gesandten bemühten sich deshalb, dies zu verhindern, ebenso unterließ es Philipp nicht, seinen Gesandten einzuschärfen, immer wieder bei den andern Fürsten in versöhnlichem Sinne anzuhalten und auch diese seine Bemühungen bei den Städten in das rechte Licht zu setzen, um sie bei der Einung festzuhalten.[4]) Von diesem Gesichtspunkte aus ist wohl auch der Vorschlag der sächsisch-hessischen Gesandten erst recht zu verstehen, den neben den Frankfurter Gesandten auch der Memminger erwähnt,[5]) ein selbständiges protestantisches Heer gegen die Türken aufzustellen; damit wäre die Trennung der protestantischen Städte vermieden worden, aber wesentlich mit am Widerstande dieser, die sich von den katholischen Städten nicht trennen wollten, scheiterte dieser Plan, der beste Beweis, wie fest die gemeinsame Not bereits alle Städte zusammengeschmiedet hatte. Von diesem Standpunkte der Zusammengehörigkeit aus traten sie vielmehr ihrerseits mit einem Vorschlag an die Protestanten heran. Sie wollten für den Fall, daß diese in der Hilfe sich von den Katholiken trennten, allesamt, ohne Unterschied der Religion, auf ihre Seite treten und ein gemeinsames Heer gegen die Türken aufstellen, ein Anerbieten, das jedenfalls nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen war, zumal dann auch auf den allmählichen Übertritt

[1]) Ma. A. Philipp an Aitinger 23. März, vgl. auch Lenz II, 67.

[2]) Winckelmann III, 224; vgl. über die ganze Frage auch noch Bucers ausführlichen Brief bei Lenz II, 59 ff.

[3]) Allerdings genügte ihr Eifer ihrem Herrn keineswegs, vgl. Mentz II, 316.

[4]) Me. A. Funck an den Rat 8. März; Ma. A. Aitinger an Philipp 16. März.

[5]) Vgl. Ranke IV, 172; Traut S. 34, A. 1; Janssen III, 518 und das eben erwähnte Schreiben Funcks vom 8. März.

der katholischen Städte zum Protestantismus zu hoffen war.[1]) So war auch der Landgraf sehr damit einverstanden,[2]) auch Sachsens Neigung hätte es entsprochen,[3]) aber gleichzeitig verhehlte Philipp seine Zweifel nicht, daß die anderen protestantischen Stände ihre Zustimmung nicht erteilen würden.

Währenddessen waren bereits vierzehn Tage verstrichen, ohne daß der König den Protestanten auf ihre Supplikation eine Antwort erteilt hatte; diese Verzögerungstaktik war für sie umso unangenehmer, als es sich jetzt vollkommen klar ergeben hatte, daß auf eine zufriedenstellende Erledigung ihrer Wünsche in gemeinsamer Beratung nicht zu rechnen war.[4]) Zum Glück für die Protestanten war inzwischen wenigstens Kurfürst Joachim von Brandenburg, der alte Unterhändler von Regensburg her, in Speier am 5. März angekommen; an ihn wandten sie sich daher mit der Bitte, bei Ferdinand in dieser Angelegenheit vorstellig zu werden. Zusammen mit dem Pfalzgrafen Friedrich unterzog er sich dieser Aufgabe und brachte am 13. März Ferdinands Antwort.[5]) Unmöglich konnte sie die Protestanten befriedigen; sie versprach zwar allgemein eine Verlängerung des zu Regensburg beschlossenen Friedens auch noch einige Jahre über die Zeit der Dauer der beharrlichen Hilfe hinaus, aber die Deklaration erwähnte sie mit keinem Worte; für die Visitation bestimmte sie zwar, daß hier für sie eine Zeit festgesetzt werden sollte; sie fügte aber gleich noch den Artikel hinzu, daß, falls eine Änderung in den Kammergerichtspersonen, die doch grade die Protestanten vor allem forderten, eintreten sollte, dies nur mit Zustimmung des Kaisers und der Stände geschehen könnte, worauf niemals zu rechnen war. Entschieden hatte es sich der König mit diesem Bescheide zu leicht gemacht; sein erster Erfolg seinen Gegnern gegenüber, daß sie sich an der Beratung der Hilfe mitbeteiligten, ließ ihn sie unterschätzen und hoffen, sie auch schon mit geringem Entgegenkommen zu

[1]) Ma. A. Aitinger an Philipp 16. März.

[2]) Ma. A. Philipp an Aitinger 23. März.

[3]) Mentz II, 316.

[4]) Ma. A. Räte an Philipp 17. März.

[5]) Winckelmann III, 245; Ma. A. Räte an Philipp 12. und 13. März Fr. A. Gesandte an den Rat 13. März, als Beilage Ferdinands Antwort.

befriedigen, wie er denn bereits Ende März Speier zu verlassen gedachte.[1]) Er selbst äußerte sich in diesen Tagen zu Vauchop, Morones Begleiter, er werde sich bemühen, daß den Protestanten keine neuen Zugeständnisse gemacht würden, selbst wenn er von vielen Unglücksfällen heimgesucht werde.[2]) Aber zeigte ihm schon sein mißglückter Versuch, durch Sonderverhandlungen mit Sturm die Städte von ihrem Widerstande abzubringen,[3]) daß die Verhandlungen nicht so schnell von statten gehen würden, wie er es wegen der neuen schlimmen Nachrichten über die Türken wünschen mußte,[4]) so überzeugte ihn die Erwiderung der Protestanten vom 16. März erst recht, daß man von einer Verständigung noch weit entfernt war. Ihre Antwort war im Grunde nichts anderes als eine Wiederholung ihrer alten Wünsche, ein wenigstens zehnjähriger Friede nach der Hilfe oder bis zur Erledigung der ganzen religiösen Angelegenheit durch ein deutsches Nationalkonzil, und dann unparteiische Neubesetzung des Kammergerichtes. Dazu hatte sich der Streit mit den Städten über die Session wie auch über die Hilfe bedeutend verschärft; diese hatten sich nicht nur erneut bei dem König wegen des Ausschlusses von der Beratung über die Fürsten beklagt, sondern auch zwölf einzelne Punkte ihm namhaft gemacht, durch die sie sich in dem Entwurf der Fürsten über die Hilfe beschwert fühlten.[5])

Jedenfalls war jetzt die allgemeine Lage so verworren und unklar wie je. Auf protestantischer Seite versprach man sich von den Verhandlungen über Frieden und Recht kaum noch etwas, auf kaiserlicher Seite fürchtete Scepper bereits im Falle

---

[1]) Br. A. Naves an Maria 20. März. Die Ulmer Gesandten hatten sogar schon am 8. März von Gienger gehört, daß Ferdinand in 10 bis 11 Tagen nach Innsbruck aufbrechen werde, Me. A. Funck an den Rat 14. März. Ende April gab Ferdinand selbst zu, die Not habe ihn zur Bewilligung von Dingen getrieben, an die er zuerst nicht gedacht habe, Lämmer S. 421, citiert bei Pastor, Päpste V, 467.

[2]) Nuovo Arch. Ven. 13, 2, 90; Duhr, Ungedruckte Briefe des Dr. Vauchop und des P. Jaius in der Zeitschrift für katholische Theologie 21, 600.

[3]) Winckelmann III, 242 f.; Me. A. Funck an den Rat 14. März.

[4]) Ma. A. Räte an Philipp 22. Februar; Br. A. Naves an Maria 9. März.

[5]) Fr. A. Ges. an den Rat 20. März, als Beilagen Antwort der Protestanten und Beschwerden der Städte vom 17. März; für letztere vgl. auch Ranke IV, 173.

des Mißlingens der Einigungsversuche einen Bürgerkrieg in Deutschland.[1]) Trotzdem war vorläufig noch in den entscheidenden Fragen kein Teil zum Nachgeben bereit. In seiner neuen schriftlichen Antwort vom 20. März beharrte Ferdinand, nachdem Sonderverhandlungen mit den Vertretern der hervorragendsten schmalkaldischen Führer ebenfalls gescheitert waren,[2]) auf seinem ersten Bescheide; weiterzugehen, lehnte er durchaus ab, da er dazu keine Macht noch Befehl habe; mündlich fügte er noch hinzu, die Protestanten sollten nichts Unmögliches von ihm verlangen. Auch diese wichen keinen Schritt zurück, und so schienen diese Verhandlungen fast gescheitert.[3]) Umsomehr ließ der König es sich angelegen sein, die Städte aus ihrer ablehnenden Stellung herauszubringen. Zwar wies er ihr Verlangen wegen der jetzigen Erledigung der Sessionsfrage als unmöglich ab und schob die Entscheidung auf den nächsten Reichstag hinaus,[4]) aber in der Frage der Aufbringung der Unterstützung kam er ihnen in einigen Punkten entgegen. Jedoch auch hier erreichte er sein Ziel ebensowenig; den Städten genügte dies nicht, sie blieben auf ihrer Weigerung bestehen.[5])

Unter diesen Umständen konnte Ferdinand an die Ausführung seiner Absicht, bereits in den nächsten Tagen aufzubrechen, nicht denken. Scepper sah bereits Deutschland nicht allein von einem Bürgerkrieg zerrissen, sondern auch infolge des drohenden türkischen und französischen Angriffes vollkommen zu Boden geworfen. Ebenso hielten die Protestanten mit ihrer Besorgnis nicht zurück, daß, wenn sie dem König jetzt die Hilfe

[1]) Winckelmann III, 245 und 247; Me. A. Funck an den Rat 14. März; Br. A. Scepper an Maria 17. März.

[2]) Schmidt VIII, 475 f. und Heyd III, 253.

[3]) Janssen III, 318 f.; Fr. A. Ges. an den Rat 20. und 24. März, als Beilagen zum letzten Schreiben Ferdinands Antwort vom 20. März und Antwort der Protestanten vom 22. März, auf die Ferdinand sofort mündlich durchaus ablehnend antwortete. Vgl. auch seine Unterredung mit dem hessischen Gesandten Schenk bei Schmidt VIII, 475 f.

[4]) Traut S. 35.

[5]) Winckelmann III, 247 f.; Fr. A. Ges. an den Rat 20. und 24. März, als Beilage zu ersterem Ferdinands Unterhandlung mit den Städten vom 18. März, als Beilage zu letzterem Antwort der Städte vom 22. März; Me. A. Funck an den Rat 23. März.

gewährten und ihm die Besiegung der Türken ermöglichten, die Reihe dann vielleicht an sie kommen und sie so selbst zu ihrem Verderben beitragen würden. Nicht minder groß war die Mißstimmung auf seiten der Städte sowohl gegen Ferdinand wie auch gegen die Fürsten, und zwar vor allem gegen die katholischen. Scepper wußte sogar von einer öffentlichen Äußerung Sturms zu berichten, daß Straßburg eher französisch werden würde, ehe es sich weiter eine derartige Behandlung gefallen ließe.[1]) In den Kreisen der protestantischen Städte kam man wieder auf den Gedanken eines Gesamtbundes der Städte mit den Protestanten zurück, der aber diesmal nicht nur für ein gemeinsames Vorgehen in der Türkenhilfe gedacht, sondern noch weiter geplant war. Die protestantischen Städte hofften ganz sicher, die katholischen Städte auch zur Unterstützung der Protestanten im Falle ihrer Bedrohung durch die katholischen Fürsten bewegen zu können, ja man äußerte in Städtekreisen schon ganz offen, weil sie, die Städte, durch die Hilfe, wie die Fürsten sie beraten hätten, doch verderben müßten, so würden sie ihr Vermögen lieber den Protestanten als den Katholiken zuwenden.[2]) Ferdinands Stimmung war dementsprechend die denkbar schlechteste. Nicht nur beklagte er sich über die Städte, die ihn gegen seinen Willen solange aufhielten, auch die protestantischen Gesandten bekamen seinen Unwillen zu fühlen, da er ihnen die Schuld an der bisherigen Ergebnislosigkeit der Verhandlungen beimaß; wären nur ihre Herren hier selbst erschienen, so gab er ihnen unwillig zu verstehen, so wären die Sachen schon besser erledigt. Viel Hoffnung auf eine Verständigung hatte er auch nicht mehr, Scepper wollte sogar wissen, es würden bereits Vorbereitungen zu seinem Aufbruch getroffen.[3])

Unterdessen hatten die Protestanten sich doch noch zu weiteren Verhandlungen entschlossen; nicht als ob sie jetzt zu

---

[1]) Br. A. Scepper an Maria 26. März.

[2]) Ma. A. Aitinger an Philipp 23. März. Dieser Plan wurde übrigens von der Mehrheit der Schmalkaldener mit dem Hinweis darauf abgelehnt, daß durch dies gesonderte Vorgehen die Beratung der Katholiken über die Hilfe verhindert werden und der König dann den Vorwurf dieser Verhinderung den Schmalkaldenern zuschreiben würde, Ma. A. Räte an Philipp 28. März.

[3]) Br. A. Scepper an Maria 17., 21., 26. und 27. März.

größerem Entgegenkommen geneigt gewesen wären, man tat es wesentlich aus dem Grunde, um nicht den Schein auf sich zu laden, als ob durch ihre Schuld der Abbruch der Verhandlungen herbeigeführt worden wäre. Fester denn je bestanden sie im Grunde ihres Herzens auf den alten Forderungen, auch schon um der Städte willen, mit denen der König sich in Sonderverhandlungen eingelassen hatte und denen als Tatsache mitgeteilt worden war, die protestantischen Fürsten hätten ohne diese Bedingungen die Hilfe bewilligt.[1]) Äußerlich aber kam man dem König entgegen; jedoch unter dem Schein der Nachgiebigkeit, indem man sich zu der von ihnen bisher stets abgelehnten Visitation des Kammergerichts verstehen wollte, gedachte man hiermit derartige Bedingungen zu verknüpfen, daß man von vornherein mit der sicheren Ablehnung des Vorschlags rechnen mußte, um dann später unter dem Druck der Verhältnisse desto mehr zu erlangen.[2]) Entsprechend dem Antrag der hessischen Räte, die überhaupt schon gegen jede weitere Verhandlungen gewesen waren, beschloß man sogar, daß dies die letzte schriftliche Verhandlung mit Ferdinand sein sollte, von deren Bedingungen man nicht abgehen wollte.[3]) Im Einklang hiermit war demnach die Antwort der Protestanten abgefaßt. Hinsichtlich des Friedens erklärten sie sich mit seiner Verlängerung auf fünf Jahre oder bis zur Vergleichung der Religionsfrage auf einem Nationalkonzil einverstanden, ebenso bewilligten sie die Visitation des Kammergerichts, aber ausdrücklich verlangten sie die Beurlaubung der ihnen mißliebigen Beisitzer und dann seine Neubesetzung mit Ausschluß der Geistlichen, alles auf Grund der Deklaration, die, wie sie vernommen hatten, der Kaiser bei seiner Zusammenkunft mit dem Papst im Herbst vorigen Jahres verleugnet haben sollte,[4]) und von der, wie sie eben erst von dem Könige selbst erfahren hatten, dieser nicht einmal etwas hören wollte.[5]) Begreiflich

[1]) Ma. A. Räte an Philipp 22. März.
[2]) Fr. A. Gesandte an den Rat 24. März; vgl. auch Janssen III, 519.
[3]) Nachschrift zu dem S. 115, A. 1 erwähnten Schreiben vom 22. März.
[4]) Ranke IV, 172.
[5]) Winckelmann III, 253; Ranke IV, 172; Janssen III, 519; Brandenburg, Moritz I, 190. Fr. A. Ges. an den Rat 24. und 27. März, als Beilage zum letzten Schreiben die prot. Antwort vom 24. März.

genug, wenn der König hierauf etwas „heftig und hitzig“ durch Naves im Beisein des Brandenburgers und des Pfälzers antworten ließ.[1]) Unter energischem Hinweis darauf, daß der Reichstag nur der Türkenhilfe wegen einberufen sei, beharrte er, wenn er auch mit der Verlängerung des Friedens sich einverstanden erklärte, der Hauptsache nach auf seiner Ansicht. Vor allem die Hauptforderung der Gegner, die öffentliche Anerkennung der Deklaration, wies er mit der Begründung zurück, daß der Kaiser sich mit dieser nur gegen die Protestanten verpflichtet habe; sie zu publizieren, sei gar nicht seine Absicht gewesen. Deutlich zeigte sich jetzt die Kehrseite der Deklaration; es war wirklich so, wie der Memminger Gesandte klagte, obwohl diese Urkunde sehr für die Protestanten sei, so solle sie ihnen, wenn man sich ihrer bedienen wolle, doch nichts nutzen.[2]) Zum Schluß ergriff Ferdinand noch selbst das Wort und forderte die Protestanten auf, sich hiermit zu begnügen und in der Beratung der Hilfe fortzufahren; sonst könnte er es nicht anders auffassen, als daß sie mutwillig und ohne jede gute Ursache dies christliche Werk verhindern wollten.

Trotz aller dieser Bemühungen kamen die Beratungen nicht vom Fleck. Wäre es allein nach dem Wunsche der hessischen Räte gegangen, hätte man überhaupt nicht mehr geantwortet. Da aber die Mehrheit der Protestanten sich doch noch zu einer neuen Antwort entschloß, wußten sie es durchzusetzen, daß diese noch schärfer ausfiel, so daß nach ihrer Meinung Ferdinand diese Wünsche kaum erfüllen konnte und somit ihrer Absicht entsprechend diese ganzen Verhandlungen scheitern mußten. Ausdrücklich verlangten die Protestanten von neuem, daß bei der Aufnahme des fünfjährigen Friedens, zu dem sie ihre Zustimmung gaben, wie bei der Visitation des Kammergerichts die Deklaration allein maßgebend sein sollte.[3]) Scepper hatte voll-

---

[1]) Vgl. das eben erwähnte Schreiben vom 27. März, dazu als Beilage seine Antwort vom 25. März.

[2]) Me. A. Funck an den Rat 28. März.

[3]) Ma. A. Räte an Philipp 28. März. Die prot. Antwort im Fr. A. vom 27. März als Beilage zum Schreiben der Gesandten an den Rat vom 6. April; das Datum des 27. ergibt sich aus dem Aktenband, der die „Handlungen der Augsburger auf dem Reichstage zu Speier“ umfaßt.

kommen recht, wenn er zusammenfassend die ganze Lage dahin beurteilte, daß man jetzt nach sechswöchentlicher Beratung von einem eigentlichen Ergebnis noch ebenso weit entfernt sei wie am ersten Tage.[1]) Alles hing jetzt von Ferdinands Entscheidung ab. Infolge der Hartnäckigkeit der Protestanten konnte er an seiner ursprünglichen Absicht, den Gegnern wenn irgend möglich keine nennenswerten Zugeständnisse zu machen, nicht festhalten. Da er die Hilfe dringend brauchte, mußte er ihnen entgegenkommen, es fragte sich nur, in welcher Richtung. An eine Aufnahme der Deklaration in den Reichsabschied, selbst wenn er sie hätte zugestehen wollen, war wegen des Widerstandes der Katholiken nicht zu denken,[2]) ebenso unannehmbar schien für ihn ihre Forderung der Neubesetzung des Kammergerichts. So kam der König auf den Weg zurück, der sich bereits in Regensburg als gangbar bewiesen hatte, den der Nebenversicherung.[3])

Durch Vermittlung des Brandenburgers ließ er den hessischen Gesandten von dieser Absicht zuerst am 28. März mündlich verständigen und noch am gleichen Tage allen Protestanten die förmliche Zusicherung machen, er wolle ihnen eine besondere Urkunde geben, daß die Deklaration bei Kräften bleiben solle.[4]) Es war sicher ein Entgegenkommen Ferdinands, das aber die Protestanten noch nicht befriedigte, wie sie denn in ihrer Antwort vom 30. März auf ihrer Forderung der Aufnahme der Deklaration in den Reichsabschied beharrten. Daher machte Ferdinand ihnen noch am gleichen Tage ein weiteres Zugeständnis und gestand ihnen die Vereidigung der Kammerrichter auf die Deklaration zu, in der Hoffnung, hierdurch endlich diese Gegner zu befriedigen.[5])

---

[1]) Br. A. Scepper an Maria 27. März.

[2]) Albrecht von Mainz war auch jetzt noch einer ihrer schärfsten Gegner, der sie überhaupt ganz beseitigen wollte, vgl. Steffen a. a. O. S. 85.

[3]) Brandenburg, Korrespondenz I, 379 f., Lämmer S. 419 f., Schmidt VII, 475 f., Ma. A. Räte an Philipp 28. März nebst Nachschrift.

[4]) Ma. A. Nachschrift der hessischen Räte vom 28. März und Fr. A. Ges. an den Rat 31. März, als Beilage Ferdinands Antwort vom 28. März.

[5]) Fr. A. Antwort der Protestanten vom 30. März in den „Handlungen"; vgl. oben S. 118, A. 1. Ferdinands Antwort vom 30. März als Beilage zum Schreiben vom 31. März. Vgl. auch Janssen III, 520 f.

Während hiermit für diese Angelegenheit ein Weg der Verständigung gefunden zu sein schien, schien der Streit mit den Städten dagegen von einer Beilegung weiter denn je entfernt zu sein. Trotz neuer Sonderverhandlungen Ferdinands mit den hervorragendsten unter ihnen, Straßburg, Augsburg, Ulm und Nürnberg, kam man nicht von der Stelle; die Städte fühlten sich durch den geplanten Hilfsentwurf der Fürsten trotz einigen Entgegenkommens des Königs immer noch bedrückt. Dazu nahm der Sessionsstreit mit den Fürsten immer schärfere Formen an.[1]) In öffentlicher Versammlung ließen diese durch den Mainzischen Kanzler am 30. März erklären, daß sie den Städten nicht das Recht der selbständigen Beschlußfassung zugeständen; vielmehr seien diese verpflichtet, das, worüber sich die Fürsten geeinigt hätten, ohne weiteres anzunehmen.[2]) Philipp von Hessen stand mit seiner städtefreundlichen Gesinnung ziemlich allein da; so wie die bisherigen Vermittlungsversuche seiner Gesandten in dieser Angelegenheit vergeblich gewesen waren, so war auch der neue Auftrag an sie, durch Werbung bei den Räten von Würtemberg, Kur-Brandenburg und Moritz von Sachsen auf diese einzuwirken, von vornherein aussichtslos.[3]) Hatte doch der Kurfürst von Brandenburg offen erklärt, die Städte hätten zu dem, was die Fürsten beschlössen, nur Amen zu sagen, und es fiel sogar von andrer fürstlicher Seite das scharfe Wort: „Die Städte wollten gern neben den Fürsten sitzen, wir wollen sie setzen, daß sie uns unter den Füßen liegen müssen."[4])

So standen die Sachen für den König, als der April herankam, immer noch schwierig genug. Obwohl am 30. März eine Supplikation der ungarischen Stände verlesen worden war, in der sie dringend um sofortige Hilfe gebeten hatten,[5]) so war

[1]) Me. A. Funck an den Rat 28. März. Für die einzelnen Verhandlungen Ferdinands mit den Städten in diesen Tagen über diesen Punkt vgl. im Fr. A. die Schreiben der Gesandten vom 24. und 27. März nebst den dazu gehörigen Beilagen.

[2]) Traut S. 44; Winckelmann III, 259; Janssen III, 520; Fr. A. Gesandte an den Rat 31. März, als Beilage Verzeichnis der Verhandlung zwischen Fürsten und Städten vom 30. März.

[3]) Ma. A. Philipp an die Räte 26. März.

[4]) Me. A. Funck an den Rat 28. März und 2. April.

[5]) Traut S. 54.

daran doch noch nicht zu denken; die Gegensätze waren noch immer groß genug, wenn man sich auf beiden Seiten auch etwas genähert hatte, wie denn auch Scepper im Gegensatz zu seiner früheren pessimistischen Auffassung der Lage sich jetzt einen Erfolg von diesem Reichstage versprach.[1]) Diese letzten Schwierigkeiten räumte dann auch Ferdinand mit bemerkenswertem Geschick, zusammen mit den kaiserlichen Kommissaren und dem Brandenburger, aus dem Wege. Die Handlung werde nicht von ihnen, sondern von Ferdinand und dem Brandenburger getrieben, so meldeten die hessischen Räte ihrem Herrn am 5. April, und ebenso berichtete Morone schon Ende März von den fast übermenschlichen Anstrengungen Ferdinands.[2]) Am schlimmsten empfand man bei diesen Schlußverhandlungen auf allen Seiten die Ungewißheit und die plötzlichen Veränderungen in diesen Tagen. Nicht nur rechneten die burgundischen, Frankfurter und Memminger Gesandten noch mit einer längeren Dauer des Reichstages oder sie wußten wenigstens noch kein Ende des Reichstages abzusehen, ebenso waren sich die Straßburger, Frankfurter und hessischen Vertreter darin einig, daß die Sachen „seltsam und geschwind" liefen oder wie es Holzhausen ausdrückt: „Es ändern sich die Sachen täglich dreimal; was gestern weiß gewesen, ist heute schwarz."[3])

Das erste Ergebnis dieser letzten Bemühungen Ferdinands war sein Vorschlag vom 2. April an die Stände, wie die strittigen Punkte von Frieden und Recht in den Abschied zu setzen sein sollten. Er erbot sich zu einem fünfjährigen Frieden; gleichzeitig stellte er die Visitation des Kammergerichtes auf einen noch näher festzusetzenden Termin in Aussicht. Es war wesentlich die Auffassung der katholischen Stände, die sich in diesem Schriftstücke wiederspiegelte und mit deren Wissen es auch veröffentlich worden war; von der Deklaration war mit keinem Wort die Rede.[4]) Ferdinand beeilte die Sachen so, daß bereits

---

[1]) Br. A. Scepper an Maria 4. April.

[2]) Ma. A. Räte an Philipp 5. April; N. Arch. Ven. 13, 2, 91.

[3]) Traut S. 43, A. 2; Fr. A. Holzhausen an den Rat 2. und 5. April; Ges. an den Rat 6. April. Me. A. Funck an den Rat 28. März. Br. A. Scepper an Maria 4. April; Ma. A. Räte an Philipp 5. April; Winckelmann III, 259; N. Arch. Ven. 13, 2, 92.

[4]) W. A. Prot. vom 1. April.

am folgenden Tage das Konzept des ganzen Abschiedes in dieser Fassung verlesen wurde. Die Städte, in der Meinung, dies solle die bindende Fassung sein, hatten sich bereits mit einer Protestation gegen den ganzen Reichsabschied gefaßt gemacht, so daß der König sich auch ihnen gegenüber zu weiteren Zugeständnissen genötigt sah.[1]) Er griff auf dasselbe Mittel zurück, das er eben den Protestanten gegenüber in Aussicht genommen hatte. Am 4. April versprach er, ihnen wegen ihrer Stimmberechtigung eine Nebenurkunde und wegen ihrer sonstigen hauptsächlichen Beschwerden bezüglich der Hilfe eine Deklaration zu geben. Am 5. April erklärten die Städte ihre Zustimmung; nur verlangten sie noch, es solle ihnen freistehen, in einigen nebensächlichen Punkten gegen den Abschied zu protestieren. Da Ferdinand sich hiermit zufrieden erklärte, war endlich diese Angelegenheit in der Hauptsache erledigt. Gleichzeitig gelang es Ferdinand, den letzten Widerstand der Protestanten zu brechen und sie für die Hilfe zu gewinnen. Nicht zum wenigsten unterstützte ihn hierbei der Umstand, daß, wie bereits zu Beginn des Reichstages, so auch jetzt ein Teil von ihnen infolge der dringenden Not es nicht mehr länger verantworten zu können glaubte, dem Könige selbst im Falle der Nichterfüllung ihrer Forderungen die Hilfe zu verweigern.[2]) Daher bedurfte es nur noch eines weiteren Eingehens Ferdinands auf die protestantischen Wünsche, wie es die versprochene Nebenversicherung bedeutete, um diese ihm günstige Stimmung noch zu steigern. Während die Frankfurter Gesandten nur vorsichtig und zurückhaltend ihre Ansicht dahin ausdrückten, daß dieser Vorschlag nicht so ganz auszuschlagen sein möchte, äußerte Moritz' Rat bereits die bestimmte Hoffnung, daß sich eine Mehrheit für seine Annahme finden werde.[3]) Gleichzeitig erwähnte er aber auch den Widerstand etlicher Stände. Auch hier übte die braunschweigische Angelegenheit ihre zersetzende Wirkung auf den Schmalkaldischen Bund aus. Die vornehmsten und schärfsten Gegner waren wieder die sächsischen und hessischen Räte, die wesentlich

[1]) Traut S. 43 f., Winckelmann III, 259 f., Fr. A. Ges. an den Rat 6. April, als Beilage Ferdinands Bedenken vom 1. April; W. A. Prot. vom 3. April.

[2]) Winckelmann III, 254 f.

[3]) Fr. A. Ges. an den Rat 31. März; Brandenburg, Korr. I, 379 f.

mit Rücksicht auf Goslar die ganzen Verhandlungen über Frieden und Recht am liebsten zum Scheitern gebracht hätten. Es war ihnen auch zuerst gelungen, einen Teil der Städte auf ihre Seite zu ziehen, aber es war nur von kurzer Dauer. Tief empört berichteten die hessischen Räte diese Umwandlung ihren Herrn und gaben ihrem Unmut über die Uneinigkeit unter den Bundesmitgliedern offnen Ausdruck. „Es ist“, so klagen sie, „in Wahrheit in unserm der Einungsverwandten Rat ein erbärmlich Ding und keine Beständigkeit; jedermann sieht auf seine Gelegenheit, und ist ein zerrüttet Wesen unter uns; der eine will da hinaus, der andere dort hinaus,“[1]) Beschwerden die von ihrem Standpunkt aus berechtigt waren, die aber doch zum großen Teil auch auf ihre Herren mit ihrer Sonderpolitik in der braunschweigischen Sache zurückfielen.

Während so die Ferdinand günstige Stimmung in protestantischen Kreisen immer mehr wuchs, hielt dieser es für geraten, ihnen an demselben Tage, an denen er allen Ständen die Artikel über Friede und Recht für den Abschied zustellte, noch vorher das Konzept der versprochenen Urkunde zu übergeben. Heftig und erregt waren die Verhandlungen; vor allem versuchten Sachsen und Hessen, ihre Bewilligung zu hintertreiben, aber nur bei vier Städten, Frankfurt, Konstanz, Eßlingen und Bremen, fanden sie Unterstützung, so daß ihnen nichts anderes übrig blieb, als sich dahinter zu verschanzen, daß sie zu ihrer Annahme keinen Befehl hätten.[2]) Ebensowenig hielten die Frankfurter Gesandten mit ihrem Widerspruch zurück; ihrer Ansicht nach hätten die Protestanten unbedingt an der Aufnahme der Deklaration in dem Abschied festhalten müssen; man sei viel zu weit zurückgewichen; als Grund gaben sie ebenso wie die Hessen an, daß jeder nur auf seinen Vorteil bedacht sei.[3]) Da aber die Mehrheit der Stände für die Annahme dieser Nebenversicherung war, so mußten auch sie sich fügen.

Allerdings bedeutete diese Zustimmung noch keineswegs den Schluß der Verhandlungen; dieser protestantische Mehrheits-

---

[1]) Winckelmann III, 261 f., Mentz II, 316. Ma. A. Räte an Philipp 5. April. Auf das Nähere gehe ich absichtlich nicht ein.

[2]) Ma. A. Räte an Philipp 5. April.

[3]) Fr. A. Gesandte an den Rat 6. April, vgl. auch Janssen III, 521.

beschluß sprach vielmehr nur die grundsätzliche Geneigtheit aus, den von Ferdinand vorgeschlagenen Weg zu beschreiten. Mit der Beseitigung der noch gebliebenen einzelnen Gegensätze war man in den folgenden Tagen aufs eifrigste beschäftigt. Es handelte sich hierbei um zweierlei, einmal um die Urkunde, die der König den Protestanten besonders geben sollte, und dann um die Fassung der beiden Artikel Friedens und Rechtens, die dem Reichsabschied einverleibt werden sollten. Hinsichtlich der ersteren hielten die Protestanten gleich den Anfang nicht für ausreichend und klar, daß nämlich durch den Abschied zu Speier der Regensburger Friede und die Deklaration nicht aufgehoben noch ihnen etwas benommen sein, sondern daß die Deklaration in ihrem Werte bleiben sollte. Auf ihren Wunsch wurde ausdrücklich erklärt, daß, solange der zu Speier beschlossene Friede währe, auch die Deklaration währen sollte [1]) und daß die künftige Visitation und Reformation des Kammergerichtes vermöge des Regensburger Abschiedes und der Deklaration vorgenommen werden sollten; sonst sollte es ihnen gestattet sein, das Kammergericht in allen Angelegenheiten zu rekusieren und nichts mehr zu seiner Unterhaltung beizutragen.[2]) Da Ferdinand auch in der Goslarschen Angelegenheit ihnen einige Zugeständnisse machte, so war dieser erste Punkt zur Zufriedenheit der Protestanten erledigt. Auch in der zweiten Angelegenheit zeigte sich der König entgegenkommend.[3]) Auch hier wünschten die Protestanten gleich am Anfang eine Änderung. Bei der Verlängerung des Regensburger Friedens samt der Suspension der Kammergerichtsprozesse berief sich der König auf die näheren Bestimmungen, „wie solches der Regensburger Abschied mit sich bringt“; dafür begehrten die Protestannten die Form, „wie dieselben zu Regensburg den Ständen allenthalben gegeben und allenthalben angenommen“, eine Änderung, die nur unter dem Gesichtspunkte verständlich wird, daß die Protestanten auf diese Weise eine allerdings nur allgemeine Anerkennung der Deklaration in den jetzigen Reichsabschied hineinzubringen versuchten. Ferner

---

[1]) Vgl. hierzu auch Ranke IV, 172.

[2]) Die Urkunde bei Walch, M. Luthers sämtliche Schriften XVII, 1002 ff.

[3]) Vgl. zum folgenden im Fr. A. das Schreiben der Ges. vom 6. April nebst den entsprechenden Beilagen.

sollte nach Ferdinands Fassung der fünfjährige Friede vom Datum des Reichsabschiedes an in Geltung treten, während die Protestanten verlangten, daß der Friede auf fünf Jahre nach Ausgang der bevorstehenden Expedition wider den Türken verlängert werde. Ebenso war in Ferdinands Konzept bei der Religionsvergleichung nur im allgemeinen von einem General- oder Nationalkonzil die Rede, hier wurden die Worte durch ein gemeines, freies, christliches Nationalkonzil in deutscher Nation ersetzt; es waren fast dieselben Worte, die sich in der Schrift der Protestanten vom 30. März fanden, mit der sie gegen das von Morone am 23. März verkündete pästliche Konzil Einspruch erhoben.[1]) Schließlich wurde von ihnen als Termin der Visitation der 16. Juni in Speier eingefügt und noch hinzugesetzt, daß alle Mängel am Kammergericht abgeschafft und gebessert werden sollten und sich alle Reichsstände und jedermann ungeachtet der Religion eines gleichmäßigen und unparteiischen Rechtes zu versehen habe. Auch eine Veränderung der zu der Visitation zu verordnenden Kommissare wünschten sie in dem Sinne, daß die protestantische Zahl vermehrt würde. Diese geänderten Artikel überbrachte der Brandenburger am 5. April dem König, der sich mit dieser den Protestanten weit günstigeren Fassung einverstanden erklärte; er fügte aber sofort hinzu, daß die Katholiken sie auch noch bewilligen müßten. Und da war von vornherein scharfer Widerstand zu erwarten.

Von Anfang an hatten diese die ganzen Sonderverhandlungen des Königs mit mißtrauischen Augen betrachtet. Zum Sprachrohr dieser Empfindungen hatte sich vor allem Morone gemacht, der bereits von Anfang an bei dem König Neigung zum Entgegenkommen an die Protestanten argwöhnte und dann nach Beginn der Verhandlungen im März von den schmachvollen protestantischen Bedingungen sprach, die auf die Vernichtung des geistlichen Standes und der Religion abzielten, Klagen, die er jetzt nur noch lauter wiederholte.[2]) Als nun der König das

---

[1]) Fr. A. Ges. an den Rat 24., 27. und 31. März, als Beilage zum letzteren die Protestation der Protestanten vom 30. März, vgl. auch Korte, Konzilspolitik S. 54.

[2]) Lämmer S. 404, citiert von Korte S. 53 und Pastor, Päpste V, 464. N. Arch. Ven. 13, 2, 88, 90 und 92 f.; vgl. auch Z. f. K. G. 23, 457.

Schriftstück den Katholiken übergab, war es hier ebenso wie in Regensburg der Fürstenrat, von dem der Hauptwiderstand ausging und der bereits selbst ein Bedenken über Friede und Recht aufgestellt hatte.[1]) Die Beratungen zogen sich noch ein paar Tage hin, und Ferdinand sah sich genötigt, wieder mit dem Brandenburger persönlich in die Verhandlungen einzugreifen. Es gelang ihm auch, die Protestanten zur Annahme einiger allerdings nicht erheblicher Änderungen zu bewegen, die vor allem die Wahl der Visitatoren und die Besoldung der Beisitzer betrafen; in den Hauptpunkten blieben sie aber fest. Schließlich nahm der Kurfürstenrat die protestantische Fassung an, ebenso gelang es dem König, die Zustimmung der Fürsten zu erlangen bis auf einen Punkt. Er betraf die von den Protestanten gewünschte Fassung über die Gültigkeit des Regensburger Abschiedes samt allen seinen Bestimmungen. Nicht mit Unrecht fürchteten die Katholiken, daß ihre Gegner in der Billigung dieser Form eine Anerkennung der Deklaration im Reichsabschied selbst sehen würden, und so verweigerten sie ihre Genehmigung. Im Gegensatz hierzu verlangten die Protestanten bei ihren Verhandlungen mit Ferdinand entweder die Fortlassung der fraglichen Stelle oder die offene Erwähnung der Deklaration.[2]) Da eine Einigung nicht zu erzielen war, entschloß sich Ferdinand auch den Katholiken gegenüber zu dem bereits nicht mehr ungewöhnlichen Mittel der Nebenversicherung. An demselben Tage, dem 10. April, an dem er den Protestanten in einer feierlichen Urkunde die weitere Dauer und Rechtskräftigkeit der Deklaration zugestand und ihnen versicherte, daß durch diesen Reichsabschied die Deklaration nicht aufgehoben sein sollte, gab er den katholischen Ständen ebenfalls in urkundlicher Form die Zusicherung, daß ihre Besorgnisse, als ob der Regensburger Abschied durch den jetzigen zum Teil verändert, auch etliche Deklarationen mit einbezogen werden möchten, durchaus unbegründet seien; vielmehr solle mit diesem Abschied dem Regensburger nichts benommen sein, sondern dieser in allen seinen Artikeln und

---

[1]) W. A. Prot. vom 5.—9. April; Ma. A. Räte an Philipp 9. April.

[2]) Winckelmann III, 265; Brandenburg, Korrespondenz I, 406 f. Me. A. Pfaff an den Rat 8. April; Ma. A. Räte an Philipp 9. April; Fr. A. Ges. an den Rat 12. April.

Würden bestehen bleiben.[1]) Ferdinand hatte von Karl gelernt, aber nur zu berechtigt war die Frage der Frankfurter Gesandten, die übrigens nur gehört hatten, daß der König die Katholiken über diesen Punkt vertröstet und diese Vertröstung in der Mainzer Kanzlei registriert sein sollte, wie diese beiden Urkunden nebeneinander bestehen sollten.[2]) Es war eben nur ein Verlegenheitsausweg und eine Skrupellosigkeit Ferdinands genau so wie von Seiten seines Bruders in Regensburg; auch hier mußte die Zeit entscheiden, wer die Macht hatte, seine papierenen Zugeständnisse in die Tat umzusetzen. Hiermit waren diese Zwistigkeiten beigelegt.

Vom folgenden Tage, dem 11. April, sind die beiden Schriftstücke datiert, die dem König die Zustimmung der Städte verschafften.[3]) In der ersten Urkunde weisen die Städte den Anspruch der Fürsten, allein die Entscheidung treffen zu können, scharf zurück und erklären, daß sie den Abschied nur mit Rücksicht auf die Not und das Ersuchen Ferdinands annehmen, behalten sich aber vor, daß hiermit ihr freies Recht der Zustimmung nicht geschmälert werde. Zum Schluß bitten sie noch um die Vermittlung Karls und Ferdinands in dieser Angelegenheit. Das andere war die Deklaration, deren Geheimhaltung Ferdinand verlangte:[4]) sie gab in einem den Städten günstigen Sinne eine genaue Erklärung über die Artikel des Abschiedes, die die Erlegung des gemeinen Pfennigs und die Unterhaltung des Kriegsvolkes betrafen.

Nachdem so glücklich alle Schwierigkeiten beseitigt waren, konnte Ferdinand endlich zur Verlesung des Abschieds greifen. Kaum war diese beendigt, so erfolgte die Protestation der Protestanten, wie sie ihnen Ferdinand zugestanden hatte. Sie erklärten, daß sie den Abschied nur auf Grund der Regensburger Deklaration und der ihnen jetzt von dem König zuge-

---

[1]) Diese bisher unbekannte, geheime Deklaration für die Katholiken befindet sich wie die Regensburger im W. A.; sie ist vom 10. April datiert.

[2]) Fr. A. Ges. an den Rat 12. April.

[3]) Fr. A. Die Urkunde als Beilage zu Lambs Schreiben vom 17. April, die Deklaration als Beilage zu Holzhausens und Lambs Schreiben vom 15. April, vgl. auch M. J. Ö. G. 26, 316.

[4]) Ma. A. Räte an Philipp 15. April.

stellten Urkunde annähmen; dasselbe beanspruchten sie auch für die Visitation des Kammergerichtes. Daran schloß sich die Protestation der Städte mit Ausnahme von Überlingen an, die sich zuerst wegen der Ausschließung von Sitz und Stimme gegen die Fürsten wandte, dann noch in fünf einzelnen Punkten der Türkenhilfe ihre Zustimmung versagte.[1]) Hiermit begnügten sich die Städte aber noch nicht. Da sie es nicht hatten durchsetzen können, daß auf ihre Protestation im Reichsabschied Bezug genommen wurde, so mußte der König ihnen noch eine schriftliche Anerkennung ihrer Protestation geben; ebenso besiegelten sie den Abschied nur unter Berufung auf ihre Protestation.[2]) Jetzt endlich erhielten auch die böhmisch-österreichischen Gesandten den Bescheid der Stände auf ihr Hilfsgesuch. Mit Hinweis auf die eben bewilligte Hilfe sprechen sie die Hoffnung auf eine baldige Besiegung und Vertreibung der Türken aus Ungarn aus, gleichzeitig vergaßen sie aber auch nicht, die Mahnung hinzuzufügen, daß die Stände ihrerseits es an der versprochenen Beihilfe nicht fehlen lassen sollten; ebenso erhielten auch die Ungarn auf ihre Supplikationsschrift Bescheid.[3]) Den Beschluß der ganzen Verhandlungen in Speier bildeten zwei Sonderabschiede.[4]) Der erste war der der Schmalkaldener; wie die hessischen Räte klagten, hätte er in aller Eile aufgesetzt werden müssen, da die Gesandten nach Schluß des Reichtages nur noch mit Mühe hätten zusammengehalten werden können. Abgesehen von der Mahnung, schon möglichst vor Beginn des nächsten Reichstages in Nürnberg zu erscheinen, um noch vorher alles nötige besprechen zu können, handelte es sich in ihm vor allem um die bevorstehende Visitation des Kammer-

[1]) Winckelmann III, 260, 264 und 266. Fr. A. Ges. an den Rat 12. April; als Beilagen die beiden Protestationen. Auch noch mehrere Stände, unter ihnen auch Hessen, protestierten in einzelnen Punkten gegen den Abschied, Ma. A. Räte an Philipp 15. April.

[2]) Winckelmann III, 266. Fr. A. Lamb an Holzhausen 17. April; als Beilagen Ferdinands Anerkennung der Protestation vom 12. April und Protestation der Städte bei der Siegelung außer Konstanz vom 13. April.

[3]) Die Antwort an die östr.-böhm. Stände im Fr. A. als Beilage zu Lambs Schreiben vom 17. April; die Antwort an die Ungarn vom 12. April in der „Schriftl. Handlung auf dem Reichstag zu Speier“.

[4]) Fr. A., beide Abschiede vom 14. April.

gerichtes. An der protestantischen Forderung seiner Neubesetzung hielt man im Prinzip fest und versprach es möglichst auf den Kreistagen und sonst zu fördern, daß die jetzigen Beisitzer entfernt und neue taugliche an ihrer Stelle ernannt würden. Gleichzeitig faßte man aber auch schon die Verhaltungsmaßregeln ins Auge, falls die Visitation entweder nicht auf Grund der Deklaration oder überhaupt nicht stattfinden würde.[1]) Der Abschied des Städtetages betraf die verheißene Vermittlung in dem Sessionsstreite auf dem künftigen Reichstage. Zu dem Zwecke sollten von den einzelnen Städten die in ihrem Besitze befindlichen alten Reichstagsakten nachgesehen, das für sie Günstige ausgezogen und es den ausschreibenden Städten bis zum 1. Juni zugeschickt werden, die es ihrerseits beraten und auf den Reichstag zur weiteren Verhandlung bringen lassen sollten.

Welche Bedeutung kommt nun diesem Reichstage zu? Für Ferdinand hatte er, allerdings erst nach vielen mühevollen Verhandlungen, die so nötige Unterstützung gebracht. Neu war, daß für diese Hilfe im Widerspruch mit vielen Reichsständen eine allgemeine Vermögenssteuer, der gemeine Pfennig, gewählt worden war; ob sie allerdings den gewünschten Erfolg haben würde, mußte erst die Zukunft lehren; bedenklich war es jedenfalls, daß sich schon jetzt die Städte, die doch gerade am meisten über die frühere Steuerart sich beklagt hatten und zum Teil selbst für die neue Form eingetreten waren, ihretwegen in einigen Punkten beschwert fühlten. Allerdings war dieser Erfolg für den König nur dadurch ermöglicht worden, daß er den Protestanten größere Zugeständnisse, als es seine ursprüngliche Absicht gewesen war, hatte machen müssen, und wenn ihm auch keine eigentlich neuen abgerungen worden waren, so reichte doch die Anerkennung und Verlängerung der Regensburger Deklaration völlig aus, um für Ferdinand den Erfolg nur zu einem Teilerfolg zu machen und in ihm die Freude über das Erreichte stark herabzumindern. Jedenfalls eins war klar. Von der Ausführung des eigentlichen Zieles der kaiserlichen Politik, dem Kriege gegen die Protestanten, führte dieser Reichs-

---

[1]) Vgl. auch Seckendorf S. 383, Häberlin 12, 345 und Mentz II, 320.

tag, rein äußerlich betrachtet, weiter denn je ab. Dringender denn je brauchte man die Hilfe der Protestanten, da außer dem drohenden neuen Türkenangriff auch von französischer Seite kriegerische Verwicklungen zu befürchten waren.[1]) Und doch setzte auch der Speirer Reichstag nur die Richtung seines Vorgängers fort. Grade die Hartnäckigkeit, welche die Protestanten dem König gegenüber auch in Speier bewiesen hatten, mußte ihn und durch ihn Karl in der Ansicht, die sich ihnen in Regensburg aufgedrängt hatte, nur bestärken, daß in der religiösen Frage keine andere Lösung übrig bliebe als mit den Waffen.[2])

Wie für den König brachte dieser Reichstag aber auch seinen Gegnern keinen vollen Erfolg. Gewiß, es war ihnen gelungen, dem Könige die weitere Gültigkeit der Deklaration abzuzwingen, wie Ferdinand selbst Verallo gegenüber erklärte, die Lage zwänge ihn, für jetzt die Augen zu schließen,[3]) aber dies Zugeständnis war doch nur ein persönliches, das außerdem noch durch die den Katholiken gegebene Erklärung über die Gültigkeit des Regensburger Abschiedes ohne die Deklaration stark an Wert verlor. Das nächste Ziel der Protestanten mußte vielmehr sein, nachdem sich die Unausführbarkeit der Naumburger Beschlüsse gleich am Anfang deutlich gezeigt hatte, die Deklaration, die bisher nur den Kaiser band, durch Aufnahme

---

[1]) Das Nähere bei Ranke IV, 175 f.

[2]) Direkte gleichzeitige Zeugnisse für diese Wirkung des Reichstages auf Ferdinand habe ich nicht gefunden, man müßte grade seine Äußerung zu Schenk, „man solle ihm keinen Handel anfahen, sonst würden sie alle zusammenplatzen,“ vgl. Schmidt VIII, 477, so deuten wollen. Aber das hieße der in momentaner Erregung getanen Äußerung doch wohl zuviel Wert beilegen, ohne ihr hiermit auch wieder gänzlich jede Bedeutung absprechen zu wollen. Viel wichtiger ist aber, daß Ferdinand dreiviertel Jahre später, nachdem inzwischen der Nürnberger Reichstag noch neue Schwierigkeiten für ihn gebracht hatte, persönlich mit Rücksicht auf die Reichstagsverhandlungen des verflossenen Jahres eine entsprechende Äußerung tat, vgl. weiter unten, und wenn sie sich naturgemäß auch in erster Linie auf die Beratungen des letzten Reichstages, des Nürnbergers, bezieht, wo ja ein großer Teil der Protestanten ihm die Hilfe sogar direkt verweigert hatte, so ist es doch klar, daß diese erregte Stimmung, deren schärfster Ausdruck eben jene Äußerung aus dem Anfang des Jahres 1543 ist, doch auch durch die langwierigen Speirer Verhandlungen mit hervorgerufen worden ist.

[3]) Pastor, Päpste V, 468.

in den Abschied zu einem allgemein gültigen Reichsgesetz zu erheben, das auch die katholischen Stände verpflichtete. Dies war ihnen aber durchaus mißglückt. Die Deklaration blieb auch fernerhin, wie es zutreffend der Kurfürst von Sachsen ausdrückte, ein Schwert, das man nicht gebrauchen dürfe.[1]) Der Grund dieses Mißerfolges war ein doppelter. In erster Linie lag er in der allgemeinen Notlage, die rücksichtslos auszunützen schließlich ihrer Ansicht nach doch nicht anging. Der Türke blieb auch für sie immer der Reichsfeind, dessen Bekämpfung das nationale Interesse erheischte. Dazu kam infolge der braunschweigischen Angelegenheit die Sonderstellung der beiden Häupter des Bundes, Sachsens und Hessens. Trotzdem wäre es falsch, die Bedeutung dieses Reichstages für die Protestanten zu unterschätzen. Es war doch immer noch ein Erfolg, den sie errungen hatten, und ihre Politik bewegte sich infolge der königlichen Anerkennung und Verlängerung der Deklaration wie auch der günstigen Bestimmungen über Frieden und Recht immer noch in aufsteigender Linie. Es kam nur darauf an, ob diese auch wirklich durchgeführt wurden, und vor allem, ob die verheißene Visitation auch tatsächlich stattfinden würde, und da war es doch schon bezeichnend, daß man sich, wie es deutlich der Speirer Bundesabschied zeigte, grade hiervon für die Zukunft nicht zuviel versprach.

3. Der Reichstag zu Nürnberg 1542.

Wie recht die Protestanten mit dieser Besorgnis hatten, sollte sich nur zu bald zeigen. Die zur Visitation bestimmten ständischen Kommissare hatten sich mit Ausnahme der Gesandten des Abtes von Kempten und des Grafen von Öttingen bereits in Speier eingefunden; da erhielten die sächsisch-hessischen Räte von ihren Herren am 21. Juni die Nachricht, daß der Kaiser die Visitation bis zu seiner persönlichen Ankunft im Reich aufgeschoben habe; als Grund gab er an, daß er von ihrer Vornahme nur größeren Zwist und weitere Spaltung unter den Ständen besorge.[2]) Und jetzt mußte der Kaiser doch vor allem darauf

[1]) Buchholtz V, 17.

[2]) Harpprecht, Staatsarchiv des kays. und des heil. Röm. Reiches Kammergerichts V, 144 f., v. Ompteda, Geschichte der vormaligen ordentlichen

bedacht sein, jeden weiteren Zwist im Reiche zu verhüten, nicht nur mit Rücksicht auf die Türkengefahr, sondern weil auch ein neuer Waffengang mit Frankreich drohte und die braunschweigische Angelegenheit sich schon beinahe zum offnen Kriege zugespitzt hatte. Im Grunde seines Herzens stimmte Ferdinand sicherlich seinem Bruder bei, aber um den Protestanten diese Absage möglichst zu versüßen, ließ er durch seinen Gesandten bei dem Kurfürsten von Sachsen erklären, daß er den Beginn der Visitation gern gesehen hätte; ebenso erbot er sich, falls sich Karls Ankunft wider Erwarten verzögern sollte, bei diesem es zu fördern, daß die Visitation sobald wie möglich stattfinde.[1]) Stand doch nicht nur der neue Reichstag vor der Tür, wo er die Hilfe der Protestanten nicht entbehren konnte, es war auch zu befürchten, daß diese auf Grund der von Ferdinand selbst ihnen erteilten Bestätigung der Deklaration das Kammergericht in allen Sachen fortan rekusieren und es überhaupt nicht mehr mit unterhalten würden. Dies war auch die Ansicht von Sachsen, Hessen und Würtemberg, die aber nicht den Beifall der städtischen Gesandten fand. Zu einer Protestation allerdings entschloß man sich, die am 23. Juni vor allen Visitatoren verlesen und dann am 25. Juni feierlichst in einer Urkunde aufgesetzt wurde, aber die vollkommene Rekusation wurde hier noch nicht ausgesprochen, sondern unter Protestation gegen den Aufschub der Visitation die fernere Unterhaltung des Kammergerichts abgelehnt. Bevor die Protestanten Speier verließen, beschlossen sie aber noch, daß alle ihre Stände bis zu Beginn des Reichstages über die Frage der Rekusation schlüssig werden und diese dann in Nürnberg erledigt werden sollte, wo der Wichtigkeit dieser Angelegenheit wegen Sachsen und Hessen persönlich erscheinen sollten.[2])

Kammergerichts-Visitationen S. 45 f.; Sattler, Geschichte des Herzogtums Würtemberg unter der Regierung der Herzogen III, 198 f.; Winckelmann III, 271; Küch I, 373; Mentz II, 321 f. Ba. A. Relation von Beulwitz und Meyersheimer nebst einzelnen Berichten und Beilagen.

[1]) Mentz II, 321. Ba. A. Ferdinands Instruktion für Schwarzenberg 2. Juli.

[2]) Mentz II, 322. Ba. A. Protestation vom 25. und Abschied vom 26. Juni. Neu. A. Bericht über die Ausführung der Protestation am 26. Juni.

Unter diesen Umständen waren die Aussichten für den Verlauf des Reichstages von Anfang an für Ferdinand nicht allzu günstig. Dazu hatten sich die Aufgaben, die auf dieser Versammlung der Erledigung harrten, noch stark erweitert. Ursprünglich waren ihr nur die in Speier nicht erledigten Sachen überwiesen worden, aber die vielen Mängel, die sich bei der Ausführung der zu Speier beschlossenen Hilfe zeigten, nötigten den König, mit neuen Forderungen an die Stände heranzutreten; hatten doch sogar einzelne Kreise überhaupt noch garnichts geleistet, obwohl die Nachrichten von den türkischen Rüstungen immer bedrohlicher lauteten, so daß Ferdinand sich genötigt gesehen hatte, aus seiner eigenen Tasche 30000 Gulden zur Unterhaltung der Truppen vorzuschießen.[1]) Um seinen Wünschen mehr Nachdruck zu verleihen, entschloß er sich, persönlich nach Nürnberg zu reisen,[2]) zumal da Karl noch in Spanien weilte. Als seine Vertreter bestimmte der letztere den Pfalzgrafen Friedrich, den Bischof Christoph von Augusburg, den Grafen Hugo von Montfort, den Grafen Friedrich zu Fürstenberg und seinen Vicekanzler Naves.[3])

Auch dieser Reichstag fing wie die vorigen nicht pünktlich an. Am Eröffnungstermine, dem 13. Juli, war weder von den Kommissarien noch den Ständen persönlich jemand anwesend; nur wenige Gesandte waren erschienen.[4]) An Stelle Ferdinands, der seine Ankunft in Nürnberg erst zum 20. Juli ermöglichen konnte, war Madruzzo anwesend; auf dessen Ersuchen erschien als erster Kommissar der Pfalzgraf Friedrich, mit dem man

[1]) Am. A. Ferdinand an Pfalzgraf Friedrich 2. Juli.

[2]) State Papers IX, 88.

[3]) Am. A. und M. R. A. Karl an Pfalzgraf Friedrich 7. Mai. Am. A. Vollmacht Karls für alle Kommissare 7. Mai. Ferdinand an Pfalzgraf Friedrich 2. Juli. M. R. A. Karl an Christoph von Augsburg 7. Mai. Ferdinand an dens. 14. Juni. Als der Augsburger anderer Angelegenheiten halber erst später kommen wollte, forderte Ferdinand ihn noch einmal auf, unverzüglich in Nürnberg zu erscheinen. M. R. A. Christoph an Ferdinand, ebenso an Montfort, Fürstenberg und Naves, 26. Juni und Ferdinand an Christoph 8. Juli. Die Instruktion für die Kommissare gab Ferdinand selbst; sie beschäftigt sich in erster Linie mit dem Hauptartikel der Türkenhilfe. Am. und M. R. A. 2. Juli. Im Am. A. auch noch ein Auszug der Hauptpunkte.

[4]) Nü. A. Protokoll.

übrigens auf kaiserlicher Seite hier mehr zufrieden war als in Speier, wo man ihn französischer Zuneigung für verdächtig gehalten hatte;[1]) dieser hielt es zusammen mit Madruzzo, da die Zahl der anwesenden Gesandten auch in den nächsten Tagen immer noch sehr gering blieb, für geraten, mit der Eröffnung des Reichstages bis zu Ferdinands Ankunft zu warten.[2]) Für den König war seine Stellung zu den Protestanten durch den inzwischen erfolgten Ausbruch der offenen Feindseligkeiten gegen den Braunschweiger[3]) noch schwieriger und verwickelter geworden als schon vorher durch die Verschiebung der Visitation. Von einem scharfen Vorgehen gegen sie konnte jetzt noch weniger die Rede sein, wie er auch schon vorher den Kommissaren empfohlen hatte, die Protestanten zu ersuchen, sich durch den Aufschub der Suspension nicht beschwert zu fühlen, sondern Karls Ankunft geduldig zu erwarten; sollten diese durch jene Erklärung nicht zufriedengestellt sein, hatten sie diese Angelegenheit bis zu seiner Ankunft aufzuschieben und die Protestanten zu bitten, inzwischen mit den Hauptartikeln fortzufahren. Von demselben Gesichtspunkte war auch sein Verhalten zu den andern Gegnern von Speier her, den Städten, diktiert. In gleicher Weise hatte er den Kommissaren empfohlen, um einen neuen Ausbruch des Streites zwischen den Fürsten und Städten vorzubeugen, von allen Ständen zur Beratung der Reichstagsangelegenheiten einen gemeinsamen Ausschuß machen zu lassen, in dem auch die Städte vertreten seien; auch hier empfahl er ihnen, wenn die Städte um sofortige Erledigung ihrer Beschwerden anhielten, Vertagung dieser Frage bis zu seinem Erscheinen.[4]) Trotzdem konnte Ferdinand selbst es nicht verhindern, daß einen Tag nach seiner Ankunft, noch vor der offiziellen Eröffnung des Reichstages, als der König die braunschweigische Angelegenheit mit den bereits erschienenen Ständen beriet, der Zwist zwischen Fürsten und Städten von neuem

[1]) Br. A. Granvella an Maria 19. Dezember 1542.

[2]) Am. A. Ferdinand an Friedrich 2. Juli; Madruzzo an Friedrich 13. Juli; Friedrich an Madruzzo 15. Juli; Friedrich an Ferdinand 18. Juli. Au. A. Rat zu Nürnberg an den zu Augsburg 12. Juli. Vgl. auch Leodius S. 248 f.

[3]) Mentz II, 326.

[4]) Am. A. Instruktion Ferdinands für die Kommissare 2. Juli.

aufflackerte, obwohl von den letzteren nur die Vertreter von Nürnberg zugegen waren. Als diese bei Beginn der Verhandlungen nicht sofort abtraten, sondern an ihnen teilnehmen zu wollen schienen, wurden sie von dem Reichsmarschall aufgefordert, das Beratungszimmer zu verlassen. Sofort berichteten sie diesen Vorfall dem Nürnberger Rat, der ihnen befahl, falls die Fürsten sie wieder wie in Speier zur bloßen Annahme des von ihnen Beschlossenen nötigen wollten, sich in nichts einzulassen,[1]) für den König jedenfalls ein übler Anfang. Dazu kamen die Stände wieder so langsam an, daß er mit der Eröffnung des Reichstages noch warten mußte, ganz gegen seinen Willen, da, wie er erfahren hatte, der Sultan persönlich mit einem gewaltigen Heere im Anzuge sei.[2])

Obwohl auch am 24. Juli von den Fürsten persönlich nur Pfalzgraf Friedrich und die Bischöfe von Bamberg und Trient nebst einigen chur- und fürstlichen Räten anwesend, die Städte aber außer Nürnberg überhaupt noch nicht vertreten waren, entschloß sich der König doch mit Rücksicht auf die Gefahr, daß das Reichsheer womöglich aus Mangel an Besoldung verlaufe, doch an diesem Tage die Proposition verlesen zu lassen.[3]) Sie befaßte sich fast ausschließlich mit der Hilfe gegen die Türken. Unter Hinweis auf die Tatsache, daß von der zu Speier bewilligten Hilfe noch fast die Hälfte fehle, forderte Ferdinand zunächst die Erledigung aller dieser Mängel und die Aufbringung des hierzu nötigen Geldes. Ferner verlangte er, da der Türke noch in diesem Jahre mit einem starken Heere in Ungarn einzufallen drohe, die sofortige Beratung des „gewaltigen Zuzugs", wie er bereits in Speier in Betracht gezogen worden war. Schließlich sollten die Stände darüber schlüssig werden, wie das Kriegsvolk während des Winters zu unterhalten sei. Erst nach Erledigung dieser Punkte versprach der König

[1]) Nü. A. Prot. vom 21. Juli.

[2]) Ba. A. Rechenberg an Georg von Brandenburg 26. und 29. Juli.

[3]) Traut S. 62 f.; Mentz II, 330; Janssen III, 523; Winckelmann III, 292 f.; W. A. Prot. vom 24. Juli; Br. A. Naves an Maria 3. August. Naves kam erst am 1. August in Nürnberg an, im Juli weilte er in Speier, wie seine Briefe im Br. A. vom 6., 13., 16. und 28. Juli zeigen. Die Proposition im Fr. A., wo auch ein Bericht der Frankfurter Gesandten über sie vom 9. August vorhanden ist.

auch die Erörtung der Fragen, die bereits von Regensburg her noch immer unerledigt waren, wie der Ordnung der Münze und der Polizei. Die Visitation des Kammergerichts erwähnte bezeichnenderweise die Proposition garnicht.

Im großen und ganzen war die Stimmung im Kurfürsten- und Fürstenrat für Ferdinand nicht ungünstig. Im letzteren, wo die Beratungen bereits einen Tag nach der Proposition begannen, waren es nur Hessen und Würtemberg, die gegen die durch den Zuzug bedingte neue Anlage Widerspruch erhoben; die große Mehrheit war unter der Führung Bayerns für die Bewilligung.[1]) Nicht so einfach gestalteten sich die Verhandlungen im Kurfürstenrat. Zunächst verzögerte sich noch die Beratung, da nur erst die brandenburgischen und sächsischen Räte anwesend waren; erst mit der Ankunft der Mainzischen Gesandten am 28. Juli setzen hier die Verhandlungen ein.[2]) Unbedingt auf Ferdinands Seite trat nur Brandenburg, die vier übrigen, Mainz, Sachsen, Cöln und Pfalz, von denen die beiden letzten inzwischen auch angelangt waren,[3]) wollten nur vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Herren die neue Steuer bewilligen.[4]) So dauerten die Beratungen bis zum 2. August, wo man sich in den beiden Kollegien durch einen Mehrheitsbeschluß über eine gemeinsame Antwort an Ferdinand schlüssig machte, wohl mit unter dem Eindruck der schlimmen Nachrichten, die am Tage vorher in Nürnberg eingetroffen waren, nämlich daß Cleve mit Frankreich zusammen über Burgund und Sachsen nebst Hessen über Braunschweig hergefallen seien.[5]) Allerdings schränkten sie Ferdinands Forderung ein; er hatte den unbedingten Zuzug aller Kreise verlangt, sie erklärten sich dagegen nur bereit, infolge der drohenden

[1]) Traut S. 64; Winckelmann III, 299; M. St. A. Stockhammer an Wilhelm 29. Juli, dgl. an Ludwig 5. September; St. A. Räte an Ulrich 11. August; W. A. Prot. vom 25. Juli.

[2]) M. St. A. Stockhammer an Ludwig 5. September; W. A. Prot. vom 28. Juli.

[3]) C. A. Ges. an den Rat 20. August. Danach trafen die Trierschen Räte erst kurz vor Schluß des Reichstages, am 20. August, ein.

[4]) Winckelmann III, 299; St. A. Räte an Ulrich 11. August; Ma. A. Räte an Philipp 13. August. Trauts Ansicht S. 64 ist auf Grund dieser Akten unhaltbar.

[5]) May, Albrecht II, 387; W. A. Prot. vom 1. August.

Gefahr die fünf anstoßenden Kreise, Franken, Bayern, Schwaben, Ober- und Niedersachsen, mit der Hälfte der ursprünglichen Anlage zu Roß und zu Fuß aufbieten zu lassen; zu ihrer Unterhaltung sollte eine neue Vermögenssteuer auferlegt werden, die bis zum 1. Dezember aufzubringen sei. Schließlich verlangten sie noch eine Rechnungsablegung der Kreiseinnehmer über das bisher eingekommene Geld, damit danach die neue Anlage möglichst gleichmäßig verteilt werde; bis zu dem Eintreffen dieser Berichte sollten die andern Punkte erledigt werden.[1])

Mit dieser Antwort konnte der König in der Tat, wie Naves berichtete, ziemlich zufrieden sein,[2]) aber dies Gefühl der Befriedigung wurde durch den wieder erfolgten neuen Ausbruch des Streites zwischen Fürsten und Städten reichlich getrübt. Bevor die Fürsten ihre Antwort dem König übergaben, hatten sie diese den Städten mitteilen lassen, die immer noch in geringer Zahl — außer Nürnberg nur noch Regensburg, Augsburg, Straßburg, Ulm, Weißenburg und Rottweil — vertreten waren. Ihr Verlangen um Bedenkzeit wurde mit der Begründung, daß die Schrift noch an demselben Tage dem Könige zugestellt werden solle, schroff abgewiesen. Vergebens versuchte Ferdinand noch am gleichen Tage eine gütliche Vermittlung; der Versuch mißglückte wie ein neuer vom nächsten Tage, die Städte unter Hinweis auf die dringende Not zur vorläufigen Beilegung des Zwistes bis zur Ankunft Karls zu veranlassen. Die Städte blieben fest und übergaben dem Könige besonders ihr Bedenken. Im Gegensatz zu den Fürsten verhielten sie sich seinen Wünschen gegenüber ablehnend; sie erklärten, weder in eine neue Hilfe noch Anlage ohne Bescheid ihrer Herren willigen zu können, und verlangten, daß man erst abwarte, bis die Speirer Anlage völlig eingelaufen und „verglichen“ sei; das Ergebnis hiervon werde dann eine neue überhaupt unnötig machen.[3]) Hierdurch war die Lage für den König, soweit die Städte in Betracht kommen, die gleiche wie in Speier; auch hier sonderten sie sich ab,

---

[1]) Traut S. 62 f. Fr. A. Antwort vom 2. August.

[2]) Br. A. Naves an Maria 3. August.

[3]) Traut S. 65; Winckelmann III, 292 f.; Au. A. Ges. an den Rat 2. August; Fr. A. Ges. an den Rat 9. August; ebenda die Schrift der Städte vom 4. August; Nü. A. Prot. vom 2.—4. August.

nicht nur weil sie sich durch die Fürsten zurückgesetzt glaubten, sondern auch, weil ihnen die neue finanzielle Belastung nicht zusagte, ein Standpunkt, von dem sie auch Ferdinand durch abermalige Verhandlungen am 5. August nicht abzubringen vermochte.[1])

Um so mehr bemühte sich dieser, da die Städte vorläufig ihre Mitwirkung bei der Unterstützung versagten, diese Angelegenheit so schnell wie möglich mit den Fürsten zu erledigen, in der Hoffnung, die Städte in der Zwischenzeit wie in Speier noch für die Bewilligung gewinnen zu können.[2]) Daher vermied er es, um zunächst Weiterungen mit den Fürsten zu vermeiden, in seiner Erwiderung auf ihre abweichenden Ansichten über die Leistung des Zuzugs einzugehen; mit Befriedigung stellte er vielmehr ihre Bereitwilligkeit zur Leistung der neuen Anlage fest, die für ihn in seiner Not die Hauptsache war. Da aber ihre Erhebung durch den Wunsch der Fürsten, erst hier die Rechnungsablegung und Vergleichung vorzunehmen, verzögert werden mußte, so trat er ihnen in diesem Punkte entgegen. Ihren Vorschlag, bis zum Eintreffen der Berichte der Kreiseinnehmer die andern unerledigten Punkte zu beraten, wies er als zu langwierig zurück; vielmehr sollten diese Fragen abermals, zum dritten Male, einem neuen Reichstag vorbehalten bleiben, während nach der Bewilligung der Hilfe für die „Vergleichung der Kreistruhen“ hier ein Ausschuß gebildet werden sollte, der dann an einem näher zu bestimmenden Orte diese vornehmen sollte.[3]) Grade dadurch aber, daß hier diese Vergleichung nicht stattfinden sollte, bestärkte er die Städte in ihrem Widerstande, da grade diese auf Grund ihrer Instruktionen von Anfang an die Bewilligung einer neuen Anlage hiervon abhängig gemacht hatten.[4]) Es schien die Besorgnis, daß auf diesem Reichstage nicht viel Ersprießliches ausgerichtet werden würde und Ferdinand nicht so bald, wie er wünsche, werde abreisen können, nicht unbegründet.[5]) War doch die Erbitterung

---

[1]) Nü. A. Prot. vom 5. August.

[2]) Fr. A. Ges. an den Rat 9. August.

[3]) Fr. A. Ferdinands Antwort vom 6. August.

[4]) Nü. A. Prot. vom 3. August.

[5]) Ba. A. Rechenberg an Heller 3. August; Au. A. Ges. an den Rat 7. August; Me. A. Funck an den Rat 13. August.

auf seiten der Städte bereits so groß, daß sie, als man sie am 6. August in den Reichsrat erforderte, um Ferdinands Erwiderung mit anzuhören, erklärten, diese ganze Schrift ginge sie nichts an, weil sie ohne ihr Mitwirken zustande gekommen sei.[1])

Unter diesen Umständen war es für den König ein Glück, daß im Gegensatz zu Speier die Protestanten hier sich während der ganzen Dauer der Verhandlungen nicht absonderten. Zwar ermahnten die sächsischen Räte am 7. August die Schmalkaldener, alle wieder für einen Mann zu stehen und die neue Hilfe ohne vorherige Bewilligung eines genügenden Friedens und der Reformation des Kammergerichts nicht zu bewilligen,[2]) aber grade dadurch, daß sich bereits die Räte der protestantischen Fürsten in die Beratung der Hilfe mit eingelassen hatten, zeigte es sich doch, daß diesmal von ihnen kaum ernstliche Schwierigkeiten zu befürchten schienen, jedenfalls nicht derartige, daß sie sich wieder von den Katholiken trennten und ihnen als geschlossene Partei gegenüber traten.[3]) Der Grund lag wohl einmal darin, daß sie in Speier doch für längere Zeit genügend versichert schienen und von Ferdinand auch hier nicht mehr zu erlangen hoffen konnten. Ferner konnte es mit Rücksicht auf den Braunschweigischen Feldzug unmöglich im Interesse von Sachsen und Hessen liegen, den König durch offene Absonderung noch mehr gegen sich zu erbittern, zumal beide bereits aus finanziellen Gründen in ihren Räten gegen die Bewilligung der Hilfe hatten Einspruch erheben lassen. Daher wollte es auch nicht viel besagen, daß man am 13. August sich entschloß, nach dem Wunsche der sächsisch-hessischen, würtembergischen, markgräflich-brandenburgischen und straßburgischen Vertreter in nähere Erörterungen über die beiden Punkte Friedens und Rechtens und vor allem über die Visitation

[1]) Au. A. Ges. an den Rat 7. August.

[2]) Au. A. Ges. an den Rat 7. August.

[3]) Auch hier wie in Speier war die gemeinsame Beratung durchaus gegen den Willen Sachsens, der ursprünglich die Notlage Ferdinands nach Kräften wieder ausnutzen wollte, der aber schließlich auch infolge des Braunschweigischen Krieges zu größerem Entgegenkommen geneigt war, vgl. Mentz II, 320 f.

und Reformation des Kammergerichtes zu treten.[1]) Alle diese Bemühungen mußten jedoch erfolglos bleiben, solange man sich nicht zu energischem Vorgehen entschloß, und dazu war man hier nicht geneigt, auch mit aus dem Grunde, weil, wie es sich schon in Speier im Juni bei der mißglückten Kammergerichtsvisitation gezeigt hatte, die meisten Städte auch jezt noch im Falle der Ablehnung ihrer Forderungen für das äußerste Mittel, die völlige Rekusation des Kammergerichts, nicht zu haben waren. Man begnügte sich daher, als am 16. August die Angelegenheit zur Beratung stand, nur im Sinne der Städte um Visitation und Reformation des Kammergerichtes anhalten zu wollen. So fiel die Anfrage auch recht zahm aus; es war wesentlich eine Wiederholung ihres Speirer Beschlusses vom Juni,[2]) in dem sie sich über den Aufschub der Visitation beschwerten und das Kammergericht nicht mehr unterhalten wollten, und ebenso zahm fiel, als von Ferdinand keine Antwort eintraf, eine abermalige Anfrage am 22. August durch den sächsischen Rat von der Tann an die Reichsstände aus.[3]) Auch das Verhalten der Protestanten bei der Werbung der päpstlichen Legaten für das auf den 1. November zu Trient festgesetzte Konzil bewies ihre versöhnlichere Haltung. Die Protestanten hörten sie ruhig an, „allein Ferdinand zu Ehren und Gefallen", und verließen dann erst den Sitzungsraum; ebenso entsprachen sie Ferdinands Bitte, der befürchtete, sie würden sofort eine Protestation erheben, und ihnen deshalb den Mainzischen Kanzler nachschickte, und enthielten sich zunächst einer sofortigen Ablehnung des Konzils, ohne ihn allerdings in Zweifel darüber zu lassen, daß sie am Ende des Reichstages oder bei Beantwortung der päpstlichen Werbung ihre Speirer Protestation wiederholen würden.[4])

---

[1]) Ma. A. Räte an Philipp nebst Zettel 13. August; Ba. A. Rechenberg an Georg 13. August; Au. A. Ges. an den Rat 15. August; St. A. Räte an Ulrich 16. August.

[2]) Vgl. oben S. . . .

[3]) Ma. A. Prot. vom 16. August. Fr. A. Protestation der Protestanten vom 20. August als Beilage zu Holzhausens Relation, lectum 7. September. Au. A. Ges. an den Rat 22. August. Eine Antwort hierauf habe ich nicht gefunden; vielleicht ist sie mit Rücksicht auf den bevorstehenden Reichsabschied, in dem dieser Punkt auch erwähnt wird, gar nicht mehr erfolgt.

[4]) Korte, Konzilspolitik S. 58; Pastor, Päpste V, 470; State Papers.

Inzwischen hatten sich die Kur- und Fürsten über ihre Entgegnung auf Ferdinands Antwort schlüssig gemacht. Allerdings, die Schwierigkeiten seitens der kurfürstlichen Räte waren noch keineswegs behoben. Nach wie vor blieb der Brandenburger der einzige, der bedingungslos die neue Anlage bewilligte. Cöln, Mainz, Pfalz und Sachsen blieben bei ihrem teils versteckten, teils offenen Widerstande, woran auch Ferdinands Sonderverhandlungen nichts zu ändern vermochten. Auch im Fürstenrat hatte sich der Widerstand gegen die neue Anlage vermehrt. Zu Hessen und Würtemberg waren noch andere Stände hinzugekommen. Trotzdem war immer noch eine Mehrheit für Ferdinand unter Bayerns Führung vorhanden, die, wie die hessischen Räte sich beschwerten, die Verhandlungen fortführte und Ferdinand ein weiteres Bedenken übergab.[1]) Aber auch sie trat in einem Punkte Ferdinand entgegen. Mit seinem Vorschlage, die unerledigten Punkte und die Vergleichung der Kreistruhen zu verschieben, war sie nicht einverstanden. Zwar hatte sie schon wie in ihrer ersten Antwort gegen seine baldige Abreise mit Rücksicht auf die Türkengefahr auch jetzt nichts einzuwenden, sie bestand aber darauf, daß die Berichte der Kreiseinnehmer noch hier verlesen und ebenso alle übrigen Angelegenheiten durch einen oder mehrere seiner Kommissare noch hier erledigt würden.

Jedoch erwiderte der König, den Reichstag so schnell wie möglich beenden zu müssen, da die drohende Lage seine An-

IX, 134; Voigt, Briefwechsel S. 176 f.; Winckelmann III, 306; Au. A. Ges. an den Rat 15. August; dazu als Beilage ein Bericht über die Verhandlung am 13. August; Ma. A. Räte an Philipp 17. August; St. A. Räte an Ulrich 26. August.

[1]) Ma. A. Prot. vom 10. August; Räte an Philipp 13. und 17. August; Au. A. Ges. an den Rat 12. und 15. August; St. A. Räte an Ulrich 16. August; W. A. Prot. vom 9. August; Fr. A. Antwort vom 11. August. Nach dem hessischen Bericht vom 17. August waren im Fürstenrat gegen die neue Anlage Cleve, Wütemberg, Hessen, Konstanz, Brandenburg und die Grafen, nach dem augsburgischen vom 15. Würzburg, Hessen, Augsburg und andere mehr. Von den Kurfürsten erklärten sich in dieser Frage Sachsen und Mainz als offene Gegner der neuen Steuer, vgl. Mentz II, 330 f. und das Schreiben der würtembergischen Räte vom 16. August, wo sie melden, daß von den Kurfürsten sich nur Cöln und Pfalz über die neue Anlage noch nicht erklärt hätten.

wesenheit in seinen Erblanden dringend nötig mache.[1]) Er unterließ nicht hervorzuheben, daß er mit den Ständen in dem Hauptpunkte der Hilfe einig sei. Um ihnen aber auch in dem strittigen Punkte sein Entgegenkommen zu zeigen, machte er ihnen den Vorschlag, einen Auschuß zur Vergleichung der Anlagen zurückzulassen, der an die Kreiseinnehmer schreiben und die Rechnungen einfordern solle; die endgültige Vergleichung und die Erledigung aller übrigen Punkte behielt er einem neuen Reichstage vor. Der Gewalt seiner Gründe konnten die Fürsten sich nicht entziehen; am 14. August ließen sie den Städten anzeigen, daß am 15. November ein neuer Reichstag, zu dessen Anfang die Kreiseinnehmer gleich die Rechnungen vorlegen sollten, zu Speier, Worms, Frankfurt oder Cöln zur Erledigung aller übrigen Angelegenheiten stattfinden solle.[2])

So schien Mitte August die Lage im großen und ganzen für Ferdinand so günstig, daß Naves schon mit der Möglichkeit der Abreise in drei bis vier Tagen rechnete.[3]) Nur eine Schwierigkeit blieb für den König noch zu überwinden, die allerdings, wie es sich bereits in Speier gezeigt hatte, nicht zu unterschätzen war, der Widerstand der Städte. Entschieden hatten sich im Vergleich zu Speier die Aussichten auf eine gütliche Lösung dieser Streitfrage verschlechtert. Einmal war hier von Anfang an die Stimmung auf Seiten der Städte gegen die Fürsten gereizter. Deutlich zeigte sich dies vor allem in den Worten, die Sturm auf die Ankündigung eines neuen Reichstages dem Mainzischen Kanzler entgegenhielt. In der schärfsten Weise protestierte er gegen diesen Beschluß, da er in ihm nur den Beginn der Zerrüttung und Zertrennung des Kriegsvolkes in Ungarn sah; „wollte Gott," so schloß er, „daß ich ein falscher Prophet bin".[4]) Ebenso hielt man auf städtischer Seite mit der Befürchtung nicht zurück, daß die Fürsten die Städte unterjochen wollten.[5]) Dazu kam,

---

[1]) Au. A. Ferdinands Antwort in der Beilage vom 13. August zum Augsburger Schreiben vom 15. August; Fr. A. Lamb an den Rat zu Speier 14. August.

[2]) Nü. A. Prot. vom 14. August; Au. A. Ges. an den Rat 5. August.

[3]) Br. A. Naves an Maria 14. August.

[4]) Nü. A. Prot. vom 14. August.

[5]) Winckelmann III, 303.

daß die Städte, wie erwähnt, von Anfang an in der entschiedensten Weise gegen die neue Besteuerung Stellung genommen hatten. Um so mehr versuchte Ferdinand sein möglichstes bei den Städten. Am 16. August wandte er sich von neuem an sie mit der Bitte, die Hilfe zu bewilligen. Die Städte beharrten aber am 17. August in ihrer ablehnenden Haltung.[1]) Noch am selben Tage versuchte er alsbald, durch besondere Verhandlungen mit ihren hervorragendsten Vertretern, Cöln, Straßburg, Augsburg, Nürnberg und Ulm, sie durch besondere Zusicherungen wenigstens zur Unterhaltung des Kriegsvolkes bis zum nächsten Reichstage zu bewegen. Obwohl die drei letzten, namentlich Nürnberg, sich seinen Vorschlägen gegenüber zunächst nicht ganz ablehnend verhielten, überwog doch schließlich auch bei ihnen das Gefühl der Zusammengehörigkeit, und einstimmig lehnten sie am 19. August des Königs Bitte entschlossen ab.[2])

So hatte sich für den König die Lage wieder verschlechtert: die kurbrandenburgischen Räte hatten Recht, als sie im Gegensatz zu Naves' Optimismus bereits am 14. August meldeten, sie könnten zurzeit ein Ende des Reichstages nicht absehen, da sich alle Sachen etwas seltsam zutrügen.[3]) Bedenklicher wurde für ihn der Widerstand der Städte gegen die Hilfe noch dadurch, daß doch auch ein nicht unerheblicher Teil ihrer Gegner, der Fürsten, in diesem Punkte sie unterstützte, und während gerade jetzt Nachrichten von Karl an die Stände eintrafen, in denen er sich bitter über Frankreich und Cleve beklagte, die ihm eine energische Unterstützung Ferdinands gegen die Türken unmöglich machten, kamen gleichzeitig aus Ungarn immer neue Bitten des Brandenburgers um Geld, da sonst das Kriegsvolk verlaufen würde.[4]) Für den König war es aber von Anfang an das wichtigste, Mittel zur Fortführung der kriegerischen Operationen zu erlangen, wie es bereits am 31. Juli der Rat

[1]) Nü. A. Prot. vom 16. und 17. August; Fr. A. Ges. an den Rat 20. August, als Beilage Antwort der Städte vom 17. August.

[2]) Winckelmann III, 305, A. 5; Nü. A. Prot. vom 17.—19. August; Ma. A. Räte an Philipp 17. August; Fr. A. Ges. an den Rat 20. August; C. A. Ges. an den Rat 20. August.

[3]) Be. A. Räte an Brandenburg 14. August Nachschr.

[4]) State Papers IX, 134; Ma. A. Räte an Philipp 17. August; Fr. A. Ges. an den Rat 20. August.

des Markgrafen Georg von Brandenburg richtig erkannt hatte, wenn er berichtete, Ferdinand werde von hier ohne Geld nicht verrücken, es sei die Not so groß, wie sie sein wolle.[1]) Ebenso kurz und bündig meldeten in diesen Tagen die Cölner Gesandten ihren Herrn: „Man ruft Geld, Geld, Geld“.[2]) Um wenigstens dies Ziel ungeschmälert zu erreichen und um die noch Widerspenstigen unter den Ständen für sich zu gewinnen, entschloß sich jetzt Ferdinand seinerseits, einen weiteren Schritt entgegenzukommen. Ausdrücklich ließ er am 21. August allen Ständen erklären, daß er, so wie sie es ja selbst gewünscht hatten, auf den unbedingten Zuzug aller Kreise verzichte, ihn vielmehr nur noch für den Notfall und von den fünf anstoßenden mit der Hälfte des Kriegsvolks verlange. Dagegen bestand er auf der Bewilligung der neuen Anlage, aber auch hier machte er ein Zugeständnis; ursprünglich war als Termin für sie der 1. Dezember bestimmt worden, jetzt verschob er dessen Festsetzung auf den nächsten Reichstag, nachdem zuvor alle Kreistruhen verglichen wären. Als Ersatz für den dadurch entstandenen Ausfall kam er auf den Vorschlag zurück, den er kurz vorher den fünf Städten gemacht hatte, jeder Stand solle bis zum nächsten Reichstag sein Kriegsvolk selbst unterhalten. Zum Schluß begehrte er, man solle jetzt die Abfassung des Abschiedes beraten.[3])

Da jetzt die meisten unter den Kurfürsten und Fürsten sich mit Rücksicht auf die Lage in Ungarn, wo die weitere Besoldung des Kriegsvolkes dringend nötig war, mit diesem Vorschlage einverstanden erklärten, konnte man endlich Ferdinands Wunsch hinsichtlich des Abschiedes nähertreten. Sofort beschlossen die Fürsten, einen Auschuß hierfür einzusetzen. Am folgenden Tage, dem 22. August, teilten sie diese Absicht bereits den Städten mit und baten sie, auch ihrerseits Abgesandte dazu zu verordnen.[4]) Um äußerlich ihren guten Willen zu zeigen,

[1]) Ba. A. Rechenberg an Georg 31. Juli.

[2]) C. A. Ges. an den Rat 24. August. Vgl. auch Voigt, Briefwechsel S. 562 f.

[3]) Winckelmann III, 304 f. und 307. St. A. Räte an Ulrich 26. August und Prot. vom 21. August. Über die Einschränkung des Zuzuges vgl. auch Mentz II, 331.

[4]) Nü. A. Prot. vom 22. August.

schickten diese am nächsten Tage Sturm und Holzschuher in die Reichsversammlung, aber nur mit einer Protestation, daß sie durch ihr Erscheinen nicht etwa die Ansprüche der Fürsten anerkannten, sondern an ihrer Forderung, selbständig mitzuberaten, unverbrüchlich festhielten.[1]) Hier wurde ein Konzept des Abschiedes verlesen, ohne daß es jedoch bereits zu einem Beschluß kam. Die Städte blieben, obwohl der König wie vorher schon mit Straßburg,[2]) so jetzt wieder besonders mit Nürnberg, Augsburg und Ulm unterhandelte, bei ihrer ablehnenden Haltung, und einmütig beschlossen sie am 24. August trotz eines erneuten Vermittlungsversuches des Königs, gegen den Abschied zu protestieren, wie es der Rat von Augsburg schon am 17. August für nötig angesehen hatte. Noch am 24. August wurde dem Städteausschuß befohlen, die von dem Frankfurter Gesandten Dr. Lamb verfaßte Protestation anzuhören und zu beraten.[3]) Während so die Städte wieder ihre besonderen Wege gingen, wurde an dem gleichen Tage abermals das Konzept des Abschiedes vor den Fürsten verlesen und seine endgültige Fassung festgestellt.[4]) Der nächste Tag brachte die letzten Verhandlungen des Königs mit den Städten; er verlangte jetzt energisch unter Hinweis darauf, daß sie durch ihren Widerstand sonst die Expedition „zerrütten" würden, von ihnen wenigstens das Zugeständnis, daß sie, wenn nicht den Abschied, so doch wenigstens die Unterhaltung des Kriegsvolkes bis zum nächsten Reichstage bewilligen sollten; jedoch es war vergebens.[5])

Am 26. August wurde dann der Reichstag geschlossen. Bereits früh um 6 Uhr hatten sich die Städte versammelt, um

---

[1]) Winckelmann III, 306; Nü.-A. Protestation vom 23. August; C. A. Ges. an den Rat 24. August.

[2]) Winckelmann III, 305.

[3]) Winckelmann III, 307; W. A. Prot. vom 23. August; Nü. A. Prot. vom 23. und 24. August; Au. A. Ges. an den Rat 22. August nebst Nachschrift vom 23., Rat von Augsburg an die Ges. 17. August; Fr. A. Holzhausens Relation vom 7. September.

[4]) Ma. A. und W. A. Prot. vom 24. August.

[5]) Winckelmann III, 308; Nü. A. Prot. vom 25. August; Fr. A. Holzhausens Relation vom 7. September. Ferdinands Verhandlungen mit den Städten am 25. August werden im Städteabschied vom 28. August erwähnt. vgl. Nü. und Fr. A.

von dem Ausschuß noch einmal die verbesserte Form ihrer beabsichtigten Protestation zu hören. Um 7 Uhr begann dann in der allgemeinen Reichsversammlung die Verlesung des Abschiedes. Noch bevor sie ganz vollendet war, eilte Ferdinand hinaus, so daß die Protestationen nicht mehr vor ihm stattfinden konnten, die der Städte durch Sturm, auch einiger fürstlicher Räte wie der trierischen, sächsischen, hessischen, clevischen und lüneburgischen, endlich der rheinischen Kreisstände. Die Protestanten kamen ebenfalls noch, allerdings nur mit der bereits angekündigten Protestation gegen das Konzil, die sich auf eine Wiederholung der in Speier abgegebenen beschränkte.[1]) Ferdinand war indes bereits um 11 Uhr vormittags abgereist, nicht ohne noch vorher einen letzten Versuch gemacht zu haben, das, was er bei den Städtegesandten nicht hatte erreichen können, durch direkte Verhandlungen mit den Städten selbst zu erlangen. Im Gegensatz zu den milden Tönen, die er vorher in seinen Verhandlungen mit ihren Vertretern angewandt hatte, schlug er diesmal energischere an. Im Eingang seines Schreibens wies er auf die Not des Reiches hin, die es unbedingt erfordere, daß der Reichsabschied von allen Ständen gehalten werde und daß es bisher im Reiche unerhört gewesen sei, daß von dem, was von der Mehrheit der Stände beschlossen worden sei, sich jemand absondere. Demnach befahl er ihnen ernstlich in Karls Namen und begehrte es gnädiglich in seinem, das Kriegsvolk dem Abschied entsprechend zu unterhalten, damit ihr Ungehorsam nicht das begonnene christliche Werk zerrütte. Zum Schluß stellte er ihnen als Belohnung für ihre Unterstützung auf dem nächsten Reichstage, den der Kaiser sicherlich persönlich besuchen werde, seine Vermittlung in dem Streite mit den Fürsten und die Vergleichung des gemeinen Pfennigs in Aussicht.[2])

[1]) Traut S. 66; Winckelmann III, 308; Mentz II, 331; Nü. A., W. A., Ma. A. Prot. vom 26. August; Fr. A. Holzhausens Relation vom 7. September nebst Beilagen der Protestationen der Städte und der Protestanten; Au. A. Ges. an den Rat 26. August; Ba. A. Rechenberg an Georg 28. August; M. St. A. Stockhammer an Ludwig 5. September; Ma. A. Protestation der hessischen Räte.

[2]) Winckelmann III, 308, A. 1. Au. A. und C. A. Ferdinand an Augsburg, resp. Cöln 26. August.

Freilich wird ihn nach dem Vorhergegangenen die ablehnende Antwort der Augsburger kaum enttäuscht haben, die vor jeder neuen Hilfe erst Abstellung ihrer Beschwerden verlangten.[1]) Daher war es auch nur eine bloße Formalität, daß Ferdinand noch einen Rat in Nürnberg zurückließ, der bei der Besiegelung des Abschiedes auch noch einmal bei den Städten anhalten sollte; an einen Erfolg war nicht mehr zu denken.[2])

Entsprechend dieser beharrlich ablehnenden Haltung der Städte in Nürnberg fiel auch ihr Abschied vom 28. August aus.[3]) Er betraf vor allem den für sie wichtigsten Punkt, ihren Zwist mit den Fürsten. Zunächst stellte er fest, daß der in Speier vereinbarten Forderung, einen Auszug aus den vorhandenen Städteakten über diese Angelegenheit den ausschreibenden Städten zuzuschicken, bisher nur wenig nachgekommen sei. Damit nun für den nächsten Reichstag auch wirklich eine aktenmäßige Grundlage geschaffen werde, auf Grund deren man den fürstlichen Ansprüchen entgegentreten könne, wurden hier vier Fragen aufgestellt, die jede Stadt durch ihre Gelehrten beantworten lassen sollte.[4]) Erstens hatten sie den Standpunkt der Städte rechtlich zu begründen; dann galt es, sich gegen etwaige Berufungen der Fürsten auf frühere, ihnen scheinbar günstige Vorkommnisse schon jetzt im voraus zu wappnen, auch auf Widerlegung und Zurückweisung der fürstlichen Ansprüche zu denken und schließlich sich über den besten Weg und die beste Form einer Petition schlüssig zu machen. Auch versäumte man nicht, noch einmal den Speirer Beschluß in Erinnerung zu bringen, den Gelehrten alle alten einschlägigen Urkunden zuzustellen. Es war förmlich ein ganzes Verteidigungs- und Angriffssystem, zu dem die Städte sich hier in Hinsicht auf den

---

[1]) Au. A. Konzept des Schreibens an Ferdinand, undatiert, jedenfalls nach dem 10. September anzusetzen. Trotzdem setzte der König seine Bemühungen bei den Städten noch fort. Im C. A. befindet sich ein Schreiben Ferdinands an die Stadt Cöln vom 21. September, in dem er auf Grund des Nürnberger Abschiedes, an dessen Erfüllung durch Cöln er gar nicht zweifelt, die weitere Besoldung der Cölner Truppen verlangt.

[2]) M. St. A. Stockhammer an Ludwig 5. September.

[3]) Winckelmann III, 309; Fr. A. Städteabschied vom 28. August.

[4]) Nü. A. Verzeichnis 28. August.

kommenden Reichstag mit seinen voraussichtlich neuen Streitigkeiten entschlossen.[1])

Ebenso wie die Städte trafen auch die Protestanten noch in Nürnberg Maßnahmen für den neuen Reichstag, die aber im Einklang mit ihrem ganzen Auftreten auf diesem Reichstag eine gewisse Zurückhaltung und Mattigkeit zeigen.[2]) Es drehte sich hier um die zurzeit für sie wichtigste Frage, ihre Stellung zu dem Kammergericht. Einig war man darin, wegen des Aufschubs der Visitation zu seiner Unterhaltung nicht mehr beitragen zu wollen. Über die Frage aber, die hiermit in engstem Zusammenhang stand, die Rekusation des Gerichtes in Profansachen, schob man wie schon im Juni in Speier die Entscheidung hinaus, wie man angab, mit Rücksicht auf die geringe Anzahl der anwesenden Protestanten.[3]) Der Hauptgrund lag aber wohl darin, daß in dieser Angelegenheit noch immer keine Einigung erzielt war. Es war, wie oben erwähnt, ein Teil der Städte, der auch jetzt noch Schwierigkeiten machte; so erklärten die Nürnberger ganz offen, daß sie sich in keine Rekusation einlassen wollten.[4]) Man beauftragte daher die sächsisch-hessischen Räte, ihre Herren zu ermahnen, noch vor Beginn des neuen Reichstages eine Bundesversammlung auszuschreiben, wo diese Frage endlich erledigt werden sollte.

Im ganzen reicht die Bedeutung dieses Reichstags an die der beiden Vorgänger von Regensburg und Speier in keiner Weise heran. Er war tatsächlich nur eine Fortsetzung des Speirer Reichstages nach der Seite der Türkenhilfe hin,[5]) und

---

[1]) Daß tatsächlich diese Sache jetzt in Fluß kam, beweist ein Schreiben des Frankfurter Rates an den Cölner vom 18. Oktober im C. A., nach dem Sturm dem Frankfurter Dr. Lamb bei seiner Anwesenheit in Straßburg auf dessen Begehren ein Verzeichnis der alten Ansprüche von Sigismund an zugestellt habe und das der Frankfurter Rat auch den Cölnern auf ihr Begehren zuschickte.

[2]) Mentz II, 352; Winckelmann III, 308; Fr. A. Abschied vom 27. August als Beilage zu Holzhausens Relation vom 7. September.

[3]) Unterschrieben ist der Abschied von den Vertretern von Sachsen, Hessen, Georg und Albrecht von Brandenburg, Lüneburg, Würtemberg, Mansfeld, Straßburg, Augsburg, Ulm, Frankfurt, Hall, Memmingen und Lindau.

[4]) Über Augsburgs Stellung zur Rekusation vgl. Roth III, 74.

[5]) May, Albrecht II, 386.

wenn auch die Ansicht des englischen Gesandten, auf diesem Reichstage sei nichts von Bedeutung zustande gekommen,[1]) übertrieben ist, so traf doch unter den Reichstagen dieser Jahre für ihn am meisten in Hinblick auf Ferdinand der Volksglaube zu, daß der König, wohin er auch komme, das Mißgeschick mit sich bringe.[2]) Denn tatsächlich war hier sein Erfolg nur ein recht geringer. Von seinen beiden Hauptforderungen hatte er die erste, den Zuzug, doch nur in so eingeschränktem Maße durchsetzen können, daß es fast einem Verzicht gleichkam, aber auch bei der zweiten, der neuen Anlage, war er auf zahlreichen Widerstand gestoßen. Hierbei war das schlimmste für ihn, daß nicht nur mehrere bedeutende Fürsten, sondern vor allem die kapitalkräftigen Städte geschlossen diese Steuer ablehnten, und in diesem Punkte liegt wohl die eigenartige Bedeutung dieses Reichstages. Es war noch einmal, zumal doch auch die Städte auf ihrem Widerstand beharren zu wollen schienen, ein mannhaftes Auftreten des gesamten Bürgertums gegen die Ansprüche des Fürstentums und die einseitige finanzielle Ausbeutung durch das Reich und zwar unter der Führung des Straßburger protestantischen Städtemeisters Jakob Sturm. Denn unverkennbar traten die katholischen Städte in dieser Zeit hinter den protestantischen zurück, die sie nicht nur an Zahl, sondern auch an Bedeutung weit überragten. Da nun mit den Städten zusammen Sachsen, Hessen und Lüneburg ebenfalls den Abschied verwarfen, so war es für den König doch im Grunde ein großer Teil der Protestanten, der ihm hier hindernd in den Weg trat.

Von diesem Gesichtspunkte aus hat auch dieser Reichstag seine Bedeutung für die Vorgeschichte des Schmalkaldischen Krieges. So wenig man auch auf kaiserlicher Seite jetzt, wo die Schmalkaldener durch die Besiegung ihres erbittertsten Gegners, des Braunschweigers, einen großen äußeren Erfolg errungen hatten und Cleve im Bunde mit Frankreich offen Karl bekämpfte, an eine gewaltsame Niederwerfung der Gegner denken

---

[1]) State Papers IX, 156. Der venetianische Gesandte hebt ausdrücklich hervor, daß sich die Stimmung in Nürnberg im Vergleich zu Speier durchaus zu Ungunsten Ferdinands verändert habe, vgl. Albèri, Relazioni 1. Serie III. 123 und 138.

[2]) Pressel, Anecdota Brentiana S. 222.

konnte, sicher mußte dieser zähe Widerstand den König und durch ihn seinen Bruder immer fester in der Ansicht bestärken, daß unbedingt einmal mit den Gegnern mit dem Schwerte abzurechnen sei. Wie tief die Erbitterung gegen die Protestanten infolge ihrer ablehnenden Haltung in Ferdinand sich bereits festgenistet hatte und wie nachhaltig alle diese Verhandlungen mit ihren Aufregungen und Schwierigkeiten in ihm nachwirkten, zeigt nichts deutlicher als eine Äußerung, die ihm noch ein halbes Jahr später entfuhr und in der all die Erregung der letzten Zeit noch förmlich nachzitterte. Er wolle, solange er lebe, so ließ er sich vernehmen, ihnen zu keinem Vertrage mehr verhelfen, sondern sich vor seinem Ende an ihnen rächen; denn sollte er ihnen zu ihrem Vorhaben helfen, so fürchte er, Gott werde ihm sein Leben kürzen.[1])

Seinen Gegnern brachte dieser Reichstag kein nennenswertes, neues Ergebnis. Die Schuld daran lag teils in den Verhältnissen wie an ihnen selbst. Unmöglich konnte es im Interesse der Protestanten liegen, in einem Zeitpunkte, wo von Ferdinand mit Rücksicht auf die Speirer Verhandlungen kaum mehr neue Zugeständnisse zu erwarten waren und ihre Uneinigkeit in der wichtigen Frage der Rekusation des Kammergerichts ein geschlossenes tatkräftiges Auftreten hinderte, den König durch neue Forderungen noch mehr zu reizen, zumal doch in den Städten nebst einigen ihrer Fürsten bereits ein nicht unerheblicher Teil von ihnen sich wieder in scharfe Opposition zu ihm gestellt hatte. Dazu kam bei den Protestanten auf Grund der Speirer Verhandlungen ein gewisses Sättigungsgefühl, und schließlich hatten grade diese Tage durch den Sieg über Heinrich von Braunschweig dem Schmalkaldischen Bunde einen derartigen Machtzuwachs gebracht, daß seine Führer sich dem Könige um so entgegenkommender zeigen konnten. Da diese außerdem für ihre Person noch kurz vor dem Schluß des Reichstages eine Friedenszusicherung Ferdinands erlangt hatten,[2]) so begnügte man sich im Abschied mit seiner Zusage, es bei Karl fördern zu wollen, daß die Visitation des Kammergerichtes nicht weiter verschoben werde und daß der Speirer Friedstand in Kraft bleiben solle.

[1]) M. A. Räte an Philipp, Zettel 12. Januar 1543.

[2]) Mentz II, 329.

4. Der Reichstag zu Nürnberg 1542/43.

Das Jahr 1542 hat nicht weniger als drei Reichtage gesehen. Zu dem von Speier im Winter und Frühling gesellte sich im Herbst der zu Nürnberg, und gerade so wie dieser letztere eigentlich nur eine Fortsetzung des Speirers gewesen war, so sollte ursprünglich auch der neue zweite Nürnberger Reichstag, der für den 14. November anberaumt worden war, nur die unvollendeten Angelegenheiten seiner Vorgänger zu Ende führen. Da dies nur die Vergleichung der Anschläge, die Beilegung des Streites zwischen den Fürsten und Städten und die Münz- und Polizeifrage waren, so hätte man meinen sollen, daß er bei Einhaltung des ursprünglichen Termins und bei Beschränkung auf diese Aufgaben bei gutem Willen in absehbarer Zeit beendet sein mußte. Allein zunächst traf die erste Voraussetzung nicht zu. Auch diesmal war es Ferdinand, der seine Eröffnung um einen Monat, bis zu dem 14. Dezember, hinausschob, wesentlich mit Rücksicht auf den Türkenkrieg, der seine Anwesenheit in seinen Erblanden zur Beratung des weiteren Widerstandes mit seinen Ständen nötig machte.[1]) Ferner zeigte es sich nur zu bald, daß von einer Beschränkung des Reichstages auf die ihm zugewiesenen Aufgaben keine Rede mehr sein konnte, daß vielmehr infolge der veränderten politischen Verhältnisse auf ihm Fragen zur Entscheidung kommen mußten, die schon vor seinem Beginn auf kaiserlicher wie protestantischer Seite auf einen langen wie erregten Reichstag deuteten.[2])

Einmal waren es Karl und Ferdinand, die dem Reichstag neue Angelegenheiten zur Verhandlung aufbürdeten; allerdings bewegten sich diesmal die Interessen beider Brüder nicht in der gleichen Richtung. Während sich der Kaiser im August in Nürnberg über Frankreich und Cleve nur beschwert hatte, hatten sich jetzt seine Bedrängnisse so vermehrt, daß er noch in demselben Monate seinen Bruder ersucht hatte, bei dem Reiche um Schutz gegen die beiden Staaten wegen der Bedrohung der

[1]) Winckelmann III, 336; Lanz, Correnspondenz II, 372; Br. A. Ferdinand an den Bischof zu Speier 20. Oktober. Im Me. A. ebenfalls eine Kopie des bei Winckelmann III, 336. A. 2 erwähnten Schreibens Ferdinands an Lunden und Würtemberg.

[2]) Lanz, Correspondenz II, 356; Corp. Ref. IV, 907.

Niederlande zu bitten.[1]) Nicht minder bedroht erschien Ferdinand. Die mit soviel Aufwand ins Werk gesetzte Reichsexpedition gegen die Türken war kläglich gescheitert, und für den Frühling des Jahres 1543 drohte ein neuer Angriff der Ungläubigen, so daß der König sich ebenfalls zu neuen Forderungen an die Reichsstände genötigt sah.[2]) Aber auch die Protestanten erschienen mit neuen Wünschen auf dem Plan. Die Veranlassung hierzu war für sie der Aufschub der Visitation des Kammergerichtes und dessen Vorgehen gegen sie wegen des Braunschweigischen Feldzuges.[3]) In Schweinfurt kam es deshalb betreffs des Kammergerichts zu entscheidenden Beschlüssen. Was bisher in Speier und Nürnberg wesentlich infolge des Widerstandes der Städte nicht zur Ausführung gelangt war, kam hier zustande, die Rekusation des Kammergerichts in allen Sachen. Sie bereits am 17. November in Speier auszuführen, wie es von den Protestanten geplant und auch nötig war, da sie zu diesem Tage vorgeladen waren, erwies sich wegen der zeitweiligen Suspension des Kammergerichts infolge von in Speier herrschenden Epidemien als unmöglich; erst am 4. Dezember fand die feierliche völlige Rekusation statt, die vom Kammergericht natürlich zurückgewiesen wurde.[4]) Hiermit war von den Protestanten ein gewaltiger Schritt vorwärts getan, der noch mehr an Bedeutung gewann, als man bereits in Schweinfurt auf sächsisch-hessischer Seite die Türkenhilfe mit der Forderung der Neubesetzung des Kammergerichts verbinden und von ihrer Regelung die weiteren Leistungen abhängig machen wollte.[5]) Den neuen Wünschen Karls und Ferdinands standen demnach ebensolche der Protestanten gegenüber; die große Frage war, ob es gelingen würde, beide zu vereinen.

Zunächst unterließ der König nichts, um seinerseits alle äußeren Hindernisse aus dem Wege zu räumen. In seinem

[1]) Lanz, Correspondenz II, 350 f. und 358 f.

[2]) Bucholtz V, 190 f.

[3]) Mentz II, 335.

[4]) Mentz II, 336 f., Roth III, 74 f., Winckelmann III, 338; Küch I, 393 f., Sastrow, Herkommen, Geburt und Lauf seines ganzen Lebens, hg. von Monike I, 227; State Papers IX, 223; Radlkofer, Fröhlich in der Zeitschrift für Schwaben 27, 54 und 120 f. Br. A. Prot. vom 4. Dezember.

[5]) Häberlin XII, 383; Mentz II, 337 f.; Küch I, 393.

Schreiben vom 20. Oktober, in dem er den Ständen die Verschiebung des Reichstages auf den 14. Dezember anzeigte, bat er die Fürsten, nicht nur persönlich, sondern auch pünktlich zu kommen, damit nicht durch das ungleichmäßige und späte Ankommen, wie es vorher oft geschehen sei, Zeit versäumt werde. Seine beiden Hauptgegner, den Kurfürsten von Sachsen und den Landgrafen von Hessen, ließ er sogar persönlich zum Kommen auffordern, ohne allerdings den gewünschten Erfolg zu erzielen.[1]) Als es sich dann herausstellte, daß Ferdinand selbst mit Rücksicht auf die ungarischen Angelegenheiten den angesetzten Termin nicht innehalten konnte, sandte er zunächst einen Rat nach Nürnberg, der die Verzögerung entschuldigen und seine Abreise noch vor Weihnachten ankündigen sollte. Da ihm aber auch dies unmöglich war, gab er seinem neuen Gesandten, der seinen Aufbruch jetzt nach Weihnachten in sichere Aussicht stellen sollte, noch den Auftrag mit, die rheinischen Kurfürsten aufzusuchen und sie noch einmal zum persönlichen Erscheinen zu ermahnen.[2])

Auch Karl hatte inzwischen seine Maßnahmen getroffen. Da er selbst in Spanien noch festgehalten wurde, so mußte er sich wieder durch Kommissare vertreten lassen. Unter ihnen befand sich neben Naves und dem Bischof von Augsburg auch wieder Pfalzgraf Friedrich, an den Ferdinand bereits in Erwartung seiner Wahl geschrieben hatte.[3]) Damit benügte sich der Kaiser jedoch noch nicht. Im Hinweis auf die bevorstehenden wichtigen Angelegenheiten wie die Konzilsfrage und die Reichshilfe gegen Frankreich entschloß er sich, noch außer ihnen Granvella mit Generalvollmacht nach Nürnberg zu schicken.[4])

[1]) Bucholtz V, 17. Duller, Neue Beiträge zur Geschichte Philipps des Großmütigen S. 49 f., Ma. A. Räte an Philipp 25. Januar.

[2]) Br. A. Räte an Maria 22. Dezember; Viglius an Maria 31. Dezember. Am. A. Ferdinand an Pfalzgraf Friedrich 26. Dezember; Fr. A. Ges. an den Rat 30. Dezember.

[3]) Am. A. Ferdinand an Pfalzgraf Friedrich 20. Oktober und 26. Dezember; Karl an Pfalzgraf Friedrich 9. Oktober; Kredenz Karls für alle Kommissare 9. Oktober; M. R. A. Ferdinand an Augsburg 26. Dezember; Karl an Augsburg 9. Oktober.

[4]) Br. A. Generalvollmacht Karls für Granvella 26. Oktober, vgl. auch Gachard, Journal de Vandenesse S. 143 f., Lenz III, 264, A. 1 und Roth III, 92.

Allerdings verhehlte sich Karl die Schwierigkeiten, die dieser zu erwarten hatte, keineswegs. Nicht nur war vom Reiche gegen Frankreich nicht viel zu erwarten, auch Ferdinand selbst konnte unmöglich mit diesem Plane, der die Türkenhilfe doch natürlich mindestens stark beeinträchtigen, wenn nicht sogar ganz in Frage stellen mußte, ohne weiteres einverstanden sein. Daher bemühten sich Karl wie auch Granvella um die Wette, den König für diese Ansicht zu gewinnen. Der Kaiser suchte seinem Bruder begreiflich zu machen, daß er ihm jetzt gegen die Türken nicht helfen könne, daß vielmehr das wahre Mittel, um diesen Feind völlig niederzuwerfen, darin bestehe, jetzt erst alle Kräfte gegen Frankreich zu wenden. Granvella legte Ferdinand noch vor seiner Ankunft brieflich dar, wie der Kaiser unmöglich dies Jahr nach zwei Seiten hin Krieg führen könne.[1])

Ebenso hatten die Städte bereits ihre Vorbereitungen für den Reichstag getroffen. Auf Grund des Nürnberger Städteabschiedes hatten sich wenigstens einige Städte wie Straßburg und Frankfurt durch Rechtsgutachten über den Sessionsstreit besser für den neuen Kampf gerüstet. Ferdinand gegenüber hielt man an der Protestation wegen der finanziellen Beschwerden fest.[2]) Der Aufmarsch aller Parteien war demnach vollzogen; die nächste Zeit mußte zeigen, ob es möglich sein würde, zwischen diesen so gewaltig differierenden Meinungen und Wünschen einen Ausgleich zu finden; allzu günstig erschienen von vornherein die Aussichten nicht dazu.

Indessen waren in Nürnberg, wo man über die abermalige Verzögerung von Ferdinands Aufbruch noch nicht unterrichtet war, bereits einige Gesandte erschienen. Die ersten waren diesmal die Gesandten der Königin Maria zusammen mit Naves, die auf der Hinreise in Heidelberg noch den Kurfürsten von der Pfalz zum persönlichen Kommen ersucht hatten, was er aber mit Rücksicht auf sein Alter und den weiten Weg abgelehnt hatte.[3]) Der Grund der frühen Ankunft der burgundischen

[1]) Bucholtz V, 5 f.; Br. A. Granvella an Ferdinand 17. Dezember.

[2]) Winckelmann III, 339; Fr. A. Instruktion für die Gesandten nach Nürnberg 9. November, vgl. oben S. 101 f.

[3]) Br. Räte an Maria 16. November und 1. Dezember (im Original verschrieben 1. November).

Räte — ihr erster Brief aus Nürnberg ist bereits vom 1. Dezember datiert — lag einmal darin, daß sie erst in Speier von der Verschiebung des Reichstages auf den 14. Dezember gehört hatten, dann wollten sie diesmal aber auch rechtzeitig zur Stelle sein im Gegensatz zum Nürnberger Reichstage, wo Viglius seine Herrin gegen die Angriffe der clevischen Gesandten nicht mehr hatte verteidigen können, da Ferdinand wenige Stunden vor seiner Ankunft den Reichstag geschlossen hatte und abgereist war.[1]) So gab dies frühe Eintreffen der Räte Marias dem Nürnberger Reichstage auch schon äußerlich einen Teil seines Gepräges, da dessen spätere Verhandlungen ja zum großen Teile mit dem burgundisch-clevischen Streite verknüpft waren. Sonst sollten aber die burgundischen Gesandten mit ihrer Ansicht, daß die Stände wieder nach ihrer Gewohnheit recht lässig eintreffen würden,[2]) nur zu sehr Recht behalten. Außer ihnen war zum angekündigten Beginn des Reichstages, dem 14. Dezember, von katholischen Ständen nur der Herzog von Lothringen bereits vertreten. Auch auf Seiten der Schmalkaldener hielt man sich nicht an die ausdrückliche Schweinfurter Abrede, pünktlich am 14. Dezember in Nürnberg zur vorherigen Beratung ihrer Angelegenheiten einzutreffen. Lediglich ihre Führer, Sachsen und Hessen, waren am 17. Dezember vertreten, und nichts ist bezeichnender für die ganze Auffassung auch in diesen Kreisen als die Äußerung der hessischen Gesandten, mit ihrer Ankunft hätten sie ruhig noch 14 Tage warten können, da vorher kaum etwas verhandelt werden würde.[3]) Von den Reichsstädten konnte Frankfurt diesmal für sich den Ruhm in Anspruch nehmen, die erste an Ort und Stelle zu sein, aber dies wollte wenig besagen, da mit Ausnahme von Straßburg auch noch nach Weihnachten die anderen großen oberländischen Städte wie Augsburg und Ulm unvertreten waren. Erst zu Beginn des neuen Jahres kamen die Stände etwas zahlreicher, aber immer noch „gemächlich“ an.[4])

---

[1]) Br. A. Viglius an Maria 29. August.

[2]) Br. A. Räte an Maria 1. Dezember.

[3]) Winckelmann III, 342 A. 2; Ma. A. Räte an Philipp 17. Dezember nebst Verzeichnis der Anwesenden.

[4]) Winckelmann III, 342 f.; Fr. A. Ges. an den Rat 21. Dezember; Ma. A. Räte an Philipp 5. Januar.

aber von den Fürsten selbst war, trotzdem Ferdinand es so dringend gewünscht hatte, am 5. Januar nur der Bischof von Hildesheim eingetroffen.[1]) Daher war auch an die Eröffnung am 6. Januar, wie man zuerst noch gehofft hatte, nicht zu denken, ja, im Reiche tauchte sogar um diese Zeit das Gerücht auf, es werde überhaupt nichts aus dem Reichstag werden.[2]) Seine Nahrung sog es naturgemäß wesentlich aus Ferdinands Ausbleiben; auch auf dem Reichstage war man über seine Ankunft zu Anfang des neuen Jahres noch im ungewissen, den hessischen Räten gab sogar sein Fernbleiben zusammen mit der Nachricht von Werbungen und Rüstungen der Gegner Grund zur Besorgnis.[3])

Vor allem war es die Werbung Landenbergs, über deren Zweck man auf protestantischer Seite noch im unklaren war, so daß es die hessischen Räte für empfehlenswert hielten, Karl deshalb um eine Erklärung zu ersuchen.[4]) Zwar erfuhr man in den nächsten Tagen, daß der König in kurzer Zeit eintreffen werde, aber gleichzeitig wurden die Besorgnisse der Protestanten noch gesteigert[5]) durch die vorerwähnten Meldungen,[6]) nach denen sich Ferdinand in der schärfsten Weise über die Protestanten und die Notwendigkeit einer kriegerischen Abrechnung mit ihnen ausgelassen hatte. Mit diesen feindlichen Äußerungen des Königs stimmten die Handlungen des Kammergerichts überein, das wegen der Nichtunterhaltung sowie des Braunschweigischen Feldzuges gegen die Protestanten trotz der Rekusation weiter vorging.[7]) So war die Stimmung unter den Protestanten in Nürnberg im

---

[1]) Ha. A. Zwei Verzeichnisse der anwesenden Stände, das eine, eine Hildesheimsche Aufzeichnung, undatiert, das andere aus der Mainzer Kanzlei vom 5. Januar. Über die anwesenden Stände vgl. auch Au. A. Ulstetter an den Rat 7. Januar.

[2]) Winckelmann III, 342; St. A. Ulrich an die Räte 13. Januar.

[3]) Fr. A. Ges. an den Rat 5. Januar; Ma. A. Räte an Philipp 5. und 10. Januar; Au. A. Ulstetter an den Rat 7. Januar.

[4]) Lenz III, 241; Winckelmann III, 351 A. 2; Ma. A. Räte an Philipp 10. Januar.

[5]) St. A. Räte an Ulrich 8. Januar; Au. A. Ulstetter an den Rat 9. und 13. Januar; Ma. A. Räte an Philipp 12. Januar.

[6]) Vgl. S. 168 f.

[7]) Winckelmann III, 354 f.; Fr. A. Ges. an den Rat 27. Januar.

Januar, noch bevor die Reichstagsverhandlungen überhaupt begonnen hatten, recht besorgt und gegen Ferdinand eingenommen, hielt doch Sturm sogar die Möglichkeit eines Krieges nicht für ausgeschlossen.[1]) Auch Landgraf Philipp sah im Gegensatz zu Sachsen die Lage recht bedenklich an und hatte sich bereits wegen der Werbung Landenbergs an Maria gewandt, ohne allerdings eine völlige zufriedenstellende Antwort von ihr zu erhalten.[2]) So traf man dann unter Führung der sächsisch-hessischen Räte seine Gegenmaßnahmen. Schon am 6. Januar begannen die protestantischen Beratungen über die Forderungen, die man gemeinsam hier aufstellen und durchzusetzen versuchen wollte. In ihrem Mittelpunkte standen, den Schweinfurter Anregungen entsprechend, die Neubesetzung des Kammergerichts und die Zusicherung eines beständigen Friedens auf Grund der Regensburger Deklaration. Nach längeren Verhandlungen beschloß man endlich, dem König und den Ständen eine Schrift mit allen Wünschen zu übergeben, von deren Erfüllung man die Türkenhilfe abhängig machen wollte.[3])

Als daher Ferdinand am 17. Januar mit seinen beiden ältesten Söhnen in Nürnberg eintraf,[4]) war die Lage für ihn alles andere als günstig. Je weniger Entgegenkommen die Protestanten von ihm erwarteten, um so mehr waren sie entschlossen, auf ihren Bedingungen zu beharren, ganz im Sinne Hessens und Sachsens, welch letzteres insbesondere von einem energischen einmütigen Auftreten sich den meisten Erfolg ver-

---

[1]) Winckelmann III, 344.

[2]) Mentz II, 371. Philipp ging, bevor er die Antwort Marias erhielt, in seiner Besorgnis so weit, durch seine Räte Straßburg und Augsburg im Notfall die Annahme von fünf bis achttausend Knechten zu empfehlen. Da ihn auch Marias Antwort nicht völlig befriedigte, empfahl er auch weiter gute Kundschaft, Ma. A. Philipp an die Räte 21. und 23. Januar, als Beilage Kopie eines Artikels aus einem Schreiben Löwenbergs vom 15. Januar über die Antwort Marias, da er seine Werbung persönlich nicht ausrichten konnte. Dadurch wird die Angabe bei Lenz III, 241, A. 1 ergänzt.

[3]) Janssen III, 557; Fr. A. Ges. an den Rat 15. Januar; Au. A. Ulstetter an den Rat 16. Januar; Artikel, zur Instruktion gehörig 20. Januar.

[4]) Au. A. Ulstetter an den Rat 17. Januar; Br. A. Räte an Maria 18. Januar; M. A. Räte an Philipp 18. Januar Zettel; St. A. Räte an Ulrich 18. Januar; Fr. A. Ges. an den Rat 21. Januar.

sprach.[1]) Dieser erregten Stimmung entsprach die erregte Anfrage, mit der sie am 25. Januar von dem Könige die Einstellung der Prozesse am Kammergericht verlangten, widrigenfalls Sachsen und Hessen ihre Räte abfordern müßten, denen dann vermutlich die übrigen Protestanten auch folgen würden. Ebenso baten sie um Auskunft wegen der vielen Rüstungen, die ihnen immer noch Besorgnisse einflößten.[2]) Ferdinands Politik war demgegenüber zunächst eine hinhaltende, er erbat sich von seinen Gegnern einige Tage Bedenkzeit, genau aus demselben Grunde, aus dem er auch bisher die Reichstagsverhandlungen noch nicht begonnen hatte. Gewiß war bei ihm für die Hinausschiebung der Eröffnung des Reichstages auch der Grund maßgebend, daß die Beteiligung immer noch zu wünschen übrig ließ, daß vor allem von den Fürsten und speziell den fürstlichen kaiserlichen Kommissaren erst der eine, der Pfalzgraf Friedrich, erschienen war,[3]) der Hauptgrund aber war, daß er mit seiner Proposition noch auf Karls Abgesandten, Granvella, warten wollte, der Ende Januar in Nürnberg erwartet wurde.[4]) Als dieser am 26. Januar eintraf, nahm endlich am letzten desselben Monats der Reichstag, immer noch unter geringer Beteiligung der Stände, mit Ferdinands

---

[1]) Mentz II, 339 f. Ma. A. Räte an Philipp 18. Januar; Philipp an die Räte 26. Januar.

[2]) Janssen III, 557; Mentz II, 360; Au. A. Ulstetter an den Rat 23. Januar; Ges. an den Rat 25. Januar; Ma. A. Räte an Philipp 25. Januar; Fr. A. Ges. an den Rat 27. Januar, als Beilage die Werbung an Ferdinand vom 25. Januar.

[3]) Au. A. Ulstetter an den Rat 20. und 23. Januar; Ma. A. Räte an Philipp 25. Januar; Fr. A. Ges. an den Rat 27. Januar. Ferdinand forderte am 20. Januar Ulrich von Würtemberg noch einmal zum persönlichen Erscheinen auf, St. A. Ferdinand an Ulrich 20. Januar, vgl. auch Sattler III, 203 und Heyd I, 260. Ebenso schrieb er an den fürstlichen Kommissar, den Bischof von Augsburg; M. R. A. Ferdinand an den Bischof von Augsburg 3. Februar; dieser traf aber erst am 19. Februar ein, Au. A. Ges. an den Rat 21. Februar. Auch auf protestantischer Seite war die Beteiligung immer noch schwach, daher schrieben auf Aufforderung ihrer Räte, die sich schon auf dem Reichstage offen darüber beklagt hatten, Sachsen und Hessen an die Säumigen und ermahnten sie zum sofortigen Erscheinen, Mentz II, 368; Au. A. Ulstetter an den Rat 23. Januar; Ma. A. Räte an Philipp 22. Januar. Philipp an die Räte 29. Januar; Hei. A. Sachsen und Hessen an den Rat 10. Februar.

[4]) Br. A. Räte an Maria 18. Januar.

Proposition seinen Anfang.[1]) Als wichtigsten Punkt enthielt sie wieder, wie es nicht anders zu erwarten war, die Hilfe gegen die Türken. Indem sie auf die zahlreichen Abgänge im vergangenen Jahre hinwies, die fast die Hälfte betragen hätten, verlangte sie, zumal die Unterstützung im letzten halben Jahr überhaupt nicht geleistet worden sei, daß die Stände sie für das gegenwärtige Jahr verlängerten, und versprach gleichzeitig die Vergleichung der Kreistruhen und Anschläge. Schließlich stellte sie auch die Behandlung der übrigen, hierher verschobenen Angelegenheiten in Aussicht.

Für den König kam jetzt alles auf die Stellung der Protestanten an, und da hatte sich die Stimmung noch mehr zu seinen Ungunsten verschlechtert. Obwohl er noch vor der Proposition den sächsisch-hessischen Räten ein Schreiben an ihre Herren zugestellt hatte, durch das er ihre Bedenken wegen der Werbungen zu zerstreuen suchte,[2]) so war es ihm damit doch nicht gelungen, das Mißtrauen der Stände zu beseitigen, im Gegenteil, grade die verschiedene Auskunft, die die Protestanten über die Rüstungen von Ferdinand und Maria erhalten hatten,[3]) vergrößerten ihre Besorgnisse, so daß man auf den Vortrag der hessischen Gesandten, die Knechte anzuwerben empfahlen, sogar zuerst den Beschluß faßte, daß Sachsen und Hessen ihre Kriegsräte auf einen Platz um Nürnberg herum beschreiben sollten, um das Nötige zu veranlassen, und wenn man auch kurz darauf, als die Nachrichten wieder weniger bedrohlich lauteten, hiervon wie von der Werbung Abstand nahm, so verabredete man doch, weiter gute Kundschaft zu halten.[4]) Auch darin zeigten sie dem

---

[1]) Winckelmann III, 344; Voigt S. 281; Brandenburg, Korrespondenz I, 536 f. Au. A. Ges. an den Rat 29. Januar; Br. A. Viglius an Maria 29. Januar; Räte an Maria 31. Januar; St. A. Prot. vom 31. Januar; Neu. A. Burckhardt an den Abt von Kempten 18. Februar; Fr. A. Ges. an den Rat 27. Januar und 1. Februar, als Beilage zu dem letzten Ferdinands Proposition. Au. A. Ges. an den Rat, 2. Februar; Me. A. Zwicker an den Rat 4. Februar.

[2]) Ma. A. Räte an Philipp 25. Januar, Ferdinands Schreiben an Sachsen und Hessen vom 24. Januar.

[3]) Nach Ferdinands Erklärung fanden sie weder auf Karls noch seinen Befehl statt, nach Marias Angabe fand sie dagegen im Auftrage des Kaisers statt. Tatsächlich galten Landenbergs Werbungen dem Herzog von Cleve, vgl. Lenz III, 241 und Winckelmann III, 351, A. 2.

[4]) St. A. Räte an Ulrich 1. Februar; Ma. A. Räte an Philipp 2. Februar; Fr. A. Ges. an den Rat 27. Januar und 1. Februar.

König klar und offen ihre Stellung, daß sie im Gegensatz zu ihrer kurzen Anfrage vom 25. Januar wegen des Kammergerichtes inzwischen die ausführliche Supplikation mit ihren Wünschen fertiggestellt hatten. Nach einem ausgedehnten historischen Überblick vom Jahre 1526 an kam sie schließlich wieder auf die Hauptforderungen zurück, neben der Freiheit der Religon Gewährung eines beständigen Friedens und gleichmäßigen Rechtes. So wie auf den früheren Reichstagen forderten sie auch jetzt die vorherige Beratung dieser beiden Punkte und erklärten in aller Schärfe, daß sie sich sonst in die Beratung der Hilfe nicht einlassen könnten. Diese Schrift wurde dem König am 2. Februar und den Tag darauf den Reichsständen übergeben und zwar nicht nur im Namen der Schmalkaldener, sondern aller Protestanten mit Ausnahme der Räte von Herzog Moritz und Markgraf Albrecht von Brandenburg. Auch ihr gegenüber bewahrte Ferdinand die gleiche Zurückhaltung wie vorher. In einer kurzen mündlichen Erwiderung verwies er wegen der Religion auf das Konzil, wegen Frieden und Recht auf seine nach seiner Ansicht ausreichenden Bemühungen auf den vorigen Reichstagen, die endgültige Antwort schob er noch hinaus.[1])

So war hier gleich am Beginn der Verhandlungen eine schroffe Spaltung eingetreten, die Protestanten standen, wie es mit Genugtuung die Frankfurter Gesandten hervorhoben, in ihren Angelegenheiten für einen Mann und ließen sich in keine gemeinsamen Verhandlungen mit den katholischen Ständen ein, ein böser Anfang des Reichstages, wie mit Recht der markgräflich-brandenburgische Gesandte seinem Herrn berichtete.[2]) Ebenso ernst faßte man auf katholischer Seite die Sachlage auf; man fürchtete den Abzug der Protestanten und gab sich kaum der Hoffnung hin, daß es dem Könige gelingen werde, der Schwierig-

[1]) Langen, Dr. Melchior v. Ossa S. 31; Brandenburg, Korrespondenz I, 356 f., Mentz II, 361; Fr. A. Ges. an den Rat 1. und 5. Februar, als Beilagen zum Schreiben vom 5. die Supplikation und Ferdinands und der Kommissarien Antwort vom 3. Februar; Ma. A. Räte an Philipp 2. und 4. Februar; M. St. A. Stockhammer an Wilhelm 9. Februar; Ba. A. Meyersheimer an Georg von Brandenburg 9. Februar; St. A. Räte an Ulrich 18. Februar; Neu. A. Burckhardt an den Abt von Kempten 18. Februar.

[2]) Fr. A. Ges. an den Rat 5. Februar; Ba. A. Meyersheimer an Georg 7. Februar.

keiten Herr zu werden.[1]) Während so die Verhandlungen Ferdinands mit den Protestanten völlig stockten, entledigte sich Granvella seines Auftrages, allerdings in etwas anderm Sinne, als ihm sein Herr aufgetragen hatte. Wie erwähnt,[2]) hatte Karl seinerseits jede Unterstützung gegen die Türken für dies Jahr in Hinblick auf den Krieg mit Frankreich abgelehnt, aber nach eingehender Beratung mit dem König hielt Granvella es für geratener, Karls Hilfe gegen die Türken wenigstens bedingungsweise anzubieten, um die Stände nicht sofort vor den Kopf zu stoßen, sie vielmehr der kaiserlichen Hauptforderung, der Unterstützung gegen Frankreich und Cleve, geneigter zu machen. Freilich im Grunde seines Herzens versprach er sich auch hiervon kaum etwas; namentlich merkte er schon jetzt deutlich, daß keiner der deutschen Fürsten gegen seinen Standesgenossen, den Herzog von Cleve, sich wenden werde. In gleicher Weise erkannte er, daß bei der Hilfe gegen Frankreich der Hauptwiderstand von den Städten ausgehen werde, die dadurch eine Schädigung ihres Handels befürchteten; ebensowenig unterschätzte er den Widerstand der Protestanten, den er nicht mit Unrecht daher leitete, daß sie, wie es vor allem ja auch wirklich Sachsen wünschte,[3]) die für sie günstige politische Lage ausnutzen wollten.[4]) Trotz all dieser trüben Aussichten, die eigentlich von Anfang an kaum einen Erfolg hoffen ließen, schreckte Granvella nicht davor zurück, sein Hilfsgesuch anzubringen, sei es auch nur, um die Lage zu klären und ihn offen über die Stimmung der Stände zu unterrichten. Ähnlich hatte er bereits noch vor seiner Werbung gegenüber den würtembergischen und straßburgischen Vertretern nicht genug Worte für Karls Eifer, Frieden und Recht im Reiche zu fördern, finden können,[5]) aber diesmal schienen die Protestanten tatsächlich für einen Mann stehen zu wollen; sie faßten am 12. Februar den

[1]) Papendrecht, Analecta Belgica II, 1, 293 f.

[2]) Vgl. S. 172.

[3]) Mentz II, 339 f.

[4]) Winckelmann III, 334; Bezzenberger, Brandt I, 46. Br. A. Granvella an Karl 5. Februar; Granvella an Maria 6. Februar. Die Werbung Granvellas vom 5. Februar im Fr. A. als Beilage zum Schreiben der Gesandten vom 5. Februar.

[5]) Ma. A. Räte an Philipp 2. Februar.

ausdrücklichen Beschluß, sich ohne Gewährung von Friede und Recht in keine Verhandlungen mit den andern Ständen über die Hilfe einzulassen,[1]) ein Beschluß, der dadurch noch an Bedeutung gewann, daß sich ebenso einmütig auch alle Reichsstädte ebendahin geeinigt hatten. Denn selbst die beiden anwesenden katholischen Städte, Rothenburg und Speier, hatten sich ihnen angeschlossen und widerstanden mannhaft den mehrfachen Versuchen der katholischen Stände, sie zu sich herüberzuziehen.[2])

Da Ferdinand immer noch mit seiner endgültigen Antwort auf die Supplikation zurückhielt, wie er auch auf die erste Beschwerde über das Kammergericht noch nicht eigentlich den Protestanten geantwortet, sondern sie nur vertröstet hatte, er wolle deshalb die nötige Vorsehung tun,[3]) so waren die Klagen auf beiden Seiten, daß man nur sehr langsam vorwärtskomme, vollauf berechtigt.[4]) Endlich konnte der König, der bisher sein Zögern noch damit entschuldigt hatte, daß er erst die Ankunft einiger Fürsten, namentlich von Cöln und Trier, erwarte, den Bescheid nicht mehr hinausschieben, zumal die Protestanten ihn selbst darum ungeduldig ersuchten.[5]) Wenn auch die Erregung unter ihnen wegen der Werbungen Landenbergs sich gelegt hatte,[6]) so war die Stellung des Königs zwischen den Parteien immer noch sehr schwierig. Das gegenseitige Mißtrauen unter den Ständen war noch recht groß; unter den Katholiken waren am schlimmsten wieder die Baiern, von denen Granvella sogar zu berichten wußte, Herzog Wilhelm habe sich in Rom vernehmen lassen, er wolle die Lutheraner verspeisen, während sein Bruder Ludwig auf einen Zusammenstoß mit ihnen hinzuarbeiten schien.[7]) Genau so wie Granvella konnte natürlich auch Ferdinand auf solche kriegerischen Pläne, so sehr sie ja auch seiner letzten Absicht entsprechen mochten, jetzt nicht

---

[1]) Me. A. Zwicker an den Rat 12. Februar.

[2]) Au. A. Ges. an den Rat 13. und 17. Februar.

[3]) Fr. A. Ges. an den Rat, Zettel vom 6. Februar.

[4]) Papendrecht II, 1, 297; Me. A. Zwicker an den Rat 10. Februar.

[5]) Au. A. Ges. an den Rat 13. Februar. St. A. Räte an Ulrich 18. Februar.

[6]) Fr. A. Gesandte an den Rat 18. Februar.

[7]) Br. A. Granvella an Maria 6. Februar.

eingehen, wo gerade Nachrichten von neuen türkischen Erfolgen in Nürnberg eintrafen. Ebensowenig war aber auch von seiner Seite an eine völlige Bewilligung und endgültige Regelung der protestantischen Wünsche zu denken, zumal Karls persönliches Eintreffen noch in diesem Sommer erwartet wurde. Für ihn konnte es sich nur darum handeln, durch einiges Entgegenkommen in nicht so wichtigen Punkten die Gegner zufriedenzustellen. Zunächst allerdings war auch davon in seiner Antwort an die Protestanten kaum etwas zu merken; er näherte sich wesentlich der Ansicht der katholischen Stände, deren Rat er hierbei auch eingeholt hatte.[1]) Er verwies zunächst die Religionsfrage auf das angekündigte Konzil. Hinsichtlich des Friedens machte er sich zunächst die Klagen der Katholiken zu eigen, daß die Protestanten selbst infolge des Braunschweigischen Feldzuges sich des Friedensbruches schuldig gemacht hätten, und begnügte sich betreffs des Friedens nur mit der allgemeinen Zusicherung, daß er für seine weitere Innehaltung sorgen wolle. Die Visitation und Reformation des Kammergerichtes machte er von dem jetzigen Ergebnis der Verhandlungen mit den Ständen abhängig; ergäben diese gegen einige Beisitzer etwas Strafwürdiges, dann sollten sie abgesetzt werden; eine völlige Neubesetzung in protestantischem Sinne lehnte er aber entschieden ab. Dagegen sollte die Suspension der Prozesse am Kammergericht in Kraft bleiben. Hiermit war den Protestanten nicht geholfen. Philipp sprach nicht mit Unrecht von einem Frieden, der nur in Worten auf dem Papier stehen würde; hinsichtlich des Kammergerichts verlangte er ausdrücklich in erster Linie völlige Neugestaltung.[2]) Klar zeigte sich jetzt vor aller Welt der große Unterschied in den beiderseitigen Auffassungen. Der König wollte nur einige wenige Zugeständnisse machen, die ihm auch erst abgepreßt werden mußten; seine Gegner drängten auf eine endgültige Regelung der ganzen Angelegenheit durch einen „satten“ Frieden und Neubesetzung des Kammergerichts.

---

[1]) Winckelmann III, 345, A. 2; Fr. A. Ges. an den Rat 18. Februar, als Beilage Ferdinands Antwort vom 16. Februar. Neu. A. Burckhardt an den Abt zu Kempten 18. Februar.

[2]) Ma. A. Philipp an die Räte 23. Februar, als Beilage sein Bedenken auf Ferdinands Antwort.

So schien man von einem Vergleich weiter denn je. Auf beiden Seiten war die Stimmung sehr gedrückt und niedergeschlagen. Die Frankfurter Gesandten versprachen sich von weiteren Verhandlungen kaum noch einen Erfolg, der Rat des Herzogs von Preußen wie der Gesandte des Abts von Kempten sahen die Protestanten bereits abreisen und hielten einen Bürgerkrieg für nahe bevorstehend.[1]) Vergebens suchte Ferdinand noch auf die Protestanten durch die ungarische und östreichische Gesandtschaft einzuwirken, die am 19. Februar flehentlich die Not und Gefahr schilderte und um Hilfe bat; einmütig ließen sie antworten, daß sie sich auf Grund ihrer Supplikation in keine weiteren Verhandlungen einließen.[2]) Ebensowenig brachte ihre weitere Antwort die Angelegenheit vorwärts; energisch wiesen sie das Trienter Konzil zurück und verlangten die Visitation auf Grund der Deklaration, und wenn sie auch ihrerseits baten, einen gemeinsamen Ausschuß zur Beratung der strittigen Fragen einzusetzen, so geschah es wohl nur, um ihrerseits wenigstens etwas Entgegenkommen zu zeigen; innerlich standen beide Parteien noch ebensoweit von einander entfernt wie am Anfang der Verhandlungen.[3]) Auch Granvellas Sonderverhandlungen, besonders mit den hessischen Räten, waren zunächst erfolglos.[4]) Schon jetzt wandte er, um Philipp gefügig zu machen, hierbei das Mittel an, von dem er sich selbst den größten Erfolg versprach und auf das er in der Folge immer

[1]) Bezzenberger I, 43; Fr. A. Ges. an den Rat 18. Februar; Neu. A. Burckhardt an den Abt 18. Februar; Au. A. Ges. an den Rat 20. und 21. Februar.

[2]) Brandenburg, Korrespondenz I, 559 f. Au. A. Ges. an den Rat 20. Februar; Me. A. Zwicker an den Rat 24. Februar; Fr. A. Ges. an den Rat 3. März. St. A. Schreiben der Ungarn 30. November, Instruktion und Kredenz der Östreicher 5. Dezember.

[3]) Winckelmann III, 345, A. 7 und 349; State Papers IX, 331 f.; Bezzenberger I, 48. Fr. A. Ges. an den Rat 3. März nebst Ferdinands Antwort vom 26. Februar; St. A. Räte an Ulrich 5. März.

[4]) Die erste Unterredung zwischen Granvella und den hessischen Räten fand am 3. Februar statt; sie betraf aber wesentlich nur die clevische Sache. Die erste wichtige Unterhandlung, die daneben sich auch den allgemeinen Fragen zuwandte, wird in ihrem Schreiben vom 20. Februar erwähnt. Bereits auf seiner Reise zum Reichstage hatte er in Augsburg für seine Forderungen Stimmung zu machen versucht, vgl. v. Stetten, Geschichte der reichsfreien Stadt Augsburg I, 362 und Roth III, 93.

wieder zurückkam, er stellte Karls Ankunft mit einem großen Heere bereits für die nächste Zeit wie auch sein langes Verweilen in Deutschland in ganz bestimmte Aussicht, in der Hoffnung, daß schon diese Ankündigung genügen würde, die Protestanten versöhnlicher zu stimmen.[1]) Im engsten Zusammenhang hiermit forderte er, sie sollten die beiden Punkte Friedens und Rechtens bis zur Ankunft des Kaisers zurückstellen und inzwischen die Hilfe mitberaten helfen; denn, so gab er ihnen weiter zu bedenken, diese Fragen könnten nur in Karls Gegenwart geregelt werden; ein Friede, den die Katholiken ohne den Kaiser gäben, sei unbeständig. Von neuen Verhandlungen über die Deklaration wollte er gar nichts wissen; Karl habe sie gegeben und werde sie halten, deshalb einen Ausschuß nach dem Vorschlag der Protestanten zu machen, sei vergebliche Mühe. Auch damit suchte er die Gegner zu ködern, daß er die Türkenhilfe nur als geringfügig hinstellte und sie nur für die Defensive verwendet wissen wollte. Schließlich verfehlte er auch nicht, andere Saiten aufzuziehen und ihnen in lebhaften Farben Karls drohende Ungnade vorzuhalten; er wies sie darauf hin, daß ihre Weigerung bei dem Kaiser den Anschein erwecken müsse, als ob sie ihn zwingen wollten, die Unterstützung von ihnen förmlich zu kaufen, und als die hessischen Räte eine Widerrede wagten, fuhr er sie erregt an, ob sie ihn für blind hielten, daß er die Dinge nicht verstehe, ja er drohte sogar mit seiner Abreise, da hier, wie er sähe, doch nichts auszurichten sei.[2]) Jedoch alles war vergebens, sein Bitten und Schmeicheln wie seine Einschüchterungsversuche und Drohungen. Der Landgraf machte es auch weiter seinen Räten zur Pflicht, auf den beiden Forderungen zu beharren, und wenn er schließlich seinerseits eine kleinere Hilfe, sowie Granvella sie nur verlangte, auch ohne die Aufrichtung eines beständigen Friedens zu leisten nicht abgeneigt war und nur die Neubesetzung des Kammergerichts verlangte, so war dies doch nur seine Privatansicht, die auf Zustimmung

---

[1]) Vgl. außer dem eben erwähnten Schreiben vom 20. Februar auch State Papers IX, 321.

[2]) Ma. A. Walther an Philipp 28. Februar; Räte an Philipp 2. und 5. März. Über Ferdinands gleichzeitige Verhandlungen bei Nürnberg vgl. Roth III, 98.

bei den andern Ständen nicht rechnen konnte.[1]) Denn nicht nur Sachsen hielt an seiner ursprünglichen Ansicht fest, auch Ulrich von Würtemberg, der zuerst zur Hilfe noch am meisten geneigt erschien, schärfte jetzt seinen Räten ein, ohne Frieden und Recht nichts zu bewilligen und mit den andern Ständen zusammenzustehen. Ebenso beharrten die Städte trotz der Bemühungen Ferdinands und des gegenteiligen Gerüchtes, daß sie zu einer Partikularhilfe bereit seien, entschlossen auf diesen Forderungen.[2])

Kein Wunder, wenn daher die burgundischen Räte die Lage fast als hoffnungslos bezeichneten und die Schuld natürlich den Protestanten mit ihrem Hochmut beimaßen.[3]) Da Ferdinand einsah, daß man auf diese Weise nicht weiter komme, er andererseits aber jetzt ganz sichere Kunde erhalten hatte, daß der Sultan persönlich im Frühjahr mit einem großen Heere in Ungarn einfallen wolle, so faßte er den einzig möglichen Entschluß, allein mit den Katholiken über die Hilfe zu beraten.[4]) Den protestantischen Vorschlag wegen eines Ausschusses wies er in seiner Antwort kurzerhand als zu zeitraubend zurück, im übrigen verharrte er auf seiner Weigerung, den Frieden zu verlängern, da der Kaiser selbst komme, und das Kammergericht neu zu besetzen, da dies gegen den Speirer Abschied verstoße; die Erwähnung der Deklaration vermied er sorgfältigst. Nach Verlesung dieser Antwort ergriff er noch selbst das Wort; er wies auf die gefahrvolle Lage hin, die eine schnelle Beratung erheische; sonst müsse er mit den andern Ständen allein abschließen, wie es Granvella auch den hessischen Räten noch wiederholte. Unter den Protestanten kam es hierauf zu lebhaften Erörterungen. Während diejenigen, die nicht dem Bunde angehörten, wie vor allem Moritz von Sachsen, sich mit dieser Antwort zufrieden

[1]) Ma. A. Philipp an die Räte 23. und 25. Februar, 6. und 9. März nebst Zettel an Schenk vom 9. März.

[2]) Mentz II, 340; Roth III, 98. St. A. Instruktion Ulrichs 9. Dezember und Ulrich an die Räte 5. und 10. März, vgl. auch Sattler III, 202 f.; Ma. A. Räte an Philipp 6. März.

[3]) Br. A. Räte an Maria 2. März. Auch der preußische Gesandte sah die Lage recht pessimistisch an, vgl. Bezzenberger I, 48.

[4]) Winckelmann III, 345; State Papers IX, 332. Br. A. Räte an Maria 2. März.

erklärten und einer gemeinsamen Beratung mit den Katholiken nicht abgeneigt waren, wurden unter den Schmalkaldenern zwei Ansichten laut. Die schroffere Partei war dafür, daß man, da der König bereits mit den protestantischen Städten Sonderverhandlungen begonnen habe, Nürnberg überhaupt verlassen solle, um eine etwaige Trennung des Bundes zu verhüten. Der entgegengesetzten Ansicht waren Würtemberg, Augsburg und Ulm, die sich mit Ferdinands Vorschlag einverstanden erklärten, falls er wenigstens statt der völligen Neubesetzung des Kammergerichtes seine Visitation auf Grund der Deklaration zugestände. Schließlich wurde durch die Mehrheit der Beschluß gefaßt, auf der vorigen Ablehnung zu beharren.[1]) In diesem Sinne wurde die Antwort abgefaßt und dem König am Abend des 7. März übergeben, obwohl er vorher neue bedrohliche Kundschaften über den Anmarsch der Türken hatte verlesen und sie durch Naves und Gienger flehentlich in Ansehung der höchsten Not um Unterstützung hatte ersuchen lassen. Daher entschloß sich Ferdinand, seinen Gegnern einen Schritt entgegenzukommen; in seiner Erwiderung sagte er ihnen zu, daß Friede und Recht „auf die hiervor gemachten Reichsabschiede und Ordnungen, auch die kaiserliche Deklaration gedeutet und verstanden werden sollten“; weiter aber könne er, wie er zugleich erklären ließ, nicht gehen. Doch die Protestanten blieben hartnäckig; allerdings trennten sich jetzt von ihnen die Vertreter des Herzogs Moritz, der Markgrafen von Brandenburg, der Städte Nürnberg und Regensburg, da sie vor allem gegen die Forderung der völligen Neubesetzung des Kammergerichtes waren. Aber die Furcht der hessischen Räte, daß dies Zugeständnis Ferdinands eine Spaltung unter den Schmalkaldenern herbeiführen würde, war unbegründet. Um auch äußerlich ihre Einigkeit zu beweisen, erschienen am 9. März alle Räte des Bundes vor Ferdinand,

---

[1]) Winckelmann III, 345, A. 7; Bezzenberger I, 48. Fr. A. Ges. an den Rat 6. März, als Beilage Ferdinands Antwort vom 4. März, die erst am 5. März verlesen wurde; Ma. A. Räte an Philipp 5. und 6. März; Au. A. Ges. an den Rat 6. März; Me. A. Zwicker an den Rat 6. März; St. A. Räte an Ulrich 5. März. Über die Stellung von Moritzs Gesandten vgl. auch Brandenburg, Moritz I, 232 ff. und Korrespondenz I, 559, wo sie sich dahin äußerten, daß die Protestanten schon mit Ferdinands erster Antwort sich hätten zufrieden erklären können.

um ihre ablehnende Antwort vortragen zu lassen. Vergebens bat er sie schon am nächsten Tage, sie möchten sich mit dem Frieden begnügen, vergebens erbot er sich, mit allen Ständen hier schon einen Tag für die Visitation festzusetzen, vergebens wies er auf die friedfertige Gesinnung des Kaisers hin, der bei seiner Ankunft alles ordnen werde, die Schmalkaldener blieben fest und erklärten, sie hätten keinen andern Befehl und könnten nicht weiter gehen. Man kann es begreifen, daß der König offen seinem Unwillen Ausdruck gab und mißmutig ihnen befahl, in ihre Herberge zu ziehen; wenn er sich weiter entschlossen habe, werde er sie rufen lassen.[1]) Noch am selben Tage, wo diese Verhandlungen gescheitert waren, ließ er dies den katholischen Ständen mitteilen und sie bitten, sie möchten jetzt nicht länger warten, sondern die Hilfe beschließen.[2])

Wenn somit aber auch die Verhandlungen zwischen dem König und der Gesamtheit der Schmalkaldener am 10. März ein vorläufiges Ende fanden, so bedeutete dies noch keineswegs einen völligen Abbruch aller Beziehungen. Nur traten von jetzt ab an ihre Stelle die Sonderverhandlungen, die neben Ferdinand, der auch persönlich an Sachsen und Hessen in dieser Angelegenheit schrieb,[3]) vor allem wieder von Granvella geführt wurden. Wie vorher, so wandte er sich jetzt hauptsächlich an die bedeutendsten unter ihnen, die hessischen, würtembergischen und die sächsischen, da er grade und mit Recht in dem Kurfürsten von Sachsen die Seele des Widerstandes sah. Ihre Lockmittel waren überall die gleichen; sie gaben zu verstehen, daß die Schmalkaldener genügend mit Frieden versichert seien, und stellten statt der

---

[1]) Bezzenberger I, 49, Fr. A. Ges. an den Rat 9. und 18. März, als Beilagen Antwort der Protestanten vom 7. März, Ferdinands Antwort vom 8. März, Antwort der Protestanten vom 9. März; Ferdinands Antwort vom 10. März; Au. A. Ges. an den Rat 9. März, Ma. A. Räte an Philipp 11. März; St. A. Räte an Ulrich 12. März; Me. A. Zwicker an den Rat 12. März; Hei. A. Prot. vom 7. und 10. März. Die Augsb. Gesandten gaben in ihrem Schreiben auf einem Zettel die Namen derjenigen an, die die Antwort vom 9. März mit unterzeichnet haben; die oben erwähnten, wie sie die Frankfurter Gesandten am 9. März angeben, fehlen wirklich. Zwicker nennt außer ihnen von Städten, die sich absonderten, noch Dinkelsbühl und Weißenburg.

[2]) Ha. A. Bericht vom 10. März.

[3]) Ma. A. Räte an Philipp 11. und 17. März.

vorherigen gewünschten Neubesetzung des Kammergerichts die Visitation bereits für den 1. Mai in Aussicht, bei der, wie Granvella sogar vertraulich zu verstehen gab, die jetzigen Kammerräte bestimmt abgesetzt werden würden; ebenso wiesen beide auf Karls guten Willen hin, von dem die Protestanten nicht nur nichts zu befürchten, sondern nur Gutes zu erwarten hätten. Jedoch ein Ergebnis erzielten sie nicht; unmutig beklagte sich Granvella bei seinem Herrn über die Haltung der Protestanten, von deren exorbitanten Forderungen er sogar sprach.[1]) Trotzdem gab er im Gegensatz zu den Frankfurter Gesandten, die sich wenig mehr von der Zukunft versprachen und schon am 9. März die Möglichkeit des Aufbruches der Protestanten ins Auge faßten, auch jetzt noch keineswegs das Spiel verloren. In erster Linie kam es darauf an, endlich die Verhandlungen über die Hilfe, die infolge des Widerstandes der Protestanten bis dahin ganz gestockt hatten, überhaupt in Fluß zu bringen; wenn dann, wie er zuversichtlich hoffte, die Katholiken die nötigen Mittel zur Defensive bewilligten, würden zunächst auf Grund neuer Sonderverhandlungen einige unter den Protestanten wie die Brandenburger, Moritz von Sachsen und einige Städte sich anschließen; die andern würden dann folgen, sobald sie die bestimmte Nachricht von Karls Ankunft hätten, an die sie immer noch nicht recht glauben wollten.[2]) Es war derselbe Standpunkt, den er schon vorher eingenommen hatte. Was Ferdinand, der sich in Deutschland keiner zu großen Autorität erfreute,[3]) nicht durchzusetzen vermocht hatte, versprach er sich von Karls Anwesenheit; er rechnete mit dem Autoritätsgefühl der Deutschen, das dem Kaiser nicht versagen würde, was sie soeben noch seinem Bruder abgeschlagen hatten; die Zukunft sollte ihm durchaus Recht geben.

Daher erschienen am 12. März die kaiserlichen Kommissare vor allen Ständen und legten ihnen dar, daß bereits viel kostbare Zeit ergebnislos verflossen sei, während der Türke große

---

[1]) Ranke IV, 209; Langen, Ossa S. 46; Br. A. Granvella an Maria 11. März; Granvella an Karl 12. März; Ma. A. Räte an Philipp 12. März; St. A. Räte an Ulrich 12. März.

[2]) Br. A. Granvella an Karl 12. März.

[3]) State Papers IX, 321.

Rüstungen zur Eroberung Ungarns treffe; sofort, ohne Aufzug und Sonderung, sollten sie die Hilfe beraten. Die Katholiken erklärten ihre Bereitwilligkeit, während die Schmalkaldener auf ihren Forderungen beharrten und wie vorher um einen Ausschuß baten, was die Kommissare natürlich ablehnten.[1]) In diesem Augenblick entschloß sich der König zu einem weiteren entgegenkommenden Schritt in der Frage der Kammergerichtsreform, der seinen Gegnern selbst im Falle seines Scheiterns wenigstens seinen guten Willen zeigen mußte. Vielleicht durfte er hierbei sogar auf einen Erfolg rechnen, da unter den Schmalkaldenern in diesem Punkte immer noch keine völlige Übereinstimmung herrschte. Die eine Partei hielt nach wie vor unerbittlich an der Neubesetzung des Kammergerichtes fest und dachte bereits im Falle der Nichtbewilligung, übrigens in Übereinstimmung mit dem Landgrafen, an einen baldigen Aufbruch; die andere wollte sich wie schon vorher mit der Visitation auf Grund der Deklaration oder einem ähnlichen annehmbaren Vorschlage begnügen.[2]) Wesentlich mit Rücksicht auf diese Gemäßigten unter den Schmalkaldenern ersuchte der König die katholischen Stände um nachträgliche urkundliche Bewilligung seiner gesamten Verhandlungen mit den Protestanten, unter denen sich ja auch sein Vorschlag der Visitation auf Grund der Deklaration befand; gleichzeitig sollten auf Grund dieser Schriften die katholischen Stände wegen der Vornahme der Visitation mit ihm zusammen an das Kammergericht schreiben.[3]) Das hieß also nichts anderes, als daß die Katholiken auch die Deklaration, die sie bisher stets verworfen hatten, feierlich anerkennen sollten; gleichzeitig wäre hiermit für die künftige Visitation ein Hauptstein des Anstoßes schon jetzt aus dem Wege geräumt worden. Konnte aber Ferdinand wirklich im Ernst glauben, daß die Katholiken sich zu einer derartigen völligen Verleugnung ihrer ganzen bisherigen Politik verstehen würden? So war dies Ersuchen

---

[1]) Ha. A. Bericht vom 12. März; Hei. A. Bericht von 12. März; M. St. A. Sainsheim an Ottheinrich 13. März; Fr. A. Ges. an den Rat 18. März.

[2]) Bezzenberger I, 50; Winckelmann III, 347; Ma. A. Philipp an die Räte 13. März Zettel; Fr. A. Ges. an den Rat 18. März.

[3]) Ha. A. Bericht vom 15. März; M. St. A. Sainsheim an Ottheinrich 15. März.

doch wohl seinerseits lediglich als eine äußerliche Demonstration gedacht, die den Protestanten nur seine Geneigtheit zu einer Verständigung vor Augen führen sollte. Jedenfalls war der Erfolg nicht der gewünschte, die katholischen Stände verweigerten die Anerkennung der letzten Verhandlungen, in denen es sich um die Gültigkeit der Deklaration handelte.[1]) Da auch die weiteren Sonderverhandlungen von Ferdinand, Granvella und Naves vor allem mit den sächsisch-hessischen Räten keinen Erfolg brachten, dafür aber die Nachrichten über die Türken immer bedrohlicher lauteten, so versuchte der König es noch mit einem letzten Mittel, mit dem er in Speier Erfolg erzielt hatte; er machte den sächsisch-hessischen Räten den Vorschlag, als diese darauf hinwiesen, sie hätten auf Ferdinands Schreiben von ihren Herren noch keinen Bescheid erhalten, sie sollten sich inzwischen unverbindlich an den Verhandlungen über die Hilfe beteiligen; aber die Räte blieben fest, und der König mußte sich mit dem erneuten Hinweis darauf begnügen, daß dann die Katholiken allein weiter handeln müßten.[2])

Während es auf diese Weise nicht gelang, die Schmalkaldener zur Mitberatung an der Hilfe zu veranlassen, kamen die Verhandlungen von einer Seite her in Gang, von der man es nicht erwartet hatte. Es war die clevisch-geldrische Angelegenheit, durch die jetzt die Protestanten Ferdinands Wünschen willfähriger zu werden schienen. Am 18. März hatten die clevischen Räte sie um Beistand und Vermittlung zusammen mit den anderen Ständen in dem Streite zwischen dem Herzog und der Königin Maria gebeten; es war das grade Gegenstück zu der Werbung Granvellas im Februar, der ja grade gegen diesen Fürsten die Unterstützung des deutschen Reiches verlangt hatte. Den Standpunkt der Stände dieser kaiserlichen Werbung gegenüber hatte Ulrich von Würtemberg kurz dahin charakterisiert, daß sie diese Hilfe gegen den Herzog als ein Glied und einen Fürsten des Reiches zu tun nicht schuldig seien.[3]) Im schroffen Gegensatz zu dieser ablehnenden Haltung stand das jetzige

[1]) Ha. A. Bericht vom 16. März.

[2]) Ma. A. Räte an Philipp 17. März; Fr. A. Ges. an den Rat 18. März; Neu. A. Burckhardt an den Abt von Kempten 18. März.

[3]) St. A. Ulrich an die Räte 5. März.

Benehmen der Schmalkaldener, nicht allein aus Sympathie mit dem Herzog, sondern weil sie auch glaubten, ihre Angelegenheiten dadurch indirekt mitfördern zu können. Für den 20. März hatte Ferdinand eine gemeinsame Versammlung aller Stände angesetzt, um über die Proposition zu beraten. Nun hatten die Schmalkaldener gehört, daß im Fürstenrat auch katholische Mitglieder wären, die im Gegensatz zu den Baiern und den meisten Geistlichen ebenfalls wie die Protestanten vor der Beratung der Hilfe erst Friede und Recht behandeln wollten. Da aber der gewünschte Friede ohne Beilegung des Kampfes zwischen Cleve und Burgund als kein beständiger und vollständiger angesehen werden konnte, so faßte man auf Schmalkaldischer Seite nach längeren Beratungen den Entschluß, nicht mehr wie bisher schmollend beiseite zu stehen, sondern eine Art Überrumpelungstaktik zu versuchen: jeder sollte sich in seinen Rat begeben und dort unter Festhalten an der Supplikation neben dem gleichmäßigen Recht vor allem um beständigen Frieden bitten, wodurch ihnen und dem Clever zugleich geholfen würde. Wirklich gelang es ihnen im Fürstenrat, wo man ebensowenig wie im Kurfürstenrat ihr Erscheinen erwartet hatte, in der Sitzung vom 20. März die Mehrheit zu erlangen. Am folgenden Tage sagte man in beiden Räten, weil die geldrische Sache den Hauptpunkt des Friedens mit berühre, seine Vermittlung zu. Bevor man aber noch über die Ausführung dieses letzten Beschlusses des näheren handeln konnte, wurde man für den 22. März zu einer neuen gemeinsamen Versammlung berufen, um über die Hilfe zu beraten. Im Fürstenrat forderten die Protestanten, da kein Stand gern aus seinem brennenden Hause Wasser zur Beschirmung des Nachbarhauses tragen würde, wieder neben der Vergleichung der Kreistruhen und der Anschläge Friede und Recht, und wieder wurde hier der Mehrheitsbeschluß gefaßt, daß man ohne Frieden und Recht keine Hilfe bewilligen könne und daß als erster Schritt zu ihrer Ausführung der clevische Streit beigelegt werden müsse. Dies verlangten in erster Linie ebenfalls die Kurfürsten, die daneben auch vor Erledigung der Hilfe die Protestanten zufriedenzustellen und sie dadurch zur Mitberatung zu veranlassen wünschten. Für die clevische Angelegenheit wurde daher von allen Ständen

ein Ausschuß gewählt, zu dem mit Einverständnis der Städte, die ebenfalls auf den beständigen Frieden den größten Wert legten, auch Straßburg und Nürnberg zugezogen werden sollten.[1]) Damit schien die protestantische Hauptforderung, da neben der clevischen Vermittlung zugleich über Frieden und Recht im allgemeinen beraten werden sollte, endlich durchgesetzt zu sein.

Aber es schien nur so. Konnten doch auch die hessischen Räte schon einen Tag nach diesem Erfolg den Argwohn nicht unterdrücken, daß Ferdinand in der geldrischen Sache nur scheinbar auf die Vermittlung eingehen und sie von Karls Genehmigung abhängig machen werde, um Zeit zu gewinnen; inzwischen werde er die Stände ersuchen, die Beratung der Hilfe vorzunehmen. Weit schlimmer aber war es für die Protestanten, daß ihre Gegner eifrig am Werk waren, um die Ausführung des verhaßten und gegen ihren Willen durchgedrückten Beschlusses über Frieden und Recht zu durchkreuzen. Vor keinem Mittel scheute man zurück; wenigstens berichteten die hessischen Vertreter schon am 23. März, Madruzzo habe im Kurfürstenrat geäußert, der Fürstenrat habe beschlossen, in der Beratung der Hilfe fortzufahren, also das grade Gegenteil der Wahrheit.[2]) Damit aber nicht genug. Zwei Tage nach jenem gemeinsamen Beschluß traten die katholischen Stände des Fürstenrats unter der Führung Ecks am 24. März zu einer Sonderberatung zusammen; dort hielt man ihnen vor, wie Ferdinand und die Kommissare vor allem die Beratung der Hilfe begehrt hätten, deren schnelle Erledigung aber durch den letzten Majoritätsbeschluß hinfällig geworden wäre; daher sollte man den Protestanten als ihren, der katholischen Stände, endgültigen Entschluß vorhalten, daß sie sich wegen des Friedens an den festgesetzten Landfrieden halten würden in der Voraussetzung, daß ihre Gegner das gleiche täten, im übrigen würden sie sich

---

[1]) Au. A. Ges. an den Rat 19. und 27. März; Ma. A. Räte an Philipp 23. März; Me. A. Zwicker an den Rat 23. März; St. A. Räte an Ulrich 23. März; M. St. A. Arnold an Ottheinrich 22. März; Fr. A. Ges. an den Rat 1. April. Meyersheimer berichtete bereits Mitte Februar von einer Spaltung unter den Katholiken über Frieden und Recht, Ba. A. Meiersheimer an den Markgrafen Georg 14. Februar.

[2]) Ma. A. Räte an Philipp 23. März.

an das erste, den Protestanten ungünstige Gutachten Ferdinands und der Kommissarien über Frieden und Recht halten und die Hilfe weiterberaten. Dieser Vorschlag war also eine vollkommene Umstoßung des gemeinsamen Beschlusses, der ausdrücklich die vorherige, alle Teile zufriedenstellende Erledigung der beiden Punkte verlangte. Da aber ohne die Schmalkaldener die extreme katholische Partei im Fürstenrat überwog, so erhielt dieser Vorschlag die Mehrheit; bereits am selben Tage teilte man ihn den protestantischen Fürsten mit. Auch im Kurfürstenrat hoffte man noch den Hauptwiderstand der sächsischen Räte brechen zu können, um am 26. März allen Protestanten diesen Beschluß als gemeinsamen beider Räte vorhalten zu können. Im katholischen Fürstenrat war man aber mit dem Erreichten noch nicht zufrieden, sofort wollte man diesen einseitigen, für den gesamten Fürstenrat durchaus unverbindlichen Mehrheitsbeschluß praktisch weiter ausnutzen und dadurch deutlich die Ungültigkeit der vorigen gemeinsamen Entschließung dartun. Schon am gleichen 24. März bewilligte man dem König für dies Jahr die geforderte Hilfe, wofür man nur die Vergleichung der Anschläge verlangte.[1])

Mit dieser Nichtbeachtung des gemeinsamen Mehrheitsbeschlusses durch die Katholiken war nicht nur die kaum begonnene Gesamtberatung wieder gescheitert; vor allem, was viel schlimmer war, die Kluft zwischen beiden Parteien war hierdurch bedeutend erweitert und die Stimmung erbitterter denn je geworden. Um so mehr bemühte sich jetzt Granvella, dem natürlich der katholische Beschluß sehr gelegen sein mußte, wenn nicht sogar die Anregung dazu von ihm selbst ausgegangen ist, die Protestanten willfährig zu machen und ebenfalls zur sofortigen Beratung der Hilfe zu veranlassen. Zu diesem Zwecke brachte er ein Mittel in Vorschlag, das sich bis jetzt schon zweimal, in Regensburg und Speier, bewährt hatte; er versprach ihnen eine besondere Zusicherung, daß für Frieden und Recht die Deklaration maßgebend sein sollte, jedoch sollten hiervon nur wenige Stände in Kenntnis gesetzt werden, damit sie nicht wieder

[1]) M. St. A. Bericht über die Beratung vom 24. März; Arnold an Ottheinrich 26. März; Ma. A. Räte an Philipp 25. März Nachschrift; Fr. A. Ges. an den Rat 1. April.

wie die vorige Verschreibung vor Karls Ankunft bekannt werde und die gegenseitige Verbitterung vermehre. Wie gewöhnlich ließ Granvella auch hierbei alle Register seiner reichen Überredungskunst spielen. Er wies in lockenden Tönen den hessischen Räten gegenüber darauf hin, daß der Kaiser mehr auf protestantischer als katholischer Seite stände, wodurch er vieler Katholiken und des Papstes Haß auf sich geladen hätte, ja er heuchelte förmlich väterliche Besorgnis für den Landgrafen, wenn er sich vernehmen ließ, er rate Philipp wie ein Vater seinem Sohne, diese günstige Gelegenheit, die nie wiederkehren würde, nicht zu versäumen. Dann unterließ er es aber auch nicht, wieder drohende Äußerungen fallen zu lassen, daß Karl in der Ablehnung der Vorschläge einen Mangel an Vertrauen erblicken müsse, daß Philipp ihm nur unter einem Vorwand die Hilfe abschlagen wolle und daß der Kaiser, ehe er weiter so in sich dringen ließe, lieber selbst seinem Bruder die nötigen 200000 Gulden geben wolle. Jedoch die hessischen Räte kannten bereits von früher her den verschlagenen Staatsmann zu genau, um sich weder von seinen Schmeicheleien noch von seinen Drohungen fangen zu lassen, und es bedurfte kaum bei ihnen der Ermahnung Philipps, sich durch Granvellas „harte Rede“ nicht in Schrecken setzen zu lassen.[1]) Wie wenig aber Granvella zu trauen war, zeigte sich sofort, als die hessischen Räte, da sie die sächsischen und andere Gesandten zur Annahme dieses Vorschlages nicht abgeneigt fanden, ihn um eine schriftliche Zusicherung über die Deklaration baten. Ungestüm fuhr er auf, das sei seine Absicht nicht gewesen; die Regensburger Deklaration habe ihm soviel Unannehmlichkeiten bereitet, daß er Zeit seines Lebens nie wieder eine derartige schriftliche Notel geben werde; dagegen wolle er ihnen mit Ferdinand und den Kommissarien eine dementsprechende mündliche eidliche Zusicherung leisten.[2]) Damit war natürlich den Protestanten nicht geholfen; zu oft hatten sie bereits die Doppelzüngigkeit der kaiserlichen Politik kennen gelernt. Philipp war schon mit der Zusicherung, die nur wenigen Ständen gegeben werden sollte, nicht zufrieden gewesen, vielmehr hatte er ausdrücklich die Zustimmung

[1]) Ma. A. Philipp an die Räte 9. März.

[2]) Lenz III, 263, A. 2; Ma. A. Räte an Philipp 25. und 27. März.

der Kurfürsten und der hervorragendsten Fürsten, mindestens aber die von Cöln, Pfalz, Brandenburg, Herzog Moritz und Pfalzgraf Friedrich, verlangt. Auf den letzten Vorschlag fand er nur die kurze Erwiderung, auf dies mündliche Versprechen sei nichts zu geben, da dies seiner Meinung nach nichts als Worte seien.[1])

Mitten hinein in diese Sonderverhandlungen fielen die von den katholischen Ständen bereits angekündigten mit den Protestanten vom 26. März. Nachdem die ersteren den Mehrheitsbeschluß umgestoßen und dadurch in Wirklichkeit die kaum begonnenen gemeinsamen Beratungen unmöglich gemacht hatten, wollten sie wenigstens formell den Schein des guten Willens zeigen und die Schuld des Scheiterns dieser Beratungen von sich abwälzen. Daher ließen sie durch den Mainzischen Kanzler, indem sie scheinbar den Mehrheitsbeschluß anerkannten und dementsprechend Friede und Recht vor der Hilfe zu beraten sich bereit erklärten, den Schmalkaldenern ihre Vorschläge machen, über die sie sich eben geeinigt hatten und von denen sie genau wußten, daß sie für diese unannehmbar waren; waren sie doch nichts anderes als die ersten Vorschläge Ferdinands und der Kommissare, nach denen der Landfriede als ausreichend angesehen und die Visitation des Kammergerichtes ohne seine vorherige Neubesetzung in Aussicht gestellt wurde. Wie wenig sie selbst auf deren Annahme rechneten, zeigt der Schluß des Vortrags, daß sie im Weigerungsfall die Hilfe allein beraten müßten und daß sie sich gleichzeitig gegen den Vorwurf verwahrten, die Trennung veranlaßt zu haben.[2]) So konnte das alte Spiel zwischen den Parteien von neuem beginnen; nur waren diesmal an Stelle Ferdinands die Katholiken getreten und damit die Aussichten auf eine Verständigung noch geringer geworden. Denn bei dem Könige war es doch stets die Türkengefahr, deren Druck ihn immerhin zu einem gewissen Entgegenkommen nötigte, bei den katholischen Ständen fiel dies aber fort, deren Mehrheit

---

[1]) Bucholtz V, 18. Ma. A. Philipp an die Räte 30. März und 2. April.

[2]) Au. A. Ges. an den Rat 27. März; Fr. A. Ges. an den Rat 1. April, als Beilage Vortrag des Mainzischen Kanzlers vom 26. März; Ma. A. Räte an Philipp 27. März; Me. A. Zwicker an den Rat 3. April; St. A. Räte an Ulrich 7. April.

namentlich im Füstenrat unter dem Einflusse Baierns und der meisten Bischöfe zu Zugeständnissen kaum bereit war. Trotzdem wiesen die Protestanten, um auch ihrerseits nicht von vornherein die Schuld des Scheiterns auf sich allein zu laden, die neuen Verhandlungen keineswegs zurück; ein großer Ausschuß, in dem von den oberländischen Städten nur die kleineren nicht vertreten waren,[1]) erhielt den Auftrag, sein Gegenbedenken aufzustellen. Allerdings an ihren Forderungen hielten sie in ihrer Erwiderung vom 29. März in der Hauptsache fest. Zunächst machten sie den katholischen Ständen den berechtigten Vorwurf, daß sie im Gegensatz zum Mehrheitsbeschluß eine Partikularhandlung vorgenommen hätten. Dann kamen sie auf den ganzen Kernpunkt der Streitigkeiten, die Gültigkeit der Regensburger Deklaration, von der sie gleichzeitig eine Kopie vorlegten. Während die Katholiken sich für den Frieden auf den Regensburger und Speirer Abschied beriefen und die dortigen Bestimmungen für ausreichend erklärten, wollten die Protestanten beide nur mit der Deklaration anerkennen. Da bei dieser verschiedenen Auffassung eine Verständigung ausgeschlossen war, sollte nach dem Wunsche der Protestanten erst dieser Hauptpunkt erledigt werden. Betreffs der Kammergerichtsvisitation verlangten sie die vorherige Absetzung der verdächtigen Kammerrichter.[2]) Die Ansicht unter den Katholiken war geteilt, so daß es noch am selben Tage, als ihre Antwort zur Beratung stand, zu erregten Meinungsverschiedenheiten kam. Wenn auch Naves' Meinung, die katholischen Stände würden die Deklaration nicht anfechten, zu weit ging und den offenbaren Zweck verfolgte, die Protestanten williger zu machen, so traten doch etliche unter ihnen, wie auch Madruzzo, für die Anerkennung der Deklaration ein. Aber wieder war es Eck, der jedes Entgegenkommen vereitelte; in den schärfsten Ausdrücken trat er dagegen auf; lieber wollten sie türkisch werden, als die Deklaration bewilligen, ließ er sich im Fürstenrat vernehmen, sowie er auch gegenüber dem hessischen Gesandten Schenk dem Kaiser das Recht bestritt, eine derartige Deklaration ohne Zutun der Stände zu erlassen. Da es ihm gelang, die geistlichen Fürsten auf

[1]) Au. A. Ges. an den Rat 27. März.

[2]) Fr. A. Ges. an den Rat 1. April, als Beilage Antwort der Protestanten.

seine Seite zu ziehen, so erhielt er die Mehrheit, und noch am selben Nachmittag wurde den Protestanten die Antwort mitgeteilt, in der die Deklaration mit keinem Wort erwähnt wurde; neben der abermaligen formellen Bitte, sich an der Beratung zu beteiligen, brachte sie nur das neue, daß die Katholiken bereits am nächsten Tage die Hilfe weiter erledigen wollten. Nachdem hierauf der sächsische Kanzler wesentlich die vorige protestantische Erwiderung wiederholt hatte, nicht ohne der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß der Kaiser ihnen die Deklaration trotz des Widerspruches der Katholiken halten werde, trennten sich die beiden Parteien.[1] So hatte hier wieder Ecks Einfluß gesiegt. Hiermit hatten diese Verhandlungen zwischen den Ständen ein viel schnelleres Ende erreicht als diejenigen der Protestanten mit Ferdinand, der beste Beweis, daß auf diese Weise noch weniger zu erreichen war; sie waren nichts anderes als ein kurzes Intermezzo, dem man auf beiden Seiten von Anfang an kaum eine größere Bedeutung beigemessen und das man nur aufgeführt hatte, um aller Welt klar zu zeigen, daß die Schuld des Scheiterns der Verständigung nur die Gegenpartei treffe.

Wäre es jetzt nach Eck gegangen, so wären alle Verhandlungen mit den Protestanten endgültig erledigt gewesen. Damit stieß er aber auf Widerstand beim Kurfürstenrat, den zu überwinden ihm nicht gelang. Denn als wirklich die Katholiken am folgenden Tage, dem 30. März, in der Beratung der Hilfe fortfuhren und die Kurfürsten dem Entwurf der Fürsten den Zusatz hinzufügten, man solle den König ersuchen, auch die Protestanten zur Hilfeleistung zu bewegen, hatte zwar Eck diesen Zusatz durchgestrichen, aber in die Antwort, die Ferdinand übergeben wurde, war er wieder aufgenommen worden. Sie bewegte sich in den Bahnen, so wie Granvella es bereits den Protestanten zu verstehen gegeben hatte; von einem gewaltigen Offensiv-

---

[1]) Winckelmann III, 348; Bezzenberger I, 51; Fr. A. Ges. an den Rat 1. April, als Beilagen die Antworten der Katholiken und die Erwiderung der Protestanten; Ma. A. Walther an Philipp 30. März; Räte an Philipp 30. März nebst Zettel vom 31. März. Über Ecks Äußerungen über die Deklarationen vgl. Egelhaaf II, 421 und oben S. 48, wo auch die übrige gedruckte Literatur darüber angegeben ist.

vorstoß gegen die Türken noch in diesem Jahre war keine Rede mehr; nur zum Schutz der Grenzen wollten die Stände jetzt eine Besatzung bewilligen und auch nur unter der Bedingung der vorigen „Vergleichung der Kreistruheu und Ringerung der Anschläge". Zum Schluß kam dann die eben erwähnte Bitte an den König. Hiermit kehrten die Verhandlungen wieder zu ihrem Ausgangspunkte zurück, wie es auch die Frankfurter Gesandten nach dem Scheitern der vorigen bereits als sicher annahmen. Denn unmöglich konnte sich der König, dessen Bedrängnis durch die Türken immer noch groß war, diese günstige Gelegenheit zu neuen Verständigungsversuchen entgehen lassen. Gern ging er daher auf das Ersuchen der katholischen Stände ein. Von ihnen hatten sich allerdings wieder die katholischen Städte wie einst in Regensburg getrennt und besonders ihre Beschwerden übergeben, in denen sie nach den alten Klagen über die Ausschließung durch die Fürsten ebenfalls in erster Linie vor der Leistung der Hilfe Erledigung ihrer finanziellen Beschwerden verlangten.[1]) Für Ferdinand hatte sich aber aus seinen bisherigen Verhandlungen mit den Protestanten eins klar ergeben. Wollte er wirklich etwas erreichen, so mußte er ihnen mehr entgegenkommen. Auch hier zeigte der König wieder sein großes diplomatisches Geschick, wie er immer wieder trotz aller Mißerfolge von neuem ans Werk geht, zunächst nur mit ganz geringen Zugeständnissen auszukommen versucht, dann, als er deren Ergebnislosigkeit einsieht, sich förmlich aus dieser Position gewaltsam verdrängen und zu größerem Entgegenkommen zwingen läßt und immer wieder mit neuen etwas veränderten Vorschlägen auftritt. Die Zähigkeit, die seinen Bruder auszeichnet, finden wir auch bei ihm wieder; nur fehlt seiner Staatskunst im letzten Grunde jener große Zug, der, ohne wirklich genial zu sein, sie doch erst über das gewöhnliche Maß hinaus hebt, und jener feste, unverrückbar auf ein großes Ziel gerichtete Wille, der unbeirrt durch jeden Widerstand auf seinem Wege vorwärts schreitet, beides Eigenschaften, die Karl in so

---

[1]) Ma. A. Räte an Philipp, Zettel vom 31. März; Fr. A. Ges. an den Rat 1. April, in ihm inhaltlich die Antwort der Stände; als Beilage Beschwerde von Worms, Rottweil, Speier, Ravensburg und Hagenau samt den Städten der Landvogtei 1. April; Me. A. Zwicker an den Rat 3. April.

hervorragendem Maße sein eigen nannte. Freilich, zurzeit mußte Ferdinands Aufgabe fast unlösbar scheinen. Gegen die Anerkennung der Deklaration, auf welche die Protestanten das größte Gewicht legten, sträubten sich auf das allerentschiedenste die Katholiken, wie sie es auch jetzt ihm wieder offen erklärten, als er sie bat, diese Angelegenheit dem Kaiser anheimzustellen;[1]) ein Ausweg schien hier kaum vorhanden.

Daher stellte er in seinen neuen Vermittlungsversuchen, die am 2. April ihren Anfang nahmen, zunächst diesen Punkt beiseite. Hinsichtlich des Friedens hielt er an seinem alten Standpunkt fest, daß die Protestanten nämlich genügend versichert seien, dagegen versprach er von neuem die sofortige Festsetzung eines Termins für die Kammergerichtsvisitation; sollte hierbei — und das war das neue — Streit ausbrechen, so sollte dessen Schlichtung dem Kaiser überwiesen werden, der, wie er den Protestanten zu verstehen gab, dann sicher die Deklaration nicht preisgeben werde. Viel war es zunächst nicht, was der König seinen Gegnern anbot, und der Erfolg war denn auch, daß diese sich hierdurch keineswegs zufriedengestellt erklärten, ja sogar ihre Forderungen noch steigerten. Sie verlangten jetzt, daß die Deklaration in den Abschied ausdrücklich aufgenommen und Friede und Recht auf sie vorgenommen würde, also grade dasjenige, das der König weder bewilligen konnte noch wollte; außerdem wünschten sie noch in einer besonderen Schrift die Absetzung der jetzigen Kammerrichter.[2]) Ferdinand und Granvella zeigten sich durch diesen hartnäckigen Widerstand aufs höchste gereizt, um so mehr, als ihre Bemühungen, die Städte, und namentlich die großen oberländischen, für sich zu gewinnen, ebenso ergebnislos verliefen. Man hielt ihnen im allgemeinen vor, daß die Fürsten sie in der Not sitzen lassen und sie dann den meisten Schaden erleiden würden. Vor allem

---

[1]) Ha. A. Bericht über eine Verhandlung von Ferdinands und Karls Kommissaren mit den Katholiken und deren Antwort aus dem März.

[2]) v. Bezold S. 744; Bezzenberger I, 52 f.; Fr. A. Ges. an den Rat 5. April, als Beilagen Ferdinands Vortrag vom 2. April und Antwort der Protestanten vom 3. April; Au. A. Ges. an den Rat 2. April; Me. A. Zwicker an den Rat 3. April; Ma. A. Räte an Philipp 5. April; Be. A. Räte an Brandenburg 6. April; St. A. Räte an Ulrich 7. April.

versuchte man auf kaiserlicher Seite, die Mißstimmung, die unter ihnen namentlich infolge der braunschweigischen Angelegenheit um sich gegriffen hatte, für sich auszunutzen und sie womöglich zum Abfall vom Bunde zu bewegen. Man gab ihnen zu bedenken, daß die Fürsten ihnen in erster Linie die Kosten dieses Feldzuges auferlegen würden, und wies sie auf die hohen Ausgaben hin, die die Unterhaltung des eroberten Landes dem Bunde auferlege. Aber ebensowenig wie Peutinger sich auf weitere Verhandlungen einließ, ebensowenig war der Rat von Augsburg geneigt, diesen Anerbietungen Folge zu leisten. In derselben Audienz, am 2. April, in der Peutinger Ferdinands Vorschläge zurückwies, machte dieser seiner Mißstimmung über die Erfolglosigkeit der bisherigen Verhandlungen mit den Protestanten Luft. Er habe, so ließ er sich vernehmen, sein möglichstes getan, und weiter könne er nicht gehen, solle er deshalb auch um Land und Leute kommen. Mit großem Ernst hielt er ihm weiter vor, daß die Protestanten einige Reichsfürsten vertrieben hätten, aber, so fügte er hinzu, Gott werde es auf die Dauer nicht weiter geschehen lassen, sondern die Protestanten würden den Bogen so straff spannen, bis er zerbräche.[1]) Mögen diese Äußerungen auch mit Rücksicht auf ihren Zweck, die Gegner einzuschüchtern, absichtlich etwas schroff und scharf gewählt worden sein, jedenfalls gab auch Granvella seiner Erbitterung über ihre Hartnäckigkeit in Schreiben an Maria und Karl beredten Ausdruck. Zu Maria sprach er von der täglich größer werdenden Unverschämtheit der Protestanten und bezeichnete ihre Forderungen in Wahrheit als maßlos, dem Kaiser berichtete er am selben Tage, die Protestanten wollten alles nach ihrem Gutdünken tun, und wenn er auch gleichzeitig in richtiger Erkenntnis ihr mangelndes Entgegenkommen zum Teil ihrer Verärgerung über die Verbissenheit der Katholiken zuschrieb, wie sie diese namentlich am Anfang des Reichstages ihnen gegenüber gezeigt hätten, so nannte er doch auch hier wieder die Protestanten hartnäckig in ihrem Irrtum und so aufgebracht gegen die Katholiken, daß sie sich um die Türken nicht kümmerten. Daher versprach er sich auch nur noch wenig von diesem Reichs-

---

[1]) Roth III, 98 f. und 119 f.; Ma. A. Philipp an die Räte 30. März, als Beilage ein Schreiben von Herbrot an Schärtlin.

tage. Das einzige Heilmittel, um die Gegner gefügiger zu machen, sah er nach wie vor in der Ankunft des Kaiser, die aber erst für den Sommer bevorstand.[1]) Zum Unglück für den König, der, wie es hieß, infolge der täglich bedrohlicher lautenden Nachrichten über den Anmarsch der Türken nicht mehr länger als 12—15 Tage verweilen werde,[2]) verschärfte sich die Lage noch dadurch, daß jetzt unter den Schmalkaldenern wieder neue Nachrichten von bairischen und braunschweigischen Rüstungen auftauchten, so daß Sachsen und Hessen es wieder für geraten hielten, ihren Ständen die Annahme von Kriegsvolk zu empfehlen. Überhaupt erwartete der Landgraf schon jetzt von dem Reichstage kaum noch einen Erfolg und eröffnete bereits Sachsen seine Ansicht, daß sie beide im Falle des Scheiterns aller Verhandlungen Reiter und Knechte annehmen und sie nötigenfalls, wenn ihre Stände Schwierigkeiten machen sollten, für einige Zeit auf eigne Kosten unterhalten müßten, um für alle Fälle gegen einen etwaigen Überfall gerüstet zu sein.[3])

Bei dieser Stimmung war natürlich an eine Verständigung kaum mehr zu denken. Es war vergeblich, wenn Ferdinand in seiner Antwort, in der er die Deklaration zurückstellte, da die Katholiken sie nicht in den Abschied aufnehmen wollten, auf den Vorschlag Granvellas zurückkam, die Gegner durch eine Sonderverschreibung zufriedenzustellen. Zu deutlich hatten diese in Regensburg und Speier gesehen, daß eine solche besondere Verschreibung, die von den andern Ständen nicht anerkannt sei, ihnen nicht den gewünschten Nutzen bringen würde; sie lehnten deshalb diesen Vorschlag ab und verlangten, er solle noch einmal der Deklaration wegen bei den Katholiken anhalten.[4]) Selbst Granvella hielt jetzt die Lage für verzweifelt. Auch er, der Vielgewandte, wußte kaum noch einen Ausweg. Sogar das

---

[1]) Br. A. Granvella an Maria 4. April, Granvella an Karl 4. April.

[2]) Br. A. Granvella an Maria 4. April; Be. A. Räte an Brandenburg 6. April.

[3]) Ma. A. Sachsen und Hessen an die Räte 2. und 4. April; Philipp an die Räte 2. April Zettel, als Beilage Philipp an Sachsen 2. April. Vgl. über die Stimmung unter den Protestanten auch Schieß II, 179.

[4]) Fr. A. Ges. an den Rat 13. April, als Beilagen Ferdinands Antwort vom 7. April und Antwort der Protestanten vom 8. April; Ha. A. Bericht über die Verhandlung Ferdinands mit den Katholiken am 4. April; M. St. A. Arnold an Ottheinrich 7. April; Ma. A. Räte an Philipp 9. April.

Mittel, von dem er selbst sich so viel versprochen hatte, die bevorstehende Ankunft Karls, die er jetzt in sichere Nähe stellte, während die Protestanten immer noch nicht recht daran glauben wollten, schien versagen zu wollen; denn diese Kunde setzte, wie er Maria benachrichtigte, seine Gegner zwar in Erstaunen, aber von einer Nachgiebigkeit war noch nichts zu spüren. Nur insofern maß er dieser Nachricht einen Erfolg bei, als er es ihr wesentlich zuschrieb, daß die gegenseitige Erbitterung unter den Ständen noch nicht zum offnen Kampfe geführt hatte, dessen erstes Opfer der Mainzer sein würde.[1]) Und wenn diese Ansicht auch für die Protestanten in ihrer Gesamtheit nicht zutraf, da diese, ganz wie es Philipp vermutet hatte, die Rüstungen vorläufig noch mit Rücksicht auf die bedrängte Stellung Karls und Ferdinands als unnötig ablehnten, so sah doch der Landgraf die Lage immer noch so kritisch an, daß er von neuem seinen Räten befahl, die Schmalkaldener zur Annahme von Knechten und Reitern zu bewegen.[2])

Trotz dieser verzweifelten Verhältnisse brach der König die Verhandlungen doch noch nicht ab; in acht Tagen wollte er Nürnberg verlassen, da die Türkengefahr sein längeres Verweilen nicht duldete,[3]) aber diese Zeit sollte wenigstens bis zum letzten Augenblick noch zu neuen Vermittlungsversuchen verwandt werden. Es kam für ihn darauf an, eine Form zu finden, die, ohne die Deklaration direkt zu nennen, durch ihre absichtlich unklare Fassung wenigstens die Protestanten zufriedenstellen konnte, so wie es ihm ja auch in Speier geglückt war. Denn daß diese auf ihrer Forderung der Aufnahme der Deklaration in den Reichsabschied beharrten, zeigte ihm eine abermalige Unterredung Granvellas mit den hessischen Räten. Trotzdem dieser sich ihnen gegenüber bereits zu der unverhüllten Drohung verstieg, der Kaiser möchte, wenn die Protestanten bezüglich der Deklaration ihm nicht trauen würden, zu andern Maßnahmen

---

[1]) Br. A. Granvella an Maria 8. April.

[2]) Ma. A. Philipp an die sächsisch-hessischen Räte 7. April; Räte an Philipp 14. April; Fr. A. Ges. an den Rat 13. April. Auch dieses neue Ansinnen wurde von den Schmalkaldenern wieder als unnötig abgelehnt, Ma. A. Räte an Philipp 17. April Zettel.

[3]) Br. A. Granvella an Maria 8. April.

veranlaßt werden, wichen sie keinen Schritt zurück.[1]) Am 14. April ließ daher der König den katholischen Ständen durch Naves eine Fassung übergeben, wie nach seiner Ansicht die beiden Punkte Friedens und Rechtens in den Abschied zu bringen sein sollten. Bezüglich des ersteren sollten sich die Stände gegenseitig auf Ehrenwort verpflichten, keiner den andern zu bekriegen, sondern sich dem Landfrieden gemäß zu halten. Die Kammergerichtsvisitation sollte nach den vorherergangenen Reichsabschieden und Handlungen vorgenommen und die Zeit gleich hier festgesetzt werden; wenn dabei Streit entstände, so sollte die endgültige Entscheidung dem Kaiser zustehen.[2]) Jedoch die Katholiken waren nicht gewillt, diesen Vorschlägen zuzustimmen; sie erkannten die Falle, die ihnen gestellt werden sollte, denn es war klar, daß unter dem scheinbar unverfänglichen Worte „Handlungen" die Protestanten wieder wie in Speier die Deklaration verstehen würden. Dazu wollten sie aber in keiner Weise die Hand geben, wie denn auch in der Abschrift der Vorlage in den Akten des Bischofs von Hildesheim bei dem Worte „Handlungen" am Rande die bezeichnende Bemerkung „malum verbum" steht.[3]) Daher erteilten sie am 16. April dem König eine abschlägige Antwort.[4]) Unterdessen bereitete man sich auf protestantischer Seite schon eifrig auf das immer wahrscheinlichere Scheitern aller Verhandlungen vor. Man nahm schon jetzt die Abfassung einer Protestation in Angriff und beschloß, von der ursprünglich schon lange geplanten großen Gesandtschaft an Karl, welche die Schmalkaldener zuerst nur wegen des braunschweigischen Feldzuges, jetzt aber auch wegen ihrer hiesigen Haltung rechtfertigen sollte, vorläufig abzusehen und sich mit einer schriftlichen Entschuldigung und Begründung zu begnügen, die dem Kaiser persönlich durch einen der Ihren überreicht werden sollte.[5]) Endlich bemühte man sich,

---

[1]) Ma. A. Räte an Philipp 13. April.

[2]) Winckelmann III, 349; Fr. A. Ges. an den Rat 16. April, ebendort Ferdinands Bedenken vom 14. April.

[3]) Ha. A. Ferdinands Bedenken.

[4]) Fr. A. Ges. an den Rat 16. April Nachschrift.

[5]) Au. A. Ges. an den Rat 15. April; Fr. A. Ges. an den Rat 16. April; Ma. A. Räte an Philipp 10. Februar, als Beilage Zettel vom 11. Februar, und 17. April. St. A. Räte an Ulrich 16. April.

eine etwaige Spaltung der Schmalkaldener zu verhindern. Schon Mitte März hatte der Landgraf seine Räte angewiesen, dafür zu sorgen, daß kein Bundesmitglied ohne die Bewilligung ihrer Forderungen sich sondern und nicht außerhalb des Bundes dem Könige irgendwie die Hilfe leiste, ein Ansuchen, das er ihnen jetzt von neuem einschärfte. Bevor aber dies Schreiben noch in Nürnberg eintraf, hatten die Schmalkaldener von selbst den Entschluß gefaßt, daß im Falle ihrer Protestation gegen den Abschied sich keiner von ihnen weder öffentlich noch heimlich in irgendeine Hilfe einlasse, solange ihre Wünsche nicht erfüllt seien; gleichzeitig sollte, um ihnen diesen Entschluß zu erleichtern und dem einzelnen die nötige Sicherheit zu geben, in dem besonderen, noch aufzustellenden schmalkaldischen Abschied der Artikel Aufnahme finden, daß, wenn ein Bundesmitglied wegen der Verweigerung der Unterstützung irgendwie beschwert werden sollte, die andern ihm zur Hilfe verpflichtet seien. Daß die Räte von Herzog Moritz von Sachsen und Markgraf Hans von Brandenburg sich in dieser Angelegenheit von ihnen trennten, war bei ihrer ganzen bisherigen Haltung nicht verwunderlich. Daß aber auch die augsburgischen Gesandten erklärten, sie müßten deshalb erst den Befehl ihrer Herren einholen, erregte bei den übrigen Bundesmitgliedern ein derartiges Bedenken, daß in ihrer aller Namen ein Schreiben an den Rat von Augsburg abging, in dem sie die sichere Erwartung aussprachen, daß die Stadt sich in dieser wichtigen Angelegenheit nicht absondern werde. Und tatsächlich faßte der Rat trotz vieler Bedenken, die sich auch seine Gesandten selbst nicht verhehlten, den Entschluß, da die Schmalkaldener einmütig in diesem Punkte vorgingen, sich allein nicht abzusondern.[1])

Während so die Protestanten sich schon für alle Fälle rüsteten, nahm Ferdinand nach der Ablehnung seines letzten Vorschlages über Friede und Recht durch die Katholiken noch einmal die Verhandlungen mit den Schmalkaldenern auf. Die äußere Veranlassung für ihn lag darin, daß ihm die katholischen

[1]) Ma. A. Philipp an die Räte 13. März und 15. April; Räte an Philipp 17. April; St. A. Räte an Ulrich 16. April; Au. A. Ges. an den Rat 8. und 15. April; die Schmalkaldener an den Rat 17. April; der Rat an die Gesandten 17. April; der Rat an die Schmalkaldener 21. April.

Stände am 18. April ihre endgültige Antwort wegen der Hilfe übergaben. Wie erwähnt, hatten sie ihm diese bereits Ende März im Gegensatz zu seinem ersten Wunsch wesentlich nur zu defensiven Zwecken bewilligt, womit der König sich jedoch nicht begnügt, sondern auch noch für den Notfall einen „gewaltigen Zuzug“ verlangt hatte. Darauf war von katholischer Seite ein Ausschuß der Fürsten gemacht worden, der sein neues Bedenken den Kurfürsten am 7. April übergeben hatte. Die weiteren verliefen dann ziemlich glatt, nur die katholischen Städte hatten von neuem Schwierigkeiten gemacht, da sie zu dieser Beratung von den Fürsten ebensowenig wie früher zugezogen worden waren. Allerdings an eine Offensive war danach für dies Jahr nicht zu denken; dieser Zug sollte vielmehr im nächsten Jahre stattfinden, wenn der Kaiser persönlich anwesend sei. Dagegen waren sie bereit, zur Verteidigung 20000 Knechte und 4000 Reiter vom 1. Mai ab für sechs Monate zu unterhalten; auch den geforderten Zuzug für den Notfall bewilligten sie, der von Ferdinands Landen und den angrenzenden Kreisen, dem fränkischen, bairischen, schwäbischen, ober- und niedersächsischen, geleistet werden sollte.[1]) Hiermit hatte Ferdinand das Nötigste wenigstens von den Katholiken erhalten. Es galt jetzt noch einen letzten Versuch, um auch die Zustimmung der Protestanten zu erhalten. Noch am selben 18. April wandte er sich an sie mit der entsprechenden Bitte; gleichzeitig übergab er ihnen einen neuen Vorschlag über Frieden und Recht, über den er sich mit den Katholiken geeinigt hatte; zum Schluß erklärte er sich noch geneigt, ihnen über die Deklaration und deren Speirer Anerkennung, wenn nötig, noch mehr Versicherungen zu geben. Wenn er aber den Protestanten selbst erklären ließ, seiner Ansicht nach könnten sie den neuen Vorschlag annehmen, so glaubte er wohl selbst im Ernst nicht daran; es war weniger, als er selbst ihnen vorher zugestanden hatte, er hatte sich ganz den katholischen Wünschen gefügt. Für den Frieden sollte nur der Landfrieden und die Reichsabschiede, namentlich der Speirer aus dem Jahre 1542, maßgebend sein; ebenso sollte die Visitation nur auf diesen

---

[1]) Fr. A. Ges. an den Rat 5. April und 13. April; Bedenken der Katholiken über die Hilfe 18. April; M. St. A. Arnold an Ottheinrich 7. April; Au. A. Ges. an den Rat 15. April.

vorgenommen werden und am 3. Juli beginnen; etwaige Streitigkeiten sollte der Kaiser entscheiden; von der Deklaration war mit keinem Worte die Rede. Dementsprechend lehnten die Schmalkaldener diesen Vorschlag, so wie es schon vorher die augsburgischen Gesandten nach einer Sonderverhandlung Ferdinands für sich getan hatten, im Anschluß an das Bedenken ihres Ausschusses entschieden ab und erklärten offen, daß sie gegen einen Abschied mit derartigen Bestimmungen protestieren müßten.[1]) Daher kam Ferdinand wieder auf die Auskunft zurück, daß die Visitation auf die Reichsabschiede und die vorigen „Handlungen" vorgenommen werden sollte, worunter die Protestanten dann die Deklaration hätten verstehen können; gleichzeitig versprach er ihnen noch eine besondere Nebenversicherung. Was ihm aber in Speier gelungen war, glückte ihm jetzt, wo sich die Stimmung zu seinen Ungunsten verschärft hatte, nicht mehr. Wie vorher die Katholiken, so lehnten auch sie jetzt diese Fassung der Visitation ab, da die Katholiken darunter niemals die Deklaration würden anerkennen wollen; ebenso wiesen sie auch die Nebenversicherung als unzureichend zurück, da ja der Streit nicht zwischen ihnen und Ferdinand und Karl, sondern zwischen ihnen und den katholischen Ständen sei, die diese Nebenurkunde keineswegs irgendwie verpflichte. Entschieden beharrten sie vielmehr auf der offenen Anerkennung der Deklaration durch Aufnahme in den Reichsabschied.[2])

Hiermit waren alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft; ein Ausgleich war nicht gefunden, da der König nicht weiter gehen konnte und die Katholiken es nicht wollten. Es war daher reine Formensache, wenn Ferdinand am 22. April noch einmal die Unterhandlungen aufnahm; irgendeine Aussicht auf Erfolg boten sie nicht mehr. Es konnte ihn daher ziemlich gleichgültig lassen, wenn die Katholiken auch jetzt wieder die Auslassung des verfänglichen Absatzes mit dem Worte „Hand-

---

[1]) Au. A. Ges. an den Rat 20. April; Ma. A. Räte an Philipp 21. April; Fr. A. Relation der Ges. 8. Mai; Verhandlung Ferdinands nebst dem Friedstand vom 18. April; Bedenken des protestantischen Ausschusses vom 19. April; Antwort der Protestanten vom 20. April.

[2]) Winckelmann III, 349; Fr. A. Relation der Ges. 8. Mai; Antwort der Protestanten auf Ferdinands mündliche Anzeige vom 20. April.

lungen“ verlangt und auch durchgesetzt hatten, und wenn er auch den Protestanten gegenüber vorschützte, hierdurch würde nur neuer Streit vermieden werden, so änderte dies an dem Ergebnis nicht mehr das geringste. Der Schluß dieser langwierigen Einigungsversuche vollzog sich in ruhiger und gemessener Form. Die Protestanten erklärten, da ihren Beschwerden nicht abgeholfen sei und sie keinen weiteren Befehl hätten, so könnten sie seiner Bitte um Leistung der Hilfe nicht nachkommen; sie wollten aber ihre Herren seinem Wunsche entsprechend von allem, was hier vorgefallen sei, benachrichtigen. Ebenso ruhig erwiderte der König, da die Protestanten auf ihrer Meinung beharrten, so müßte er es mit Geduld ertragen und die Sachen dieser Zeit bei dem jetzigen Ersuchen beharren lassen, hoffe aber, daß sie sich auf sein Begehren als christliche Häupter willfährig erzeigen und ihn in dieser Not mit ihrer Hilfe nicht im Stich lassen würden.[1]) Trotz dieses offiziellen Abbruches der Verhandlungen unternahm der König noch am folgenden Tage, dem 23. April, einen letzten Versuch, durch Sonderverhandlungen die Gegner umzustimmen. Er wandte sich an ihre hervorragendsten Mitglieder, an Sachsen, Hessen, Würtemberg, Augsburg und Ulm. Flehentlich bat er namentlich die Vertreter der Fürsten, bei ihren Herren die Hilfe mit erbitten zu helfen, so daß die Räte selbst ihm ihr Mitleid nicht versagen konnten. Bei den Städtegesandten versuchte er außerdem noch das Mittel der Einschüchterung: Wenn die Städte mit ihrem Gelde wohl dazu hätten mithelfen können, Unruhe im Reiche zu stiften und einen Fürsten gewaltsam zu vertreiben, so sollten sie auch jetzt helfen; dies wäre ein Almosen; wenn sie jetzt aber ihre Hilfe versagten, würden sie bald finden, was sie getan hätten; sie sollten nur darauf bedacht sein, daß sie durch die Fürsten nicht einmal in ein „wüstes Spiel“ geführt würden und daß die braunschweigische Angelegenheit für sie

[1]) Winckelmann III, 349; Ha. A. Bericht über die Verhandlungen bei den Katholiken vom 22. April; Fr. A. Relation der Ges. 8. Mai; Antwort Ferdinands, desgl. der Protestanten und Ferdinands Schluß vom 22. April.

[2]) Winckelmann III, 349; Roth III, 101; Au. A. Ges. an den Rat 23. April; Ma. A. Räte an Philipp 26. April; Fr. A. Relation der Ges. vom 8. Mai, citiert bei Jansen III, 558.

ein gutes Ende nehme. Aber auch diese letzte Mühe war vergeblich, Fürsten wie Städte hielten fest zusammen.

Daher blieb Ferdinand nichts anderes übrig, als das, womit er vorher schon gedroht hatte, wahr zu machen und ohne die Zustimmung der Protestanten den Abschied verlesen zu lassen, da er seine Abreise nicht länger verschieben konnte.[1]) Noch am gleichen Tage, dem 23. April, erschien er um 3 Uhr nachmittags in der Reichsversammlung und ließ den Abschied verlesen. Dies war noch nicht ganz bis zum Ende geschehen, als sich der sächsische Vizekanzler Burkhardt erhob und mit den Worten begann: „Allerdurchlauchtigster König". Doch sofort stand Ferdinand auf, sagte zu dem Reichsmarschall: „Weg, weg!" und ging hinaus; die meisten katholischen Stände folgten ihm, zum Teil unter Lachen. Die Protestanten konnten demnach ebenso wie Trier, Cöln und noch andere Fürsten samt dem rheinischen Kreis ihre Protestation nicht öffentlich vorbringen, sondern mußten sich begnügen, sie in der Mainzischen Kanzlei registrieren zu lassen.[2]) Fünf Gründe führten sie für ihre ablehnende Haltung an. Als wichtigsten erwähnten sie zunächst, daß dieser Abschied ohne ihr Wissen und ihre Mitberatung zustande gekommen und Friede und Recht nicht erledigt seien; dann folgten mehrere Klagen gegen den geplanten Zuzug, zuletzt kamen finanzielle Beschwerden, daß die bewilligten Hilfe ungleich und gegen den Speirer Abschied sei und auch die vorgeschlagene Herabsetzung einen gleichmäßigen Anschlag nicht herbeiführen würde.[3])

Grade dieser letzte Punkt war es auch hauptsächlich, der noch eine Protestation, die aller Reichsstädte, veranlaßte. Wie bei Beginn der Beratung der katholischen Stände über die Türkenhilfe, so waren erneut am 14. April die katholischen Städte von den Fürsten zur Beschlußfassung nicht hinzugezogen worden.

[1]) Papendrecht II, 1, 305; Ma. A. Räte an Philipp 21. April.

[2]) Winckelmann III, 350 und 383 f.; State Papers IX, 370 f.; Buchholtz V, 118; Ha. A. Ratzmann an den Bischof zu Hildesheim 23. April; M. St. A. Arnold an Ottheinrich 23. April; Ma. A. Räte an Philipp 26. April; Ba. A. Rechenberg an Georg 26. April; Fr. A. Relation der Ges. 8. Mai. Die hessischen Räte berichten, sie hätten vernommen, auch Würzburg und Bamberg sollten den Abschied nicht annehmen.

[3]) Fr. A. Protestation der Protestanten 23. April.

Gleichzeitig mit ihren wiederholten Beschwerden wurde von allen Städten, katholischen wie protestantischen, ein Ausschuß für diese Angelegenheit gewählt. Der gemeinsame Widerstand gegen die Fürsten und die versuchte einseitige Steuerregulierung schweißte sie damals noch trotz aller religiösen Gegensätze zu einer Einheit zusammen. So überreichten sie nach Übergabe der gesamtprotestantischen Erklärung ihre eigene Protestation in die Mainzische Kanzlei. Neun Gründe zählten sie für ihre Ablehnung des Abschiedes auf. An erster Stelle stand ihre Ausschließung durch die Fürsten, dann folgten in ausführlicher Darlegung die gesamten finanziellen Beschwerden, die zum Teil mit den protestantischen sich deckten, zum Teil wesentlich städtischer Art waren, und als Schluß kamen, nachdem hiermit die allen Städten gemeinsamen Klagen erledigt waren, noch einmal die besonderen der protestantischen Reichsstädte über die Nichterledigung von Frieden und Recht.[1])

Als Abschluß der gesamten Verhandlungen folgten dann wie auf den vorhergehenden Reichstagen noch zwei Sonderabschiede der Städte und der Schmalkaldener. Die Städte beschlossen, vor allem in Sachen des Streites mit den Fürsten einen allgemeinen Städtetag am 17. Juni in Frankfurt abzuhalten,[2]) und die Schmalkaldener trafen hier ihre Maßnahmen für die Zukunft.[3]) Einmal stellten sie das weitere Verhalten der Protestanten dem Könige gegenüber fest. Da es vorauszusehen war, daß dieser trotz aller bisherigen vergeblichen Versuche nicht ablassen würde, auch bei ihnen um „Partikularhilfe" nachzusuchen, wie er denn auch tatsächlich noch vor seiner Abreise von Nürnberg derartige Schreiben ausgeben ließ,[4]) so

---

[1]) Winckelmann III, 350; Au. A. Ges. an den Rat 15. April; Fr. A. Ges. an den Rat 16. April; Protestation der Städte vom 23. April. Trotz dieser Protestation aller Städte fanden sich unter dem Reichsabschied vieler Städte Namen, die von der Mainzer Kanzlei absichtlich hingesetzt wurden, vgl. Winckelmann III, 350 und 384. Hiernach ist Egelhaaf II, 421 zu berichtigen.

[2]) Winckelmann III, 385; Fr. A. Relation der Ges. 8. Mai; den Abschied selbst habe ich nicht gefunden.

[3]) Janssen III, 259; Mentz II, 368 f.; Fr. A. Abschied vom 28. April.

[4]) Ba. A. Ferdinand an Georg und Albrecht von Brandenburg 23. April; Rechenberg an Georg 26. April.

beschlossen sie hier entsprechend dem früheren Abkommen, auch fernerhin für einen Mann zu stehen, sich in keine Sonderbewilligung einzulassen und sich gegenseitig zu unterstützen, falls wegen Verweigerung der Hilfe ein Stand beschwert werden sollte. Der zweite Punkt betraf ihr Verhältnis zum Kaiser. Doppelt bedrückt und belastet fühlten sie sich jetzt ihm gegenüber, zunächst wegen des braunschweigischen Feldzuges und dann wegen der jetzigen Ablehnung des Abschiedes. Man entschloß sich jetzt, beide Angelegenheiten zu vereinen und, einem Vorschlage des Augsburger Rates entsprechend, nach Italien zum Kaiser einen Gesandten mit zwei Schreiben zu schicken, in denen sie ihr Verhalten zu rechtfertigen versuchten; ihr Vertreter sollte dann gleich noch längere Zeit am kaiserlichen Hofe verweilen und sie über alles wichtige unterrichten. Nachdem der Rat von Augsburg ihren Wunsch, diese Aufgabe zu übernehmen — man dachte, ohne ihn direkt zu nennen, an Peutinger — abgelehnt hatte, angeblich, weil er keine geeignete Persönlichkeit wisse, in Wahrheit, weil er sich nicht so exponieren wollte, entsprach die Stadt Straßburg ihrer Bitte, Dr. Kopp an Karl zu schicken.[1]) Sachsen und Hessen sollten dann die beiden Entschuldigungsschreiben aufsetzen und sie Straßburg zuschicken, was auch Mitte Mai geschah.[2]) In dem ersten rechtfertigten sie die Ablehnung der Hilfe mit der Verweigerung von Friede und Recht und der mangelnden Vergleichung der Anschläge. Das zweite Schreiben betraf die braunschweigische Angelegenheit.[3]) Da aber die Sendung Kopps nicht so schnell, wie man es für nötig hielt, vor sich gehen konnte, so beschloß man, dem kaiserlichen Vizekanzler Naves, der Karl nach Genua entgegenreiste, die Protestation gegen den Abschied gleich mitzugeben und ihn zu bitten, sie deshalb zu entschuldigen, was er auch zusagte.[4])

---

[1]) Winckelmann III, 376, A. 2. Au. A. Augsburg an die Protestanten 21. April; Ges. an den Rat 24. April; Peutinger an den Rat 24. April; die Protest. an Augsburg 24. April; Augsburg an die Protest. 25. April; Ma. A. Räte an Philipp 26. und 28. April.

[2]) Winckelmann III, 376; Mentz II, 372.

[3]) Beide Schreiben im Fr. A., das erste auch im Ha. A.

[4]) Fr. A. Relation der Ges. 8. Mai.

Fragen wir uns auch hier wieder nach der Bedeutung dieses Reichstages, so ergibt sich, daß er nicht nur seinen Vorgänger vom letzten Sommer in jeder Hinsicht, sondern im allgemeinen an Wichtigkeit auch den Speirer Reichstag übertrifft, allerdings nicht durch das, was er Positives geleistet hat, sondern grade durch das, was er nicht gebracht hat. Betrachten wir von diesem Standpunkt zuerst die Ergebnisse für Ferdinand. Noch niemals hatte sich von dem Regensburger Reichstag an eine so kompakte Masse zusammengefunden, die seinen Plänen einen derartigen hartnäckigen Widerstand entgegensetzte, und die auch vor der offenen Ablehnung des Reichsabschiedes nicht zurückscheute. In Nürnberg waren im vergangenen Jahre nur die Städte geschlossen gegen ihn aufgetreten, hier dagegen hatten mit ihnen auch die Protestanten ihm die Unterstützung versagt. Daher war das Ergebnis der Verhandlungen für den König ein klägliches.[1]) Auch die Katholiken hatten trotz alles Entgegenkommens ihm nur eine Defensivhilfe von 20000 Knechten und 4000 Reitern für sechs Monate und nur im Notfall den weiteren Zuzug der nächsten Kreise bewilligt, und einige von ihnen hatten auch noch gegen diese protestiert. Äußerlich noch weit weniger erlangte Granvella. Wie erwähnt, hatte er von den Ständen die Unterstützung im Kampfe Karls gegen Frankreich und Cleve verlangt, und wenn er auch selbst ebenso wie der Kaiser sich kaum einen Erfolg hiervon versprochen hatte, wie es auch mehr eine Art Versuch sein sollte, um über die Stellung der Stände völlige Klarheit zu bekommen, so konnte er doch wenigstens eine direkte Antwort von ihnen erwarten. Aber da Granvella selbst nicht drängte, der beste Beweis, wie wenig Wert er selbst auf eine Antwort legte, so zogen die Stände es vor, stillschweigend darüber hinwegzugehen. Dafür hatte er aber im stillen in der clevischen Angelegenheit einen doppelten Sieg davongetragen. Einmal konnte er es bereits als einen Erfolg seiner Politik betrachten, daß er von der Unterstützung des Herzogs von Cleve die deutschen Fürsten mit Ausnahme von dessen Schwager, dem Kurfürsten von Sachsen, abgehalten hatte. Vor allem aber schrieb er es sich als einen großen diplomatischen Sieg zu, daß er Wilhelms Auf-

[1]) Vgl. auch Quellen zur Frankfurter Geschichte II, 274.

nahme in den Schmalkaldischen Bund, der auch jetzt noch ein Teil der Protestanten nicht unsympathisch gegenüberstand, verhindert hatte. Wäre doch sonst an keine gewaltsame Niederwerfung des Herzogs zu denken gewesen, die jetzt das Hauptziel der kaiserlichen Politik war. Denn wurde dieser Fürst, wie Granvella klar erkannte, von Karl nicht schnell besiegt, so war zu fürchten, daß die deutschen Fürsten im allgemeinen und die Protestanten im besonderen in ihrer Unbotmäßigkeit und in ihrem Widerstand gegen den Kaiser noch bestärkt werden würden. Vor allem lag aber die Gefahr sehr nahe, daß der Herzog sich im Laufe der Zeit samt seinem Lande dem Protestantismus immer mehr und mehr nähern, Cöln und Münster ebenfalls zur neuen Lehre übertreten und so ein geschlossenes einheitliches protestantisches Gebiet zwischen Niederrhein und Weser entstehen würde, was nicht nur für die katholische Religion einen unermeßlichen Schaden, sondern auch eine gewaltige Bedrohung für Karls Stammlande bedeutet hätte.[1]) Auf Grund dieser Erfolge in der clevischen Angelegenheit sah denn auch Granvella die allgemeine Lage für Karl und Ferdinand durchaus nicht ungünstig an. Gewiß, auch er war über die hartnäckige Haltung der Gegner erbittert. Aber er hielt es mit Ferdinand zunächst für nötig, sie nicht durch scharfes Vorgehen zu sehr zu reizen und dann namentlich die katholischen Städte wieder enger an ihre fürstlichen Glaubensgenossen zu ketten. So empfahl Ferdinand seinem Bruder durch Granvella, den protestantischen Gesandten freundlich zu empfangen und alles zu tun, was zur Ruhe und zum Frieden Deutschlands nötig sein werde. Im ganzen betrachtete Granvella die Lage, wie sie durch den Widerstand der Gegner geschaffen war, keineswegs als verzweifelt. Hinsichtlich der Hilfe hielt er an seinem früheren Standpunkt fest; die Protestanten würden sie schon bewilligen, wenn nur erst einige unter ihnen sie zugesagt hätten. Er meinte, berechtigten Grund zur Hoffnung zu haben, daß neben andern Moritz von Sachsen und die Markgrafen von Brandenburg sie leisten würden, während er von Nürnberg bereits volle Sicherheit dafür zu haben glaubte; die übrigen erwartete er dann zum

[1]) Br. A. Granvella an Maria 8. April; Granvella an Karl 20. April.

Teil durch Sonderverhandlungen für sich gewinnen zu können, die er persönlich mit Augsburg und Ulm zu führen gedachte. Vor allem aber rechnete er, wie er es von Anfang an betont hatte, auf die bevorstehende Ankunft Karls. Ausdrücklich war seinem und Ferdinands Wunsch entsprechend im Reichsabschied und auch sonst öffentlich bekanntgegeben worden, daß ein neuer Reichstag angesetzt werden sollte, auf dem der Kaiser persönlich erscheinen und alle Angelegenheiten ordnen werde, wie er überhaupt die nächste Zeit sich in Italien, Deutschland und den Niederlanden aufzuhalten vorhabe.[1]) Gerade von Karls persönlichem Erscheinen versprach er sich am meisten; die nächste Zukunft sollte bereits zeigen, ein wie feiner Menschenkenner er war. Es war nicht übertrieben, wenn er sich selbst einmal in einer Unterredung mit den hessischen Gesandten als einen Mann mit „langen Ohren und lichten Augen“ bezeichnete.[2])

Während so der Nürnberger Reichstag für die kaiserliche Politik dem oberflächlichen Beobachter nur einen Mißerfolg gebracht zu haben schien, was jedoch in Wirklichkeit durchaus nicht der Fall war, verhielt es sich bei den Protestanten umgekehrt. Auf den ersten Augenblick konnte und mußte es so scheinen, als ob sie Karl und Ferdinand gegenüber einen Erfolg davongetragen hätten. Und so war es auch zunächst in der Tat. Im Gegensatz zu dem Speirer Reichstag, wo die Naumburger Beschlüsse von Anfang an keineswegs durchgeführt worden waren, wurden hier die Abmachungen, über die man sich entsprechend den Schweinfurter Anregungen gleich zu Anfang geeinigt hatte, vom ersten bis zum letzten Tage fest innegehalten; selbst Marias Räte konnten dieser konsequenten Haltung ihre Anerkennung nicht versagen.[3]) Einmütig hatten in diesem Punkte Fürsten und Städte zusammengestanden, an ihrer entschiedenen Haltung waren alle Versuche der Gegner, durch Sonderverhandlungen etwas zu erreichen, kläglich gescheitert. Gemeinsam hatten sie, da ihre Forderungen nicht erfüllt worden waren, jede Unterstützung verweigert und damit äußerlich einen Erfolg errungen. Trotzdem war auf protestantischer Seite von einem

---

[1]) Br. A. Granvella an Karl 24. April.

[2]) Ma. A. Räte an Philipp 20. Februar.

[3]) Br. A. Räte an Maria 24. April.

rechten Siegesjubel keine Rede; ja, der Gesandte des Markgrafen Georg von Brandenburg äußerte seine Ansicht dahin, es wäre besser gewesen, es hätte überhaupt kein Reichstag stattgefunden; er setzte seine ganze Hoffnung auf einen neuen, da sonst Deutschland zugrunde gehen würde.[1]) War dies entschieden auch zu schwarz gesehen, so kam es für die Protestanten doch darauf an, ob ihr Gemeingefühl auch in Zukunft allen Lockungen der kaiserlichen Politik widerstehen würde, die jetzt — der Kaiser sollte bereits am 10. Mai in Genua eintreffen — ungleich stärker und wuchtiger einsetzen konnte,[2]) und vor allem, ob sie auch dem Kaiser versagen würden, was sie seinem Bruder abgeschlagen hatten. Da war es immerhin ein recht bedenkliches Zeichen, daß man, wie erwähnt, in dem protestantischen Abschied für den Fall der Beschwerung wegen der Versagung der Hilfe die gegenseitige tatkräftige Unterstützung ausdrücklich aufzunehmen für nötig hielt, was schon von Anfang an keinen zu energischen Widerstand erwarten ließ. Viel verhängnisvoller aber sollte es für sie werden, daß der kluge Rechner Granvella, der sich stets eine günstige Änderung von Karls persönlichem Erscheinen versprochen hatte, durchaus Recht behalten sollte. Einmal war das Ansehen, dessen sich die kaiserliche Würde in Deutschland erfreute, immer noch sehr groß, so daß schon an und für sich, wenn der Kaiser in Deutschland persönlich eintraf, mit dem Nachlassen des Widerstandes zu rechnen war. Dazu kam, daß das Kaisertum in Karl einen Vertreter besaß, der jedenfalls im Gegensatz zu seinem Bruder infolge seiner Gewandtheit und Klugheit einer größeren Autorität sich rühmen konnte. Versprach sich doch selbst der protestantische Rat Rechenberg, nachdem er lebhaft darüber geklagt hatte, daß infolge der vielen Protestationen der Abschied nur auf dem Papier stehen und alle Handlungen stecken bleiben werden, einzig und

[1]) Ba. A. Rechenberg an Georg 26. April, dgl. an die Räte. Über die Stimmung unter den Protestanten vgl. auch Kawerau, Jonas II, 103, und Mentz II, 372. Philipp hielt die Lage wieder für so bedenklich, daß er von neuem zur Sicherung Rüstungen vorschlug, M. A. Philipp an die Räte 27. April, vgl. auch Mentz II, 372.

[2]) Au. A. Augsburg an die Protestanten 21. April; Ba. A. Rechenberg an die Räte 26. April.

allein eine Besserung von Karls Ankunft.[1]) Mit dieser Bewertung der kaiserlichen Person deckte sich völlig die Ansicht eines der am schärfsten blickenden Vertreter des damaligen Protestantismus, des Augsburger Arztes und Agenten des Landgrafen, Dr. Gereon Sailer, der einmal mit Beziehung auf Karl äußerte: „So man uns nur ein gutes Wörtlein gibt, meinen wir, es hängt der Himmel voller Geigen".[2]) Daher bedeutet zunächst der Nürnberger Reichstag, rein äußerlich betrachtet, für die Protestanten einen Höhepunkt ihrer Politik; sie hatten sich nicht gescheut, da ihre Forderungen nicht bewilligt worden waren, sich in offenen Widerspruch zur kaiserlichen Politik zu setzen. Über die Regensburger Deklaration, die Speirer Nebenversicherung, die Nürnberger Protestation von 1542 der doch meist protestantischen Reichsstädte, der sich auch die Häupter des Schmalkaldischen Bundes angeschlossen hatten, führt eine gerade Linie aufwärts zu der gemeinsamen Protestation aller Protestanten in Nürnberg 1543.

Aber auch hier liegen Höhepunkt und beginnender Niedergang dicht beieinander. Da die Protestanten an diesem entschlossenen Widerstand nicht festhielten, war er, statt die Gegner zum Entgegenkommen zu veranlassen und den Schmalkaldenern dadurch Nutzen zu bringen, sogar direkt schädlich für den Bund. Denn es war begreiflich genug, daß neben Ferdinand jetzt auch Granvella, der seit dem Regensburger Reichstage nicht mehr direkt an den deutschen Händeln beteiligt gewesen war und der jetzt hier aus eigenster Anschauung alles beurteilen konnte, aufs höchste gegen die Protestanten eingenommen werden mußte. Dieser unerwartete zähe Widerstand öffnete auch ihm wie vorher dem König über die Gegner vollends die Augen und nötigte ihn zu der Ansicht, daß die kriegerische Abrechnung mit ihnen, die seit Regensburg bei ihm feststand, nicht mehr lange hinausgeschoben werden dürfe. Deutlich offenbart dies sein Schreiben

---

[1]) Ba. A. Rechenberg an die Räte 26. April. Dieselbe Meinung von Karls persönlichem Einfluß teilte auch der englische Gesandte, vgl. State Papers IX, 370 f.

[2]) Roth, Aus dem Briefwechsel Gereon Sailers mit den Augsburger Bürgermeistern Georg Herwart und Limprecht Hoser im Archiv für Reformationsgeschichte I, 107 f.

vom 4. April, also bereits zu einer Zeit, wo die offene Protestation noch gar nicht erfolgt war, aber die Unvereinbarkeit der Gegensätze sich bereits deutlich gezeigt hatte. In ihm entwickelte er, einerseits empört über die protestantischen Forderungen, andrerseits erschrocken über die gewaltige Ausdehnung des Protestantismus, dem Kaiser seine Ansicht über die baldige Notwendigkeit des Religionskrieges. Denn sonst würden die Protestanten, die schon jetzt alles nur nach ihrem Wunsche regeln möchten, in kurzem den Rest von Deutschland zu sich herüberziehen, wenn man sie eben nicht gewaltsam daran hindere, und grade im Gegensatz zu den Baiern und den geistlichen Fürsten, die nach seiner Ansicht den Krieg mit den Protestanten nur aus Rache herbeisehnten, betonte er ausdrücklich, daß er ihn für nötig halte im Dienste Gottes und zum Zweck der Zurückführung Deutschlands zur katholischen Einheit. Daß aber an eine augenblickliche Ausführung dieses Planes nicht zu denken war, darüber war er sich ebensowenig wie vorher im Zweifel, denn in erster Linie stand für den Kaiser, wie dieser es bereits im verflossenen Jahre selbst zu erkennen gegeben hatte,[1] die Niederwerfung des Clevers, an die sich die Frankreichs anschließen mußte. Eine weitere notwendige Voraussetzung für den Religionskrieg war aber, wie Granvella jetzt offen seinem Herrn erklärte, eine Unterstützung durch den Papst, so daß wir hier bereits von ihm die Hauptrichtlinien für die kaiserliche Politik der nächsten Jahre gezogen finden.[2] Daher war der Erfolg der Protestanten auf diesem Reichstag doch nur ein Scheinerfolg. Ihr Vorgehen rief auf der Gegenseite statt des gewünschten Erfolges die stärkste Reaktion hervor. Von diesem Gesichtspunkte aus ist der Nürnberger Reichstag die direkte Fortsetzung des Regensburgers. Dort wurde der Krieg im allgemeinen von Granvella und Karl als nötig erkannt, hier überzeugte sich sein vertrautester Ratgeber, daß die Ausführung dieses Planes nicht mehr lange hinausgeschoben werden dürfe.

Betrachten wir noch im einzelnen, in welcher Weise die Protestanten unter dem Eindruck von Karls Ankunft immer mehr und mehr ihren Widerstand aufgaben. Wir sahen, wie

---

[1]) Vgl. S. 53.

[2]) Br. A. Granvella an Karl 4. April.

Ferdinand, noch bevor er Nürnberg verlassen hatte, die protestantischen Stände zu bearbeiten fortgefahren hatte, Bemühungen, die er auch in der Folgezeit fortsetzte.[1]) Jetzt schloß sich diesen Bitten auch sein Bruder an. Bereits vom 26. Mai, einen Tag nach Karls Ankunft, ist sein Schreiben aus Genua datiert, in dem er sich an die protestantischen Fürsten und Städte um Bewilligung der in Nürnberg beschlossenen Hilfe wandte. Genau so wie vorher Granvella dem Landgrafen gegenüber im allgemeinen die friedlichen Ziele der kaiserlichen Politik hervorgehoben hatte, so gab der Kaiser ihnen jetzt selbst beruhigende Zusicherungen. Vor allem sagte er ihnen zu, daß die Kammergerichtsvisitation am 3. Juli in Speier ihren Anfang nehmen werde. Hierbei wolle er es, so fügte er mit verlockenden Tönen hinzu, am Fleiß nicht fehlen lassen, damit das Kammergericht so reformiert werde, daß sie sich über ungleichmäßiges Recht nicht weiter zu beklagen haben sollten.[2]) Die Wirkung dieses Schreibens zeigte sich sofort auf der Versammlung der Schmalkaldener, die im Gegensatz zu dem Nürnberger Beschluß statt in Frankfurt in Schmalkalden Ende Juni stattfand. Zwei Fragen waren es hauptsächlich, die hier zur Beratung standen, die der Beschickung des Visitationstages und die der Leistung der Türkenhilfe. Hinsichtlich der ersteren entschied man sich zwar, eine Gesandtschaft nach Speier zu schicken, aber an der Visitation sollte sie nur teilnehmen, wenn die verdächtigen Kammerrichter vorher abgesetzt und die Visitation auf die Regensburger Deklaration vorgenommen würde. Während man in dieser Angelegenheit noch an den alten Forderungen festhielt, kam man in der Türkenhilfe dem Kaiser einen Schritt entgegen. Die Gesandtschaft, die man jetzt an ihn zu schicken beschloß, um sich wegen der Nürnberger Protestation zu entschuldigen, erhielt die Ermächtigung, dem Kaiser unter

---

[1]) Ba. A. Ferdinand an den Bischof von Bamberg und Markgraf Georg von Brandenburg 13. Mai; Ferdinand an Georg 5. Juni; Au. A. Ferdinand an Augsburg 16. Juni; Ferdinand an Sachsen 4. Juli. Über die sonstigen Bemühungen bei Sachsen und Hessen vgl. Mentz II, 372.

[2]) Bucholtz V, 19; Duller, Beiträge S. 54; Neudecker, Urkunden S. 665 f.; Winckelmann III, 390; Roth III, 101. Au. A. Karl an Augsburg 26. Mai; Ba. A. Karl an Georg von Brandenburg 26. Mai.

der Bedingung, daß er ihnen über Friede und Recht eine ausreichende Zusicherung gäbe und für gleiche Anschläge sorge, die Unterstützung für vier Monate zu bewilligen. Allerdings war es nur ein bedingter und auch noch kein endgültiger Entschluß, da ein Teil der protestantischen Stände erst noch ihre Genehmigung zu diesem Beschluß geben mußte, ebenso sollte dem Kaiser ausdrücklich erklärt werden, daß sie diese Hilfe nicht auf Grund des Nürnberger Reichsabschiedes, sondern nur aus freien Stücken leisteten.[1]) Aber trotz alledem war es unzweifelhaft ein Zurückweichen von ihrem früheren Standpunkt aus der allgemeinen Furcht und Scheu heraus, die Karls Ankunft zusammen mit den gewaltigen Rüstungen ihnen einflößten.

Wie wenig aber den Versprechungen des Kaisers zu trauen war, sollten die Protestanten jetzt wieder bei der Visitation in Speier erkennen. Wohl hatte Karl noch von Italien aus seine Kommissare dazu ernannt, aber unmöglich konnte es ihm mit der Durchführung der Visitation voller Ernst sein zu einem Zeitpunkt, wo er selbst alle Hände voll mit den Vorbereitungen zum clevischen Feldzuge zu tun hatte und er ein Aufrollen dieser heiklen Angelegenheit unbedingt vermeiden mußte, um keine von beiden Parteien jetzt, wo er ihrer aller Gunst brauchte, zu verletzen. Schon der Anfang war wenig versprechend. Am 5. Juli, bereits zwei Tage nach dem festgesetzten Termin, fehlten von den vier kaiserlichen Kommissaren noch zwei; ebenso waren noch mehrere ständische Vertreter nicht anwesend. Inzwischen traf in Speier die Bitte der protestantischen Räte von dem Bundestage in Schmalkalden ein, da sie das Schreiben Karls über die Visitation eben erst, am 27. Juni, erhalten hätten, mit dem Beginn der Verhandlungen bis zur Ankunft ihrer Gesandten zu warten. Nachdem diese sich sofort nach ihrem Erscheinen in Speier ihres Auftrages entledigt hatten, hielten die Kommissare es für das einfachste, da bei diesen verschiedenen

---

[1]) Winckelmann III, 380 und 405 f.; Mentz II, 373 f.; v. Stetten I, 368; Bucholtz V, 19; Roth III, 101. Au. A. und Fr. A. Beschluß über die Türkenhilfe vom 1. Juli; er wurde dann in den Abschied vom 21. Juli übernommen. Für Sachsen und Hessen kam noch besonders die Furcht vor Herzog Heinrich von Braunschweig hinzu, der mit neuen Werbungen zur Wiedererlangung seines Landes beschäftigt sein sollte, vgl. Lenz III, 283.

Standpunkten an eine Einigung nicht zu denken war und auch ihr Auftrag nicht so weit ging, den Bescheid des Kaisers einzuholen; die Verhandlungen sollten inzwischen ruhen.[1]) Nichts konnte dem Kaiser erwünschter sein; denn wenn er auch äußerlich den Protestanten weiter entgegenkam, wie es die Verlängerung des Landfriedens und der Friedstände von Regensburg und Speier zeigen sollte und wenn er auch ihrem Abgesandten Dr. Kopp von Wohlwollen, namentlich den protestantischen Städten gegenüber, förmlich überfloß,[2]) so war er doch keineswegs gesonnen, die ihm persönlich verhaßte Deklaration, die infolge ihrer Entstehung nur unangenehme Erinnerungen in ihm wecken mußte, zur Grundlage der Visitationsverhandlungen zu machen. Daher hielt er es für das zweckmäßigste, zunächst die Verhandlungen bis zu seiner persönlichen Ankunft in Speier, die Ende Juli stattfinden sollte, vorläufig zu verschieben. Als er dann am 25. Juli dort eintraf, vermied er auch jetzt noch, als ihn seine Kommissare von neuem mündlich um Bescheid angingen, offen seine Ansicht zu erklären. Er konnte es aber nicht vermeiden, daß unter den Protestanten gleichwohl das Gerücht aufkam, es solle aus der Visitation jetzt nichts werden, vielmehr ein neuer Tag angesetzt werden; gleichzeitig verbreitete sich aber, um diese unangenehme Nachricht wieder abzuschwächen, die Kunde, der Kaiser werde die Deklaration anerkennen.[3]) Sicherlich war dies letzte Gerücht absichtlich vom kaiserlichen Hofe aus verbreitet worden, um die Protestanten jetzt bei guter Stimmung zu erhalten. Denn die Entscheidung mit Cleve, bei der alles auf ihre wohlwollende Neutralität ankam, stand nahe bevor.

---

[1]) Harpprecht V, 131 und 399; v. Ompteda S. 47 f. Lanz, Correspondenz II, 393 ff.; State Papers IX, 449; Winckelmann III, 415 f.; Roth III, 102; Küch I, 427. Be. A. Vollmacht Karls für den Kurfürsten von Brandenburg 8. Juni; Br. A. Karls Vollmacht für alle Kommissare 8. Juni; Sachsen und Hessen an die kaiserlichen Kommissare in Speier 3. Juli; Au. A. Die protestantischen Räte in Schmalkalden an Helfmann in Speier 30. Juni; Ges. aus Schmalkalden an den Rat 1. Juli; Helfmann an die Protestanten in Schmalkalden 5. Juli; Hel an den Rat 10. und 17. Juli nebst Beilage. Die mündliche Werbung der protestantischen Gesandten fand am 11. Juli in Speier statt, am 12. Juli die schriftliche Übergabe in feierlicher Audienz.

[2]) Winckelmann III, 390, A. 5, 401 f. und 410 f.

[3]) State Papers IX, 449 und 468. Au. A. Hel an den Rat 26. Juli.

Diese Vorsicht war aber überflüssig. Auf protestantischer Seite war man weit davon entfernt, dem Herzoge irgendwelche Hilfe zu leisten, im Gegenteil unterstützten gerade die großen protestantischen oberländischen Städte den Kaiser bei seinen Rüstungen gegen Wilhelm kräftig. Ebensowenig hielt man städtischerseits an dem ablehnenden Standpunkt in der Türkenhilfe fest, konnte es auch gar nicht mehr, nachdem die Schmalkaldner schon vorher ebenfalls den kaiserlichen Wünschen entgegengekommen waren. Daher ist es begreiflich, daß die Stimmung auf dem Städtetage zu Frankfurt dem Kaiser durchaus günstig war. Ursprünglich war diese Versammlung vor allem zur endgültigen Erledigung der Frage, wie man den fürstlichen Ansprüchen entgegentreten sollte, angesetzt worden. Aber für die mangelnde Einigkeit und Entschlußfähigkeit auf städtischer Seite war es doch sehr bezeichnend, daß man auch jetzt, zwei Jahre nach dem neuen Ausbruch des Streites, sich hier noch nicht einmal darüber verständigen konnte, ob man auf dem neuen Reichstag in der Form einer Supplikationsschrift oder durch Überreichung eines Buches, wie es inzwischen wesentlich von dem Straßburger Advokaten Dr. Gremp mit Unterstützung von dem Frankfurter Dr. Lamb verfaßt worden war, seine Ansprüche vertreten sollte; man faßte hier nur den Beschluß, daß zu Beginn des neuen Reichstages Straßburg, Nürnberg, Frankfurt und Ulm je einen ihrer Gesandten beauftragen sollten, sich durch gemeinsame Beratungen über diesen Punkt schlüssig zu werden, damit dann die Angelegenheit allen Städtegesandten zur Entscheidung vorgelegt werden könne.[1]) Bei der Bedeutung, die für die Städte die Stellung des Kaisers besaß, lag es nahe, sich ihn durch Nachgiebigkeit in der Hilfsfrage zu gewinnen, so daß beide Angelegenheiten mit einander verschmolzen. Einen Schritt in diesem entgegenkommenden Sinne tat bereits Straßburg, als es Dr. Kopp noch den Sonderauftrag mitgab, die Stadt bei dem Kaiser wegen ihrer Protestation gegen den Reichsabschied zu entschuldigen.[2]) Ebenso warf Karl bereits einen Köder aus, als er diesem Gesandten seine Bereitwilligkeit zu erkennen gab, den Städten in der Sessionsfrage helfen zu wollen; sein Zweck

[1]) Winckelmann III, 385 und Fr. A. Abschied vom 21. Juli.

[2]) Winckelmann III, 376, A. 2.

war natürlich, hierdurch die Städte, und namentlich die protestantischen, von den Fürsten zu trennen, eine Absicht, die aber zu klar auf der Hand lag, als daß sie Kopp hätte verborgen bleiben können.[1]) Waren die Städte auch nicht willens, dem Kaiser in dieser Richtung zu folgen, so beschlossen sie doch auf dem Frankfurter Städtetage, in der Türkenfrage zwar zunächst noch an der Protestation festzuhalten, aber bei einer neuen Ansuchung die Hilfe in Ansehung der höchsten Not zu leisten, nicht auf Grund des Nürnberger Abschiedes, sondern allein Karl und Ferdinand zn Gefallen. Ebenso einigten sie sich weiter über eine Gesandtschaft an den Kaiser, die sie wegen ihrer Protestation entschuldigen und ihm eine Supplikationsschrift über ihre Session übergeben sollte.[2])

So finden wir in allen Kreisen, die in Nürnberg dem Bruder des Kaisers so hartnäckigen Widerstand entgegengesetzt hatten, um diese Zeit, wo Karl eben erst in Deutschland angelangt war, bereits eine starke Nachgiebigkeit; Protestanten wie Städte hatten in gleicher Weise ihren damaligen Beschluß, wenn auch noch nicht ganz, so doch zum größten Teile aufgegeben. Diese Nachgiebigkeit wuchs sogar noch in der nächsten Zeit, trotzdem der Kaiser der protestantischen Gesandtschaft, die endlich auf Grund des schmalkaldischen Abschiedes zur Ausführung gelangte und die Protestanten wegen der Nürnberger Protestation und der braunschweigischen Angelegenheit entschuldigen sollte, im Grunde nur wenig Entgegenkommen bewies. Wie vorher gab er den Gesandten, als sie sich ihres Auftrages Anfang August in Speier entledigten, nur eine allgemeine Friedenszusicherung; in der Frage der Visitation blieb er hart. Zunächst verschob er sie abermals, auf den 2. Oktober, dann lehnte er die sofortige Entlassung der verdächtigen Kammerrichter durchaus ab, er machte vielmehr ihre Beurlaubung von dem Ausfall der Untersuchung abhängig. Die Neuordnung der Anschläge wies er dem kommenden Reichstage zu. Bezüglich der Hauptforderung aber, der Deklaration, gab er ebenfalls nur ganz allgemein ge-

---

[1]) Winckelmann III, 412.

[2]) Winckelmann III, 385, A. 2; Fr. A. Abschied vom 21. Juli; C. A. Instruktion für die Städtegesandten 21. Juli und Supplikation der Städte an Karl, wohl vom gleichen Datum.

haltene Versprechungen, daß er bei der Visitation ihrer eingedenk sein werde, Worte, die ihn zu nichts verpflichteten, so daß die Gesandten auch ihrerseits Karls erneute Bitte um Hilfe, wenn auch nicht völlig ablehnten, so doch der Entscheidung ihrer Herren zuwiesen.[1]) In ebenso vorsichtiger wie zurückhaltender Weise verhielt sich der kaiserliche Hof den Städten gegenüber. Diese hatten, um dem voraussichtlichen Drängen Karls auf Leistung der Hilfe zu entgehen, es vorgezogen, statt der in Frankfurt beschlossenen Gesandtschaft an den Kaiser dessen Vizekanzler Naves durch den Bürgermeister von Speier ihre Entschuldigung und ihre Bitte um Vermittlung in der Sessionsfrage vortragen zu lassen, aber dieser willigte in letzteres nur unter der Bedingung der Geheimhaltung ein, um nicht die Fürsten durch offene Parteinahme vor den Kopf zu stoßen.[2]) Demnach war auch für die Städte das Ergebnis durchaus kein völlig befriedigendes. —

Trotzdem wuchs bei beiden die Neigung zu weiterem Entgegenkommen immer mehr und erreichte Ende August ihren Höhepunkt, als Karl seinen schnellen, unerwarteten Erfolg über den Herzog von Cleve davongetragen hatte. Noch Ende Juli schrieb der augsburgische Gesandte von Speier aus, seiner Ansicht nach werde der Krieg langwierig sein,[3]) und kaum vier Wochen später war mit der Erstürmung Dürens der ganze Feldzug der Hauptsache nach beendet. Allen voran waren es die Häupter des Schmalkaldischen Bundes, der Kurfürst von Sachsen und der Landgraf von Hessen, die sich jetzt dem Kaiser nicht entgegenkommend und diensteifrig genug zeigen konnten. Um so auffälliger mußte dieser plötzliche Umschwung erscheinen, als sie noch am 12. August Ferdinands Bitte um Hilfe kurzerhand zurückgewiesen, ihm aber dafür Bekehrung zum wahren Glauben angeraten hatten, da die Türkennot nur eine Strafe

[1]) Lanz, Staatspapiere S. 383 f.; Bucholtz V, 19; Lenz III, 281; Winckelmann III, 427 f.; Mentz II, 362 f. Au. A. Sachsen und Hessen an den Rat 27. August, als Beilage Antwort der kaiserlichen Kommissare in Speier an die zur Visitation verordneten protestantischen Gesandten über die Visitation 5. August.

[2]) Winckelmann III, 385, A. 3; Be. A. Instruktion für Meurer zur Werbung bei Naves, undatiert.

[3]) Au. A. Hel an den Rat 26. Juli.

Gottes für den Unglauben sei.[1]) Nun folgte Karls großer clevischer Erfolg und die Befürchtung, der Kaiser möchte seine siegreichen Waffen, statt sofort gegen den Verbündeten Cleves, den König von Frankreich, im Bunde mit Herzog Heinrich von Braunschweig, der wieder eifrig rüsten sollte, erst noch gegen seine anderen deutschen Gegner wenden. Hatte doch der Kurfürst von Sachsen erfahren, daß Karl gegen ihn wegen der Unterstützung Wilhelms besonders erzürnt sei. Daher entschlossen sich beide, noch während der Krieg tobte, dem Kaiser die in Schmalkalden bereits bedingungsweise in Aussicht genommene Hilfe endgültig zu bewilligen.[2]) Noch vor der Entscheidung schickten sie in das kaiserliche Feldlager vor Düren eine Botschaft, die ihre Bereitwilligkeit dazu aussprechen sollte; ebenso erklärten sie sich in einem Briefe an Granvella bereit, ihre Stände zur Leistung der Hilfe bewegen zu wollen;[3]) drei Tage nach der Einnahme von Düren ließen sie auch wirklich ein Ausschreiben zu einem Bundestage nach Frankfurt ergehen, auf dem die Türkenhilfe endgültig dem Kaiser bewilligt werden sollte.

Als äußeren Grund ihrer jetzigen Umwandlung konnten sie mit Recht auf das Vordringen des Sultans hinweisen,[4]) der nicht nur vor Ofen in Sommer erschienen war, sondern auch Gran am 10. August in seine Hand gebracht hatte und nun Komorn und Stuhlweißenburg bedrohte. So war wirklich die Not aufs äußerste gestiegen, des Königs Hilfsgesuche an die deutschen Fürsten überstürzten sich daher auch förmlich, er forderte jetzt sogar schon den Zuzug der benachbarten Kreise.[5])

---

[1]) Brandenburg, Moritz I, 248, A. 3 und Korrespondenz I, 669, A. 1. Vgl. auch hierzu das Schreiben des Kurfürsten an den Landgrafen vom 9. August bei Mentz III, 501 f.: auch hier macht er noch ausdrücklich die Leistung der Hilfe vor allem von der Gewährung von Frieden und Recht abhängig.

[2]) Mentz II, 381, 383 und 385 und III, 500 f. und 506 f.

[3]) Lenz III, 283; Winckelmann III, 433; Brandenburg, Moritz I, 248, A. 3; Mentz II, 384.

[4]) Au. A. Sachsen und Hessen an Augsburg 27. August, Beilage.

[5]) Hammer II, 184 ff.; Zinkeisen II, 850; Bucholtz V, 196 f.; State Papers IX, 449 und 468; Brandenburg, Moritz I, 246 f. und Korrespondenz I, 636, 643, 651 f. und 656 f. Ba. A. Ferdinand an Markgraf Georg von Brandenburg 1. August; Ferdinand an den Bischof von Bamberg 1. Juni, 12. und 24. August.

Trotz all dieser Not und Gefahr hätten die Protestanten sogar jetzt noch die Hilfe abgelehnt, wäre eben nicht die Unterwerfung Wilhelms so plötzlich und überraschend hereingebrochen. Ihre Wirkung war über Erwarten gewaltig. Nicht nur erklärten sich die beiden Häupter des Bundes außer der Bewilligung der Nürnberger Hilfe auch noch trotz der immer bedrohlicher lautenden Nachrichten über die Umtriebe des Braunschweigers zur Leistung eines Zuzugs unter bestimmten Garantien bereit,[1]) sondern auch im allgemeinen wurde die Verzagtheit und der Kleinmut unter allen Protestanten so groß,[2]) daß die Aussichten des Frankfurter Bundestages, der Ende September stattfand, für Karl von vornherein die günstigsten waren, zumal Ulm und Augsburg die Hilfe schon vorher geleistet hatten. Man erhob jetzt den Schmalkaldener Vorschlag, dem Kaiser die Nürnberger Hilfe freiwillig, nicht auf Grund des Reichsabschiedes zu gewähren, zum allgemeinen endgültigen und bedingungslosen Beschluß; das Geld sollte bis Martini nach Nürnberg geschickt werden. Nur als Formalität fügten sie noch die Bitte um Friede und Recht hinzu, wie sie denn auch bei der Kammergerichtsvisitation von der Absetzung der verdächtigen Richter absahen. Ganz offen gaben sie als Hauptgrund an, der Kaiser werde es ihnen sonst falsch auslegen, denn daß sie wirklich im Ernst an seine Zusicherungen glaubten, die Visitation solle auf die Deklaration stattfinden, ist kaum anzunehmen.[3])

Mit diesen Frankfurter Beschlüssen waren demnach die des Nürnberger Reichstages hinfällig geworden, und Karls Erfolg über den Herzog von Cleve ist daher in letzter Linie auch für den Nürnberger Reichstag von entscheidender Bedeutung geworden: durch ihn sind seine für den Kaiser ungünstigen Beschlüsse völlig aufgehoben worden.

Aber darüber hinaus ist Karls clevischer Sieg auch für das zukünftige Verhältnis zwischen dem Kaiser und den Pro-

---

[1]) Brandenburg, Moritz I, 248 und Korrespondenz I, 665, A. 1 und 668 f.; Mentz II, 384 f.

[2]) Lenz II, 191 f. und 225 f. und III, 283, 335 f. und 493 und Roth III, 97.

[3]) Lenz II, 250, A. 3 und III, 283 und 493; Winckelmann III, 433 f.; Brandenburg, Korrespondenz I, 678 f.; Küch I, 424 f.; Mentz II, 386 f.; Roth III, 102. Fr. A. Abschied vom 3. Oktober.

testanten von der größten Bedeutung geworden. Karl selbst erzählt uns in seinen Kommentaren, daß ihm dieser Erfolg erst die Augen über die Schwäche seiner Gegner geöffnet habe und daß ihm von jetzt an ihre Niederwerfung unter geeigneten Zeitumständen sehr leicht erschienen sei, eine Äußerung, die der venetianische Botschafter Mocenigo inhaltlich voll bestätigt.[1]) Demnach gewannen von jetzt an auch Granvellas erwähnte schriftliche Äußerungen an Karl vom Nürnberger Reichstag, in denen er dem Kaiser unter dem frischen Eindruck des protestantischen Widerstandes einerseits, der Ausbreitung der neuen Lehre andrerseits ihre gewaltsame Niederwerfung als nächste unumgänglich notwendige Aufgabe hingestellt hatte, ganz erheblich an Bedeutung. Die früheren Bedenken gegen die Schwierigkeiten dieses Unternehmens fielen fortan für Karl weg, er konnte sich jetzt wie vorher in Regensburg diese Anregungen seines erfahrenen Staatsmannes, die seinen eigenen Gedanken wesentlich entsprachen, völlig zu eigen machen. So schließt sich der Nürnberger Reichstag eng an den Regensburger an. Was sich dort nach einer längeren Zeit vergeblicher Friedensversuche für den Kaiser mit auf Veranlassung Granvellas als nötig erwiesen hatte, was aber infolge der scheinbaren Stärke der Gegner von der Ausführung noch weit entfernt erschienen war, rückte jetzt der Verwirklichung ein gut Stück näher. Die Besiegung des Herzogs von Cleve bildet demnach den Wendepunkt in dem Verhältnis zwischen Karl und seinen Gegnern. Von Regensburg bis Nürnberg bewegte sich die protestantische Politik in aufsteigender Linie, von jetzt an ging es bergab. Der Grund war ein doppelter. Einmal konnte der Kaiser sich diesen Erfolg zum guten Teil selbst zuschreiben. Grade bei dieser clevischen Angelegenheit feierte er einen seiner glänzendsten Triumphe; seine weitschauende Staatskunst erntete hier, was sie in Regensburg gesät hatte; denn vor allem war es doch das dort abgeschlossene Bündnis mit Philipp, das die Aufnahme Wilhelms in den Schmalkaldischen Bund verhindert hatte, durch

---

[1]) Lettenhove, Commentaires S. 100 f.; Varrentrapp, Hermann von Wied und sein Reformationsversuch in Köln S. 119; Fiedler, Fontes rerum Austriacarum II, 30, 95; Bucholtz Ferdinand VI, 506; Voigt, Moritz von Sachsen S. 66.

die dessen Unterwerfung wenn nicht ganz unmöglich gemacht, so doch jedenfalls sehr erschwert worden wäre. Hiermit sind wir bereits bei der zweiten Ursache, die uns Karls Sieg erklärt, der Kurzsichtigkeit und Beschränktheit der damaligen protestantischen Politik, die ihren schärfsten Ausdruck in der Neutralität des Schmalkaldischen Bundes während dieses Kampfes findet, hat man sie doch mit Recht als den bedeutungsvollsten Wendepunkt der deutschen Geschichte des 16. Jahrhunderts bezeichnet.[1])

---

[1]) Schäfer, Geschichte Dänemarks IV, 459. In der Anmerkung 2 auf S. 97 ist übrigens S. 89 zu ergänzen.

Frankfurter Historische Forschungen

Mit Unterstützung
der Akademie und der Historischen Kommission
der Stadt Frankfurt a. M.

Herausgegeben

von

Dr. Georg Küntzel

Professor der Geschichte an der Akademie

Heft 6:

Paul Heidrich: Karl V. und die deutschen Protestanten am Vorabend des Schmalkaldischen Krieges

2. Teil: Die Reichstage der Jahre 1544—1546

Frankfurt a. M.

Joseph Baer & Co

1912

Karl V. und die deutschen Protestanten am Vorabend des Schmalkaldischen Krieges

2. Teil: Die Reichstage der Jahre 1544—1546

Auf Grund vornehmlich der Reichstagsakten dargestellt

von

Dr. phil. Paul Heidrich

Frankfurt a. M.
Joseph Baer & Co
1912

Druck von Gebrüder Knauer in Frankfurt a. M.

Inhaltsverzeichnis.

Seite
Verzeichnis der Abkürzungen VI
Einleitung 1
Die Reichstage von 1544—1546 3
1. Der Reichstag zu Speier 1544 3
2. Der Reichstag zu Worms 1544/45 50
3. Der Reichstag zu Regensburg 1546 109
Ausführliches Inhaltsverzeichnis der beiden Hefte 155



Verzeichnis der Abkürzungen.

Amberger Archiv	=	Am. A.
Augsburger „	=	Au. A.
Bamberger „	=	Ba. A.
Berliner „	=	Be. A.
Brüsseler „	=	Br. A.
Cölner „	=	C. A.
Frankfurter „	=	Fr. A.
Hamburger „	=	H. A.
Hannover „	=	Ha. A.
Heilbronner „	=	Hei. A.
Lübecker „	=	L. A.
Marburger „	=	Ma. A.
Memminger „	=	Me. A.
Münchener Geh. Staatsarchiv	=	M. St. A.
Münchener Reichsarchiv . .	=	M. R. A.
Neuburger Archiv	=	Neu. A.
Nürnberger „	=	Nü. A.
Schweriner „	=	Schw. A.
Speirer „	=	Sp. A.
Stuttgarter „	=	St. A.
Würzburger „	=	W. A.

Einleitung.

Im ersten Teil dieser Schrift[1]) habe ich darzulegen versucht, in welcher Weise sich auf den Reichstagen der Jahre 1541—43 das Verhältnis Karls V. zu den deutschen Protestanten gestaltet hat. Der erste der vier Reichstage ist der zu Regensburg vom Jahre 1541. Eine doppelte Bedeutung kommt ihm zu. Zunächst beschließt er endgültig die friedfertige Politik des Kaisers den Protestanten gegenüber, wie er sie wesentlich in dem vorangegangenen Jahrzehnt getrieben hatte. Klar hatte es sich in Regensburg gezeigt, daß seine Absicht, die Gegner durch Zugeständnisse in nebensächlichen religiösen Fragen zur alten Lehre zurückzuführen und so sein letztes politisches Ziel, die Herstellung der Glaubenseinheit in Deutschland, auf friedlichem Wege zu erreichen, infolge der Unversöhnbarkeit der Gegensätze nicht ausführbar war. Daher blieb ihm nichts anderes übrig, als dem Gedanken ihrer kriegerischen Unterwerfung, den er vorher auch schon mehrmals erwogen hatte, jetzt ernstlich näherzutreten. So eröffnet dieser Reichstag zugleich die Periode der kriegerischen Politik Karls, und wenn er auch an die Ausführung dieses Planes zurzeit wegen der für ihn ungünstigen politischen Lage nicht denken konnte, so stand doch seit Regensburg der Entschluß der kriegerischen Abrechnung mit seinen Gegnern bei ihm unerschütterlich fest. Denselben Gedanken führte der folgende Reichstag, der zu Speier 1542, fort und verstärkte ihn noch. Hier gelangte Karls Stellvertreter, sein Bruder Ferdinand, ebenfalls zu der Überzeugung, daß nichts anderes mehr übrig bleibe, als die Protestanten gewaltsam niederzuwerfen. Der nächste Reichstag, der zu Nürnberg 1542, befestigte Ferdinand noch in seiner Ansicht, da hier ein großer Teil der Protestanten sogar bis zur

[1]) Vgl. diese Forschungen Heft 5.

Protestation gegen den Reichsabschied schritt. Den Abschluß dieser Entwicklung bildet der zweite Reichstag zu Nürnberg 1542—43. Da hier die gesamten Protestanten den Reichsabschied ablehnten, mußten die beiden Brüder in ihrer Absicht, die Gegner möglichst bald mit Gewalt zu bezwingen, lediglich bestärkt werden. Nur war es noch die große Frage für den Kaiser, wann er der Ausführung seines Planes würde nähertreten können, denn zurzeit schien er infolge seiner Behinderung durch die Streitigkeiten mit den Türken, Franzosen und dem Herzog von Cleve weiter denn je von der Inangriffnahme dieses Werkes entfernt zu sein. Da war es das Entscheidende, daß Karl wider Erwarten schnell den Herzog in kurzer Zeit besiegte, ohne daß die Schmalkaldener dessen Hilferuf zu erhören wagten. Dieser glänzende Erfolg öffnete dem Kaiser die Augen über die Ohnmacht und Unfähigkeit seiner Gegner, und so konnte er auf den folgenden drei Reichstagen von 1544—46 energisch seinem Ziele entgegengehen. In welcher Weise er dies tat, und wie sich das Verhältnis zu seinen Gegnern weiter gestaltete, soll die folgende Ausführung zeigen.

Die Reichstage von 1544—46.

1. Der Reichstag zu Speier 1544.

Zunächst allerdings war von diesem Umschwung zu ungunsten der Protestanten nichts zu merken; im Gegenteil, der Kaiser konnte in der Folgezeit ihnen gegenüber förmlich an Liebenswürdigkeit sich nicht genug tun. Galt es doch vorläufig für ihn, sowie Granvella es in Nürnberg bereits gefordert hatte, erst die nötigen Vorbereitungen zu treffen, vor allem den Bund mit dem Papst und die Sicherung gegen die Franzosen und die Türken, sei es auf kriegerischem oder friedlichem Wege. Um diese Maßnahmen ungestört durchführen zu können, kam es daher für ihn jetzt darauf an, sein Verhältnis zu den Protestanten nach außen hin durch möglichstes Entgegenkommen zu bessern, um sie in Sicherheit zu wiegen und ihnen nach Kräften jeden Grund zum Argwohn zu nehmen. Erleichtert wurde Karl diese Politik wesentlich dadurch, daß für seine Gegner, die immer noch in der nächsten Zeit unter dem lähmenden Eindruck des kaiserlichen Erfolges standen, der gleiche Gesichtspunkt maßgebend war, so daß infolge des beiderseitigen guten Willens zunächst die folgenden Verhandlungen, wenn auch nicht glatt, so doch ohne die frühere Erbitterung und den zähen Widerstand verliefen.

Zuerst zeigte sich dies bei der Visitation des Kammergerichtes, die jetzt wirklich nach so vielen vergeblichen Anläufen am 2. Oktober in Speier stattfinden sollte. Noch von dem clevischen Feldzuge aus hatte Karl die Stände zur Visitation aufgefordert, und diese hatten auch dem kaiserlichen Wunsche zahlreicher als vorher entsprochen. Zuvor war allerdings noch eine äußere Schwierigkeit zu lösen. Die Protestanten nahmen an der Person des mainzischen Kanzlers Dr. Jonas, der im Auftrage seines Herrn an der Visitation teilnehmen

sollte, entschiedenen Anstoß. Nicht mit Unrecht wiesen sie darauf hin, daß dieser, der zur Zeit der hauptsächlichsten protestantischen Beschwerden gegen das Kammergericht dort Assessor gewesen sei und sich durch Gehässigkeit gegen sie ausgezeichnet habe, unmöglich jetzt in seiner eigenen Angelegenheit Richter sein könne. Daher verlangten sie von dem Kaiser noch vor dem Frankfurter Bundestage seine Abberufung. Dieser Streit war auch zu Beginn der Visitation, die ungewohnt pünktlich am festgesetzten Tage ihren Anfang nahm, noch nicht erledigt, so daß die Protestanten trotz der Vermittlungsversuche der kaiserlichen Kommissare entsprechend ihrem Beschluß in Frankfurt gegen seine Anwesenheit protestierten. Den Kommissaren blieb hiernach nichts anderes übrig, als am 6. Oktober die kaiserliche Entscheidung einzuholen. Damit war die kaum begonnene Visitation wieder zum Stillstand gekommen. Die Ansicht des hessischen Gesandten, daß auch diesmal wieder nichts aus ihr werden würde, schien im Hinblick auf die Vergangenheit nicht unberechtigt. Aber da zeigte sich jetzt der Unterschied der Lage. Der Kaiser durfte, wenn er nicht alle Gunst bei den Protestanten verscherzen und sie mit Recht mißtrauisch machen wollte, wegen dieses äußerlichen Streitfalles, dessen Abstellung in seiner Macht lag, die ganze Angelegenheit nicht scheitern lassen. Trotzdem der Mainzer selbst für seinen Kanzler eintrat, traf am 8. November schriftlicher Bescheid von Karl in Speier ein, durch den er dem protestantischen Wunsche willfahrte und die schleunige Fortsetzung der Visitationsverhandlungen verlangte. Daher begannen sie Mitte November von neuem, obwohl inzwischen in Speier die Pest ausgebrochen und ein Domherr ihr bereits erlegen war. Bei diesen Beratungen hatten die Protestanten zuerst auch noch einen Erfolg zu verzeichnen. Sie setzten es durch, daß die Frage, ob bei der Visitation der ihre Lehre verdammende Reichsabschied vom Jahre 1530 zu Grund gelegt werden sollte, vorläufig zurückgestellt wurde, vermochten es aber nicht zu verhindern, daß sehr bald neue Streitigkeiten ausbrachen, und diesmal ernstester Art. Es handelte sich um die grundlegende Frage, ob bei dem in Betracht kommenden Regensburger Reichsabschied von 1541 nur dessen Wortlaut oder auch die Dekla-

ration herangezogen werden sollte. Als die Katholiken diesen Pnnkt wie vorher auch erst beiseite lassen und in den Beratungen fortfahren wollten, ging die Gegenseite diesmal nicht darauf ein, sondern protestierte, und wenn sie auch noch einige Zeit in Speier blieb, so hatte es sich doch schon jetzt gezeigt, daß auf diese Weise die Angelegenheit nicht zu einem glücklichen Ende zu bringen sei. Am 14. Dezember fand dann die letzte Sitzung statt, in der durch die Kommissare die Einstellung der Visitation bis zu Karls persönlicher Entscheidung mitgeteilt wurde, dem die Berichte über die ganzen Verhandlungen zugeschickt wurden.[1]) Hiermit war zwar wieder die Visitation eingestellt, aber das Wichtige war doch: diesmal nicht, wie vorher stets, durch Karls Schuld, sondern infolge der grundsätzlichen Meinungsverschiedenheit unter den Ständen selbst. Karl seinerseits war vielmehr den Protestanten, soweit er konnte, entgegengekommen und hatte sich auch die Entscheidung in dieser wichtigen Frage vorbehalten, die dementsprechend bereits in nächster Zeit, auf dem kommenden Reichstage, zu erwarten war; denn dieser sollte bereits in vier Wochen seinen Anfang nehmen.

Es war eine der ersten Handlungen des Kaisers gewesen, als er nach fast zweijähriger Abwesenheit wieder in Italien angekommen war, noch von dort aus einen neuen Reichstag nach Speier für den 30. November zu berufen. Ausdrücklich forderte er von den Fürsten in dem Ausschreiben, wenn irgend möglich, persönliches Erscheinen, von den Städten genügende Vollmacht für ihre Gesandte und insgesamt von allen pünktliches Erscheinen,

---

[1]) Harpprecht V, 151 ff. und 400 ff.; Ompteda S. 50 f.; Bucholtz V, 19 f.; State Papers IX, 518 und 559; Lanz, Korrespondenz II, 399 und 401; Winckelmann III, 446 und 449 f.; Küch I, 427; Mentz II, 387; Br. A. Protokoll vom 2.—13. Oktober und 12. November. Die protestantischen Räte zu Frankfurt an die Kommissare und Visitatoren 30. September; Vollmacht von Würzburg für den Hildesheimer 21. September, desgl. von Sachsen für seine Ges. 21. September, von Augsburg 24. September, von Markgraf Georg von Brandenburg 28. September. Be. A. Karl an den Kurfürten von Brandenburg 24. August. Ba. A. Karl an den Markgrafen Georg von Brandenburg 31. August; Meyersheimer an Georg 3. November; Meyersheimer an die Räte 29. November. Neu. A. Karl an den Abt von Kempten 31. August; Ma. A. Räte an Philipp 21. Januar 1544.

damit nicht wieder wie so oft kostbare Zeit verloren gehe; kurz darauf erneuerte er, wesentlich mit in Hinblick auf den angesetzten Reichstag, den Landfrieden und die Regensburger und Speirer Friedstände.[1]) Überhaupt tat Karl bereits im Sommer, als er eben erst nach Deutschland gekommen war, sein möglichstes, um dem Reichstag, soviel es von ihm abhing, einen guten Erfolg zu sichern. Infolge seiner Anwesenheit am Rhein setzte er sich vor allem mit den dortigen Kurfürsten, soweit angängig, persönlich in Verbindung, um sich nicht nur ihres Erscheinens zu vergewissern, sondern, um sie auch schon zu einer Vorbesprechung der Reichstagsangelegenheiten mit ihm und untereinander zu veranlassen. Zu dem gleichen Zwecke schickte er Ende Juli den Pfalzgrafen Friedrich nach Heidelberg zu dem pfälzischen Kurfürsten mit dem Ersuchen, in Speier persönlich mit ihm die ganzen Reichstagsfragen zu erörtern. Zwar lehnte der Kurfürst mit Rücksicht auf seine körperliche Schwäche es ab, persönlich zu Karl sich zu begeben, aber er sandte seine Räte hin, die dem Kaiser seine Geneigtheit aussprechen sollten, mit ihm über die Abstellung der Streitigkeiten und Herstellung des Friedens im Reiche zu beraten.[2]) In derselben Richtung bewegte sich der neue Auftrag, den der Kaiser bald nach der Eroberung Dürens wieder dem Pfalzgrafen Friedrich übertrug. Er sollte den vier rheinischen Kurfürsten, die Anfang September zu Bingen zusammentreffen sollten, zuerst Karls Kämpfe mit Frankreich, Cleve und den Türken darlegen, von denen namentlich der erstere stets die Ordnung der deutschen Angelegenheiten sehr erschwert habe; sie möchten daher nachdenken, wie die kaiserliche Autorität gewahrt bleibe und

---

[1]) Vgl. State Papers IX, 432 f. und 518; Winckelmann III, 390 A. 5; Brandenburg, Korrespondenz I, 622. Das Edikt über die Verlängerung des Landfriedens vom 2. Juni wurde zuerst ausgegeben, Ma. A. präsentiert 24. Juni; das Ausschreiben Karls zum Reichstag vom 27. Mai wurde nach den Vermerken im Au., Fr. und Ma. A. erst den 9. Oktober präsentiert. Die verschiedene Absendung ergibt sich auch bereits aus State Papers a. a. O. Durch Löwenberg ließ der Kaiser den Landgrafen Mitte Oktober noch persönlich um pünktliches Erscheinen und Zurückstellung der minder wichtigen zeitraubenden Angelegenheiten ersuchen, vgl. Winckelmann III, 440 f.

[2]) Br. A. Antwort des Kurfürsten vom 28. Juli auf die Werbung des Pfalzgrafen vom 26. Juli.

Ruhe, Friede und Einigkeit im deutschen Reich wieder hergestellt würde; zu demselben Zwecke sollten sie auch schon jetzt alle für den künftigen Reichstag in Betracht kommenden Fragen in reifliche Erwägung ziehen, damit dort ein guter Abschied zustande komme. Schließlich hatte der Pfälzer sie noch um ihr persönliches Kommen zu bitten, wofür Karl dann auch sein Erscheinen in Aussicht stellte.[1])

Aber so wie Ferdinand bei den vorigen Reichstagen infolge der Türkengefahr den angesetzten Termin nicht hatte einhalten können, so erging es diesmal dem Kaiser; nur lag für ihn der Grund in dem Kriege mit Frankreich, der ihn noch nicht abkommen ließ. Auch Ferdinands dringendster Bitte um baldige Eröffnung des Reichstages durch den Kaiser mit Rücksicht auf die weiteren Erfolge der Türken, die außer Gran am 4. September auch noch Stuhlweißenburg erobert hatten, und die trotz des Rückmarsches des Sultans am 11. September infolge des zurückgelassenen starken Heeres immer noch eine ständige Bedrohung für den König bildeten, konnte Karl nur zum Teil entsprechen.[2]) Direkt verschoben sollte der Reichstag allerdings zunächst nicht werden. Daß aber die Verzögerung von Karls persönlichem Erscheinen tatsächlich diese Wirkung haben mußte, erkannte der hessische Gesandte Keudel sofort mit Recht.[3]) Deshalb verheimlichte man seitens des kaiserlichen Hofes zunächst Karls Absicht, vorläufig noch nicht den Reichstag zu besuchen, man ließ im Gegenteil ruhig die kaiserlichen Fouriere nach Speier im Oktober aufbrechen, zumal schon einige Stände, wie man wenigstens in Karls Umgebung erfahren haben wollte, die Ihren dorthin geschickt hätten. Um dem Kaiser den Besuch des Reichstages zu erleichtern und dessen Anfang zu beschleunigen, dachte man sogar in dieser Zeit an eine Verlegung nach Cöln, das Karl bei seiner Rückkehr aus Frankreich bedeutend günstiger lag. Dagegen sprach

---

[1]) Winckelmann III, 440. Am. A. Instruktion Karls für Pfalzgraf Friedrich 29. August.

[2]) Lanz, Korrespondenz II, 396 f.; Hammer II, 189 f.; Zinkeisen II, 850; Huber IV, 89; State Papers IX, 517 und 559 f.; Brandenburg, Korrespondenz I, 664, 680 und 686 f.

[3]) Ma. A. Keudel an Philipp 8. Januar.

aber einmal der Umstand, daß Ferdinand dorthin wegen der weiten Entfernung kaum werde kommen können, und dann war zu befürchten, daß infolge der Reformation, die der Cölner Erzbischof begonnen hatte, ziemlich sicher mit der Weigerung vieler katholischer Fürsten, sich an diesen Ort zu begeben, zu rechnen war.[1]) Wesentlich wohl mit Rücksicht auf diese letzte Erwägung hielt man schließlich an Speier fest, dagegen sah sich Karl im Hinblick auf die französischen Verhältnisse, so wie der Landgraf es bereits vermutet hatte, Ende November doch genötigt, den Ständen mitzuteilen, daß er vor dem 10. Januar in Speier nicht erscheinen könne. Entsprechend dem Vorschlag Ferdinands sandte er aber seine Kommissare dorthin, die in der Zwischenzeit endlich einmal die unwichtigeren Punkte erledigen sollten, die sich schon von einem Reichstag zum andern schleppten, wie die Reform der Anschläge, Vergleichung der Münze und Beilegung des Sessionsstreites.[2])

Jedoch wenn er auch die deutschen Stände und ihre gewohnte Lässigkeit selbst zu gut kannte, um sich von dieser Maßregel wirklich viel versprechen zu können, so wurden seine schlimmsten Befürchtungen diesmal noch weit übertroffen. Als Naves im Dezember als Karls Bevollmächtigter in Speier eintraf, fand er von Reichsständen keinen einzigen vor, so daß er sich seines Auftrages nicht entledigen konnte, zum großen Mißfallen des Kaisers.[3]) Auch ein neues Schreiben, in dem Karl für Mitte Januar sein Erscheinen in sichere Aussicht stellte, sowie die gleichzeitigen Bemühungen Ferdinands hatten keinen wesentlichen Erfolg.[4]) Als am 21. Januar die hessischen Räte in Speier eintrafen, fanden sie von den Schmalkaldenern nur die württembergischen Gesandten vor, obwohl die Bundesmitglieder von ihren Führern zum Erscheinen am 18. Januar aufgefordert worden waren; von den übrigen Ständen waren ebenfalls nur

[1]) Druffel a. a. O. I, 251; Br. A. Granvella an Maria 24. u. 26. Oktober.

[2]) Lanz, Korrespondenz II, 398; May II, 418; Heyd III, 276; Winckelmann III, 446; Be. A. Karl an Brandenburg 23. November; Ma. A. Karl an Philipp 23. November.

[3]) Winckelmann III, 446 A. 3; M. d. J. f. östr. Gesch. 26, 322; Ma. A. Keudel an Philipp 8. Januar.

[4]) Heyd III, 276; Winckelmann III, 451; Brandenburg, Korrespondenz II, 11.

wenige Fürsten und Städte durch Gesandte vertreten.[1]) Auf die Kunde hiervon entschloß sich der Kaiser, der am 23. Januar von Worms ursprünglich am folgenden Tage in Speier eintreffen wollte, seine Ankunft noch um zwei Tage zu verschieben. Inzwischen ließ er die Gesandten in Speier ermahnen, schleunigst ihre Herren um persönliches Erscheinen zu ersuchen. Jedoch auch dies Mittel schlug fehl. Als der Kaiser, der noch den Kurfürsten von der Pfalz persönlich aufgesucht hatte, am 30. Januar in Speier ankam, traf er es beinahe so an, wie es der markgräflich-brandenburgische Rat bereits im November vorausgesagt hatte, daß Karl eher als die Reichsfürsten da sein würde; nur zwei waren bis jetzt persönlich erschienen.[2]) Daher war an den Beginn des Reichstages noch nicht zu denken. Der Kaiser mußte sich darauf beschränken, die säumigen Fürsten abermals zu mahnen[3]) und sich inzwischen zu gedulden, obwohl die Zeitverhältnisse, vor allem das Verhältnis zu Frankreich und die Türkengefahr, eine schnelle Erledigung der deutschen Angelegenheiten zu fordern schienen.

Unter diesen Umständen war es für ihn von großer Wichtigkeit, daß im Gegensatz zu den früheren Reichstagen die beiden Häupter des Protestantismus ihr Erscheinen zugesagt hatten. Noch immer standen sie unter dem Eindruck des kaiserlichen Sieges über den Herzog von Cleve; und namentlich der Kurfürst von Sachsen, der noch 1541 trotz vieler Bitten es abgelehnt hatte, nach Regensburg zu kommen, war jetzt wie umgewandelt.[4]) Hatte er doch auch allen Grund, durch persönliches Erscheinen den schlechten Eindruck, den seine Unterstützung Wilhelms bei Karl gemacht hatte, nach Kräften wieder zu verwischen. Als erster erschien der Landgraf am 8. Februar mit großem Gefolge.[5])

---

[1]) State Papers IX, 591; Ma. A. Räte an Philipp 21. Januar, Günterode und Keudel an Philipp 21. Januar.

[2]) de Boor S. 21; Heyd III, 276; State Papers IX, 591; Druffel I, 165; Stafetti, Carlo V a Spira nel 1544 im Archivio Storico Italiano X, 52, A. 1. Ba. A. Meyersheimer an die Räte 29. November; M. St. A. Räte an Wilhelm und Ludwig 25. u. 30. Januar und 3. Februar; Trainer an Ludwig 4. Februar.

[3]) Winckelmann III, 453; Brandenburg Korrespondenz II, 24.

[4]) Mentz II, 388 und 397.

[5]) de Boor S. 21. Vgl. außerdem noch Euling, Chronik des Joh. Oldecop in der Bibl. d. Litter. Vereins Bd. 190, 233 und Arch. Stor. It. X, 56 A. 2.

Zwei Tage darauf hatte er bereits seine erste Unterredung mit dem Kaiser, dem er hierbei ein halbes Dutzend Jagdfalken verehrte. Nachdem Karl Philipps Mitwirkung bei seinen Bemühungen um die Herstellung von Frieden und Recht erbeten hatte und kurz die Nassauische und die Braunschweiger Angelegenheit gestreift worden waren, klagte er am Schluß noch dem Landgrafen sein Leid über sein Podagra: jedenfalls verlief diese erste Zusammenkunft in durchaus liebenswürdiger Form, so daß Philipp sich recht befriedigt über sie äußerte.[1]) Nachdem auch noch die drei geistlichen Kurfürsten sich eingefunden hatten,[2]) langte am 18. Februar, von Karl sehnsüchtig erwartet, wie er sich auch bei Philipp schon erkundigt hatte, noch das andere Haupt des Schmalkaldischen Bundes an, der Kurfürst von Sachsen, ebenfalls mit stattlichem Gefolge und feierlich von einigen Fürsten eingeholt. Schon am nächsten Tage machte er dem Kaiser seine Aufwartung, der ihn ebenfalls freundlich aufnahm.[3]) Hierbei widerfuhr dem Kurfürsten noch ein kleines Mißgeschick; als er beim Anblick Karls sich so tief verneigte, daß er mit dem Knie den Boden berührte, konnte er sich infolge seiner Korpulenz zuerst nicht wieder erheben.[4])

Da inzwischen auch Granvellas Krankheit behoben war, die natürlich auch zur Verzögerung beigetragen hatte, konnte

---

[1]) Schmidt VIII, 503; Ma. A. Philipp an Sachsen 10. Februar, als Beilage Bericht über die Unterredung mit Karl am 10. Februar.

[2]) May II, 420; Schw. A. Probst an den Herzog von Mecklenburg, Zettel vom 19. Februar.

[3]) Schon vor Beginn des Reichstages hatten Naves und Granvella nicht genug Worte der Geneigtheit des Kaisers für die Protestanten und seiner Abneigung gegen den Papst finden können, vgl. Seckendorf III, 473 f., Ranke IV, 216; Egelhaaf II, 427; Janssen III, 547 f. und Mentz II, 390. Zuviel Bedeutung möchte ich diesen Äußerungen nicht beimessen; ihre Absicht war doch zu durchsichtig, als daß sie wirklich auf die Protestanten im ganzen hätten dauernd tiefen Eindruck machen können. Außerdem stand dazu im schroffsten Gegensatz die Meldung, die dem Landgraf zugekommen war, der Kaiser gedenke binnen Jahresfrist, ihn und seine Verbündeten zu unterwerfen, vgl. v. Bezold S. 747. Über die im allgemeinen hoffnungsfreudige Stimmung unter den protestantischen Theologen vor Beginn des Reichstages vgl. Druffel I, 161 f., als Gegenstück Schieß II, 237.

[4]) de Boor S. 21 f. Langen, Ossa S. 55 f., Arch. Stor. It. X, 58 A. 2; Au. A. Ges. an den Rat 21. Februar.

der Reichstag endlich mit ungewohntem Prunk eröffnet werden. Von den Kurfürsten fehlten nur Pfalz und Brandenburg, dazu kam eine stattliche Reihe von Fürsten, die der kaiserlichen Aufforderung diesmal nachgekommen waren.[1]) Im Gegensatz zu früher verlangte Karl jetzt in der Proposition zugleich mit einer Türkenhilfe, deren Vertretung er Ferdinands Gesandten wesentlich überließ, vor allem eine tatkräftige Unterstützung gegen Frankreich. Mit dieser Forderung nahm er die von Nürnberg wieder auf. Was er dort durch Granvella den Ständen über die Reichsunterstützung gegen den französischen König hatte vortragen lassen, ohne es allerdings selbst energisch vertreten zu lassen, verlangte er jetzt selbst in nachdrücklichster und entschiedenster Weise. Es war die große Frage, ob die Stände ihm jetzt hier bewilligen würden, wozu sie dort sich nicht bereit hatten finden lassen.

Da war es für den Kaiser zunächst rein äußerlich ein großer Vorteil, daß er hier in eigner Person mit ihnen unterhandeln und das Schwergewicht seines persönlichen Einflusses bei ihnen geltend machen konnte, dem sich zu entziehen jedenfalls für die Fürsten weit schwerer war als für ihre Vertreter. Denn der übliche Ausweg der letzteren, mangelnde Instruktion vorzuschützen, wodurch sie einem übereilten oder unüberlegten Entschluß leicht vorbeugen konnten, war dadurch so ziemlich versperrt. Für die Fürsten war es dagegen einmal nicht leicht, sich Karls Drängen nach schneller Entscheidung zu entwinden, und dann waren sie ohne die Hilfe und den Beistand ihrer bewährten Ratgeber den Listen und Schlichen der kaiserlichen Politik noch weniger gewachsen als vorher. Jedenfalls hatte Sailer mit seinen Beschwerden über die sorglose Unbedachtsamkeit der Fürsten nicht unrecht, die alles selber handelten und überstürzten und überrumpelten, so daß man nachher nicht mehr zurück könne, Klagen, die in den bitteren Wunsch ausklangen: „Wolle Gott, es käme kein Fürst mehr auf den Reichstag.“[2]) Vor allem übte aber auch hier Karls schneller Sieg über den Herzog von Cleve seine Rückwirkung insbesondere auf die Haltung Sachsens

---

[1]) de Boor S. 24 f., Arch. Stor. Jt. X, 37 ff., ebenda S. 40 f. eine Liste der Anwesenden. C. A. Prot. vom 20. Februar.

[2]) A. f. R. G. I, 129.

und Hessens. Während der Kurfürst auf dem vorigen Reichstage stets seine Gesandten angewiesen hatte, nicht zusammen mit den Katholiken in den einzelnen Räten zu verhandeln, da hier die Gefahr einer Majorisierung nahe lag, sondern immer die getrennte Beratung nach Religionsparteien verlangt hatte, wandte er diesmal gegen die erste Beratungsweise nichts ein. Damit schien von Anfang an ein Haupthindernis der schnellen Beschlußfassung aus dem Wege geräumt zu sein.[1]) Noch klarer offenbarte sich die Umwandlung bei Philipp. Als er im vergangenen Jahre von seinen Nürnberger Räten über die gewünschte Hilfe gegen die Türken und Franzosen unterrichtet worden war, hatte er anfänglich diese doppelte Unterstützung ohne weiteres zurückgewiesen, da das Reich seiner Ansicht nach nicht imstande wäre, gegen beide Mächte zugleich Krieg zu führen,[2]) und wenn er auch in der Folgezeit dem Gedanken einer nicht zu großen Partikularhilfe, die die Protestanten in Geld wider Frankreich leisten sollten, für seine Person nicht abgeneigt gewesen war, so hatte er doch ausdrücklich immer vorher die Erledigung von Friede und Recht verlangt.[3]) Ebenso wenig hatte er ihnen seine großen Bedenken gegen die gemeinsame Beratung verhehlt, da auf diese Weise ein den Protestanten ungünstiger Mehrheitsbeschluß namentlich im Fürstenrat nur zu leicht zu erzielen war.[4]) Im scharfen Gegensatz hierzu entschied man sich jetzt auf protestantischer Seite unter der Führung von Sachsen und Hessen gemäß einem Beschluß schon vom Tage vorher für die gemeinsame Beratung, da man, wie die Protestanten trotz aller üblen Erfahrungen der früheren Jahre ganz naiv meinten, immer noch gesondert seine Ansprüche vertreten könne,[5]) ein Beschluß, der nicht nur den katholischen Ständen völlig überraschend kam, wie denn die bairischen Räte infolge der nach ihrer Ansicht bevorstehenden getrennten Beratung bereits wieder den Ausbruch heftiger Streitigkeiten voraussahen,[6]) sondern

[1]) Mentz II, 388.

[2]) Ma. A. Philipp an die Räte 12. Februar 1543.

[3]) Ma. A. Philipp an die Räte 23. und 25. Februar 1543.

[4]) Ma. A. Philipp an die Räte 29. März 1543.

[5]) de Boor S. 34f., Winckelmann III, 458f. und 462; Fr. A. Ges. an den Rat 23. Februar.

[6]) M. St. A. Räte an Wilhelm und Ludwig 21. Februar.

der uns auch im hellsten Lichte das förmlich krampfhafte Bemühen der Protestanten zeigt, ihrerseits, soweit wie irgend möglich, ohne grundsätzliche Verleugnung ihrer prinzipiellen Forderungen von Anfang an jeden Stein des Anstoßes aus dem Wege zu räumen und alles zu vermeiden, was den Kaiser gegen sie einnehmen könnte.

Schon drei Tage nach der Proposition, am 23. Februar, begannen die gemeinsamen Beratungen. Aber bald zeigte sich auch hier die Unmöglichkeit, die verschiedenen Ansichten zu vereinen. Denn bei allem Entgegenkommen in der Form der Beratung beharrten die Protestanten entschieden, wie vorher in Speier und Nürnberg, darauf, daß vor der Beratung der Hilfe erst die Fragen der Religion, des Friedens und des Rechtes erledigt werden sollten, während die Katholiken dies ablehnten. Da die Protestanten an ihrer Forderung festhielten und die Katholiken dem kaiserlichen Wunsche entsprechend an erster Stelle die Beratung der Hilfe wünschten, so schien der Bruch wieder unvermeidlich. Unter Sachsens Führung sonderten sie sich wieder und übergaben am 27. Februar durch einen Ausschuß, in dem die Häupter des Bundes selbst vertreten waren, dem Kaiser eine Supplikation, in der sie nicht nur ihr Verlangen der vorherigen Erledigung von Friede und Recht eingehend begründeten, sondern auch die alte Streitfrage der Deklaration wieder aufnahmen. Wie im vergangenen Jahre in Nürnberg von Ferdinand und Granvella, so forderten sie jetzt von dem Kaiser selbst, er solle die Katholiken zur Anerkennung und Aufnahme der Deklaration in den Reichsabschied veranlassen. [1]) Da aber hieran jetzt ebensowenig wie vorher zu denken war, so schien man von einer Verständigung weiter denn je zu sein und das alte Spiel der endlosen Verhandlungen mit ihrer sich immer steigernden Verbitterung sich wiederholen zu sollen. Der Kaiser ließ dem Ausschuß sofort auf diese Schrift antworten, daß die Hilfe, der Ordnung der Proposition entsprechend, zuerst zu erledigen sei, selbstverständlich verfehlte er aber nicht, den Protestanten über Frieden und Recht beruhigende Mitteilungen zu machen. Da sie sich aber nur im Rahmen allgemeiner

---

[1]) de Boor S. 37; Winckelmann III, 462. Br. A. Granvella an Maria 24. Februar; Fr. A. Ges. an den Rat 28. Februar, als Beilage die Supplikation.

unverbindlicher Redensarten bewegten, so blieben die Protestanten bei ihrer Ansicht und wiesen vor allem darauf hin, wie sehr die Unterstützung durch ihre Ablehnung an Wert verlieren würde.[1]) Da entschloß sich der Kaiser seinerseits zu einem entgegenkommenden Schritt. Er versuchte es mit dem Mittel, das sich in Speier vor zwei Jahren als erfolgreich erwiesen hatte, die Protestanten sollten sich unverbindlich in die Verhandlungen einlassen. Diese waren aber hierzu um so weniger geneigt, als, wie sie selbst in ihrer Erwiderung an Karl hervorhoben, sie alle Städte, katholische wie protestantische, einmütig auf ihrer Seite wußten. So hatte sich wieder durch das Zusammengehen von Protestanten und Städten der alte Bund vom Nürnberger Reichstage in gemeinsamer Gegnerschaft gegen den Kaiser zusammengefunden, so daß die Aussichten für den weiteren Verlauf des Reichstages am 27. Februar recht trübe waren.

Und doch genügte ein Tag, um die Lage völlig zu Karls Gunsten zu verändern. Am 28. Februar kamen die Schmalkaldner in Sachsens Herberge zusammen, und dort wurde unter dem Einfluß der beiden Bundeshäupter trotz vereinzelten Widerspruches wie von seiten der Frankfurter Gesandten der folgenschwere Entschluß gefaßt, daß man sich wieder in die einzelnen Räte zur gemeinsamen Beratung begeben und sich dort, allerdings nur unter Übergabe einer Protestation, an der unverbindlichen Besprechung der Hilfe beteiligen sollte. Auf Grund dieses Schriftstückes sollte Sachsen im Kurfürstenrat ausdrücklich erklären, daß sie sich nur unverbindlich in die Verhandlungen einlassen und den Beschluß nur dann als für sie bindend anerkennen könnten, wenn vorher Friede und Recht in zufriedenstellendem Sinne erledigt seien; die gleiche Erklärung sollte der Landgraf im Fürstenrat abgeben. Hiermit glaubten die beiden Führer den Bund für die Zukunft genügend gesichert zu haben.[2]) Aber selbst wenn der Kurfürst auch wirklich im Ernst davon

---

[1]) Ma. A. Mündliche Verhandlungen von Sachsen, Hessen und dem Ausschuß mit Karl 27. Februar; Fr. A. Ges. an den Rat 28. Februar.

[2]) de Boor S. 38; Schmidt VIII, 506 f.; Winckelmann III, 463. Fr. A. Ges. an den Rat 23. und 28. Februar; Me. A. Zwicker an den Rat 1. März; C. A. Prot. vom 23. und 25. Februar.

überzeugt war, daß die Verhandlungen nur unverbindlich sein sollten und sie keineswegs für später fest verpflichteten,[1]) so hätte ihn wie den Landgrafen doch das Beispiel der Speierer Verhandlungen von 1542 warnen müssen, wo sie sich unter derselben Bedingung an den gemeinsamen Beratungen beteiligt und wo sie dann zum Schluß nur mit allergrößter Mühe und unter erheblichen Schwierigkeiten einen Teil ihrer Forderungen hatten durchsetzen können. Auf alle Fälle war es ein nicht unbedenklicher Weg, den sie beschritten. Denn zogen sie ihre vorläufige Zustimmung später wieder zurück, so mußte Karls Erbitterung dadurch aufs höchste steigen, konnte sich auch, wie man es namentlich auf städtischer Seite befürchtete, statt gegen Frankreich, gegen sie entladen.[2]) Aber nichts zeigte eben klarer den Umschwung der Lage als diese jetzige Nachgiebigkeit der Fürsten. Es war bei ihnen nicht allein die Nachwirkung des kaiserlichen Sieges, die sie derart Karls Wünschen willfährig machte, es kam bei ihnen ein weiterer Umstand hinzu, der diese Stimmung noch verstärkte. Vor allem auf städtischer Seite war man sich hierüber von Anfang an klar. Wenn der bairische Gesandte seinem Herrn nur zu berichten wußte, einige schmalkaldische Städtegesandte hätten ihm mitgeteilt, daß Sachsen und Hessen sich sehr bemühten, sich bei Karl in Gnade zu bringen, so wurden die Frankfurter Gesandten schon deutlicher; sie beklagten sich bereits ganz offen über die beiden Fürsten, die sich „ganz lind“ erzeigten und die, nachdem sie die Städte in Gefahr gebracht hätten, jetzt in den gemeinen Angelegenheiten nur ihre Privatsachen zu fördern gedächten.[3]) Hiermit spielten sie in erster Linie auf die braunschweigische Angelegenheit an, die sich wie vorher auch hier wieder als zersetzendes Element erwies und die Einigkeit im Bunde ernstlich zu gefährden

[1]) Mentz II, 389.

[2]) de Boor S. 39; Winckelmann III, 491 ff. Au. A. Ges. an den Rat 26. April und 28. Mai.

[3]) M. St. A. Kestinger an Ludwig 2. März; Fr. A. Ges. an den Rat 28. Februar. Vgl. auch Blaurers zutreffendes Urteil bei Lenz II, 257 A. 1 und Brandts Urteil bei Bezzenberger I, 88. Über die Beweggründe der einzelnen Fürsten vgl. de Boor S. 47 f. und Varrentrapp S. 226, für Sachsen außerdem noch Mentz II, 390.

drohte.[1]) Um so weniger hätten die Fürsten diesen Entschluß durchdrücken dürfen, als sie sich selbst sagen mußten, daß hiermit die an und für sich schon durch den Sessionsstreit gereizte Stimmung der Städte noch mehr gesteigert werden mußte, und gerade jetzt kam es doch für die Schmalkaldener bei dieser wichtigen Frage dem Kaiser gegenüber auf volle Einmütigkeit an.

Davon war aber schon im Anfange des Reichstages nicht viel zu spüren gewesen. Entsprechend dem Beschluß auf dem Frankfurter Städtetag von 1543 waren die Städte nach Speier in der festen Absicht gekommen, hier endlich einmal ihren Sessionsstreit mit den Fürsten zum endgültigen Austrag zu bringen. Bereits am 9. Februar traten die Städte zur ersten Beratung zusammen, um das von den Gelehrten der vier Städte Straßburg, Frankfurt, Nürnberg und Ulm verfaßte Libell anzuhören. Nachdem man dann einen Ausschuß eingesetzt hatte, zu dem neben den vier Städten auch noch Augsburg und Hagenau hinzugezogen wurden, faßte man nach längeren Beratungen den Beschluß, das Buch außer ins Lateinische auch noch ins Französische zu übersetzen und zugleich einen kurzen Auszug in der Form einer Supplikationsschrift zu machen, die man Karl ebenfalls übergeben wollte; dieser sollte zuerst um seine gütliche Vermittlung in dem Streit ersucht werden; erwiese sich diese als unfruchtbar, dann sollte er selbst die Entscheidung treffen.[2]) War so die Stimmung unter den Städten an und für sich schon gegen die Fürsten gereizt, so wurde sie es noch mehr, als am 24. Februar die katholischen Fürsten den Städten wieder wie auf den früheren Reichstagen nur ihren Beschluß über die Hilfe mitteilen ließen, ohne sich um ihre Gegenvorstellungen zu bekümmern. Dazu kam dann noch am folgenden Tage der Mehrheitsbeschluß der Protestanten, der ja unter der Führung der Fürsten erfolgte und ebenfalls auf die Wünsche der Städte keine Rücksicht nahm,

---

[1]) Ganz offen bezeichnete Sturm Mitte März diese Angelegenheit als den Hauptgrund für das Entgegenkommen der beiden Fürsten, vgl. de Boor S. 48 f., Baumgarten, Jakob Sturm S. 17 f. und Winckelmann III, 467.

[2]) Winckelmann III, 456 u. 463, C. A. Prot. vom 15., 22. u. 24. Februar, Au. A. Ges. an den Rat 10. Februar. Fr. A. Ges. an den Rat 23. Februar. Neben dem Straßburger Dr. Gremp ist das Libell wesentlich mit von dem Frankfurter Dr. Lamb verfaßt worden, vgl. Winckelmann III, 456 A. 1 und C. A. Prot. vom 15. Februar.

so daß Sturm wie Zwicker sich mit Recht beklagten, daß, wenn die Städte etwas berieten, ihre Ansicht doch nichts gelte.[1]) Für die Schmalkaldener war es nun sehr bedenklich, daß diese Mißstimmung, die sich selbst unter ihren Städten bemerkbar machte, bereits auch ihren Gegnern nicht mehr entgehen konnte. Gerade jetzt zeigte sich Naves von einem Entgegenkommen den Städten gegenüber wie noch nie zuvor. Nicht genug Worte wußte er zu finden, wie gewogen der Kaiser den Städten sei und wie viel ihm an dieser ganzen Sache gelegen sei; bot er doch sogar bei der Übersetzung des Libells ins Französische, mit welcher der Metzer Gesandte beauftragt worden war, nötigenfalls seine Dienste an.[2]) Ja, der bairische Gesandte wußte schon zu melden, daß etliche schmalkaldische Städte bereits an ihren Austritt aus dem Bunde dächten.[3]) Entsprach diese Nachricht wohl auch mehr dem Wunsche der Gegner als den Tatsachen, jedenfalls war es ein schwerer Fehler der schmalkaldischen Fürsten, die Städte vor den Kopf zu stoßen und somit ihr Zusammengehen zu gefährden, das Karl vielleicht noch zu weiteren Zugeständnissen hätte zwingen können.[4]) Hatte man sich doch auf katholischer Seite bereits zum Entgegenkommen entschlossen! An demselben Tage, an dem die Protestanten vor dem Kaiser umfielen, teilten die katholischen Stände ihm ihren endgültigen Beschluß mit, daß sie zwar zuerst die Hilfe behandeln wollten, daß aber der Kaiser gleichzeitig die Punkte Friedens und Rechtens, zu deren Beratung er sich ja selbst erboten habe, seinerseits inzwischen beratschlagen lasse, damit alles nebeneinander erledigt werde.[5])

Die Frage war jetzt, ob es Karl gelingen würde, nachdem er in der Form der Beratung seinen Willen durchgesetzt hatte, nun wirklich die Stände zur Hilfe gegen Frankreich zu bewegen. Abgesehen von nicht unerheblichem Widerstande, auf den er auch bei den Katholiken rechnen durfte, war für ihn

[1]) de Boor S. 38; Lenz II, 256 A. 1; Winckelmann III, 463. Me. A. Zwicker an den Rat 1. und 3. März.

[2]) M. d. J. f. östr. Gesch. 26, 322; C. A. Prot. vom 24. Februar.

[3]) M. St. A. Kestinger an Ludwig 2. März.

[4]) Vgl. auch de Boor S. 39 und Winckelmann III, 489 f.

[5]) Winckelmann III, 462; Fr. A. Ges. an den Rat 28. Februar.

der wichtigste Punkt, wie sich die Schmalkaldener, die früheren Verbündeten Frankreichs, hierzu stellen würden. Und da zeigte sich unter ihnen, genau so wie bei der Frage über die abermalige gemeinsame Beratung, ein Gegensatz, nur war er hier noch größer und entschiedener. Die protestantischen Städte zusammen mit den katholischen wollten jede Hilfsleistung gegen Frankreich vermeiden, da sie hierdurch eine erhebliche Schädigung ihres lebhaften Handels mit dem Nachbarstaate befürchteten.[1]) Im Gegensatz dazu traten die meisten protestantischen Fürsten, an ihrer Spitze Sachsen und Hessen, aus den gleichen Gründen wie bereits vorher für Karls Ersuchen ein;[2]) dieser hatte außerdem es nicht unterlassen, den beiden Fürsten durch Granvella noch einmal alle seine Beschwerden gegen den König von Frankreich vorhalten zu lassen.[3]) Allerdings in der ersten gemeinsamen Sitzung vom 5. März, in deren Mittelpunkt dem kaiserlichen Begehren entsprechend die Unterstützung gegen Frankreich zur Beratung stand, platzten die Ansichten noch heftig aufeinander; trotzdem schien bereits jetzt im Fürstenrat eine Mehrheit für Karl vorhanden, wenn man auch noch keine bindenden Entschlüsse faßte.[4]) Mehr Schwierigkeiten machten die Kurfürsten. Wie die rheinischen Kurfürsten schon vor Beginn des Reichstages geringe Neigung zur Türkenhilfe gezeigt hatten, so waren sie jetzt insgesamt noch weniger dazu geneigt, gegen Frankreich offen Stellung zu nehmen. Schließlich einigten sich die Kurfürsten nach längeren Erörterungen zunächst dahin, nicht nur die von dem Kaiser gewünschte Hilfe gegen Frankreich, sondern gleichzeitig mit ihr auch die gegen die Türken zu beraten, ein Beschluß, dem sich auch, wie es der Landgraf bereits am 5. März angeregt hatte, der Fürstenrat anschloß.[5]) Beide Hilfen standen also gegen Karls ursprünglichen Wunsch zu gleichzeitiger Beratung; nur war für ihn das Unangenehme hierbei, daß gerade die Unterstützung, die er am meisten

---

[1]) de Boor S. 40 und Roth III, 103.

[2]) Vgl. auch Hasenclevers Urteil in M. d. J. f. östr. Gesch. 26, 322.

[3]) Ma. A. Antwort Granvellas 4. März.

[4]) Druffel I, 169 und 256. Au. A. Ges. an den Rat 6. März.

[5]) Druffel I, 252 und 256; L. A. Rudel an den Rat 7. März; Au. A. Ges. an den Rat 10. März.

wünschte, den Ständen am ungelegensten war. Auch im Fürstenrat hielt man sich trotz aller Geneigtheit, Karls Bitte zu entsprechen, noch vorsichtig zurück. Nur soweit kam man ihm vorläufig entgegen, daß man sich entschloß, den König von Frankreich, den Verbündeten der Ungläubigen, öffentlich als Reichsfeind zu erklären und dem Kaiser sonst jede Förderung zu tun, aber — und das war das Entscheidende — Leute und Geschütz sollte er auf seine eigenen Kosten unterhalten. Es war also eine Unterstützung nur mit Worten, nicht mit Taten. Als die Kurfürsten hiervon Kunde erhielten, faßten sie einen Entschluß, der deutlich zeigt, wie die deutschen Stände förmlich wetteifernd um Karls Gunst buhlten. Im Gegensatz zu ihrer früheren Haltung schwenkten sie plötzlich um; sie machten sich die Ansicht der Fürsten nicht nur zu eigen, sondern gingen noch über sie hinaus, indem sie sich bereit erklärten, dem Kaiser nicht nur wie diese ihre moralische Unterstützung zu leihen, sondern ihm auch mit einer Truppenmacht gegen Frankreich zu helfen.[1]) Wenn wir auch über die Einzelheiten der weiteren Beratungen in den beiden Kollegien nicht unterrichtet sind, so erhellt das eine doch ganz klar, daß von den Fürsten einer der eifrigsten Vertreter der kaiserlichen Wünsche der Landgraf gewesen ist. Nachdem er bereits in der ersten Sitzung seine Bereitwilligkeit zur französischen Hilfe ausgesprochen hatte, hielt er im Fürstenrat am 10. März eine längere Rede. Die heftigsten Vorwürfe erhob er im Namen des Vaterlandes und des Kaisers gegen den König von Frankreich und forderte alle deutschen Fürsten, protestantische wie katholische, in flammenden Worten auf, gegen ihn, den Verräter gegen Gott und am christlichen Glauben, die Waffen zu erheben; er schloß damit, daß an eine energische Unternehmung gegen die Türken nicht zu denken sei, bevor nicht ihr Verbündeter am Boden liege, um von dieser Seite keine Gefahr mehr befürchten zu müssen. Nichts ist bezeichnender für den Eindruck, den diese Rede machte, als ihre Wirkung auf seine sonstigen schärfsten Gegner. Der Kardinal von Augsburg erklärte, der heilige Geist

[1]) Druffel I, 25 A. 17; M. St. A. Räte an Wilhelm und Ludwig 15. März; Au. A. Philipp an die Dreizehn 31. März Über die Gründe der Kurfürsten vgl. Druffel I, 26.

selbst scheine Philipp zu diesen Worten inspiriert zu haben, und ein italienischer Bischof schloß sich dieser Ansicht durchaus an.[1]) Zwei Tage darauf kam es bereits zu einem gemeinsamen Beschluß der Kurfürsten und Fürsten, der, wenn er auch nur im allgemeinen ihre Bereitwilligkeit zur Hilfe gegen Frankreich erklärte, sie vielmehr an einzelne Bedingungen knüpfte und überhaupt möglichst verklausulierte, doch im Grunde bereits die Entscheidung zugunsten des Kaisers brachte.[2]) Dessen kühnste Erwartungen waren übertroffen. Noch zu Anfang des Reichstages hatte Granvella nur als sicher die Bewilligung der Hilfe gegen die Türken angesehen; um so weniger konnte er seine offene Genugtuung verbergen, als er von diesem Beschluß vernahm. Selbst Karl, der sonst so zurückhaltend war und sorgsam seine wahren Gefühle zu verbergen sich bemühte, zeigte offen seine Freude, und seine Begleiter erklärten, daß er niemals über einen Sieg mehr erfreut und befriedigt gewesen sei.[3]) Und mit vollem Recht. Es war ihm gelungen, gerade die Fürsten Deutschlands, wo Franz sich stets des Besitzes so vieler Freunde gerühmt hatte, in kurzer Verhandlung zu einem Beschluß zu bewegen, der allein in seinem Interesse lag, sicher nicht in dem der Protestanten.

Freilich waren zur Ausführung dieses Beschlusses im einzelnen noch mehr als genug Schwierigkeiten zu überwinden, vor allem bei den Städten. Die Gründe waren, wie bereits kurz erwähnt, wesentlich handelspolitischer Natur; gerade die bedeutendsten unter ihnen, die großen oberländischen Kommunen, standen in regen Handelsbeziehungen zu Frankreich, die durch eine feindliche Haltung von ihrer Seite auf das schwerste leiden mußten. Nicht nur war zu befürchten, daß der König die sich

---

[1]) Ranke IV, 221; de Boor S. 43; Arch. Stor. It. X, 42 f. und 62. Über die allgemeinen Beweggründe, die neben den Sonderinteressen der Fürsten die Protestanten zur Hülfe veranlaßt haben und die uns ihren Beschluß aus der allgemeinen politischen Lage heraus wenigstens erklärlich, wenn auch nicht entschuldbar erscheinen lassen, vgl. de Boor S. 44 ff. und Egelhaaf II, 428.

[2]) de Boor S. 41 f.; Winckelmann III, 465 f.; Bezzenberger Brandt I, 86; Fr. A. Ges. an den Rat 16. März, als Beilage Verhandlungen der Fürsten mit den Städten vom 12. März.

[3]) Gachard a. a. O. S. 278; Druffel I, 168, wo auch mehr Literatur angegeben ist, und Arch. Stor. It. X, 43; Br. A. Granvella an Maria 24. Februar.

im Lande befindlichen deutschen Waren mit Beschlag belegen lassen, sondern daß auch jeder geschäftliche Verkehr ins Stocken geraten würde.[1]) Daher fanden gleichzeitig mit den Beratungen der Fürsten solche der Städte statt, bei denen es sich allerdings zunächst nicht um diese Frage, sondern um den alten Streit zwischen ihnen und den Fürsten handelte. Am 6. März erschienen acht Städte, Cöln, Regensburg, Straßburg, Augsburg, Speier, Worms, Frankfurt und Ulm, vor dem Kaiser und überreichten ihm in feierlicher Audienz nebst einem kurzen Auszug in französischer Sprache, der speziell für ihn bestimmt war, das Libell, das in ausführlicher Ausführung ihren Standpunkt zu begründen versuchte. Es war nicht anders zu erwarten, als daß Karl ihnen äußerlich durch Naves in gnädiger Form antworten ließ, er werde die Schrift durchsehen und sich den Städten mit gnädigster Förderung erweisen. Jedoch von einer tatsächlichen Unterstützung durch ihn konnte jetzt, wo die Fürsten sich viel williger und hilfsbereiter als die Städte erwiesen, noch weniger die Rede sein. Er begnügte sich damit, das Buch den Fürsten zur Beantwortung am 13. März zuzustellen.[2]) Wenn auch Sachsen und Hessen in diesem Streit erneut für die Städte eintraten, wie übrigens auch die bairischen Herzöge in einem nebensächlichen Punkte zum Entgegenkommen bereit waren, so hielten die Fürsten doch in der Hauptsache an ihren Ansprüchen fest.[3]) Das bewiesen sie, als sie am 12. März den Städten ihren Beschluß über die Hilfe gegen Frankreich als endgültig vorhalten ließen, ohne sich im geringsten um ihren Widerspruch zu kümmern. Diesen blieb daher nichts anderes, als dem Kaiser gesondert ihre Antwort über diese Angelegenheit zu erteilen. Nach langen erregten Beratungen über

---

[1]) de Boor S. 40; Winckelmann III, 472 f.; M. St. A. Kestinger an Ludwig 2. März.

[2]) de Boor S. 38; May II, 432 f.; Winckelmann III, 466 und 470; Au. A. Ges. an den Rat 6. März; C. A. Ges. an den Rat 10. März; Me. A. Zwicker an den Rat 11. März; Fr. A. Ges. an den Rat 16. März, ebenda das Libell in deutscher Sprache. Auch in lateinischer Übersetzung ist es übergeben worden, damit auch die kaiserlichen Räte, die der deutschen Sprache nicht mächtig waren, es lesen konnten, Fr. A. Städteabschied 11. Juni.

[3]) Winckelmann III, 466. M. St. A. Räte an Wilhelm und Ludwig 15. März.

die Proposition, bei denen die Ansichten nicht nur wegen der Hilfeleistung, ob gegen Frankreich oder die Türken, sondern auch wegen der Aufbringung des Geldes sehr geteilt waren, einigten die Städte sich schließlich dahin, wegen der Hilfe gegen Frankreich solle man Befehlslosigkeit vorschützen, da im Ausschreiben zum Reichstage davon nichts gestanden hätte, dagegen solle man sich unter bestimmten Bedingungen zur Unterstützung gegen die Türken bereit erklären. Am 14. März überreichten sie dies Bedenken dem Kaiser. Da dieser aber jetzt, wo er der Zustimmung der Fürsten sicher war, sich um ihren ablehnenden Bescheid nicht zu kümmern brauchte, so ließ er durch Naves ihnen bedeuten, daß er ihren Grund nicht als stichhaltig anerkennen könne, da seit der Proposition drei Wochen vergangen seien und sie also ausreichend Zeit zur Einholung neuer Befehle gehabt hätten. Um den Worten seines Vizekanzlers mehr Nachdruck zu verleihen, sagte er persönlich noch ganz laut zu ihm in französischer Sprache, er wolle sich versehen, die Städte würden sich mit den Fürsten vergleichen und die Sache keineswegs verhindern.[1] Die Wirkung war die gewünschte. Die Ansicht der Augsburger Gesandten erwies sich als durchaus richtig, die bereits Anfang März ihren Herren schrieben, es werde für die Städte nach der Bewilligung der Hilfe durch die Fürsten jeder längere Widerstand für sie allein unmöglich sein.[2] Daher kam man schon einen Tag nach jener ernsten Mahnung des Kaisers zu dem Entschluß, ihm ebenfalls die Unterstützung gegen Frankreich zuzugestehen. Allerdings benachrichtigte man ihn hiervon noch nicht offiziell, man erklärte ihm nur, man wolle erst noch von den Oberen Bescheid einholen. Da sie aber gleichzeitig ihre Bereitwilligkeit durchblicken ließen, so hatte er gegen diesen Aufschub nichts einzuwenden, um so weniger, als den Städten hierdurch die Möglichkeit gegeben war, bevor sie ihre offene Erklärung gegen

---

[1]) de Boor S. 41 f.; Winckelmann III, 465 und 469 f; Au. A. Ges. an den Rat 6. und 10. März; C. A. Ges. an den Rat 10. März; Me. A. Zwicker an den Rat 11., 14. und 17. März; M. St. A. Räte an Wilhelm und Ludwig 15. März; Fr. A. Ges. an den Rat 16. März.

[2]) Au. A. Ges. an den Rat 6. März, vgl. auch Schieß II, 241 und M. d. J. f. östr. Gesch. 26, 322.

Frankreich abgaben, noch möglichst viele Waren aus Frankreich der drohenden Beschlagnahme zu entziehen.[1]) Während Karl in diesem Punkte den Städten auch seinerseits entgegenkam, blieb er ihren Versuchen gegenüber, von einer offenen Erklärung gegen Frankreich abzusehen, durchaus fest. Verhandlungen Sturms und Peutingers bei Granvella in dieser Angelegenheit verliefen ergebnislos; sie mußten sich mit der Versicherung begnügen, daß von kaiserlicher Seite genügende Vorsehung für einen plötzlichen Überfall und andere Gefährdung getroffen sei.[2]) Daher blieb den Städten nichts anderes übrig, zumal Karl jetzt selbst bei ihnen um Bescheid drängte und auch die anfängliche Einigkeit in dieser Angelegenheit bei ihnen bereits zu wanken begann,[3]) als schweren Herzens am 4. April dem Kaiser ebenfalls ihre offene Zustimmung zur Hilfe gegen Frankreich zu erteilen; erneut baten sie nur noch um Schutz gegen einen Überfall wie auch um Sicherheit ihrer Leute und Waren in Frankreich. Es war in Wahrheit so, wie die Frankfurter Gesandten bitter bemerkten, sie mußten nach der Weise, die ihnen die Kur- und Fürsten vorgepfiffen hatten, tanzen.[4])

Denn am Tage vorher hatten nach längeren Verhandlungen die Fürsten sich auch über die Einzelheiten und die Art der zu bewilligenden Hilfe schlüssig gemacht.[5]) Auch hier waren noch Schwierigkeiten zu überwinden gewesen. Es war wirklich so, daß den protestantischen Fürsten, kurz nachdem sie dem Kaiser die Unterstützung im allgemeinen bewilligt hatten, erst jetzt das Bedenkliche ihres Schrittes klar vor Augen trat. Es war nicht nur der Landgraf, der gegen Schärtlin voller Bedenken auf die hohe Last hinwies, die dem Reiche durch die

---

[1]) Winckelmann III, 467, 469 f. und 471 f.; Fr. A. Ges. an den Rat 16. März; Au. A. Ges. an den Rat 20. März.

[2]) de Boor S. 51 f.; Winckelmann III, 480 f.; Au. A. Ges. an den Rat 25. März und 2. April; Me. A. Zwicker an den Rat 30. März; Fr. A. Ges. an den Rat 2. April.

[3]) de Boor S. 54; L. A. Rudel an den Rat 2. April.

[4]) de Boor S. 54; Winckelmann III, 481 A. 3; Fr. A. Ges. an den Rat 4. April, als Beilage Antwort der Städte.

[5]) Nach dem Schreiben der Ges. vom 4. April im Fr. A. wurde die Antwort der Fürsten dem Kaiser bereits am 3. April übergeben; ebenda ihre Antwort vom 3. April. Über die Einzelheiten der Verhandlungen vgl. de Boor S. 52 ff.

Leistung dieser Hilfe aufgebürdet werde, auch sonst brach sich die richtige Überzeugung immer mehr und mehr durch, daß man im Anfang zu sehr geeilt habe, was nun jeder dem andern beimaß.[1]) Aber eins war auch klar, zurück konnte man nicht mehr, wie es auch Philipp Schärtlin gegenüber zu erkennen gab. Es kam nur noch auf einen Versuch an, ob man diesen Beschluß vielleicht abschwächen könne. Und in diesem Punkte trafen die Bemühungen der Fürsten mit den eben erwähnten der Städte zusammen; beide versuchten, die offene Erklärung gegen Frankreich zu verhindern. Zum Hauptvertreter dieser Ansicht machte sich im Fürstenrat der Landgraf; schließlich fand der Vorschlag Billigung, die Hilfe gegen Frankreich unter der Bezeichnung gegen die Türken und ihre Anhänger zu bewilligen, wodurch man gleichzeitig auch die Städte eher zur Beteiligung zu veranlassen hoffte. Als aber am 1. April diese Angelegenheit zur Verhandlung an die Kurfürsten gelangte, scheiterte sie an deren Widerstand, so daß die Fürsten schließlich nachgaben.[2]) Der Kaiser hatte somit erreicht, was er gewünscht; auch öffentlich war jetzt der Bruch zwischen dem Könige von Frankreich und seinen natürlichen Verbündeten, den Schmalkaldenern, vollzogen.

Man hätte annehmen sollen, daß nach der Erledigung dieser Frage die Verhandlungen über Friede und Recht an die Reihe kommen würden; denn endgültig bewilligt war die Hilfe ja noch keineswegs, bis zum Schlusse hatten die Protestanten immer wieder betont, daß diese ganzen Beratungen ohne gleichzeitige Erledigung ihrer Forderungen für sie unverbindlich seien.[3]) Der Kaiser war jedoch hierzu nicht geneigt, bevor nicht die materielle Grundlage für die Heereshilfe geregelt war.

Scharf standen sich hier die Meinungen gegenüber; die einen traten für die alten Anschläge ein, die anderen für den gemeinen Pfennig. Da die Stände sich hierüber nicht einigen konnten, stellten sie Karl die Entscheidung anheim; er fällte die salomonische Entscheidung, daß für die eben erledigte

---

[1]) de Boor S. 50 f.; Au. A. Ges. an den Rat 23. März.

[2]) Au. A. Philipp an die Dreizehn 31. März nebst Nachschrift vom 1. April. Hierdurch wird die Darstellung de Boors S. 52 ergänzt.

[3]) Vgl. Philipps obiges Schreiben vom 31. März.

Defensivhilfe die alten Anschläge, für die allerdings erst noch näher zu beratende Offensivhilfe dagegen der gemeine Pfennig zugrunde zu legen sei.[1])

Mit diesen Verhandlungen war inzwischen der Mai herangekommen, und wenn der Kaiser auch noch gern erst die Offensivhilfe durchgesetzt hätte, so war sein bisheriger Erfolg doch bereits so groß, daß er sich nun endlich auch genötigt fühlte, die protestantischen Wünsche nach Ordnung der religiösen Streitigkeiten zu erledigen.[2]) Auf wessen Seite hier seine Sympathien standen, trotz alles scheinbaren Entgegenkommens der Protestanten gegenüber, zeigte gleich zu Beginn des Reichstages ein an und für sich unbedeutendes Ereignis, das aber unter den Ständen ein nicht unbeträchtliches Aufsehen erregte und die grundverschiedenen Anschauungen blitzhell beleuchtete. Gleich nach seiner Ankunft ließ der Landgraf in einer Klosterkirche evangelischen Gottesdienst halten. Sofort beschwerten sich die Katholiken bei Karl mit dem Hinweis darauf, daß das Kloster noch von Mönchen bewohnt sei. Trotzdem der Kaiser die protestantischen Predigten entsprechend der Gepflogenheit der früheren Reichstage an und für sich nicht gut verbieten konnte, so ließ er doch durch seine Räte den Landgrafen um Einstellung der Gottesdienste in der Kirche ersuchen. Dieser aber weigerte sich und ließ im Namen der Protestanten dem kaiserlichen Abgesandten Naves erklären, er vernähme mit Befremden, daß man ihnen hier keine Kirche einräumen wolle. Schließlich ließ Karl, als der Landgraf trotz neuen Ersuchens sich um das kaiserliche Verbot nicht kümmerte, die Kirche sperren. Wie vorsichtig und zurückhaltend er aber auch hier wieder vorging, um sich die Gegner nicht ganz zu entfremden, beweist sein Vorschlag, Philipp möge im Kreuzgange des Klosters Gottesdienst abhalten lassen, was denn auch unter großer Beteiligung geschah. Der Kurfürst von Sachsen sah sich sogar genötigt, als Kirche ein Zunfthaus zu benutzen; die Stelle der Orgel mußte Instrumentalmusik vertreten.[3]) Je schärfer sich

---

[1]) Für das einzelne vgl. de Boor S. 56 ff.

[2]) de Boor S. 60.

[3]) de Boor S. 23; C. R. V, 336, Anm.; Pressel S. 241 f.; Voigt, Fürstenleben und Fürstensitte im 16. Jahrhundert im Hist. Taschenbuch 1835, S. 332

Karl hierin wie auch in äußerlichem Gebahren, wie Fußwaschungen von zwölf Armen,[1]) auch hier wieder als treuer Sohn der Kirche zeigte, um so mehr bemühten sich die Protestanten, nachdem sie durch ihr zu frühes Entgegenkommen die beste Gelegenheit versäumt hatten und je mehr sie sich ihres übereilten Schrittes bewußt wurden, bei den weiteren Beratungen durch Hartnäckigkeit und Zähigkeit ihre Forderungen durchzusetzen, so wie es Bucer bereits für den Anfang gewünscht hatte.[2]) Sachsen und Hessen erklärten jetzt energisch, daß sie ohne Frieden und Recht die Hilfe niemals endgültig bewilligen würden, und nach ihrem Vorschlag machten die Protestanten bereits Ende März einen Ausschuß, um die nötigen Schritte für die genaue Feststellung ihrer Forderungen zu tun.[3])

Hauptsächlich kam es für sie darauf an, auch der Mitwirkung der übrigen Stände für ihre Wünsche sich zu vergewissern. Und genau so wie es ihnen in Nürnberg 1543 geglückt war, einen Teil von ihnen dazu zu bewegen, so gelang es ihnen auch jetzt, da auch auf katholischer Seite der Wunsch nach rechtlicher Sicherstellung bei Leistung einer derartigen Hilfe nicht minder groß war. In demselben Schriftstück vom 3. April, in dem die Fürsten die kaiserlichen Forderungen in der Hauptsache bewilligten, traten sie gleichzeitig an den Kaiser mit dem Wunsche der Regelung dieser Frage heran,[4]) und die Frankfurter Gesandten meldeten jetzt bereits, im scharfen Gegensatz zu ihrer und der Straßburger früheren Ansicht, froh ihren Herrn, die Aussichten ständen gut und der Kaiser habe schon Ferdinands Vizekanzler Dr. Gienger mit der Abfassung dieser Artikel be-

---

Sastrow I, 238 f.; Leva, Storia documentata di Carlo V, Bd. III, 498 A. 3; Druffel I, 165 A, 8; Schieß II, 238; Ma. A. Antwort an Naves 14. Februar; Au. A. Ges. an den Rat 21. Februar; M. St. A. Stockhammer an Wilhelm 21. Februar; Me. A Zwicker an den Rat 3. März, Zettel; L. A. Rudel an Lübeck 7. März.

[1]) Über eine Prozession spanischer Geißler in der Charwoche in Speier, bei der das Blut in Strömen floß, vgl. Sandoval, Historia del imperador Carlos V, Madrid 1847, Bd. VII, 342; Sastrow I, 239 f.; Hei. A. Kugler an den Rat 11. April.

[2]) Lenz II, 187 f. und 235 f.

[3]) Winckelmann III, 480.

[4]) de Boor S. 62.

auftragt.[1]) Doch die Freude war zu früh. Der Kaiser wollte, wie eben erwähnt, erst die Hilfsfrage nach allen Richtungen hin möglichst erledigt sehen. Daher erklärte er in seiner Erwiderung vom 5. April zum Schluß nur ganz allgemein, er wolle die Punkte Friedens und Rechtens noch auf diesem Reichstag erledigen.[2]) Kein Wunder, daß die Hoffnungen auf protestantischer Seite wieder stark herabgingen, die Straßburger wie die Augsburger Gesandten waren einmütig der gleichen Meinung, daß die Aussichten wieder sehr gering seien, ja, die letzteren hielten sogar mit ihrer Befürchtung nicht zurück, daß Karl sie jetzt absichtlich hinhalte, um dann kurz vor dem Schluß des Reichstages diese wichtige Frage in aller Eile und nur oberflächlich zu erledigen.[3]) Da sogar das Gerücht auftauchte, Karl und Ferdinand würden binnen kurzem Speier verlassen, so bemühte man sich auf protestantischer Seite um Erfüllung ihrer Wünsche um so energischer, wie denn auch Sachsen, Hessen und Straßburg bereits eine Note über Frieden und Recht aufgesetzt hatten, die man vorläufig aber noch geheim hielt.[4]) Um eine Beschleunigung herbeizuführen, ließ der Landgraf dem Kaiser mitteilen, er gedenke in drei Wochen abzureisen, und am 20. April hatte er eine Unterredung mit ihm, in der auch dieser Gegenstand zur Sprache kam und in deren Mittelpunkt der Landgraf die Deklaration stellen wollte, da sie für die Erörterung dieser Frage grundlegend sein sollte. Aber Karl vermied sorgfältig eine eingehende Erörterung dieser Kardinalfrage. Was nutzte es da, wenn er erklärte, für Frieden und Recht wolle er, soviel ihm mit Ehren möglich, alles tun, und Philipp deshalb an Granvella verwies, denselben, der offen

---

[1]) Winckelmann III, 477; Fr. A. Ges. an den Rat 22. März und 4. April. Zwicker weiß sogar schon Ende März von derartigen Bemühungen Karls zu berichten; gleichzeitig schreibt er aber ziemlich pessimistisch, daß die protestantischen Fürsten sich um die Erfüllung ihrer Forderungen und besonders für das Recht sich nicht hart bemühen werden, Me. A. Zwicker an den Rat 20. März.

[2]) Fr. A. Ges. an den Rat 16. April, als Beilage Karls Antwort vom 5. April.

[3]) Winckelmann III, 484; Au. A. Ges. an den Rat 16. April.

[4]) Au. A. Gesandte an die Dreizehn 16. April; Fr. A. Ges. an den Rat 16. April; Schw. A. Probst an den Herzog von Mecklenburg 20. April.

Sturm erklärte, er könne die Deklaration nicht anerkennen, da sie nicht auf rechtmäßige Weise erlangt sei.[1]) Bei dieser verschiedenen Auffassung war daher von Anfang an nicht viel von diesen Verhandlungen zu erhoffen, die tatsächlich, entsprechend Karls Äußerung, zwischen Granvella und Naves einerseits und protestantischen Abgeordneten andererseits am 22. April ihren Anfang nahmen. Vor allem zeigte sich der klaffende Zwiespalt in der für die weitere Entwicklung des Protestantismus wichtigsten Frage, ob die Deklaration auch für diejenigen Gültigkeit habe, die erst später zur neuen Lehre übertreten würden. Hier stießen die Protestanten auf den entschiedensten Widerstand bei Granvella, der, so wenig Günstiges in religiöser Beziehung er sich für die Katholiken auch von diesem Reichstage versprach, grade die weitere Ausbreitung der neuen Lehre mit allen Mitteln von Anfang an zu verhindern sich bemühte. Als die Rede auf die Deklaration kam, gebärdete er sich nach dem Berichte Sailers wie unsinnig und toll; in den heftigsten Ausdrücken bestritt er es, daß sie derartig zu verstehen sei, und erklärte sogar, eher werde der Kaiser seine Kinder, Königreiche und Lande verlassen.[2]) Den gleichen feindlichen Standpunkt nahm Ferdinand der Deklaration gegenüber ein.. Offen bestritt er dem Landgrafen, als er mit ihm auf der Jagd zusammentraf, ihre weitere Gültigkeit, da die Protestanten sie nicht gehalten hätten.[3])

Man ging daher auf protestantischer Seite jetzt in richtiger Würdigung der Sachlage energischer vor, zumal Karl die Beratung der Offensivhilfe verlangte, und faßte am 25. April den Beschluß, von der Deklaration nicht zu weichen, sondern ihre öffentliche Anerkennung im Reichsabschied, sei es dem Wortlaut oder dem Effekt nach, zu verlangen, keinesfalls vor Erledigung von Friede und Recht die bedingungsweise bewilligte Defensivhilfe wirklich zu leisten und sich schließlich in die

---

[1]) A. f. R. G. I, 107f.; Ma. A. Bericht über Philipps Unterredung mit Karl am 20. April.

[2]) de Boor S. 60f.; Winckelmann III, 489; Baumgarten, Sleidans Briefw. S. 32; A. f. R. G. I, 124; Br. A. Granvella an Maria 24. Februar; Au. A. Ges. an die Dreizehn 26. April, desgl. an den Rat 26. April.

[3]) A. f. R. G. I, 122.

Beratung der Offensivhilfe überhaupt nicht einzulassen.[1]) Im Grunde aber handelte es sich jetzt für sie gar nicht darum, die letzten Konsequenzen zu ziehen, „mitten im Werke abzubrechen" und das Schreckgespenst der kaiserlichen Ungnade kühl in Kauf zu nehmen, sondern, entsprechend der früheren Haltung, lediglich darum, möglichst viel für sich herauszuschlagen, ohne die Sache auf die Spitze zu treiben.[2]) Um äußerlich wenigstens ihren Wünschen noch mehr Nachdruck zu verleihen und sich gleichzeitig selbst zu sichern, hielten sie es auch jetzt wieder für rätlich, daß Sachsen und Hessen in ihrem Rate auch die Katholiken für ihre Wünsche über Friede und Recht zu gewinnen sich bemühten, da, wie man wußte, viele unter diesen waren, denen die Regelung dieser Frage am Herzen lag.[3]) Erleichtert wurde ihnen diese Bitte bei Karl dadurch, daß dieser selbst den Ständen bereits entgegengekommen war, um den endgültigen Beschluß über die Defensivhilfe herbeizuführen. Die Stände knüpften an seine allgemeine Erklärung vom 23. April, über Frieden und Recht zu beraten, an und verlangten auch jetzt wieder alle zusammen in ihrer Erwiderung vom 26. April die Erledigung dieser beiden Punkte. Sachsens und Hessens Bemühungen waren demnach nicht erfolglos geblieben.[4]) Dies schien aber den Protestanten noch nicht ausreichend. Einmal übergaben sie noch besonders ein Schriftstück, indem sie ihre Hauptforderungen wiederholten, und dann setzten sie noch den Kurfürsten allein ihre gesamten Wünsche auseinander,[5]) Wünsche religiöser wie weltlicher Art, die, wenn sie ihnen von Karl und den Katholiken zugestanden wurden, für sie im Grunde die öffentliche Anerkennung der Deklaration bedeuteten, und zwar sollten diese Artikel allem Widerstande zum Trotz, auf den man

---

[1]) Ranke IV, 218 A. 1; Winckelmann III, 485 und 489; A. f. R. G. I, 126 f.; Fr. A. Ges. an den Rat 26. April.

[2]) Au. A. Ges. an den Rat 26. April. In Italien war nach demselben Schreiben bereits das Gerücht aufgetaucht, daß die Protestanten ihre erste Zusage bereuten.

[3]) Winckelmann III, 489; Fr. A. Ges. an den Rat 26. April.

[4]) de Boor S. 62; Mentz II, 390; Fr. A. Ges. an den Rat 28. April, als Beilage Karls Antwort vom 23. April; das Datum ergibt sich, abgesehen von der Angabe bei de Boor S. 57 A. 3, auch noch aus dem C. A.

[5]) Das Nähere bei de Boor S. 63 f., die Artikel selbst im A. f. R. G. I, 137 ff.

eben erst gestoßen war, auch für die zukünftigen Anhänger der neuen Lehre Gültigkeit haben.[1])

Als der Kaiser von diesen Bemühungen der Protestanten bei den Ständen erfuhr, beschloß er, um ihnen zuvorzukommen und sich nicht das Heft aus der Hand winden zu lassen, endlich selbst diese Angelegenheit in Angriff zu nehmen. Am 1. Mai ernannte er daher für diese Fragen vier Unterhändler; zwei von ihnen waren diejenigen, die er schon früher dazu benutzt hatte, der Kurfürst von Brandenburg und der jetzige Kurfürst Friedrich von der Pfalz, die beiden andern waren Naves und Madruzzo, die ihn und seinen Bruder vertreten sollten.[2]) Konnte man auch auf protestantischer Seite mit dieser Auswahl ganz zufrieden sein, so war es doch viel wichtiger, wie die katholischen Stände sich zu diesen neuen Verhandlungen und den protestantischen Wünschen stellen würden. Da war es schon von vornherein zu erwarten, daß sie etwaige Vorschläge, die sich auf dem Boden der verhaßten Deklaration bewegen würden, keineswegs annehmen würden. Ebenso klar war es aber auch, daß der Kaiser hier, wo er doch ebenso wie in Regensburg auf die protestantische Unterstützung durchaus angewiesen war, unmöglich hinter den dortigen Zugeständnissen zurückbleiben konnte.[3]) Wäre es nur nach ihm gegangen, so hätte er den Gegnern am liebsten wieder eine Sonderversicherung gegeben, wie es der Brandenburger noch vor Beginn der Verhandlungen dem Landgrafen vorgeschlagen hatte, aber die Protestanten hätten nach Sailers treffendem Ausdruck Toren sein müssen, wenn sie darauf eingegangen wären.[4]) Für sie

[1]) Dies ergibt sich im Gegensatz zu de Boors Ansicht S. 64 aus A. f. R. G. I, 137, wo absichtlich unauffällig die Fassung gewählt ist, daß kein Stand darum, daß er der Augsburgischen Religion wäre oder würde, beschwert werden dürfe. Hierauf bezieht sich auch die etwas spätere Bemerkung des Brandenburgers, daß es sich im Grunde vor allem um zwei Worte handle, „ist" und „wird", denn auf protestantischer Seite wünschte man die Fassung, wer dem Glauben anhängig wird, auf katholischer, wer ihm jetzt anhängig ist, vgl. A. f. R. G. I, 145 f.

[2]) de Boor S. 65; Winckelmann III, 497; A. f. R. G. I, 132 f.; State Papers IX, 667 f.; Au. A. Ges. an der Rat 1. Mai; M. St. A. Räte an Wilhelm und Ludwig 3. Mai.

[3]) de Boor S. 64 f.

[4]) A. f. R. G. I, 133.

war es auf Grund der Lehren der Vergangenheit ein dringendes Gebot nicht allein der staatsmännischen Klugheit, sondern förmlich der Selbsterhaltung, die allgemeine Anerkennung der Deklaration in irgendeiner Form durch Aufnahme in den Reichsabschied durchzusetzen. Da aber die Führer der katholischen Stände, die Baiern, schon jetzt ganz offen ihre Zustimmung hierzu verweigerten,[1]) so sah sich Karl wieder einer Aufgabe gegenübergestellt, die von Anfang an unlösbar war.

Gleich bei den ersten Beratungen traten die Schwierigkeiten zutage, denn die Katholiken setzten dem kaiserlichen Wunsche, beiderseits einen Ausschuß für die Verhandlungen zu bestimmen, Widerstand entgegen. Die Baiern im Bunde mit den meisten geistlichen Fürsten erklärten sich nur zu allgemeinen Beratungen zwischen den gesamten beiderseitigen Ständen bereit, ein Vorschlag, der zwar vor plötzlichen Überrumpelungen schützte, aber zu einem etwaigen Kompromiß kaum geeignet erschien.[2])

Wie klar aber die katholischen Stände die Wichtigkeit dieser beginnenden Unterhandlungen erkannt hatten, beweist nichts besser als die Tatsache, daß sie, um dem geschlossenen Bunde ihrer Gegner ebenfalls eine einheitliche Masse gegenüberstellen zu können, ihren Städten gegenüber sich jetzt zu einem entgegenkommenden Schritt entschlossen.

Wie erinnerlich, waren es gerade die katholischen Fürsten gewesen, die vor drei Jahren in Regensburg den alten Streit wieder begonnen hatten, und auch hier in Speier waren sie wieder die ersten gewesen, die am 22. März den Städten auf das Libell durchaus ablehnend geantwortet hatten, indem sie ihnen einfach ihre Antwort vom Regensburger Reichstag hatten verlesen lassen. Daran hatte sich dann die gemeinsame schriftliche Erwiderung aller Fürsten angeschlossen, die dem Kaiser am 28. März und von diesem den Städten am 3. April zugestellt worden war und in der gleichfalls keine Rede von Entgegenkommen gewesen war. Ebensowenig hatten sich die gesamten Fürsten, als die Städte dem Kaiser am 14. April ihre Gegenschrift überantwortet hatten, die dieser den Fürsten am 20. April

[1]) A. f. R. G. I, 131.

[2]) A. f. R. G. I, 145; M. St. A. Räte an Wilhelm und Ludwig 3. u. 5. Mai.

übergeben hatte, in ihrer mündlichen Erwiderung vom 28. April den Städten irgendwie genähert. Jetzt aber erklärten sich die katholischen Fürsten bereit, ihre Städte an den Beratungen über Frieden und Recht teilnehmen zu lassen, wie sie es auch in der Folgezeit bei den andern Beratungsgegenständen taten.[1])

Am 4. Mai begannen die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien, indem die Unterhändler ihr Gutachten vorlegten.[2]) Von einer endgültigen Regelung der religiösen Frage, wie sie die Protestanten wünschten, war aber keine Rede; auch dieser Reichsabschied sollte nur einen provisorischen Charakter tragen, die letzte Entscheidung ausdrücklich einem Generalkonzil vorbehalten bleiben. Da aber vorläufig an ein solches nicht zu denken war, so wurde noch für dieses Jahr ein Reichstag in Aussicht genommen, auf dem die religiöse Angelegenheit erörtert werden sollte; jedoch auch dessen Beschlüsse mußten dem später zusammentretenden Konzil vorgelegt werden. Auf diese grundlegenden Erörterungen folgten dann noch spezielle, wie nämlich die Fassung über die Punkte Friedens und Rechtens zu treffen sei. Diese letzten Bestimmungen schlossen sich im Gegensatz zu den ersteren im ganzen mehr den protestantischen Wünschen an. Allerdings die Ausdehnung dieser Artikel auch auf die künftigen Anhänger der neuen Lehre lehnten sie ab, da sie ausdrücklich gleich am Anfang die Bestimmung enthielten, daß kein Stand den andern deshalb, daß er der Augsburgischen Religion „wäre“, beschweren solle,[3]) desgleichen wurde die alte Forderung der Absetzung der Kammerrichter zurückgewiesen, dafür sollte aber wieder eine neue Visitation stattfinden. Daher richtete sich der Hauptwiderstand der Protestanten zunächst gegen die allgemeinen Bestimmungen. Zuerst handelte es sich mehr um eine formelle Änderung. Gleich am Eingang des Schriftstückes stießen sie sich an den Worten, der Kaiser wüßte sich zu erinnern, wieviel Angst, Not, Nachteil und Verderben an Leib, Seele und Gut die religiöse Spaltung

---

[1]) de Boor S. 38 A. 2; Fr. A. Ges. an den Rat 16. April als Beilagen Antwort der Fürsten 3. April und Antwort der Städte 14. April, ebenda Städteabschied 11. Juni.

[2]) Das Nähere bei de Boor S. 65 ff.; Winckelmann, III, 499.

[3]) Vgl. die Artikel im Fr. A.

bisher verursacht habe. Mit Recht lasen sie aus diesen Worten heraus, daß sie den religiösen Zwiespalt verursacht hätten, während sie doch zur Reformation durch die vielen Mißstände gezwungen worden seien. Sie wünschten daher in ihrer Antwort vom 6. Mai die Fassung, daß der religiöse Zwiespalt durch all die Mißstände, die sich im Laufe der Zeit in der Kirche eingeschlichen hätten, veranlaßt worden wäre. Viel wichtiger aber war, daß sie statt des Generalkonzils ein allgemeines, freies, christliches, unparteiisches Konzil in deutscher Nation forderten, dem sie zwar auch die endgültige Entscheidung zugestehen wollten, die aber keineswegs, ebensowenig wie auf dem vorher zu berufenden Reichstag durch Mehrheitsbeschlüsse erfolgen dürfe. Im einzelnen hielten sie vor allem an der Absetzung der Kammerrichter fest und verlangten die paritätische Besetzung des Gerichtes. Diesen Wünschen stand ein wichtiges Zugeständnis ihrerseits gegenüber, das so recht zeigt, wie sehr man schon jetzt auf protestantischer Seite zum Entgegenkommen bereit war, nur, um eine einigermaßen annehmbare Lösung zu finden. Im schroffen Gegensatz zu der eben erst vertretenen Forderung, daß auch die künftigen Anhänger des Protestantismus in den hier zu beschließenden Frieden einbezogen werden sollten, wählten sie jetzt die abgeschwächte Form, daß kein Stand „von wegen Augsburgischer Konfession und Religion" beschwert werden sollte.[1]) Gewiß lies diese allgemeine Wendung, durch die geschickt die Schwierigkeit umgangen war, auch die protestantische Auffassung zu, aber es war doch ohne weiteres klar, daß die Katholiken niemals ihr diese Bedeutung zugestehen würden. Es war eben eine „mildere" Fassung, wie Sailer es nannte,[2]) die deutlich das Gefühl der eignen Schwäche verriet.

---

[1]) Fr. A. Ges. an den Rat 14. Mai, als Beilage Antwort der Protestanten. Nach diesem Schreiben, der Datierung im Ma. A. und der Angabe im A. f. R. G. I, 150, wurde diese Antwort am 6. Mai den Unterhändlern zugestellt, während de Boor S. 68 erst den 7. Mai dafür angibt.

[2]) A. f. R. G. I, 150. Auch in den späteren Verhandlungen kamen die Protestanten auf diese Forderung nicht mehr zurück. Zwar finden wir bei den Artikeln, die auf Philipps Veranlassung bei seiner Abreise von Dr. Walther aufgestellt wurden, die Randbemerkung, sie sollten so gefaßt werden, daß sie auch für die zukünftig Übertretenden gelten sollten, aber da diese Artikel

Je nachgiebiger sie sich in diesem Punkte zeigten, um so entschlossener glaubten sie, zuerst wenigstens an ihren übrigen Forderungen festhalten zu müssen, zumal damals zwei Nachrichten in Speier auftauchten, die, wenn sie sich bewahrheiteten, Karls Haltung in ein eigentümliches Licht rückten. Man sagte nämlich, er bemühe sich, während er hier die Stände zur Beteiligung am Kriege gegen den König von Frankreich dränge, in Wahrheit um einen Frieden mit ihm. Dazu kam aus den Niederlanden die Kunde von dem schärfsten Vorgehen des Kaisers gegen die Protestanten, Nachrichten, die im grellsten Widerspruch zu seinem Verhalten auf dem Reichstage standen.[1])

Während so die Protestanten trotz mehrerer Ausstellungen diesen Artikeln der Unterhändler im ganzen nicht ablehnend gegenüberstanden, wies die Hauptmasse der Katholiken unter der Führung der Baiern sie völlig zurück und machte aus ihrer Empörung über diese Zugeständnisse kein Hehl.[2]) Allerdings hatten die Baiern ihre Forderung, daß die religiöse Angelegenheit ausschließlich auf einem päpstlichen Konzil erörtert werden sollte und überhaupt nicht vorher auf einem Nationalkonzil oder einem Reichstag provisorisch erledigt werden dürfte, nicht durchsetzen können; nur vier Stimmen waren ihnen zugefallen. Aber auch so war die Antwort der Katholiken in der Hauptsache durchaus ablehnend, und sie schienen bereits jetzt die ferneren Beratungen dem Kaiser allein überlassen zu wollen.[3]) Gerade das also, was die Protestanten vor allem verlangten, die Mitwirkung der katholischen Stände, schien bereits jetzt sehr fraglich. Um die Schwierigkeiten für den Kaiser noch zu erhöhen,

---

gar nicht zur Beratung gestellt wurden, hatte dies auch kein praktisches Ergebnis. Ma. A. Walther an Philipp 17. Mai Beilage. Vielmehr findet sich in der letzten Antwort der Protestanten die ganz offene Erklärung, sie hätten infolge des katholischen Widerspruches zu „mehrerer Erhaltung des Friedens" ausdrücklich diesen Artikel in diesen jetzigen Frieden zu setzen umgangen, vgl. Fr. A. Ges. an den Rat 25. Mai, als Beilage die letzte Antwort der Protestanten.

[1]) A. f. R. G. I, 146, 148 und 151.

[2]) de Boor S. 69 f.; Winckelmann III, 502.

[3]) Au. A. Ges. an den Rat 7. Mai; L. A. Rudel an den Rat 11. Mai; Hei. A. Kugler an den Rat 11. Mai; M. St. A. Räte an Wilhelm und Ludwig 14. Mai.

machten Sachsen und Hessen ernstlich Anstalten, den Reichstag zu veranlassen, doch wohlnicht allein aus Geldmangel,[1]) sondern auch aus dem durchaus richtigen Gefühl heraus, daß, wo jetzt die Verhandlungen infolge des katholischen Widerstandes sich sich von Tag zu Tag schwieriger gestalteten und immer weniger Aussicht auf Erfolg zu bieten schienen, sie nach ihren bisherigen Mißerfolgen der protestantischen Sache vielleicht daheim besser als hier nutzen konnten. Für den Landgrafen kam hinzu, daß er noch in seiner letzten Unterredung mit Karl kurz vor seiner Abreise dessen heftige Abneigung gegen die Deklaration gemerkt hatte.[2]) Zwar gelang es dem Kaiser, den Kurfürsten von Sachsen, der bereits am 12. Mai von Speier abreisen wollte, zu überreden, noch so lange zu bleiben, bis er seinen Glaubensgenossen neue verbesserte Artikel zugestellt hätte, und wirklich ließ er sie bereits den Tag darauf überreichen,[3]) aber es wurde immer klarer, daß man auf diesem Wege der Verhandlung zu einer Verständigung kaum gelangen konnte.

Denn das war ja das Mißliche in Karls Lage. Machte er der einen Partei Konzessionen, so entfremdete er sich desto mehr die andere, und diesmal waren es die Katholiken, die sich mit Recht noch mehr beschwert fühlen konnten. Denn Karl kam den Protestanten in seiner neuen Antwort weit entgegen. Nicht nur stand jetzt im Anfang statt der beanstandeten Form über die Reformation eine farblosere im Sinne der Protestanten; auch betreffs des Konzils fügte er sich ihren Wünschen, das jetzt ausdrücklich ein gemeines, christliches, freies in deutscher Nation sein sollte. Ebenso wurde eine Einigung in der religiösen Frage auf dem nächsten Reichstage nicht auf dem Wege der Majorisierung, sondern durch freundliche und christliche Vergleichung vorgesehen. Fest blieb Karl nur bei der geforderten Absetzung der Kammerrichter; er verwarf sie entschieden, da die Visitation nichts Belastendes gegen sie ergeben habe. Jedoch hatte dies nichts mehr zu bedeuten, da die Amtsdauer dieser Richter sowieso in kürzester

---

[1]) de Boor S. 74.

[2]) de Boor S. 74 f.

[3]) Über die Unterredung Sachsens mit Karl am 12. Mai vgl. Schmidt VIII, 512 f., Winckelmann III, 504; A. f. R. G. I, 157.

Zeit ablief und die gegen die Protestanten anhängigen Prozesse suspendiert bleiben sollten.[1]) Selbst Sailer, der vorher wenig Zutrauen zu der Ehrlichkeit der geplanten Zugeständnisse gehabt, sie vielmehr nur durch die Not der Zeit dem Kaiser für abgerungen gehalten und sie sogar für lauter Betrug und Büberei angesehen hatte, konnte sich den sichtlichen Vorteilen dieser neuen Vorschläge nicht verschließen, ohne allerdings auch jetzt noch mit seinen Bedenken zurückzuhalten.[2]) Ja, es tauchte bereits das Gerücht auf, Nürnberg werde gleich anderen Städten sich mit diesen Artikeln, falls nicht andere zu erlangen seien, begnügen, und der Kurfürst von Brandenburg sprach bereits seiner Gemahlin die zuversichtliche Hoffnung aus, binnen kurzem würde der ganze Handel friedlich beigelegt sein.[3]) Jedoch nicht alle Fürsten waren so hoffnungsfreudig wie er. Philipp von Hessen rechnete, wohl noch unter dem Eindruck seiner letzten erregten Unterredung mit Karl, bereits mit dem Fall, daß man auf diesem Wege zu einer Verständigung nicht kommen könnte; er besprach daher am Tage seiner Abreise, dem 16. Mai, noch mit seinem Rat Dr. Walther neue Mittel, die dann als Mindestmaß ihrer Forderungen zu gelten hätten. Neben der Erledigung der Braunschweigischen Sache waren es zwei Hauptforderungen, von denen die Protestanten nicht lassen sollten, einmal öffentliche feierliche Zusicherung Karls und Ferdinands an sie, daß sie wegen ihrer Religion auf keine Weise beschwert werden sollten, und dann, daß das Kammergericht neu besetzt werde;

---

[1]) de Boor S. 74f., ergänzt durch das oben erwähnte Schreiben der Frankfurter Gesandten vom 14. Mai nebst der Antwort der Unterhändler vom 13. Mai.

[2]) A. f. R. G. I, 153, 155, 159f. und 161f.

[3]) Au. A. Ges. an den Rat 15. Mai; Be. A. Joachim an seine Gemahlin 16. Mai, citiert bei Droysen, Geschichte der preußischen Politik IIb, S. 297 A. 1. Ferdinand war übrigens in diesen Tagen nur mit Not einem schwerem Unfall entgangen. Als er sich am 15. Mai mit zahlreichem Gefolge auf der Jagd befand, brach ein derartiges Unwetter aus, daß ihm und mehreren Begleitern die Pferde durchgingen und in den zum Glück wasserarmen Stadtgraben stürzten, wobei mehrere Pferde tot liegen blieben. Ganz allein, von seiner übrigen Begleitung getrennt, kam Ferdinand dann abends an das Stadttor, wo ihn der Wächter, der ihn nicht kannte, zuerst garnicht hereinlassen wollte; vgl. außer dem erwähnten Schreiben des Brandenburgers noch Würt. Geschichtsquellen I, 268 und Quellen zur Frankfurter Geschichte II, 25.

alles andere, über das man sich hier nicht einigen könne, solle dann dem nächsten Reichstage vorbehalten bleiben.[1])

Vorläufig gingen jedoch die Verhandlungen auf der alten Grundlage noch weiter. Am 17. Mai[2]) übergaben die Protestanten ihre Gegenvorschläge; neu war, daß sie jetzt im Gegensatz zu Philipps eben erwähnter Ansicht eine ihrer Hauptforderungen fallen ließen, nämlich die Absetzung der Kammerrichter, da ihr Amt ja bereits in nächster Zeit ablaufe; nur wünschten sie im Widerspruch zu Karl, der ihnen eine Ehrenerklärung hatte geben wollen, die allgemeine Fassung, daß die Visitation nicht soweit gekommen sei, daß sich etwas Belastendes gegen sie ergeben hätte; vom 1. Oktober an sollten dann neue unparteiische und unverdächtige Beisitzer präsentiert werden. Zum Schluß verlangten sie noch im Anschluß an Philipps letzte Forderungen Einbeziehung der Braunschweigischen Sache in den allgemeinen Frieden.

Man hätte erwarten sollen, daß jetzt, infolge des protestantischen Entgegenkommens, die Verhandlungen sich schneller und glatter abwickeln würden. Das Gegenteil war der Fall. Der Grund lag in der ablehnenden Haltung der katholischen Stände. Nur mit Mühe war es dem Kaiser gelungen, sie, deren gemäßigte Partei diesmal gegen den Terrorismus der Baiern und der fanatischen Geistlichen nicht aufkommen konnte,[3]) überhaupt noch zu einer weiteren Antwort zu bewegen, die aber noch schroffer und abweisender ausfiel.[4]) Wieder trat aber auch hier Karls staatsmännische Gewandtheit und Zähigkeit zutage, wie es seine neuen Vorschläge bezeugten. Im Gegensatz zu früher nahmen sie diesmal mehr Rücksichten auf die katholischen Wünsche. Karl bestand nicht nur auf der Ehren-

---

[1]) Ma. A. Walther an Philipp 17. Mai.

[2]) Nicht am 18., wie de Boor S. 77 Anm. 1 angibt, vgl. Winckelmann III, 505, Ma. A. Räte an Philipp 17. Mai und Fr. A. Ges. an den Rat 25. Mai, als Beilage Antwort der Protestanten vom 17. Mai. Der Ansicht de Boors S. 77 von der Bedeutungslosigkeit dieser weiteren Verhandlungen vermag ich mich, soweit wenigstens die Zeit vom 17. bis 22. Mai in Betracht kommt, nicht anzuschließen; im Gegenteil, gerade die neuen Vorschläge der Protestanten zeigen scharf ihre veränderte Haltung.

[3]) Au. A. Ges. an den Rat 7. Mai; Fr. A. Ges. an den Rat 19. Mai.

[4]) Gachard S. 284; de Boor 76.

erklärung für die Kammerrichter, es fehlte jetzt auch die Zusicherung, daß nach Ablauf der jetzigen Amtsdauer „andere“ Beisitzer präsentiert wurden, wodurch also die Möglichkeit nicht ausgeschlossen war, daß die alten, den Protestanten verhaßten Kammerrichter von neuem ernannt würden; schließlich war auch die Braunschweigische Angelegenheit nicht in dem Entwurf erwähnt.[1]) Um gleichzeitig noch einen starken Druck auf beide Parteien auszuüben und die Verhandlungen möglichst zu beschleunigen, ließ er noch den Ständen durch seine Unterhändler mitteilen, daß dies seine endgültige Antwort sei, an der er nichts mehr ändern könne.

Da sich nunmehr die Protestanten über die grundlegende Wichtigkeit dieser ganzen Reichstagsverhandlungen samt der Gefahren, die ihr Scheitern für sie in sich barg, durchaus im klaren waren,[2]) entschlossen sie sich noch zu einem weiteren Versuch; sie fragten durch den Brandenburger bei dem Kaiser an, ob er sich trotz seiner Erklärung doch noch auf weitere Verhandlungen einlassen wolle.[3]) Der Kurfürst brachte ihnen nicht nur die Zustimmung, sondern gab ihnen auch noch beruhigende Erklärungen über Karls Absichten. Er teilte Vertretern von Sachsen, Hessen, Augsburg und Straßburg mit, daß der Kaiser unter dem Ausdruck „aufgerichtete Friedstände“ die Deklaration mitverstanden, ebenso wie er auch bei dem Regensburger Abschied die Deklaration mit einbezogen wissen wolle; dagegen lehnte er die Einbeziehung der Braunschweiger Sache als eines „Partikularhandels“ ab. Hatten auch diese Äußerungen Karls für die Protestanten kaum einen Wert, da sie unverbindlich waren und die Hauptsache, die verlangte Zustimmung der Katholiken, nicht brachten, so war doch wenigstens der Fortgang der Verhandlungen erreicht. Und das schien ihnen jetzt die Hauptsache. Unter dem bitteren Drucke der Notwendigkeit, wie sie sie wenigstens empfanden, wollten sie vielmehr irgendeinen Abschluß herbeiführen, wenn nur die Anerbietungen Karls einigermaßen annehmbar erschienen. So

---

[1]) Bezzenberger I, 96; Fr. A. Antwort des Kaisers vom 20. Mai als Beilage zum Schreiben der Gesandten vom 25. Mai.

[2]) Ma. A. Räte an Philipp 21. Mai; Au. A. Ges. an den Rat 15. u. 21. Mai.

[3]) Ma. A. Räte an Philipp 22. Mai.

entschlossen sie sich denn in ihrer vermeintlichen Zwangslage zu noch weiterer Nachgiebigkeit. Trotz des Widerspruches der hessischen Gesandten wurde die Braunschweigische Sache, dem kaiserlichen Wunsch entsprechend, ganz fortgelassen. Bei der Ehrenerklärung der Kammerrichter nahm man ebenfalls die kaiserliche Fassung an, nur wurden die Worte hinzugefügt, daß „noch zur Zeit“ nichts Ehrenrühriges sich gegen sie ergeben habe. Nur in einem Hauptpunkte blieb man fest; bei der Neubesetzung des Kammergerichtes wünschte man die Wiederherstellung des alten Wortlautes, daß „andere“ Richter präsentiert werden müßten, oder wenigstens die ausdrückliche Zusicherung, daß die jetzigen Beisitzer nicht von neuem gewählt würden.[1])

So schien man wesentlich infolge des letzten Entgegenkommens der Protestanten auf dem Wege zur Einigung ein gutes Stück vorwärts gekommen zu sein. Der Kaiser war jetzt wirklich entschlossen, seine letzte schriftliche Antwort überreichen zu lassen, da er seine Abreise mit Rücksicht auf die bereits angenommenen Truppen nicht mehr länger aufschieben zu können glaubte. Am 24. Mai ließ er sie den Protestanten mündlich vorlesen, nachdem er sie eine Stunde vorher bereits den Katholiken mitgeteilt hatte, und gleichzeitig die ersteren noch durch Naves in energischer Weise um Annahme der Vorschläge ersuchen, da er sonst glauben müsse, sie wollten es absichtlich zu keiner Verständigung kommen lassen. Es war kein leichter Entschluß für sie, denn von einer Verbesserung gegen früher war kaum die Rede; vor allem war bei der Neubesetzung des Gerichtes bei dem Worte Beisitzer das Wort „andere“ wieder fortgelassen, wie auch die Ehrenerklärung sich in der alten Form wieder vorfand; ja, in einem nicht unerheblichen Punkte wies dies neue Schriftstück sogar eine Verschlechterung auf. Bei der Fassung des Artikels über den Frieden war neu hinzugefügt worden, daß alle Friedstände und „Abschiede“ gehalten werden sollten, worunter die Katholiken dann wieder die von Worms und Augsburg mitverstehen würden,

[1]) Fr. A. Als Beilage zum Schreiben vom 25. Mai die neue Antwort der Protestanten, undatiert; nach Ma. A. Räte an Philipp 22. Mai ist diese Antwort vom gleichen Datum, womit de Boors Angabe S. 77 A. 2 übereinstimmt.

die die Protestanten außerhalb des Friedens stellten und die Ausbreitung ihrer Lehre verboten.[1])

Trotzdem war man auf protestantischer Seite jetzt mit unter dem Eindrucke der entschiedenen Sprache Karls fest entschlossen, daran die ganze Angelegenheit nicht mehr scheitern zu lassen, man war im Gegenteil froh, daß man endlich zu einer einigermaßen leidlichen Verständigung gekommen war. Denn einmal war das eine klar: trotz vieler Bedenken im einzelnen bedeuteten diese Artikel immer noch einen Fortschritt gegen die erste Fassung und erschienen für die Katholiken drückender und unangenehmer als für sie.[2]) Dazu kam als weiterer Grund, der für die Annahme sprach, daß die Besorgnis nicht ungerechtfertigt erschien, einige Stände, vor allem die Städte, würden sich im Ablehnungsfalle von ihnen trennen und dem Kaiser auch so die Hilfe leisten. Daher traten die folgenden Beratungen, wenn auch bei ihnen die gegensätzlichen Anschauungen noch einmal sehr heftig aufeinanderplatzten, doch an Wichtigkeit gegen die früheren zurück und dienten mehr dazu, den Rückzug der Protestanten zu maskieren.

Zuerst legten sie, bevor sie ihre Verbesserungsvorschläge dem Kaiser schriftlich übergaben, ihre Wünsche dem Brandenburger und den hervorragendsten kaiserlichen und königlichen Räten mündlich dar. Granvella gebärdete sich wieder einmal sehr hitzig; Karl sei, so ließ er sich aufgeregt vernehmen, über die protestantischen Wünsche sehr erzürnt und werde sich eher mit den Türken und den Franzosen vertragen als sie annehmen. Auch der Kaiser hielt es für geraten, aus seiner Zurückhaltung herauszutreten, um endlich diese langwierige Angelegenheit zu

---

[1]) Schmidt VIII, 513 f.; Janssen III, 579; Fr. A. Ges. an den Rat 25. Mai, als Beilage Antwort des Kaisers vom 24. Mai. Am 25. Mai ließ er sie den Protestanten schriftlich zustellen, daher erklärt sich dies Datum bei de Boor S. 77 A. 2. Über die Hinzusetzung des Wortes „Abschied" vgl. auch noch A. f. R. G. I, 166 f. und im Ma. A. ein Schreiben der hessischen Räte an Philipp vom 28. Mai, wo sie erwähnen, man werde sich bemühen, das Wort „Abschied" herauszubringen, aber man werde darauf nicht beharren. Kein Wunder, wenn die Mühe vergebens war. Im Abschied steht es, ebenso fehlt bei Beisitzer „andere"; auch die Ehrenerklärung findet sich dort in der kaiserlichen Fassung.

[2]) A. f. R. G. I, 165.

Ende zu bringen. Als ihm die Protestanten am 26. Mai ihre letzte Antwort schriftlich zustellten, fertigte er sie mit einer ganz kurzen mündlichen abschlägigen Antwort ab, die deutlich seinen Unwillen verriet, und dem Brandenburger erklärte er bitter, er sei sein eigner Prophet gewesen, denn er habe bereits dem Landgrafen bei dessen Abreise gesagt, es werde jetzt mit den Beratungen nicht vorwärts gehen.[1]) Machte auch Granvellas hitzige Äußerung nur wenig Eindruck auf die Gegner, da sie diese seine Art bereits zu genau kannten, so tat es um so mehr Karls Erwiderung. Deutlich meinten sie aus ihr zu entnehmen, daß weitere Zugeständnisse von ihm nicht mehr zu erreichen seien, daß vielmehr ihr fernerer Widerstand nur dies Ergebnis noch gefährden könne. Daher gingen sie bereitwillig auf neue Verhandlungen der Unterhändler ein, die auch so viel von den Protestanten erlangten, daß diese dem Kaiser die Fassung der strittigen Artikel überließen, jedoch mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß sie von der Deklaration nicht weichen wollten.[2]) Am 28. Mai fand dann vor dem Kaiser und den beiden Unterhändlern die betreffende Erklärung statt, die er zu ganz gnädigem Gefallen annahm.[3])

Zur selben Zeit hatten auch die Verhandlungen mit den Katholiken ihr Ende gefunden. Diese hatten trotz aller Bemühungen Karls, sie teils durch Entgegenkommen, teils durch Einschüchterung für sich zu gewinnen, bis zum Schluß an ihrer ablehnenden Haltung festgehalten, allerdings nur durch Majorisierung einer nicht unerheblichen Minderheit, der neben Cleve und anderen Fürsten auch die gesamten katholischen Städte angehörten. Die Mehrheit antwortete dem Kaiser, sie könne es vor Gott und dem Papst nicht verantworten, derartige Artikel zu bewilligen.

---

[1]) Über eine ähnliche Beschwerde von Naves bei den sächsischen Räten vgl. Bucholtz V, 32.

[2]) Fr. A. Ges. an den Rat 25. und 28. Mai, als Beilage zum 1. Brief die letzte Antwort der Protestanten, undatiert, nach de Boor S. 77 A. 2 vom 26. Mai, womit die Angabe der hessischen Räte in ihrem Brief vom 27. Mai im Ma. A. übereinstimmt. M. St. A. Räte an Wilhelm und Ludwig 22. Mai; Ma. A. Räte an Philipp 25. und 27. Mai; Au. A. Ges. an den Rat 28. Mai.

[3]) Winckelmann III, 510; de Boor S. 77 f. und 94. Fr. A. Ges. an den Rat 28. Mai; Ma. A. Räte an Philipp 28. Mai, Postscr. zu ihrem Brief vom 27. und 29. Mai.

Trotzdem fand Karl auch hier einen Ausweg, auf den er die katholischen Stände selbst hingewiesen hatte; sie erklärten sich schließlich bereit, daß sie, falls Karl die Artikel aus eigner Machtvollkommenheit in den Abschied setzten wolle, sie es „gedulden" müßten.[1]) So war auch hier eine Form gefunden, die die Schwierigkeiten wenigstens äußerlich aus dem Wege räumte. Karl konnte daher jetzt noch zur Beratung der Offensivhilfe schreiten.[2]) Diese füllte dann noch die folgenden ersten Tage des Juni aus, denn länger duldeten die Verhältnisse sein und Ferdinands Verweilen nicht. Nicht nur kamen Nachrichten aus Ungarn von einem bedrohlichen Anmarsch der Türken, auch der Kaiser erhielt die Kunde, daß das von Frankreich belagerte Luxemburg sich binnen kurzem ergeben müsse, falls ihm nicht schleuniger Ersatz zukomme.[3]) Karl drängte daher jetzt zum Schluß, indem er bereits für die nächsten Tage seinen Aufbruch in sichere Aussicht stellte. Sein Wunsch allerdings, den Abschied bereits am 7. Juni zu verlesen, ließ sich nicht verwirklichen, da er bis dahin nicht mehr fertiggestellt werden konnte. Daher konnte er auch die Einnahme von Luxemburg nicht mehr verhindern. Um so ungestümer bemühte er sich aber jetzt um die Beendigung des Reichstages, zumal auch schon eine Reihe von Ständen bereits von Ende Mai an den Reichstag zu verlassen begonnen hatten.[4]) Am 10. Juni konnte dann der Abschied verlesen werden. Ihm folgte die oben erwähnte Erklärung der Protestanten, daß sie bei der Annahme der Artikel über Frieden und Recht sich ausdrücklich die Regensburger Deklaration vorbehalten haben wollten; desgleichen solle ihrer Protestation gegen das Konzil durch Bewilligung dieses Abschiedes nichts benommen sein. Ebenso kamen sie erst hier in dieser Nebenerklärung auf die alte Forderung zurück, die sie gleich am

---

[1]) de Boor S. 78 f.; Winckelmann III, 510; Druffel I, 263 f. Fr. A. Ges. an den Rat 28. Mai; Au A. Ges. an den Rat 28. Mai; Hei. A. Kugler an den Rat 29. Mai; Ma. A. Räte an Philipp 29. Mai.

[2]) Das Nähere siehe bei de Boor S. 80 ff.

[3]) Ma. A. Räte an Philipp 1. Juni.

[4]) Winckelmann III, 516; Hei. A. Kugler an den Rat 29. Mai, Nachschrift; Ma. A. Räte an Philipp 3. Juni Zettel und 7. Juni; C. A. Ges. an den Rat 5. Juli; Au. A. Ges. an die Bürgermeister 8. Juni.

Anfang hatten fallen lassen, daß nämlich alle diese Bestimmungen auch für die künftigen Anhänger der neuen Lehre Gültigkeit haben sollten.[1])

Am 11. Juni fanden dann auch noch wie auf den andern Reichstagen zwei Sonderabschiede statt, der Schmalkaldener und der Städte. Der erstere beschäftigte sich zunächst mit einer Maßnahme, die durch den Reichsabschied getroffen worden war. Nach ihm hatte der Kaiser die Erörterung der religiösen Frage für die nächste Zeit auf einem Nationalkonzil oder Reichstag in Aussicht gestellt, und sowie er selbst dazu ein Gutachten ausarbeiten lassen wollte, so sollten es auch die Stände tun. Dementsprechend beschlossen jetzt die Schmalkaldener, Sachsen sollte ebenso wie die andern Stände im sächsischen Kreise ihre Ratschläge von den Gelehrten ausarbeiten lassen. Das gleiche wurde dem Landgrafen von Hessen aufgetragen, dem die oberländischen Städte ihre Gutachten zuzusenden hätten; die beiden Fürsten sollten dann diese Gutachten einander zuschicken und nötigenfalls gelehrte Theologen für den Reichstag bestimmen. Der zweite Hauptpunkt betraf die in Aussicht stehende Neubesetzung des Kammergerichtes; jeder Stand sollte tüchtige und geeignete Personen dazu in Vorschlag bringen. Der Abschied der Reichsstädte befaßte sich vor allem wieder mit der für sie immer noch wichtigen Frage des Sessionsstreites. Eins allerdings mußte der Abschied zugeben: die Hoffnung der Städte, hier die Frage endgültig entschieden zu sehen, war wieder nicht in Erfüllung gegangen, aber auf einen Erfolg konnte er doch hinweisen. Die Verhandlungen zwischen den einzelnen Parteien und dem Kaiser im März und April hatten das Ergebnis gezeitigt, daß nicht nur die katholischen, sondern sämtliche Fürsten, wenn sie auch theoretisch an ihren Ansprüchen festhielten, ihnen wenigstens praktisch in der Folgezeit mehr Entgegenkommen bewiesen und auch ihrer Anregung auf Änderung einiger Punkte im Abschied stattgegeben hatten. Auch der Kaiser, der ja wieder von den Städten angegangen war, hatte ihnen eine Antwort für die nächste Zeit in Aussicht gestellt, falls sie sich

---

[1]) de Boor S. 85 ff.; May II, 445; Mentz II, 392. Ma. A. Räte an Philipp 11. Juni. Das Notariatsinstrument über die Annahme des Abschiedes durch die Schmalkaldener ist vom 11. Juni datiert.

abermals über die Fürsten zu beklagen hätten.[1]) Es klingt demnach aus diesem Städteabschied ein gewisses Gefühl der Befriedigung heraus; war es auch nicht viel, was sie erreicht hatten, so war es gegen früher doch immerhin ein Fortschritt; die Not der Zeit hatte von selbst beide Gegner einander genähert.

Sofort nach Verlesung des Abschiedes hatte der Kaiser die Stadt verlassen, um sich auf den Kriegsschauplatz zu begeben. Deutlich klingt aus dem Briefe, in dem Viglius dies meldet, die Befriedigung heraus, mit der man am kaiserlichen Hofe die glückliche Beendigung dieses Reichstages begrüßte.[2]) Hatte Karl doch mehr errungen, als er je zu hoffen gewagt hatte. Es war ihm geglückt, außer der Unterstützung seines Bruders gegen die Türken das ganze Reich gegen Frankreich mobil zu machen; nicht nur die Städte hatten ihren ursprünglichen Widerstand fallen lassen müssen, viel wichtiger war es für ihn, daß es ihm mit nur verhältnismäßig geringer Mühe gelungen war, die Protestanten, die natürlichen Verbündeten des französischen Königs, auf seine Seite zu ziehen.[3]) Allerdings hatte er ihnen dafür große Zugeständnisse machen müssen, äußerlich größere als auf den Reichstagen der letzten zwei Jahre und an Bedeutung und Inhalt denen von Regensburg 1541 gleichkommend. Denn tatsächlich hatten hier seine Gegner im großen und ganzen erreicht, was sie seit zwei Jahren vergeblich in Speier und Nürnberg erstrebt hatten; die Regensburger Deklaration war, wenn auch nicht dem Wortlaut, so doch dem Inhalt nach in ihren Hauptpunkten in den Reichsabschied aufgenommen worden.[4])

---

[1]) Mentz II, 397; Fr. A. Abschiede der Schmalkaldener und der Reichsstädte, beide vom 11. Juni.

[2]) Gachard S. 313; State Papers IX, 706; Paillard, L'invasion allemande en 1544, S. 104. Br. A. Viglius an Maria 10. Juni; Au. A. Ges. an den Rat 10. Juni; Ma. A. Räte an Philipp 11. Juni.

[3]) Vgl. auch Schäfer, Geschichte Dänemarks IV, 461, der Karls Erfolg als „eine der glänzendsten Leistungen der vielgewandten kaiserlichen Politik" bezeichnet. Zu dem gleichen Urteil kommt auch Varrentrapp S. 228. Daß tatsächlich nachher die Reichsunterstützung gegen Frankreich sehr kärglich ausfiel, vgl. Druffel I, 176 f., kommt hier bei der allgemeinen Beurteilung des Reichstages nicht in Betracht.

[4]) Die einzelnen Bestimmungen siehe bei de Boor S. 85 ff. Seiner Beurteilung dieses Reichstages S. 95 f. schließe ich mich an, für die Protestanten halte ich sein Urteil eher noch für zu günstig.

Daher schien dieser Reichstag auch den Protestanten einen großen Erfolg gebracht zu haben, und so faßte es auch ein Teil von ihnen auf. Ausdrücklich berichteten nach Abschluß der Verhandlungen über Frieden und Recht die hessischen Räte; die protestantischen Stände achteten es dafür, daß sie mit Friede und Recht nach Gestalt und Gelegenheit der Sachen ziemlich versehen seien und daß man darin Gott und der Zeit auch vertrauen müsse.[1]) Trotz vieler Bedenken überwiegt also hier das Gefühl, etwas Annehmbares erreicht zu haben.

Aber dieser Erfolg war doch nur ein scheinbarer.[2]) Einmal hatten die Protestanten diesen Abschied nur dadurch zu erlangen vermocht, daß auch sie in einigen nicht unwesentlichen Punkten nachgegeben hatten; vor allem hatten sie gleich von Anfang an, um die Verhandlungen über Frieden und Recht überhaupt vorwärts zu bringen, die Ausdehnung der Friedensbestimmungen auf die künftigen Anhänger der neuen Lehre preisgeben müssen, eine Forderung, die für die weitere Ausbreitung des Protestantismus von grundlegender Bedeutung war, und es konnte doch durchaus nicht als Ersatz für diesen Mißerfolg angesehen werden, daß sie nach Verlesung des Abschieds diesen Wunsch erneuerten, da auf dessen Anerkennung jetzt noch weniger als früher zu rechnen war. Hierzu kam, daß alle diese religiösen Zugeständnisse einem zukünftigen Konzil

---

[1]) Ma. A. Räte an Philipp 29. Mai.

[2]) Auch Rommel spricht von einem „dem Anschein nach" den Protestanten höchst vorteilhaften Reichstag, vgl. Rommel I, 482. Ebenso kommt Varrentrapp S. 222, nachdem er die Unterstützung der Protestanten gegen Frankreich als einen großen Erfolg des Kaisers hingestellt hat, da sie hierdurch das Gegengewicht beseitigt hätten, das bisher den Ausbruch des Religionskrieges verhindert habe, zu dem Schluß, daß keineswegs als ausreichender Schutz gegen diese Gefahr betrachtet werden könne, was im Reichsabschied wegen der Religionsfrage bestimmt sei. Auch Baumgarten, Karl V. und die deutsche Reformation, S. 70, vermißt eine ausreichende Bürgschaft für die Erfüllung dieser Zugeständnisse. Desgleichen hält Springer das Ergebnis des Reichstages in kirchlicher Beziehung für ein geringes, vgl. Springer, Beiträge zur Geschichte des Wormser Reichstages 1544 und 1545 S. 9. Schließlich entscheidet sich auch Kannengießer S. 19 dahin, daß die religiösen Bestimmungen dieses Reichstages nicht ernst gemeint sein können; S. 20 spricht er von den durch die Not dem Kaiser abgezwungenen und von ihm nicht für verbindlich erachteten Zugeständnissen.

unterworfen waren, das nach seinem Willen zu gestalten der Kaiser nach der Niederwerfung Frankreichs durchaus in seiner Macht hatte, wenn er es auch jetzt als freies, christliches und unparteiisches zu bezeichnen für gut fand.[1]) Damit stoßen wir auf den wichtigsten Punkt. In welcher Absicht hatte der Kaiser diese Zugeständnisse gegeben? Wenn auch bis jetzt keine direkten schriftlichen Äußerungen von ihm selbst vorliegen, so haben wir doch einmal die wichtige Nachricht des venetianischen Botschafters Navagero, nach welcher der Kaiser in Speier den Katholiken, um sie für seine Vorschläge zu gewinnen, Ende Mai selbst erklärt habe, daß er diese Zugeständnisse nur der Not gehorchend machte, und daß er die Deklaration, die ihm abgelistet worden sei, sobald er könne, für nichtig erklären werde,[2]) eine Äußerung, an deren Richtigkeit zu zweifeln wir um so weniger Grund haben, wenn wir das persönliche Moment in der Entstehungsgeschichte der Deklaration mit in Betracht ziehen. Mit dieser Nachricht stimmen auch die Äußerungen des Bischofs von Hildesheim überein, die dieser öffentlich ein Jahr später zu Worms im Fürstenrat tat und nach denen der Kaiser den Katholiken die beruhigende Zusicherung gegeben habe, daß er den Speirer Abschied nur darum bewilligt habe, weil er mit Frankreich in Krieg verwickelt gewesen sei, daß dieser Abschied demnach keineswegs beständig in Kräften bleiben solle, sondern daß er, sobald er mit Frankreich fertig sei, auf andere Wege gedenken werde.[3]) Lassen diese Äußerungen kaum noch einen Zweifel mehr über Karls wahre Gesinnung bei dem Erlaß jener den Protestanten scheinbar so günstigen Bestimmungen übrig, so können wir den Wert dieser angeblich so großen Zugeständnisse auch aus den Ereignissen vorher und nachher erschließen. Wenn kaum ein Jahr vor dem Speierer Reichstag Granvella und ebenso Karl in Übereinstimmung mit diesem die baldige Notwendigkeit und auch Ausführbarkeit der Niederwerfung der Protestanten erkannt hatten, und wenn wir dann bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1544 nach

[1]) Vgl. de Boor S. 95.

[2]) Gachard S. 285 f., citiert von de Boor S. 96.

[3]) Brandenburg, Korrespondenz II, 231 f.; Ma. A. Räte an Philipp 10. April 1545.

dem französischen Feldzug den Kaiser mit den Vorbereitungen zu diesem Unternehmen beschäftigt finden, so daß der Ausbruch des Krieges bereits für das folgende Jahr als sicher bevorstehend erscheint, so bleibt kaum eine andere Möglichkeit übrig, als daß die Niederwerfung Frankreichs nur die Etappe zu diesem Ziele sein sollte, zu dessen Erreichung Karl auch vor dem scheinbar größtem Entgegenkommen an die Gegner nicht zurückschreckte.[1])

Auch gab es damals viele Protestanten, welche die kommende Gefahr deutlich erkannten. Schon die Worte, mit denen Philipp den bevorstehenden Abschluß der Verhandlungen über Frieden und Recht begleitete, klangen alles andere als befriedigt und vertrauensselig. Frieden und Recht betreffend, schrieb er, werde man sehen, ob Karl dem nachkomme, wie er vertröste; geschehe es also, so sei es dieser Zeit anzunehmen, weil man es nicht bessern könne.[2]) Eine entschiedenere Tonart schlugen bereits die Augsburger Gesandten an, die am Tage der Verlesung des Abschieds mit ihrer Unzufriedenheit über ihn nicht zurückhielten.[3]) Viel schärfer und bedenklicher äußerten sich aber nach dem Schluß des Reichstages Sturm, Bucer und Calvin über das Erreichte.[4]) Am deutlichsten erkannten aber die drohende Gefahr, die durch die eigne Kurzsichtigkeit für die Protestanten heraufbeschworen worden war, zwei andere Augsburger, Fröhlich und Sailer. Kurz nach Beendigung des Reichstages gibt der erste, nachdem er vorher schon oft die schwersten Bedenken

---

[1]) Auch Mentz II, 401 hält diese Auffassung für die „wahrscheinlichste". Brandenburg entscheidet sich kurz dahin, Karl machte die Zugeständnisse in der Absicht, sie nicht zu halten, vgl. Moritz I, 276.

[2]) Ma. A. Philipp an die Räte 30. Mai. An diesem Standpunkt hielt er auch in der Folgezeit fest. Neben einem gewissen bedingten Vertrauen zu Karls Ehrlichkeit war er doch schließlich auch für Vorsichtsmaßregeln, wie vor allem für die Ausdehnung des Schmalkaldischen Bundes auf Profansachen, vgl. Lenz III, 514. In ähnlicher Richtung bewegte sich Ossas Urteil: „die folgende Zeit wird geben," schrieb er, „wie der Abschied gehalten werden wird," vgl. Langen, Ossa S. 60.

[3]) Au. A. Ges. an Herwart und Hoser 10. Juni. Über die einzelnen Beschwerden Augsburgs vgl. Roth III, 105 f. Im Gegensatz zu den Gesandten war der Rat mehr mit dem Abschied zufrieden, vgl. Roth III, 106.

[4]) de Boor S. 97; Lenz II, 256 A. 1; Schieß II, 269 f.; Baumgarten, Sturm S. 97 f.; Winckelmann III, 510; Lenz II, 263 und v. Bezold S. 747.

wegen der Hilfeleistung gegen Frankreich ausgesprochen hatte, seiner Überzeugung unverhohlenen Ausdruck, daß er auf den Frieden kein Vertrauen setzen könne, daß man vielmehr nur auf eine bessere Gelegenheit warte.[1]) Und gerade das letzte betonte Sailer, wenn er auch keineswegs einen Erfolg ganz leugnen wollte, mit aller Entschiedenheit, der Kaiser mache alle diese Zugeständnisse nur aus der Notlage heraus, so daß wenig darauf zu bauen sei.[2])

Schließlich ist noch ein Moment zu berücksichtigen, durch das die großen Zugeständnisse stark in ihrem Wert herabgemindert wurden. Zwar hatten die Protestanten die Hauptpunkte der Deklaration in den Abschied gebracht, aber gerade das, worauf alles ankam, die Zustimmung der katholischen Stände, hatten sie nicht durchzusetzen vermocht.[3]) Daher war es in Wirklichkeit kein großer Unterschied für sie, ob der Kaiser ihnen, wie er in Regensburg getan und auch jetzt wieder angeboten hatte, eine Sonderverschreibung ohne Wissen der Katholiken gab oder sie jetzt ohne ihre Bewilligung dem Abschied einverleibte. In jedem Falle fehlte für sie die Anerkennung der Gegner, auf die alles ankam, so daß aus diesem Grunde für die Zukunft neue schwere Verwicklungen und Streitigkeiten zu erwarten waren. Denn das war sicher, die nächste Folge dieses Abschiedes mußte die wachsende und immer noch weiter um sich greifende Verbitterung unter den beiden Parteien sein, die bereits jetzt einen hohen Grad erreicht hatte und für die kommende Zeit wenig Gutes erhoffen ließ.[4]) Daher kann von einer fast völligen Aufgabe des katholischen Standpunktes durch diesen Reichsabschied[5])

---

[1]) de Boor S. 97f.; Lenz III, 502 und 508, Varrentrapp S. 229 und Roth III, 106f. Über das Urteil von Melanchthon und Brenz vgl. Druffel I, 173.

[2]) A. f. R. G. I, 165f. und 168f. und Roth III, 107.

[3]) Vgl. de Boor S. 95f. und Kannengießer S. 20.

[4]) Lenz III, 508; A. f. R. G. I, 168. Au. A. Ges. an Herwart und Hoser 10. Juni.

[5]) Janssen III, 579. Wenn Pastor ebenda A. 3 bemerkt, v. Bezold stimme S. 747 diesem Urteil zu, so ist dies nur sehr bedingt richtig, denn ausdrücklich schließt v. Bezold seine Würdigung des Abschiedes mit den Worten, daß der Kaiser gewiß innerlich ein Verfahren mißbilligte, das er nur durch seine zwingende Notlage vor sich selbst zu rechtfertigen vermochte.

keine Rede sein, in Wirklichkeit stand dieser scheinbare Erfolg der Protestanten nur auf dem Papier; im Grunde waren es nichts als verlockende Verheißungen und einseitige Zusagen des Kaisers, die zu halten dieser im Ernste gar nicht gedachte, durch die sich seine Gegner aber neben der Neutralität im clevischen Kriege zu ihrem zweiten folgenschweren politischen Fehler, der offenen Bekämpfung Frankreichs, hatten verführen lassen, so daß von diesem Standpunkt aus der Speierer Reichstag in letzter Linie eine schwere Niederlage des Protestantismus bedeutet.[1])

Aber nicht nur für die weitere Stellung des Kaisers zu den Protestanten ist dieser Reichstag von der größten Wichtigkeit, sondern auch noch für das fernere Verhältnis unter den Protestanten selbst. Im Gegensatz zu den Katholiken, wo die Verschärfung der religiösen Gegensätze eine Milderung in der Stellung zwischen Fürsten und Städten herbeigeführt hatte, war hier die Einigkeit unter den Schmalkaldischen Bundesgenossen entschieden schlechter geworden. Neben der Mißstimmung, die bereits bei der Frage der Unterstützung gegen Frankreich zwischen den Fürsten und Städten sich bemerkbar gemacht hatte, war es besonders noch die Braunschweigische Frage, die hier die Unzufriedenheit zwischen den einzelnen Bundesmitgliedern geschürt und gesteigert hatte.[2]) Und wenn auch Karls und Ferdinands Versuche, die bereits hier auf eine offne Sprengung des Schmalkaldischen Bundes hinausliefen, vorläufig

---

Gegen diese Janssensche Auffassung spricht auch die Äußerung Karls, die er in Übereinstimmung mit seiner ganzen Stellung zur katholischen Lehre und im Anschluß an die oben erwähnten Worte vor den Katholiken in Speier selbst tat, und die, wenn er es auch für angebracht gehalten haben mag, hier ganz besonders stark seine Strenggläubigkeit zu betonen, doch durchaus den Kern seiner religiösen Grundanschauung widerspiegelt: er werde immer, so ließ er sich vernehmen, der fromme und katholische Fürst sein, der er bis dahin gewesen sei, und wenn er jetzt etwas gegen ihren Wunsch täte, so geschähe es nur deshalb, weil er nicht anders handeln könne, vgl. Gachard S. 286.

[1]) Vgl. Baumgarten, Karl V. und die deutsche Reformation, S. 70, der auch bereits in der protestantischen Unterstützung gegen Frankreich einen „verhängnisvollen" Irrtum sieht.

[2]) Das Genauere bei de Boor S. 30f.

gescheitert waren,[1]) so konnten die Protestanten doch nur mit Bedenken und Besorgnis in die Zukunft sehen. Karls meisterhafte Diplomatie hatte gegenüber einer freilich in sich haltlosen, zerfahrenen, kurzsichtigen und durch unglückliche Standes- und dynastische Interessen verdorbenen protestantischen Politik ein Jahr nach der Unterwerfung des Clevers auf dem Speierer Reichstage den ersten großen Sieg errungen, dessen Ergebnisse er bereits in der nächsten Zeit ziehen zu wollen schien.

2. Der Reichstag zu Worms 1544/45.

Der Reichstag zu Worms gleicht seinen Vorgängern insofern, als er ebenfalls zu einem späteren Termine als dem ursprünglich angesetzten seinen Anfang nahm. Laut dem Speierer Abschied hatten die einleitenden Verhandlungen am 1. Oktober zu beginnen, während der Kaiser am 1. Dezember persönlich eintreffen sollte. Aber auch diesmal war es der Kaiser selbst, der wie bei dem vorigen Reichstag auch jetzt dessen eigentlichen Beginn hinausschob.[2]) In seinem Ausschreiben an die einzelnen Stände aus Valenciennes vom 26. September 1544 teilte er ihnen mit, daß er mit Rücksicht auf die Regelung der niederländischen und vor allem der französischen Verhältnisse vor dem 2. Januar des kommenden Jahres nicht in Worms ankommen könne, wo er dann auch die Stände persönlich oder ihre bevollmächtigten Vertreter anzutreffen hoffe.[3]) Um jedoch die Verhandlungen nicht auch solange zu verzögern, beauftragte er in denselben Tagen den Bischof von Augsburg, den Grafen Friedrich von Fürstenberg und Naves, als seine Kommissare sofort sich nach Worms zu begeben und die einleitenden Beratungen zu beginnen. Dauerte es schon bis Ende Oktober, ehe diese dort anlangten, so zog sich die Ankunft der Stände, die noch garnicht einmal im Besitze von Karls Vertagungsschreiben waren, noch viel länger hinaus; von ihnen waren bis zum 1. November in Reichs-

---

[1]) Das Nähere bei de Boor S. 56 und Roth III, 108 f.

[2]) Über das Gerücht, der Reichstag werde nicht in Worms, sondern in Augsburg stattfinden, vgl. das Nähere bei Roth III, 290 ff.

[3]) Kannengießer S. 27 f.

angelegenheiten noch gar keine eingetroffen; nur als Ferdinands Vertreter waren inzwischen noch Madruzzo und Gienger erschienen.[1]) Daher wandten sich die Kommissare am letzten Oktober beschwerdeführend an die Stände und forderten sie auf, unverzüglich Karls Schreiben vom 26. September, das sie jetzt erst mitschickten, Folge zu leisten.[2]) In den ersten Tagen des November kamen zwar einige Stände in Worms an, aber immer noch so wenig, daß die Kommissare ihre Absicht, bereits Mitte des Monats den Reichstag durch Verlesung der Proposition eröffnen zu können, nicht auszuführen vermochten.[3]) Einen ganzen Monat geduldeten sie sich noch. Obwohl auch dann die Stände durchaus noch nicht vollständig versammelt waren, glaubten sie doch nicht länger warten zu dürfen.

Es war kein glänzender Anfang, als die Kommissare am 15. Dezember die Proposition verlesen ließen.[4]) Im Auftrage des Kaisers baten sie um Beratung der in Speier nicht erledigten Angelegenheiten, nämlich der künftigen Unterhaltung des Kammergerichtes, der Einsetzung und Herstellung einer guten

---

[1]) Kannengießer S. 28; Winckelmann III, 535 f. u. 538; Lanz, Korrespondenz II, 416 f.; Brandenburg, Korrespondenz II, 113 A. 3; Baumann, Quellen zur Geschichte des Hauses Fürstenberg I, 370; M. d. J. f. östr. Gesch. 26, 323; Au., Fr. und Ma. A. Kredenz Karls für seine Kommission 27. September; M. R. A. Karl an Otto von Augsburg 24. September, Naves an denselben 30. September; Otto von Augsburg an seine Statthalter und Räte zu Dillingen 29. Oktober; Ferdinand an die kaiserlichen Kommissare zu Worms 12. Oktober; Ha. A. Keck an Dr. Ratzmann 2. November nebst Verzeichnis der Anwesenden.

[2]) Brandenburg, Korrespondenz II, 117 A. 3; L. und Me. A. Schreiben der Kommissare vom 31. Oktober. Daher erklären sich auch die späten Präsentationsvermerke von Karls Schreiben vom 26. September, im Fr. A. vom 4. November, im Me. A. vom 19. November.

[3]) Kannengießer S. 28; Winckelmann III, 539 f.; Bezzenberger Brandt I, 125 f.; M. St. A. Otto von Augsburg an Wilhelm 7. November nebst Verzeichnis der Anwesenden. Über die gleichzeitigen Verhandlungen der Kreisbevollmächtigten über die Ringerung der Anschläge vgl. Kannengießer S. 28 und zur Ergänzung einen Brief Ottos von Augsburg an Karl vom 6. November im M. R. A. nebst einem Cölner Bericht über diese Verhandlungen vom 28.—30. Oktober.

[4]) Ha. A. Kreuznacher an den Bischof von Hildesheim 16. Dezember, Verzeichnis der Anwesenden vom 14. Dezember. Nach dessen Ansicht hatte seit vielen Jahren kein Reichstag so schlecht angefangen. Au. A. Langenmantel an Herwart und Hoser 13. Dezember.

Polizei und Münze und der Erledigung der Sessionsstreitigkeiten zwischen den Fürsten untereinander wie mit den Städten; gleichzeitig verlangten sie unter Hinweis auf die bereits vergeblich verflossene Zeit schleunige Erledigung dieser Punkte, damit Karl bei seiner Ankunft sofort zur Beratung der wichtigeren Fragen schreiten könne.[1]) Jedoch beschlossen die Stände trotz der nochmaligen Ermahnung der Kommissare mit Rücksicht auf ihre geringe Anzahl, mit der Beratung der Proposition vorläufig noch acht Tage zu warten, bis mehr Stände eingetroffen seien.[2]) Um so weniger schien Eile geboten, als sich im Gegensatz zu der Meldung der Kommissare, die bereits Karls Aufbruch von Brüssel und seine Ankunft zu Weihnachten zu berichten gewußt hatten, immer bestimmtere, wenn auch noch nicht ganz sichere Kunde verbreitete, der Kaiser liege in Gent an einem Podagraanfall krank danieder und habe deshalb seine Abreise von den Niederlanden noch verschieben müssen.[3]) Bestärken mußte die Stände in dieser Ansicht noch der Umstand, daß Ende Dezember Naves Worms verließ und sich an den kaiserlichen Hof nach den Niederlanden begab.[4]) So verging der Dezember, ohne daß die Stände die Beratung der Proposition begonnen hätten, zumal sie sich auch vor Karls Ankunft kaum etwas oder jedenfalls nichts Ersprießliches von den Verhandlungen versprachen.[5])

---

[1]) Bezzenberger, Brandt I, 126, wo die Proposition gedruckt ist, und 132 f., Fr. A. Ges. an den Rat 7. Februar, als Beilage die Proposition vom 15. Dezember; Au. A. Langenmantel an den Rat 15. Dezember; Ma. A. Räte an Philipp 16. und 17. Dezember; L. A. Buch an Lübeck 25. März.

[2]) Kannengießer S. 29; Winckelmann III, 545; State Papers X, 276; May II, 467 f.; Ma. A. Räte an Philipp 17. Dezember; Au. A. Langenmantel an Herwart und Hoser 18. Dezember; M. St. A. Schreiben vom 18. Dezember an Wilhelm und Ludwig, als Beilage Verzeichnis der Stände; Ha. A. Kreuznacher an den Bischof von Hildesheim 23. Dezember; H. A. Ritzenberg an den Rat 25. Dezember.

[3]) Kannengießer S. 29; Winckelmann III, 541; Ha. A. Kreuznacher an den Bischof zu Hildesheim 16. Dezember.

[4]) Ma. A. Räte an Philipp 28. Dezember. Hasenclevers Vermutung in den M. d. J. f. östr. Gesch. 26, 323 wird hierdurch bestätigt.

[5]) Winckelmann III, 549. Kawerau, Jonas II, 141; Ha. A. Kreuznacher an den Bischof von Hildesheim 23. Dezember; Au. A. Langenmantel an Herwart und Hoser 31. Dezember.

Erst das neue Jahr sollte entsprechend Sturms Ansicht den wirklichen Beginn der Reichsverhandlungen bringen;[1]) allerdings in einem noch geringeren Umfange, als es schon die Kommissare in der Proposition vorgeschlagen hatten. Am 2. Januar teilten die beiden noch anwesenden Kommissare, der Bischof von Augsburg und Graf Friedrich von Fürstenberg, den Ständen mit, daß der Kaiser abermals schleunige Beratung der Proposition verlange, da jetzt ja mehr Vertreter anwesend seien. Um sie diesem Ansuchen geneigter zu machen, ließ noch Ferdinands Gesandter Madruzzo eben eingetroffene Nachrichten von dem drohenden Anmarsch der Türken verlesen, welche die schleunige Erledigung der Proposition forderten, um sich dann sofort der Türkenhilfe zuwenden zu können.[2]) Diesem erneuten Wunsche glaubten die Stände sich nicht mehr entziehen zu können, zumal neueren Meldungen zufolge der Kaiser bereits unterwegs sein und seine Ankunft sehr beschleunigen sollte, wie er denn auch selbst den Fürsten mitgeteilt hatte, daß er Mitte Januar in Worms einzutreffen hoffe, wo sie sich dann auch persönlich einfinden möchten.[3]) Nachdem jedoch die Kommissare glücklich die Stände zum Beginn der Beratungen gebracht hatten, stellten sich neue Schwierigkeiten ein; es traten in den verschiedenen Kollegien lebhafte Meinungsverschiedenheiten über die Beratungsgegenstände auf. Im Gegensatz zu den Kurfürsten, die neben der Behandlung der Münze und Polizei auch noch die Sessionsstreitigkeiten erledigen wollten, wiesen die Fürsten darauf hin, daß einmal diese letzte Angelegenheit auf dem vorigen Reichstag dem Kaiser zur Entscheidung anheimgestellt sei, daß es ferner ihnen nicht zukomme, über eine Sache als Richter zu handeln, in der sie selbst Partei seien, und daß schließlich die vornehmsten Fürsten, die in Streit miteinander lägen, persönlich nicht anwesend seien. Einig waren beide Parteien nur darin, daß man die schwierige Frage der Unterhaltung des Kammer-

---

[1]) Kannengießer S. 18; Winckelmann III, 537.

[2]) Be. A. Sacks Tagebuch vom 2. Januar nebst Verzeichnis der Anwesenden; Ma. A. Räte an Philipp 3. Januar; Ha. A. Verzeichnis der Anwesenden vom 2. Januar, vgl. auch Bezzenberger, Brandt II, 137.

[3]) Be. A. Karl an Brandenburg 23. Dezember; Ma. A. Räte an Philipp 31. Dezember.

gerichtes, die mit dessen Besetzung aufs engste verknüpft sei, bis zu Karls Ankunft zurückstelle. Da sich schließlich die Kurfürsten den gewichtigen Gründen der Fürsten nicht entziehen konnten, so blieben von dem Programm der Kommissare lediglich die unbedeutendsten Fragen noch zur Verhandlung übrig.[1])

Inzwischen war nun auch die Ungewißheit[2]) über das Erscheinen des Kaisers behoben worden. Am 11. Januar verlasen die Kommissare den Ständen ein Schreiben Karls aus Gent vom 5. Januar, in dem er sein Ausbleiben mit dem noch anhaltenden Leiden entschuldigte, aber gleichzeitig auch versprach, da sich sein Befinden etwas gebessert habe, so schnell wie möglich zum Reichstag zu kommen; ja die Kommissare fügten noch selbst hinzu, sein Hofgesinde sei bereits unterwegs.[3]) Die Wirkung dieser Mitteilung blieb nicht aus. Die Stände entsprachen nicht allein dem kaiserlichen Wunsche, dies Schreiben ihren Herren mitzuteilen und sie zum schnellen Kommen zu ermahnen, es begannen vielmehr auch wirklich am 12. Januar die Beratungen über die Münzfrage durch einen Ausschuß, der schon am 20. Januar den Ständen referieren konnte, so daß man bereits beschloß, nach Erledigung dieser Angelegenheit die Polizeisache zu behandeln.[4]) Aber die Ansicht der Augsburger Gesandten, die den Kaiser seit Mitte Januar täglich erhofften, erwies sich als nicht zutreffend.[5]) Doch erhielten die Stände am 21. Januar von den Kommissaren die Kunde, daß Karls Ankunft vor Anfang Februar nicht zu erwarten sei, eine Nachricht, die ihnen am 28. Januar ein kaiserlicher Abgesandter

---

[1]) Be. A. Sacks Tagebuch vom 2. bis 9. Januar; Ma. A. Räte an Philipp 3. und 9. Januar; Au. A. Langenmantel an den Rat 7. Januar nebst Protokoll über die Verhandlungen vom 7. Januar, vgl. auch Bezzenberger, Brandt II, 138.

[2]) Au. A. Langenmantel an Herwart und Hoser 7. Januar; Be. A. Sack an Johann von Brandenburg 10. Januar.

[3]) Bezzenberger, Brandt I, 112; Be. A. Sack an Johann von Brandenburg 11. Januar; Au. A. Prot. vom 11. Januar; Ma. A. Räte an Philipp 11. Jan. Karls Schreiben vom 5. Januar an die Kommissare im Be. und Fr. A.

[4]) Außer den kurzen Bemerkungen bei Kannengießer S. 29 und Winckelmann III, 551 vgl. vor allem Be. A. Sacks Tagebuch vom 10. u. 12. Januar und Sack an Johann von Brandenburg 25. Januar und Ma. A. Räte an Philipp Zettel vom 20. Januar.

[5]) Au. A. Notiz zum Prot. vom 11. Januar.

bestätigte.[1]) Aber auch jetzt konnte der Kaiser seine Absicht nicht ausführen. Ein neuer Gichtanfall nötigte ihn, der sich bereits von Gent nach Brüssel begeben hatte, um von dort nach Deutschland aufzubrechen, seine Abreise noch weiter hinauszuschieben. Um indessen den Ständen seinen guten Willen zu beweisen und um sie vor allem in Worms zusammenzuhalten, entschloß er sich, seine vertrauten Ratgeber, die beiden Granvella und Naves, als weitere Kommissare nach Worms zu schicken und gleichzeitig seinen Bruder zu bitten, ebenfalls sich dorthin zu begeben und ihn bis zu seiner Ankunft, die er jetzt für Anfang April in Aussicht stellte, zu vertreten.[2]) Jedoch bevor die Stände von diesem Entschluß Kunde erhielten, vergingen noch fast zwei Wochen; kein Wunder, daß in dieser Zeit der Ungewißheit ihre Stimmung keine allzu rosige war und die Reichsverhandlungen jetzt nur langsam von der Stelle rückten. Einige unter ihnen wollten an Karls Krankheit nicht recht glauben, sondern schoben sein Fernbleiben anderen Ursachen zu, ja, es tauchte sogar schon die Ansicht auf, daß der Reichstag überhaupt nicht seine Fortsetzung finden werde. Anders wieder sah der Frankfurter Gesandte die Sachlage an; er erblickte in der ganzen Beratung über Münze und Polizei nichts anderes als eine Spiegelfechterei, um den Ständen die lange Zeit des Wartens nicht allzu beschwerlich werden zu lassen.[3]) Endlich,

---

[1]) Weiß, Granvelle III, 44; Be. A. Karl an Brandenburg 13. Januar Nachschrift; Sack an Johann von Brandenburg 25. Januar und ein undatiertes Bruchstück eines Briefes, wohl vom 11. Februar, wie es sich aus einem ebenfalls undatierten Schreiben des Markgrafen an Sack ergibt. Ha. A. Wüst an den Bischof von Hildesheim 21. Januar. Fr. A. Ges. an den Rat 25. Januar.

[2]) Weiß, Granvelle III, 55. Gachard, Journal de Vandenesse S. 306, Friedensburg, Nuntiaturberichte aus Deutschland, 1. Abt. Bd. VIII, 68f.; Brandenburg, Korrespondenz II, 161 A. 3; Be. A. Karl an Brandenburg 1. Febr.; Ha. A. Karl an den Bischof von Hildesheim 1. Februar. Bezeichnend übrigens ist, daß Karl in dem Schreiben an die Stände den Termin seiner Ankunft unbestimmt läßt, vielmehr nur allgemein die Hoffnung auf baldiges Erscheinen ausdrückt. Seinem Bruder dagegen schreibt er offen, daß er am 25. März abzureisen hoffe.

[3]) Kannengießer S. 29; Winckelmann III, 360 f.; Bezzenberger, Brandt II, 139; Au. A. Langenmantel an den Rat 4. Februar; Fr. A. Ges. an den Rat 3. und 7. Februar; Br. A. Spölin an Hallerstein 8. Februar; Ma. A. Räte an Philipp 8. Februar; M. St. A. Räte an Wilhelm und Ludwig 10. Februar.

am 12. Februar, wurden die Stände wenigstens zum Teil aus ihrer Ungewißheit erlöst. Die Kommissarien teilten ihnen Karls abermalige Verhinderung und seine vorläufige Vertretung durch Ferdinand mit. Da es aber unsicher war, ob Ferdinand sich angesichts der Türkengefahr werde binnen kurzem freimachen können, jedenfalls aber seine Reise nach Worms beträchtliche Zeit erforderte,[1]) so versteht man die wachsende Verstimmung der Stände. Der markgräflich-brandenburgische Gesandte Sack klagte über „das langweilige Wesen", zumal er sich auch nach seinem märkischen Biere sehnte. Noch schärfer äußerten sich die bairischen Gesandten; es sei beschwerlich und erbärmlich, so berichteten sie ihren Herren, daß man also vergeblich und zu augenscheinlichem Schaden und Verderben hier liegen solle, ja, es langte sogar die vertrauliche Kunde an, man werde den Reichstag absichtlich in die Länge ziehen.[2]) Jedenfalls versprach man sich zu dieser Zeit im allgemeinen nicht viel von dem Ergebnis des Reichstages, wozu auch nicht wenig der Umstand beitrug, daß bis Mitte Februar von den Fürsten, den Bischof von Augsburg als kaiserlichen Kommissar abgerechnet, noch kein einziger in Person eingetroffen war. Dafür kam in derselben Zeit die sichere Kunde, daß die Räte des Kaisers, der sich selbst „ins Holz" gelegt habe, bereits unterwegs seien. Dagegen konnte Ferdinand in einem am 21. Februar verlesenen Schreiben seinen Aufbruch erst für Ende des Monats in Aussicht stellen.[3])

---

[1]) Kannengießer S. 29; Bezzenberger, Brandt II, 139. Die bei Kannengießer erwähnte Mitteilung an die Stände von Anfang Februar beruht auf einem Irrtum Springers S. 18; das dort erwähnte Schreiben Karls vom 1. Februar ist dasjenige, das erst am 12. Februar verlesen wurde, Winckelmann III, 563. Be. A. Sack an Johann von Brandenburg 12. Februar nebst Nachschrift; Ma. A. Räte an Philipp 12. Februar; M. St. A. Räte an Wilhelm und Ludwig 12. Februar; Fr. A. Ges. an den Rat 14. Februar; Ha. A. Kreuznacher an den Bischof von Hildesheim 20. Februar.

[2]) Be. A. Sack an Johann von Brandenburg 12. Februar nebst Nachschrift, die im Konzept wie in Reinschrift erhalten ist; die letztere ist fälschlich zum 2. April geheftet. M. St. A. Räte an Wilhelm und Ludwig 12. Februar und Paumgartner an Wilhelm 17. Februar.

[3]) Winckelmann III, 563; Schw. A. Christof, Erzbischof zu Bremen, an Albrecht zu Mecklenburg 15. Februar. Ma. A. Räte an Philipp 17. Februar Zettel, 21. und 25. Februar; M. St. A. Paumgartner an Wilhelm 17. Februar,

Über Karls Ankunft dagegen verlauteten immer noch nur unbestimmte und widersprechende Gerüchte.[1])

Endlich, am 6. März, trafen die angekündigten Kommissare, Granvella an der Spitze, in Worms ein und acht Tage darauf Ferdinand.[2]) Hiermit hatte der erste vorbereitende Teil des Reichstages nach fast fünfmonatlicher Dauer sein Ende erreicht; die Länge der Zeit stand im umgekehrten Verhältnis zu seinem Ergebnis, das im Grunde gleich Null war.

Jetzt aber sollten auf Grund des Speierer Abschiedes die wichtigsten grundlegenden Angelegenheiten zur Verhandlung kommen, die religiöse und die Türkenfrage. Da war es zunächst für die Protestanten von der größten Wichtigkeit, daß sich seit dem Speierer Reichstag die politischen Verhältnisse vollkommen und zwar durchaus zu ihren Ungunsten verändert hatten. Zur allgemeinen Überraschung hatte der Kaiser den kaum begonnenen Feldzug gegen Frankreich durch den Frieden von Crespy im September 1544 beendet; er hatte hierdurch die Arme frei bekommen, es fragte sich nur, gegen wen er sie jetzt gebrauchen wollte. Und da konnte für Karl selbst nach den Erfahrungen der letzten Jahre kaum noch ein Zweifel sein; zu glänzend hatte sich ihm die politische Unfähigkeit und Schwäche der Protestanten gezeigt, als daß er jetzt, nachdem er in unerwartet schneller Zeit den einen Gegner gedehmütigt hatte, nicht auch den schon lange beschlossenen Waffengang mit dem andern wagen sollte, und wenn er auch den schnellen Frieden mit Frankreich zunächst nicht ausschließlich unter dem Gesichtspunkte der Bekämpfung der Protestanten abgeschlossen haben

---

ebenda Ferdinands Schreiben an die Stände vom 15. Februar; Fr. A. Ges. an den Rat 2. März, als Beilage das eben erwähnte Schreiben Ferdinands.

[1]) Bullingers Korrespondenz mit den Graubündnern in den Quellen zur Schweizer Geschichte 23, 73; Ha. A. Kreuznacher an den Bischof von Hildesheim 23. Februar.

[2]) Kannengießer S. 29; Winckelmann III, 569; Nuntiaturberichte VIII, 85; Lanz, Staatspapiere S. 338 f., wo als Datum wohl der 25. Januar zu ergänzen ist; State Papers X, 343. Reutlinger Geschichtsblätter XIV, S. 71; Schieß II, 35 f.; Br. A. Granvella an Karl 11. und 17. März; Ma. A. Räte an Philipp 7. und 17. März; Fr. A. Ges. an den Rat 11. und 15. März; M. St. A. Seld an Ludwig von Baiern 18. März Mit Granvella kamen der Bischof von Arras, Naves, Boisot, Viglius und Obernburger.

mag, so ergab sich doch nach seinem Abschluß die Ausnutzung der hierdurch geschaffenen günstigen Lage für ihn förmlich von selbst. Zur Ausführung dieses Planes bedurfte er aber, wie es bereits Granvella 1543 in Nürnberg betont hatte, der Unterstützung des Papstes, und tatsächlich finden wir bereits Ende des Jahres 1544 Verhandlungen zwischen dem Kaiser und der Kurie im Gange, in denen es sich um die Bereitstellung einer größeren Summe von seiten des Papstes zur Niederwerfung der Ketzer handelte.[1]) Ferner berichtet uns Karl selbst von einem Kriegsrate, den er wohl zu Beginn des Jahres 1545 abgehalten und auf dem er zusammen mit seinen vertrautesten Räten den Kriegsplan erörtert hat.[2]) Zwar wurden auch hier noch keine endgültigen Beschlüsse gefaßt, konnten es auch gar nicht, da man auf kaiserlicher Seite erst den Abschluß der Verhandlungen mit der Kurie abwarten wollte, der in Worms durch Farnese erfolgen sollte, aber Karl war doch seinem Ziele hiermit ein gewaltiges Stück näher gerückt.

Unter den Protestanten hatte schon die bloße Kunde von dem Abschluß des Friedens zu Crespy, dessen genauere, für sie bedenkliche Bestimmungen sie noch gar nicht einmal kannten, lebhafte Beunruhigung hervorgerufen und ihre Hoffnungen auf einen günstigen Erfolg des bevorstehenden Reichstages stark

---

[1]) Nuntiaturberichte VIII, 29 fl.

[2]) Lettenhove, Commentaires S. 101 f.; Kannengießer S. 21 f. Wann diese Beratung stattgefunden hat, vermag ich nicht bestimmt zu sagen, da die mir vorliegenden Akten darüber nichts ergeben. Da Karl aber ausdrücklich erwähnt, daß er mit seinen vertrautesten Räten die Beratungen führte und zu diesen doch entschieden Naves gehört, der durch seine eingehende Bekanntschaft mit den deutschen Verhältnissen diese auch am besten zu beurteilen verstand, so ergibt sich vielleicht aus diesem Umstand die Möglichkeit einer näheren Datierung. Der Abschluß des Friedens von Crespy fand am 17. September statt, die eben erwähnten Verhandlungen mit der Kurie werden wohl auch erst energischer nach ihm begonnen haben. Vom 30. September haben wir aber einen Brief von Naves aus Speyer, M. R. A. Naves an den Bischof von Augsburg 30. September, Anfang Oktober traf er als kaiserlicher Kommissar in Worms ein, wo er bis Ende Dezember weilte. Dann begab er sich zu Karl, um Anfang März wieder in Worms einzutreffen. Hiermit ergäbe sich von diesem Gesichtspunkte aus als Zeit für den Kriegsrat der Januar und die erste Hälfte des Februar des Jahres 1545.

herabgestimmt.[1]) Um ihre Bedenken wie auch ihre Mißstimmung zu steigern, kamen in den folgenden Monaten noch mehrere Umstände hinzu. Zuerst waren es die heftigen Verfolgungen der Evangelischen in den Niederlanden, die von dem Kaiser für seine versprochene religiöse Einigung in Deutschland nichts Gutes erwarten ließen, Nachrichten, die noch einen Tag vor Ferdinands Ankunft in Worms in verschärfter Form sich wiederholten.[2]) Dann hörte das Kammergericht trotz des Speierer Reichsabschiedes mit seinen Prozessen gegen die Protestanten nicht auf, so daß diese sich schon zu Beginn der Verhandlungen genötigt sahen, sich schriftlich deshalb bei Naves, der bereits auf dem Wege zu Karl war, zu beschweren und ihn zu bitten, seinen Einfluß zur endgültigen Einstellung aller Prozesse bei dem Kaiser geltend zu machen.[3]) Ferner verbreitete sich im Januar in Worms die aufsehenerregende Kunde, daß in dem Friedensvertrage von Crespy geheime Bestimmungen enthalten seien, die sich gegen die Protestanten richteten.[4]) Weiter tauchten in Worms bereits im Januar Nachrichten von neuen Werbungen auf, deren Umfang und Zweck die Protestanten zwar nicht genau ermitteln konnten, die aber von dem Braunschweiger auszugehen schienen und den Räten so viel Besorgnisse einflößten, daß sie beschlossen, bei ihren Herren deshalb Verhaltungsmaßregeln zu erbitten; ja, der markgräflich brandenburgische Rat Sack, der von diesen Werbungen und den Beratungen der Schmalkaldener gehört hatte, schloß sein Schreiben bereits mit den Worten: „Gott gebe, Krieg und Verderben armer Leute zu verhüten.“[5]) Auch während des Februar wollten in Worms

---

[1]) Kannengießer S. 24 f.

[2]) Kannengießer S. 24 f. und Ma. A. Räte an Philipp 13. März.

[3]) Ma. A. Räte an Philipp 28. Dezember, als Beilage Schreiben der Protestanten an Naves 28. Dezember.

[4]) Das Nähere bei Kannengießer S. 33 und Ma. A. Philipp an die Räte 14. Januar und Räte an Philipp 19. Januar; ein Bruchstück aus dem ersten Briefe bei Lenz II, 335 A. 3.

[5]) Bezzenberger, Brandt II, 138; Ma. A. Räte an Philipp 15. und 31. Januar nebst Beilage; Fr. A. Ges. an den Rat 3. Februar; Be. A. Sack an Johann von Brandenburg 25. Januar. Schon vorher hatte die Nachricht von dem Heraufziehen eines spanischen Regimentes aus Frankreich und dessen Überwintern in Lothringen die Aufmerksamkeit der hessischen Räte erregt,

die Berichte von Werbungen und Rüstungen nicht verstummen. Bald war es das spanische Regiment, das bei seinem Abzug von Metz nach Zweibrücken derartige Besorgnisse bei dem Kurfürsten von der Pfalz erweckte, daß er seinerseits schon Gegenrüstungen vornahm, bald kamen Kundschaften von Truppenansammlungen in Norddeutschland, bald hieß es wieder, die Herzöge von Baiern hätten alle ihre Hauptleute zu einem bestimmten Termin, aber unbekannten Zweck nach Landshut beschieden, kurz, die allgemeine Lage erschien bereits so bedrohlich, daß der Landgraf es für nötig hielt, seine Räte zu beauftragen, infolge der von allen Seiten gemeldeten Werbungen mit den vornehmsten Ständen der braunschweigischen Defension über Gegenrüstungen zu beraten.[1]) Jedoch der Erfolg war nicht der gewünschte, ein Teil der Stände hielt die Gefahr nicht für so drohend, ein anderer erklärte, erst Bescheid abwarten zu müssen.[2]) Im Gegensatz zu dieser vorsichtigen Haltung wurde Philipps Drängen immer stürmischer. Noch ehe er diesen ablehnenden Bescheid erhielt, schrieb er seinen Gesandten von neuem, die Defensionsstände zur Unterhaltung von 600 Reitern[3]) und etlichen Knechten zu bewegen, da sich in dieser Zeit nach seiner Ansicht zeigen müsse, wohin alle Sachen, die braunschweigische wie die andern, auf diesem Reichstage laufen sollten.[4]) Noch zweimal vor Ferdinands Ankunft wiederholte er im März seine Ermahnungen, jedoch vergeblich. Zwar entschlossen sich die Stände, nachdem sie Ende Februar noch aus-

---

vgl. Kannengießer S. 23, Roth III, S. 293 f., Bezzenberger, Brandt II, 138 und Ma. A. Räte an Philipp 16. Dezember. Wie diese erfuhren, sollte der Kaiser es gegen die Türken in Ungarn verwenden wollen. Wenn sie auch nicht direkt ihre Zweifel an der Richtigkeit dieser Nachricht aussprachen, so wollten sie doch genauere Erkundigungen einziehen, sicher auch ein Zeichen, wie erregt und gespannt bereits die Stimmung unter den Schmalkaldenern war. Vielleicht waren auch ihre Bedenken in dieser Angelegenheit nicht ungerechtfertigt, vgl. Nuntiaturberichte VIII, 32 A. 2.

[1]) Ma. A. Räte an Philipp 3. Februar; Philipp an die Räte 8. und 9. Februar; Fr. A. Ges. an den Rat 19. Februar. Vgl. auch hierzu Kannengießer S. 42 f., wo die übrige Literatur sich findet.

[2]) Ma. A. Räte an Philipp 15. Februar.

[3]) Die bei Kannengießer S. 43 angegebene Zahl von 100 Reitern beruht auf einem Irrtum.

[4]) Ma. A. Philipp an die Räte 18. Februar.

weichend geantwortet hatten, jetzt auf sein letztes Ersuchen vom 4. März, der dringlichen Aufgabe wenig entsprechend, einen Ausschuß einzusetzen, der sich mit dieser Angelegenheit näher zu befassen und für den Erlaß von Mandaten zu sorgen hatte, nach denen jeder Stand sein Kriegsvolk daheim behalten sollte, und der sogar nötigenfalls Ferdinand, den Kommissaren und den Ständen energisch erklären durfte, sie würden, wenn man jetzt dem Braunschweiger durch die Finger sähe, keine Türkenhilfe leisten; ebenso hatten auch Augsburg und Lüneburg bereits zustimmenden Bescheid zur Unterhaltung der gewünschten 600 Reiter erhalten, aber alle anderen Stände warteten noch darauf, und viel war von ihnen, namentlich von den meisten oberländischen Städten, kaum zu erwarten, da diese, wie sie erklärten, die Kundschaften für übertrieben hielten.[1]) Schließlich verbreitete sich, um die Lage für die Protestanten noch bedrohlicher erscheinen zu lassen, in den Tagen vor Ferdinands Ankunft das Gerücht von einem Waffenstillstand, über den Karl mit den Türken unterhandele.[2])

Dies alles waren Nachrichten, die bei den Protestanten das größte Mißtrauen gegen die kaiserliche Politik wachriefen und dadurch von Anfang an ihre Verhandlungen mit Ferdinand erschwerten. Und dazu stand jetzt die Konzilsfrage zur Entscheidung, die schon an und für sich genug Schwierigkeiten bot. Im November 1544 war von dem Papste das Konzil auf den 15. März nach Trient einberufen worden. Erkannte nun der Kaiser dies Konzil als das im Speierer Abschied verheißene an, dann waren alle Hoffnungen der Protestanten auf eine christliche Reformation gescheitert. Ausdrücklich war ferner der ihnen bewilligte Friede bis zu dem Konzil verlängert worden,

---

[1]) Ma. A. Philipp an die Räte 1. u. 4. März; Räte an Philipp 28. Februar, 9. und 13. März nebst Beilage; Fr. A. Ges. an den Rat 11. März; vgl. auch Reutlinger Geschichtsblätter XIV, 72 ff.

[2]) Ma. A. Räte an Philipp 9. März; Au. A. Ges. an den Rat 11. März. Bereits am 31. Januar berichteten die hessischen Räte, daß nach einer Meldung der Türke Wien im Sommer belagern werde, während nach einer andern Verhandlungen über einen Anstand mit ihm im Werke seien. Am 8. Februar dagegen wissen sie nur von starken türkischen Rüstungen zu berichten, Ma. A. Räte an Philipp 31. Januar und 8. Februar. Vgl. hierzu auch Kannengießer S. 41.

der dann also jetzt sein Ende erreichen würde. So war es selbstverständlich, daß diese beiden Punkte bereits vorher von den beiden Führern des Schmalkaldischen Bundes erörtert worden waren. Der Ansicht Sachsens schloß sich Philipp dahin an, noch vor der Proposition deutlich zu erklären, daß man das päpstliche Konzil keineswegs als das in Speier verheißene anerkenne, vielmehr eine freie Erörterung der religiösen Frage auf Grund der protestantischen Gutachten verlange. Wegen des Friedens wies Philipp energisch seine Räte an, sich mit den vornehmsten protestantischen Vertretern ins Einvernehmen zu setzen und von kaiserlicher Seite die Zusicherung zu verlangen, daß der ihnen zugestandene Friede durch dies Konzil keineswegs sein Ende erreiche; sei dies nicht durchzusetzen, so solle man wenigstens von Karl und Ferdinand die bestimmte Erklärung fordern, daß sie die Konzilsbeschlüsse gegen die Protestanten nicht ausführen, sie vielmehr bei ihrer Religion bleiben lassen würden.[1])

Während dessen war man sich auf kaiserlicher Seite über die Behandlung dieser ganzen Frage noch nicht völlig einig. Zwar hatte Granvella bald nach seiner Ankunft erklärt, das Konzil werde sicher stattfinden,[2]) aber das war für die Protestanten nicht entscheidend; die Hauptsache war, welche Stellung man ihnen gegenüber in dieser Frage einnehmen würde, und da herrschte über diesen Punkt zwischen Ferdinand und Granvella Meinungsverschiedenheit. Nach längeren Beratungen mit dem König, dessen Räten und den übrigen Kommissaren hatte Granvella, der sich die bevorstehenden Schwierigkeiten keineswegs verhehlte, auf den Wunsch des Königs die Proposition entworfen und die Behandlung der religiösen Frage der Entscheidung der Stände selbst überlassen wollen. Das entsprach jedoch nicht Ferdinands Absicht; er wünschte vielmehr, daß die Regelung der religiösen Angelegenheit vorläufig zurückgestellt werde mit Rücksicht auf das Konzil, dessen Beschlüsse man abwarten solle; erst wenn dies wieder vertagt würde,

---

[1]) Vgl. das Genauere bei Kannengießer S. 30 ff.; außerdem Brandenburg, Korrespondenz II, 159 f. und Ma. A. Philipp an die Räte 9. Februar und 9. März.

[2]) Ma. A. Räte an Philipp 13. März.

solle man deshalb einen andern Reichstag berufen. Wir sehen also, der König war in dieser Frage der schärfere, derjenige, der den Protestanten jedenfalls geringeres Entgegenkommen bewies als Granvella. Der letztere erklärt dies damit, der König habe hierdurch den Protestanten die Möglichkeit längeren Debattierens nehmen und den Ausbruch weiterer Streitigkeiten und neuen Zeitverlust verhüten wollen. Mitgewirkt mag dies alles haben, aber es traf doch nicht den Kern; der eigentliche Grund lag tiefer. Wenn der König auch immer wieder betonte, daß der Türke mit gewaltiger Macht heranrücke, so traf dies nicht zu. Gerade in jenen Märztagen waren die Aussichten auf einen Waffenstillstand mit den Türken ihrer Verwirklichung ein gutes Stück näher gerückt,[1]) so daß Ferdinand die Hilfe der Protestanten nicht mehr zu bedürfen und daher auch weniger Rücksicht auf sie nehmen zu brauchen schien. Viel wichtiger war aber für ihn jetzt die Unterstützung und gute Gesinnung der Katholiken in dem geplanten Protestantenkrieg, da seine Stammlande in diesem Falle am meisten durch die Gegner bedroht waren, und wohl wesentlich aus Rücksicht auf sie und ihre Führer, die Baiern, ist jener Entschluß Ferdinands zurückzuführen. Von diesem Gesichtspunkte aus gewinnt auch jene lange Unterredung mit den bairischen Räten ihre besondere Bedeutung, in denen er ihnen zwei Tage vor der Proposition viele Punkte im einzelnen mitteilte und sie um ihren Rat ersuchte. Bei ihnen, denen von ihren Herren jede andere Verweisung der religiösen Frage als auf das päpstliche Konzil strengstens untersagt war, erregte schon jene Klausel, daß, im Falle das Konzil nicht zustande komme, ein deutscher Reichstag die religiöse Angelegenheit entscheiden solle, nicht geringen Anstoß, aber Ferdinand hielt hieran, so sehr er ihnen auch sonst entgegenkam, fest, denn er verfolgte damit noch den besonderen Zweck, gerade hiedurch einen Druck auf die Kurie auszuüben und sie den kaiserlichen Wünschen bei den schwebenden Bündnisverhandlungen gefügiger zu machen. In letzter Linie mag bei Ferdinand auch zu jener schroffen Stellungnahme den Protestanten gegenüber das persönliche Gefühl der Erbitterung mitgespielt haben,

---

[1]) Nuntiaturberichte VIII, 88 A. 1.

dem er bereits vor zwei Jahren so starken Ausdruck gegeben hatte. Im Widerspruch hierzu zeigte sich Granvella als der vorsichtigere und größere Staatsmann, der noch nicht alle Brücken abbrechen und die Gegner nicht zu frühzeitig vor den Kopf stoßen wollte, solange die Verhandlungen mit den Türken und der Kurie noch nicht beendet waren und seitens der Protestanten, wenn vielleicht auch nicht gerade zu Angriffs-, so doch zu Verteidigungszwecken unwillkommene Gegenmaßregeln möglich erschienen. Ihm kam es im Gegensatz zu dem hitzigeren Ferdinand darauf an, vorläufig erst Zeit zu gewinnen, und dazu gab es nichts sichereres, als den Ständen die Entscheidung in der Konzilsfrage selbst zuzuweisen. Dies bot ihm zugleich noch den Vorteil, daß es ihm wie Ferdinand ermöglicht wurde, vorläufig sich selbst noch im Hintergrunde zurückzuhalten, ohne schon jetzt ihre Karten aufdecken zu müssen. Jedoch Ferdinands Ansicht drang durch, Granvella mußte sich fügen.[1])

Nachdem Ferdinand noch die Ankunft wenigstens eines Kurfürsten, des Pfälzers, am 23. März abgewartet hatte,[2]) erfolgte am Tage darauf die Proposition. Sie war ein Meisterstück der verschlagenen kaiserlichen Politik und vor allem groß in der Kunst des Verschweigens. Die Religionsvergleichung wurde zwar zurückgestellt unter dem Hinweis auf die bevorstehenden Konzilsverhandlungen, deren Ergebnisse man erst abwarten müsse, aber sie vermied es doch, von den Protestanten schon jetzt offen die Unterwerfung unter diese Beschlüsse zu verlangen und vertröstete sie sogar für die Erledigung der religiösen Frage auf den nächsten Reichstag, falls das Konzil nicht stattfinde. Über Frieden und Recht äußerte sie sich im allgemeinen so, als ob diese Angelegenheit bereits durch den vorigen Reichstag völlig erledigt sei und hier keiner weiteren Erörterung und

---

[1]) Br. A. Granvella an Karl 17., 19., 24. und 29. März und 7. April, M. St. A. Instruktion Wilhelms und Ludwigs für die Wormser Räte 24. Dezember 1544 und Räte an Wilhelm und Ludwig 22. März; vgl. hierzu Druffel II, 33. Ma. A. Räte an Philipp 17. März.

[2]) Fr. A. Ges. an den Rat 23. März; Be. A. Sack an Johann von Brandenburg 2. April. Naves hatte ihn vorher mit dem Bischof von Arras aufgesucht, wie auch den Kölner und den Mainzer, von denen sich der letztere mit Krankheit entschuldigt hatte, Br. A. Granvella an Karl 11. und 17. März.

Erläuterung bedürfe. Im einzelnen gab sie bezüglich des Friedens nur der Erwartung Ausdruck, daß die Stände mit den vorigen Friedständen sich begnügen würden. Auf den für die Protestanten wichtigsten Punkt aber, ob der ihnen zugebilligte Friede jetzt durch das Konzil sein Ende erreiche, ging sie mit keinem Wort ein. Das Recht betreffend, verlangte sie von den Ständen eine Einigung über die Unterhaltung und Neubesetzung des Kammergerichts; ob aber dafür der Speierer Reichsabschied in Betracht kommen sollte, wie es die Protestanten im Gegensatz zu den Katholiken verlangten, die ja diese Bestimmungen nie anerkannt hatten, darüber schwieg sie sich völlig aus. Sie brachte statt dessen nur die kurze Erklärung, daß im Fall eines Streites die Stände dem Kaiser die Entscheidung überlassen sollten.[1]) Offen äußerte sie sich nur über die Türkenhilfe, auf deren Erledigung sie das Schwergewicht legte; mit Rücksicht auf die angeblich neuen drohenden Türkenrüstungen möchten die Stände ihre Ansicht äußern, ob jetzt über eine Defensiv- oder Offensivhilfe beraten werden sollte.[2])

Unmöglich konnte eine derartige Proposition die Protestanten befriedigen. Es war so gekommen, wie es bereits am Ende des vorigen Jahres der hamburgische Gesandte vorausgesehen hatte, die Religionsfrage war zurückgestellt, die Hauptverhandlung sollte der Türkenfrage gelten.[3]) Daher kam es für die Protestanten vor allem darauf an, Klarheit über Ferdinands wahre Absichten so schnell wie möglich zu gewinnen. Schon vor der Verlesung der Proposition hatten sie, als der König den hessischen Räten seine Absicht der bevorstehenden Eröffnung des Reichstages verkündet und sie in Hinsicht

---

[1]) Ferdinand nahm im Gegensatz zu seiner schroffen Haltung in der Konzilsfrage in diesem Punkte mehr eine vermittelnde Haltung ein. So erklärte er den bairischen Räten, daß man die Protestanten zum Kammergericht werde zulassen müssen. Dagegen bezeichnete er es als ein Greuel und ganz beschwerlich, daß das gemeine Recht aufgehoben sein sollte. Als besten Ausweg schlug er vor, dem Kaiser die Sache heimzustellen. M. St. A. Räte an Wilhelm und Ludwig 22. März.

[2]) Kannengießer S. 29 und 35; Nuntiaturberichte VIII, 86; Janssen III, 587. Ein kurzer Auszug der Proposition auch bei Sattler III, 253. Br. A. Viglius an Maria 24. März; Fr. A. Ges. an den Rat 27. März, als Beilage die Proposition und Ma. A. Räte an Philipp 27. März.

[3]) H. A. Ritzenberg an den Rat 25. Dezember 1544.

auf die türkischen Rüstungen um günstige Bescheide ersucht hatte, in einem Ausschuß über die Konzils- und Türkenfrage beschlossen, daß Sachsen, Hessen, Straßburg und Nürnberg ein ausführliches Gutachten hierüber von ihren Theologen und Rechtsgelehrten verfassen lassen sollten.[1]) Zwei Tage nach der Proposition entschieden sich gemäß dem Vortrage der sächsisch-hessischen Räte die Protestanten dahin, der Bitte des Königs wegen der Beratung der Türkenhilfe an erster Stelle keineswegs zu entsprechen, sondern zunächst Sicherheit wegen des Konzils und Vollzug der Speierer Bestimmungen über Frieden und Recht zu verlangen. Um aber den Bruch wenigstens nach außen hin noch nicht zu vollziehen, beschloß man, vorläufig an den gemeinsamen Beratungen weiter teilzunehmen, aber gleich zu Beginn die protestantischen Ansichten verlesen zu lassen.

Einen Tag darauf, am 27. März, begannen die Verhandlungen zwischen den einzelnen Räten, und sofort zeigte sich, wie recht Granvella mit seiner Ansicht gehabt hatte, daß mit der Überweisung der religiösen Frage an das Konzil die Beratungen nur erschwert würden.[2])

Im Kurfürstenrat standen Mainz und Trier einer Majorität von Cöln, Sachsen und Pfalz gegenüber, von denen die beiden letzten dies sofort entschieden ablehnten; sie forderten vielmehr die Erörterung der religiösen Frage auf dem Reichstage. Auch die cölnischen Räte stimmten ihnen im Grunde zu, nur könnten sie einen bindenden Bescheid noch nicht geben, da ihr Herr eine derartige Verschiebung nicht erwartet und sie für den Fall nicht instruiert hätte. Dafür verlangten sie, daß man vor der

---

[1]) Ma. A. Räte an Philipp, 23. März.

[2]) Ma. A. Räte an Philipp 27. März; Fr. A. Ges. an den Rat 27. März; Au. A. Ges. an die Dreizehn 28. März; Br. A. Granvella an Karl 29. März; Be. A. Sack an Johann von Brandenburg 2. April. Über das Straßburger Bedenken vgl. Kannengießer S. 36 f. Der Landgraf war mit dem protestantischen Beschluß sehr zufrieden. Er schärfte seinen Räten aber noch ausdrücklich ein, von diesen Forderungen nicht zu weichen und sich in keine Handlung einzulassen, bevor sie Sicherstellung gegen das Konzil erlangt hätten. Über die Türkenhilfe äußerte er sich dahin, daß es für eine Offensive bereits zu spät sei; nur eine Defensivhilfe könne in Betracht kommen, vor der jedoch erst die Religionsvergleichung und die Erledigung ihrer Forderungen erfolgen müsse, vgl. Ma. A. Philipp an die Räte 2. April.

Hilfe Friede und Recht erledige. Allerdings kam es noch zu keinem endgültigen Beschluß, da Mainz sowohl in der Religionsfrage wie dem Wunsche der Mehrheit gegenüber, zuerst die andern Artikel zu beraten, zusammen mit Trier Befehlslosigkeit vorschützte.[1])

Ebenso günstig stand die Sache für die Protestanten im Städterat; hier faßte man den Beschluß, daß das Konzil zu verwerfen und auf Grund des Speierer Abschiedes Friede und Recht zu erledigen sei. Sogar die Führerin der katholischen Städte, Cöln, schloß sich der protestantischen Ansicht an, und wenn deren Vertreter auch bezüglich der Religion nur erklärten, daß sie keinen andern Befehl hätten, als daß ihre Oberen gern die Religionsvergleichung durchgeführt sähen, so verlangten sie doch auch für Friede und Recht den Vollzug des Speierer Abschiedes.[2])

Dagegen gelang es im Fürstenrat der katholischen Partei, einen Mehrheitsbeschluß durchzusetzen, daß die religiöse Frage im Einklang mit Ferdinands Wunsch dem Konzil überwiesen werden solle.[3]) Da die Protestanten aber diese Entscheidung nicht anerkennen wollten, so war das Ergebnis des ersten Beratungstages, von dem im Städterat abgesehen, noch kein abschließendes.

Auch in den letzten Tagen des März rückten die Verhandlungen trotz aller Bemühungen des Königs, der durch neue Nachrichten von der drohenden Türkengefahr auf die Stände einzuwirken suchte, nicht von der Stelle. Noch immer stand die Instruktion für Mainz aus.[4]) Vor allem aber wuchs die Ver-

---

[1]) Be. A. Prot. vom 27. März, vgl. auch Mentz II, 415, und Sack an Johann von Brandenburg 2. April; Br. A. Granvella an Karl 29. März, Au. A. Ges. an die Dreizehn 28. März. Über die Haltung von Pfalz vgl. Rott, Friedrich II. von der Pfalz und die Reformation, in den Heidelberger Abhandlungen IV, 8. Nach Mentz II, 415 hätte Brandenburg sich der Stimme enthalten, dagegen meldet Ratzmann in seinem Schreiben an den Bischof von Hildesheim vom 30. März im Ha. A., daß der Kurfürst von Brandenburg überhaupt noch nicht vertreten sei, und ebenso berichten die bairischen Räte in ihrem Brief vom 9. April im M. St. A., daß der Kurfürst von Brandenburg auf die Stunde noch keinen Gesandten hier habe.

[2]) Au. A. Ges. an die Dreizehn 28. März.

[3]) Ha. A. Prot. vom 27. März und Ratzmann an den Bischof von Hildesheim 30. März.

[4]) Ha. A. Prot. vom 30. März und M. St. A. Stockhammer an Wilhelm 31. März.

stimmung der Protestanten durch Nachrichten über kriegerische Absichten Karls, an die neben dem Landgrafen vor allem Sturm für den Fall glaubte, daß der Kaiser gegen Frankreich und die Türken gesichert sei.[1]) Unter dem Einfluß dieser bedrohlichen Kundschaften kamen auch die Defensionsstände dem Landgrafen entgegen, der wiederum um die Unterhaltung der Reiter angehalten hatte. Nachdem sie bereits ihrem früheren Beschluß entsprechend dem König ausdrücklich erklärt hatten, daß sie wegen der braunschweigischen Rüstungen sich an der Türkenhilfe nicht würden beteiligen können, gaben sie jetzt auch ihre bedingte Zustimmung zu der Bewilligung von 3000 Gulden für 600 Reiter unter der Voraussetzung, daß alle Stände zustimmen, die Not es auch wirklich erfordern und man die Summe gleichmäßig verteilen werde.[2])

Zum Überfluß brach unter den Ständen jetzt auch noch Streit über die von Ferdinand gewünschte Unterhaltung und Neubesetzung des Kammergerichtes aus. Auf Grund des Speierer Abschiedes verlangten die Protestanten seine völlige Neugestaltung in ihrem Sinne, welche weitere Prozesse gegen sie unmöglich mache; vor allem forderten sie auch die Zulassung von Anhängern ihrer Religion. Da die Katholiken aber die scheinbar großen Zugeständnisse Karls vom vorigen Jahre nicht anerkannt, sondern nur „geduldet" hatten, entbrannte jetzt der alte Streit von neuem. Allerdings war der Widerstand der katholischen Stände kein einheitlicher, es waren vielmehr die Ansichten unter ihnen geteilt. Die extreme Partei unter der Führung der Baiern, der sich die Erzbischöfe von Mainz und Trier und die Bischöfe von Salzburg, Bamberg, Passau und Eichstädt anschlossen, verlangte die Besetzung unter Nichtberücksichtigung des Speierer Abschiedes, während die übrigen, wie Speier, Baden, Weingarten und andere, die Entscheidung in Übereinstimmung mit Ferdinands Wunsch dem Kaiser überlassen wollten.[3])

---

[1]) Winckelmann III, 573 f.; Ma. A. Philipp an die Räte und Räte an Philipp 30. März, Beilage.

[2]) Kannengießer S. 43 f.; Winckelmann III, 569 A. 2, und Ma. A. Philipp an die Räte 23. März, Zettel und Räte an Philipp 30. März.

[3]) W. A. Räte an den Bischof von Würzburg 30. März; Be. A. Sack an Johann von Brandenburg 2. April; Ha. A. Prot. vom 6. April. Der Würz-

Der 1. April brachte endlich einen Fortschritt. Da sich die Kurfürsten und Fürsten über keine gemeinsame Antwort einigen konnten, so ließen sie an diesem Tage den Städten einzeln ihre Ansichten vortragen. Die Mehrheit der katholischen Fürsten, denen sich auch Mainz und Trier anschlossen, hatte sich dahin entschieden, die religiöse Frage dem Konzil zu überlassen und an erster Stelle die Hilfe zu beraten. Dagegen wollten die drei Kurfürsten von Sachsen, Cöln und Pfalz die Religionsvergleichung hier erörtern und daneben auch die andern Punkte beraten. Schließlich erklärten die protestantischen Fürsten, daß sie zwar Ferdinands Wunsche willfahren wollten, die Religionsfrage hier zurückzustellen, daß aber hierin keineswegs eine Anerkennung des Konzils durch sie liegen sollte; dafür wollten sie die Hilfe beraten, wenn zuvor Friede und Recht erledigt wäre. Der letzten Meinung schlossen sich auch die Städte, protestantische wie katholische, an; sie verlangten vor allem, daß durch das Konzil der Friede nicht aufgehoben und das Kammergericht auf Grund des Speierer Abschiedes besetzt werde. Im Grunde waren es eigentlich nur zwei verschiedene Ansichten, auf der einen Seite die meisten katholischen Fürsten samt den beiden geistlichen Kurfürsten, die dem Konzil alles zuweisen und bedingungslos die Hilfe bewilligen wollten, auf der andern Seite die drei weltlichen Kurfürsten, die protestantischen Fürsten und alle Städte, die die Erledigung der Hilfe von der Friedens und Rechtens abhängig machten; nur wollten die Kurfürsten die religiöse Angelegenheit noch hier erledigen, während die übrigen mit ihrer vorläufigen Zurückstellung einverstanden waren.[1]) Bei dieser Ähnlichkeit der Anschauungen unter den Städten und den protestantischen Kurfürsten und Fürsten brachte schon der folgende Tag eine Einigung unter diesen. Infolge des abermaligen Anhaltens Ferdinands, der im Fürstenrat wieder von neuen tür-

---

burger erklärte am 4. April seine Zustimmung zur ersten Ansicht, wenn sie durchzusetzen wäre; sonst sollten sich seine Räte der Majorität anschließen, W. A. Bischof an die Räte 4. April.

[1]) Winckelmann III, 577 f.; Brandenburg, Korrespondenz II, 191; Nuntiaturberichte VIII, 92 A. 1; Au. A. Ges. an den Rat 1. April; Fr. A. Ges. an den Rat 12. April, nebst Antwort der Städte vom 1. April; Ma. A. Räte an Philipp 3. April.

kischen Rüstungen berichten ließ, verständigten sie sich über eine gemeinsame Antwort, die dem König am 3. April gleichzeitig mit der Antwort der Katholiken übergeben wurde; sie erklärten sich mit der Zurückstellung der religiösen Frage einverstanden, wünschten aber im Gegensatze zu den Katholiken, die sofort die Hilfe beraten wollten, die vorherige Erledigung von Friede und Recht auf Grund des Speierer Abschiedes und vor allem Sicherstellung gegen die etwaige Beendigung des Friedens durch das Trienter Konzil, da sie es auf keinen Fall als das in Speier versprochene anerkennen wollten.[1])

So war noch nicht vierzehn Tage nach Eröffnung des Reichstages der offene Zwist wieder ausgebrochen. Was sollte der König tun? Hier drängte neben den katholischen Ständen der päpstliche Vertreter bei Ferdinand, daß die Religionssache auf keinen Fall einem Reichstage zugewiesen werde, dort machten die Protestanten wie auf den früheren Reichstagen jede Hilfsbewilligung von ihrer tätlichen und rechtlichen Sicherstellung abhängig. Erblickte der König auch im Grunde seines Herzens in dem Konzil die rechtmäßige Instanz zur Erledigung der religiösen Streitigkeiten, wie er es ja auch an erster Stelle in der Proposition betont hatte, so hütete er sich doch, sich schon jetzt für alle Fälle und bedingungslos die Hände zu binden. Gerade durch den Zusatz in der Proposition, einer deutschen Nationalversammlung die Religionsvergleichung zur Entscheidung vorzulegen, falls das Konzil nicht zustande komme, hoffte er ja eben, den Papst den kaiserlichen Wünschen gefügiger zu machen, und nichts ist bezeichnender, als daß er seiner Antwort an den päpstlichen Nuntius, Karl werde in der Religionsfrage nichts seiner Unwürdiges tun, zwei Mal hinzufügte,[2]) „je nach den Zeitumständen“. Noch weniger aber war er geneigt, den Protestanten die gewünschte Sicherstellung für die Zukunft zu geben, jetzt, wo die nächste

---

[1]) Ranke V, 256; Kannengießer S. 39; Egelhaaf II, 440; Janssen III, 587 f.; Mentz II, 415; v. Caemmerer, Das Regensburger Religionspräch im Jahre 1546, S. 19; Nuntiaturberichte VIII, 92 A. 1. Be. A. Sack an Johann von Brandenburg 2. April; Fr. A. Ges. an den Rat 12. April nebst der protestantischen Antwort vom 3. April; Ha. A. Prot. vom 3. April.

[2]) Nuntiaturberichte VIII, 90.

Zeit hoffentlich bald die Abrechnung mit ihnen bringen mußte, ebenso wenig durfte er sie freilich auch schroff zurückweisen, da er dadurch womöglich einen vorzeitigen Ausbruch des Krieges durch sie heraufbeschworen hätte.[1]) Daher beschloß er die einzig mögliche Politik, die des Temporisierens. Um so geeigneter mußte ihm diese noch erscheinen, als Karls Ankunft bereits für den Mai in sicherer Aussicht stand und es sich demnach für ihn nur noch um einen Monat handelte.[2]) Dementsprechend fiel seine Antwort vom 5. April aus; er bat die Stände, da alle Artikel miteinander zusammenhingen, um deren gesamte Beratung; die protestantischen Wünsche erwähnte er mit keinem Wort.[3])

Auf protestantischer Seite war man sich über Ferdinands Stellung nicht im Unklaren. Man wußte, daß, wenn er ihnen etwas entgegenkomme, er es nur aus Furcht vor den Türken, deren Anmarsch jetzt tatsächlich zu drohen schien, tun werde, und nur wieder in einer derartig verklausulierten und unklaren Form wie vorher.[4]) Um so entschiedener bestanden sie auf ihren Forderungen, zumal jetzt wieder in fortwährendem Schwanken die Nachrichten über die vorhandenen Werbungen bedrohlicher lauteten,[5]) und Äußerungen auf katholischer Seite fielen, die das Schlimmste befürchten ließen. Öffentlich im Fürstenrat erklärte der Bischof von Hildesheim, daß der den Protestanten in Speier gegebene Friede jetzt erloschen sei, da er sich nur bis zum Ende des Krieges zwischen dem Kaiser und Frankreich erstrecken sollte; habe doch Karl selbst gesagt, er denke gar nicht daran, daß der Friede ständig in Kraft bleiben solle; er werde vielmehr, wenn er mit Franz fertig sei, auf andere Wege gedenken. Bezüglich des Kammergerichtes verstieg der Bischof sich sogar zu der Behauptung, daß unmöglich die Katholiken mit den exkommunizierten Ketzern am Kammergericht

[1]) Nuntiaturberichte VIII, 136.

[2]) Winckelmann III, 578; Nuntiaturberichte VIII, 105 A. 2; Be. A. Karl an Brandenburg 4. April nebst Postscr. vom 16. April.

[3]) Ha. A. Prot. vom 6. April; Au. A. Ges. an den Rat 8. April; Ma. A. Räte an Philipp 10. April; Fr. A. Ges. an den Rat 12. April.

[4]) Winckelmann III, 579; Nuntiaturberichte VIII, 98 A. 1.

[5]) Ma. A. Philipp an die Räte 5. April, und Räte an Philipp 5. und 10. April.

zusammensitzen könnten; es würde dann gerade so zugehen, als ob einer mit Ochsen und Eseln zusammen ackern wollte.[1]) Ja, noch weiter ging dieser „große Mut und Trotz“ der Katholiken,[2]) und äußerte sich sogar Ferdinand gegenüber. Es waren die bairischen Gesandten, die dem Könige einen Streich spielten. Ursprünglich hatten die katholischen Fürsten in ihrer Erwiderung an Ferdinand über die Religionsfrage sich an seinen Vorschlag in der Proposition halten wollen, nach dem diese Angelegenheit, im Falle das Konzil nicht zustande komme, einem deutschen Reichstage vorbehalten sein sollte. Von Anfang an war diese Bestimmung den bairischen Räten ein Dorn im Auge gewesen, da sie ihrer Instruktion widersprach.[3]) Sie benutzten daher die günstige Gelegenheit, um in der entscheidenden Sitzung, als Ferdinands Vertreter zufällig fehlten, die Fortlassung dieser unbequemen Klausel durchzusetzen, sehr zum Unwillen Ferdinands wie auch Granvellas.[4])

Kein Wunder, wenn daher in der neuen Antwort der Stände an Ferdinand trotz scheinbaren Entgegenkommens der Katholiken die Gegensätze in unverminderter Schärfe fortbestanden. Mit den Protestanten gingen wieder neben den Städten die Kurfürsten von Sachsen, Cöln und Pfalz, wenngleich des letzteren Räte, ohne aus ihrer Zuneigung zu den Protestanten ein Hehl zu machen, sich jetzt mehr eine mittlere Stellung einzunehmen bemühten. Am 9. April erhielt Ferdinand durch den Mainzischen Kanzler die verschiedenen Ansichten übermittelt, die im Kurfürsten- und Fürstenrat sich gegenüberstanden. Betreffend der Religion wiesen Mainz und Trier samt der Mehrzahl der Fürsten auf das Konzil als den „ordentlichen Weg“ zur Beseitigung des Zwiespaltes hin, die eventuelle Verweisung auf den Reichstag aber fehlte. Dafür unterließen sie es nicht, den König auf das Bedenkliche dieses Weges aufmerksam zu machen. Im Gegensatz hierzu hielten die Protestanten an ihrer ersten Mei-

---

[1]) Brandenburg, Korrespondenz II, 231 f.; Ma. A. Räte an Philipp 10. April.

[2]) Ma. A. Räte an Philipp 10. April.

[3]) Vgl. oben S. 63.

[4]) Br. A. Granvella an Karl 7. April; M. St. A. Räte an Wilhelm und Ludwig 9. April.

nung fest; sie lehnten das Konzil ab, ohne allerdings eine sofortige Lösung der religiösen Frage zu fordern. Über Frieden und Recht waren die Meinungen ebenso geteilt. Die Katholiken hielten den Landfrieden für ausreichend und wünschten die Besetzung des Kammergerichts ohne Berücksichtigung des Speierer Abschiedes, während ihre Gegner an diesem festhielten. Um jedoch äußerlich ihr Entgegenkommen zu zeigen, baten die katholischen Stände den König um eine allgemeine Zusicherung, daß durch das Trienter Konzil nicht, wie die Protestanten fürchteten, der Friedstand aufgehoben sei, sondern jedermann weiter des Friedens genieße; ebenso ersuchten sie ihn, bevor sie sich in die Beratung der Hilfe einließen, noch um eine genauere Erklärung über Friede und Recht. Einig waren beide Parteien nur darin, daß der König ihnen angeben sollte, in welcher Weise er sich die Hilfsleistung dächte. Die Ansicht der Städte, die ihre Antwort vom 3. April wiederholte und die sich im wesentlichen mit dem protestantischen Standpunkte deckte, übermittelte Sturm dem Könige.[1])

Wie ernst man gerade jetzt auf protestantischer Seite die Lage ansah, zeigt die Tatsache, daß, wenn die Defensionsstände auch Philipps Bitte um Annahme von 3000 Knechten gegen Braunschweig ablehnten und nur um Abstellung der Werbungen bei Ferdinand nachsuchen wollten, alle Protestanten, seinem erneuten ernstlichen Drängen entsprechend, den endgültigen Beschluß faßten, die 3000 Gulden für die 600 Reiter zu bewilligen und auf die Bundesmitglieder zu verteilen. Ja, man ging noch weiter; da sie auch selbst Nachrichten von neuen Werbungen erhalten hatten, sollte Straßburg 1000 Gulden zur Annahme von Knechten verwenden, sobald wirklich die feindlichen Rüstungen ihren Anfang nähmen.[2])

---

[1]) Winckelmann III, 578; Brandenburg, Korrespondenz II, 196 f.; Nuntiaturberichte VIII, 627; Au. A. Ges. an die Dreizehn 7. April; M. St. A. Räte an Wilhelm und Ludwig 9. April; Ha. A. Prot. vom 7. und 8. April; Ma. A. Räte an Philipp 10. April; Fr. A. Ges. an den Rat 12. April, als Beilage Antwort über Friede, Recht und Hilfe vom 9. April, ebenso im Ba. A., wo auch noch die katholische Antwort über die Religion ist.

[2]) Ma. A. Philipp an die Räte 4. und 5. April; Räte an Philipp 10., 11. u. 12. April. Vgl. auch Kannengiesser S. 44 f. und Winckelmann III, 578 ff.

Angesichts der unmittelbar bevorstehenden Ankunft Karls, der bereits von Brüssel aufgebrochen war und dem der König auf Granvellas Wunsch Naves entgegengesandt hatte,[1]) enthielt Ferdinands Antwort vom 12. April, wie es der päpstliche Nuntius bereits am 9. April ausgesprochen hatte,[2]) nur eine Vertagung der strittigen Angelegenheiten, indem er auf Einsetzung eines gemeinsamen Ausschusses und persönliches Erscheinen des alten Unterhändlers, des Kurfürsten Friedrich, drang.[3]) Bei beiden Parteien fiel Ferdinands Vorschlag auf keinen günstigen Boden. Die Protestanten wiesen die Separatverhandlungen zurück, weil sie sich nichts davon versprachen und nur hierbei wieder, wie bei der Regensburger Deklaration und den letzten Zugeständnissen, überlistet zu werden fürchteten. Zutreffend gab der Frankfurter Gesandte dieser Ansicht Ausdruck, wenn er schrieb, daß sie nach Art des gebrannten Kindes das Feuer zu fürchten hätten.[4]) Ebensowenig Geneigtheit zur Abordnung von Unterhändlern war bei den Katholiken vorhanden, und auch als Ferdinand selbst auf die bairischen und salzburgischen Räte einwirkte, blieben sie fest, da es ihrem Befehl zuwider und aussichtslos sei. Auch seine erregte Äußerung, daß, wenn jeder sich nur auf seinen Befehl versteifen wolle, es alsdann überhaupt unnötig wäre, die Reichstage zu beschicken, vermochte sie nicht umzustimmen.[5])

Hiermit war Ferdinands Plan, der so vorzüglich zum Temporisieren geeignet erschien, erledigt. Offen bekamen aber vor allem die Protestanten jetzt, wo Karls bevorstehende

---

[1]) Winckelmann III, 578 A. 4, Ma. A. Räte an Philipp 10. April Zettel; Br. A. Granvella an Karl 7. April. Nach dem Berichte der Augsburger Gesandten an den Rat vom 15. April im Au. A. brach Naves am gleichen Tage auf, vgl. auch Winckelmann III, 582.

[2]) Nuntiaturberichte VIII, 99.

[3]) Winckelmann III, 581; Fr. A. Ges. an den Rat 12. April, nebst Ferdinands Antwort; M. St. A. Ferdinand an Kurfürst Friedrich 10. April; Ha. A. Prot. vom 15. April.

[4]) Rommel III, 111 f. und Fr. A. Ges. an den Rat 20. April nebst Antwort der Prot. vom 13. April; an diesem Tage ist sie wohl verfaßt worden; übergeben wurde sie erst am 14. April, vgl. Winckelmann III, 582 und Au. A. Ges. an den Rat 13. und 15. April.

[5]) M. St. A. Räte an Wilhelm und Ludwig 15. April.

Ankunft die Lage zugunsten Ferdinands verändern zu sollen schien, dessen Unwillen zu spüren. In seiner Erwiderung ließ er kaum noch einen Zweifel über seine wahre Ansicht, daß er tatsächlich das Trienter Concil als das in Speier versprochene ansehe, so daß also mit diesem auch die Friedstände ihr Ende erreicht hätten.[1]) Es war daher begreiflich, daß sich die Erregung unter ihnen, die sich infolge der Versprechungen von Moritz an Philipp, ihm gegen den Braunschweiger helfen zu wollen, etwas gelegt hatte, von neuem steigerte.[2]) Dazu trafen neue Nachrichten von Rüstungen ein, und wenn auch Ferdinand dem protestantischen Wunsche entsprechend Mandate gegen die Ansammlung von Knechten erlassen hatte,[3]) so schien die Lage im allgemeinen doch wieder so bedenklich, daß der Landgraf mit dem Ausbruch des baldigen Krieges gegen Braunschweig rechnete, der dann nur das Vorspiel des Religionskrieges sein zu wollen schien.[4]) Ja, die hessischen Räte meldeten sogar in diesen Tagen, daß 800,000 Gulden aus Italien bereits nach Deutschland wider die Protestanten geschickt seien, so daß der Landgraf, der ebenfalls neue bedrohliche Meldungen erhalten hatte, um Annahme von 4000 Knechten ersuchen ließ. Wenn die Schmalkaldener es auch für bedenklich hielten, dieser Forderung zu entsprechen, vor allem, um nicht als der angreifende Teil zu erscheinen, so lautete dafür ihre Antwort an den König umso energischer.[5]) Entschieden verwarfen sie von neuem das Konzil und verlangten nicht nur für sich, sondern auch ihrer Untertanen wegen die bestimmte Erklärung, daß die Friedstände keineswegs zu Ende gingen; man könne unmöglich gegen die Türken mit zu Felde ziehen, falls es zu besorgen sei, daß,

---

[1]) Kannengießer S. 39 f.; Winckelmann III, 582; Nuntiaturberichte VIII, 699 f.; Fr. A. Ges. an den Rat 20. April nebst Ferdinands Antwort vom 16. April; Au. A. Ges. an den Rat 16. April.

[2]) Ma. A. Philipp an die Räte 14. April; Räte an Philipp 20. April.

[3]) Kannengießer S. 44; Neudecker Aktenstücke II, 434; Winckelmann III, 582; Ma. A. Räte an Philipp 16. April.

[4]) Das Nähere bei Kannengießer S. 44 f.; Ma. A. Philipp an die Räte 14. April.

[5]) Außer Kannengießer S. 45 und Winckelmann III, 583 f. Ma. A. Räte an Philipp 16. April Zeitung und 18. April, Philipp an die Räte 17. und 19. April.

wenn man diesen Feind hätte mitbesiegen helfen, man dann selbst einen Krieg zu fürchten habe.[1]) Tauchten doch jetzt sogar wieder sichere Nachrichten auf, daß der Kaiser mit französischer Hilfe über einen Anstand mit den Türken verhandle.[2])

Um die Lage für die Protestanten noch mehr zu erschweren, brachen wieder die alten Streitigkeiten über die Session zwischen den Fürsten und den Städten bei den Beratungen über die Polizei aus, die diesen Verhandlungen parallel liefen,[3]) und sofort setzten auch wieder von seitens Ferdinands energische Versuche ein, durch Unterhandlungen mit den hervorragendsten oberländischen Städtegesandten wie von Nürnberg und Augsburg diese vom schmalkaldischen Bunde zu trennen.[4]) Mit dieser entschlossenen Antwort der Protestanten schienen ihre Unterhandlungen mit dem König wieder auf einem toten Punkt angelangt zu sein. Allgemein war die gegenseitige Erbitterung wieder groß, und eine Verständigung schien bereits ausgeschlossen, so daß die Ansicht aufkam, der Kaiser werde kaum noch kommen.[5]) Jedoch ein schroffer Abbruch der Verhandlungen lag keineswegs in der Absicht der Kaiserlichen. Dazu war die Zeit noch nicht gekommen, und mag auch Granvella absichtlich in seinem Schreiben an Karl die Lage etwas rosiger dargestellt haben, als sie in Wirklichkeit war,[6]) so schleppten sich die Verhandlungen tatsächlich noch weiter. Am 20. April erwiderte Ferdinand den Gegnern; von einem Entgegenkommen war aber keine Rede, so daß den Schmalkaldenern immer klarer wurde, daß es mit den Türken nicht so schlimm stehe, wie der König es immer darstellte, und die

[1]) Fr. A. Ges. an den Rat 20. April nebst Antwort der Prot. vom 18. April.

[2]) Kannengießer S. 41; Winckelmann III, 581; Brandenburg, Korrespondenz II, 212 f.; Mentz II, 407 f., Ma. A. Räte an Philipp 20. April.

[3]) Brandenburg, Korrespondenz II, 211; Fr. A. Ges. an den Rat 20. April; Ba. A. Prot. vom 15.—24. April.

[4]) Ma. A. Räte an Philipp 18. April. Als Gerücht erwähnen sie es bereits in ihrem Schreiben an Philipp vom 19. März.

[5]) Nuntiaturberichte VIII, 109; Brandenburg, Korrespondenz II, 125.

[6]) Br. A. Granvella an Karl 18. April. Er schreibt seinem Herrn, daß er trotz der Zwistigkeiten zwischen den Katholiken und Protestanten noch auf eine Verständigung hoffe.

Rüstungen, von denen immer neue Kunde einlief, unmöglich allein von dem Braunschweiger ausgehen könnten. Trotzdem rafften sie sich auch jetzt nur zu halben Maßnahmen auf. Der Landgraf mußte sich, statt seinen Wunsch nach Annahme der 4000 Knechte erfüllt zu sehen, außer mit einer persönlichen Anerkennung seiner Verdienste um den Bund mit der Zusicherung begnügen, daß man sofortigen Bescheid deswegen bei den Oberen einholen wolle und daß sie ihn im Falle eines plötzlichen Überzuges nicht verlassen würden.[1]) An demselben Tage, dem 22. April, wo sie diesen Beschluß faßten, baten sie den König noch einmal um ausdrückliche Erklärung wegen des Konzils und machten jede Hilfsleistung wie auch die Unterhaltung des Kammergerichts hiervon abhängig. Prompt erfolgte zwei Tage darauf Ferdinands Antwort, die wieder durchaus ablehnend ausfiel.[2]) Erreicht hatten demnach die Protestanten in ihren Sonderverhandlungen mit dem Könige nicht das geringste, im Gegenteil, es war in einem Punkte sogar für sie noch ein Rückschritt zu verzeichnen. Trotz aller Bemühungen hatten Ferdinand und Granvella es bei den Katholiken nicht durchsetzen können, daß die vorher ausgelassene Klausel, nach der die religiöse Vergleichung auch eventuell auf einem deutschen Reichstage oder Nationalkonzil stattfinden solle, wieder aufgenommen wurde, dafür war in der Antwort Ferdinands an die Protestanten nur die allgemeine Verheißung getreten, im Falle des Scheiterns der Religionsfrage auf dem Konzil wolle er mit den Ständen weiter handeln laut der Proposition; eine klare Verheißung des Nationalkonzils war jedenfalls vermieden worden.[3]) Zu deutlich zeigte sich hierin, wie sehr Ferdinand diesmal seine Wünsche den katholischen unterordnete; ja, der König hielt es sogar für nötig, um den Katholiken jeden Verdacht zu benehmen, als ob bei seinen Sonderverhandlungen mit den Protestanten sich unter

---

[1]) Vergl. außer Kannengießer S. 45 f., wo das Genauere angegeben ist, auch noch Ma. A. Räte an Philipp 22. April nebst Beilage.

[2]) Fr. A. Ges. an den Rat 24. April, nebst Antwort der Protestanten vom 22. April und 29. April nebst Antwort Ferdinands vom 24. April, vergl. zu der letzten Antwort auch Kannengießer S. 40. Au. A. Ges. an den Rat 22. April.

[3]) Br. A. Granvella an Karl 7. April, M. St. A. Stockhammer an Wilhelm 24. April und die oben erwähnte Antwort Ferdinands vom 24. April im Fr. A.

der Hand etwas gegen sie anspinne, ihnen den Stand der Beratungen mitzuteilen.[1]) Es war daher nicht wunderbar, wenn auch die neue protestantische Antwort die Sache nicht von der Stelle brachte; nur energischer beharrten sie auf ihren Forderungen, und was noch wichtiger war, alle Protestanten hatten gemeinsam und einmütig diesen Beschuß gefaßt.[2]) Naturgemäß wurden unter diesen Umständen recht pessimistische Anschauungen über die zu erwartenden Ergebnisse dieses Reichstages laut.[3]) Es wollte nicht zu viel besagen, daß die Würzburgischen Räte bereits ihrem Herrn schrieben, sie hielten sein persönliches Erscheinen nicht mehr für nötig, da der Kaiser vermutlich für den Winter einen neuen Reichstag zur Erledigung der Türkenhilfe ansetzen werde;[4]) bedenklicher war es schon, wenn man auf bairischer Seite eine Verständigung über die Türkenfrage für die nächste Zeit kaum mehr erwartete;[5]) am schlimmsten aber war es, daß man auf protestantischer Seite die ganzen Verhandlungen vollkommen richtig nur als Aufschub betrachtete, um den Kaiserlichen genügend Zeit zum Abschluß all ihrer Gegenmaßnahmen und Rüstungen zu gewähren, und daß man schon die Möglichkeit erwog, diesen Reichstag zu verlassen und in Hinsicht auf den bevorstehenden Waffenstillstand zwischen Ferdinand und den Türken an einem anderen sichern Orte wie beispielsweise Frankfurt bereits über die nötige Gegenwehr zu beraten. Erhöhen mußte ihre Besorgnisse noch eine Äußerung des französischen Botschafters zu Ferdinand, sein König habe der deutschen Nation durch Vermittlung des Waffenstillstandes mit den Türken einen großen Dienst getan, da inzwischen die neue Sekte desto besser ausgerottet werden könne.[6]) Auch über

---

[1]) M. St. A. Stockhammer an Wilhelm 24. April; Ba. A. Prot. vom 24. April. Ha. A. Prot. vom 24. April.

[2]) Kannengießer S. 40; Winckelmann III, 584; Nuntiaturberichte VIII, 136 f.; Fr. A. Ges. an den Rat 29. April nebst Antwort der Protestanten vom 28. April; Ma. A. Räte an Philipp 29. April.

[3]) Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, Band 45, 173 f; Nuntiaturberichte VIII, 130 und 701 f.; Ma. A. Räte an Philipp 29. April.

[4]) W. A. Räte an den Bischof 23. April.

[5]) M. St. A. Stockhammer an Wilhelm 24. April.

[6]) Winckelmann III, 587; Schieß II, 362 f.; Fr. A. Ges. an den Rat 29. April, vgl. hierzu Janssen III, 590; Ma. A. Ges. an den Rat 29. April;

die Absichten des Kaisers, über dessen Kommen man endlich sichere Meldungen erhielt, verlautete bedenkliche Kunde; er wolle, so habe er sich vernehmen lassen, einen solchen Gehorsam haben, daß er nicht immer die Stände einzuberufen und einen Reichstag zu halten brauche.[1]) Diese erregte Stimmung steigerte sich schon dahin, daß einige ihrer Vertreter in Worms bereits vorschlugen, die Hilfe anderer Stände und Potentaten in Anspruch zu nehmen, und auch Philipp, der in Hinblick auf die erhoffte Unterstützung von Moritz die Sache nicht so tragisch nahm, faßte im Fall des ergebnislosen Verlaufes des Reichstages doch die sofortige Berufung eines Bundestages ins Auge, auf dem die nötigen Verhaltungsmaßregeln beschlossen werden sollten.[2])

Unter diesen Umständen hielt Ferdinand es für geraten, einen Vorschlag, den ihm Mignanello bereits am 26. April gemacht hatte, zur Ausführung zu bringen, da er jetzt auf jeden Fall, wo Karls Ankunft bereits für die nächste Zeit zusammen mit der Farneses bevorstand, den Ausbruch ernster Verwicklungen vermeiden mußte.[3]) Am 1. Mai bat er seine Gegner, die Erledigung von Frieden und Recht bis zur Ankunft des Kaisers zu verschieben, der dann die Entscheidung treffen solle, und inzwischen die Beratung der Hilfe vorzunehmen, wenn auch nur unverbindlich.[4]) Jedoch die Protestanten blieben fest, auch als der König am selben Tage, wo er ihre ablehnende Antwort erhielt, dem 6. Mai, sein Ansuchen erneuerte und jetzt andere

---

Au. A. Ges. an den Rat 29. April und Ges. an die Dreizehn 2. Mai. Noch größere Besorgnisse äußerte Brandt, vgl. Bezzenberger II, 147, der den Schluß des Reichstages und den Ausbruch des Religionskrieges schon für nahe bevorstehend hielt.

[1]) Nuntiaturberichte VIII, 701 A. 1 und 702 A. 2; Ma. A. Räte an Philipp 30. April, M. St. A. Stockhammer an Wilhelm 1. Mai.

[2]) Mentz II, 407 A. 4 und 411; Au. A. Ges. an die Dreizehn, 29. April und Ma. A. Philipp an die Räte 2. Mai. Am 3. Mai berichten die Augsburger Gesandten, daß die Stände sich über ein Bedenken verglichen haben, in welcher Weise jeder an seinen Nachbarn im Notfalle um Hilfe sich wenden solle, Au. A. Ges. an die Räte 3. Mai.

[3]) Nuntiaturberichte VIII, 128 f. und 136.

[4]) Winckelmann III, 589; Brandenburg, Korrespondenz II, 246; Nuntiaturberichte VIII, 137 A. 2; Fr. A. Ferdinands Antwort vom 1. Mai; Au. A. Ges. an die Dreizehn 2. Mai; Ma. A. Räte an Philipp 4. Mai.

mildere Saiten aufzog. In Rücksicht auf die protestantischen Gegenmaßregeln, die sich sogar schon bis zu Rüstungen verdichtet hatten,[1]) sprach er persönlich noch seine Verwunderung über die ungerechtfertigten Maßnahmen aus und wies auf seine Friedensliebe hin, ebenso wie ja auch Karl ein gütiger und milder Kaiser sei, der gleich ihm nichts anderes als Frieden und Recht im Reiche suche.[2]) Aber diese Sirenentöne verfingen nicht. Wenn seine Gegner auch schließlich davon absahen, in ihrer Gesamtheit den Reichstag zu verlassen, um sich nicht den berechtigten Vorwurf zuzuziehen, hierdurch von ihrer Seite den Krieg eröffnet zu haben, so faßten sie doch bereits eine Teilung der Gesandten ins Auge, und zwar derart, daß die eine Hälfte in Frankfurt zusammentreten, um über die nötige Gegenwehr zu beraten, während die andere den Verhandlungen über die Hülfe in Worms, aber nur passiv, beiwohnen sollte.[3]) Dementsprechend fiel auch die protestantische Erwiderung an den König nicht anders aus als vorher. Indem sie auf ihren Forderungen beharrten, fügten sie die nicht unberechtigte Klage hinzu, daß sie sich bereits bis in den sechsten Monat hier aufgehalten und nichts lieberes als Erledigung der notwendigen Angelegenheiten auf Grund des Speierer Abschiedes gesehen hätten; ebenso betonten sie ganz entschieden, daß sie an dieser Verzögerung nicht schuld seien.[4]) Noch an demselben Tage, dem 7. Mai, erfolgte die Schlußverhandlung. Der König ergriff in ihr selbst das Wort und ersuchte seine Gegner um sofortige unverbindliche Beratung der Hilfe, da er ohne den Befehl des Kaisers, der am folgenden Tage bereits in Köln eintreffen sollte, nicht weiter gehen könne. Als die Protestanten auch jetzt bei ihrer Weigerung verharrten, wies er noch einmal auf Karls friedliche Gesinnung hin und auf die neuesten bedrohlichen Meldungen, nach denen der Türke einen gewaltigen Einfall plane, jedoch alles war vergebens.

---

[1]) Nuntiaturberichte VIII, 145; Au. A. Die Dreizehn an die Ges., vom 4. Mai zu datieren, wie es sich aus dem Schreiben der Gesandten vom 9. Mai ergibt.

[2]) Winckelmann III, 589 f. Fr. A. Antwort der Protestanten vom 6. Mai. Au. A. Ges. an den Rat 6. Mai.

[3]) Au. A. Die Dreizehn an die Ges. 4. Mai.

[4]) Fr. A. Antwort der Prot. vom 7. Mai.

Die Protestanten antworteten, daß sie nur deshalb die Sicherstellung verlangten, damit sie vor und nach der Expedition gegen die Türken Frieden hätten, und daß sie für das Recht nur die Ausführung der Speierer Beschlüsse forderten.[1])

Hiermit hatte der erste Teil des eigentlichen Reichstages sein Ende erreicht. Äußerlich war das Ergebnis für Ferdinand ein klägliches; es war nicht einmal zu einer ersten gemeinsamen Beratung über die Türkenhilfe gekommen. Aber das zu erreichen, war auch gar nicht sein ernstlicher Wille gewesen. Die Hauptsache war ihm doch gelungen, die Protestanten von übereilten Schritten fern zu halten, die den zu frühen Ausbruch des Krieges heraufbeschworen hätten, sie vielmehr bis zu Karls und Farneses entscheidender Ankunft hinzuhalten. Auf der andern Seite konnten auch die Protestanten sich wenigstens insofern eines Erfolges rühmen, als sie im Gegensatz zu vielen früheren Reichstagen bis jetzt hier alle einmütig zusammengestanden hatten. Zu ihrer Hartnäckigkeit glaubten die Protestanten um so mehr Berechtigung zu haben, als im schärfsten Gegensatz zu Ferdinands Nachrichten über neue türkische Rüstungen jetzt anscheinend sichere Nachrichten von dem bereits erfolgten Abschluß des Waffenstillstandes mit ihnen eintrafen, den Ferdinand und Granvella natürlich ableugneten.[2]) Dazu kam die frohe Kunde, daß

---

[1]) Fr. A. Verhandlungen zwischen Ferdinand und den Protestanten 7. Mai; Ha. A. Prot. vom 9. Mai; Ma. A. Räte an Philipp 9. Mai. Vgl. auch die kurzen Notizen bei Kannengießer S. 40 und Winckelmann III, 589 f. Neben diesen Verhandlungen hatte man auch die Beratungen über Münze und Polizei fortgesetzt, ohne jedoch auch hier zu einem abschließenden Beschluß zu kommen. Interessant ist es noch, daß man in den ersten Tagen des Mai der Beschränkung der langen Dauer der Reichstage näher trat, wie auch schon vorher der Pfalzgraf sich darüber beschwert hatte, allerdings wesentlich unter dem Gesichtspunkte, daß der Kaiser die Reichstage allein ansetze, ohne die Stände zu fragen, vgl. Be. A. Prot. vom 27. März. Jetzt setzte man einen Ausschuß dafür ein. Das Ergebnis war ein unerwartetes. Die kurfürstlichen Räte vertraten die Ansicht, die Länge hänge mit den vielen Beratungsgegenständen zusammen, wogegen man jetzt nichts tun könne, und die fürstlichen Räte schlossen sich ihnen an, vgl. Ba. A. Prot. vom 15. April bis 8. Mai und Ha. A. Prot. vom 15. April bis 7. Mai.

[2]) Winckelmann III, 590; Brandenburg, Korrespondenz II, 269 f.; Ma. A. Räte an Philipp 9. Mai; Au. A. Ges. an den Rat 9. Mai; vgl. hierzu auch Nuntiaturberichte VIII, 173 A. 1.

Moritz an den König einen Brief gerichtet habe, in dem er nicht nur seine Verwunderung darüber aussprach, daß den Protestanten hier nicht laut dem Speierer Abschied Friede und Recht gegeben werde, sondern in dem er auch unter Hinweis auf die drohenden Rüstungen gegen Philipp offen erklärte, daß er im Falle eines Krieges seinem Schwiegervater beistehen werde.[1]) Um so erfreulicher erschien diese Kunde, als wieder überall Meldungen von Werbungen aus Deutschland und Italien eintrafen, und die Nachricht von dem Abschluß des Waffenstillstandes immer bestimmter auftrat.[2]) Aber auch hierdurch ließen sich die protestantischen Vertreter eben so wenig wie vorher aus ihrer trotz einiger Ansätze im ganzen doch wesentlich passiven Rolle aufrütteln; jedenfalls zu einem entscheidenden Entschluß konnten sie sich auch jetzt nicht aufschwingen. Es war im letzten Grunde neben der Kurzsichtigkeit und engherzigen Politik, die vor einmaligen großen Ausgaben im Interesse des Ganzen zurückschreckte,[3]) doch in erster Linie der angeborene Respekt vor der kaiserlichen Majestät, der lähmend auf ihre Entschlußfähigkeit einwirkte. Anstatt Philipps erneuten Ermahnungen um Annahme von Knechten zu entsprechen, fühlten sie sich vielmehr durch diese häufigen Ansuchungen beschwert und begnügten sich damit, genaue Kundschaften einziehen zu wollen.[4]) Nur in einem Punkte tat man einen Schritt vorwärts, man stellte jetzt im Anschluß an frühere Erwägungen im geheimen ein genaues Verzeichnis

---

[1]) Au. A. Ges. an den Rat 9. Mai Postscr. Kurzer Inhalt von Moritz' Schreiben an Ferdinand vom 23. April bei Brandenburg, Korrespondenz II, 221, A. 3. Über die Stellung Moritz' zu den Schmalkaldenern in dieser Zeit im einzelnen vgl. Brandenburg, Moritz I, 367 ff. und 380.

[2]) Ma. A. Räte an Philipp 9. Mai.

[3]) Philipp hatte nur zu recht mit seiner bitteren Klage, daß die Stände so lange an den Ernst der Lage nicht glauben würden, bis sie es einmal mit Schaden inne werden würden, Ma. A. Philipp an die Räte 5. April.

[4]) M. A. Räte an Philipp 9. Mai. Auch Günterode und Aitinger, die dem Landgrafen dies melden, schließen sich ihrer Ansicht an. Als Grund hierfür geben sie an, daß die Bundesstände durch dieses jetzige heftige Ansuchen Philipps nur abgestumpft werden und im wirklichen Ernstfalle nur unwillig das ihre tun würden, daß sie dagegen, wenn er sie jetzt so oft damit verschone, im Notfalle desto gutwilliger dazu sein möchten. Auch Sachsen hielt im Gegensatz zu Philipp die Lage nicht für so ernst, vgl. Mentz II, 403 f. und III, 516 f.

aller Fürsten und Stände der protestantischen Religion auf, an die man sich im Falle der Not um Hilfe wenden wollte.[1]) Des Ernstes der Lage war man sich jedenfalls auf protestantischer Seite durchaus bewußt, wenn man auch nicht gerade über alles einzelne genau unterrichtet war; ja sogar über den Zweck der Herkunft des päpstlichen Legaten war man im allgemeinen aufgeklärt, wie es deutlich die schroffe Antwort des Herzogs von Württemberg an Ferdinand bewies, als dieser für Farnese um Geleit nachsuchte, aber das Klägliche war eben, daß man trotzdem daraus nicht die nötigen Folgerungen zog.[2])

Naturgemäß drehte sich jetzt, wo die Verhandlungen zwischen dem Könige und den Protestanten stockten, alles um die bevorstehende[3]), immer wieder bezweifelte Ankunft Karls, der endlich am 16. Mai in Worms eintraf, feierlich eingeholt von seinem Bruder, umgeben von 500 Reitern.[4])

Mit ihm nahte die Entscheidung. Bereits drei Tage vorher meldete der päpstliche Nuntius Mignanello, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden bevorstehe, auch Hoffmeister war sich über den Ernst der Lage vollkommen klar. „Jedermann rüstet sich, und jedermann fürchtet sich", und zum Schluß kam er im Gegensatz zu Mignanello, der neue Nachgiebigkeit des Kaisers gegen die Protestanten für wahrscheinlicher als den Ausbruch des Krieges hielt, zu dem Ergebnis, daß das Wetter kaum ohne Hagel zergehen werde.[5]) Zunächst schien Hoffmeister Recht behalten zu sollen, denn als der Kaiser in Worms allen Bedenken wegen der Rüstungen der Gegner und der Lage der Stadt selbst inmitten protestantischen Gebietes zum Trotz einritt,[6]) hatte er den Kriegsplan fertig,[7]) wie es

[1]) Ma. A. Räte an Philipp 12. Mai Postscr., als Beilage das Verzeichnis.

[2]) Kannengießer S. 54; Winckelmann III, 592 f.; Hasenclever, Die Politik der Schmalkaldener vor Ausbruch des Schmalkaldischen Krieges S. 1. Ma. A. Räte an Philipp 10. Mai.

[3]) Nuntiaturberichte VIII, 147 A. 1; Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 45, 174 f.; Ma. A. Räte an Philipp 10. Mai.

[4]) Kannengießer S. 52; Winckelmann III, 592; Nuntiaturberichte VIII, 155; Brandenburg, Korrespondenz II, 271; Ma. A. Räte an Philipp 18. Mai, Zettel.

[5]) Nuntiaturberichte VIII, 153; Z. f. d. Gesch. d. Oberrheins 45, 174 f.; citiert bei Paulus, Hoffmeister S. 185.

[6]) Ma. A. Räte an Philipp 10. Mai.

[7]) Nuntiaturberichte VIII, 34, vgl. auch Roth III, 296 f.

deutlich der Brief an den König von Polen zeigte, den er zwei Tage nach seinem Kommen an ihn richtete und in dem er ihn um Unterstützung gegen die Protestanten ersuchte.[1])

Bestimmend für diesen entscheidenden Beschluß war zunächst die günstige politische Lage.[2]) Frankreich war nicht nur gewonnen, sondern auch durch einen neuen Krieg mit England vollkommen beschäftigt. Ebenso waren die Verhandlungen mit dem Türken, wenn auch noch nicht zum Abschluß gediehen, so doch recht weit vorgeschritten, und das Wichtigste, für dies Jahr war sicher kein türkischer Angriff mehr zu erwarten. Vor allem aber wirkte auf den Kaiser das weitere Umsichgreifen des Protestantismus, auf dessen Gefährlichkeit bereits Granvella in Nürnberg 1543 hingewiesen hatte und das für ihn um so bedenklicher war, als durch die Ausbreitung der neuen Lehre am Niederrhein auch seine eignen niederländischen Besitzungen bedroht erschienen, trotz aller scharfen Maßnahmen, die er noch kurz vor seiner Abreise getroffen hatte. Nur noch eins fehlte, um ihn seinen Kriegsplan ausführen zu lassen, die Bedingung, die ebenfalls Granvella vor zwei Jahren als nötig bezeichnet hatte, das Bündnis mit dem Papst. Aber es war doch auch bereits ein großer Schritt in dieser Hinsicht vorwärts getan, und in eben diesen Tagen schien auch dieser Plan seiner Verwirklichung entgegenzugehen. Denn einen Tag nach dem Kaiser traf in Worms der päpstliche Legat Farnese ein. Sofort begannen nun die Beratungen, die auf kaiserlicher Seite wesentlich von Granvella geführt wurden.[3]) Nachdem es diesem gelungen war, das anfängliche Mißtrauen des Legaten zu beseitigen, als wolle Karl den Papst nur zur Hergabe von Geld veranlassen, ohne wirklich die Protestanten bekämpfen zu wollen, und nachdem er ihn vondem festen Entschluß des Kaisers überzeugt hatte, verliefen die Verhandlungen so schnell und günstig, daß Farnese bereits nach zehntägigem Aufenthalt Worms wieder verlassen konnte, um sich persönlich um die Zustimmung des Papstes zu bemühen.

[1]) Lanz Korrespondenz II, 434, vgl. auch Nuntiaturberichte VIII, 34 A. 1.

[2]) Das Folgende nach Friedensburg in den Nuntiaturberichten VIII, 34 ff.

[3]) Das Folgende gleichfalls nach Friedensburg in den Nuntiaturberichten VIII, 36 ff.; vgl. auch Maurenbrecher S. 64 f. und Pastor, Päpste V, 521 ff.

Unter diesen Umständen war des Kaisers nächste Politik seinen Gegnern gegenüber klar vorgezeichnet. Da er sich trotz vieler Bedenken in die Höhle des Löwen begeben und die Entscheidung des Papstes abzuwarten hatte, galt es für ihn wie für Ferdinand, die Protestanten durch unzeitige Strenge und schroffe Zurückweisung nicht vor den Kopf zu stoßen, und wenn auch Granvellas Äußerung Farnese gegenüber gewiß aus taktischen Gründen übertrieben war, — Karl fürchte, daß die sofortige Eröffnung der Konzils einen Angriff der Protestanten und ein mögliches Übergreifen des Krieges bis nach Italien zur Folge haben werde,[1]) — so war sicherlich seine persönliche Lage inmitten des protestantischen Gebietes nicht ganz unbedenklich. Daher ergab sich für ihn als vorläufig einzig mögliche Politik seinen Gegnern gegenüber die formelle Wiederaufnahme der Verhandlungen dort, wo Ferdinand sie abgebrochen hatte, nicht um sie wirklich zu Ende zu führen, sondern um Zeit bis zum Eintreffen des päpstlichen Bescheides, der kaum vor einem Monat zu erwarten war, zu erlangen und dann den Reichstag so schnell wie möglich zu beenden. Drei Tage nach seiner Ankunft, am 19. Mai, ließ er deshalb bereits im allgemeinen alle Stände mit Rücksicht auf die lange Dauer des Reichstages um Fortsetzung der Beratungen und am folgenden Tage die Katholiken wie Protestanten besonders um Vorschläge über die strittigen Artikel der Religion, Friedens und Rechtens ersuchen. Als die letzteren auf ihren früheren Forderungen beharrten, erklärte der Kaiser seine Geneigtheit zu weiteren Unterhandlungen; das nähere wollte er ihnen dann mitteilen lassen.[2])

Wie standen nun die Protestanten der für sie so gefahrvoll veränderten Situation gegenüber? Ganz im allgemeinen kann man sagen, waren sie jetzt wie vorher über den Zweck der Rüstungen in Deutschland und Italien und der schwebenden

[1]) Nuntiaturberichte VIII, 36 und 159 ff. Über die mit der Eröffnung zusammenhängende Verlegung des Reichstages nach Regensburg vgl. Nuntiaturberichte VIII, 34 A. 1; 178 A. 3 und 612 ff.

[2]) Kannengießer S. 53, Winckelmann III, 597; Nuntiaturberichte VIII, 178 A. 3. Ha. A. Prot. vom 19. und 20. Mai. Fr. A. Ges. an den Rat 20. und 21. Mai; Ma. A. Räte an Philipp 20. und 24. Mai; Au. A. Ges. an den Rat 20. und 21. Mai; Me. A. Meurer an den Rat 27. Mai; L. A. Hellmann an den Rat 29. Mai.

Verhandlungen zwischen der Kurie und dem Kaiser unterrichtet und gleicherweise beunruhigt.

Am 29. April meldeten bereits die hessischen Räte, daß Farnese unterwegs und vom Papst mit vollkommener Gewalt ausgestattet sei, wie sie noch keiner besessen habe. Ebenso äußerte der Landgraf am 13. Mai offen seine Ansicht dahin, daß aus den Kundschaften sich ganz klar die feindliche Absicht der Gegner ergäbe und wiederholte sein Gesuch um Gegenrüstungen bei den Ständen, die sie aber mit Rücksicht auf das von Ferdinand erlassene Mandat ablehnten. Nicht minder unterrichtet waren die Protestanten über den Fortgang der Verhandlungen Karls mit den Türken und die dadurch für sie geschaffene bedenkliche Lage.[1]) Ebenso konnten sie über die wahre Gesinnnng Karls ihrem Bekenntnis gegenüber sich keiner Täuschung mehr hingeben. Hatte der Kaiser doch gleich nach seiner Ankunft von dem Rate der Stadt Worms die Abstellung der lutherischen Predigt in der Kirche des Franziskanerklosters gefordert, das dem kaiserlichen Beichtvater zum Quartier diente, und diesen Befehl nur angesichts der Drohung der Protestanten, sogleich insgesamt den Reichstag zu verlassen, zurückgenommen.[2]) Kurz darauf hatte ein Franziskanermönch in einer Predigt, der Karl persönlich beiwohnte, ganz offen zum Kriege gegen die Ketzer aufgefordert.[3]) Ende Mai wurden die Nachrichten immer bedenklicher. Zwar über die Einzelheiten des Bündnisses zwischen dem Papst und Kaiser und den genaueren Inhalt von Farneses besonderem Auftrag waren die Schmalkaldener noch nicht unterrichtet,[4]) aber man erfuhr doch bereits so viel, daß

---

[1]) Ma. A. Räte an Philipp 29. April; Philipp an die Räte 13. und 15. Mai; Räte an Philipp 18. Mai; vgl. auch Lenz II 347 A. 8, Reutlinger Geschichtsblätter XV, 12 f. und Mentz III, 514 f.

[2]) Au. A. Räte an die Dreizehn, 21. und 24. Mai und Ma. A. Räte an Philipp 18. Mai und 1. Juni. Vgl. hierzu auch Kannengießer S. 52 f. und Nuntiaturberichte VIII, 178 A 3. Die dort auf katholischen Quellen beruhende Darstellung erscheint nach den obigen Akten in einem wesentlich anderen Lichte.

[3]) Kannengießer S. 53; Pressel S. 252; State Papers X, 444; Lenz II, 372; Nuntiaturberichte VIII, 178 A. 3 und 710 und Rott a. a. O. S. 9.

[4]) So melden die hessischen Gesandten am 28. Mai, daß Farnese heimlich verritten, wohin sei nicht öffentlich, Ma. A. Räte an Philipp 28. Mai; ebenso berichten die Augsburger seine heimliche Abreise, die ohne Zweifel mit Karls Wissen erfolgt sei, Au. A. Ges. an den Rat 31. Mai. Mehr be-

der Papst in Italien rüste und bereits 100 000 Kronen nach Deutschland geschickt habe.[1]) An demselben Tage meldeten die hessischen Räte, Karl habe Veltwyk zum Abschluß des Waffenstillstandes abgeschickt.[2]) Dazu kamen noch bedrohliche Meldungen von Truppenansammlungen in den Niederlanden und von neuen Werbungen in Deutschland.[3]) Jedenfalls standen die Sachen um den 1. Juni derart, daß man auf protestantischer Seite, auch ohne die Einzelheiten zu wissen, doch immer klarer die drohende Gefahr erkannte. Alle protestantischen Berichte stimmen hierin überein. Ausdrücklich hoben die Augsburger Gesandten die verdächtigen Absichten des Kaisers hervor, ebenso konnte der Memminger Gesandte seine schweren Besorgnisse über die Unsicherheit der Lage und die „großen und untreuen Praktiken“ nicht zurückhalten, und die hessischen Räte sprachen auf Grund von Philipps Meldungen über Truppenansammlungen bei Bornheim zu dem Frankfurter Gesandten bereits ganz offen von dem Überfall, den man zu erwarten habe.[4]) Bezeichnend ist es auch, daß der Vertreter der Stadt Cöln dem Lübecker Rat zu berichten wußte, der Reichstag werde bald nach Regensburg verlegt werden und der Kaiser warte nur noch die Rückkehr einiger Gesandten ab, um den Reichstag zu beenden.[5]) Nicht minder ernst wie die Gesandten faßten ihre Herren die Lage auf. Vor allem war der Landgraf, als er von den niederländischen Rüstungen hörte, „nicht wenig erschrocken“ und verlangte wieder Gegenmaßnahmen; von den Städten war namentlich Augsburg eingehend über die Rüstungen in Italien unterrichtet.[6])

richtet der Gesandte der Stadt Köln, Farnese sei nach Rom verritten; ob dies zur Verlängerung oder Verkürzung des Reichstages beitragen werde, wisse er nicht, L. A. Helmann an den Rat 29. Mai.

[1]) Au. A. Rat an die Gesandten 26. Mai.

[2]) Ma. A. Räte an Philipp 26. Mai, vgl. hierzu Nuntiaturberichte VIII, 173 A. 1.

[3]) Ma. A. Räte an Philipp 28. Mai und 1. Juni.

[4]) Au. A. Ges. an den Rat 31. Mai; Me. A. Zwicker an den Rat 27. Mai; Fr. A. Ges. an den Rat 26. Mai.

[5]) L. A. Helmann an den Rat 29. Mai. Entgegengesetzter Ansicht waren jetzt die Venetianer, vgl. Nuntiaturberichte VIII, 178 A. 3.

[6]) Ma. A. Philipp an die Räte 2. Juni, vgl. auch Me. A. Meurer an den Rat 27. Mai, der gleichfalls von großen Besorgnissen Philipps zu melden weiß, Au. A. Rat an die Ges. 26. Mai. Vgl. auch Schieß II, 371.

Unter diesen Umständen ist die Frage nicht unberechtigt, warum die Protestanten trotz alledem auch jetzt die notwendigen Schlußfolgerungen nicht zogen und den Reichstag verließen. Die Gründe lagen in der alten Bedenklichkeit, Schwerfälligkeit, Kurzsichtigkeit und nicht zuletzt in der ihnen im Blute liegenden Scheu vor der kaiserlichen Autorität, und dann kam hinzu, daß sie doch noch nicht vollkommen sicher über die kaiserlichen Pläne[1]) und vor allem nicht über den Zeitpunkt ihrer Ausführung orientiert waren; vielmehr gaben sie sich zur Zeit noch dem Irrtum hin, daß, wie sie es dem Landgrafen auf sein erneutes Ansuchen um Annahme von Knechten erklären ließen, der Losbruch erst für den kommenden Frühling zu erwarten sei und man sich vor der Zeit nicht erschöpfen wolle.[2]) Daher blieben die Protestanten in Worms, aber es ergab sich von selbst, daß man sich auf ihrer Seite von den weiteren Verhandlungen keinen Erfolg mehr versprach.[3])

Bei dieser Stimmung begreift es sich auch, daß die weiteren Verständigungsversuche nicht von ihnen ausgingen. Es war vielmehr der Kaiser, der im Gegensatz zu seinem Anerbieten, selbst Vorschläge über Friede und Recht zu machen, die Protestanten jetzt durch Naves dazu drängen ließ. Jedoch ihre Erwiderung fiel kühl ablehnend aus; sie hätten bereits geantwortet und erwarteten Karls weiteren Bescheid; nur insofern kamen sie ihm entgegen, als sie dem Wunsche von Granvella und Naves entsprechend einen Ausschuß zur weiteren Erörterung dieser Angelegenheit einsetzten.[4]) Um Zeit zu gewinnen, ließ sie der Kaiser am 29. Mai von neuem, aber wieder vergeblich, um ihre Ansicht ersuchen. Vielmehr beschlossen die Protestanten, sich in keine langen schriftlichen Disputationen mehr einzulassen, weil diese ganze Angelegenheit bereits genügend erörtert sei. So schlichen die weiteren Verhandlungen nur noch hin, auf

---

[1]) Me. A. Meurer an den Rat 27. Mai.

[2]) Ma. A. Räte an Philipp 1. Juni, vgl. auch Kannengießer S. 91 und Mentz II, 404.

[3]) Kannengießer S. 65; Winckelmann III, 601; L. A. Helmann an den Rat 29. Mai.

[4]) Kannengießer S. 53; Winckelmann III, 597; Me. A. Meurer an den Rat 27. Mai; Ma. A. Räte an Philipp 28. Mai; L. A. Helmann an den Rat 29. Mai; Fr. A. Ges. an den Rat 1. Juni.

beiden Seiten wurden sie bloß zum Schein geführt. Nachdem die Protestanten am 31. Mai ihre Ansicht noch einmal zusammenfassend hatten vortragen lassen, entgegnete Karl bereits am folgenden Tage, aber natürlich durchaus ablehnend.[1]) Das einzige Ergebnis war nur, daß allseitig die Erbitterung stieg, ja, es tauchte sogar in diesen Tagen wieder die Ansicht von der Beendigung dieses Reichstages und der Ansetzung eines neuen in Regensburg auf.[2]) Alles in allem sickerte Anfang Juni in Worms von den kriegerischen Absichten des Kaisers und ihrer bevorstehenden Ausführung immer mehr und mehr durch.[3]) Wenn aber die Nuntien bereits zu melden wußten, daß die Protestanten deswegen zum Entgegenkommen in einigen Angelegenheiten bereit seien,[4]) so traf dies jedenfalls für die wichtigste Frage, die Anerkennung des Konzils, keineswegs zu. In diesem entscheidenden Punkte blieben sie fest, auch als am 8. Juni und in den folgenden Tagen Granvella und Naves Separatverhandlungen mit ihren hauptsächlichsten Vertretern anknüpften.[5]) Wie sehr diese sich auch bemühten, die Gegner durch beruhigende Zusicherung zur Anerkennung des Konzils zu bewegen, es wurde schließlich doch, wie es die Augsburger Gesandten ausdrückten, mit all diesen Handlungen mehr gute Zeit und Mühe verloren als Fruchtbares ausgerichtet.[6])

Vergebens waren auch die erneuten Versuche von Naves, durch die Gründung eines neuen schwäbischen Bundes den schmalkaldischen zu sprengen; diesmal suchte er sein Ziel vor allem dadurch zu erreichen, daß er den Städten nicht nur die Vorteile des geplanten Bündnisses auseinandersetzte, sondern sie auch auf das Bedenkliche ihres Bundes mit den Fürsten hinwies. So hielt er am 11. und 12. Juni dem Gesandten von Augsburg vor, wie wenig ihre Stadt und Nürnberg im Falle eines Krieges

---

[1]) Kannengießer S. 53 f.; Winckelmann III, 601 f.; Nuntiaturberichte VIII, 178 A. 3, 184 f. und 659. Ma. A. Räte an Philipp 31. Mai; Fr. A. Ges. an den Rat 1. Juni.

[2]) Nuntiaturberichte VIII, 659; Brandenburg, Korrespondenz II, 282 A. 1.

[3]) Nuntiaturberichte VIII, 195. Ma. A. Räte an Philipp 6. Juni Philipp an die Räte 5. Juni.

[4]) Nuntiaturberichte VIII, 187 f. und 191.

[5]) Kannengießer S. 65 f.; Winckelmann III, 603 f. und 606.

[6]) Au. A. Ges. an den Rat 10. Juni.

zwischen den Protestanten und dem Kaiser, den Gott verhüte, wie er nicht hinzuzusetzen vergaß, auf die Unterstützung der Fürsten, vor allem von Sachsen, Hessen und Lüneburg, sich zu verlassen hätten. Als warnendes Beispiel führte er den clevischen Krieg an, wo man wohl gesehen habe, wie der eigne Schwager sich gehalten habe. Er erinnerte sie ferner an den großen Schaden, den ihr Handel durch den Krieg erleiden würde und ebenso an die vielen Streitigkeiten zwischen den Städten und den Fürsten. Er unterließ es auch nicht, ihnen zu schmeicheln, indem er hervorhob, daß Karl im Reiche keinen höheren und lieberen Schutz als die Städte habe, die ihrer Majestät Kronen seien; Karl habe auch nicht vergessen, was für große Dienste ihm beide Städte im clevischen Krieg geleistet hätten. Zum Schluß fügte er noch hinzu, der Religion werde man sich schon leidlich vergleichen.[1]) Jedoch grade in diesem letzten Punkt irrte er sich. Er unterschätzte die Macht und Bedeutung der neuen Lehre für sie, welche die so oft widerstrebenden Anschauungen und Interessen der einzelnen Bundesmitglieder trotz aller Anfechtungen bisher immer noch zusammengehalten hatte und es noch weiter tun sollte. Schon hier zeigte sich demnach bei Naves derselbe Fehler, den Karl im nächsten Jahre beim Ausbruch des Krieges selbst sich zu Schulden kommen ließ, die Unterschätzung der Gewalt und Bedeutung der geistigen Ideen, die allerdings bei einem kühlen und verstandesmäßigen Politiker wie Karl nicht verwunderlich erscheint.

Bei dieser Spannung und dem Interesse Karls, vor der Beendigung der Verhandlungen mit der Kurie einen Bruch mit den Protestanten zu vermeiden,[2]) war es ihm sehr erwünscht, daß sich ihm von neuem der alte Unterhändler, der Pfälzer, auf Veranlassung der Protestanten zur Verfügung stellte, die angesichts des unerwartet nahen Ausbruches des Unwetters sich nun doch williger zeigten, die Verhandlungen fortzusetzen. Allerdings eine Preisgabe ihrer Hauptforderungen bedeutete dies keineswegs, sie wollten nur unter dem starken Druck der immer näher rückenden Gefahr die Entscheidung, soweit es in ihren

---

[1]) Roth III, 319f; An. A. Maier an Bürgermeister und Baumeister 13. Juni.

[2]) Nuntiaturberichte VIII, 188 A 3 und 206, vgl. auch v. Caemmerer S. 19f.

Kräften stand, hinausschieben, sie jedenfalls nicht durch schroffen Abbruch der Verhandlungen selbst herbeiführen. Auch hofften sie nach den Worten von Naves jetzt auf mehr Entgegenkommen von kaiserlicher Seite, und endlich schien sich wenigstens an einem Punkte der dicht umwölkte Horizont aufzuhellen; denn sie erhielten die Kunde, daß die mecklenburgischen Knechte für England, nicht gegen sie angeworben werden sollten.[1]) Daher wandten sie sich mit der Bitte um Vermittlung an den Kurfürsten Friedrich, und jetzt noch um so lieber, als bereits in Worms sich die Kunde verbreitet hatte, er habe in Heidelberg samt seiner Gemahlin zu Ostern das Abendmahl in beiderlei Gestalt empfangen, so daß sie sich bereits der Hoffnung hingaben, er werde nach Beendigung dieses Reichstages offen seinen Übertritt vollziehen.[2]) Nach kurzem Schwanken, da er auch in Speier nicht alle protestantischen Wünsche habe durchsetzen können, nahm der Kurfürst die erbetene Vermittlung am 14. Juni an, damit, wie er den Protestanten mitteilen ließ, „die Religion in Richtigkeit gebracht, Friede und Ruhe gehalten und Blutvergießen verhütet werde".[3])

Noch am selben Tage begannen seine Bemühungen, und zwar zunächst bei den geistlichen Kurfürsten. Im Verein mit den brandenburgischen und cölnischen Räten bat er die Vertreter von Mainz und Trier um gemeinsame Vermittlung bei Karl, damit wegen der Religion keine Empörung entstände. Aber ihre Antwort zeigte ihm, daß von dieser Seite nichts zu erwarten sei, sie erklärten, erst Vollmacht von ihren Herren dazu einholen

[1]) Ma. A. Aitinger an Philipp 15. Juni und Räte an Philipp 17. Juni. Bezeichnend für die wechselnde und ungewisse Stimmung unter den Protestanten, die förmlich zwischen Furcht und Hoffnung hin und her schwankte, ist auch folgende Tatsache. Im Gegensatz zu der früheren Ansicht, daß Karl und Ferdinand bald abreisen würden, vgl. Brandenburg, Korrespondenz II, 282 A 1, meldeten jetzt Aitinger und die Augsburger Gesandten übereinstimmend, daß an einen baldigen Schluß des Reichstages nicht zu denken sei; nach Angabe der Kaiserlichen werde Karl sogar, wie Aitinger berichtet, vor fünf Monaten nicht aufbrechen, vgl. Ma. A. Aitingers obiges Schreiben und Au. A. Ges. an die Dreizehn 17. Juni.

[2]) Ma. A. Räte an Philipp 24. Mai, vgl. auch Kannengießer S. 68f und Rott S. 9f.

[3]) Ma. A. Räte an Philipp 15. Juni, als Beilage die Antwort des Pfälzers vom 14. Juni.

zu müssen.[1]) Im Gegensatz hierzu erhielt er von dem Kaiser einen zustimmenden Bescheid, den er am 15. Juni den Protestanten übermittelte, die schon einen Tag darauf antworteten. Allerdings viel Hoffnung auf Erfolg boten die neuen Verhandlungen von Anfang an nicht; denn die Protestanten beharrten durchaus auf den alten Forderungen. Zum Schluß baten sie sogar in energischem Ton um baldige Erledigung ihrer Forderungen, da sie bereits lange Zeit mit großen Unkosten sich hier aufgehalten hätten.[2]) Diese Antwort nebst seinem eigenen Bedenken übergab er dem Kaiser erst nach acht Tagen, als er von einer Reise nach Heidelberg anläßlich des Todes seines Schwagers nach Worms zurückgekehrt war, sicherlich nicht zu Karls Unwillen, da er hierdurch ja wieder Zeit gewonnen hatte, und grade diese brauchte er jetzt mehr wie je; denn eben in diesen Tagen hatte er die Zustimmung des Papstes erhalten. So stand zwar jetzt bei ihm die Ausführung des Krieges noch in diesem Jahre fest, aber er bedurfte weiterer Zeitgewinnung durch Scheinverhandlungen, um die Protestanten von jeglichem Angriff abzuhalten, selber die notwendigen Maßregeln zu treffen und sicher nach Regensburg zu gelangen, von wo aus die Operationen beginnen sollten.[3]) Daher war seine Antwort, die der Pfälzer den Protestanten am 27. Juni übermittelte, in der Sache zwar fest, in der Form aber versöhnlich. Noch am gleichen Tage wiederholten diese in ihrer Antwort ihre früheren Wünsche. Zum Schluß machten sie sich noch die Forderung des Landgrafen zu eigen, der schon vor der Antwort des Kaisers sein Bedenken über die „geschraubte und seltsame“ Handlung über Frieden und Macht geäußert und gewünscht hatte, endlich einmal klare Antwort darüber zu erlangen, ob sie auf Frieden zu rechnen hätten;[4]) ebenso unterließen sie auch hier nicht den Hinweis, daß sie bereits acht

---

[1]) Kannengießer S. 69; Winckelmann III, 608; Au. A. Ges. an den Rat 17. Juni.

[2]) Vgl. außer Kannengießer S. 69 f., Winckelmann III, 608, v. Caemmerer S. 21 f. Ma. A. Aitinger an Philipp 15. Juni und Räte an Philipp 17. Juni und Au. A. Ges. an den Rat 17. und 24. Juni. Die pfälzische Werbung vom 15. Juni nebst der Antwort der Protestanten vom 16. Juni auch im Fr. A.

[3]) Nuntiaturberichte VIII, 40 f. und 202 ff.

[4]) Neudecker, Aktenstücke II, 456.

Monate in Worms verweilten, und baten um sofortige Erledigung dieser ganzen Angelegenheit.[1])

Hiermit schienen auch diese Verhandlungen gescheitert zu sein, jedoch gerade jetzt zeigte sich die weit vorausschauende kaiserliche Politik wieder im glänzendsten Lichte, die, wenn irgend möglich, mehrere Eisen gleichzeitig im Feuer hatte. Erleichtert wurde ihr diesmal ihre Aufgabe noch durch den Vorschlag des Pfälzers an Karl vom 24. Juni, den Protestanten eine Nationalversammlung zu gewähren, über deren Beschlüsse dann das Konzil entscheiden sollte. Den Grundgedanken dieses Vorschlages nahm sie auf, die Form dagegen veränderte sie stark; an Stelle der allgemeinen Versammlung sollte ein Religionsgespräch weniger Theologen treten. An demselben 26. Juni, wo der Kaiser dem Pfälzer die Antwort an die Protestanten übermitteln ließ, gab er ihm wohl zugleich von diesem Vorhaben Kunde, wie auch am gleichen Tage Granvella dem Nuntius Karls Plan mitteilte, ein neues Religionsgespräch anzusetzen. Hierdurch konnte er nicht nur die Gegner hinhalten, während er selbst ungestört die Vorbereitungen zum Kriege traf, sondern er vermochte durch dies Mittel auch einen Druck auf die Kurie auszuüben.[2]) Allerdings hielt es der Pfälzer für geraten, sowie er wahrscheinlich diese seine Verhandlungen mit dem Kaiser ohne Vorwissen der Protestanten führte, um nicht von vornherein Mißtrauen bei ihnen zu erwecken, diesen neuen Vorschlag des Religionsgespräches als seinen eigenen auszugeben, womit er gleichzeitig auch einem kaiserlichen Wunsche entsprochen haben mag. Nachdem der Kurfürst bereits am 27. Juni den Protestanten auf ihren ablehnenden Bescheid erwidert hatte, er werde, um die Verhandlungen nicht scheitern zu lassen, selbst auf neue Mittel denken, trat er schon am folgenden Tage mit dem Plan des Religionsgespräches an sie heran; gleichzeitig verlangte er aber auch noch im allgemeinen die Anerkennung des Konzils, ohne sich

Rel.-Gespräch

---

[1]) Das Nähere bei Kannengießer S. 71f. Die Antwort des Pfälzers an die Protestanten und deren Antwort vom 27. Juni auch im Fr. A. Der Kaiser ließ diese Antwort an die Protestanten wie auch wohl seine eigne an den Pfälzer dem Kurfüsten bereits am 26. Juni zukommen, danach ist Kannengießer S. 70 und v. Caemmerer S. 22 zu berichtigen.

[2]) Nuntiaturberichte VIII, 44 und 206f.

allerdings über den Zusammenhang beider Punkte klar auszulassen.[1])

An und für sich konnten die Protestanten nach den bisherigen trüben Erfahrungen in Regensburg nicht viel von einem derartigen Gespräch erhoffen, wie sie überhaupt in diesen Tagen die Lage wieder recht pessimistisch ansahen, sich kaum einen Erfolg von den ganzen Verhandlungen versprachen und einige unter ihnen sogar ihre Abreise ins Auge faßten. Bei der Mehrheit überwog aber doch noch der bisherige Wunsch, ihrerseits den Bruch nicht herbeizuführen, auch wollte man den Pfälzer durch schroffe Ablehnung seines Vorschlages nicht verletzen.[2]) Daher entschloß man sich, diesen Vorschlag derart umzugestalten, daß man sich versah, er werde von vornherein für den Kaiser unannehmbar sein; man lehnte das Trienter Konzil völlig ab, wollte die Entscheidung der religiösen Frage ausschließlich einem deutschen Reichstage vorbehalten sehen und sollte wider Erwarten der Kaiser auf diesen Vorschlag eingehen, so würden es sicher nicht die Katholiken tun, wie denn gerade einer ihrer Wortführer, der Kardinal von Augsburg, diesen Weg ganz schroff zurückgewiesen hatte.[3]) Daher war es ein Erfolg des Pfälzers, daß er die Protestanten zur Auslassung dieser ganzen Stelle bewog. Hiermit schien endlich die Möglichkeit gegeben, äußerlich wenigstens beide Teile zufrieden zu stellen, denn da die Protestanten mündlich dem Pfälzer erklärt hatten, daß sie mit dieser Auslassung keineswegs das Konzil anerkennten, glaubten sie sich gesichert zu haben, soweit es eben unter den Umständen möglich war.[4]) Denn über das Bedenkliche ihres Schrittes waren sie sich durchaus nicht im Unklaren, wie auch Philipp auf die Kunde hiervon mit seiner Besorgnis nicht zurückhielt.[5]) Ebenso wenig wollten sie aber

[1]) Vgl. hierzu vor allem v. Caemmerer S. 22, die Antwort des Pfälzers vom 28. Juni, auch im Fr. A.

[2]) Me. A. Pföst an den Rat 1. Juli, desgl. an Meurer 1. Juli; Au. A. Ges. an den Rat 1. Juli.

[3]) Au. A. Ges. an die Dreizehn 1. Juli.

[4]) Für das Nähere vgl. Winckelmann III, 611 A. 2; Kannengießer S. 75 f., Rott S. 11 f.; v. Caemmerer S. 23 und Ma. A. Räte an Philipp 1. Juli die Antwort der Protestanten vom 30. Juni auch im Fr. A.

[5]) Ma. A. Philipp an die Räte 6. Juli.

auch den Kaiser durch schroffe Hartnäckigkeit noch mehr reizen. Erhielt doch ihr Argwohn wegen seiner kriegerischen Absichten immer neue begründete Nahrung, so daß die Augsburger Gesandten wieder auf den früheren Plan eines Gesamtbündnisses aller Protestanten zurückkamen. Umso notwendiger erschien ihnen ein derartiger Zusammenschluß, als gerade jetzt die Bemühungen der kaiserlichen Räte für einen neuen Bund an Stärke zunahmen und einige von den kleineren Städten, wie Eßlingen, sich bereits nicht abgeneigt zeigten.[1])

Auf der Gegenseite wirkte bei Karl in gleichem entgegenkommenden Sinne das ausgesprochene Gefühl der Furcht vor den Gegnern. Denn nichts besorgte er jetzt so sehr als einen protestantischen Gegenangriff, da grade in diesen Tagen sich zeigte, daß er seinen ursprünglichen Plan, den Feldzug noch dies Jahr eröffnen zu können, nicht ausführen konnte. Zwar ertönten jetzt lauter denn je kriegerische Äußerungen, wie denn die Spanier öffentlich erklären ließen, Karl wolle die Lutherischen vertilgen und Gut und Blut daran setzen, aber Gryn hatte durchaus Recht, als er dieser Meldung hinzufügte, es werde vielleicht nicht so gar heftig werden.[2]) Denn bereits vorher hatte Karl durch Granvella mündlich den Nuntien, wie auch durch die Sendung Andelots nach Rom dem Papst den Aufschub des Krieges mitteilen lassen.[3]) Ganz überraschend kam dieser Umschwung dem Nuntius Verallo nicht, der bereits Ende Juni, als er dem Kaiser die Bereitwilligkeit des Papstes zum Protestantenkriege mitgeteilt hatte, eine „gewisse bedenkliche Stimmung“[4]) bei Karl bemerkt hatte. Jedoch ausdrücklich hatten Karl wie auch Granvella noch erklärt, daß sie an der sofortigen Ausführung des Kriegsplanes festhielten. Daß sich im Laufe von noch nicht acht Tagen die Lage vollständig änderte, hatte verschiedene Gründe. Zunächst waren die Verhandlungen mit Bayern wegen einer Unterstützung nicht so glatt

---

[1]) Nuntiaturberichte VIII, 665 und 685 ff. Au. A. Ges. an die Dreizehn 1. Juli; vgl. auch Hasenclever, Politik der Schmalkaldener S. 46 und Roth III, 319.

[2]) Druffel II, 69 und v. Bezold S. 758.

[3]) Nuntiaturberichte VIII, 40 f., 226 ff. und 723 ff.

[4]) Nuntiaturberichte VIII, 41.

verlaufen, wie Karl gehofft hatte. Dann erkannte er, daß er mit der Vollendung seiner Vorbereitungen und Rüstungen in diesem Jahre nicht mehr so früh fertig werden würde, wie es dringend nötig wäre, um ungefährdet und, ohne vorher seine Pläne zu verraten, nach Regensburg gelangen zu können, daß demnach die Jahreszeit für die Eröffnung des Krieges, die dann vor dem Spätherbst nicht stattfinden konnte, zu weit vorgeschritten sein würde.[1]) Jedoch allein ausschlaggebend war diese Erwägung nicht, wie denn auch der Landgraf im August ganz richtig darauf hinwies, dies könne nicht der einzige Grund sein, da der Kaiser meist seine Kriege im Herbst zu beginnen pflege.[2]) Es kam vielmehr noch ein Widerstand von einer Seite her, von der man ihn zunächst nicht erwarten durfte. Nicht allein brachte Granvella, der doch im Jahre 1541 zuerst wieder auf die Notwendigkeit des Krieges hingewiesen hatte, jetzt am Vorabend der Entscheidung gewichtige Bedenken gegen einen ganz sicheren Ausgang vor, viel schärfer äußerte sich gegen den Krieg Ferdinand. Schon am 30. Mai wußte Verallo zu melden, daß der König gegen den Protestantenkrieg sein solle.[3]) Umso auffallender mußte dies erscheinen, als doch gerade der König noch schroffer als Granvella in Worms gegen die Protestanten aufgetreten war und auch vorher aus seiner Abneigung gegen sie kein Hehl gemacht hatte. Was im Mai nur als Gerücht aufgetreten war, bestätigte sich jetzt in den entscheidenden Beratungen am kaiserlichen Hofe. Ferdinand widerriet energisch die sofortige Ausführung des Krieges, so daß der Nuntius sich bitter über ihn beklagte.[4])

Über Ferdinands Gründe für seinen Ansichtswechsel geben die Akten keine direkte Aufklärung. Gewiß, auch er teilte vollkommen die allgemeinen Bedenken seines Bruders, die eine Hinausschiebung des Entscheidungskampfes nötig erscheinen ließen, für ihn kam aber noch ein weiterer schwerwiegender Grund hinzu. Wie erwähnt, hatte sich Herzog Moritz von

[1]) Nuntiaturberichte VIII, 41 und 231 f. und v. Caemmerer S. 23 ff.

[2]) Ma. A. Philipp an die Räte 3. August.

[3]) Nuntiaturberichte VIII, 182; vgl. auch Maurenbrecher S. 66, v. Caemmerer S. 25 f. und Pastor, Päpste V, 524.

[4]) Nuntiaturberichte VIII, 41, 241 A. 1 und 264.

Sachsen den Protestanten im Frühjahr stark genähert und nicht nur offen seinem Schwiegervater Hilfe im Falle eines Überfalles zugesagt, sondern auch in diesem Sinne an Ferdinand geschrieben. Hierin dürfte wohl vor allem der Schlüssel zu Ferdinands Verhalten zu suchen sein. Hatte auch in der folgenden Zeit das Verhältnis Moritz zu den Protestanten sich wieder mehr und mehr abgekühlt[1]), so war doch für den König die Gefahr noch immer nicht ganz ausgeschlossen, daß er im Falle eines Krieges nicht nur mit einem Einfall der kursächsischen, sondern auch der Truppen von Herzog Moritz zu rechnen habe. Hiermit war aber auch für die kaiserliche Politik für die nächste Zeit das Ziel klar vorgezeichnet. Sie mußte sich bemühen, nachdem einmal der Kriegsplan, wesentlich Ferdinands Wunsch entsprechend, vorläufig zurückgestellt worden war, dies Hindernis aus dem Wege zu räumen und so den Widerstand des Königs zu brechen.

Mit der Vertagung des Krieges beginnt der letzte Teil dieses an Wandlungen so reichen Reichstages, der naturgemäß an Bedeutung an den vorigen nicht entfernt heranreicht. Für den Kaiser konnte es sich jetzt nur noch darum handeln, die Protestanten in irgendeiner Form zu befriedigen, um den Reichstag schnell schließen, das unsichere Worms verlassen und dann desto energischer an sicherer Stelle alle Vorbereitungen für den Krieg im nächsten Jahre treffen zu können. Diesem Zwecke hatte vor allem jetzt das Religionsgespräch zu dienen, das er ursprünglich nur hatte ansetzen wollen, ohne im Ernst an seine Ausführung zu denken, da er vorher bereits den Krieg beginnen wollte. Jetzt dagegen gewann dieser Plan für ihn an Bedeutung. Durch seine Ausführung konnte er nicht nur nach außen den Protestanten seine Friedfertigkeit beweisen und ihr etwaiges Mißtrauen beschwichtigen, dies Gespräch konnte ihm auch für den nicht wahrscheinlichen, aber auch nicht unmöglichen Fall, daß die Eröffnung des Feldzuges auch im nächsten Jahre infolge plötzlicher unvorhergesehener Hindernisse unmöglich sein sollte, ein neues Mittel sein, die Verhandlungen mit den Protestanten noch bis zu einem günstigeren Zeitpunkte weiter zu

[1]) Das Genauere bei Brandenburg, Moritz I, 381 f.

führen.[1]) An demselben Tage, dem 6. Juli, an dem er Andelot nach Rom sandte, ließ er dem Pfälzer seinen Entschluß mitteilen, ein Religionsgespräch aus eigener Machtvollkommenheit anzusetzen, da er die Zustimmung der Katholiken nicht habe erlangen können[2]), wie auch Mainz und Trier sich offen gegen die ganze Vermittlungstätigkeit des Kurfürsten äußerten.[3])

Sollten die Protestanten auf ein derartiges Gespräch sich einlassen? Zwar wußten sie im einzelnen noch immer nicht genau, welcher Gefahr sie eben entgangen waren, aber sie erkannten doch ganz klar, daß mit diesem Vorschlage ihnen nicht geholfen sei, daß der Kaiser hiermit vielmehr nur besondere Ziele verfolge. So äußerte der Landgraf seine Meinung dahin, daß das Colloquium nur den Zweck habe, sie hinzuhalten, um sie bei besserer Gelegenheit zu bekriegen, eine Ansicht, der sich auch seine Räte anschlossen. Ebenso ernst faßte auch der Rat der Stadt Augsburg die Lage auf, da er die sofortige Abhaltung des Bundestages in Frankfurt nach dem Schluß des Wormser Reichstages verlangte.[4]) Trotzdem entschloß man sich auch jetzt noch nicht zu einem offenen Abbruch, die Scheu vor der kaiserlichen Autorität und die Furcht, selbst den Krieg hervorzurufen, überwogen immer noch und ließen sie an ihrer bisherigen unentschlossenen Zauderpolitik festhalten[5]), obwohl gerade jetzt Nach-

---

[1]) v. Caemmerer S. 27 f.

[2]) Kannengießer S. 79; Winckelmann III, 611 A. 2. Die mündliche Antwort des pfälzischen Hofmeisters Konrad von Rechberg und die schriftliche des Kurfürsten an die Protestanten vom 7. Juli im Fr. A.

[3]) Au. A. Ges. an den Rat 8. Juli.

[4]) Neudecker, Aktenstücke II, 459 f.; Heyd III, 285; Kannengießer S. 81 f.; Winckelmann III, 614 f.; Brandenburg, Korrespondenz II, 301; State Papers X, 523; Schumacher, Gelehrter Männer Briefe an die Könige in Dänemark vom Jahre 1522—1663, Copenhagen und Leipzig 1758, Bd. I, 42; Bezzenberger, Brandt II, 164; Ma. A. Philipp an die Räte 6. Juli und Räte an Philipp 9. Juli; Au. A. Rat an Maier 7. Juli; Fr. A. Ges. an den Rat 15. Juli.

[5]) Heyd III, 285; Roth III, 297; v. Caemmerer S. 30 f.; Ma. A. Räte an Philipp 9. Juli. Gryn's Meldung, die Protestanten seien jetzt viel demütiger als vorher, vgl. Druffel II. 69 f. und Kannengießer S. 129 A. 287, ist sicher stark übertrieben. Gewiß mag sie bei den besorgniserregenden Nachrichten ein gewisses Gefühl der Verzagtheit und des Kleinmuts ab und zu beschlichen haben; daß es sich aber zu dem Gefühle der blassen Furcht verdichtet haben sollte, die sie allen Forderungen des Kaisers geneigt gemacht habe, wie

richten einliefen, die ihren Argwohn wegen des Colloquiums noch verschärfen mußten. So berichtete der unermüdliche Warner Philipp wieder von neuem, daß Werbungen gegen sie im Werke seien und daß der Kaiser ihnen ungünstig gesinnt sei und ihn überziehen wolle.[1] Trotz alledem fiel die protestantische Antwort ziemlich entgegenkommend aus.[2] Man sprach zwar die Bitte aus, Karl möge die Katholiken noch zur Mitbewilligung veranlassen, da sonst kein Erfolg zu erwarten sei, aber man verstand sich doch auch, falls Karl dies nicht gelänge, zur Beschickung des Colloquiums. Nur zum Schluß kam ihr Unmut zum Ausdruck, als sie den Pfälzer baten, die Angelegenheit bei dem Kaiser endlich einmal zum Abschluß zu bringen, da die Stände sich schon allgemein über die Länge der Verhandlungen beschwerten.[3] Ebenso gaben sie, Philipps Anregung entsprechend, als sie am 9. Juli dem Kurfürsten diese Schrift übergaben, noch die mündliche Erklärung ab, daß sie mit der Nichterwähnung des Konzils keineswegs in dasselbe willigten noch von ihrer Protestation gewichen sein wollten.[4]

Mit dieser protestantischen Erwiderung war diese Angelegenheit der Hauptsache nach erledigt; der Wunsch gegenseitiger Nachgiebigkeit hatte äußerlich wenigstens ein Ergebnis gezeitigt. Die noch folgenden Verhandlungen drehten sich mehr um einzelne

---

Gryn will, dagegen spricht nicht nur ihre ganze Haltung, die in den Hauptpunkten nicht nachgab, sondern auch eine Äußerung des Augsburger Gesandten aus dieser Zeit, der ausdrücklich meldet: „Die Unsern sind allhier noch beständig und herzhaft“. Au. A. Maier an Bürgermeister und Baumeister 1. Juli.

[1]) Ma. A. Philipp an die Räte 9. Juli, dgl. an Günterode 9. Juli.

[2]) Kannengießer S. 91 f.; Winckelmann III, 614 A. 1. Die Antwort der Protestanten vom 9. Juli auch im Fr. A.

[3]) Ma. A. Räte an Philipp 9. Juli. Auch auf katholischer Seite herrschte diese Stimmung vor. „Es ist jeder des beschwerlichen, vergeblichen Allhierliegens müde und verdrossen“, so berichteten die bairischen Räte ihrem Herrn, M. St. A. Räte an Wilhelm 8. Juli, Zettel. Vgl. auch über die Stimmung unter den Reichsständen Hist. Taschenb. 3. Folge 2. Jahrg. S. 313 f. und Schieß II, 371 f.

[4]) Ma. A. Philipp an die Räte 6. Juli, Räte an Philipp 11. Juli, als Beilage die mündliche Erklärung vom 9. Juli. Philipp hielt sie für gut, meinte aber, der Kaiser werde darauf nichts geben; er hätte sie lieber schriftlich gesehen, Philipp an die Räte 15. Juli.

Fragen, um die Zahl der Colloquenten, den Ort und die Zeit. Betreffs des ersteren wußten es die Protestanten durchzusetzen, daß ihnen die Auswahl der vier Teilnehmer, die Karl jeder Partei zugestanden hatte, freigestellt wurde; hinsichtlich der beiden letzten Punkte wurden Regensburg, wie es bereits die bairischen Räte noch vor Karls Erklärung vermuteten, und der 30. November für das Colloquium und der 6. Januar für den Reichstag festgesetzt.[1]) Hiermit hatte der Kaiser in dieser Angelegenheit erreicht, was er wollte; er hatte nicht nur Zeit für die Vollendung aller Vorbereitungen zum Kriege gewonnen, sondern auch in Regensburg einen ihm günstigen Ort durchgesetzt, von dem er den Feldzug eröffnen konnte.

Parallel, aber nicht so glatt, gingen die Beratungen über Frieden und Recht, da hier auf beiden Seiten der gute Wille fehlte. Einerseits hielten die Protestanten von Anfang an entschlossen daran fest, daß, wie sie es bereits von Ferdinand verlangt hatten, beide Artikel auf Grund des Speierer Abschiedes in Kraft bleiben und feierlichst dem Reichstagsabschied einverleibt werden sollten. Auf der andern Seite war der Kaiser nicht gesonnen, die Zugeständnisse, die er in Speier unter ganz andern Verhältnissen gegeben und die er von Anfang an nur als ein ihm abgerungenes Provisorium betrachtet hatte, unter den jetzigen günstigen Umständen aufrecht zu erhalten. Nach außen begründete er seinen Widerstand damit, daß schon damals die Katholiken jene Bestimmungen nur „geduldet" hätten und daß jetzt ebenso wenig Aussicht sei, sie mit ihrer Zustimmung in den Abschied aufzunehmen. Allerdings ganz ohne weiteres die protestantischen Wünsche schroff zurückweisen, wollte und durfte Karl mit Rücksicht auf seine Zukunftspläne auch nicht. Daher kam es darauf an, hier möglichst einen Ausweg zu finden, der, ohne die Protestanten vor den Kopf zu stoßen und die Katholiken sich zu entfremden, durch eine absichtlich unklare und dehnbare Fassung beide Parteien zufrieden stellte.[2]) Jedoch trotz

---

[1]) Kannengießer S. 83; Winckelmann III, 615 f.; v. Caemmerer S. 29 f.; M. St. A. Räte an Wilhelm 11. Juli, vgl. auch Voigt Briefwechsel S. 330 f. Die Antwort Karls vom 12. und die der Protestanten vom 14. Juli auch im Fr. A.

[2]) Mit Recht klagt der Frankfurter Gesandte über die Subtilität und spitzigen Worte, mit denen man disputiere, Fr. A. Ges. an den Rat 15. Juli.

aller Geschicklichkeit im Lavieren, in dem bisher die kaiserliche Politik ihre Meisterschaft bewährt hatte, versagte hier ihre Kunst vor der Schärfe der Gegensätze.[1])

Erschwerend wirkte auf diese Verhandlungen auch noch der Umstand ein, daß die Protestanten jetzt immer mehr auch im einzelnen über die kaiserlichen Absichten unterrichtet wurden. So meldete Günterode am 17. Juli von Karls Bemühungen, fremde Potentaten zur Exekution des Trienter Konzils zu veranlassen, womit er auf den Brief Karls an den König von Polen anspielte.[2]) Was wollte es diesen Nachrichten gegenüber besagen, wenn Granvella, den Günterode am 15. Juli aufgesucht hatte, um ihn in Philipps Auftrage über die angebliche kaiserliche Ungnade auszuforschen, mit Entrüstung diese Anschuldigung zurückgewiesen hatte; nie habe der Kaiser ein ungnädiges Wort über Philipp hören lassen, ebenso wenig sei es ihm in den Sinn gekommen, den Landgrafen mit Heeresmacht zu überziehen.[3]) Um so weniger konnten die Protestanten auf diese Worte geben, als die Nachrichten über die Rüstungen, angeblich für den Braunschweiger, wieder bedrohlicher lauteten, so daß man es für nötig hielt, deshalb jetzt bei dem Kaiser selbst anzufragen. Dieser antwortete ausweichend, er habe deshalb auch bei Herzog Heinrich schon Erkundigungen einziehen lassen, deren Ergebnis er abwartete; seiner Ansicht nach seien sie gegen England gerichtet.[4]) Hiermit begnügte man sich aber noch nicht, der beste Beweis, wie ernst man die Lage auffaßte. Zwar direkte Gegenrüstungen lehnten die protestantischen Stände auch jetzt noch ab; als ihnen aber Sturm und dann auch Philipp das kaiserliche Schreiben an den König von Polen mitteilen ließen und im Zusammenhange damit die hessischen Räte die Defensionsstände um Weiterunterhaltung von 600 Reitern baten, da lehnten sie dies Ansuchen nicht wie früher ohne weiteres ab, sondern entschlossen sich, diese Reiter noch einen Monat zu besolden,

---

[1]) Das Einzelne bei Kannengießer S. 83 ff.

[2]) Ma. A. Günterode an Philipp 17. Juli. Auch Philipp hatte hiervon gehört, Ma. A. Philipp an Günterode 22. Juli, vgl. auch Heyd III, 289, Lenz II, 356 und Kannengießer S. 91.

[3]) Ma. A. Philipp an Günterode 9. Juli; Günterode an Philipp 17. Juli.

[4]) Ma. A. Räte an Philipp 17. und 22. Juli.

bis man sähe, wo es diesen Sommer hinaus wolle. Gesteigert wurden ihre Besorgnisse noch, als Karls und Ferdinands Bemühungen um die Erneuerung des schwäbischen Bundes an Intensität wieder zunahmen und der Augsburgische Gesandte den hessischen Räten vertraulich mitteilte, daß Nürnberg und Ulm dazu vielleicht nicht abgeneigt sein möchten.[1]) Viel weiter ging der Landgraf in seinen Besorgnissen und Forderungen. Mit Rücksicht auf die großen allenthalben stattfindenden Rüstungen hielt er die Unterhaltung von 3—4000 Knechten und 4—5000 Reitern für einen Monat für dringend nötig, bis man sähe, wie die Dinge liefen; denn geringe Unkosten wären besser als ein großer Schaden, und er war sogar nicht abgeneigt, mit Zustimmung der Stände gegen den Braunschweiger und seinen Anhang selbst mit Gewalt vorzugehen, die zukünftigen Werbungen zu hindern und die vom Herzog bereits angenommenen Reiter mit Gewalt niederzuwerfen.[2]) Es war begreiflich, daß bei einer derartigen Stimmung die Verhandlungen über Friede und Recht nicht vorwärts kamen, mochte auch wieder einmal die abschwächende Meldung kommen, daß die Truppenansammlungen für England stattfinden sollten.[3]) Fester denn je hielten die Protestanten an ihren Forderungen.[4]) Da Karl aber hierauf einzugehen nicht geneigt war, so mußte es im Munde Granvellas wie eine Ironie klingen, als dieser, den Günterode von neuem am 27. Juli wegen der kriegerischen Nachrichten ansprach, sich in Karls und Ferdinands Namen darüber beschwerte, daß die Protestanten bei den Verhandlungen über Frieden und Recht so oft der Wohlfahrt deutscher Nation Erwähnung getan hätten, gleich als ob seine Herren es nicht täten; im Gegenteil, der Kaiser sei gegen die deutsche Nation ganz väterlich und wohlgesinnt; daß der Papst den Kaiser mit Geld unterstützen wolle, stellte

---

[1]) Ma. A. Räte an Philipp 24. und 26. Juli; Au. A. Prot. vom 13. und 31. Juli über die Verhandlungen der kaiserlichen und königlichen Räte mit Augsburg, Nürnberg und Ulm über die Erneuerung des schwäbischen Bundes; auch in der Korrespondenz der Gesandten wird diese Angelegenheit oft erwähnt. Vgl. hierzu auch Roth III, 318 ff., Nuntiaturberichte VIII, 259 f. und 733 f. und Hasenclever, Politik der Schmalkaldener S. 46 f.

[2]) Ma. A. Philipp an die Räte 24. Juli.

[3]) Ma. A. Räte an Philipp 25. Juli.

[4]) Das Nähere bei Kannengießer S. 85 f.

er einfach in Abrede; ja, hier zeigte sich wieder so recht, was für ein „seltsamer, geschwinder Praktikus“ er war, wie ihn Günterode bezeichnete; er erklärte, daß der Papst absichtlich dies Gerücht ausgehen lasse und also einen „Possen“ machte, um die Protestanten in Beschwerung und Unkosten zu führen.[1]) So bestanden die Protestanten, wenn sie auch Philipps aggressive Absichten gegen Braunschweig nicht billigten, zumal man von Rüstungen in Süd- und Westdeutschland nichts mehr höre,[2]) doch zäh auf ihren Forderungen wegen des Speierer Abschiedes, wie sie denn auch dem Wormser Abschied eine diesbezügliche Erklärung vorausschickten.[3]) Ebensowenig wie die Stände war der Landgraf durch Granvellas Erklärungen befriedigt. Da Günterode es für gut angesehen hatte, um den Namen ihres Gewährsmannes über den kaiserlichen Brief an Polen nicht zu verraten,[4]) Granvella über diesen Punkt noch nicht zur Rede zu stellen, so gab ihm Philipp den Auftrag, Sturms Ansicht hierüber zu hören, da man dann nach seiner Ansicht Granvella zu einer klaren Antwort zwingen könne.[5])

Ebenso hielten auch die Räte in Worms die Abhaltung eines Bundestages nach Schluß des Reichstages für dringend nötig, wobei nur Sachsen für Schmalkalden als Versammlungsort im Gegensatz zu dem von der Mehrheit gewünschten Frankfurt eintrat.[6])

Nach neuen sich überstürzenden Nachrichten, die in den letzten Julitagen über Karls Pläne im Juni und über ihre vorläufige Verschiebung eintrafen, vermochten sich die Protestanten doch auch jetzt im einzelnen ein ziemlich klares und richtiges Bild von den Absichten des Kaisers zu machen. So erfuhr Sturm, daß der französische Gesandte in Rom an den Vertreter des Königs in Worms geschrieben habe, "der Papst habe die 12000 Knechte und 500 Reiter, die er für den Kaiser gegen

---

[1]) Ma. A. Günterode an Philipp 27. Juli.

[2]) Ma. A. Räte an Philipp 29. Juli.

[3]) Kannengießer S. 87 f.

[4]) Es war wahrscheinlich Johann von Lasco, vgl. Lenz II, 356, A. 3.

[5]) Ma. A. Günterode an Philipp 27. Juli und Philipp an Günterode 2. August. Er konnte den Auftrag nicht mehr ausführen, da der Reichstag bereits am 4. August geschlossen wurde.

[6]) Au. A. Maier an Bürgermeister und Baumeister 29. Juli.

die Lutheraner angeworben habe, wieder beurlaubt, weil Karl ihm geschrieben habe, es sei in diesem Jahre für den Krieg zu spät. Dazu kamen zwei andere Nachrichten aus Italien, nach denen der Papst sich dem Kaiser für die Bekämpfung der Ketzer zur Erlegung von 200 000 Dukaten und zur Aufstellung eines Heeres von 20 000 Mann verpflichtet gehabt hätte. Stellte man diese Meldungen mit den Tatsachen zusammen, daß der Kaiser tatsächlich den König von Polen um Hilfe für den Religionskrieg angegangen hatte, daß die Protestanten in Karls und Ferdinands Landen aufs furchtbarste bedrückt wurden, daß auch der Kaiser in der Cölner Sache sich offen auf die Seite der Geistlichkeit gestellt hatte, so ergab sich aus diesem allen, wie die hessischen Räte schrieben, nichts anderes, als daß man gegen die Protestanten etwas Stattliches vorhabe.[1]) Man glaubte auch schon zu wissen, gegen wen der erste Stoß gerichtet sein würde. Hatte man vorher, Anfang Juli, auf katholischer Seite gemeint, der Würtemberger werde das erste Opfer sein,[2]) so glaubte man jetzt in protestantischen Kreisen zu wissen, der Cölner solle zuerst und der Landgraf als zweiter an die Reihe kommen.[3]) Ähnliche Botschaften aus Venedig erreichten indessen den Landgrafen, der, wenn sie ihm auch fast „seltsam“ vorkamen, so daß sich seine Räte bei Sturm und anderen nach ihrer Ansicht erkundigen sollten, ihnen doch auch wiederum keinen völligen Glauben zu schenken vermochte, da sie von dem französischen Gesandten ausgingen, der möglicherweise nur Mißtrauen säen wolle, und da nun auch der Aufschub der Rüstungen mit Rücksicht auf die Jahreszeit gemeldet wurde.[4])

Jedenfalls war das Ergebnis dieser zwiespältigen Stimmung bei ihm das gleiche wie bei den Gesandten in Worms. Von offenen Gegenrüstungen war jetzt keine Rede mehr, da Karl ja nach allen Meldungen seinen Plan vorläufig aufgeschoben hatte,

---

[1]) Ma. A. Räte an Philipp 30. Juli; vgl. auch Mentz III, 525 f.; auch Maier berichtete in gleicher Weise die französische Meldung an die Oberen, Au. A. Maier an die Dreizehn 4. August.

[2]) Druffel II, 67.

[3]) Ma. A. Räte an Philipp 31. Juli, vgl. auch Bezzenberger, Brandt II, 167.

[4]) Ma. A. Philipp an die Räte 1. August. Auch Bucer hatte bereits am 22. Juli ähnliche, nur allgemein gehaltene Warnungen an Philipp gerichtet, vgl. Lenz II, 357, citiert bei Kannengießer S. 91.

wie denn auch der Augsburger Gesandte zu melden wußte, daß der Kaiser all seine Obersten und Hauptleute nach längerem Warten beurlaubt habe. Daher einigten sich die protestantischen Vertreter in Worms dahin, noch bevor sie die Stadt verließen, genauer über die nötigen Gegenmaßnahmen zu beraten, während der Landgraf außer einer ordentichen Kundschaft noch einmal auf seinen früheren Vorschlag zurückkam, bei Granvella nach Zustimmung der hervorragendsten übrigen Bundesmitglieder wegen all dieser Nachrichten anzufragen, um auf diese Weise etwas zu erfahren, gerade als ob nicht dieser Meister der Verstellungskunst, selbst wenn dieser Auftrag ausgeführt worden wäre, mit leichter Mühe Ausflüchte gefunden hätte.[1])

Bei dieser Klarheit über die kaiserlichen Pläne unter den Protestanten war es von vornherein klar, daß auf eine Bewilligung der Türkenhilfe noch weniger als vorher zu rechnen war, um die am 28. Juli beide Brüder nachsuchen ließen. Während Karl aber nur die völlige letzte Einbringung des gemeinen Pfennigs, soweit es noch nicht geschehen sei, und seine Aufbewahrung bis zum nächsten Reichstag wünschte, da erst dort die Frage der Offensivhülfe erledigt werden sollte, begehrte Ferdinand Erstattung der Auslagen für das Winterlager vom Jahre 1542/43 und stattliche Hilfe zur Besetzung der Grenzen und zur Erhaltung des Volkes und Geschützes. Bereits in den folgenden Tagen wurde im Kurfürsten- und Fürstenrat Karls Forderung angenommen, diejenige Ferdinands jedoch trotz Baierns Zustimmung abgelehnt; auch nur zur Bewilligung der Hälfte oder eines Drittels, wie es darauf seine Vertreter wünschten, waren die Stände nicht zu bewegen. Daher übergaben Ferdinands Gesandte der Mainzischen Kanzlei eine feierliche Verwahrung dagegen, daß, falls das Reich durch diese Weigerung der Stände Schaden erlitte, der König daran schuldlos sei. Hiermit war auch diese Angelegenheit erledigt.[2])

---

[1]) Ma. A. Philipp an die Räte 3. August; Au. A. Maier an die Dreizehn 4. August.

[2]) Vgl. hierüber außer Kannengießer S. 88, Winckelmann III, 623 f. und Nuntiaturberichte VIII, 272 A. 1, die Werbungen Karls und Ferdinands und den zusammenfassenden Bericht über die Türkenhilfe von Dr. Kebitz in seiner Relation über den Wormser Reichstag im Ba. A., außerdem noch Ha. A. Prot. vom 28.—31. Juli, Au. A. Maier an den Rat 29. Juli, C. A. Hel-

Am 4. August fand dann endlich dieser Reichstag nach dreivierteljähriger Dauer sein Ende. Noch zum Schluß hatten sich Schwierigkeiten erhoben. Die katholischen Fürsten hatten die katholischen Städte bewegen wollen, mit ihnen zusammen das Religionsgespräch zu verwerfen; jedoch waren diese nicht darauf eingegangen, sondern zusammen mit den protestantischen Städten bei der Bewilligung des Colloquiums geblieben.[1]) Vor der Verlesung des Abschieds ergriff in Karls Namen noch der Kardinal von Augsburg das Wort, um den Ständen für ihre Mühewaltung zu danken, und ebenso hielt er auch noch nach der Beendigung eine kurze Rede, in der er die Schuld des Mißlingens der Religionsvergleichung dem Nichterscheinen der Fürsten zuschob und daher für den neuen Reichstag ihr persönliches Kommen dringend forderte.[2]) Daran schloß sich noch eine kurze Protestation der Protestanten, daß die Nichterledigung von Frieden und Macht wie der Hilfe nicht an ihnen läge, da sie vergebens die Anerkennung des Speierer Abschiedes verlangt hätten, und daß sie dem Konzil widersprächen und das Kammergericht rekusierten. Zum Schluß betonten sie noch ausdrücklich, daß sie durch die Bewilligung des jetzigen Abschiedes in nichts von dem Speierer Abschiede gewichen sein wollten.[3])

Am gleichen Tage fand noch ein Sonderabschied der Reichsstädte statt, der sich wie stets auf diesen Reichstagen vornehmlich mit der Frage der Stimme und Session beschäftigte; entsprechend ihrem Beschluß in Speier wurde hier alles aufgezeichnet, was aus den jetzigen Reichstagsverhandlungen als beweiskräftig für ihre Ansprüche angesehen werden konnte.[4])

---

mann an den Rat 30. Juli und Ma. A. Räte an Philipp 30. und 31. Juli. Nach dem Ha. Protokoll fand die Beratung am 30. Juli statt, nach den Schreiben der hessischen Räte vom 30. und 31. Juli dagegen erst am 31. Juli. Mit dem letzten Datum stimmt auch die Angabe bei Winckelmann III, 623 unter der Voraussetzung, daß das Datum 1. August für 31. Juli verschrieben ist; hierfür spricht auch noch, daß Ferdinand, dessen Abreise dort für den 31. Juli gemeldet wird, bereits am 30. Juli aufbrach.

[1]) Au. A. Maier an den Rat 5. August.

[2]) Nuntiaturberichte VIII, 272 A. 1. Ha. A. Prot. vom 4. August, Au. A. Maier an den Rat 5. August, Ba. A. Relation von Dr. Kebitz.

[3]) Ha. und Ma. A. Protestation vom 4. August, vgl. zur letzten Erklärung auch Kannengießer S. 87 f.

[4]) Fr. A. Abschied vom 4. August

Viel wichtiger war der Abschied der Schmalkaldener vom 7. August.[1] Er faßte hauptsächlich die nächste Zukunft mit ihren drohenden Schwierigkeiten und Verwicklungen ins Auge. Zunächst gab er noch einmal ganz offen der Ansicht Ausdruck, daß von dem angesetzten Religionsgespräch nichts zu erhoffen sei, da Karl die Bewilligung der Katholiken nicht erlangt habe und diese deshalb die religiöse Frage allein dem Trienter Konzil zuweisen würden. Hiergegen beschloß man eine Rekusation aufzusetzen, die auf der für den 23. Dezember angesetzten Zusammenkunft in Frankfurt beraten werden sollte. Dort sollte auch erwogen werden, wie man die Anerkennung des Speierer Abschiedes von den Katholiken erreichen und dem schmalkaldischen Bunde eine neue Organisation geben könne, da seine vielfachen Mängel und Gebrechen namentlich in letzter Zeit deutlich zu Tage getreten waren.[2]

So mußte die Frankfurter Versammlung von einschneidender Bedeutung für den Protestantismus werden, wenn dies Programm wirklich durchgeführt wurde. Eben darauf kam es an. Würde dies Gefühl der Besorgnis, mit dem man der Zukunft entgegensah und das deutlich aus diesem Abschied spricht, auch noch nach einem halben Jahr, beim Zusammentritt der Frankfurter Tagung, stark genug sein, um die ganze Schwerfälligkeit und die Sonderinteressen des vielköpfigen Bundes zu überwinden und eine Verfassung zu schaffen, wie sie die Not der Zeit erforderte, oder würden die im Bunde vertretenen, so verschiedenen Interessen der Fürsten und Städte einerseits, von Süd- und Norddeutschland andererseits, die vor allem bei dem Streit über die Stimme und Session und bei der Braunschweigischen Angelegenheit zu Tage getreten waren, wie bisher überwiegen und auf Grund eines bequemen Optimismus, der die Erörterung einer derartig schwierigen und unbequemen Angelegenheit womöglich noch weiter hinausschob, jede gesunde Weiterentwicklung unterbinden? Da war es jedenfalls schon ein trübes Zeichen, daß, wenn auch der Streit zwischen Fürsten und Städten über die Session in Worms kaum mehr zum Ausbruch gekommen war, die Miß-

[1] Fr. A. Abschied vom 7. August, vgl. auch Mentz II. 417.

[2] Das Nähere bei Hasenclever, Politik der Schmalkaldener S. 112 f. und Mentz II. 410 ff.

stimmung unter den letzteren namentlich infolge der Braunschweigischen Frage immer noch so groß war, daß der Kaiser hier energischer denn je seine Versuche zur Absprengung der Städte vornahm. Stellte doch Karl noch einen Tag vor seiner Abreise für den Kardinal von Augsburg eine Kredenz zur Werbung an Augsburg, Nürnberg und Ulm wegen der Erneuerung des schwäbischen Bundes aus.[1]) Noch bedenklicher aber war es, daß, kaum nachdem die Protestanten von dem Aufschub der kriegerischen Absichten Karls erfahren hatten, der Augsburger Gesandte seinem Herrn meldete, daß die Sache allenthalben dies Jahr keinem Kriege, sondern einem guten Frieden gleich sehe.[2]) Es gehörte schon ein großes Teil Kurzsichtigkeit und Verblendung dazu, um nach dem, was vorgefallen war und was die Protestanten eben erst erfahren hatten, noch von einem „guten“ Frieden sprechen zu können, wo doch tatsächlich nur von einem kurzen Waffenstillstand die Rede sein konnte.

Am gleichen Tage, von dem der schmalkaldische Abschied datiert ist, verließ der Kaiser Worms, nachdem Ferdinand bereits am 30. Juli aufgebrochen war.[3])

Überblickt man den Gesamtertrag des Reichstages, so war zunächst keine der ihm zugewiesenen Aufgaben gelöst worden,[4]) trotz der Länge der Zeit und der Mühe, die darauf verwendet worden war. Schon bei den minderwichtigen Angelegenheiten wie Münze und Polizei hatte man trotz dickleibiger Entwürfe und Resolutionen endgültige Beschlüsse nicht erzielt, natürlich noch weniger in den Hauptpunkten. Die religiöse Frage war unbeglichen geblieben, das Religionsgespräch bot keine Aussicht auf Erfolg, die Artikel über Frieden und Recht und die damit zusammenhängende weitere Unterhaltung des Kammergerichts waren nicht erledigt, so daß Karl, nur um die Rechtspflege nicht stocken zu lassen, sich sogar zu einem Provisorium entschließen mußte.[5]) Schließlich war auch noch die Türkenhilfe abgelehnt worden, so daß auf allen Seiten völlige Übereinstimmung in der Beurteilung des

[1]) Au. A. Kredenz Karls vom 6. August. Vgl. auch Nuntiaturberichte VIII, 620.

[2]) Au. A. Maier an die Dreizehn 4. August.

[3]) A. A. Helmann an den Rat 30. Juli, Ma. A. Räte an Philipp 30. Juli.

[4]) Vgl. Bucers Urteil bei Schieß II, 376 und Kannengießer S. 88 f.

[5]) Kannengießer S. 87.

eigentlichen Erfolges dieses Reichstages herrschte. So schrieb Wolf Haller an die Königin Maria einen Tag nach Verlesung des Abschiedes, es sei jetzt ebenso, als ob man nicht bei einander gewesen wäre. In gleicher Weise faßte der Augsburgische Vertreter das Ergebnis auf; nachdem er den Schluß dieses „langwierigen“ Reichstages berichtet hat, fügte er pessimistisch hinzu, Gott wolle mit mehr Frucht, als es sich gleichwohl meines geringen Verstandes noch ansehen läßt.[1])

Trotz dieses negativen Ergebnisses wohnt aber diesem Reichstage doch eine große positive Bedeutung bei. Allerdings kann sie nicht in der Richtung liegen, daß für Karl dieser Reichstag „der letzte Versuch gewesen war, die Abgefallenen durch gütliche Verhandlungen wieder zu gewinnen“,[2]) denn Karl, der von seinem Bruder und Granvella hinreichend über die alte Hartnäckigkeit seiner Gegner und ihre Zurückweisung des Konzils unterrichtet worden war, kam mit der festen Absicht nach Worms, die Verhandlungen ohne große Zugeständnisse seinerseits nur hinzuziehen, um seine Kriegsvorbereitungen zu beenden und dann sofort den entscheidenden Schlag zu führen. Geschichtlich wichtig ist vielmehr dieser Reichstag dadurch, daß sich jetzt im allgemeinen die Überzeugung verbreitete, der Krieg sei nicht mehr zu vermeiden und die Entscheidung stehe nahe bevor.[3]) Insbesondere wußten jetzt die Protestanten genau, was ihnen zugedacht gewesen war und also auch für die Zukunft bevorstand. Es war die Schicksalsfrage für sie, ob sie nunmehr auf Grund dieser Erkenntnis die notwendigen Folgerungen mit tatkräftiger Entschiedenheit und fester Einmütigkeit zu ziehen fähig sein würden.

Der Reichstag zu Regensburg 1546.

„Es ist ein alter Brauch, daß ein Reichstag den andern verursache“, schrieb nach Beendigung des Wormser Reichstages

---

[1]) Br. A. Wolf Haller an Maria 5. August; Au. A. Scherer an den Rat 8. August.

[2]) Kannengießer S. 88. Ebensowenig trifft Janssens Behauptung zu, daß Karl bei seiner Ankunft in Worms am 16. Mai „noch immer zu einer Vermittlungspolitik bereit war“, vgl. Janssen III, 590, vgl. auch dagegen Mentz II, 413.

[3]) Vgl. Kannengießer S. 88, Janssen III, 605 und Hasenclever, Politik der Schmalkaldener S. 1.

Herzog Moritz an seinen Schwiegervater.[1]) In der Tat war denn auch in Ferdinands Wormser Proposition vom März auf einen neuen Reichstag Bezug genommen worden, auf dem gegebenen Falles die Religionsfrage nebst der Offensivhülfe und der Regelung des Sessionsstreites zur Beratung kommen sollte.

Freilich mußten erst noch zwei Vorfragen erledigt werden. Der pfälzische Kurfürst erhob mit Erfolg Protest dagegen, daß die Ansetzung des neuen Reichtages mit Zustimmung aller Stände geschähe, während dies doch ein Vorrecht der Kurfürsten wäre, in deren Präeminenz die andern sich zu Unrecht, wie der Kaiser selbst schon in Speier anerkannt habe, eindrängen wollten. Dann schien einen Augenblick einmal anstelle von Regensburg Augsburg als Ort für den Reichstag in Aussicht genommen zu sein, was den Augsburger Rat wieder, wie bei der gleichen Möglichkeit vor dem Speierer Reichstage, äußerst erregte ,denn er fürchtete von der Anwesenheit des kaiserlichen Hofes schwere Schädigung für den Protestantismus der Stadt, . Indessen ging mit Hilfe des Kurfürsten von der Pfalz diese Sache auch diesmal für Augsburg glücklich aus, da in Worms beschlossen wurde, den neuen Reichstag für den 6. Januar 1546 nach Regensburg zu berufen.[2])

Jedoch konnte dieser Zeitpunkt nicht inne gehalten werden, da ja das Religionsgespräch, das dem Reichstage vorausgehen sollte, verschoben wurde. Der argen Ungewißheit, was werden sollte,[3]) machte endlich Karls Ausschreiben an alle Stände vom 31. Januar 1546 ein Ende, das den Reichstag bis zum 15. März verschob, dann aber das persönliche Erscheinen der Fürsten verlangte und den eigenen Aufbruch nach Regensburg für Anfang Februar in Aussicht stellte. Um diese Zeit

---

[1]) Brandenburg, Korrespondenz II, 314.

[2]) Roth III, 290f. und 297f., Be. A. Prot. vom 27. März; Au. A. Maier an Bürgermeister und Baumeister 22. Juli, deren Antwort vom 28. Juli; Maier an die Dreizehn 4. August. Ob die Bemühungen des Kardinals von Augsburg, der nach dem Berichte des Augsburgischen Gesandten Dr. Maier vor allem für die Verlegung des Reichstages nach Augsburg eintrat, wirklich völlig ernst gemeint waren, vermag ich nicht zu sagen; jedenfalls entsprachen sie nicht Karls wahren Absichten.

[3]) Calv. Op. X, 275; Kolde, Analecta Lutherana S. 426; Vogt, Bugenhagen S. 345f.; Ha. A. Nachricht vom kaiserlichen Hofe 24. Januar.

gingen auch tatsächlich bereits die kaiserlichen Kuriere nach Regensburg, um für ihren Herrn dort Quartier zu besorgen.[1])

Inzwischen hatte das Colloquium begonnen; jedoch von Anfang an war es zur Erfolglosigkeit verurteilt.[2]) Schon die Auswahl der katholischen Teilnehmer, die im Gegensatz zum Regensburger Gespräch von 1541 zu den schärfsten und hitzigsten Vertretern der kirchlichen Ansprüche gehörten, ließen kaum eine Hoffnung übrig. Da auch die Protestanten sich von vorneherein keinen Erfolg versprachen und während des Gespräches ebenfalls fest und energisch ihren Standpunkt vertraten, so daß sich Malvenda bei dem Bischof von Arras über ihre Unverschämtheit und Arroganz beklagte,[3]) kam es bereits im März zum Abbruch der Verhandlungen. Nichts ist für die Stimmung der protestantischen Colloquenten beim Aufbruch von Regensburg bezeichnender als die Worte von Brenz: „Herr, dich loben wir, daß Du gelöst hast die Banden der unsrigen, welche durch den Trug und die Bosheit der Gottlosen, des Papstes und seiner Genossen in Regensburg verstrickt waren.“[4])

Bei diesem Ausgang des Religionsgespräches eröffneten sich nicht eben günstige Aussichten für den Reichstag. Als der Kaiser selbst mit fast vierwöchentlicher Verspätung am 10. April in Regensburg eintraf,[5]) fand er von den schmalkal-

[1]) Ba., Be., C., Fr., Ha., Ma., M. St. A., St. A. und W. A. Ausschreiben Karls vom 31. Januar. Vgl. auch Karls Schreiben vom 30. Januar an Ferdinand bei Druffel, Beiträge zur Reichsgeschichte 1546—51, Bd. I, 1 in dem er seine Ankunft für Ende März bereits jetzt als fraglich hinstellte. Nach einer Nachricht vom kaiserlichen Hofe vom 10. Februar im Ha. A. wurde das Ausschreiben erst Mitte Februar abgesandt; daher erklären sich auch die späten Präsentationsvermerke, so im Ba. A. 13. März, im Be. A. 10. März, im Fr. A. 7. März, im Ha. A. 1. März, im Ma. A. 4. März und im M. St. A. 28. Februar.

[2]) Das Genauere vgl. bei v. Cämmerer S. 33 ff., zur Ergänzung Roth, Der offizielle Bericht der von den Evangelischen nach Regensburg Verordneten 1546 im A. f. R. G., Jahrgang 1908, S. 1 ff. und 375 ff. und Schultze, Das Tagebuch des Grafen Wolrad II. zu Waldeck zum Regensburger Religionsgespräch 1546, ebenda Bd. VII, 135 ff. und 294 ff.

[3]) Br. A. Granvella an Karl 7. April.

[4]) V. Schultze, Waldeckische Reformationsgeschichte S. 156 und A. f. R. G. VII, 343.

[5]) Forsch. z. dtsch. Gesch. V, 579; Gachard, Vandenesse S. 331 f.; Druffel, Monumenta Tridentina I, 477 A. 1; Nuntiaturberichte IX, 1 A 2; Zeitschr. f. K. G. 18, 607.

dischen Fürsten noch keinen vor. Einmal lag dies an der alten Saumseligkeit der deutschen Stände überhaupt. Nichts zeigt dies klarer, als ein Schreiben des markgräflich-brandenburgischen Rates an den Statthalter und die Räte zu Ansbach. Diese hatten ihm das kaiserliche Ausschreiben samt ihrem Gutdünken zur Begutachtung übersandt. Ganz offen erklärte er ihnen, seiner Ansicht nach werde der Reichstag nicht so bald anfangen, wofür er sich auf alle früheren Ausschreiben berief, im Gegensatz zu denen der Reichstag dann auch viel später begonnen habe. Daher kam er zu dem Schluß, daß sein Herr zur Sendung von Vertretern noch Zeit genug haben werde, wenn er „anderer Gestalt denn in einem solchen gemeinen Mandat erfordert werde".[1]) Ausschlaggebend war aber diesmal für die Protestanten noch ein zweiter Grund. Es war die immer mehr sich steigernde Gewißheit unter der Mehrheit von ihnen, daß dies Jahr für sie die Entscheidung bringen werde.[2]) Dementsprechend war auch wirklich der Bundestag zu Frankfurt, der für ihre Zukunft von der größten Wichtigkeit werden mußte, ungewohnt zahlreich besucht worden, aber eine Entscheidung, wie sie die gefährliche Lage erforderte, hatte er nicht gebracht. Auch jetzt noch, wo der Kaiser gegen sie die Waffen wenden zu wollen schien, konnten sie ihre alte Scheu vor der kaiserlichen Autorität nicht überwinden.[3]) Hatten sie sich demnach auch zu einem der gefahrvollen Lage entsprechenden entschiedenen Entschluß nicht aufschwingen können, so waren sie doch keineswegs entschlossen, dem kaiserlichen Wunsche nachzukommen und persönlich den Reichstag zu besuchen. Gerade darauf drang Karl aber immer energischer. Bereits fünf Tage nach seiner Ankunft erließ er ein neues Ausschreiben an die Stände, in dem er sie ernstlich im Hinblick auf die Wichtigkeit der bevorstehenden Verhandlungen zum Kommen ermahnte. Er gab ihnen auch zu bedenken, daß,

[1]) Ba. A. Schreiben Rechenbergs vom 18. März.

[2]) Lenz, Die Kriegführung der Schmalkaldener gegen Karl V. an der Donau in der Hist. Zeitschr. Bd. 49, S. 387 f.; Hasenclever, Politik der Schmalkaldener S. 4; Brosch, Zu den Konflikten Karls V. mit Paul III. in den M. d. J. f östr. Gesch. Bd. 23, 137 f. Vgl. auch Kolde S. 426 und Brandenburg, Korrespondenz II, 482 f.

[3]) Das Nähere über den Frankfurter Bundestag vgl. bei Hasenclever, Politik der Schmalkaldener S. 100 ff. und Mentz II, 431 ff.

wenn jetzt die religiöse Frage nicht erledigt werde, noch mehr Mißtrauen und Unordnung im Reiche entstehen würde. Zum Schluß versetzte er noch seinen Gegnern einen Hieb; öffentlich schob er ihnen hier alle Schuld an dem Scheitern des Colloquiums zu, da sie „ganz geschwinder unversehener Dinge von hinnen gerückt und abgewichen seien, dadurch sich die ganze Handlung des Colloquiums ihrethalben diesmal zerschlagen habe".[1])

Aber Karl erreichte seine Absicht nicht. Von den schmalkaldischen Fürsten traf keiner ein, auch ihre Gesandten tauchten nur langsam und vereinzelt auf. Aber selbst auf katholischer Seite ließ man sich Zeit. Bei seiner Ankunft hatte Karl von Geistlichen nur zwei Bischöfe vorgefunden, und es bedurfte erst noch besonderer Ermahnungen, um die katholischen Fürsten zum persönlichen Erscheinen zu veranlassen.[2]) So wurde der Bischof von Würzburg nicht nur von Naves, sondern auch vom Kardinal Otto von Augsburg zum schnellen Kommen ermahnt. Der letztere schloß sein Schreiben mit den bedeutungsvollen Worten, der Bischof solle bedenken, daß an diesem Reichstage vor allem den Geistlichen viel und wichtiges ge-

---

[1]) Lenz II, 430 A. 6 und v. Caemmerer S. 66. Auch dies Ausschreiben vom 15. April ist wie das erste vom 31. Januar in den meisten der oben erwähnten Archive vorhanden. Außer diesen beiden allgemeinen Ausschreiben zum Reichstage habe ich keine mehr in den Akten gefunden; damit erledigen sich die Bemerkungen Friedensburgs in den Nuntiaturberichten IX, S. 6 A. 1. Das zweite Schreiben vom 15. April wurde ebenfalls erst später abgesandt, nach einem Bericht der Cölner Gesandten vom 5. Mai im C. A. erst am 20. April. Damit stimmt auch Granvellas Meldung in den Nuntiaturberichten IX, 9 A. 2; ebenso erklärt sich daraus der späte Präsentationsvermerk vom 7. Mai im C. A.

[2]) Venetian. Depeschen vom Kaiserhofe I, 443 f. und 459 f.; Druffel, Der Elsässer Augustinermönch Johannes Hoffmeister und seine Korrespondenz mit dem Ordensgeneral Hieronymus Seripando S. 182 f; Z. f. K. G. XVIII, 607 f. Ob Karl die Schmalkaldener vor allem deshalb zum persönlichen Erscheinen gedrängt hat, um ihre Häupter in Regensburg gefangen zu nehmen, darüber habe ich in den Akten nichts gefunden. Jedoch neige ich mich in Übereinstimmung mit Baumgarten, Zur Geschichte des Schmalkaldischen Krieges in den Hist. Z. Bd. 36, 36 dieser Ansicht zu. Verstärkt wird diese Vermutung durch die Meldung Navageros bereits aus dem Herbst 1545, daß Karl Sachsen und Hessen auf dem Reichstage festhalten lassen werde, vgl. Nuntiaturberichte VIII, 670 und M. d. J. f. österr. Gesch. Bd. 23, 137. Daß die kaiserliche Politik vor einer derartigen hinterlistigen Tat nicht zurück-

legen sei.[1]) Schließlich verursachte noch Ferdinands Fernbleiben den größten Aufschub, auf dessen Erscheinen er vor Ende Mai nicht rechnen konnte und ohne den er die schwerwiegenden Entschlüsse doch nicht fassen wollte.[2])

Die Zwischenzeit benutzte Karl, dem die Gicht wieder zu schaffen machte, zu einer „Holzkur", die ihm so gut bekam, daß er, wie es der Kardinal von Augsburg meldete, frischer und wohler denn je sich fühlte, obgleich er äußerlich stark ergraut und im Gesicht eingefallen war. Darauf begab er sich, weil die Stände immer noch spärlich genug eintrafen, am 10. Mai für einige Tage nach Straubing zur Jagd.

Inzwischen erschienen endlich mehr Vertreter in Regensburg,[3]) wohl nicht nur auf Grund von Karls letztem Ausschreiben, sondern auch weil er durch Granvella und Naves den bereits Anwesenden bei jeder Gelegenheit sein starkes Mißfallen über die Saumseligkeit hatte ausdrücken lassen.[4]) Mitte Mai, als Karl

schreckte, beweist nicht nur die spätere Gefangennahme Philipps, sondern auch die Tatsache, daß Karl bereits in Worms 1545 die Absicht gehabt hat, sich des Cölner Erzbischofs mit Gewalt zu bemächtigen, vgl. Nuntiaturberichte VIII, 259, 267 und 279. Gerade das Scheitern seiner Absicht in Regensburg würde es denn auch erklären, warum Granvella den sächsischen Gesandten bei seiner Audienz offen den Unmut Karls über das Ausbleiben des Kurfürsten fühlen ließ, vgl. Ranke IV, 206 und Br. A. Minkwitz an Sachsen 30. April.

[1]) W. A. Naves an den Bischof 29. April, Otto von Augsburg an denselben 29. April.

[2]) Druffel, Beiträge I, 1 f., 7 f. und 10 f.

[3]) Heyd III, 329; Druffel, Mon. Trid. I, 519; Nuntiaturberichte IV, 34 A. 2 und 36 A 1; Brandenburg, Korrespondenz II, 598; Schieß II, 441; Br. A. Veltwyck an Maria 1. Mai; Minkwitz an Sachsen 9. Mai; St. A. Räte an Ulrich 2. Mai nebst Verzeichnis der Anwesenden, und Ulrich an die Räte 5. Mai; C. A. Helmann an den Rat 5. und 14. Mai; Au. A. Ges. an den Rat 3. Mai nebst Verzeichnis der Anwesenden und 11. Mai; Ma. A. Räte an Philipp 9. Mai nebst Verzeichnis der Erschienenen.

[4]) Br. A. Minkwitz an Sachsen 30. April; C. A. Helmann an den Rat 5. Mai; Ma. A. Räte an Philipp 9. Mai; Au. A. Ges. an den Rat 11. Mai. Neben dem sächsischen Vertreter, dem, wie oben erwähnt, besonders Granvella offen sein Mißfallen zu erkennen gab, war es den hessischen Räten gegenüber Naves, der ihnen voller Entrüstung erklärte, es sei für den Kaiser schimpflich, hier so lange zu warten. Der Kurfürst von Sachsen gab auf Granvellas Unwillen wenig, da er ein „geschwinder Mensch" sei, Br. A. Sachsen an Minkwitz 8. Mai.

wieder nach Regensburg zurückkehrte, war endlich eine ganze Reihe von Ständen vertreten; unter den Katholiken, die durchaus überwogen, war sogar eine nicht unbeträchtliche Zahl von Fürsten, namentlich Geistlichen, persönlich erschienen. Von den Schmalkaldenern wàr aber kein Fürst persönlich anwesend, und wenn auch die Meinung, die am kaiserlichen Hofe sich verbreitete, daß die Protestanten nur Leute geringen Standes hergeschickt hätten, übertrieben war, so ließ jedenfalls ihre Zahl wie Vertretung im Vergleich zu früheren Reichstagen sehr viel zu wünschen übrig.[1])

Jedoch nicht nur bei Karl erregte diese geringe Anzahl der Schmalkaldener Ärger, auch für sie selbst hatte sie unangenehme Folgen, da bereits jetzt für sie wichtige Angelegenheiten zur Entscheidung drängten. Zunächst hatte ihnen die Ermordung des Diaz gezeigt, wessen der Fanatismus fähig war. Die Protestanten waren aber keineswegs geneigt, sich ruhig diese Tat gefallen zu lassen, da sie hierin mit Recht einen Angriff auf ihre Religion erblickten. Daher wandten sich die Nächstbeteiligten, die Pfälzer, an den Landgrafen und baten ihn, zusammen mit den andern Ständen diese Angelegenheit auf dem Reichstage zur Sprache zu bringen. Bereitwillig kam der Landgraf diesem Ersuchen nach und beauftragte seine Räte damit, wie es gleicherweise auf Philipps Wunsch Sachsen tat.[2])

Hierzu kam eine zweite Frage. Wie erwähnt, hatte der Kaiser in seinem zweiten Ausschreibens die Schuld an dem Scheitern des Colloquiums den Protestanten zugeschoben. Unmög-

---

[1]) Nuntiaturberichte IX, 36 A. 1; Venet. Depeschen I, 495 f.; Würtembergische Geschichtsquellen VI, 302; Br. A. Minkwitz an Sachsen 12. Mai; Au. A. Ges. an den Rat 15. Mai; Ma. A. Räte an Philipp 15. Mai nebst Zettel; St. A. Räte an Ulrich 20. Mai. Von den Schmalkaldenern waren am 15. Mai nur Sachsen, Hessen, Würtemberg, Straßburg, Augsburg und Ulm vertreten. Von den sächsischen Gesandten war vorläufig nur Minkwitz anwesend, der am 26. April angekommen war, vgl. Minkwitz an Sachsen 30. April im Br. A. Burkhardt traf erst Ende Mai ein, wurde aber gleich krank, vgl. sein Schreiben vom 1. Juni im Br. A.

[2]) Über die Ermordung des Diaz vgl. das Nähere bei Ranke IV, 279 f., Egelhaaf II, 457 f. und Roth III, 339 f. Dazu Ma. A. Pfalzgraf Friedrich an Philipp 28. April, Ottheinrich an Philipp 28. April, Philipp an die Räte 5. Mai, Br. A. Sachsen an die Räte 11. Mai.

lich konnten sie diesen Vorwurf unerwidert lassen, und so hatte bereits ein reger Briefwechsel über diesen Punkt stattgefunden, dessen Ergebnis ebenfalls die Verschiebung dieser Sache auf den Reichstag war. Ebenso bedurfte die Konzilsfrage einer endgültigen Regelung im Anschluß an die Frankfurter Versammlung, wo man die Abfassung einer ausführlichen Rekusationsschrift beschlossen und auch schon wesentlich hatte ausführen lassen.[1])

Die für die Protestanten wichtigste Frage aber war, wie man sich den kaiserlichen Rüstungen gegenüber verhalten sollte. Vor allem war es hier wieder der Landgraf, der unermüdlich auf Gegenmaßnahmen drängte. Die äußere Veranlassung hierzu bot für ihn die Tatsache, daß die Wartezeit der auf Grund des Frankfurter Abschiedes für den Bund verpflichteten 800 Reiter für 500 von ihnen am 31. März ablief, während die der übrigen 300 noch bis zum 15. Juli ging. Philipp beauftragte daher am 28. April seine Räte, hierüber bei den Bundesständen eine schnelle Entschließung herbeizuführen, damit diese Reiter nicht von den Gegnern angeworben und damit das platte Land vor Verwüstung geschützt würde.[2]) Hierzu kamen noch Meldungen über Rüstungen des Markgrafen Albrecht von Brandenburg, deren Zweck den Schmalkaldenern bedenklich erschien. Daher ersuchten die hessischen Räte am 15. Mai im Hinblick auf diese Werbungen die übrigen Bundesmitglieder um ihre Ansicht, ob die Reiter weiter zu behalten seien. Aber obwohl man trotz allen Ableugnens Karls vertraulich erfahren hatte, daß diese Truppenansammlungen ihm zu gute kommen sollten, war man doch nicht zur Erfüllung von Philipps Bitte geneigt. Man schob die geringe Anzahl der anwesenden Vertreter vor, verschanzte sich hinter Befehlslosigkeit und beschloß nur, Bescheid einzuholen.[3]) Man hatte eben nichts gelernt, und die Ansicht blieb vereinzelt, daß, wenn die Protestanten sich ordentlich rüsteten, die Sache

[1]) Lenz II, 428 ff. und 437 ff und Mentz II, 433 und 439 f. Br. A. Sachsen an die Räte 1. Mai; Ma. A. Philipp an die Räte 16. Mai.

[2]) Lenz, Kriegführung S. 399 und Mentz II, 434 f. Ma. A. Philipp an die Räte 28. April Zettel und 22. Mai 2. Nachschrift, als Ergänzung hierzu die ausführliche Begründung Philipps bei Lenz II, 448 f.

[3]) Ma. A. Räte an Philipp 15. April und Prot. vom 15. Mai; Au. A. Ges. an den Rat 15. Mai; Br. A. Minkwitz an Sachsen 15. Mai; St. A. Räte an Philipp 20. Mai.

zum Frieden kommen und ein Schwert das andere in der Scheide behalten werde.[1]) Man kann es dem Landgrafen, dem es Ernst mit seinem Wort war, er wolle für den Bund zusammen mit den anderen sein ganzes Vermögen einsetzen, durchaus nachfühlen, wenn er gegen seine Vertrauten Sturm und Bucer sich in bittersten Klagen über den Wandel der Zeiten, den Kleinmut und die falsche Sparsamkeit im Bunde erging; prophetisch bemerkte er bereits, die Stände würden ihr Geld nur für die Feinde sparen.[2]) Er war und blieb der einzige, der sich rührte. Er ließ vor dem Kaiser das Gerücht, daß er mit dem Kurfürsten von Cöln die Stadt Cöln einnehmen wolle,[3]) als völlig unbegründet darlegen[4]) und die protestantischen Stände in Regensburg, die inzwischen durch Anhalt, Hamburg und Eßlingen verstärkt worden waren, von neuem dringend ersuchen, wenigstens einen Teil der Reiter zu unterhalten. Aber obwohl Kunde von kaiserlichen Werbungen bei dem fränkischen Adel gekommen war und man bereits als sicher erfahren hatte, daß die Werbungen Albrechts von Brandenburg gegen die Protestanten gerichtet seien, daß ebenso der Papst für den Kaiser rüste, so hielt man doch mit Ausnahme von Augsburg, das eine geringe Summe für die Reiter aufwenden wollte, an dem ablehnenden Standpunkte fest.[5]) Das schlimmste aber war, wie es auch die hessischen Räte bitter beklagten, daß die sächsischen Vertreter in dieser Angelegenheit nicht gemeinsam mit ihnen vorgingen. Wenn diese auch gute Kundschaft und Vorkehrungen für nötig hielten, so erklärten sie trotzdem, der Reiter wegen keinen Befehl zu haben.[6]) So war man Ende Mai, obwohl die Gefahr

[1]) Au. A. Ges. an den Rat 3. Mai, Beilage.

[2]) Lenz II, 441.

[3]) Ma. A. Räte an Philipp 16. Mai; Philipp an die Räte 19. Mai.

[4]) Ma. A. Philipp an die Räte 15. Mai. Postscr. und 22. Mai nebst Kredenz für Günterode und Aitinger vom 22. Mai, vgl. auch Mentz II, 462.

[5]) Ma. A. Räte an Philipp 28. Mai und Prot. vom 28. Mai; Au. A. Räte an Bürgermeister und Baumeister 28. Mai; Br. A. Räte an Sachsen 28. Mai Zettel.

[6]) Ma. A. Räte an Philipp 24. Mai; Philipp an die Räte 29. Mai; vgl. auch Hasenclever, Die Politik Kaiser Karls V. und Landgraf Philipps von Hessen vor Ausbruch des schmalkaldischen Krieges S. 52 A. 1. Sachsens zustimmenden Bescheid vom 22. Mai hatten demnach seine Räte noch nicht erhalten, vgl. Mentz II, 462 A. 3.

immer unverhüllter ihr Antlitz zu zeigen begann, in dieser wichtigen Frage der Gegenwehr dank der eigenen Kurzsichtigkeit auch nicht einen Schritt weiter gekommen.

Nicht viel besser stand es zur selben Zeit mit den andern Fragen. Wegen der Entschuldigung der Colloquenten waren zwischen den Führern des Bundes Meinungsverschiedenheiten ausgebrochen. Philipp trat im Anschluß an das Bedenken der Straßburger außer der Entschuldigung für ein neues Religionsgespräch ein, nicht etwa nur deshalb, weil Karl selbst um Angabe neuer Wege zur Religionsvergleichung ersucht hatte, sondern weil er dadurch Zeit zu gewinnen hoffte, bis der schmalkaldische Bund durch Aufnahme neuer Mitglieder erweitert sei und er so besser gerüstet den Gegnern entgegentreten könnte. Dagegen trat Sachsen im Anschluß an die Ansicht der Wittenberger nur für die Entschuldigung ein, ohne um ein neues Gespräch zu bitten. Am 23. Mai stand dieser Punkt zur Beratung; man beschloß zuerst nur, beide Entwürfe abschreiben zu lassen. Als man vier Tage darauf wieder zusammenkam, zeigte es sich bereits, daß die Mehrheit gegen ein neues Colloquium war, aber man verschob noch den endgültigen Entschluß, da man erst die Ansicht der übrigen, nicht dem Bunde angehörigen Protestanten hören wollte.[1] Ebenso wenig hatte man Ende Mai die Konzilsfrage erledigt; die Rekusationsschrift war noch nicht fertig gestellt.[2] Dagegen kam man noch am vorletzten Mai zu einer Beschlußfassung über die Angelegenheit des Diaz. Um eine feste Grundlage zu haben, hatte man sich zunächst an die Regierung zu Neuburg um einen ausführlichen Bericht gewandt. Darauf fand am 29. Mai eine Versammlung aller Protestanten statt. Da man einmütig der Ansicht war, bei Karl in dieser Sache vorstellig zu werden, so setzte man einen Ausschuß ein, der bereits am 30. Mai sein Bedenken den Ständen

---

[1]) C. R. VI, 129 f. und 135 f; Burckhardt, Luthers Briefwechsel S. 487 f; Hasendever, Die Politik Kaiser Karls V. und Landgraf Philipps S. 57 f. und v. Caemmerer S. 66 A. 5; Lenz II, 430 f., 438, 445 und 450; Neudecker, Aktenstücke S. 747 f. und 751 f. Mentz II, 452 f. Ma. A. Räte an Philipp 24. Mai; Philipp an die Räte 29. Mai; Br. A. Sachsen an die Räte 20. Mai und Räte an Sachsen 28. Mai; Au. A. Ges. an den Rat 26. Mai.

[2]) Ma. A. Räte an Philipp 24. Mai.

vorlas; diese erklärten sich damit einverstanden und beschlossen deshalb, bei Karl und Ferdinand um Audienz nachzusuchen.[1])

Hiervon abgesehen war also das Ergebnis ihrer bisherigen Beratungen für die Protestanten im Grunde ein klägliches. Gerade in der wichtigsten Frage, der der Gegenrüstungen, war es zu keinem Beschluß gekommen, obwohl es, wie Philipp und seine Räte klar erkannten, noch nie so nötig wie jetzt gewesen wäre. Bekümmert und besorgt klagte Günterode, der Streit zwischen Gott und dem Teufel sei so weit gekommen daß die Protestanten in kurzem viele Beschwernisse zu besorgen haben müßten, da die Gegenpartei sich fortwährend rüste und überall ihren Vorteil wahrnehme, während es den Protestanten schwer werde, so viele Köpfe unter einen Hut zu bringen. Auch ihre starke Abneigung gegen größere Ausgaben, die geringe Anzahl der Erschienenen und, wie es Philipp auch bereits festgestellt hatte, eine teilweise Mattigkeit und ein förmliches Erkalten in der Behandlung der Bundesangelegenheiten erweckten ihm tiefe Besorgnis.[2]) Trotzdem ließ Philipp den Mut nicht sinken. Als sich seine Räte über die mangelnde Unterstützung der Sachsen beklagten, sprach er ihnen in einfachen schlichten Worten Trost zu, in denen sich Gottvertrauen und mannhafte Gesinnung aufs schönste paarten. Er sagte ihnen zu, bei dem Kurfürsten um Abstellung dieser Beschwerden zu bitten, und „obschon wir oder die unsern," so fügte er hinzu, „nicht viel Dank und Glimpf erlangen, wenn wir die Wahrheit allein anzeigen und es Gottes und der Verständnis Sachen zum besten tun, auf daß man bei Gottes Wort und der Freiheit der deutschen Nation bleiben möge, so liegt uns nicht viel daran; denn folget man, wohl und gut; wo nicht, so haben wir doch das unsere getan."[3])

Während so die Protestanten die kostbare Zeit fast ungenützt verstreichen ließen, „feierte der Widersacher nicht".[4])

---

[1]) Ma. A. Räte an Philipp 24. Mai und Protokoll vom 29. und 30. Mai; Fr. A. Protokoll des Orth zum Jungen vom 29. Mai; Au. A. Ges. an Bürgermeister und Baumeister 30. Mai; Br. A. Räte an Sachsen 1. Juni.

[2]) Ma. A. Philipp an die Räte 29. Mai; Günterode an Philipp 29. Mai.

[3]) Ma. A. Philipp an die Räte 29. Mai.

[4]) Ma. A. Günterode an Philipp 29. Mai.

Vor allem war Ferdinand jetzt zur Stelle, der noch von Breslau aus dem Kaiser seine volle Zustimmung zu dessen kriegerischen Plänen ausgesprochen hatte[1]) der am 28. Mai in Regensburg eingetroffen war und nun ihr eifrigster Förderer wurde.[2]) Keineswegs kam seine Ankunft den Schmalkaldenern überraschend, vielmehr hatten sie sie bereits vorher erwartet. Ebenso vermuteten sie auch, daß sein Erscheinen den Beginn des Reichstages bedeute, und mit Recht.[3]) Nachdem am 30. Mai Herzog Wilhelm von Baiern und vorher auch noch einige protestantische Städte wie Frankfurt und Nördlingen erschienen waren,[4]) konnte noch der Kaiser jetzt an die Eröffnung des Reichstages gehen, aber keineswegs auch an die des Krieges, denn seine Vorbereitungen dazu, die politischen wie die militärischen, waren noch nicht zum Abschluß gediehen, so daß wie in Worms die Reichstagsverhandlungen dem Kaiser nur dazu dienen sollten, die Gegner durch scheinbares Entgegenkommen so lange hinzuhalten, bis er sein wahres Antlitz ihnen zeigen konnte.[5])

Es war begreiflich, daß man auf protestantischer Seite der kaiserlichen Proposition mit der größten Spannung entgegensah. Bereits Minkwitz hatte bald nach seiner Ankunft Ende April Naves über diesen Punkt ausholen wollen; dieser hatte aber nur ganz all-

---

[1]) Lettenhove, Commentaires 119; Bucholtz V, 475; Ranke IV, 297. Kannengießer, Karl V. und Maximilian Egmont, Graf von Büren, S. 15; Nuntiaturberichte IX, VI, 54 A. 1 und 567 ff; vgl. auch Avila, Bellum Germanicum, lat. von Malinaeus, Straßburg 1620 S. 11.

[2]) Forsch. z. d. Gesch. I, 391 f.; Bucholtz V. 475; Droysen, Preuß. Pol. II b, 295.

[3]) Brandenburg, Korrespondenz II, 598; Br. A. Minkwitz an Sachsen 8. Mai; Au. A. Ges. an den Rat 11., 18. und 26. Mai; Ma. A. Räte an Philipp 28. Mai; St. A. Räte an Ulrich 20. und 26. Mai, Zettel. Die Bemerkung Nuntiaturberichte IX, 54 A. 1 hat für die Protestanten keine Geltung; sie waren über die bevorstehende Ankunft Ferdinands völlig orientiert, jedenfalls erwarteten sie ihn eher zu früh als zu spät.

[4]) Nuntiaturberichte IX, VII und 53. Au. A. Ges. an Bürgerm. und Baum. 30. Mai.

[5]) Mentz II, 457. Über die politische Lage im einzelnen und Karls zeitweises Schwanken, das aber nur vorübergehender Natur war und seinen Kriegsentschluß wohl noch für kurze Zeit vertagen, aber nicht mehr ernstlich hindern konnte, vgl. vor allem Lenz Kriegführung S. 389 ff.; Nuntiaturberichte IX, VI, ff. und v. Caemmerer S. 67.

gemein erklärt, die Proposition werde die Religion, Friede und Recht betreffen, und sich, da dieser Reichstag nur eine Fortsetzung des Wormser Reichstages sei, an die vorherige anschließen.[1]) Genaueres hatten die Protestanten in der langen Zeit des Wartens nicht erfahren; dafür waren im Mai, als die Eröffnung des Reichstages sich immer wieder hinausschob, die verschiedensten Gerüchte aufgetaucht. So meldeten die Augsburger, der Kaiser werde, wenn sich für ihn Schwierigkeiten auf diesem Reichstage ergäben, sofort Ferdinand nach dessen Ankunft mit seiner Vertretung betrauen und selbst nach Italien ziehen, wohin ihn hochwichtige Geschäfte riefen; ebenso berichteten die Nuntien, Karl wolle Regensburg verlassen und sich an einen andern sicheren Ort begeben.[2]) Aber diese Annahmen erwiesen sich als falsch. Der Kaiser blieb in Regensburg, und es begannen sofort nach Ferdinands Ankunft die Beratungen über die Proposition.[3]) Bevor diese aber noch abgeschlossen waren, kamen die Protestanten dem Kaiser mit einen Schritt zuvor, durch den sie endlich in einem Punkte sich zu tatkräftigem Handeln aufrafften. Ihrem Beschluß vom 30. Mai entsprechend übergaben sie dem Kaiser am 2. Juni eine längere Beschwerdeschrift über die Ermordung des Diaz, in der ausführlich der ganze Fall dargelegt und zum Schluß um die Bestrafung der Schuldigen gebeten wurde. Karl gab eine Antwort, wie sie nicht anders zu erwarten war. Schon der Umstand, daß die Protestanten erst nach mehrmaligem Ersuchen überhaupt in dieser Angelegenheit hatten Audienz erhalten können,[4]) hatte deutlich gezeigt, auf wessen Seite Karls Sympathien standen. Daher beschränkte er sich in seiner Erwiderung darauf, er wolle sich mit Ferdinand darüber unterreden. Und mußte nicht den Protestanten die Erwiderung Ferdinands, an den sie sich am folgenden Tage wandten, als der reine Hohn erscheinen, er wolle deshalb mit seinem Bruder Rücksprache nehmen?[5])

[1]) Br. A. Minkwitz an Sachsen 30. April.

[2]) Au. A. Ges. an den Rat 11. Mai; Nuntiaturberichte IX, 53f.

[3]) Br. A. Minkwitz an Sachsen 1. Juni. Nach diesem Bericht konnte man sich am 1. Juni noch nicht einigen.

[4]) Br. A. Räte an Sachsen 1. Juni.

[5]) Ma. A. Räte an Philipp 2. Juni; C. A. Helmann an den Rat 3. Juni; Au. A. Ges. an die Dreizehn 4. Juni; Fr. A. Ges. an den Rat 5. Juni; ebenda

Jedenfalls mag dieser ausweichende Bescheid ein Grund mehr für sie gewesen sein, jetzt um so energischer die Colloquiumsfrage zum Abschluß zu bringen. Am 4. Juni fand die entscheidende Sitzung statt. Aus der eingehenden Beratung ergab sich als sichere Tatsache, daß, wie es schon vorher sich gezeigt hatte, die Mehrheit gegen ein neues Colloquium war. Dagegen waren die Meinungen darüber geteilt, wann dies Schriftstück dem Kaiser überreicht werden sollte, ob vor oder nach der Proposition. Pfalz war mit einem Teil der Fürsten und Städte für den ersten Zeitpunkt, während Würtemberg mit etwa ebenso vielen anderen für den zweiten eintraten. Den Ausschlag gab die Entscheidung der sächsisch-hessischen Gesandten. Sie gingen von der Erwägung aus, daß, wenn diese Entschuldigung nicht vorher stattfinde, der Kaiser sie in seiner Proposition vielleicht noch heftiger angreifen würde; daher hielten sie die sofortige Erledigung dieser Frage für dringend nötig. Zu dem Zweck hatten die hessischen Räte aus den drei vorhandenen Bedenken, dem Straßburger, dem Wittenberger und dem auf dem Bundestag in Worms Ende April verfaßten, ein neues aufgesetzt, das bis zum 7. Juni völlig durchberaten sein sollte. Der Kaiser aber war schneller als die Protestanten; während sie noch zur Beratung über die Colloquiumsfrage versammelt waren, ließ er die Eröffnung des Reichstages bereits für den folgenden Tag, den 5. Juni, ansetzen, so daß die Protestanten ihre Absicht nicht ausführen konnten.[1])

In feierlicher Form wie stets fand sie statt.[2]) Im Auftrage des Kaisers wies der Kardinal von Augsburg zunächst noch vor der Proposition darauf hin, daß diesmal nur wenige

die Supplikation der Protestanten; Br. A. Räte an Sachsen 6. Juni, als Beilagen Karls Antwort vom 2. und Ferdinands vom 3. Juni.

[1]) Ma. A. Prot. vom 4. Juni, ebenso im Fr. A. Prot. vom 4. Juni; An. A. Ges. an Bürgerm. und Baum. 4. Juni; Br. A. Räte an Sachsen 4. Juni. Das Wormser Bedenken im Fr. A.; es spricht sich, falls Karl auf ein neues Colloquium dringe, unter der Bedingung dafür aus, daß erst alle Mängel des vorigen abgestellt, vor allem von Karl die Zustimmung der Katholiken erlangt werde.

[2]) Daß Karl nach Ferdinands Ankunft bis zum Beginn des Reichstages noch acht Tage verstreichen ließ, dafür geben die sächsischen Räte als Grund an, daß er nach Ansicht vieler erst die Ankunft Andelots aus Rom habe abwarten wollen, die erst am 3. Juni erfolgt sein sollte, vgl. Br. A. Räte an Sachsen 5. Juni.

Stände erschienen seien; er hoffe aber, daß noch mehr ankommen würden. Dann erfolgte durch Obernburger ihre Verlesung. An erster Stelle stand die religiöse Frage. Unter Hinweis auf die Ergebnislosigkeit des Regensburger Colloquiums verlangte der Kaiser, die Stände sollten über die religiöse Vergleichung, mit der ja die Punkte Friedens und Rechtens aufs engste zusammenhingen, nachdenken, damit endlich die verderbliche Religionsspaltung beseitigt und das gegenseitige Mißtrauen verringert werde; gleichzeitig erklärte er, kraft seines Amtes als christlicher Kaiser, seine Geneigtheit dazu. Der nächste Punkt betraf die Neubesetzung des Kammergerichts, dessen Unterhaltung für die nächsten sechs Jahre der Kaiser von den Ständen forderte. Darauf folgte die Mitteilung des Waffenstillstandes mit den Türken, der jedoch nach Ferdinands Ansicht von diesen so übel gehalten und unsicher sei, daß Karl im Notfall Unterstützung forderte. Zum Schluß erklärte er seine Bereitwilligkeit zur Behandlung der Fragen, die, wenn auch schon oft besprochen, immer wieder verschoben worden waren, die „Ringerung", der Anschläge, Errichtung einer Polizei, Schaffung einer Münze und Erledigung der Sessionsstreitigkeiten. Nochmals ergriff jetzt zum Schluß der Kardinal von Augsburg das Wort, um die Stände zunächst zur Beratung der drei wichtigsten Punkte, der Religion, des Friedens und des Rechtes, aufzufordern. Mit der üblichen Bitte der Stände um Abschrift der Proposition, die der Mainzer Kanzler mit dem Bemerken vortrug, die Stände hätten aus der Proposition Karls gnädigen, väterlichen, guten Willen gemerkt, und der Bewilligung dieses Ansuchens durch den Kardinal endete diese ganze Feierlichkeit.[1])

Die Proposition klang so friedlich,[2]) daß die in Karls eigentliche Pläne nicht Eingeweihten ganz bestürzt wurden.[3])

---

[1]) J. Schmidt, Gesch. d. Deutschen I, 43 ff.; Ranke IV, 502 f.; Janssen III, 617; State Papers X, 210 ff.; Bucholtz V, 476; Leva IV, 65; Mentz II, 458; Nuntiaturberichte IV, 62 f; Br. A. Räte an Sachsen 5. Juni; Ma. A. Räte an Philipp 12. Juni. C. A. Helmann an den Rat 6. Juni und Prot. v. 5. Juni. Fr. A. Ges. an den Rat 5. Juni nebst der Proposition und Prot. vom 5. Juni. Au. A. Proposition vom 5. Juni nebst der Schlußrede des Augsburgers und Mainzers.

[2]) Vgl. auch Mencken III, 1380 f.

[3]) Nuntiaturberichte IX, 63 A. 2.

Auf protestantischer Seite jedoch war man im ganzen und großen durch die schönen Worte des Kaisers keineswegs beruhigt, man sah die Lage nach wie vor für sehr gefahrdrohend an. Vor allem stimmten zu diesen Friedensschalmeien nicht die dumpfen Töne der Werbetrommel, die, wie die Schmalkaldener immer wieder erfuhren, lauter und lauter überall und sogar in Regensburg selbst gerührt wurde.[1]) Sogar der Kurfürst von Sachsen, der bisher im Gegensatz zu Philipp die Lage weniger gefährlich angesehen hatte, trat jetzt im Hinblick auf die „sorgliche Zeit" mit diesem dafür ein, daß man die Reiter weiter unterhalten müsse. Um so mehr Grund glaubte Philipp hierzu zu haben, als er, wie er seinen Räten am Tage der scheinbar so friedlichen Proposition mitteilte, von gewaltigen Rüstungen in den Niederlanden gehört hatte; zugleich sprach er die Befürchtung aus, daß, falls Frankreich und England Frieden schlössen, diese Truppen gegen die Protestanten gerichtet werden könnten.[2])

Obwohl nach allem, was vorausgegangen war, eine gütliche Verständigung zwischen den Ständen über die Religionsfrage, wie sie Karl scheinbar gewünscht hatte, von vornherein aussichtslos war, wollten sich die Protestanten doch einem Versuche nicht entziehen. Sie begannen am 7. Juni in einer Vorversammlung Stellung zu der Proposition zu nehmen, um bei den gemeinsamen Verhandlungen geschlossen ihre Ansicht vertreten zu können. Die Kurfürsten und Fürsten waren dafür, daß entgegen der Proposition nicht die Religionsvergleichung an erster Stelle behandelt werde, da sie sich hiervon nichts versprachen, sondern die für sie wichtigste Frage, die Herstellung von Frieden und Recht. Die protestantischen Städte dagegen wollten, dem kaiserlichen Wunsche entsprechend, die religiöse Frage als erste beraten. Unter dem Zwange der Verhältnisse einigte man sich dahin, daß die drei Punkte, die ja aufs engste zusammenhingen, als ein Ganzes behandelt, daß aber neben der Erklärung ihrer Bereitwilligkeit zur Religionsvergleichung zunächst, im Gegensatz also zu den Wünschen des Kaisers, die

[1]) Au. A. Ges. an Bürger- und Baumeister 4. Juni.

[2]) Br. A. Sachsen an die Räte 2. Juni; Ma. A. Philipp an die Räte 29. Mai und 5. Juni, Zettel. Über Sachsens Haltung im einzelnen vgl. Mentz II, 459 f.

Erledigung von Friede und Recht gefordert werden sollte, wie man schon auf dem Frankfurter Bundestage vorgesehen hatte.[1])

Am nächsten Tage, dem 8. Juni, begannen die Beratungen in den drei Räten. Gleich bei den beiden ersten steigerten sich die Gegensätze bereits bis zum offenen Streit. Es handelte sich um die grundlegende Frage, ob man gemeinsam oder gesondert nach Religionsparteien die Verhandlungen führen sollte. Da ist es sehr bezeichnend, daß diesmal die katholischen Kurfürsten und Fürsten sich gar keine Mühe mehr gaben, den Riß, der jetzt schärfer denn je durch Deutschland ging, zu verschleiern; sie bemühten sich vielmehr sofort, offen die Spaltung herbeizuführen.[2]) Sie beriefen sich darauf, daß dieser Reichstag nur eine Fortsetzung des Wormser sei, man damals getrennt beraten habe und also hier das gleiche tun müsse, zumal die Religionsfrage sich wegen der zu befürchtenden steigenden Erbitterung für gemeinsame Erörterung nicht eigne. Zum Wortführer dieser Stimmung machte sich im Fürstenrat der Bischof von Passau, der Präsident und gleichzeitige Vertreter Ferdinands, der, wie er hevorhob, ebenfalls dieser Ansicht sei, und die Mehrheit stimmte ihm zu. Anders war es im Kurfürstenrat. Hier hatten die Protestanten das Übergewicht. Sie vertraten die Ansicht, dieser Reichstag sei ein neuer, denn es habe eine neue Proposition stattgefunden; sie forderten daher gemeinsame Beratung. In schroffster Weise traten hiergegen Mainz und Trier auf. Als am Nachmittag noch keine Einigung erzielt war, machten die katholischen Fürsten den Vorschlag, Karl die Entscheidung zu überlassen. Darauf gingen die Kurfürsten jedoch nicht ein. So teilte sich der Kurfürstenrat wie früher so, daß Mainz und Trier zu den Katholiken, die übrigen zu den Protestanten traten. Hierauf wurde die Beratung an diesem Tage eingestellt und das Ergebnis nur noch den Städten mitgeteilt.[3]) Unter ihnen hatte im Gegensatz zu den beiden ersten Räten noch keine Trennung stattgefunden. Einmütig beschloß man nach längerer

---

[1]) Fr. A. Prot. vom 7. Juni; ebenda die Frankfurter „Notel“ über die Beschlüsse in Frankfurt über die Religion, Friede und Recht, vgl. Mentz II, 440 f.

[2]) Collischon, Frankfurt a. M. im schmalkaldischen Kriege S. 24.

[3]) Ha. A. Prot. vom 8. Juni; St. A. Räte an Ulrich 13. Juni; Fr. A. Ges. an den Rat 16. Juni. Vgl. auch Ranke IV, 303 und Mentz II, 458.

Beratung, die bis zum Abend währte, für die weiteren Verhandlungen einen Ausschuß, bestehend aus Cöln, Straßburg, Frankfurt, Nürnberg, Augsburg und Ulm, einzusetzen. Als die Vertreter der Städte aber gerade das Rathaus verlassen wollten, erhielten sie die Beschlüsse der beiden fürstlichen Räte. Trotzdem die Städte lieber die gemeinsame Erörterung gesehen hätten, blieb ihnen dieser Mehrheit gegenüber nichts anderes übrig als sich zu fügen.[1])

Dementsprechend begannen am 9. Juni die Verhandlungen nach Religionsparteien. Noch bevor diese aber einsetzten, zeigte ein an und für sich unbedeutender Vorfall, wie weit die gegenseitige Erbitterung bereits gestiegen war. Die protestantischen Kurfürsten beanspruchten auf Grund ihrer Majorität die kurfürstliche Stube als Sitzungszimmer, was ihnen aber Mainz und Trier verweigerten. Bis in die zweite Stunde währte bereits der Streit. Schon wollten die beiden geistlichen Kurfürsten Karls Entscheidung anrufen, da einigte man sich schließlich, um die Sache nicht allgemein ruchbar werden zu lassen und um nicht den Kaiser mit einer solchen Bagatelle zu belästigen, dahin, beiderseits auf das Zimmer zu verzichten.[2]) Nach diesem halb komischen Intermezzo, das doch aber auch wieder seine ernste Seite hatte, konnten endlich die Beratungen beginnen, an denen auf katholischer Seite auch die drei Städte Cöln, Metz und Aachen teilnahmen. Hier vertrat auf die Frage des Mainzer Kanzlers, wie man sich zur Proposition stellen solle, der Trierer in längerer Ausführung den Standpunkt, daß dieser Reichstag nur eine Fortsetzung des vorigen sei; weil die Katholiken dort bereits dem Kaiser über die Hauptfragen ihre Ansicht mitgeteilt hätten, inzwischen aber nichts vorgefallen sei, was dieses Bedenken ändern könne, das Colloqium vielmehr ergebnislos verlaufen und das Konzil jetzt seinen Gang nehme, so solle man die Religionsvergleichung laut ihrer vorigen Antwort diesem überlassen. Gleichzeitig versäumte er nicht, Karl hierbei noch einen Hieb zu versetzen und ein etwaiges Colloquium von vornherein abzulehnen. Er wies darauf hin, daß diese Colloquia

---

[1]) Außer dem Protokoll vom 8. Juni im Ha. A. vgl. noch die Prot. vom 8. Juni im C. und Fr. A., im letzteren auch das oben erwähnte Schreiben vom 16. Juni und im Au. A. Ges. an den Rat 8. Juni.

[2]) Ha. A. Prot. vom 9. Juni; Au. A. Ges. an Herwart 9. Juni.

und Partikularverhandlungen wegen der Religion, wie sie Karl bis dahin versucht habe, stets ergebnislos verlaufen und nur zur Vergrößerung des Mißtrauens beigetragen hätten, daher seien solche „Nebenwege“ zu vermeiden, zumal dadurch die fremden Potentaten mit Mißtrauen gegen die deutsche Nation erfüllt werden könnten. Er schloß mit der energischen Aufforderung, den Kaiser zu veranlassen, die Protestanten zur Anerkennung und zum Besuch des Konzils zu zwingen und anzuhalten. Der folgende Redner, der Mainzer, schloß sich dieser Ansicht durchaus an. Auch er betonte, daß für die religiöse Frage „so viele recht gebaute Straßen“ vorhanden wären, daß man der „Nebenwege“ nicht bedürfe; ebenso verlangte er, man solle am Wormser Bedenken festhalten. Österreich, Baiern, der Deutschmeister und die anderen geistlichen Fürsten traten gleichfalls dafür ein. Nur Cleve äußerte sich mit diplomatischer Zurückhaltung. Einerseits erklärte sein Vertreter, sein Herr wolle gern alles tun, was zur Beilegung des Streites dienlich sei. Andererseits lehnte er es wieder ab, dem Kaiser in dieser wichtigen Angelegenheit einen Rat zu erteilen; zum Schluß fügte er aber wieder förmlich beschwichtigend hinzu, er zweifle nicht, sein Herr werde sich in dem, was Karl, Ferdinand und die Stände zur Ehre des Allmächtigen vornehmen würden, als ein gehorsamer christlicher Fürst halten. Deutlich verriet diese gewundene Erklärung, in welcher peinlichen Lage sich Herzog Wilhelm von Cleve als Schwager von Johann Friedrich und als zukünftiger Schwiegersohn von Ferdinand befand. Schon in der Sitzung vom 8. Juni hatte er unter den wenigen katholischen Fürsten sich befunden, die gegen die Trennung nach Religionsparteien aufgetreten waren;[1]) jetzt aber mußte er Farbe bekennen, und er tat es in dieser geschraubten Form, wie sie eben seine Stellung zwischen den beiden Parteien bedingte. So beschloß man einmütig auf katholischer Seite, einen Ausschuß zur genaueren Beratung der Antwort im Anschluß an das Wormser Gutachten einzusetzen.[2])

---

[1]) Ha. A. Prot. vom 8. Juni.

[2]) Ha. A. Prot. vom 9. Juni, zur Ergänzung das gleichzeitige Prot. im C. A. Zur Abfassung des Ratschlages wurden Vertreter von Baiern, Österreich, Straßburg, Weingarten und Cöln bestimmt.

Nicht so schnell verliefen die Beratungen der Schmalkaldener. Bevor sie aber noch in die eigentlichen Verhandlungen am 9. Juni eintraten, forderten sie die noch anwesenden protestantischen Fürsten, die dem Bunde nicht angehörten, zur Teilnahme auf, erhielten indessen teils ablehnende Antworten, wie von Hans und Albrecht von Brandenburg, teils aufschiebende wie von Herzog Moritz von Sachsen, der sie auf den folgenden Tag vertröstete, dann aber von neuem Ausflüchte machte, so daß man, ohne auf ihn noch länger zu warten, am 10. Juni in die Beratung eintrat.[1]) Betreffs der Verantwortung wegen des Colloquiums erklärten die hessischen Räte, daß bereits ein Konzept aufgesetzt sei, das den Ständen vorgelegt werden solle. Für die Beantwortung der Proposition wurde ein Ausschuß aus Cöln, Pfalz, Sachsen, Hessen, Würtemberg, Augsburg und Nürnberg gebildet, der im Anschluß an die auf dem Bundestage in Frankfurt aufgesetzte „Notel" einen Entwurf über Frieden und Recht aufzustellen hatte.[2]) Bevor jedoch die Schmalkaldener ihren Ratschlag dem Kaiser übergeben konnten, kamen ihnen die Katholiken zuvor. Am 12. Juni überreichten sie durch ihren Ausschuß, der um des äußeren Ansehens willen noch durch zwei geistliche Fürsten, die Bischöfe von Passau und Würzburg verstärkt worden war, dem Kaiser ihre Antwort. Durchaus im Anschluß an den Wormser Ratschlag wies sie als einziges bequemes fruchtbares Mittel zur Vergleichung der Religion auf das Konzil hin und bat, der Kaiser solle die Protestanten zu seiner Beschickung nnd Anerkennung mit Ernst zu veranlassen suchen; um ihnen jedoch diesen Entschluß zu erleichtern, möge Karl dafür sorgen, daß die Protestanten auf dem Konzil auch gehört würden und genügend Sicherheit erhielten.[3]) Den Tag darauf, am 13. Juni, stellten die Protestanten dem Kaiser gleichzeitig beide Schriften über die Proposition und die Entschul-

[1]) Über Moritz' Stellung in Regensburg zu den Schmalkaldenern vgl. das Genauere bei Brandenburg, Moritz I, 437 f.; Au. A. Ges. an Herwart 9. Juni; Br. A. Antwort von Herzog Moritz, Markgraf Hans und Albrecht 9. Juni; Ma. A. Prot. vom 10. Juni.

[2]) Ma. A. Prot. vom 10. Juni und Fr. A. Ges. an den Rat 16. Juni und Prot.

[3]) Ha. A. Prot. vom 12. Juni; C. A. Prot. vom 12. Juni und Helmann an den Rat 13. Juni; die Antwort der Katholiken im Ba., C. und St. A., vgl. auch Schmidt I, 45 f. und Leva IV, 66.

digung der Colloquenten zu. Die Antwort auf die Proposition lehnte sich für einige Stellen eng, zum Teil sogar fast wörtlich an die Frankfurter „Notel“ an. Einleitend wies sie darauf hin, daß die hiesige Trennung nicht von ihnen ausgegangen sei. In der religiösen Frage erklärte sie ausdrücklich, daß sie hierfür keinen besseren Weg als ihren früheren Vorschlag eines gemeinen freien christlichen Konzils in deutscher Nation, einer Nationalversammlung oder eines Reichstages wisse. Da aber dieser Weg jetzt vielleicht nicht gangbar sein werde, so möge das von Karl in Speier vorgeschlagene Mittel der Übergabe von Reformationsentwürfen an die Hand genommen werden. Gehe auch dies nicht an, so sollten ihnen aber auf jeden Fall hier die Friedstände erneuert, wie auch das Kammergericht auf Grund des Speierer Abschiedes neu besetzt werden. Im Mittelpunkt stand demnach auch hier wieder wie früher die Regelung der für sie wichtigsten Punkte von Friede und Recht. Von ihrer vorherigen Erledigung machten sie alles abhängig; ja zum Schluß erklärten sie sich in diesem Falle sogar zu einem neuen fruchtbaren Colloquium „von rechter Form und Eigenschaft“ bereit. Mit dieser letzten Erklärung schlug man zwei Fliegen mit einer Klappe und verband Rücksicht auf den Kaiser mit der auf den Landgrafen, ohne ein Risiko zu laufen. Im Gegensatz hierzu erwähnte ihre Entschuldigung der Colloquenten nichts mehr von einem neuen Religionsgespräch; Sachsens Einfluß hatte in diesem Schriftstück einen vollen Sieg errungen, und wenn es sich auch in einigen Teilen beinahe wortgetreu an das Gutachten des Wormser Bundestages anlehnte, so unterschied es sich in eben diesem grundlegenden Punkte scharf von ihm, da dort, wenn auch stark verklausuliert, ein neues Gespräch noch zugestanden worden war. Jetzt begnügte man sich, die Gründe zum Abbruch des Gesprächs darzulegen und die Schuld seiner Erfolglosigkeit abzulehnen.[1])

---

[1]) Schmidt I, 47 f.; Ranke IV, 303 f.; v. Bezold S. 770; v. Caemmerer S. 66 A. 5 und Mentz II, 453. Ma. A. Räte an Philipp 12. Juni; St. A. Räte an Ulrich 13. Juni; Br. A. Minkwitz an Sachsen 23. Juni; Fr. A. Ges. an den Rat 16. Juni, als Beilagen die Frankfurter „Notel“, das Wittenberger und das Wormser Gutachten, die Antwort der Protest. auf die Proposition und die Entschuldigung der Colloquenten.

Für die Lage der Dinge ist kennzeichnend, daß der Kaiser bei Anhörung dieser Antwort der Protestanten seine sonstige Zurückhaltung aufgab und in Lachen ausbrach, wie denn überhaupt diese Scheinverhandlungen immer mehr hinter den kriegerischen Maßnahmen in den Schatten traten. Immer gefahrdrohender lauteten für die Protestanten die Nachrichten, und in erster Linie waren es wieder die hessischen Räte, die, entsprechend dem Auftrage ihres Herrn, die Defensionsstände am 10. Juni um weitere Unterhaltung von 400 Reitern ersuchten. Jedoch fiel die Antwort wie gewöhnlich aus. Obwohl ein Monat verflossen war, erklärte ein Teil von ihnen, noch immer keinen Bescheid zu haben, ein anderer hielt das Ansinnen förmlich für Verschwendung und meinte, man solle jetzt lieber das Geld noch sparen, um im Ernstfalle desto gerüsteter zu sein. Denn ein Teil der Stände, zu denen auch Sturm gehörte, wollte immer noch nicht an den nahe bevorstehenden Ausbruch des Krieges glauben. Eine rühmliche Ausnahme machten nur die Augsburgischen und Sächsischen Vertreter, die beide auf Grund der Entschließung ihrer Herren ihre Bereitwilligkeit zur Erfüllung von Philipps Bitte erklärten. Wer wollte es unter diesen Umständen den hessischen Vertretern verdenken, daß sie ihrem Unmute bei der Beratung wie ihrem Herrn gegenüber offenen Ausdruck verliehen. Philipp handele nur als treuer Warner und sei nicht geneigt, viel Geld auszugeben, so erklärten sie in der Versammlung der Stände, und bei Philipp beschwerten sie sich heftig über solche Fahrlässigkeit und Kargheit.[1])

Erst als erneute immer sicherere Kunde von Werbungen in Italien, dem bevorstehenden Anmarsch von Italienern und Spaniern, von Rüstungen unter Büren in den Niederlanden und von Truppenansammlungen in Deutschland eintraf, wenn Karl freilich auch selbst noch unschlüssig sein und nur die geistlichen

[1]) Ma. A. Prot. vom 10. Juni; Philipp an die Räte 5. Juni, Zettel; Räte an Philipp 11. Juni; Br. A. Räte an Sachsen 12. Juni; St. A. Räte an Ulrich 13. Juni. Vgl. auch Lenz, Kriegführung S. 400 f.; Hasenclever, Politik Karls V. S. 49 A. 1 und 58, Mentz II, 462 und Roth III, 343. Auch der Rat von Augsburg wollte ebenso wie Fröhlich noch nicht recht an den baldigen Ausbruch des Krieges glauben; das hielt ihn aber, wie oben erwähnt, nicht von Vorsichtsmaßregeln zurück.

Fürsten, vor allem der kaiserliche Beichtvater und die Kardinäle von Augsburg und Trient, ihn zum Kriege aufstacheln sollten, ließen sich am 12. Juni durch die sächsisch-hessischen Räte die Protestanten, selbst die bisher ungläubigen pfälzischen Vertreter, von dem Ernst des Augenblicks überzeugen. Freilich ging ihre Meinung, wer als das Schlachtopfer von Karl ausersehen sei, noch weit auseinander, ob zuerst Cöln allein oder Cöln und Münster und dann Philipp oder Sachsen und Hessen, ebenso konnte der Landgraf den Beschluß einer Gegenwehr auch jetzt noch nicht durchsetzen, aber dazu entschloß man sich wenigstens, bei dem Kaiser „mit Bescheidenheit" der Rüstungen wegen anzufragen. Wie sehr ihnen aber auch jetzt noch die alte Zaghaftigkeit und Scheu vor des Kaisers geheiligter Majestät, die eben zum vernichtenden Schlage gegen sie ausholte, im Blute lag, zeigt sich darin, daß sie sich sogleich wieder bemühten, dieser wahrlich verständlichen und gewiß nicht scharfen Maßnahme jedes etwaige Bedenkliche oder Ärgernis erregende zu nehmen. Auf den Vorschlag der Cölnischen Räte, die hierbei nur einer Weisung ihres Herrn folgten und auch bei Pfalz und Brandenburg nebst Münster Nachfolge fanden, entschied man sich für den Versuch, auch die katholischen Stände, vor allem Mainz und Trier, zur Teilnahme an dieser Anfrage zu bewegen. Den Tag darauf, den 13. Juni, beriet man noch einmal eingehend diese Maßnahme und einigte sich dahin, bereits den nächsten Tag mit den andern Ständen, in erster Linie mit Mainz und Trier, in Verbindung zu treten. Ebenso beschloß man, jeder Gesandte solle seine Herren von den bedrohlichen Rüstungen berichten, damit jeder Stand seinem Kriegsvolk ernstlich verbiete, sich anwerben zu lassen, eine Maßnahme, die gut gemeint war, aber jetzt sicherlich reichlich spät kam. Dagegen waren jetzt einige Stände unter dem Druck der Gefahr schon zu offenen Gegenrüstungen geneigt, jedoch die Mehrheit beharrte dabei, erst noch den Erfolg der Anfrage bei dem Kaiser abzuwarten.[1]) Denn tatsächlich hatten Mainz und Trier die Bitte der protestantischen Kurfürsten um Unterstützung ihres Gesuches

[1]) Lenz III, 415 f. und Kriegführung S. 400 ff.; Ma. A. Prot. vom 12. (sic!) Juni; Räte an Philipp 11., 12., 13. und 14. Juni; Cöln an Philipp 31. Mai, Beilage zum Schreiben Philipps an die Räte vom 12. Juni; Br. A.

nicht ohne weiteres von der Hand gewiesen, und wenn man auch am 15. Juni noch nicht über alle Einzelheiten mit ihnen übereingekommen war, so hoffte man doch auf protestantischer Seite wenigstens auf ihre Mitwirkung, während man auf die katholischen Fürsten nicht rechnete. Überhaupt sahen die sächsischen Räte an diesem Tage die Lage wieder etwas günstiger an, da, wie sie hörten, Karl nur wider seinen Willen sich unter dem Einfluß der Geistlichen zum Kriege treiben lasse. Aber es war ein doppelter Irrtum, dem sich die Protestanten hingaben; schon der nächste Tag zeigte es ihnen. Am 16. Juni wurden alle Stände von ihnen auf das Rathaus geladen. Jedoch Mainz und Trier war es mit ihrem Entgegenkommen nicht Ernst gewesen; sie hatten nur die Protestanten hinhalten wollen, wie es ihnen auch geglückt war. Als man allgemein einen entsprechenden gemeinsamen Antrag der Kurfürsten erwartete, erklärten die beiden geistlichen Kurfürsten, sie würden den Kaiser nur darum ersuchen, daß er „mit der Tat wider Recht niemand beschweren wollte". Doch damit war den Protestanten nicht geholfen, da es ja offenes Geheimnis war, daß Karl gegen die Ungehorsamen, die sich also gegen das Recht vergangen hatten, gewaltsam vorgehen wollte. Sie verlangten daher die Hinzufügung der Worte, „und die aufgerichteten Frieden und Friedstände", was aber Mainz und Trier ablehnten. Auch im Städterat, wo Straßburg den gleichen Antrag einer gemeinsamen Anfrage stellte, konnte man sich trotz größerer Geneigtheit der katholischen Städte nicht einigen; Cöln erklärte nur dann seine Mithilfe, wenn alle Kurfürsten einig seien. So war kostbare Zeit verloren, die Protestanten waren die Getäuschten, und ganz offen erklärten bereits die kaiserlichen und königlichen Räte, die Unternehmung gelte Sachsen und Hessen.

Daher entschlossen sich die Protestanten, noch am selben Tage allein bei Karl wegen der Rüstungen anzufragen. Auch hier zeigte sich wieder so recht die Verschlagenheit und Überlegenheit der kaiserlichen Diplomatie, die eben erst durch den bereits erfolgten Abschluß der Bündnisse mit Baiern und dem

Räte an Sachsen 12., 14. und 15. Juni, als Beilage zum 14. Prot. der Beratung am 13. Juni; C. A. Helmann an den Rat 13. Juni; Fr. A. Prot.; St. A. Räte an Ulrich 13. Juni.

Papst und dem unmittelbar bevorstehenden mit Moritz von Sachsen einen ihrer größten Triumphe errungen hatte.[1]) Die durch Naves übermittelte Antwort fiel derart aus, wie es die hessischen Räte bereits am 14. Juni zu melden wußten. Formell war sie keineswegs eine offene Kriegserklärung. Ganz im allgemeinen sprach sie nur von dem Ungehorsam, gegen den der Kaiser einschreiten müsse. Es war wirklich so, wie es Sailer vorher von einem Kaiserlichen erfahren hatte, Karl werde nur die Zähne blecken, als wolle er einen beißen, und dann sehen, wer sich seiner annehme, und wie es die Württembergischen Räte mit Bezug auf den gemeldeten Angriff gegen Cöln berichteten, der Kaiser wolle nur erfahren, wer ihm anhängen werde. Ebenso sorgsam war jede Erwähnung der Religion vermieden, wie es den Protestanten gleichfalls vorher bekannt geworden war. So war es tatsächlich nur eine „Kriegsdrohung“, aber auch zugleich eine „Verlockung“, denn der Kaiser verlangte in dem bevorstehenden Waffengange nicht einmal Unterstützung, sondern nur Neutralität.[2]) Und sofort, noch am gleichen Tage, setzten auch Karls Versuche in dieser letzten Richtung ein. Durch Sonderverhandlungen suchte er die hervorragendsten süddeutschen protestantischen Fürsten und Städte für sich zu gewinnen und so Oberdeutschland vom schmalkaldischen Bunde abzutrennen, Bemühungen, von deren geplanter Ausführung die Protestanten ebenfalls im allgemeinen vorher erfahren hatten.[3]) Jedoch hier zeigte sich der große Fehler in der Berechnung Karls. Der große Realpolitiker hatte die Macht der religiösen Ideen gewaltig unterschätzt. Der

---

[1]) Auf das Nähere gehe ich absichtlich nicht ein, vgl. dafür vor allem Nuntiaturberichte IX, VII ff. und Brandenburg Moritz I, 439 f.

[2]) Vgl. außer Mencken III, 1383 f., Sattler III, 232, Maurenbrecher S. 106, Bucholtz V, 479, Leva IV, 66 A. 3, Heyd III, 332, Ranke IV, 304, v. Bezold S. 771, Egelhaaf II, 459 und Brandenburg, Korrespondenz II, 656 A. 2 vor allem Lenz, Kriegführung S. 403 f. Karls Antwort ist jetzt gedruckt bei Bezzenberger, Brandt II, 199. Von Akten kommen außerdem noch in Betracht C. A. Prot. vom 16. (sic!) Juni; Ha. A. Prot. vom 16. Juni; Ma. A. Prot. vom 16. Juni, Räte an Philipp 13., 14. und 16. Juni; Br. A. Räte an Sachsen 14., 15. und 16. Juni; Fr. A. Ges. an den Rat 16. Juni; St. A. Räte an Ulrich 13. und 17. Juni.

[3]) Lenz Kriegführung S. 405 f. Ma. A. Räte an Philipp 13. Juni.

schmalkaldische Bund bestand diese Probe weit besser,[1]) als man nach der früheren, oft kleinmütigen und verdrossenen Stimmung unter seinen Angehörigen hatte erwarten sollen, und wenn es auch zunächst in den folgenden Tagen bei einigen Bundesmitgliedern noch ein gewisses Schwanken zu überwinden gab, so traf schließlich doch zu, was die sächsischen Räte sofort nach der kaiserlichen Antwort als Ausfluß der allgemeinen Stimmung zu melden wußten: „Gott Lob, wir finden allhier bei den Ständen kein Verzagen, sie sind getrost bei der Sache.“[2]) Es war dieselbe mannhafte Stimmung, die auch in dem Gesamtbeschluß der protestantischen Stände zum Ausdruck kam, als ihnen die sächsischen Räte an demselben 16. Juni noch vor Karls Bescheid die drohende Gefahr meldeten, die Sachsen, Hessen und Augsburg in erster Linie gelte. Sie hielten es jetzt nicht an der Zeit, so erwiderten sie ihnen, von den Partikularsachen in specie zu reden, sondern es sei ihr einhelliges Bedenken, darauf zu sehen, wie man standhaftig bei einander bleiben wolle, denn die Gegner würden nichts unterlassen, eine Trennung unter ihnen herbeizuführen.[3])

Wie aber sollte man sich nun Karls Bescheid gegenüber im einzelnen verhalten? Die sofortige Abreise, für die einige Stände schon jetzt eintraten, schien nach der geschickten Erklärung des Kaisers nicht ratsam, da ja in ihr ein offenes Eingeständnis ihrer Schuld, als ob sie sich unter den „Ungehorsamen“ getroffen fühlten, gelegen hätte. Ebenso hatte Karl ihnen noch nicht die Resolution über Frieden und Recht gegeben, die sie abwarten zu müssen glaubten, und schließlich hatten sie noch keine Vollmacht hierzu von ihren Herren. Es konnte sich vorläufig für sie nur darum handeln, ob sie Karls Bescheid beantworten und genauere Erklärungen fordern oder ob sie schweigend das Kommende erwarten sollten. Beide Wege hatten ihr Bedenkliches. Von einer nochmaligen Anfrage war kaum etwas zu erwarten, da der Kaiser sie sicher wieder mit allgemeinen Redensarten abspeisen würde, dagegen sah ein völliges Schweigen doch auch wieder einem Eingeständnis ihrer Schuld

[1]) Egelhaaf II, 465.

[2]) Br. A. Räte an Sachsen 16. Juni, citiert bei Ranke IV, 306.

[3]) Ma. A. Prot. vom 16. Juni.

verzweifelt ähnlich. Daher waren die Ansichten unter den Bundesmitgliedern geteilt, als ihnen die sächsisch-hessischen Räte offiziell die kaiserliche Antwort am 17. Juni mitteilten und sie sich über die weiteren Maßnahmen schlüssig machen mußten. Ein Teil wie Cöln, Brandenburg, Württemberg und Pommern waren entschieden gegen jede nochmalige Anfrage, eine zweite Gruppe, unter ihnen Pfalz, Münster und Augsburg, erklärte, erst den Bescheid ihrer Herren abwarten zu müssen, eine dritte wieder, wie Frankfurt, Ulm und Hamburg, trat für die Beratung der Angelegenheit auf einer anderen Zusammenkunft ein, während noch andere, unter ihnen Sachsen und Hessen, die Erörterung durch einen Ausschuß für das beste hielten, der, während man den Bescheid der Oberen erwarte, die weiteren Maßnahmen bereits in Erwägung ziehen sollte. Nachdem diese letzte Ansicht Beifall gefunden und der Ausschuß bereits den Auftrag erhalten hatte, über eine neue Anfrage bei dem Kaiser zu beraten, um damit im Bedarfsfalle versehen zu sein, fand gleich am folgenden Tage noch eine Beratung statt, in der man den Mehrheitsbeschluß faßte, den Kaiser nicht mehr anzusprechen, sondern noch drei bis vier Tage zu warten, ob er selbst weitere Erklärungen geben würde.[1])

Während so die protestantischen Räte im Gegensatz zu ihren Herren, die bereits wie Würtemberg und Ulm Knechte annehmen ließen,[2]) vorläufig eine abwartende Haltung einnahmen, war der Kaiser um so eifriger. An demselben 16. Juni, an dem er seinen Gegnern die absichtlich unklare Antwort hatte geben lassen, ließ er durch den Kardinal von Augsburg einigen geistlichen Fürsten offen erklären, er sei entschlossen, Sachsen und Hessen mit Gewalt zum Gehorsam zu zwingen, erbat ihre Unterstützung und wies sie gleich selbst zu diesem Zweck auf die Einschmelzung von Kirchenkleinodien hin, die der Papst sicher gestatten werde. Jedoch sie erklärten ausweichend, ohne

---

[1]) Ma. A. Prot. vom 17. Juni; Br. A. Räte an Sachsen 17. und 19. Juni; St. A. Räte an Ulrich 17. Juni.

[2]) St. A. Ulrich an die Räte 19. Juni; Ma. A. Räte an Philipp 19. Juni. Als Gerücht melden es die hessischen Räte auch von Nürnberg und Augsburg. Über Augsburgs schwankende Haltung in diesen Tagen vgl. Lenz Kriegführung S. 416 f. und Roth III, 344 ff.

die Zustimmung ihrer Kapitel nichts bewilligen zu können. Jetzt, wo die Eröffnung des Krieges unmittelbar bevorstand, zu der sie durch Klagen und Hetzen auch ihr gut Teil beigetragen hatten, war ihr früherer Eifer und namentlich ihre Opferfreudigkeit, von der jetzt mehr als Worte verlangt wurden, merklich abgekühlt,[1]) Karl erlebte hier seine erste Enttäuschung; eine weit größere stand ihm aber noch in den folgenden Tagen bevor, als er gleichmäßig sowohl von den Vertretern der süddeutschen Stände in Regensburg wie auch ihren Oberen auf seine Verlockungen zum Abfall nach einigen Schwankungen doch schließlich abschlägigen Bescheid erhielt.[2]) Sein Bemühen, den Krieg nicht als Religionskrieg darzustellen, sondern nur als einen solchen gegen die ungehorsamen Fürsten, bei dem die Städte sehr wohl abseits stehen könnten, war kläglich gescheitert. Waren die Protestanten schon vor Karls Antwort über den wahren Zweck des Krieges und die kaiserlichen Bemühungen, diesen Tatbestand zu verdunkeln, im allgemeinen unterrichtet gewesen, so meldeten jetzt die hessischen Räte ganz bestimmt, es werde der Handel der Religion prinzipaliter gesucht.[3]) Denn völlig offenbar war jetzt Karls wahre Absicht durch ein Versehen seiner Hofbeamten geworden. Am 17. Juni wurde ein kaiserlicher Herold nach der protestantischen Reichsstadt Ravensburg, die erst vor kurzem dem schmalkaldischen Bunde beigetreten war,[4]) mit einem Mandat gesandt, in der ihr befohlen wurde, binnen kürzester Zeit bei Vermeidung schwerster Ungnade von ihrer Religion abzustehen und Gesandte zur Teilnahme an den Beratungen nach Regensburg zu schicken, ein Ansuchen, das umso schwerer wog, als nicht weit von der Stadt ein kaiserlicher Musterplatz sich befand. Und wenn auch Karl sich bemühte, diesen Mißgriff, der entgegen seiner mündlichen Erklärung ganz offen den wahren Kriegsgrund enthüllte, durch schleunige Zurückberufung des Herolds und Verleugnung des Mandates, das ohne sein Wissen ergangen sei, möglichst wieder gut zu machen, so gelang es ihm nicht, und die Augsburger Gesandten gaben nur der allge-

---

[1]) Ha. A. Vortrag Karls durch den Bischof von Augsburg vom 16. Juni.

[2]) Das Nähere bei Lenz, Kriegführung S. 405 ff.

[3]) Ma. A. Räte an Philipp 19. Juni.

[4]) Hasenclever, Politik Karls V. S. 52.

meinen Ansicht Ausdruck, wenn sie schrieben, es sei unvereinbar, die Ungehorsamen zu strafen, ohne die Religion zu meinen, und doch solche Mandate ausgehen zu lassen.[1])

So hatte Karls Stellung sich in diesen ersten Tagen nach seiner Antwort entschieden zu seinen Ungunsten verändert, auf Seiten der geistlichen Fürsten nur laue Unterstützung, auf Seiten der Schmalkaldener nach einer kurzen Zeit des Schwankens einiger Mitglieder schließlich geschlossener, einmütiger Widerstand, der vor allem in Oberdeutschland immer mehr an Stärke und Umfang zunahm, so daß man in kaiserlichen Kreisen in Regensburg schon fürchtete, Philipp werde ihnen zuvorkommen und sich des Musterplatzes in Franken, auf dem viel Proviant liegen sollte, mit Gewalt bemächtigen.[2]) Dazu erfuhren die Protestanten, daß es den kaiserlichen Hauptleuten nicht gelänge, ihre Fähnlein vollzählig zu machen, weil die Städte jede Werbung in ihrem Gebiete untersagt hätten. So ungünstig schien sich nach protestantischer Auffassung in diesen Tagen die ganze Lage für den Kaiser gestaltet zu haben, daß die sächsischen Räte, die eben erst geäußert hatten, es sei Ernst und gehe gegen Sachsen und Hessen, auf ihre frühere Ansicht zurückkamen, Karl werde nur von den Geistlichen getrieben, und die Hoffnung aussprachen, der Kaiser werde jetzt als ein friedliebender Herrscher den Anstiftern nicht Raum geben, ihren Mutwillen unter seinem Namen zu tun.[3]) Jedoch war es ein unbegründeter Optimismus, der mehr ihren eigenen Wünschen als den Tatsachen entsprach, wie denn auch der Frankfurter Gesandte am 20. Juni bestimmt meldete, es gehe gegen die armen Deutschen, und am folgenden Tage Günterode berichtete, der Angriff gelte gewiß Sachsen und Hessen.[4]) Daher brach sich immer mehr und mehr unter den schmalkaldischen Vertretern in Regensburg die Überzeugung Bahn, daß hier, wo ihre persönliche Sicherheit gefährdet

---

[1]) Ma. A. Räte an Philipp 19. Juni; Br. A. Räte an Sachsen 19. und 20. Juni; Au. A. Ges. an Bürger- und Baumeister 21. Juni, vgl. auch Schieß II, 456f.

[2]) Br. A. Räte an Sachsen 19. Juni; Ma. A. Räte an Philipp 18. und 19. Juni.

[3]) Br. A. Räte an Sachsen 17. und 18. Juni.

[4]) Fr. A. Ges. an den Rat 20. Juni; Ma. A. Günterode an Philipp 21. Juni.

und ihnen die Hände gebunden seien, ihre Anwesenheit keinen Zweck mehr habe. Man beschloß, diese Ansicht Sachsen und Hessen mitzuteilen, die sogleich einen sicheren Platz für sie aussuchen sollten, wo sie ungefährdet über die nötigen Gegenmaßregeln beraten könnten. Die Ulmer Gesandten hatten sogar schon den Auftrag, sich der Abreise wegen mit den andern Ständen zu vergleichen.

Im starken Gegensatz zu diesem zwar zurückhaltenden, aber in Anbetracht der Verhältnisse doch im ganzen zweckentsprechenden Verhalten der Regensburger Gesandten stand das Verhalten Philipps in diesen kritischen Tagen. Um so wunderbarer und auffälliger scheint dieser plötzliche Umschlag, der sich bis zu dumpfer Verzagtheit steigerte, wenn wir sein Verhalten bis zu dem Zeitpunkte betrachten, wo er zwar im allgemeinen über die bevorstehende Entscheidung unterrichtet war, aber noch nicht erfahren hatte, daß diese Rüstungen vor allem ihm gelten sollten. Zu dieser Zeit war er entschlossener denn je, und gerade die bedrohlichen Nachrichten, die er von allen Seiten, so von dem Erzbischof von Cöln wie auch von Sailer, erhielt, steigerten nur seine Entschlußkraft. Gern entsprach er der Bitte des Cölners wegen einer gemeinsamen Anfrage bei dem Kaiser und instruierte dementsprechend seine Räte; er beauftragte sie aber auch, mit allem Ernst bei den Ständen wegen der weiteren Besoldung des Kriegsvolkes anzuhalten; er lehne, so sollten sie hinzufügen, alle Verantwortung ab, wenn diese Truppen den Gegnern zugute kämen. Noch entschiedener wiederholte er sein Ersuchen am 17. Juni, da er von dem Kurfürsten von Sachsen gleiche bedrohliche Kunde und zugleich die Nachricht erhalten hatte, daß dieser ebenfalls seinen Räten befohlen habe, die Stände energisch zur weiteren Unterhaltung der Reiter zu ermahnen. Da außerdem der Ausbruch des Krieges, wie er gleichzeitig erfuhr, unmittelbar bevorstehe, so sollten die Stände sofort sich deshalb an Karl mit der beabsichtigten Anfrage wenden, von der er am 16. Juni unterrichtet worden war. Am 19. Juni wiederholte er, da ihm jetzt auch von seinem Schwiegersohn bedenkliche Nachrichten zugekommen waren, noch einmal seine Aufforderung, bei dem Kaiser auf der Stelle vorstellig zu werden, falls es noch nicht geschehen sein

sollte.[1]) Da erhielt er den folgenden Tag die bestimmte Kunde, daß der Feldzug neben Cöln und Münster vor allem gegen ihn gerichtet sein sollte,[2]) und jetzt erfaßte ihn für kurze Zeit Verzagtheit. Er befahl am 20. Juni seinen Räten, zusammen mit seinem Schwiegersohne Moritz, den er noch in Regensburg wähnte, oder auch allein ihn bei Karl zu verantworten; er schickte ihnen auch eine Kredenz zur Werbung an den Kaiser mit, wie er auch an Herzog Moritz noch schrieb. Am 21. Juni traf die Nachricht von der kaiserlichen Antwort bei ihm ein. Noch immer stand er unter dem Banne der niedergedrückten Stimmung, die ihn auch dazu veranlaßte, im Gegensatz zu der Mehrheit der Stände für eine nochmalige Anfrage aller Stände bei dem Kaiser einzutreten, um genauere Erklärungen von diesem zu erlangen. Aber der Schluß des Briefes zeigte doch schon, daß er dieses plötzlichen Kleinmutes Herr zu werden begann. Seine Räte hatten sich für ihre Person über die Unsicherheit in Regensburg beklagt und hätten die Stadt am liebsten verlassen. Da ermahnte er sie in eindringlichen Worten, nicht so kleinmütig zu sein, sondern mit einigen Vornehmen zu beraten, wie man sich verhalten und ob er auf Kosten des Bundes Truppen annehmen solle. Den Tag darauf war er von seinen Zweifeln und seiner Verzagtheit geheilt. „Will man mit Gewalt gegen uns vorgehen, müssen wir es Gott befehlen“, schrieb er ruhig und gefaßt seinen Räten, und hoffnungsfreudig fügte er hinzu, er gedenke sich mit seinen Herren und Freunden im Falle des Überzuges so zu halten, daß er vor unbilliger Gewalt bewahrt

---

[1]) Brandenburg Moritz I., 413 und Korrespondenz II, 656. Ma. A. Philipp an die Räte 12. Juni, als Beilage Cöln an Philipp 31. Mai. Das Schreiben traf erst am 20. Juni in Regensburg ein, also vier Tage, nachdem die Räte schon von selbst bei dem Kaiser angefragt hatten. Philipp an die Räte 16. Juni, als Beilage Sailers Brief an Philipp vom 11. Juni, gedruckt bei Lenz III, 413 f., wo S. 416 Zeile 7 statt „geporner“ „geschorner“ zu lesen ist. Philipp an die Räte 17. und 19. Juni. Über ein augenblickliches Schwanken Philipps noch am 19. Juni, ob wirklich die Rüstungen ihnen gälten, vgl. Roth III, 386.

[2]) Am 20. Juni nahm Philipp in seinem Schreiben an die Räte Bezug auf ihre Briefe vom 12., 13. und 14. Juni mit ihren bedrohlichen Meldungen, die durch die mit ihnen eingetroffenen Briefe Sailers noch verstärkt wurden, vgl. Lenz III, 416 ff. und Kriegführung S. 402 f.

zu bleiben verhoffe, und ebenso äußerte er seinem Schwiegersohne gegenüber, da er so viel Hülfe bei seinen Freunden finde, wolle und werde er, so Gott wolle, keine Not haben. Von einer abermaligen Anfrage bei Karl war keine Rede mehr. Um diese mutigen Worte auch, soweit es in seinen Kräften stand, von sich selbst aus und möglichst bald in die Tat umzusetzen, ließ er am gleichen Tage noch Bestallungsbriefe für Reiter und Knechte ausgeben.[1])

Bei dieser Lage, wo überall die Rüstungen immer größeren Umfang annahmen und auch Regensburg selbst von Kriegsgeschrei widerhallte,[2]) war an die Erledigung der Reichstagsangelegenheiten kaum mehr zu denken, und tatsächlich war ja auch seit der allgemeinen Versammlung vom 16. Juni, wo man über die Anfrage bei dem Kaiser beraten hatte, nichts mehr von Reichssachen erörtert worden. Auf protestantischer Seite nahm man daher bereits an, der Reichstag werde ohne irgend

---

[1]) Lenz, Kriegführung S. 414 f., Brandenburg, Moritz I., 444 f. und Korrespondenz II, 670 A 1 und 676 f. Ma. A. Philipp an die Räte 20. Juni nebst Kredenz für Günterode und Aitinger zur Werbung an Karl vom 20. Juni und Philipp an die Räte 21. und 22. Juni. Die Bemerkung von Lenz, Kriegführung S. 415 A. 1, wird hierdurch berichtigt; auch die Ausfertigung des Briefes war vom 20. Juni. Am 26. Juni nehmen die Räte in ihrem Hauptbrief auf diesen Brief vom 20. Juni Bezug, erst im Postscriptum auf den vom 21., der eben erst eingetroffen war. Zuviel Gewicht möchte ich auf Philipps ersten Auftrag der Sonderverhandlung bei Karl nicht legen. Einmal beauftragte er seine Räte ausdrücklich, über ihre Zweckmäßigkeit erst die anderen Stände zu befragen und sie im Falle ihres Widerspruches zu unterlassen. Dann war auch die Werbung selbst, die sie gegebenenfalls bei Karl vorbringen sollten, in durchaus würdigem Tone gehalten. Zuerst sollten seine Räte dem Kaiser anzeigen, er habe gehört, daß die jetzigen Rüstungen ihm gälten, obwohl er sich frei von Schuld wüßte, gegen Karl etwas praktiziert zu haben. In Religionssachen habe er nichts vor anderen Ständen getan. Die Braunschweigische Defension sei zur Errettung von Goslar und Braunschweig geschehen, die letzte Gegenwehr gegen Heinrich von Braunschweig ein Akt der Notwehr gewesen. Sie schloß mit dem Erbieten, sich vor Kaiser und nötigenfalls auch vor den Ständen zu verantworten. Jedenfalls kann sie nicht als Beweis für die ernsthafte Absicht Philipps dienen, „durch Separatverhandlungen seinen Frieden mit Karl zu machen,“ vgl. Hasenclever, Die kurpfälzische Politik in den Zeiten des Schmalkaldischen Krieges S. 98.

[2]) Fr. A. Ges. an den Rat 20. Juni.

ein Ergebnis bald sein Ende finden.[1]) Jedoch das war keineswegs Karls Absicht. Vorläufig sollten die Verhandlungen wieder in Fluß gebracht werden, da die kaiserlichen Rüstungen doch nicht so schnell von statten gingen, wie man erwartet hatte, und Karl immer noch die Besorgnis hegte, die Schmalkaldener könnten ihm mit dem Angriff zuvorkommen.[2]) Am 21. Juni ließ er deshalb die Katholiken durch den Mainzer Kanzler um Bescheid wegen der Besetzung des Kammergerichtes ersuchen. Sofort kamen sie seinem Wunsche nach, obwohl auch sie sich infolge des bevorstehenden Krieges wenig mehr von den Verhandlungen versprachen. Wie bei der vorigen Beratung, erhoben auch hier wieder die gemäßigten Elemente, wie Cleve und die Stadt Cöln, gegen den Entscheid der Mehrheit, die Besetzung solle ohne Beachtung des Speierer Abschiedes von 1544 geschehen, Einspruch, und als am folgenden Tage der Beschluß verlesen wurde, schloß sich ihrem Protest noch Metz an. Am 23. Juni wurde bereits dieses Bedenken der Mehrheit dem Kaiser überreicht. Aber über die für Karl wichtigste Frage, die Unterhaltung des Kammergerichtes, ging es hinweg, da dies eine Angelegenheit sei, die alle Stände angehe; indessen erklärte man sich zu gemeinsamer Beratung bereit.[3]) Am gleichen Tage war auch für den Abend eine Sitzung aller Stände angesetzt, und zwar nach den einzelnen Räten. Es sollte über den nächsten Artikel der Proposition, die Türkenhilfe, gemeinsam beraten werden. Dieser allgemeinen Versammlung ging eine Sonderberatung der Schmalkaldener voraus. Ein Teil von ihnen unter der Führung von Pfalz hielt die Zeit jetzt für günstig, um bei dem Kaiser noch einmal um eine Erklärung der Rüstungen und um ihre Abstellung zu bitten. Jedoch Würtembergs Ansicht entsprechend fand dieser Vorschlag keine Mehrheit; vielmehr entschieden sie sich dahin, da sie Befehl hätten, ohne vorherige Erledigung der Punkte Friedens und Rechtens sich in nichts

---

[1]) St. A. Räte an Ulrich 17. Juni.

[2]) Ma. A. Räte an Philipp 21., 24. und 25. Juni.

[3]) Ha. A. Prot. vom 21.—22. Juni; C. A. Prot. vom 21.—23. Juni und Helmann an den Rat 23. Juni; St. und W. A. Antwort der Kath. über das Recht vom 23. Juni, vgl. auch Druffel, Viglius von Zwichem, Tagebuch des schmalkaldischen Donaukrieges S. 4.

einzulassen, und da der Kaiser sich hierüber noch nicht erklärt habe, erst dessen Bescheid abzuwarten. Mit diesem Beschluß war eigentlich diese ganze Angelegenheit noch vor Beginn der gemeinsamen Beratung schon erledigt. Allerdings war sie wohl auch von den katholischen Ständen, und vor allem von den beiden geistlichen Kurfürsten, auf deren spontanen Antrieb diese Frage zur Erörterung gestellt worden war, ohne daß Karl darum ersucht hatte, gar nicht ernsthaft gemeint gewesen, sondern nach der wohl nicht unbegründeten Vermutung der Protestanten nur deshalb geschehen, um schon jetzt deren Ansicht zu erfahren und sie durch ihre vorauszusehende Weigerung bei dem Kaiser noch mehr ins Unrecht zu setzen. Mit größtem Mißtrauen gingen daher die Schmalkaldener an diese Verhandlungen heran, wie es der Verlauf der Beratungen im Kurfürstenrat offenbarte. Bei der ersten Umfrage hielt sich jeder vorsichtig zurück und machte seine Erklärung von der vorherigen des andern abhängig. Die zweite Umfrage brachte dann die Sache einen Schritt vorwärts; alle erklärten, den gemeinen Pfennig auf Grund des Speierer Abschiedes eingesammelt zu haben und sich gehorsam zeigen zu wollen. Erst die dritte Umfrage brachte den Gegensatz zum vollen Ausdruck. Trier fragte, wohin das Geld jetzt zur Verfügung Karls gebracht werden sollte. Da erklärten Cöln, Sachsen und Pfalz, daß sie ohne Frieden und Recht sich auf nichts einlassen würden. Das gleiche Ergebnis hatte die Beratung im Städterat, wo die protestantischen Städte, die ja durchaus die Majorität besaßen, dieselbe Erklärung abgaben. Wie überraschend übrigens die Forderung der beiden geistlichen Kurfürsten nach Erörterung der Hilfe auch den meisten katholischen Fürsten kam, zeigte die Beratung im Fürstenrat. Hier erklärten diese offen, da die Ankündigung zu spät geschehen wäre, so wüßten sie nicht, wie sie beraten sollten; sie wollten deshalb bei dem Kaiser Bescheid einholen. Da außerdem die Schmalkaldener unter der Führung der würtembergischen Räte jede Teilnahme verweigerten, so war die Lage jetzt völlig geklärt.[1]) Die Katholiken hatten ihr Ziel erreicht. Die Protestanten hatten sich im Gegensatz

---

[1]) Ma. A. und Fr. A. Prot. vom 23. Juni; Br. A. Minkwitz an Sachsen 23. Juni nebst Prot. der Beratung im Kurfürstenrat am 23. Juni; C. A. und Ha. A. Prot. vom 23. Juni.

zu ihnen öffentlich als diejenigen gezeigt, die infolge ihres Widerstandes ein Ergebnis der ganzen Reichstagsverhandlungen unmöglich machten.

Kein Wunder, daß sich unter diesen Umständen die Reihen der Stände schon jetzt zu lichten begannen. So hatten bereits der Deutschmeister und die Bischöfe von Bamberg und Würzburg Regensburg den Rücken gekehrt, wenngleich sie ihre Räte noch dort ließen. Ebenso waren von den Schmalkaldenern die Vertreter der sächsischen Städte weggeritten.[1] Auch unter den übrigen Bundesangehörigen griff immer mehr und mehr die Ansicht um sich, daß sie, da sie über Gegenrüstungen hier doch nicht beraten könnten, besser daran täten, Regensburg so schnell wie möglich zu verlassen. Denn wenn vorher noch irgendein Zweifel hatte bestehen können, wem die Rüstungen gälten, so war es jetzt sonnenklar. Nicht nur hatte der Kaiser, wie die Schmalkaldener vernommen, einigen Bischöfen offene Mitteilungen über den Zweck dieser gewaltigen Truppenansammlungen gemacht, sondern der Kardinal von Augsburg hatte bereits ganz öffentlich von dem bevorstehenden Protestantenkriege gesprochen.[2] Schien daher ihr weiteres Verweilen in Regensburg nicht nur für ihre Herren zwecklos, sondern auch für sie selbst gefährlich, so kam noch hinzu, daß es doch nicht über jeden Zweifel erhaben war, ob die Städtegesandten den hier immer von neuem einsetzenden kaiserlichen Verlockungen, sich vom Bunde loszusagen, auf die Dauer widerstehen würden. Vorläufig allerdings hielten alle Schmalkaldener noch, wie es rühmend die hessischen Räte hervorhoben, treulich zusammen.[3])

Mitten hinein in diese entschlossene Stimmung trafen Philipps verschiedene Aufforderungen, den Kaiser noch einmal allein oder im Namen der Stände um eine Erklärung zu ersuchen. Keinen Augenblick verkannten die hessischen Räte das Mißliche einer solchen Anfrage in dem jetzigen Zeitpunkte. Mußte hierdurch nicht das Mißtrauen unter den Bundesständen gegen Philipp wach werden, der jetzt im Gegensatz zu den Oberländern, die bereits mit ihren Rüstungen begonnen hatten,

---

[1]) Ma. A. Räte an Philipp 23. und 26. Juni; C. A. Helmann an den Rat 23. Juni; Br. A. Minkwitz an Sachsen 28. Juni.

[2]) Ma. A. Räte an Philipp 25., 26. und 28. Juni.

[3]) Ma. A. Räte an Philipp 26. Juni, vgl. auch Schieß II, 462.

noch tatenlos neue Erklärungen Karls abwarten zu wollen schien, wo doch nach allgemeiner Ansicht dieser Zug gegen Sachsen und Hessen gehen sollte? Umso bedenklicher mußte ihnen diese unerwartete Passivität ihres Herrn erscheinen, als, wie sie erfuhren, einige unter den Städten ausdrücklich auf Philipps Gegenmaßnahmen achteten, um die ihren dementsprechend treffen zu können. Trotzdem unterließen sie es nicht, Philipps Absicht einer besonderen Anfrage bei Karl den Ständen am 26. Juni zur Begutachtung zu unterbreiten. Zunächst schien es, als ob die Räte mit ihren Bedenken Unrecht haben sollten, da sich die Vertreter der Fürsten hiermit einverstanden erklärten. Erst die Städtegesandten, und zwar zunächst Augsburg, meinten, man solle damit noch einen oder zwei Tage warten, da der Kaiser sie doch nur hinhalten wolle. Obwohl auch Ulm sich der Ansicht der Fürsten anschloß, drang der Wunsch von Augsburg, der bei Frankfurt und Nürnberg Unterstützung fand, durch, und die Entscheidung wurde für zwei Tage verschoben.[1]) Am 28. Juni brachten die hessischen Räte, die inzwischen Philipps Brief vom 21. mit dem Wunsche der Wiederholung der Gesamtanfrage erhalten hatten, die Angelegenheit noch einmal zur Sprache. Schon aus der Unterredung, die sie vorher mit Minkwitz darüber hatten, bemerkten sie, daß die Stimmung im allgemeinen durchaus dagegen sei. Dies entsprach ihrer eigenen Ansicht, der sie auch in der Beratung offenen Ausdruck verliehen. Daher fand Philipps Wunsch einmütige Ablehnung, da ein nochmaliges Ansuchen ihnen von dem Kaiser nur als Zeichen der Schwäche ausgelegt werden könnte und Karl die Gelegenheit nur zu einem neuen Versuch, sie hinzuhalten und gleichzeitig zu trennen, nach Kräften benutzen würde. Dazu kam noch die Ungewißheit, in welcher Weise und Form man von ihm neue Erklärungen erbitten sollte, da ja seine erste Antwort nicht von einem bereits begangenen Ungehorsam, sondern nur von einem zukünftigen sprach, der beste Beweis für die Feinheit und Überlegenheit der kaiserlichen Diplomatie, mit der sie in dieser Angelegenheit verfahren war.[2])

---

[1]) Ma. A. Räte an Philipp 25. und 26. Juni und Prot. vom 26. Juni.

[2]) Ma. A. Prot. vom 28. Juni und Räte an Philipp 28. Juni; Br. A. Minkwitz an Sachsen 28. Juni; vgl. auch Lenz, Kriegführung S. 415.

In derselben Bundesversammlung erörterten die Schmalkaldener schließlich auch die Frage ihrer Abreise. Hier erklärten gleich zu Beginn der Beratung die würtembergischen Räte, sie hätten von ihrem Herrn den Befehl erhalten, um dem Kaiser nicht begründete Ursache zur Ungnade zu geben, vorläufig noch in Regensburg zu bleiben und jedenfalls nicht eher aufzubrechen, als bis der Kaiser den verheißenen Bescheid über die Punkte Friedens und Rechtens erteilt habe. Umso berechtigter konnte dieser Wunsch erscheinen, als Karl eben erst selbst wenige Tage vorher, am 25. Juni, durch Viglius alle Stände hatte ersuchen lassen, in der weiteren Beratung über die Türkenhilfe nicht fortzufahren, sondern erst seine Resolution über die Religion, Frieden und Recht abzuwarten.[1]) Von Karls Standpunkte aus war dieser Schritt völlig begreiflich. Ganz sicher dürfte er, der über die Pläne seiner Gegner wie immer gut unterrichtet war, auch von ihrer in Frage stehenden Abreise Kunde erhalten haben, die einem sofortigen Ausbruch des Krieges gleich gekommen wäre. Grade diesen mußte er aber nach wie vor mit Rücksicht auf den Stand seiner Rüstungen, wie es wenigstens die Schmalkaldener erfuhren, vermeiden. Daher sollten seine Gegner hier noch festgehalten werden und in Geduld das Kommende erwarten, ohne durch weitere erregte Erörterungen über die Türkenhilfe vielleicht zum beschleunigten Aufbruch veranlaßt zu werden. Trotzdem diese Absicht Karls völlig klar an der Oberfläche lag, rafften sich die Protestanten zu keinem entscheidenden Gegenzuge auf. Entsprechend dem würtembergischen Vorschlag beschlossen sie, noch zu bleiben und die Entscheidung ihrer Herren abzuwarten. Noch einmal, freilich jetzt zum letzten Male, wirkten die Scheu vor der kaiserlichen Majestät und der Wunsch, den Schein des „Ungehorsams" zu vermeiden, lähmend auf die protestantische Politik ein.[2])

---

[1]) Ha. A. Prot. vom 25. Juni; Ma. A. Räte an Philipp 26. Juni; St. A. Räte an Ulrich 27. Juni, vgl. auch Schmidt I, 57.

[2]) St. A. Ulrich an die Räte 24. Juni, vgl. auch Hega III, 332; Ma. A. Prot. vom 28. Juni und Räte an Philipp 25. und 26. Juni; Br. A. Minkwitz an Sachsen 28. Juni. Über die mißliche Lage Karls Ende Juni infolge der nur langsam fortschreitenden Rüstungen vgl. auch Lenz, Kriegführung S. 420.

Dagegen begegneten die Vermittlungsversuche, die begreiflicherweise dem Kaiser zur Zeit nicht ungelegen kommen konnten und die neben dem Herzog von Cleve in energischerer Weise von Pfalz unternommen wurden, bei den schmalkaldischen Räten von Anfang an dem größten Mißtrauen und entschiedener Zurückweisung.[1]) Mit voller Berechtigung fürchteten sie, der Kaiser werde diese Verhandlungen so lange hinziehen, bis er seine Rüstungen ganz abgeschlossen habe; ja, es tauchte sogar der Verdacht bei ihnen auf, daß der Pfälzer nicht von sich aus den Anstoß gegeben habe, sondern von dem Kaiser selbst gutgläubig vorgeschoben worden sei.[2])

Jedenfalls waren sich die Protestanten nun darüber ganz klar, daß die Zeit der gütlichen Vermittlungsversuche endgültig vorüber sei und daß die Entscheidung allein noch bei dem Schwerte liege. Daher ergab sich auch jetzt für sie von selbst die völlige Nutzlosigkeit weiterer Reichstagsverhandlungen. Wie wenig sie in dieser Hinsicht von Karl noch zu erhoffen hatten, bewies klar die Tatsache, daß sie trotz aller Bemühungen wegen der Ermordung des Diaz Ende Juni noch keinen Schritt vorwärts gekommen waren; wie Karl sie vorher an Ferdinand und dieser wieder an seinen Bruder gewiesen hatte, so hatte sie Naves zu dem Mainzer Kanzler geschickt, von dem sie, dazu noch unbeabsichtigt, nur soviel erfuhren, daß auch die Gegenpartei bei ihm vorstellig geworden war.[3])

Inzwischen aber hatten ihre Herren sich endlich unter dem Druck der Verhältnisse von ihrem blinden Autoritätsglauben dem Kaiser gegenüber losgesagt, als erster der Herzog von Würtemberg. In direktem Gegensatz zu seinem Schreiben vom 24. Juni, in dem er seinen Räten mit Rücksicht auf die drohende kaiserliche Ungnade das Ausharren in Regensburg zur Pflicht gemacht hatte, ordnete er am 28. Juni ihre sofortige Abreise an, da nichts Ersprießliches mehr zu erwarten sei und alle Sachen zum sorglichsten und gefährlichsten sich an-

---

[1]) Für das Genauere vgl. Küch, Die Hochzeit des Herzogs Wilhelm III. von Jülich-Cleve-Berg 1546 in den Beiträgen zur Geschichte des Niederrheins XVII, 109 und 114 und Hasenclever, Kurpfälz. Politik S. 97 ff.

[2]) Ma. A. Räte an Philipp 25. und 29. Juni.

[3]) Br. A. Minkwitz an Sachsen 29. Juni.

ließen.[1]) Ebenso wie die würtembergischen erhielten auch die sächsischen Räte den Bescheid von ihren Herren, er sehe es für gut an, daß alle Bundesstände an einen geeigneten Ort sich begäben, um über alle diese Beschwerden weiter zu beraten.[2]) Nur der Landgraf hielt in dieser Frage der Abreise mit seiner Ansicht noch zurück; in seinem Schreiben vom 30. Juni an seine Räte erwähnte er diesen Punkt nicht; dafür enthielt es aber die frohe Kunde, daß er bereits 3000 Reiter und 12 000 Knechte habe bestellen lassen, und er schloß mit der mutigen Zuversicht, daß er vor unbilliger Gewalt bewahrt bleiben werde.[3]) Diese optimistische Auffassung mußte seinen Räten in Regensburg umso begründeter erscheinen, als sie immer wieder hörten, daß die kaiserlichen Rüstungen nicht mit der erwünschten Schnelligkeit und Vollständigkeit von statten gingen. So sollte Naves in Weinstimmung sich haben vernehmen lassen, es habe sich wie vorher so auch jetzt wieder zugetragen, daß der Kaiser statt der bestellten 3000 Reiter noch nicht 1000 und statt der bestellten 500 noch nicht 200 habe bekommen können. In dem gleichen Schreiben hielten die hessischen Räte ihrem Herren von neuem die Nutzlosigkeit ihres weiteren Verweilens vor, zumal bereits Boten in der Umgegend ihrer Briefe beraubt und verwundet worden seien und auch einige süddeutsche Städtegesandten wie die von Nürnberg und Dinkelsbühl die Stadt bereits verlassen hätten, so daß ihre an und für sich geringe Zahl noch mehr zusammengeschmolzen sei.[4])

Das Eintreffen des würtembergischen Abberufungsschreibens sowie eine gleiche Aufforderung aus Ulm, woselbst Vertreter Ulrichs und der oberländischen Städte zur Erwägung der nötigen

---

[1]) St. A. Ulrich an die Räte 28. Juli, vgl. auch Heyd III, 342.

[2]) St. A. Räte an Ulrich 30. Juni.

[3]) Lenz Kriegführung S. 416; Ma. A. Philipp an die Räte 30. Juni. Am 4. Juli sprach er erneut die Hoffnung aus, es solle keine Not haben; gleichzeitig befahl er seinen Räten ausdrücklich, wenn sie mit der Werbung an Karl nicht weiter fortgefahren wären, jetzt damit einzuhalten. Philipp an die Räte 4. Juli.

[4]) Ma. A. Räte an Philipp 1. Juli. Die Meldung, daß am 1. Juli auch der Frankfurter Gesandte abgereist sei, beruht wohl auf einem Irrtum; nach dem Protokoll vom 3. Juli im Br. A. über die Beratung der Schmalkaldener nahm Frankfurt an dieser noch teil.

Gegenmaßregeln zusammengekommen waren, veranlaßte am 3. Juli eine letzte gemeinsame Beratung aller schmalkaldischen Bundesgenossen in Regensburg. Zwar war auch jetzt noch eine kleine Minderheit anfänglich gegen die Abreise, Pfalz mit Rücksicht auf die noch schwebenden Vermittlungsversuche und ebenso Cöln und Zweibrücken, die noch die kaiserliche Resolution über die Religion, Frieden und Recht abwarten wollten. Im Gegensatz hierzu traten Würtemberg, Anhalt, Pommern, Straßburg, Augsburg, Frankfurt, Ulm und Eßlingen für den sofortigen Aufbruch ein; ja, Würtemberg, Augsburg und Ulm gaben zu verstehen, sie müßten auf Befehl ihrer Herren auf jeden Fall abreisen, selbst wenn die andern Stände noch bleiben wollten. Unter diesen Umständen entschieden sich auch Sachsen und Hessen dahin, obwohl sie das Abberufungsschreiben ihrer Herren noch nicht erhalten hatten. Sogar Cöln und Zweibrücken schlossen sich jetzt den übrigen an, so daß, von Pfalz abgesehen, der Aufbruch von Regensburg in völliger Einmütigkeit beschlossen wurde. Ebenso herrschte volle Übereinstimmung darüber, von einer Entschuldigungsschrift an den Kaiser wegen ihrer eigenmächtigen Abreise abzusehen; man hielt sie allgemein für überflüssig.[1]) Daher brachen die Stände heimlich und einzeln noch am gleichen und dem folgenden Tage auf. Unter den ersten waren die würtembergischen Räte, die noch am 3. Juli Regensburg verließen, während die Abreise von Minkwitz, die in aller Frühe des 4. Juli erfolgen sollte, sich noch um einige Stunden infolge einer heftigen Feuersbrunst verzögerte, die in der Nähe von Karls Herberge ausbrach und die wegen der großen Pulvermassen, die dort lagerten, keine geringe Gefahr für den Kaiser bedeutete. Erst als diese beseitigt und die Macht des Feuers gebrochen war, bewerkstelligte Minkwitz heimlich seinen Aufbruch, wie es auch am gleichen Tage die hessischen Räte taten.[2])

---

[1]) Das bei Heyd III, 342 erwähnte und im St. A. vorhandene undatierte Schriftstück ist daher wohl nur ein Entwurf, der nicht übergeben wurde.

[2]) Br. A. Minkwitz an Sachsen 5. Juli, als Beilage Protokoll der Verhandlungen vom 3. Juli; Ma. A. Sachsen und Hessen an die Räte 3. Juli, vgl. auch Mentz II, 459; Räte an Philipp 4. Juli, als Beilage Schreiben der Räte in Ulm an die in Regensburg 1. Juli.

Zu diesem unentschuldigten Aufbruch glaubten sich die Schmalkaldener um so mehr berechtigt, als es jetzt sogar Ferdinand nicht mehr für nötig gehalten hatte, die Maske vorzubehalten, sondern sich ganz offen zu den pfälzischen Räten bei ihren Vermittlungsversuchen über die kaiserlichen Absichten geäußert hatte. Sein Hauptunwille war gegen den Landgrafen gerichtet, dem Karl auch die Schuld beimaß, Sachsen verführt zu haben. Beide Fürsten beschuldigte er jetzt deutlich des Ungehorsams. Nachdem er mit aller Entschiedenheit erklärt hatte, der Kaiser werde keineswegs den Ungehorsam im Reiche leiden, warf er ihnen zornig vor, die Fürsten bedienten sich der Religion nur als eines „Schanddeckels“; diesen müsse Karl aber aufheben und nachsehen, was für Schelme darunter verborgen wären, wobei der König mit der Hand eine Gebärde machte, als ob er wirklich etwas in die Höhe hebe. In heftiger Erregung schloß er mit den sich förmlich übersprudelnden Fragen: „Ist Herzog Heinrichs Sache eine Religionssache? Ist die Goslarsche Sache eine Religionssache? Ist die Katzenellenbogensche Sache eine Regierungssache? Ist die Naumburgische Sache eine Religionssache?“[1])

Mit dieser Abreise der Schmalkaldener aus Regensburg war der Reichstag eigentlich beendet. Es folgte jetzt nur noch das Nachspiel, das, wie die Sachen lagen, nicht mehr lange währen konnte. So schrieb kurz nach dem protestantischen Aufbruch der Gesandte der Stadt Cöln, man erwarte in kurzem die kaiserliche Resolution und den darauf folgenden Abschied.[2]) Aber es vergingen doch bis zum förmlichen Schluß des Reichstages noch über zwei Wochen. Am 11. Juli hielt der Kaiser es endlich an der Zeit, da seine Rüstungen wesentlich abgeschlossen waren, seine Resolution über Religion, Frieden und Recht den wenigen noch anwesenden Protestanten wie vor allem

---

[1]) Ma. A. Räte an Philipp 4. Juli; Br. A. Minkwitz an Sachsen 5. Juli; vgl. auch Hasenclever, Kurpfälzische Politik S. 99.

[2]) C. A. Helmann an den Rat 6. Juli, vgl. auch Brandenburg Korresp. II, 718 A. 3. Nicht ohne Interesse ist die Nachricht Helmanns in dem gleichen Briefe, daß nach Ansicht etlicher dieser Sommer trotz aller Rüstungen im Hinblick auf die Türkengefahr ohne Blutvergießen vergehen werde. Vgl. auch Wehrmann, Am Vorabend des schmalkaldischen Krieges im A. f. R. G. II, 193.

Pfalz zu eröffnen. Neues brachte sie nicht mehr. Sie verlangte die Beschickung und Anerkennung des Konzils und die Besetzung des Kammergerichtes nach der alten Weise. Der Schluß brachte noch einmal der Sache nach eine Wiederholung der kaiserlichen Antwort vom 16. Juni. Karl erklärte zuerst seine Bereitwilligkeit zur Aufrichtung eines beständigen Friedens. Nicht genug Worte konnte er finden, um seine Geneigtheit dazu zu erkennen zu geben; er bezeichnete sich selbst als gnädigsten, gütigen Kaiser und Liebhaber von Frieden und Recht, allerdings nur den Ständen gegenüber, die ihm hierbei mit schuldigem Gehorsam entgegenkämen. Den andern dagegen, die sich bisher unterstanden hätten und noch unterständen, ihm den schuldigen Gehorsam zu versagen, auch Frieden und Recht zu verhindern, drohte er an, mit Gebühr zu begegnen und von solchem unbilligen Vornehmen abzuwenden.[1]) Den folgenden Tag ließ er den Katholiken diese Antwort durch Naves mitteilen und ihnen seine Zufriedenheit mit ihrer Antwort über die drei Punkte ausdrücken; gleichzeitig ersuchte er sie, sich noch einige Zeit zu gedulden, da er hoffe, ihnen in wenigen Tagen die protestantische Entgegnung zukommen lassen zu können. Bereitwilligst gingen sie darauf ein, sprachen ihm noch ihre besondere Freude aus, daß er ihre Antwort zu Gnaden angenommen habe und baten zum Schluß, Karl wolle bei den Protestanten sich bemühen, daß jeder Stand trotz der gegenwärtigen Kriegsrüstungen ungefährdet heimkommen könnte. Schon den nächsten Tag, den 13. Juli, übermittelte Karl den Katholiken durch den Mainzer Kanzler die Erwiderung der Protestanten: mit Rücksicht darauf, daß die meisten bereits abgezogen seien, vermöchten sie eine weitere Antwort nicht zu geben. Zugleich ließ der Kaiser die Katholiken noch bitten, ihm ihre Ansicht zu erkennen zu geben, was er weiter tun solle. Am 14. Juli antworteten diese, sie selbst wüßten ihm über ihr voriges Bedenken, das ihm ja gefallen habe, keine weitere Antwort zu geben, und sie schlossen mit den zugleich schmeichlerischen wie heuchlerischen Worten, Karl werde selbst kraft des hohen Verstandes, mit dem er von dem Allmächtigen

---

[1]) Die undatierte Antwort des Kaisers im Fr. A., nach dem C. A. vom 11. Juli.

reichlich begabt sei, dafür zu sorgen wissen, daß Friede und Recht, Ruhe und Einigkeit aufgerichtet und erhalten werde.[1])

Hiermit hatten die Verhandlungen zwischen dem Kaiser und den einzelnen Parteien ihr Ende erreicht. Für Karl handelte es sich jetzt nur noch darum, den Reichstag offiziell zu schließen. Jedoch verging bis dahin noch über eine Woche. Am 21. Juli, demselben Tage, an dem Ferdinand Regensburg verließ, meldete bereits der Cölner Gesandte, seiner Ansicht nach stehe der Reichsabschied bevor.[2]) Tatsächlich fand er auch am 24. Juli statt. War die Beteiligung der Stände schon bei der Eröffnung des Reichstages gering gewesen, so war dies jetzt bei seinem Schluß noch weit mehr der Fall. Verhältnismäßig am besten waren noch die Kurfürsten von Mainz, Trier, Cöln und Pfalz durch ihre Räte vertreten. Von geistlichen Fürsten waren persönlich nur noch anwesend der Kardinal von Augsburg, der Bischof von Hildesheim und der Abt von Weingarten; dazu kam noch eine ganze Reihe bischöflicher Räte. Von weltlichen Fürsten waren aber lediglich noch Maximilian von Österreich, Albrecht von Mecklenburg, Erich und Philipp von Braunschweig und der Herzog von Savoyen zugegen, zu denen sich ebenfalls noch einige Räte gesellten. Eröffnet wurde die Feierlichkeit wieder wie beim Anfang des Reichstages durch den Kardinal von Augsburg; er beklagte, daß infolge der geringen Beteiligung die Punkte der Proposition nicht hätten erledigt werden können, zumal noch die Schmalkaldener abgezogen seien. Darauf folgte die Verlesung des Abschiedes durch den Mainzer Kanzler. Im Anfang erklärte der Kaiser, daß er infolge der gleichen geringen Beteiligung wie in Worms diesen Reichstag ebenfalls verschieben müsse und zwar auf den 2. Februar des kommenden Jahres nach einem noch näher zu bestimmenden Orte, wo die Stände persönlich erscheinen und endlich die weder in Worms noch hier erledigten Punkte behandeln sollten. Da die Stände

---

[1]) C. A. Prot. vom 12.—14. Juli; Ha. A. Prot. vom 12.—14. Juli und noch besonders die Verhandlungen Karls mit den Katholiken in diesen Tagen C. und W. A. Antwort der Katholiken vom 14. Juli.

[2]) C. A. Helmann an den Rat 21. Juli. Viglius' Worte bei Druffel S. 26, Caesar cepit deliberare de recessu, beziehen sich wohl auf den Reichsabschied.

sich über die Besetzung des Kammergerichtes nicht hatten einigen können, so traf der Abschied ferner Maßnahmen, um das Stocken der Rechtspflege zu verhindern. Zum Schluß gab Karl seine Bereitwilligkeit zu erkennen, auf dem neuen Reichstag die Streitigkeiten der Session, betreffs derer sich hier die Stände, wie er hervorhob, „gesellig und ungefährlich" gehalten hätten, endgültig zu erledigen. Darauf ergriff noch einmal der Augsburger das Wort. Er wies auf die Kriegsrüstungen hin und ermahnte die Stände, daran festzuhalten, daß der Kaiser auch jetzt noch gegen das deutsche Reich sich ganz väterlich zu halten gedenke, damit dessen Ehre, Wohlfahrt und Libertät, auch Friede, Recht und Einigkeit erhalten werde; sollte es ihnen anders berichtet werden, so möchten sie es nicht glauben.[1])

Hiermit hatte dieser „seltsame"[2]) Reichstag sein Ende gefunden. Sein Anfang stand zu seinem Ausgang äußerlich in schroffstem Gegensatz. In seiner Proposition hatte Karl sehr milde Saiten angeschlagen und in gütigen Worten seine Bereitwilligkeit zur Herstellung von Frieden und Recht betont.[3]) Bald aber wurden diese friedlichen Worte durch den kriegerischen Lärm übertönt, der sogar in Regensburg selbst erhallte und die Reichstagsverhandlungen sehr bald unmöglich machte, bis schließlich immer unverhüllter Äußerungen auf kaiserlicher Seite über den bevorstehenden Ausbruch des Krieges und seinen wahren Zweck den Schleier lüfteten und selbst die absichtlich gemäßigteren Abschiedsworte des Kardinals von Augsburg noch immer deutlich genug die Freude der Katholiken wiederspiegelten, daß endlich der Tag der Vergeltung gekommen sei.

Hieraus ergibt sich die Bedeutung dieses Reichstages von selbst. Die sachlichen Verhandlungen hatten natürlich kein Ergebnis gezeitigt, da dies ja auch gar nicht von dem Kaiser bezweckt worden war. Ihm war es vielmehr von Anfang an nur darauf angekommen, an einem günstig gelegenen Orte, wie es Regensburg für ihn war, alle nötigen Vorbereitungen für

---

[1]) C. und Ha. A. Prot. vom 24. Juli; St. A. Vortrag des Augsburgers vor und nach dem Abschied.

[2]) Schw. A. Thum an Kopken 22. Juni.

[3]) Vgl. auch A. f. R. G. II, 199.

den Krieg ungestört zu vollenden. Die Reichstagsverhandlungen waren ihm diesmal in noch viel ausgedehnterem Maße als vor einem Jahre in Worms nur das Mittel gewesen, um seine wirklichen Absichten möglichst zu verbergen, den Gegner durch scheinbares Entgegenkommen oder absichtlich unklare Antworten nach Kräften hinzuhalten, bis er selbst den Zeitpunkt für gekommen hielt, um ihm mit offenem Visier entgegenzutreten.[1]) Von diesem Gesichtspunkte aus schließt sich der Regensburger Reichstag eng an den Wormser an; beide hatten zum eigentlichen Zweck nicht die Reichstagsverhandlungen, sondern es waren ihnen gleich von Beginn an andere Ziele gesteckt worden. Was aber dort für Karl sich zurzeit noch als nicht ausführbar erwiesen hatte, vermochte er hier zum größten Teile, so wie er es gewollt, in die Wege zu leiten, so daß der Regensburger Reichstag, vom kaiserlichen Standpunkte aus gesehen, die Krönung des Wormser Tages, ja sogar der ganzen von uns betrachteten Reihe von Reichstagen bedeutet.

Wie wir gesehen haben, zerfallen diese Reichstage demnach unter dem Gesichtspunkte ihrer Bedeutung für die Vorgeschichte des Schmalkaldischen Krieges in zwei große Gruppen, deren erste die vier Reichstage von 1541—43 umfaßt, während zu der zweiten die drei letzten von 1544—46 gehören. Die erste Reihe vom Regensburger Reichstage an bringt Karl die klare Erkenntnis der unbedingten Notwendigkeit des Krieges infolge der unerwarteten Hartnäckigkeit der Protestanten, die ihm wie in Regensburg so auch auf den Reichstagen von Speier und Nürnberg entgegentrat, ohne daß damit zugleich die sofortige Ausführung dieses Planes beschlossen worden wäre. Im Gegenteil, Karl ist in diesen Jahren noch weit davon entfernt, nicht nur im Hinblick auf die für ihn ungünstige politische Lage, sondern auch weil er sich die Unterwerfung der Gegner zu schwierig vorstellte. Das Bindeglied zur nächsten Gruppe bildet dann der schnelle Sieg des Kaisers über den Herzog von Cleve, der nicht nur die politische Situation zu seinen Gunsten verändert, sondern vor allem ihm die Augen öffnet über die politische Unfähigkeit der Gegner. Daher bringen die drei letzten Reichstage nur die

---

[1]) Vgl. auch v. Bezold S. 767.

Ausführung seines Entschlusses. In Speier wird infolge der Kurzsichtigkeit und Selbstsucht der Schmalkaldener die Niederwerfung Frankreichs ermöglicht, so daß der deutsche Krieg bereits 1545 auszubrechen droht. Jedoch noch einmal wird auf dem Wormser Reichstag die Entscheidung vertagt, bis endlich der Regensburger mit dem tatsächlichen Ausbruch des Krieges diese ganze Entwicklung zum Abschluß bringt.

Inhaltsübersicht der gesamten Arbeit.

I. Teil. Die Reichstage der Jahre 1541—43.
Heft 5:

Seite

Vorwort . . . . V—VI

Verzeichnis der Abkürzungen VIII

Einleitung . . . . 1—6

Karls politischer Standpunkt gegenüber der Reformation im allgemeinen 1 — im einzelnen vom Wormser bis Regensburger Reichstag 2—4 — Bedeutung der sieben Reichstage 4—5 — Überblick über den Streit zwischen Fürsten und Städten auf diesen Reichstagen 5—6.

1. Der Reichstag zu Regensburg 1541 . . . . 7—53

Politische Lage vor dem Reichstage 7—8 — Karls Reise nach Regensburg und Ankunft 8—9 — Langsames Erscheinen der Reichsstände 10 — Eröffnung des Reichstages 11 — Antwort der Protestanten 12 — Ausbruch des Streites zwischen den katholischen Fürsten und Städten 12—13 — Naves' vermittelnde Stellung 13—14 — Voraussichtliches Scheitern des Colloquiums 14—15 — Notwendigkeit für Karl, die Türkenhilfe beraten zu lassen, mit Rücksicht auf Ferdinands Not 15—17 — Stellung der Protestanten hierzu 17 — Beratungen über die Türkenhilfe vom 8.—21. Juni; neuer Streit zwischen Fürsten und Städten 18—21 — Ferdinands Antwort und seine Verhandlungen mit den Parteien 21—23 — Beratungen Karls mit den Parteien vom 30. Juni bis 3. Juli 23—25 — Verschärfung des Streites zwischen Fürsten und Städten 26 — Beratungen über das Regensburger Buch; Bemühungen Wilhelms von Baiern 26—30 — Entgegenkommen des Kaisers an die Protestanten und deren bedingte Bewilligung der eilenden Türkenhilfe am 9. Juli 30—32 — Beginn der Verhandlungen über Friede und Recht und den Reichstagsabschied 32—35 — Schwierige Verhandlungen Karls mit den Parteien vom 14.—27. Juli 35—38 — Verhandlungen Karls am 28. Juli 39—41 — Entstehung der Regensburger Deklaration vom 29. Juli für die Protestanten

Seite

41—43 — Reichstagsabschied und Karls Deklaration vom 29. Juli für die Katholiken 44—45 — Abschiede der Schmalkaldener und der gesamten Protestanten vom 1. August 45—46 — Ergebnisse des Reichstages für den Kaiser 46—47 — Bedeutung der beiden Deklarationen 47—50 — Besondere Bedeutung des Reichstages für Karl und die Protestanten 50—53.

2. **Der Reichstag zu Speier 1542** (Februar—April) . . . . . 54—88
Vorschlag Karls an Ferdinand, den Speirer Ständetag in einen Reichstag umzuwandeln 54 — Verhandlungen Ferdinands mit den Baiern 55 — Ausschreiben Ferdinands zum Reichstag; Naves' Reise zu den süddeutschen Ständen 56 — Tagung der norddeutschen Fürsten zu Nauenburg 56—57 — Ankunft der Stände und Ferdinands in Speier 57—59 — Eröffnung des Reichstages durch Ferdinands Proposition 59—60 — Stellung der Protestanten 60—61 — Beginn der Beratungen über die Proposition am 13. und 14. Februar; Streit zwischen Fürsten und Städten 61—63 — Bedeutung dieses Zwistes für die Protestanten 63—65 — Streit zwischen Kurfürsten und Fürsten 65—66 — Supplikation der Protestanten vom 27. Februar 67—68 — Verschärfung des Zwistes zwischen Fürsten und Städten 68—70 — Vergebliche Verhandlungen Ferdinands mit den Protestanten vom 13.—22. März 70—73 — Neue Beratungen der Protestanten mit dem Könige vom 24.—30. März; Ferdinands Entgegenkommen 73—76 — Widerstand der Städte 77 — Bemühungen Ferdinands um den Abschied mit den Protestanten und den Städten vom 1.—5. April 78—80 — Zugeständnisse des Königs an die Protestanten 80—82 — Ferdinands Deklarationen für die Protestanten und die Katholiken vom 10. April 82—84 — Seine Zugeständnisse an die Städte 84 — Schluß des Reichstages; Sonderabschiede der Schmalkaldener und der Städte vom 14. April 84—86 — Bedeutung des Reichstages für den König und die Protestanten 86—88.

3. **Der Reichstag zu Nürnberg 1542** (Juli—August) . . . . . 88—107
Verschiebung der Visitation des Kammergerichtes 88—90 — Erweiterung der Aufgaben des neuen Reichstages 90 — Sein unpünktlicher Beginn und abermaliger Ausbruch des Streites zwischen Fürsten und Städten 90—92 — Proposition vom 24. Juli 92—93 — Beratungen über sie im Kurfürsten- und Fürstenrat; Antwort der Fürsten vom 2. August 93—94 — Ablehnende Haltung der Städte 94—95 — Weitere Beratungen bis zum 6. August 95—96 — Stellung der Protestanten zum König 96—97 — Neue Verhandlungen zwischen den Fürsten und Ferdinand vom 11.—14. August 98—99 — Widerstand der Städte 99—100 — Entgegenkommen Ferdinands 101 — Beratungen über den Abschied vom 22.—25. August 101—102 — Schluß

Seite

des Reichstages; Protestationen gegen den Abschied 102—104 — Sonderabschiede der Städte und der Protestanten 104—105 — Bedeutung des Reichstages für den König und die Protestanten 105—107.

4. **Der Reichstag zu Nürnberg 1542—43** . . . . 108—164

Verschiebung des Reichstages durch Ferdinand und Erweiterung seiner Aufgaben sowohl durch Karl und Ferdinand wie durch die Protestanten; deren Beratungen in Schweinfurt 108—109 — Verzögerung des Erscheinens Ferdinands 109—110 — Sendung Granvellas durch Karl 110—111 — Vorbereitungen der Städte 111 — Langsames Eintreffen der Stände in Nürnberg 111—113 — Besorgnisse der Protestanten 113—114 — Ankunft Ferdinands am 17. Januar; Verhandlungen mit den Protestanten 114—115 — Eröffnung des Reichstages am 31. Januar 115—116 — Mißtrauen der Protestanten; ihre Eingabe an den König vom 2. Februar 116—117 — Granvellas Werbung vom 5. Februar 118—119 — Ferdinands Antwort an die Protestanten vom 16. Februar 119—120 — Verhandlungen des Königs und Granvellas mit den Protestanten Ende Februar und Anfang März 121—123 — Vorläufiges Scheitern seiner offiziellen Verhandlungen mit ihnen am 10. März 123—125 — Vergebliche Sonderverhandlungen des Königs und Granvellas mit ihnen 125—126 — Weitere ergebnislose Versuche Ferdinands Mitte März, die Protestanten zu gewinnen 126—128 — Entgegenkommen der Schmalkaldener auf Grund des clevischen Hilfsgesuches vom 18. März 128—130 — Ablehnung ihres Beschlusses durch die katholischen Fürsten unter Eck am 24. März 130—131 — Vorschlag Granvellas einer Sonderdeklaration für die Protestanten 131—133 — Ergebnislose Verhandlungen der katholischen und protestantischen Stände vom 26.—29. März 133—135 — Neue vergebliche Verhandlungen zwischen Ferdinand und den Protestanten vom 2.—8. April 135—140 — Ferdinands Verhandlungen mit den Katholiken vom 14.—16. April 140—141 — Gegenmaßnahmen der Schmalkaldener 141—142 — Letzte Beratungen Ferdinands mit den Protestanten vom 18.—23. April 142—146 — Schluß des Reichstages; Protestationen gegen den Abschied 146—147 — Sonderabschiede der Städte und der Schmalkaldener 147—148 — Bedeutung des Reichstages für den König und die Protestanten 149—154 — Nachlassen des protestantischen Widerstandes infolge der Ankunft Karls in Genua am 25. Mai 154—155 — Zusammenkunft der Schmalkaldener in Schmalkalden Ende Juni 155—156 — Verschiebung der Kammergerichtsvisitation durch Karl 156—157 — Städtetag in Frankfurt Ende Juli 158—159 — Karls Verhandlungen mit den protestantischen Gesandten in Speier Anfang August 159—160 — Nachgiebigkeit der Protes-

Seite

tanten infolge des kaiserlichen Sieges über Cleve 160—162 — Beschlüsse des schmalkaldischen Bundestages in Frankfurt Ende September 162 — Weitere Bedeutung des clevischen Sieges für Karl und seine Stellung zu den Protestanten 162—164.

II. Teil. Die Reichstage der Jahre 1544—46.
Heft 6:

Einleitung . . . . 1— 2

1. **Der Reichstag zu Speier 1544** . . . . 3—50
Visitation des Kammergerichtes in Speier 3—4 — Ihre Einstellung 5 — Bemühungen Karls bei den rheinischen Kurfürsten für den Reichstag 5—7 — Aufschub des Reichstages durch Karl 7—9 — Seine Ankunft in Speier am 30. Januar 9 — Ankunft des Landgrafen und des Kurfürsten im Februar 9—10 — Eröffnung des Reichstages 11 — Günstige Stellung des Kaisers gegenüber den Schmalkaldenern 11—13 — Verhandlungen über die Proposition vom 23.—27. Februar 13—14 — Umfall der Schmalkaldischen Fürsten am 28. Februar 14—16 — Mißstimmung der Städte gegen die Fürsten 16—17 — Bedingte Bewilligung der Reichshilfe gegen Frankreich durch die Fürsten 17—20 — Vergeblicher Widerstand der Städte und des Landgrafen 20—24 — Streit Karls mit den Schmalkaldenern über die Abhaltung protestantischen Gottesdienstes in einer Klosterkirche 25—26 — Bemühungen der Schmalkaldener um Friede und Recht im April 26—30 — Ernennung von vier Unterhändlern durch Karl zur Beratung dieser Angelegenheit 30—31 — Verlauf der Verhandlungen über Friede und Recht vom 4.—6. Mai 32—34 — Widerstand der Katholiken; günstige Antwort Karls für die Protestanten 34—36 — Weitere Beratungen mit den Protestanten; deren Entgegenkommen 37—40 — Abschluß der Verhandlungen mit ihnen und den Katholiken 41—42 — Schluß des Reichstages 42—43 — Sonderabschiede der Schmalkaldener und der Städte 43—44 — Zufriedenheit Karls mit den Ergebnissen des Reichstages 44 — Scheinbarer Erfolg der Protestanten auf dem Reichstage 45—46 — Wahre Gesinnung Karls bei dem Erlaß seiner den Protestanten günstigen Bestimmungen 46—47 — Bedenkliche Stimmung vieler Protestanten über jene Artikel 47—48 — Fehlende Zustimmung der Katholiken dazu 48—49 — Bedeutung des Reichstages für das fernere Verhältnis unter den Protestanten 49—50.

2. **Der Reichstag zu Worms 1544/45** . . . . 50—109
Verzögerung der Ankunft Karls; Sendung von Bevollmächtigten 50—51 — Verlesung der Proposition durch die Kommissare am 15. Dezember 51—52 — Beginn ihrer Beratung im Januar 53—54 — Abermalige Verzögerung der Ankunft des Kaisers;

Seite

Sendung von Kommissaren und von Ferdinand nach Worms; Mißstimmung unter den Ständen 54—57 — Ankunft der Kommissare und Ferdinands im März 57 — Veränderung der politischen Verhältnisse zu Ungunsten der Protestanten 57—58 — Beunruhigung unter ihnen über die bedrohliche Lage 58—60 — Drängen des Landgrafen nach Gegenmaßnahmen 60—61 — Besorgnisse der Protestanten wegen der Konzilsfrage und ihre Gegenmaßregeln 61—62 — Stellung Ferdinands und Granvellas zum Konzil 62—64 — Verlesung der Proposition vom 24. März 64—65 — Stellung der Protestanten zu ihr 65—66 — Beratungen über sie Ende März 66—68 — Ihre Fortsetzung Anfang April; Ausbruch des offenen Zwistes unter den Ständen 69—70 — Stellung Ferdinands 70—71 — Erregte Stimmung unter den Katholiken 71—72 — Neue Antworten der Stände an Ferdinand vom 9. April 72—73 — Ernste Auffassung der Lage durch die Protestanten 73 — Weitere Verhandlungen zwischen Ferdinand und den Ständen Mitte April; Steigerung der Erregung unter den Protestanten 74—76 — Ausbruch des Streites zwischen den Fürsten und Städten; Ferdinands Versuche, die Schmalkaldischen Städte vom Bunde zu trennen 76 — Hartnäckigkeit Ferdinands den Protestanten gegenüber; deren halbe Maßnahmen trotz neuer bedrohlicher Nachrichten 76—79 — Bitte Ferdinands vom 1. Mai um Verschiebung der strittigen Fragen bis zu Karls Ankunft; Hartnäckigkeit der Protestanten 79—81 — Ergebnis dieses ersten Teiles des Reichstages 81 — Weitere wesentlich passive Rolle der Protestanten trotz neuer Ermahnungen Philipps 82—83 — Ankunft Karls am 16. Mai 83 — Scheinbar bevorstehender Ausbruch des Krieges; Ankunft Farneses; kaiserliche Verhandlungen mit ihm 83—84 — Formelle Wiederaufnahme der Verhandlungen durch Karl am 19. Mai 85 — Allgemeine Kenntnis der Protestanten über die ihnen drohende Gefahr und ihr Verhalten 85—88 — Ihre Verhandlungen mit Karl bis Anfang Juni 88—89 — Neue Versuche von Naves, den Schmalkaldischen Bund zu sprengen 89—90 — Vermittlungsversuche des Pfälzers; ihre scheinbare Ergebnislosigkeit 90—93 — Kaiserlicher Vorschlag eines Religionsgespräches; Stellung der Protestanten hierzu 93—95 — Aufschub des Krieges durch Karl; seine und Ferdinands Gründe hierfür 95—97 — Beginn des letzten Teiles des Reichstages; Karls Ansetzung eines Religionsgespräches aus eigner Machtvollkommenheit 97—98 — Schließliche Annahme dieses Vorschlages durch die Protestanten 98—100 — Verhandlungen über Friede und Recht 100—101 — Immer genauere Kenntnis der Protestanten über Karls kriegerische Pläne und ihren Aufschub; ihre Gegenmaßnahmen 101—105 — Ablehnung der Türkenhilfe durch die Protestanten Ende Juli 105 — Schluß des Reichstages; Protestation der Protestanten

Seite

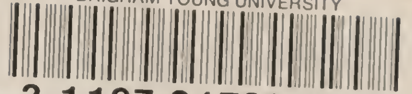
106 — Sonderabschiede der Städte und der Schmalkaldener 106—107 — Bedeutung des bevorstehenden Bundestages in Frankfurt für die Schmalkaldener 107—108 — Aufbruch Karls und Ferdinands 108 — Bedeutung dieses Reichstages 108—109.

3. **Der Reichstag zu Regensburg 1546** . . . . 109—154
Ansetzung des neuen Reichstages auf dem vorhergehenden; Protest des Pfälzers und Besorgnisse der Stadt Augsburg 109—110 — Verschiebung des Reichstages durch Karl 110—111 — Ergebnislosigkeit des Regensburger Colloquiums 111 — Ankunft Karls in Regensburg am 10. April; Fehlen der Schmalkaldischen Fürsten 111—112 — Karls neues Ausschreiben an die Stände vom 15. April 110—113 — Ausbleiben der Schmalkaldischen, spärliches Erscheinen der katholischen Fürsten Ende April 113—114 — Karls „Holzkur“ und Jagdaufenthalt in Straubing Anfang Mai 114 — Zahlreicheres Erscheinen der Stände, vor allem der Geistlichen; geringe Anzahl von Schmalkaldischen Vertretern 114—115 — Notwendigkeit der Beratungen der Schmalkaldener über die Ermordung des Diaz, die Abreise der Colloquenten aus Regensburg und über das Konzil 115—116 — Stellung der Protestanten gegenüber den kaiserlichen Rüstungen; Klagen des Landgrafen und der hessischen Räte über ihre ablehnende Haltung 116—117 — Neue Beratungen der Protestanten Ende Mai über die Entschuldigung der Colloquenten und die Angelegenheit des Diaz; Beschlußfassung über die letzte Sache 118—119 — Klagen Günterodes über die kurzsichtige protestantische Politik; Ankunft Ferdinands 119—120 — Übergabe der protestantischen Beschwerdeschrift am 2. Juni wegen der Ermordung des Diaz; Antworten Karls und Ferdinands 120—121 — Beschlußfassung der Protestanten über die Entschuldigung der Colloquenten 122 — Eröffnung des Reichstages am 5. Juni 122—123 — Besorgnisse Sachsens und Hessens wegen neuer Nachrichten über kaiserliche Rüstungen 124 — Beratungen der Protestanten am 7. Juni über die Proposition 124—125 — Beratungen aller Stände über sie am 8. Juni; Trennung nach Religionsparteien 125—126 — Verhandlungen am 9. Juni; Streit unter den Kurfürsten; Stellungnahme der Katholiken zur Proposition; Anträge der Vertreter von Trier und Mainz; Stellung Cleves 126—127 — Beratungen der Schmalkaldener über die Proposition; Antworten der Katholiken vom 12. Juni und der Protestanten vom 13. Juni 128—129 — Verhandlungen der Schmalkaldener über Gegenmaßnahmen vom 10.—13. Juni; Beschluß, mit Mainz und Trier zusammen bei dem Kaiser wegen der Rüstungen anzufragen 130—132 — Infolge deren Weigerung alleinige Anfrage der Schmalkaldener bei Karl am 16. Juni; dessen Antwort 132—134 — Abwartende

Seite

Haltung der Protestanten vom 17.—18. Juni 134—135 — Bemühungen Karls bei den geistlichen Fürsten um Unterstützung für den Krieg; deren ausweichende Antwort; Karls Sendung nach Ravensburg 135—137 — Befürchtungen auf kaiserlicher Seite wegen der nur langsam vonstatten gehenden Rüstungen; Ansicht der Protestanten von der Nutzlosigkeit eines ferneren Verweilens in Regensburg 137—138 — Philipps Verhalten vom 12.—22. Juni 138—140 — Verhandlungen des Kaisers mit den Katholiken wegen der Besetzung des Kammergerichtes vom 21.—23. Juni; Beratungen der Stände am 23. Juni 140—143 — Beginn der Abreise der Stände 143 — Beratungen der Schmalkaldener über Philipps Vorschlag, bei dem Kaiser noch einmal anzufragen; seine Ablehnung 143—144 — Erörterungen der Schmalkaldener über ihre Abreise; ihr Beschluß, hierüber die Entscheidung ihrer Herren abzuwarten; Karls Ersuchen durch Viglius an alle Stände vom 25. Juni 145 — Vergebliche Vermittlungsversuche von Cleve und Pfalz; Ergebnislosigkeit der protestantischen Bemühungen in der Angelegenheit des Diaz 146 — Stellung der Schmalkaldischen Fürsten zur Abreise ihrer Räte 146—147 — Letzte Beratung der Schmalkaldischen Vertreter am 3. Juli über die Abreise; ihr Aufbruch am 3. und 4. Juli 147—148 — Offene Beschuldigungen gegen Sachsen und Hessen durch Ferdinand vor den pfälzischen Räten 149 — Karls Resolution über Religion, Friede und Recht; Antworten der Stände 149—151 — Reichsabschied vom 24. Juli 151—152 — Bedeutung des Reichstages 152—153 — Zusammenfassender Überblick über die Bedeutung der sieben Reichstage 153—154.




BRIGHAM YOUNG UNIVERSITY
3 1197 21782 8059